This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

GFC
Geiger

THE NEW YORK
PUBLIC LIBRARY
417331
ASTOR, LENOX AND
TILDEN FOUNDATIONS.
R 1903 L

ALLGEMEINE STAATENGESCHICHTE.

Herausgegeben von **KARL LAMPRECHT.**

I. ABTEILUNG: GESCHICHTE DER EUROPÄISCHEN STAATEN. — II. ABTEILUNG: GESCHICHTE DER AUSZEREUROPÄISCHEN STAATEN. — III. ABTEILUNG: DEUTSCHE LANDESGESCHICHTEN.

Erste Abteilung:

GESCHICHTE DER EUROPÄISCHEN STAATEN

Herausgegeben

von

A. H. L. HEEREN, F. A. UKERT,
W. v. GIESEBRECHT UND **K. LAMPRECHT.**

Achtes Werk:

STAVENOW, GESCHICHTE SCHWEDENS 1718—1772.

Siebenter Band

der Gesamtgeschichte Schwedens.

GOTHA 1908.

FRIEDRICH ANDREAS PERTHES
AKTIENGESELLSCHAFT.

GESCHICHTE DER EUROPÄISCHEN STA
Herausgegeben von
A. H. L. HEEREN, F. A. UKERT, W. v. GIESEBRECH
UND K. LAMPRECHT.
Achtes Werk.

GESCHICHTE SCHWEDI

1718—1772

VON

LUDVIG STAVENOW.

Deutsch von Dr. C. KOCH.

Siebenter Band
der Gesamtgeschichte Schwedens.

GOTHA 1908.
FRIEDRICH ANDREAS PERTHES
AKTIENGESELLSCHAFT.

THE NEW YORK
PUBLIC LIBRARY
417331
ASTOR LENOX AND
TILDEN FOUNDATIONS.
R 1903 L

NEW YORK
PUBLIC
LIBRARY

Dem Reichsarchivar

Carl Gustav Malmström

gewidmet.

Vorrede.

Die Epoche in der Geschichte des schwedischen Volkes, die mit dem Tode König Karls XII. anhebt und mit der Staatsumwälzung vom 19. August 1772 endet, bildet in ungewöhnlich hohem Grade ein in sich abgeschlossenes Ganzes. Ihr Gepräge wird durchgehends von der eigentümlichen parlamentarischen Verfassung bestimmt, die nach dem Sturze des Absolutismus begründet sich in ihren Konsequenzen ohne Unterbrechung zu einer Alleinherrschaft des Reichstags entfaltete, bis schließlich König Gustav III. dieser bemerkenswerten, von verfassungsgeschichtlichem Standpunkte hochinteressanten, für das Land aber zweifellos verderblichen Staatsform durch einen Staatsstreich für immer ein Ende machte.

Die Freiheit, die man nach dem Sturze der Alleinherrschaft des Königs errungen zu haben wähnte, war eigentlich eine Befreiung von dem selbständigen Einflusse der Königsmacht auf die Staatsentwicklung, oder eine Freiheit für die Reichsstände, ihren Wünschen Geltung zu verschaffen und Land und Volk zu regieren, ohne von einem übergeordneten Willen daran gehindert zu werden. Nur diese Art Freiheit war es, die man sah und schätzte. Dem allmächtigen Reichstage gegenüber gab es dagegen keine Freiheit für den einzelnen Bürger, keine Garantie für den Rechtsschutz und das Besitzrecht des Individuums oder für seine Freiheit im Denken und Handeln innerhalb der Grenzen des Gesetzes. Der Despotismus, den die Alleinherrscher ausgeübt hatten, hatte nur seinen Besitzer gewechselt und war zu einem Reichstagsdespotismus geworden. Aber diese furchtbare Machtkonzentration, die in den Händen

des Königtums ein Mittel zur Wahrnehmung des Staatsinteresses gewesen war, wurde im Besitze der Stände zu einem Mittel, die souveräne Macht in egoistischer Weise für private Gesellschaftsinteressen auszunutzen. Die uneingeschränkte Herrschaft des Reichstags erzeugte mit Notwendigkeit Parteiwesen; denn die verschiedenen Volksschichten oder Gruppen derselben suchten durch gegenseitige Kombinationen sich der Macht im Reichstage und damit der Herrschaft über das Reich zu bemächtigen. Die Alleinherrschaft der Stände wurde zu einer Alleinherrschaft der Majoritätsparteien, und die Entwicklung des schwedischen Staates erfolgte unter heftigen Reibungen zwischen den einander feindlich entgegenstehenden Anschauungen, die jedoch alle das gemeinsam hatten, daß das Recht und die Interessen des Staates vor den egoistischen Forderungen der einzelnen Stände, Korporationen und Individuen in den Hintergrund traten. Die Freiheit dieser Privatinteressen, sich unter gegenseitigem Wettstreite nach bestem Können zur Geltung zu bringen, wurde anfänglich von den leitenden Kreisen des schwedischen Volkes deshalb als eine so große Befreiung empfunden, weil diese Interessen in dem schweren Kampfe für den Bestand der Ostseeherrschaft allzu gewaltsam zurückgedrängt worden waren. Der Jubel dieser Kreise über die Einführung der Freiheit wurde auch von einer so hohen Begeisterung getragen, daß er alle Bedenken und Einwände zum Schweigen brachte. Nach und nach erfaßte der Glaube an die Freiheit, gerade in ihrer Bedeutung einer unkontrollierten Herrschaft der Stände über den schwedischen Staat, auch die Volkskreise, die an ihren Segnungen nur geringen Anteil erhielten und von alters her im Könige den Beschützer der Schwachen und den Vertreter der unparteiischen Staatsmacht verehrt hatten.

Der Name „Freiheitszeit" (frihetstiden) als Bezeichnung der neuen Ära, deren Dauer man sich natürlich als eine ewige oder unbegrenzte dachte, war den Zeitgenossen nicht geläufig, wenn auch in allen denkbaren Kombinationen von „unserer edeln Freiheit" und ihren Segnungen gesprochen wird. Noch am Ende dieser Epoche kann es vorkommen, daß ein bestimmtes Jahr nach Einführung der Freiheit als Zeitpunkt für das Ein-

treffen von Ereignissen in einer Weise bezeichnet wird, die an die Überzeugung erinnert, welche hinter der Zeitrechnung der französischen Jakobiner lag und die zwischen dem, was vor dem großen Freiheitsdurchbruch im Leben der Nation lag und dem, was sich nach demselben ereignete, eine gähnende Kluft sah. Die Geschichtschreibung hat jedoch besagter Periode den Namen „Freiheitszeit" verliehen, und diese Bezeichnung ist seit langem eine allgemein gebräuchliche. Das Bedürfnis einer kurzen, treffenden Bezeichnung ist auch ein Grund dafür, den traditionellen Namen beizubehalten, wenn auch unsere heutige Erfahrung von den Bedingungen und dem wahren Wesen der Freiheit die althergebrachte Benennung dieser Epoche irreleitend und unrichtig findet. Ganz gewiß ist dem Namen der Freiheit nie eifriger gehuldigt worden und war die Überzeugung von ihren Segnungen nie wärmer als dazumal, obgleich die Erkenntnis ihrer Natur nur eine begrenzte war und das angebetete Ideal zuweilen die Gestalt des Despotismus, zuweilen die der Anarchie annahm.

Wenn auch die Freiheitszeit als eine bestimmt begrenzte, von anderen getrennte Epoche hervortritt, so hängt sie doch eng mit der unmittelbar darauffolgenden, der Gustavianischen, zusammen und bildet mit dieser Periode fast in jeder Hinsicht ein Ganzes. Dies zeigt sich am besten in außerpolitischer Beziehung. Der plötzlich zu einer Macht zweiten oder dritten Ranges reduzierte schwedische Staat, der das nationale Schweden und sein uraltes Kolonialland Finnland umfaßt, kämpft während dieser beiden Perioden einen ständigen Kampf, offen oder versteckt, bewußt oder unbewußt, um seinen Bestand. Der Besitz Finnlands bildet den Gegenstand des Streites zwischen Schweden und Rußland, den Anlaß zu den chronisch wiederkehrenden Krisen, welche die Existenz Schwedens bedrohen, bis schließlich der Konflikt durch eine weitere Zerstücklung des schwedischen Staates und die Lostrennung Finnlands gelöst wird. Auch in innerer Kulturentwicklung sind diese beiden Epochen nur eine, wenn auch eine Periode, die das Leben mehrerer Generationen umfaßt, bedeutende Abstufungen im Kulturleben aufweisen muß. Selbst auf dem Gebiete des Verfassungslebens, wo der Unterschied zwischen

der Freiheitszeit und der Gustavianischen Zeit am stärksten hervortritt, ist die Kluft nicht so tief, wie es ein bloßes Studium der Verfassungsurkunden an die Hand gibt. Abgesehen davon, daß sich die Verfassung von 1772 in vielen Stücken auf der der Freiheitszeit aufbaut, und in den Fällen, wo sie sich von dieser unterscheidet, auf die Erfahrungen und die Reformgedanken derselben stützt, ist die Anschauung vom gegenseitigen Verhältnisse zwischen Staat und Gesellschaft im wesentlichen dieselbe; der Kampf um die Herrschaft wird ebenso wie früher, wenn auch unter anderen Formen und Namen, zwischen den Parteien fortgesetzt, und die Königsmacht kann sich ebensowenig wie in der Freiheitszeit von den Tendenzen einer Partei, die im Widerstreite mit den anderen Parteien eine private Machtauffassung verficht, freimachen. Nur in kritischen Augenblicken vermag sie sich zu einer klareren Anschauung von der Pflicht des öffentlichen Amtes zu erheben.

Vereint bilden diese beiden Epochen die Anfänge des modernen Schwedens.

Die Freiheitszeit hat bisher ebensowenig wie die folgenden Perioden der Geschichte Schwedens eine eingehendere und zuverlässigere historische Bearbeitung in deutscher Sprache erfahren. Auch in schwedischer Sprache hat es lange Zeit keine anderen Bearbeitungen dieser Periode gegeben, als die kurze Übersicht des alten Geschichtschreibers Sven Lagerbring in seinem Werke „Sammandrag af Svea Rikes historia“ und die bekannte Schilderung des zeitgenössischen Reichsrates Gustav Bonde: „Sverige under Ulrika Eleonora och Fredrik I“, bis im Jahre 1838 Erich Gustav Geijer mit seiner berühmten Abhandlung „Teckning af Sveriges tillstånd och af de förnämsta handlande personer under tiden från konung Karl XII:s död till konung Gustaf III:s anträde af regeringen“ hervortrat. Trotz der Genialität und der Schärfe dieser Schilderung konnte es jedoch Geijer, da das umfangreiche Quellenmaterial noch zu wenig erforscht war, nicht richtig gelingen, die zahlreichen dunklen Punkte in der Entwicklung der Ereignisse aufzuklären oder zu einer gerechten Beurteilung der Persönlichkeiten und der Parteien zu gelangen. Besonders der stark aufgetragene

Anfang, die Schilderung des Zustandekommens der neuen Verfassung und der Friedensschlüsse ist alles eher als eine objektive Darstellung der Entstehung der neuen Zeit. Über dem Ganzen lag außerdem eine gewisse Tendenz, die Monarchie zu verherrlichen, welche die Darstellung parteiisch machte und das Urteil in einer nicht ganz gerechten Weise verschärfte. Aber trotz dieser Mängel war seine Arbeit eine instruktive und teilweise meisterhafte Übersicht, und bildete die Einleitung zu einer wissenschaftlichen Bearbeitung und Würdigung dieser Periode.

Der erste, der eine solche durchführte, war Karl Gustav Malmström. Im Jahre 1855 erschien der erste Teil seines Werkes: „Sveriges politiska historia från konung Carl XII:s död till statshvälfningen 1772". Erst 22 Jahre später konnte er, da seine Arbeitskraft auch von seiner Lehrtätigkeit an der Universität Upsala in Anspruch genommen wurde, sein Werk mit dem sechsten und letzten Teile abschließen. Im Verlauf der Arbeit drang Malmström immer tiefer in seinen Gegenstand ein, und seine Forschung wurde immer erschöpfender. Dadurch wurde das Werk immer wertvoller, hatte jedoch als Ganzes unter einer gewissen Ungleichheit in der Behandlung des Stoffes zu leiden. Nachdem Malmström einige Jahre Kultusminister gewesen war und alsdann nach einer kürzeren Wiederaufnahme seiner Tätigkeit an der Universität die Leitung des schwedischen Reichsarchivs innegehabt hatte, verwandte der bereits betagte Forscher nach seinem Rücktritt von dem zuletzt erwähnten Amte 1887 seine Kräfte auf die Umarbeitung seines Werkes über die Freiheitszeit. Diese Umarbeitung kam wesentlich den beiden ersten Teilen zugute, und diese Abteilung, die Geschichte der früheren Freiheitszeit, erhielt dadurch eine beinahe neue Gestalt; aber auch die folgenden Teile wurden durch neue Aufschlüsse und Hinweise bereichert. So umgearbeitet erschien das Werk 1893 bis 1901 wiederum in sechs Teilen.

Mit dieser großartigen Arbeit hat der Reichsarchivar Malmström seinen Namen für immer mit der Geschichte der Freiheitszeit verflochten. Er ist der erste, der in das aufgeregte politische Leben jener Zeit bis ins Innerste gedrungen ist

und aus der Unmasse von offiziellen Urkunden, privaten Briefen und Aufzeichnungen, aus den Berichten fremder Gesandten usw. mit seltener Gründlichkeit, Unparteilichkeit und Klarheit eine sichere und detaillierte Schilderung der politischen Geschichte jener Zeit hervorgeholt hat. Es ist dies ein Lebenswerk, dessen Größe nur der voll zu schätzen versteht, der sich unter der Leitung Malmströms an ein nochmaliges Studium der ungewöhnlich reichen Quellen macht. Ein solcher Nachfolger kann wohl neue Details hervorholen und die Darstellung Malmströms ergänzen, er kann auch durch neue Zusammenstellung von Tatsachen oder durch die Kommentierung derselben von Gesichtspunkten aus, die erst durch die fortschreitende Entwicklung des politischen Lebens und der politischen Wissenschaften aktuell geworden sind, gewissen Punkten oder Seiten der Geschichte jener Zeit eine neue Beleuchtung abgewinnen; er kann jedoch kaum die Angaben Malmströms und die von ihm aus seinem Material gezogenen sicheren Schlüsse ändern. Die Forschung Malmströms wird, was Gründlichkeit und Schärfe betrifft, immer ihre Probe bestehen. Deshalb ist und bleibt er der beste Führer für alle, die in die Geschichte der schwedischen Freiheitszeit tiefer eindringen wollen, und sein Werk wird stets als eines der hervorragendsten in der schwedischen Geschichtschreibung genannt werden. Verfasser dieses empfand es als eine Pflicht, seiner eigenen anspruchslosen Arbeit eine ehrerbietige Widmung an den hervorragendsten Erforscher und Schilderer der Geschichte der Freiheitszeit vorauszuschicken.

Neben der Arbeit Malmströms haben andere Schilderungen, wie Fryxells breite, jedoch wenig wissenschaftliche „Berättelser ur svenska historien“ XXX—XLVI oder Starbäcks „Berättelser“ VIII, um nicht kleinere Übersichten anzuführen, nur sekundäre Bedeutung oder kommen überhaupt nicht in Betracht. Natürlich hat die moderne Spezialforschung auch auf dem Gebiete der politischen Geschichte jener Zeit ihre selbständige Bedeutung und beleuchtet unaufhörlich neue Punkte derselben, obwohl die Freiheitszeit nicht in besonders hohem Grade Gegenstand dieser Forschung gewesen ist. Die fortwährenden Ver-

öffentlichungen von Dokumenten und Memoiren im In- und Auslande bereichert auch ständig die Kenntnis von der Geschichte dieser Periode und erleichtert das Studium ihrer Quellen. Schließlich hat die Forschung, die sich mit anderen Seiten der Geschichte der Freiheitszeit als den politischen, mit ihrer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, ihrer wissenschaftlichen, kirchlichen, literarischen und künstlerischen Kultur usw. befaßt, bedeutende Arbeiten und wichtige Ergebnisse aufzuweisen, die auch für die richtige Auffassung der rein politischen Erscheinungen von Bedeutung sind.

Bereits 1894 erhielt ich vom Verlage Friedrich Andreas Perthes A.-G. in Gotha den Auftrag, für die bekannte Serie „Geschichte der europäischen Staaten" den siebenten Teil der Geschichte Schwedens, vom Tode Karls XII. bis zur Thronbesteigung Gustavs III., zu verfassen; infolge mehrfacher Hindernisse konnte jedoch der Auftrag jetzt erst zur Ausführung gebracht werden.

Meine Aufgabe habe ich von vornherein so aufgefaßt, daß es sich zunächst um eine Darstellung der politischen Geschichte handelt. Dies liegt ja schon im Namen „Staatengeschichte" und geht auch aus anderen zu dieser Serie gehörenden Arbeiten, besonders den früheren Teilen der schwedischen Geschichte, hervor. Die reine Kulturgeschichte kann man jedoch nicht ganz und gar außer acht lassen, da sonst die politischen Erscheinungen in verschiedener Hinsicht eine ungenügende Erklärung finden oder die richtige Bewertung der Arbeit jener Zeit im ganzen verschoben würde. Deshalb habe ich die Darstellung der politischen Geschichte durch kurze Überblicke über den Fortgang der Kulturarbeit auf verschiedenen Gebieten ergänzt.

Eine Darstellung der Freiheitszeit kann bei einem ausländischen Publikum nicht auf dasselbe Interesse rechnen wie die unmittelbar vorhergehenden Perioden der schwedischen Geschichte. Dieselbe konnte deshalb auch keinen zu großen Raum beanspruchen, sondern mußte sich mit einem ziemlich begrenzten Umfang begnügen. Nach dem Frieden zu Nystad spielt ja der schwedische Staat eine viel unbedeutendere Rolle in der europäischen Politik als vorher und kann nur ausnahmsweise in

THE NEW YORK
PUBLIC LIBRARY
417331
ASTOR, LENOX AND
TILDEN FOUNDATIONS.
R 1933 L

NEW YORK
PUBLIC
LIBRARY

Dem Reichsarchivar

Carl Gustav Malmström

gewidmet.

von P. A. Norstedt und Söhne in Stockholm vom Reichsarchivar Dr. E. Hildebrand herausgegeben wird, dieselbe Partie, die Geschichte der Freiheitszeit, und zwar in ungefähr demselben Umfang wie für die Geschichte der europäischen Staaten, zu bearbeiten. Diesem Ersuchen konnte ich mich nicht entziehen; denn die schwedischen Historiker müssen es als eine Pflicht ansehen, an der Durchführung einer derartigen nationalen Arbeit mitzuwirken. Ein so kleines Land wie Schweden kann nicht über allzu viele Kräfte für ein solches bedeutungsvolles Unternehmen verfügen, und die Spezialisten auf dem Gebiete der einzelnen Epochen sind leicht zu zählen. Die Übernahme dieses neuen Auftrags war jedoch nur unter der Voraussetzung möglich, daß ich im wesentlichen dieselbe Darstellung dieser Epoche lieferte, wenn auch mit einigen Abweichungen, die in der Verschiedenheit des Zweckes, des Planes und des Leserkreises beider Publikationen ihre Erklärung finden. Im wesentlichen ist nun vorliegende Arbeit eine Bearbeitung und Übersetzung meiner vor kurzem in schwedischer Sprache erschienenen Darstellung der Freiheitszeit, die den Teil VII oben erwähnter Geschichte Schwedens bis zum 20. Jahrhundert bildet. Die Abweichungen haben wesentlich ihren Grund in dem Wunsche, meinem schwedischen Leserkreise eine ausführlichere Schilderung der inneren Kulturentwicklung zu bieten, außerdem sind in der schwedischen Ausgabe die inneren parlamentarischen Kämpfe etwas breiter behandelt worden. In der deutschen Ausgabe ist auch die Einteilung eine andere geworden, denn hier konnte ich meinem ursprünglichen Plane gemäß die einzelnen Partien in größeren, gemeinsamen Kapitelrubriken vereinigen.

Göteborg, im Mai 1907.

Ludvig Stavenow.

Inhaltsverzeichnis.

Die frühere Freiheitszeit. Die Anfänge der Ständeherrschaft. 1718—1739.

Seite

Erstes Kapitel. Das Ende des grofsen nordischen Krieges und die Gründung der freien Verfassung . . . . . 3—59

Zur Einführung S. 3—10. — Die Thronbesteigung Ulrike Eleonores S. 10—19. — Die neue Verfassung S. 19—23. — Der Reichstag des Jahres 1719 S. 23—30. — Das neue Königspaar und die neue Regierung S. 30—35. — Krieg und Friedensverhandlungen des Jahres 1719 S. 36—43. — Der Reichstag 1720 und der Thronwechsel S. 43—51. — Der Koalitionsplan gegen Rufsland S. 51 bis 55. — Der Friede zu Nystad S. 55—59.

Zweites Kapitel. Innere Zustände und Kämpfe in den ersten Friedensjahren . . . . . 60—88

Schweden nach dem Kriege S. 60—68. — Der Reichstag von 1723 S. 68—77. — Die glänzenden Tage der holsteinischen Partei S. 77—84. — Der Reichstag 1726—1727. Sturz der holsteinischen Partei S. 85—88.

Drittes Kapitel. Arvid Horn und die glücklichen Jahre der neuen Ära . . . . . 89—122

Persönliches S. 89—97. — Äufsere Politik S. 97—103, der Reichstag von 1731 S. 103—104. — Ökonomische Entwicklung der

Seite

Friedensjahre: Allgemeines S. 105—106, Schiffahrt und Handel S. 106—109, Industrie S. 109—111, Bergbau und Landwirtschaft S. 111—113, Münz- und Kreditwesen S. 113—115. — Gesetzgebung S. 115—117. — Pietismus und Rationalismus. S. 117—125. — Wissenschaft, Dichtung und Kunst S. 120—122.

Viertes Kapitel. Die Entstehung der parlamentarischen Parteien und der Fall Arvid Horns . . . . . 123—151

Die Opposition gegen Horn und der polnische Thronfolgekrieg S. 123—128. — Der Reichstag von 1734 und die Bildung der Hutpartei S. 128—134. — Diplomatische Verwicklungen. Innere Gärung und Fortschritte der kriegerischen Agitation S. 134—140. — Der Reichstag 1738—1739 S. 140—151.

Die Zeit der Hutpartei. Die Blüte der Ständeherrschaft. 1739—1760.

Fünftes Kapitel. Der Rachekrieg gegen Rufsland . 155—205

Die neue Regierung S. 155—160. — Der Reichstag 1740—1741 und die Kriegserklärung an Rufsland S. 160—167. — Der Krieg in Finnland 1741—1742 S. 167—180. — Der Anfang des Reichstags 1742—1743 und die Thronfolgefrage S. 180—189. — Der Bauernaufruhr, die Thronfolgerwahl und der Friede S. 189—205.

Sechstes Kapitel. Der Kampf zwischen den Hüten und der älteren Mützenpartei . . . . . 206—236

Die Vorbereitung zum Entscheidungskampf der Parteien in der Zeit zwischen den Reichstagen S. 205—214. — Der Reichstag 1746—1747, die Niederlage der Mützenpartei S. 214—226. — Karl Gustav Tessin und die letzten Regierungsjahre Friedrichs I. S. 226 bis 236.

Seite

Siebentes Kapitel. Die Entstehung der Hofpartei und der erste Angriff auf die parlamentarische Verfassung . . 237—280

Die Thronbesteigung Adolf Friedrichs S. 237—246. — Der Reichstag 1751—1752 S. 246—252. — Wachsende Spannung zwischen König und Rat S. 252—262. — Der Reichstag 1755—1756 und der Verfassungskonflikt S. 262—272. — Der Revolutionsversuch S. 272—280.

Achtes Kapitel. Innere Entwicklung in der Blütezeit der Parteien . . . . . 281—314

Die Industrie S. 281—285. — Bergbau, Landwirtschaft und Fischerei S. 285—287, Handel und Schiffahrt S. 287—290. — Münz- und Kreditgesetzgebung S. 290—295. — Die Wissenschaften S. 295—299, Schöne Literatur, Journalistik und Kunst S. 300 bis 308. — Kirchliches Leben S. 309—314.

Neuntes Kapitel. Der Krieg mit Preußen. Die Auflösung der Hutpartei . . . . . 315—345

Die Hüte und die europäische Politik S. 315—322. — Der pommersche Krieg 1757—1762 S. 322—335. — Die Resultate der langen Hutregierung und die Parteilage ums Jahr 1760 S. 335—345.

Die Zeit der Mützenpartei. Der Niedergang der Ständeherrschaft. 1760—1772.

Zehntes Kapitel. Aufschwung und Sieg der jüngeren Mützenpartei unter Kampf mit den Hüten und dem Hofe . . 349—383

Der Reichstag 1760—1762 S. 349—361. — Die letzten Jahre der Hutherrschaft S. 361—368. — Der Reichstag 1765—1766. Der Sturz der Hutpartei S. 368—383.

Seite

Elftes Kapitel. Wechselnde Parteiherrschaft und Reformversuche . . . . . 384—410

Die erste Mützenregierung S. 384—396. — Der Reichstag 1769—1770. Die Niederlage der Mützen S. 396—405. — Die Koalitionsregierung der Hüte und der Hofpartei. Der Tod Adolf Friedrichs S. 405—410.

Zwölftes Kapitel. Die Thronbesteigung Gustavs III. Ende der Ständeherrschaft . . . . . 411—443

Der neue König und das Kompositionsprogramm S. 411—415. — Der Reichstag 1771—1772. Der neue Sieg der Mützen S. 415 bis 424. — Die Staatsumwälzung S. 424—433. — Rückblick S. 433 bis 443.

Die frühere Freiheitszeit.
Die Anfänge der Ständeherrschaft.
1718—1739.

Erstes Kapitel.

Das Ende des grofsen nordischen Krieges und die Gründung der freien Verfassung.

In den Stürmen des grofsen nordischen Krieges war die schwedische Grofsmacht in Trümmer gesunken. Als König Karl XII. im Jahre 1700 auszog, um selbst an der Spitze seiner Armee die treulosen Nachbarn, die ihn feindlich überfallen hatten, zu züchtigen, stand Schweden noch auf der Höhe seiner Macht und seines Ansehens. Seine Besitzungen erstreckten sich rings um die Ostsee bis zu den Grenzen Kurlands und über weite Gebiete der deutschen Küste bis zur Mündung der Weser hin, seine Heere und Flotten waren besser gerüstet denn je, seine innere Organisation und seine Staatsfinanzen durch die reformierende Tätigkeit des Alleinherrschers in bester Ordnung und die gesamte ökonomische und geistige Kultur des Landes in rüstigem Fortschreiten begriffen. Sagenhafte Taten und Erfolge folgten während eines Jahrzehnts beinahe dem jungen Helden und lenkten die bewundernden Blicke Europas auf seine Person und seine Waffen, bis ihn bei Poltawa die Niederlage traf, die der Wendepunkt in seinem Geschicke und dem Schwedens wurde. Während Karl selbst sich jahrelang in der Türkei aufhielt und vergeblich darauf hoffte, mit Hilfe des Sultans dem Kampfe mit Rufsland eine neue Wendung zu geben, brachen die Unglücksschläge in rascher Folge über sein armes Reich herein. Neue Feinde gesellten sich zu den alten. Als endlich König Karl nach dem Falle Stralsunds im Dezember 1715 wieder schwedischen Boden betrat, befand sich die Hälfte der gesamten Monarchie in Feindeshand, Finnland und die Ostseeprovinzen hatte der Zar Peter erobert, Bremen und Verden

waren in der Gewalt Hannovers, Pommern von preufsischen und dänischen Truppen besetzt, und von sämtlichen Besitzungen im Auslande war nur die starke Festung Wismar übrig, deren Fall nur eine Frage der Zeit war und bereits im folgenden Jahre eintrat. Nur das uralte schwedische Kernland, das Sveareich, mit den ehemaligen dänischen oder norwegischen Provinzen, die dem schwedischen Staatskörper vollständig einverleibt waren, blieb der Krone Schwedens noch erhalten, aber auch diesem Reste drohte infolge innerer Not und feindlicher Angriffe der Untergang.

Schweden hatte keine Aussicht mehr, die verlorenen Länder aus eigenen Kräften wiederzuerobern. Aber die immer deutlicher hervortretende Spaltung der Koalition in zwei sich feindlich gegenüberstehende Gruppen liefs zwar einen günstigeren Frieden erhoffen als es die eigene Machtstellung bedingte. Diese Uneinigkeit zwischen den Verbündeten war es, die den grofs angelegten Landungsversuch in Schonen im Jahre 1716 zum Scheitern brachte, und die zunehmende Feindschaft zwischen Zar Peter und König Georg I. verminderte wesentlich die Gefahr eines neuen kombinierten Angriffes auf das eigentliche Schweden während der folgenden Jahre. Mit dem einen wie mit dem anderen der wetteifernden Feinde konnte jedoch der Friede nur unter der Bedingung erreicht werden, dafs Besitzungen abgetreten wurden, an deren Eroberung sich die ruhmreichsten Erinnerungen Schwedens knüpften, und deren weiterer Besitz die Voraussetzung für die Gröfse des Reiches, zum Teil auch für seine äufsere Sicherheit und sein inneres wirtschaftliches Leben zu bilden schien.

Für den stolzen, unbeugsamen Karl XII. war ein Friede auf Grund solcher Bedingungen unannehmbar. In seinem Geiste lebte noch die grofse schwedische Ostseemonarchie in ihrer vollen Wirklichkeit, und, solange er lebte, hielt er mit unwandelbarer Zähigkeit an dem Gedanken fest, dieselbe in ihrem vollen Umfange wiederherzustellen. Während er mit seinen Feinden, um sie durch verlockende Vorspiegelungen aufzuhalten, Friedensverhandlungen pflegte, nahm er ohne Rücksicht und ohne Bedenken seinem Volke das Letzte, was es hatte, um damit eine neue Armee auf die Beine zu bringen, und im Herbst 1718 brach er in Norwegen ein, dessen Eroberung ihm eine neue Grundlage zur Fortsetzung des Kampfes

gegen seine Feinde oder zur Übereinkunft nach seinem Sinne gewähren sollte. Hier, in den Laufgräben vor der Grenzfestung Fredrikssten, machte eine feindliche Kugel am 30. November desselben Jahres seinen Plänen und seinen Hoffnungen für immer ein Ende.

In den Tagen des Unglücks hatte sich zwischen dem Könige und dem Volke Schwedens ein bedeutungsvoller Gegensatz herausgebildet. Besonders in den drei letzten Lebensjahren König Karls hatte sich dieser Gegensatz bis zu dem Grade zugespitzt und vertieft, dafs der König mit seinen Forderungen und seinen Ideen faktisch so gut wie allein dastand. Das Volk Schwedens wünschte vor allem Frieden. Den Ruf nach Frieden hatte König Karl bei seiner Rückkehr nach Schweden im Schreiben des Rates, im letzten Gruſse der alten Königin-Witwe vernommen, und in den folgenden Jahren wurde dieser Ruf mit zunehmender Stärke bei allen Gesellschaftsklassen laut. Wer kümmerte sich weiter um die sinkende Ostseeherrschaft oder um die grofsen politischen Pläne, die man nicht verstand, wo alle Kräfte vernichtet waren und man tatsächlich dem Verhungern nahe war? Wer wollte es dem schwedischen Volke zumuten, noch weiter zu leiden und zu bluten, um Livland, Stettin oder Bremen wiederzugewinnen, nachdem es sich nahezu zwei Jahrhunderte lang auf den Schlachtfeldern von halb Europa verblutet hatte und nicht einsehen konnte, dafs diese Besitzungen eine notwendige Bedingung für sein Glück und seine nationale Selbständigkeit bildeten? Nur der Friede konnte die schwedische Nation vom vollständigen Untergang retten und für die Zukunft bewahren. Es war dies eine Volksstimmung, die mit jedem Jahre, solange der letzte verzweifelte Kampf König Karls um den Bestand seines ererbten Reiches währte, immer gröfser wurde und der kein schwedischer Staatsmann aufser dem Könige sich widersetzen wollte noch konnte. Friede mit allen Feinden, selbst unter Anerkennung des Verlustes der Ostseeherrschaft, das war die hauptsächlichste Forderung, die am Schlusse der Lebensbahn Karls XII. alle Schichten des schwedischen Volkes erhoben.

Neben dem Verlangen nach Frieden war der Hafs gegen die königliche Alleinherrschaft und ihre Werkzeuge das herrschende

Gefühl. Das absolute Königtum war es, das das schwedische Volk an den Rand des Unterganges gebracht hatte — dies glaubte und dachte man wenigstens —, der absolute König allein stand dem Frieden hindernd im Wege und hatte durch seine Übergriffe den uralten Glauben an das Königtum als den ersten Vertreter des Friedens und der Rechtsordnung erschüttert. Der Tadel und der Hafs wandten sich zwar nicht gegen den König selbst, der die schwerste Bürde so geduldig trug, aber desto mehr gegen die Souveränität als eine dem politischen Leben des schwedischen Volkes fremde, mit seiner uralten Freiheit unvereinbare Regierungsform und gegen ihre ausländischen Werkzeuge, vor allem gegen den holsteinischen Minister, Baron Georg Heinrich von Görtz.

Je mehr die Königsmacht an Ansehen einbüfste, desto höher stiegen die Reichsstände — die Stände Seiner Majestät des Königs, wie sie im Kanzleistil des Absolutismus hiefsen — im Volksbewufstsein als die richtigen Vertreter der nationalen Interessen. Von den alten Organen schwedischen Staatslebens hatte ja der Rat zusammen mit der Hocharistokratie, deren Vertreter er hauptsächlich gewesen und die der Absolutismus durch die Reduktion zertrümmert hatte, seine Macht verloren. Auch die Königsmacht war nun infolge ihrer letzten Entwicklung in den Augen des Volkes ihrer Aufgabe untreu geworden und hatte das Vertrauen des Landes eingebüfst. Nur die Stände hatten sich im Besitz der eigentlichen Macht noch nicht erprobt. Dafs sie sich keineswegs für unzuständig hierfür hielten, das bewiesen mehr als hinreichend die Reichstage, die der Rat in seiner Not, trotz des Unwillens und des Verbotes seitens des Königs, 1710 und 1713 einberufen hatte. Als die Stände im Jahre 1714 mit der Einsetzung einer Deputation drohten, die im Verein mit dem Rate und der Prinzessin die Friedensunterhandlungen führen sollte, so entsprach dieser Gedanke der alten Anschauungsweise, die die Reichsvorsteher im Mittelalter beim Kampfe mit den Unionskönigen oder den Herzog Karl beim Streite mit dem katholischen und eidbrüchigen König Sigismund geleitet hatte. Nach dieser uralten Rechtsanschauung war das Königtum, trotz aller offiziellen Akte, keineswegs der alleinige Inhaber der staatlichen Macht, der

nur Gott und seinem eigenen Gewissen Rechenschaft schuldig war, sondern König und Volk hatten gemeinsam das Recht und die Pflicht, die bestehende Rechtsordnung zu pflegen und die Lebensinteressen des Staates und der Gesellschaft wahrzunehmen. Das absolutistische Staatsrecht hatte sich nicht so tief einzuwurzeln vermocht, dafs es ihm gelungen wäre, die uralten Begriffe zu unterdrücken. Aber allerdings hatten die modernere Auffassung von der Heiligkeit der Königsmacht und die Ehrfurcht vor ihrem gesetzmäfsigen Inhaber eine derartige Herrschaft über die Sinne gewonnen, dafs die Stände noch ohne jeglichen Widerstand auf Befehl des absoluten Königs auseinandergingen, um die Zeit abzuwarten, wo der Eine, der mit unumstrittenem Recht die schwedische Krone trug, von hinnen gehen würde. Noch einige Jahre lang mufste das schwedische Volk für Zwecke, die es nicht verstand, bluten und leiden, weil der Befehl des Alleinherrschers es so wollte, aber in diesen Jahren wuchsen im stillen die Ideen vom eigenen Rechte des Volkes, über das hergebrachte Gesetz, den äufseren Frieden und die innere Ordnung zu wachen, und die Überzeugung brach sich Bahn, dafs der alte Ständereichstag sein richtiges Organ und sein wahrer Vertreter hierbei wäre. Der mühevolle Erwerb der politischen Gedankenarbeit, der in Wirklichkeit die vorzüglichste Frucht jeder Staatsentwicklung ist, reifte in diesen Jahren schnell zu einer neuen politischen Anschauung heran, die bald die Reichsstände auf den Platz setzen sollte, wo der absolute König gesessen hatte.

Die führende und politisch bedeutendste Klasse im schwedischen Volke war die Bureaukratie. Ihre dominierende Machtstellung war durch die grofsartigen Verwaltungsreformen in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts begründet worden. Die Alleinherrschaft verringerte die Bedeutung der Beamtenklasse keineswegs. Im Gegenteil! Ihr Tätigkeitsgebiet wurde durch strenge Unterordnung der kommunalen Selbstverwaltung, wie sie von alters her in Städten, Gerichtsbezirken, Kirchspielen und Diözesen bestanden hatte, unter die Staatsverwaltung erweitert. Karl XI. entwickelte die Verwaltung durch eingehende Instruktionen, welche die Behörden an strenge Formen banden und die bei der Geschäftsführung allerdings eine gewisse Pedanterie und eine um-

ständliche Langsamkeit erzeugten, die aber anderseits auch eine gewisse Garantie gegen Mißbrauch der Regierungsmacht oder gegen Druck von oben sowohl wie von unten boten. Das Prinzip der Unabsetzbarkeit sämtlicher Beamten ohne gerichtliches Urteil, das sich im 17. Jahrhundert eingebürgert hatte, wurde auch vom Absolutismus respektiert, und seine Reformen, vor allem die Schöpfung des festen Reichshaushaltsetats vom Jahre 1696, verliehen den Beamten eine gesichertere ökonomische Stellung, als sie je vorher besessen hatten. An die Spitze dieser kräftigen Bureaukratie trat das Königtum durch Karl XI. persönlich, indem es den Rat als Zwischenmacht beiseite schob. Der Rat sowohl wie die Stände wurden von diesem kraftvollen Bündnis der Bureaukratie und des Königtums völlig in den Schatten gestellt. Aber das innere Band zwischen der Königsmacht und den Beamten wurde mit einem Male gelöst, als sich der Absolutismus unter Karl XII. reformierend oder vernichtend gegen die Beamtenschaft selbst wandte. Für Karl XII. mit seinen unerhörten Forderungen an die Volks- und Steuerkräfte seines Landes waren die alten Behörden mit ihren festen, umständlichen Arbeitsformen ein Hindernis, und am Ende seiner Regierung suchte er sie beiseite zu schieben, um an ihrer Stelle nach französischem Muster eine schnell und kräftig arbeitende Ministerregierung einzuführen, die vollständig vom Willen des Königs abhing. Dieser großartige Versuch zur Umgestaltung der schwedischen Verwaltung rief einen tiefen Haß zwischen dem absoluten Königtum und der mächtigen Bureaukratie hervor. In der Beamtenschaft entwickelte sich eine stille aber festgewurzelte Opposition. Als Programm hatte diese Opposition die Rückkehr zu den Verwaltungsformen des vorhergehenden Jahrhunderts, und auch sie sah in den Reichsständen, wo die Bureaukratie das vorherrschende Element bildete, die Behörde, die als höchste staatsrechtliche Machtinhaberin an Stelle des absoluten Königtums die wiedererrichtete Verwaltung für alle Zukunft vor derartigen Umsturzversuchen schützen sollte.

So sollte das schwedische Volk gerade neue Bahnen betreten, als Karl XII. fiel. Friede mit den Feinden Schwedens, selbst unter Anerkennung des Untergangs der Großmachtstellung, Ab-

schaffung der königlichen Souveränität und Bestrafung ihrer Werkzeuge, Rückkehr zur Verfassung und Verwaltung des 17. Jahrhunderts unter der Garantie der Reichsstände, das war die Parole, die alle bei der bevorstehenden Umwälzung einte.

In der Unbestimmtheit der Thronfolge besafs man ein bequemes Mittel zu dem beabsichtigten Umsturz. Als Thronprätendenten traten die jüngere Schwester Karls XII., Ulrike Eleonore und der Sohn seiner älteren verstorbenen Schwester Hedwig Sophie, der junge Herzog Karl Friedrich von Holstein-Gottorp auf. Aber die Ansprüche beider waren von zweifelhaftem Rechte sowohl an und für sich als auch im Verhältnis zueinander. Der Reichstagsbeschlufs vom Jahre 1683 und das Testament Karls XI. hatten „den weiblichen Erben“ oder „Erben weiblichen Geschlechts“ unter Berufung auf die Erbfolgeordnung vom Jahre 1604 die Thronfolge nach dem Aussterben der männlichen Linie zuerkannt. Da diese Ordnung für die Stände jedoch nur die Verpflichtung enthielt, nach dem Erlöschen der männlichen Linie die älteste unverheiratete Prinzessin des königlichen Hauses als Königin anzuerkennen, so hatten einer strengen Auslegung gemäfs weder Ulrike Eleonore noch Karl Friedrich ein Anrecht auf den Thron; denn Ulrike war seit 1715 mit dem Erbprinzen Friedrich von Hessen-Kassel vermählt, und was Karl Friedrich betrifft, so war in der Erbfolgeordnung von 1604 gar keine Rede von einem Erbrecht für die Nachkommen der Prinzessinnen aus dem königlichen Hause. Die Stände hatten im Jahre 1714 ohne Bedenken Ulrike Eleonore als gesetzliche Thronerbin bezeichnet, und obwohl ihre Verheiratung nachher ihr Recht in Frage stellte, hegte sie selbst keinen Zweifel an der Fortdauer ihres Erbrechtes, da sie sich ja mit der Einwilligung des absoluten Königs verheiratet hatte. Die Anhänger des Herzogs wiederum erblickten in der Berufung auf die Erbfolgeordnung vom Jahre 1604 nur eine historische Begründung oder eine Phrase, die nicht das Wesentliche verhüllen dürfe, dafs das Erbrecht ohne Beschränkung auf die weibliche Linie ausgedehnt worden sei. Ganz natürlich müfste von diesem Standpunkte aus das gewöhnliche Erstgeburtsrecht die Rechtsansprüche entscheiden, und der Herzog als Rechtsinhaber der älteren Schwester den Vortritt haben.

Ohne Zweifel waren es nur wenige, die den Ansprüchen des Herzogs aus Überzeugung beitraten, nur solche Leute, die mit der Gottorpschen Dynastie infolge der langen und innigen Beziehungen, in denen die pfälzische und holsteinische Politik zueinander standen, in engere Verbindung getreten waren, oder solche, die sich modernere europäische Ideen hinsichtlich des Erbfolgerechtes angeeignet hatten. Die Mehrzahl der schwedischen Staatsmänner und die tiefen Schichten des Volkes wufsten nur etwas von einem Anrechte Ulrike Eleonores, dessen Gültigkeit jedoch nach den Ansichten der mafsgebenden Persönlichkeiten aus juristischen und politischen Gründen in Frage gestellt werden konnte und mufste. Beim Tode des Heldenkönigs fehlte es demnach auch an einer sicheren Rechtsgrundlage, die allein imstande gewesen wäre, dem Erben seiner Krone eine gewisse Widerstandskraft in dem Sturme zu verleihen, der gegen die Alleinherrschaft losbrach.

* * *

Mit dem Tode des Königs Karl war es augenblicklich Schlufs mit den grofs angelegten Plänen zur Eroberung Norwegens. Selbst die nächstliegenden Resultate des letzten begonnenen Kriegsunternehmens wurden nicht ausgenutzt. Das Heer liebte den mühseligen Winterfeldzug in Norwegen nicht. Die letzten Truppen, die das schwedische Volk hatte aufbringen können, waren auf diesem Feldzuge übel zugerichtet worden, und zur Fortsetzung des Kampfes in den folgenden Jahren gebrach es an allen Mitteln. Aufserdem war man der Ansicht, dafs, selbst wenn die belagerte Festung binnen kurzem erobert werden könnte — was noch ziemlich ungewifs war —, man sie nicht mit Vorteil würde halten können, da die Instandsetzung der Festungswerke und die Verproviantierung der nötigen Besatzungstruppen während des Winters mit Schwierigkeiten verbunden waren. Einstimmig beschlofs daher die Generalität mit dem Erbprinzen von Hessen an der Spitze, die schon weit vorgeschrittene Belagerung aufzuheben und die Armee über die schwedische Grenze zurückzuführen. Diesbezügliche Befehle ergingen sofort an sämtliche Korps. Es begann jetzt ein schleuniger Rückzug, der, ohne von feindlichen

Truppen beunruhigt zu werden, der schwedischen Armee infolge von Unordnung, Krankheiten und Mangel an Pferden und Vorräten schwere Verluste beibrachte.

Die kleine Armee, die unter dem Kommando Armfelts von Jämtland aus in die Provinz Drontheim eingerückt war, hatte sich im Herbste 1718 nach einem vergeblichen Versuche, Drontheim zu erobern, nach Süden gewandt, um womöglich mit dem Heere des Königs Fühlung zu bekommen. Sie stand augenblicklich in Holtålen an der Gulaelf, einige Meilen nördlich von Röräs. Der Mangel an Lebensmitteln in den wenig bevölkerten Gebirgsgegenden versetzte die Armee in eine solche Notlage, dafs man, um die Truppen zu retten, sich genötigt sah, den Rückmarsch nach Schweden anzutreten. Bisher hatte der ausdrückliche Befehl des Königs dies nicht zugelassen. Sobald jedoch die sichere Kunde vom Tode des Königs zu Armfelt gedrungen war, liefs er sich nicht länger zurückhalten. Er brach, noch bevor ihn der Befehl der Regierung erreicht hatte, auf und trat den Rückmarsch über das Gebirge nach Jämtland an. Der Weg ging über die Bukhammar-, Tydal- und Snasaberge nach Handöl. Hoch oben im Gebirge wurde das Heer am Neujahrstage 1719 von einem drei Tage anhaltenden Schneesturm überrascht, zu dem sich noch strenge Kälte gesellte. Mehr als 2200 Mann, beinahe der dritte Teil der gesamten ursprünglichen Stärke, erfroren, Pferde, Artillerie und Trofs wurden vollständig aufgerieben. Nur Trümmer der Armee, die teilweise infolge von erfrorenen Gliedmafsen zu fernerem Kriegsdienst unbrauchbar waren, kamen nach den kultivierten Gegenden Schwedens zurück. Es war dies ein schreckliches Unglück, das über das schon so schwer heimgesuchte schwedische Volk noch tiefere Schatten breitete.

Mit dem Rückzuge aus Norwegen hörten alle Kriegsbewegungen für einige Zeit auf. Das dänisch-norwegische Heer war zur Verfolgung der sich zurückziehenden schwedischen Truppen und zur Vornahme eines unmittelbaren Einfalls in Schweden nicht gerüstet. Der Winter hielt die gegnerischen Flotten in verschiedenen Häfen fest, und so waren auf einige Zeit keine feindlichen Anfälle zu befürchten. In Schweden wandten sich während dieser Pause die Interessen und die Gedanken aller ganz natürlich den

brennenden Fragen der Thronfolge und der Verfassung zu, Fragen, die durch den Tod des Königs ganz plötzlich in den Vordergrund getreten waren.

Beim Hinscheiden des Königs befanden sich sowohl der Herzog von Holstein wie auch der Erbprinz Friedrich bei der Hauptarmee, ersterer im Hauptquartier bei Tistedalen, letzterer dreiviertel Meilen davon entfernt, beim Herrenhofe Torpum. Der Erbprinz sandte augenblicklich, um seine Gemahlin zu benachrichtigen, einen Kurier nach Stockholm und liefs aus eigenem Antrieb den ebenso verhafsten wie allmächtigen Minister des letzten Regimes, Görtz, der gerade nach dem Hauptquartier unterwegs war, verhaften. Es war dies eine populäre Tat, die zu gleicher Zeit den Mitbewerber um den Thron, den Herzog von Holstein, um einen tüchtigen Ratgeber ärmer machte.

Die Kunde von dem Tode des Königs traf am 5. Dezember in Stockholm ein. Sobald sich Ulrike Eleonore von der erschütternden Nachricht etwas erholt hatte, berief sie alle in der Stadt befindlichen königlichen Räte, um ihnen die wichtige Neuigkeit mitzuteilen, und liefs auf Vorschlag des Erbprinzen sofort v. Dernath, Ecklef nebst mehreren ausländischen Anhängern und Dienern des Görtz festnehmen. Der Tod des Königs traf Ulrike Eleonore nicht unvorbereitet. Er lag ja nur allzusehr im Bereiche der Möglichkeit, als dafs sie nicht zusammen mit ihrem Gemahl und ihren Vertrauten überlegt haben sollte, was sie in diesem Falle zu tun habe. Sie besafs die Entschlossenheit und Tatkraft der pfälzischen Könige, aufserdem hatte sie treue Ratgeber in ihrer Umgebung, den Staatssekretär Bark und den Oberstatthalter Baron Taube. Schon tags darauf setzte sie durch ihr bestimmtes Auftreten bei den wenigen unvorbereiteten Räten, die so lange von jeder Teilnahme an wichtigeren Angelegenheiten ferngehalten worden waren, ihre Anerkennung als regierende Königin gegen die allgemeine Versicherung durch, sie beabsichtige die Regierung nach alter Weise mit Hilfe des Rates zu führen. In den Kirchen der Hauptstadt wurde am 7. Dezember gleichzeitig bekannt gemacht, dafs Karl XII. gestorben sei und Ulrike Eleonore auf Grund des Erbrechts den Thron bestiegen habe.

Von gröfserer Bedeutung jedoch als der Beschlufs des Rates

war für den Augenblick die Haltung des versammelten Kriegsheeres. Möglicherweise lebten im Kreise der höheren Offiziere Sympathien für ein holsteinisches Königtum, aber in diesem Falle zerstörte der Herzog durch seinen Mangel an Kühnheit und Unternehmungslust alle Aussichten. Schwach und unerfahren, ohne Ratgeber und nur wenig populär verstand er es nicht, für seine Sache zu wirken, nach einigen Tagen verliefs er die Armee und begab sich nach der Hauptstadt. Der Erbprinz dagegen arbeitete mit Kraft und Rücksichtslosigkeit für seine Gemahlin. Um die höheren Offiziere zu gewinnen, liefs er die zuletzt angelangte Kriegskasse, 100000 Taler Silber in barem Gelde, als Entschädigung für ausgestandene Mühen unter sie verteilen. Auch der Herzog erhielt 6000 Taler. Aber alle Versuche, die Offiziere zu einer Äufserung in der Thronfolgefrage zu veranlassen, waren umsonst. Sie konnten sich nicht entschliefsen, in eine Rechtsentscheidung einzugreifen, die den Ständen allein zustand. Erst als die Nachricht eintraf, der Rat und die Beamtenschaft der Hauptstadt habe Ulrike Eleonore gehuldigt, und die Bekanntmachung von der Thronbesteigung den Truppen kundgegeben werden mufste, war es mit allem Zaudern zu Ende. Mit General Dücker an der Spitze stellten die Offiziere ihre Bedingungen für die Anerkennung Ulrike Eleonores. Diese Bedingungen lauteten: Abschaffung der Alleinherrschaft und Einberufung der Stände, um in aller Form betreffs der Thronfolge und der Verfassung eine Entscheidung zu treffen. Furcht vor dem Herzoge veranlafste den Erbprinzen, im Namen seiner Gemahlin diese Bedingungen anzunehmen. Die Bekanntmachung von der Thronbesteigung der Königin durfte der Armee vorgelesen werden, die Huldigung jedoch wurde bis nach dem Zusammentritt der Stände aufgeschoben. Dies geschah um die Mitte des Dezembers, als die Hauptarmee auf ihrem Marsche die bohuslänische Küste herab nach Uddevalla gekommen war, worauf dann die Regimenter nach ihrer Heimat gesandt oder an zerstreuten Orten im Lande einquartiert wurden.

Die zögernde Haltung der Armee hatte in der Hauptstadt das Geschick der Alleinherrschaft bereits entschieden. Einige Tage nach der Bekanntmachung von der Thronbesteigung der Königin

langte Generalmajor Bennet an, um Ulrike Eleonore das Beileid der Offiziere anläfslich des Todesfalles auszusprechen. Von ihm erfuhr die Königin das unbedingte Verlangen der Armee nach Abschaffung der Alleinherrschaft. Sie beeilte sich, der Generalität brieflich die Erklärung abzugeben, dafs sie nie von einer anderen Souveränität etwas wissen wolle als der, über die Herzen ihrer treuen Untertanen zu herrschen. Der entscheidende Schritt folgte am 15. Dezember, an welchem Tage die Einberufung der Reichsstände auf den 20. Januar 1719 nach Stockholm ausgefertigt wurde. In dem Einberufungsschreiben entsagte die Königin feierlich für ihre eigene Person und ihre Nachkommen auf ewige Zeiten der sogenannten Souveränität und lud die Stände ein, im Verein mit ihr die Reichsregierung in ihrer alten Ordnung zu errichten. Hiermit war das stolze Machtgebäude der Alleinherrschaft für immer gefallen, und keiner von denen, die darum wetteiferten, das Recht des Thrones zu repräsentieren, machte auch nur einen Versuch, dieses Gebäude zu verteidigen. Mit diesem Opfer glaubte Ulrike Eleonore auf dem Throne ihrer Väter sicher zu sitzen, obwohl die Weigerung der Armee, den Huldigungseid abzulegen, bevor nicht die Stände ihr Königtum bestätigt hätten, ahnen liefs, dafs der Streit um die Krone Karls XII. noch nicht sein definitives Ende erreicht hatte.

Noch ehe die Stände hatten zusammentreten können, brach der Sturm gegen die innere Politik der letzten Zeit los, wie ja auch ihre Kriegspolitik plötzlich ins Stocken geraten war. Die Verordnung, die unerhört drückende Abgabe des sechsten Pfennigs betreffend, welche man bisher noch nicht hatte bekannt machen können, wurde völlig annulliert. Die gewaltsame Mafsregel der Einziehung aller von der Krone als Sicherheit für Geldanleihen verpfändeten Güter wurde aufgehoben, die verhafste Zwangswerbung sofort eingestellt und die gewaltsam ausgehobene Mannschaft entlassen. Die grofsartige, aber drückende Neuorganisation des Post- und Personenbeförderungswesens wurde abgeschafft und den Bauern das von ihnen so hoch geschätzte Brennen für den Hausbedarf freigegeben u. a. Eine vollständige Systemänderung war eingetreten.

Noch gründlicher und schneller ging die Reaktion gegen die

Neugestaltungen Karls XII. auf dem Gebiete der Verwaltung vor. Ohne weiteres nahm der alte Rat wieder seinen Platz als Mittelpunkt der Reichsregierung ein und legte sich bei Beginn des Jahres ohne besonderen Beschluſs den uralten Titel Reichsrat wieder bei. Die Minister der letzten Kabinettsregierung, die bevollmächtigten Räte, sanken bis auf weiteres zu untergeordneten Kanzleibeamten herab. Die mächtige Einkaufsdeputation, die den Mittelpunkt der Finanzverwaltung der letzten Jahre gebildet hatte, wurde sofort nach Jahresschluſs aufgelöst und ihre Geschäfte auf die alten Kollegien verteilt. Auch die anderen neugeschaffenen Beamten stellten in Erwartung dessen, was die Reichsstände hinsichtlich ihres Geschickes bestimmen würden, ihre Tätigkeit ein.

Die Reaktion gegen die letzte Regierung kam auch in dem Prozesse gegen den ersten Diener derselben, Görtz, zum Ausdruck. Auch dabei wartete die neue Regierung die Ankunft der Stände nicht ab, sondern setzte gleich nach dem Eintreffen Görtz' in der Hauptstadt eine auſserordentliche Kommission, bestehend aus Beamten der verschiedenen Verwaltungszweige, einigen Geistlichen und Bürgern ein, die die Verwaltung Görtz' untersuchen und aburteilen sollte.

Während so die Regierung selbst willig ihre Hand dazu bot, einer allgemeinen Reaktion gegen die Souveränität und ihre Neuerungen Tür und Tor zu öffnen, erwachte überall das bisher unterdrückte politische Interesse zu neuem Leben. Die Reichstagseinberufung wurde allenthalben mit Jubel begrüſst, neue Hoffnung auf eine von Frieden und Glück gesegnete Zukunft trat an die Stelle der früheren Mutlosigkeit und Verzweiflung. Private und im öffentlichen Leben stehende Personen strömten von allen Kanten des Reiches in Scharen nach der Hauptstadt. Dahin eilte auch, sobald er sich notdürftig der Haltung des Heeres versichert hatte, der Erbprinz Friedrich als Ratgeber und Stütze seiner Gemahlin. Der gröſsere Teil der Offiziere folgte seinem Beispiele. Auch der andere Thronprätendent, der Herzog von Holstein, war nach Stockholm gekommen, um, wenn möglich, für seine Sache Propaganda zu machen. Im neuen Jahre trafen trotz der allgemeinen Armut die Reichstagsabgeordneten zahlreicher als gewöhnlich in der Hauptstadt ein, und lebhafte private Beratungen und

Zusammenkünfte fanden mit Rücksicht auf die bevorstehende Veränderung statt. „Alle Menschen hier gleichen Fliegen, die den Winter über tot gelegen haben und jetzt wieder anfangen, Leben zu bekommen", so schrieb Erik Sparre schon um die Weihnachtszeit von Stockholm an seine Frau.

Einer der Haupteiferer für das Recht und die Freiheit der Stände war der Landeshauptmann in Upsala, Per Ribbing. Dieser war als Vorsitzender der Görtzschen Kommission nach der Hauptstadt berufen und kurz darauf von der Königin zum Landesmarschall beim kommenden Reichstag ausersehen worden. Ribbing war bereits ein Fünfzigjähriger und hatte eine lange Beamtenlaufbahn in den verschiedenen Verwaltungszweigen hinter sich. Mit einem tiefgehenden Hasse gegen die Alleinherrschaft, in welcher er die Ursache für alle Unglücksfälle, die Schweden getroffen, erblickte, vereinigte er eine innige Liebe für die ältere Staatsordnung und Verwaltung. Die Reichsstände repräsentierten in seinen Augen die höchste Autorität, da nach dem Zusammenbruche der Königsmacht sie allein die historisch gegebenen Vertreter des Rechtes und der Interessen des Reiches waren und er in ihnen die Zusammenfassung des offiziellen Schwedens, der Bureaukratie, erblickte. Aber eine unbegrenzte Ständeherrschaft war nicht nach seinem Geschmack. Ribbing war seiner Herkunft und seinen Sympathien nach durch und durch Aristokrat, und ganz gewifs dachte er sich einen hocharistokratischen Rat, der im Stile des 17. Jahrhunderts die Umgebung des Königtums bildete, als zukünftige Landesregierung und natürlichen Führer der Stände.

Schon zu Lebzeiten Karls XII. sollen Per Ribbing und einige Genossen heimlich den Entwurf einer neuen Verfassung ausgearbeitet haben, die sich auf dem älteren schwedischen Staatsrecht aufbaute. Gleich nach dem Tode des Königs wurde der alte Entwurf einer nochmaligen Durchsicht unterzogen, wonach er noch aufserdem einer gröfseren Anzahl höherer Beamten und anderer einflufsreicher Mitglieder der zusammentretenden Stände vorgelegt wurde. So gab es schon vor dem Zusammentritt des Reichstages eine Partei, die sich mit einem bestimmten Programm in aller Stille gebildet hatte und durch Flugschriften und private

Bearbeitungen mit Eifer für ihr Programm Propaganda machte. Zur Verwirklichung ihrer Verfassungspläne waren die Freiheitsfreunde entschlossen, jedes Erbrecht auf den Thron zu verwerfen. Für ein Königtum aus dem holsteinischen Hause hatten sie gar keine Sympathie, aber Ulrike Eleonore sollte ihre Krone nur um den Preis erhalten, dafs sie die Festsetzung der neuen Verfassung ohne jede Einschränkung den Ständen überliefs. Da die Anhänger der Autorität der Stände täglich zahlreicher wurden und die Rechtsverhältnisse ziemlich zwistig waren, liefs sich die grofse Masse von Abgeordneten leicht für die Auffassung gewinnen, dafs jedes Erbrecht auf die Krone erloschen und alle öffentliche Autorität in der Hand der Stände vereinigt sei.

Schliefslich erhielt die Königin selbst Kunde von dem, was im Werden begriffen war. Sie konnte sich nur auf den Rat verlassen, denn dieser hatte ja ihr Erbrecht anerkannt. Mit der ihr eigenen Entschlossenheit brachte sie selbst am 21. Januar in einer Ratssitzung die Rede auf das, was sie gehört hatte, und bat die Ratsherren ohne Umschweife rein herauszusagen, was sie davon wüfsten und dächten. Jetzt zeigte der Rat eine andere Haltung als damals, wo die Nachricht vom Hinscheiden des Königs ganz plötzlich und unerwartet nach der Hauptstadt gelangte und niemand wufste, was bevorstand. Alle die alten königlichen Räte waren jetzt beisammen, durch vier neuernannte Reichsräte hatte die Arbeitskraft und der Einfluſs des Rates eine wohlangebrachte Verstärkung erfahren, und hinter dem Rate standen die Stände, das Heer und das Volk. Beinahe einstimmig erklärten die Ratsherren, dafs die Königin kein Erbrecht besäfse, da sie sich ohne Anhören der Stände verheiratet habe und noch dazu mit einem Fürsten, der einer anderen Religion angehörte. Der Landesmarschall, den man hinzugezogen hatte, gab dieselbe Erklärung ab, alle versicherten jedoch, die Wahl der Stände würde auf Ulrike Eleonore fallen und alles so geordnet werden, dafs jeder Anschein, als sei sie auch nur einen Augenblick vom Throne ausgeschlossen gewesen, vermieden würde. Die Andeutung, dafs, wenn das Erbrecht Gültigkeit hätte, auch der holsteinische Herzog in Frage kommen könnte, machte allen Bedenken ein Ende.

Gramvollen Herzens mufste Ulrike Eleonore nachgeben. In einem Schreiben an die Stände gab sie ihrer Überzeugung Ausdruck, dafs ein Erbrecht auf die Krone Schwedens nicht mehr bestehe, weder für sie noch für jemand anders; sie wäre jedoch nicht abgeneigt, die mühsame Regierungslast weiter zu tragen, falls die Stände sich dafür erklären sollten, und gelobe, nach der Regierungsform, welche die Stände abfassen würden, zu regieren. Zwei Tage später, am 23. Januar, wählten sämtliche Stände in gemeinsamer Sitzung auf dem Ritterhause Ulrike Eleonore zur Königin Schwedens mit Thronfolgerecht für ihre männlichen Nachkommen.

Hiermit war die Festsetzung der neuen Verfassung dem Reichstage ohne jede Einschränkung in die Hand gegeben, und ihre Ausarbeitung begann unmittelbar. Der von den drei höheren Ständen eingesetzte Ausschufs konnte nach allen voraufgegangenen Vorbereitungen schon nach einer Woche Vorschläge betreffs Wahlakt, Königsgelübde und Regierungsform machen. Die Prüfung dieser Vorschläge seitens der Stände, die hierbei bedeutende Änderungen zu ihren eigenen Gunsten durchsetzten, nahm nur einige Tage in Anspruch, worauf die neue Verfassung von der Königin unterzeichnet wurde. Am 21. Februar wurde Ulrike Eleonore feierlich der Wahlakt überreicht, in dem der Beschlufs der Stände, ihr die Krone zu übertragen, mitgeteilt wurde und der alle von ihr und dem Rate bisher ausgefertigten Verordnungen bestätigte; gleichzeitig wurde unter den üblichen Feierlichkeiten der Reichstag eröffnet.

Die Revolution war rasch und unblutig zu Ende geführt. Eine neue Regierung mit anerkannter Autorität war gebildet, die auf dem eigenen Selbstbestimmungsrechte des schwedischen Volkes fufste und sich himmelweit von dem Königtum, wie es kurz vorher bestanden, unterschied. Eine neue Verfassung für das zukünftige politische Leben des schwedischen Volkes war festgestellt. Erst die Zukunft konnte offenbaren, was dieselbe in ihrem Schofse trug; sie war jedoch darauf abgesehen, einen Gegensatz zu der Alleinherrschaft des Königs zu bilden, die Schweden an den Rand des Unterganges gebracht hatte. Das Vaterland vor Vernichtung zu bewahren und zu schützen, mufste nunmehr in erster Linie Aufgabe der Reichsstände sein.

Mitte März wurde Ulrike Eleonore feierlich zur Königin gekrönt. Die Krönung fand ihrem ausdrücklichen Wunsche gemäfs in der uralten Krönungsstadt der schwedischen Könige, in Upsala, statt, wohin sich trotz der Zeitverschwendung und trotz der allgemeinen Notlage Rat und Stände begeben mufsten. Der Herzog seinerseits war in Stockholm nur ein müfsiger Beobachter aller dieser Vorgänge gewesen. Im Reichstage hatten sich nur wenige Stimmen zu seinen Gunsten erhoben. Nur J. Banér, Generalleutnant in holsteinischen Diensten, hatte nach vollzogener Königswahl den Vorschlag gemacht, eine Thronfolgeordnung für den Fall festzustellen, dafs die Königin ohne männliche Erben stürbe, mit der deutlichen Absicht, dem Herzoge das Erbrecht auf den Thron zu sichern, aber dieser Vorschlag fand keinen Anklang. Mit enttäuschten Hoffnungen verliefs Herzog Karl Friedrich im Frühjahre 1719 das Land, in dem er erzogen worden war und zu dessen König er seit den Tagen seiner Kindheit sich berufen gewähnt hatte. Die Stände gaben ihm ein im Verhältnis zu den äufserst knapp bemessenen Einkünften ansehnliches Geschenk von 50000 Reichstalern bar als Reisegeld. Er sollte auf andere Weise versuchen, in der erregten und ränkevollen Politik jener Zeit seinen Vorteil wahrzunehmen.

* * *

Die neue Verfassung, wie sie in der Regierungsform des Jahres 1719 enthalten war, war darauf berechnet, eine Rückkehr zu den alten Verhältnissen, wie sie vor den Tagen der Alleinherrschaft bestanden, zu bezeichnen, nur mit dem Zusatze einiger Garantien vor ähnlichen Umsturzversuchen, wie die Alleinherrschaft sie sich gestattet hatte, oder vor einzelnen Mifsbräuchen, wie sie die Erfahrung an die Hand gab. Diese Garantien suchten die Männer des Jahres 1719 dadurch zu schaffen, dafs sie die freie Tätigkeit des Königs durch den Rat und die des Rates durch die Stände unterbanden. Die Übertragung der politischen Macht in letzter Hand auf die Stände, jedoch mit Beibehaltung einer gewissen Selbständigkeit von König und Rat, das war das eigentliche, innere Ziel, das man bei der Ausarbeitung des Grundgesetzes

vom Jahre 1719 vor Augen hatte. Dies verstand man jetzt unter „der Hoheit des Königs, der Autorität des Rates und der Freiheit und dem Rechte der Stände", einem Schlagwort, das die Staatsmänner der Freiheitszeit von den staatsrechtlichen Akten des 17. Jahrhunderts übernommen haben. Dieser Gedanke war nicht von republikanischen Bestrebungen oder von Theorien der Volkssouveränität als Grundlage der Staatsmacht, auch nicht von ausländischen parlamentarischen Vorbildern hervorgerufen. Er war im Grunde genommen national und konservativ; er beruhte ganz einfach darauf, dafs Rat und Königsmacht ihr Ansehen verloren hatten, während die Stände jetzt die Hauptverteidiger altschwedischen Rechtes und die natürlichen Anwälte der Wünsche der bedrohten schwedischen Gesamtheit waren. Dafs auch die Stände ihre Macht mifsbrauchen könnten, lag noch aufserhalb des Bereiches aller Erfahrung.

Der neuen Regierungsform gemäfs war der König ebenso wie früher das Haupt der Regierung und der sichtbare Vertreter des Staates. Im Verein mit seinem Rate und seinen Ständen entschied er alle Staatsangelegenheiten, und alle Befehle und Gesetze wurden in seinem Namen ausgefertigt. Der Rat war gleichzeitig Berater des Königs und höchste Spitze der Verwaltung. Seine Mitglieder waren ebenso wie im 17. Jahrhundert Vorsitzende und Beisitzer der vornehmsten Kollegien, und ihr hoher Rang sowie ihr Anspruch auf Unabsetzbarkeit hatte keine Veränderung gegen früher erlitten. Die ganze zentrale und lokale Verwaltung gliederte sich unter dieser Regierung in vielfache Stufen unabsetzbarer Beamten, deren Pflichten und Arbeitsformen im Grundgesetze nach dem Muster des 17. Jahrhunderts genau vorgezeichnet waren und deren Gehaltsverhältnisse durch Festlegung des Budgets vom Jahre 1696 als Musteretat völlig gesichert waren. Schliefslich kamen die Stände, welche dieselbe Zusammensetzung wie früher hatten und mit ihrer alten Befugnis ausgestattet waren, an der Gesetzgebung und der Besteuerung teilzunehmen und eine oberste Kontrolle über die Verwaltung auszuüben. Dies alles sah im wesentlichen aus wie eine Wiederherstellung der alten bureaukratischen und monarchischen Staatsordnung Schwedens aus den glänzenden Tagen seiner Grofsmachtszeit.

Zu dieser Wiederherstellung der alten Staatsgesetze kamen aber einige neue Verordnungen, die im älteren schwedischen Staatsrechte keine Stütze fanden, wenn auch die Oppositionsschriften des 17. Jahrhunderts bisweilen ähnliche Wünsche laut werden lassen. Eine der hauptsächlichsten dieser Neuerungen bestand darin, dafs die allgemeinen Regierungsangelegenheiten im Rate durch Abstimmung entschieden werden sollten, wobei der König nur zwei Stimmen hatte und bei Stimmengleichheit ausschlaggebend war. Es hiefs, der König sollte, wenn er in dieser Weise überstimmt würde, den Rat der Majorität als den vermutlich sichersten und besten „annehmen"; nur hinsichtlich der Ernennung von Beamten und hinsichtlich einer unbestimmten Gruppe geringerer, sogenannter privater Angelegenheiten wurde dem Könige eine Freiheit zugestanden, die ihm einen nicht unbedeutenden persönlichen Einfluſs einräumte. Infolge dieser Bestimmungen wurde die Königsmacht hinlänglich durch den Rat eingeschränkt. Eine andere Neuerung betraf die Selbständigkeit des Rates gegenüber den Ständen. Bei Ernennung der Mitglieder des Rates sollte der König für jeden freien Platz zwischen drei Personen wählen, die ein Ausschufs der drei höheren Stände in Vorschlag gebracht und die Stände selbst als Kandidaten bestätigt hatten. In Zukunft war also das Vertrauen der Stände die Grundlage für die Zusammensetzung des Rates. Daneben war das Verhältnis des Rates zu den Ständen dadurch bestimmt, dafs ersterer für seine Ratschläge und Beschlüsse Rechenschaft ablegen mufste und für dieselben verantwortlich war. Zwar konnten die Reichsräte nicht ohne Urteil aus ihren Ämtern entfernt werden; da es jedoch kein Verantwortlichkeitsgesetz gab und das Grundgesetz für diesen Fall kein besonderes Gericht vorschrieb, konnten sich die Stände nach Belieben zu Anklägern und Richtern der Ratsmitglieder aufwerfen. Hierdurch waren letztere auch hinsichtlich ihres Verbleibens im Amte von den Ständen abhängig.

Diese durchgreifenden Neuerungen bildeten die besonders charakteristischen Merkmale des Staatsrechtes der Freiheitszeit. Dazu kamen ferner einige weniger bedeutende Einschränkungen der Regierungsmacht, die in der Erfahrung der letzten Zeit ihren Grund hatten, so z. B., dafs zur Kriegserklärung, zur Änderung

des Münzgehaltes sowie zur Reise des Königs aufserhalb seines Reiches das Einverständnis der Stände notwendig sei, und schliefslich einige Vorschriften, deren Zweck es war, die nötige Selbständigkeit des Reichstages, seine Einberufung alle drei Jahre, volle Wahlfreiheit der Reichstagsabgeordneten, der Ausschufsmitglieder und des Landesmarschalls, volle Redefreiheit in allen Reichsangelegenheiten usw., sicherzustellen. Abgesehen von den Vorschriften der Regierungsform wurde der König auch durch das Königsgelübde in seiner Macht eingeschränkt. Durch dieses verband er sich, stets den Beschlüssen sämtlicher Reichsstände beizustimmen, so dafs hiermit das Veto des Königs aufgehoben wurde.

Trotz der scheinbaren Wiederherstellung der Verfassung und der Verwaltung des 17. Jahrhunderts war hiermit in Wirklichkeit der Grund zu einem Parlamentarismus gelegt, der sich mit Notwendigkeit aus dem Grundgesetze des Jahres 1719 entwickeln mufste. Die Konsequenz war jedoch freilich nicht sofort gegeben. Noch verliehen die Traditionen früherer Zeiten dem Könige und dem Rate einen Schein von selbständiger Macht, Autorität und Hoheit. Von den persönlichen Verhältnissen hing es im wesentlichen ab, in welcher Weise und unter welchen Formen dieser Parlamentarismus Tatsache werden sollte. Augenblicklich richteten sich alle Wünsche, alle Gedanken auf die Erniedrigung der Königsmacht, und die Furcht vor der Souveränität lähmte den Widerstand der besonneneren Staatsmänner gegenüber den Neuerungen. Die neue Verfassung ward in erster Reihe ein Protest gegen die Alleinherrschaft. Zur gröfseren Gewifsheit fügte man diesem Protest noch die eidliche Verpflichtung hinzu, die allen Beamten des Reiches, höheren und niedrigeren, abgefordert wurde, dafs sie mit Leib und Leben für die Fernhaltung der unbeschränkten Königsherrschaft eintreten würden. Die Stände selbst leisteten diesen sogenannten Souveränitätseid mit aufrichtiger Überzeugung bei der Krönung der Königin. Auch kommende Generationen sollten für diese Ideen erzogen werden, und zu diesem Zwecke wurde sogar die Erziehung der eventuellen jungen Prinzen unter die Kontrolle der Stände gestellt.

Eine neue Epoche nahm im schwedischen Staatsleben ihren Anfang, eine Entwicklung auf neuen Grundlagen trotz aller Nach-

bildungen der Vergangenheit und trotz der stark konservativen und reaktionären Strömungen, welche die Revolution des Jahres 1719 beherrscht hatten.

* * *

Mit der Königswahl und der Feststellung der neuen Verfassung waren die dringendsten Fragen abgetan, und jetzt erst konnte man seine Gedanken anderen wichtigen inneren Aufgaben zuwenden. Noch lag der Krieg mit seiner ungewissen Aussicht auf Frieden dräuend über Schweden, wenn auch für einige Monate kein Angriff zu befürchten war. Diese kurze Frist mufste ausgenutzt werden. Man mufste die drückendsten Fesseln, die das gesamte ökonomische Leben erstickten und die Nation buchstäblich mit dem Hungertode bedrohten, abstreifen. Man war gezwungen, das Münzwesen, das mit seinen verworrenen Verhältnissen jede ökonomische Unternehmung unmöglich machte, notdürftig in Ordnung zu bringen; vor allem mufste man die Finanzen der Krone regulieren und ihren grofsen Ansprüchen auf neue Geldmittel entgegentreten. Die Tausende von Beschwerden, die von allen Gesellschaftsklassen erhoben wurden, mufsten geprüft und Abhilfe geschaffen werden, begangene Mifsbräuche und Fehler mufste man untersuchen und die Schuldigen bestrafen, wie man auch die allzu kühnen Reaktionsbestrebungen, die auch das Gute, das die Alleinherrschaft zustande gebracht hatte, umstürzen wollten, niederzuhalten gezwungen war. Regierung und Verwaltung mufsten von Grund auf neugeordnet werden. Unerhörte Aufgaben waren dies zu einer Zeit, wo die Ungewifsheit betreffs des Bestandes des Reiches auf allen drückend lastete, wo eine allgemeine Unsicherheit hinsichtlich des wirklichen Rechtsinhaltes der neuen Verfassung herrschte, wo weder Rat noch Stände an selbständiges Auftreten gewöhnt waren und es sowohl auf dem Throne wie an dessen Stufen an dominierenden Persönlichkeiten mangelte. Bei einer derartigen Lage nahmen die Stände die Leitung des Staates in die Hand. Sie haben durch ihre energische Arbeit Schweden gerettet und hiermit den Grund zu ihrer späteren Gröfse gelegt. Es war nicht so sehr der Wortlaut der Verfassung, der den Ständen von vornherein eine so aufsergewöhnliche Machtstellung einräumte, als die Tat-

sache, daſs die schwache Regierung ohne Widerstand, ohne Initiative alles den Ständen überlieſs und sie geradezu einlud, allein alle Verantwortung, alle Arbeit und alle Macht auf sich zu nehmen. Die Stände ihrerseits zauderten freilich keinen Augenblick, dieser Aufforderung nachzukommen.

Der Vierständereichstag, dessen glänzendste Periode hiermit in der Geschichte Schwedens ihren Anfang nimmt, ging aus der Tiefe des damaligen schwedischen Volkes hervor. Der erste Stand, der Adel, bildete eine Vertretung aller adeligen Geschlechter in Schweden und Finnland. Jedes Geschlecht hatte seinen Vertreter, gewöhnlich das Geschlechtsoberhaupt oder caput familiae, das seit Beginn der Freiheitszeit als der selbsverständliche Vertreter des Geschlechtes galt mit der Berechtigung, im Verhinderungsfalle einem anderen Adligen Vollmacht zu erteilen. Da der schwedische Adel ungefähr 2000 Geschlechter umfaſste, konnte die Versammlung seiner Vertreter ungeheuer zahlreich werden, gewöhnlich waren jedoch nur einige hundert Edelleute auf dem Ritterhause anwesend, wenn auch diese Anzahl mitunter bedeutend wechselte. Innerhalb dieser Körperschaft hatte bisher infolge der Klasseneinteilung der Hochadel die leitende Stellung eingenommen, obwohl er in den beiden höchsten Klassen zusammengenommen nur ungefähr 200 Geschlechter zählte. Da die Reduktion dem Hochadel seinen groſsen Reichtum und seine übermächtige Stellung im Staate entzogen hatte, trat dieses Unrecht nur allzu deutlich zutage. Gleich beim ersten Zusammentritt des Adels nach der Königswahl im Januar 1719 entbrannte ein heftiger Streit, der damit schloſs, daſs die beiden höheren Klassen gegen ein geringfügiges Versprechen von besonderer Berücksichtigung bei den Ausschuſswahlen nachgaben. Die Klasseneinteilung wurde aufgehoben und das Ritterhaus ward eine groſse Versammlung, in der alle gleiches Stimmrecht besaſsen. Es war dies eine bedeutungsvolle Veränderung, die dem zahlreichen niederen Adel, der hauptsächlich aus Zivil- und Militärbeamten bestand, die Macht in die Hände gab.

Von den übrigen Ständen spielten der geistliche und der Bürgerstand eine gewisse Rolle neben dem Adel. Ihre Mitgliederzahl war verhältnismäſsig gering; der geistliche Stand hatte un-

gefähr 50, der Bürgerstand ungefähr 120 Mitglieder. Aber sie repräsentierten ein gut Teil Wissen, Verwaltungstüchtigkeit und mächtige Interessen. Der Bauernstand dagegen spielte anfangs eine passive Rolle. Er hatte keinen Teil an den konstitutionellen Neuerungen; bei der Entscheidung über die Staatsgeschäfte hatte er nicht mitzureden, er wurde systematisch beiseite geschoben, wenn auch in mehreren Fällen seine Wünsche berücksichtigt werden mufsten und es ihm gelang, sein Abgeordnetenrecht zu wahren. Nachdem der Reichstag am 21. Februar feierlich eröffnet worden war und die Vorschläge der Regierung entgegengenommen hatte, wurde ein geheimer Ausschufs von 50 Edelleuten, 25 Geistlichen und 25 Bürgern eingesetzt. Dieser Ausschufs wurde von vornherein der eigentliche Herd der Reichstagsarbeit und das Vorbild für die späteren geheimen Ausschüsse während der Freiheitszeit.

Die Untersuchung, welche die Regierung gegen die Werkzeuge der früheren Staatsleitung schon eingeleitet hatte, wurde von den Ständen ohne Meinungsverschiedenheit fortgesetzt. Die Görtzsche Untersuchungskommission hatte den Prozefs mit grofser Eile betrieben, teilweise um den allgemeinen Hafs zufrieden zu stellen, teilweise vielleicht aus politischen Gründen — man fürchtete, der Zar Peter könnte zugunsten Görtz' einschreiten. Das Gericht verweigerte dem Angeklagten die Benutzung eines Rechtsbeistandes und lehnte seine Bitte um schriftliche Mitteilung der Anklagepunkte oder um schriftliche Verteidigung ab. Nur an einigen wenigen Vormittagen, die er infolge Erkrankung teilweise nicht ausnutzen konnte, wurde ihm gestattet, aus dem angesammelten weitläufigen Material an Briefen und Aktenstücken das herauszusuchen, was er zu seiner Verteidigung anführen könnte. Schon am 11. Februar wurde das Urteil gefällt, nachdem die Stände die Bestellung des Gerichtes bestätigt hatten. Görtz wurde zur Enthauptung verurteilt, und seine Leiche sollte auf dem Galgenberge beerdigt werden, weil er es versucht, Mifstrauen zwischen dem Könige Schwedens und seinen Untertanen zu erwecken, Rat und Beamte von der Verwaltung der wichtigsten Reichsgeschäfte fernzuhalten und weil er Ratschläge erteilt hatte, die dem Lande zum Verderben gereichten. Vergebens suchte Görtz bei der

Regierung und den Ständen um einen Aufschub nach, um über seine Verwaltung von Staatsgeldern Rechenschaft abzulegen. Das Urteil wurde am 19. Februar vollzogen. Der Wortlaut des Urteils selbst läfst die treibenden Motive im Görtzschen Prozesse erkennen, die Rache gegen den, der es versucht hatte, die alte Bureaukratie zu stürzen und der die gesetzlose und erschöpfende Politik der letzten Jahre geleitet hatte. Es war ein politischer Akt, durch den man das unverantwortliche Alleinherrschertum zur Verantwortung zog, indem man sein vornehmstes Werkzeug blutig bestrafte.

Im übrigen verfuhren die neuen Herrscher mild mit den Männern des gefallenen Systemes. Es wurden Kommissionen eingesetzt, die die Finanzverwaltung Görtz' und seiner Mithelfer untersuchen sollten. Eine Bestätigung der ausgesprengten Gerüchte von der Veruntreuung von Staatsgeldern konnten sie nicht finden. Graf von Dernath wurde bereits im folgenden Jahre freigesprochen und aus der Haft entlassen. Dagegen wurde der holsteinische Sekretär Ecklef, der eigentliche Gehilfe Görtz', einer langwierigen Untersuchung unterworfen, die damit endigte, dafs er im Jahre 1727 von jeder Anklage befreit und in Freiheit gesetzt wurde, aufserdem nach dem Beschluſs der Stände 6000 Taler Silber als Ersatz für seine Mühe bei der Rechenschaftsablegung erhielt.

Ganz von selbst hatte die alte Verwaltung ihre Befugnisse wieder übernommen und die neugeschaffenen Verwaltungsorgane beiseite geschoben. Die Stände erteilten der Wiederherstellung der alten Administration ihre vollste Bekräftigung. Die Kontributionsrentei wurde nach einiger Zeit abgeschafft und die Reform des Gerichtswesens aufgehoben. Die Zollerhebung nahm die Krone wieder in eigene Verwaltung. Durch die Regierungsform und die spätere neue Finanzregulierung wurde eine grofse Anzahl neuer Beamtenstellen definitiv eingezogen, und ihre Inhaber kehrten entweder in ihre früheren Ämter zurück oder wurden so lange aufser Etat gestellt, bis sie im aktiven Dienste von neuem befördert werden konnten. Die Kanzleiordnung des Jahres 1719 leitete eine bedeutungsvolle Revision der Beamteninstruktionen ein, die auf den folgenden Reichstagen der zwanziger Jahre zu Ende geführt wurde.

Am allerschwierigsten waren die ökonomischen Fragen. Die Reichsschuld belief sich, soweit man sie bestimmen konnte, auf 60 bis 70 Millionen Taler Silber. Zu einem Drittel ungefähr bestand sie aus Münzwertzeichen und Papiergeld. Es war unmöglich, diese Geldmenge zu ihrem Nennwerte einzuwechseln. Die Münzwertzeichen wurden auf einen Bruchteil ihres Wertes herabgedrückt und bald vollständig aufser Kurs gesetzt, ihre Inhaber erhielten jedoch bis zum ungefähren halben Betrag Ersatz in Garantiescheinen, die später eingelöst werden sollten. Es war dies ein Staatsbankrott, der jedoch nicht zu umgehen war. Was die übrigen Schulden betraf, so wurden die Forderungen für Rekrutierung, Durchmärsche, Einquartierungen u. a. m. zum Teil vollständig abgewiesen, zum Teil für rückständige Staatssteuern abgeschrieben. Der Rest, mit Ausnahme der Staatsschuld an die Bank, wurde in einen Fonds umgewandelt, dessen Verzinsung und Amortisation einem Ständekontor, das sich aus Bevollmächtigten der drei höheren Stände zusammensetzte, überwiesen wurde. Vermittels des geheimen Ausschusses übernahmen die Stände jetzt zum ersten Male die gesamte Finanzregulierung. Sie suchten den grofsen Bedürfnissen einigermafsen dadurch zu begegnen, dafs sie eine neue drückende Steuer bewilligten und die Regierung ermächtigten, wenn irgend möglich, eine neue ausländische Anleihe aufzunehmen.

Ferner mufste man dem privaten Erwerbsleben Luft schaffen und Zufuhrwege erschliefsen. Durch eine neue Kaperverordnung wurde den Kapereien Karls XII. ein Ende gemacht. Die Blockade der vom Feinde besetzten Reichsgebiete wurde zuerst nur für holländische Schiffe, bald darauf jedoch auch für die anderer Nationen aufgehoben, um so allen verderbenbringenden Repressalien zu entgehen. Fabrikanten und Kaufleute erhielten das Recht, ihre Waren nach Belieben ein- und auszuführen und ihre Preise ohne Rücksicht auf die Regierungstaxen zu bestimmen. — Auch in die Friedensfrage griffen die Stände durch ihre Deputierten ein und stellten in der Politik die Richtung fest, die man zur Erreichung dieses Zieles einschlagen sollte.

Schliefslich hatten die Stände auch ihre eigenen Tendenzen als Glieder der Gesellschaft zu verfechten und hierin zu einer

Verständigung miteinander zu gelangen; hierbei zeigt sich uns die neue Zeit von einer neuen Seite. Während der Dauer des Reichstages hatten die drei höheren Stände im wesentlichen zusammengehalten und die eigentliche Arbeit verrichtet. Der Bauernstand war von dem geheimen Ausschufs ausgeschlossen worden, und seine Proteste in der Münz- und Steuerfrage hatten keine Beachtung gefunden. Schliefslich reichten die Bauern einen förmlichen Protest gegen alle Verordnungen, die ohne sie eingeführt worden waren, gegen Steuern und Ausschreibungen, beim Ausschusse ein mit der Drohung, die Landbevölkerung würde sich an diese Beschlüsse nicht kehren. Man beruhigte sie deshalb mit bedeutungslosen Worten und einigen geringeren Vergünstigungen. Der geheime Ausschufs wollte sie nach Hause reisen lassen, aber sie weigerten sich, sofern der Reichstag nicht aufgelöst würde, dies zu tun. Die Bauern waren mit dem Strome geschwommen, aber es zeigte sich klar und deutlich, dafs sie ein Element bildeten, das im Grunde genommen königlich gesinnt war und nur allzubald durch seine alte Ehrfurcht vor der Königsmacht der neuen Verfassung gefährlich werden konnte.

Eine noch gröfsere Gefahr für die Ständeherrschaft lag jedoch darin, dafs am Schlusse des Reichstages auch die Einigkeit zwischen den drei höheren Ständen in die Brüche ging. Jeder Stand hatte für sich selbst Privilegien ausgearbeitet, für die er nun ohne Rücksicht auf die anderen Stände ganz nach dem Muster der alten Privilegiengesetzgebung bei der Regierung um Bestätigung nachsuchte. Durch seinen grofsen Einfluſs auf die Regierung gelang es dem Adel am 26. Mai, die Bestätigung seiner Privilegien bei der Königin durchzusetzen. Durch diese Privilegien erhielt der Adel das ausschliefsliche Recht auf alle höheren Ämter, das Vorrecht bei allen niederen Beamtenstellen, das ausschliefsliche Anrecht auf den Besitz von privilegierten Gütern, mit dem Zusatze, dafs alle Nichtadeligen, die im Besitze von solchen Gütern waren, dieselben gegen Lösegeld abtreten mufsten, neue ökonomische Vorteile, das Eheverbot zwischen Adeligen und Nichtadeligen, das Forum privilegiatum in allen Prozessen, das Patronatsrecht in allen Kirchsprengeln, in denen ein Adeliger

Freigut besafs, das Züchtigungsrecht gegenüber Bauern und Dienerschaft u. a. m. Mit einem Schlage hatte der Adel seine hochgeschraubten Forderungen durchgesetzt. Unerhörte Erbitterung ergriff Geistliche und Bürger. Die Geistlichen lagen gerade mit den Bürgern, deren Zunftwesen sie abgeschafft wissen wollten, in Streit. Für sich selbst hatten sie Vorschläge ausgearbeitet, die unter anderem die Forderung enthielten, dafs die Geistlichen in Kriminalsachen von den Konsistorien abgeurteilt würden — mithin eine Wiedereinführung des mittelalterlichen kirchlichen Rechtsverfahrens. Nun versöhnten sich die beiden Stände augenblicklich und legten eilends Protest gegen die Gültigkeit der Adelsprivilegien ein, da die anderen Stände hierbei nicht gehört worden wären. Dieser Protest hatte vorläufig keinen anderen Erfolg, als dafs der eigene Privilegienantrag des geistlichen Standes nicht die Bestätigung der Königin erhielt.

Auch gegen das nützlichste Werk der Alleinherrschaft, die Reduktion, wandten sich die privaten Standesinteressen in ihrem reaktionären Anlaufe. Aber hierbei waren beim Adel selbst die Meinungen geteilt. Für den niederen Adel, der von den Staatsgehältern lebte, war der Bestand der Reduktion eine Notwendigkeit, denn sie war die Grundlage der Staatsökonomie und der militärischen Landesorganisation (indelningsverket), auf der die Armee sich aufbaute. Alle einigten sich jedoch dahin, eine Aufhebung der Reduktion, die über die Beschlüsse des Jahres 1680 hinausging, d. h. der der kleineren Lehen, zu fordern, sowie auf eine Revision der Reduktion von Kauf- und Pfandgütern zu dringen, aber der Widerstand der nichtadeligen Stände bewirkte, dafs diese heikle Frage bis zum nächsten Reichstag aufgeschoben wurde. Hiermit war in Wirklichkeit der gefährliche Anlauf gehemmt, und das Werk der Alleinherrschaft blieb in diesem Falle bestehen.

Am 30. Mai trennten sich die Stände nach bedeutungsvoller Arbeit. Sie trug noch den Stempel des Provisorischen und Unvollendeten an sich, weshalb auch die Stände beschlossen, zu Neujahr wieder zusammenzutreten. Während der Tagung des Reichstages hatte der Staatsmann, der mehr als andere zur Gründung der Ständeherrschaft beigetragen hatte, der Landesmarschall

Per Ribbing, das Zeitliche gesegnet; in seiner vollen Kraft war er einer heftigen Krankheit erlegen.

* * *

Die neue Regierung, der nach dem Auseinandergehen der Stände die wichtige Aufgabe zufiel, den Krieg und die Friedensverhandlungen zu einem glücklichen Abschluſs zu bringen, war diesem schwierigen Auftrage nicht besonders gewachsen.

Königin Ulrike Eleonore war eine Frau in ihren besten Jahren — sie war 1688 geboren —, seit vier Jahren war sie mit dem Erbprinzen von Hessen in einer bisher im ganzen genommen glücklichen, aber kinderlosen Ehe verheiratet. Sie war eine rechtschaffene und wohlwollende Frau, die in ihrem Privatleben mit allen Tugenden ausgestattet war, mildtätig, einfach und anspruchslos, sowie aufrichtig fromm im Geiste der herrschenden Staatskirche. Sie war ohne äuſsere Anmut, besaſs jedoch eine natürliche Würde, die imponieren konnte. An ihrem Hofe wuſste sie stets den Geist von Zucht und Anstand, Gediegenheit und altväterlicher Frömmigkeit zu bewahren, der den karolinschen Hof auszeichnete. Ulrike Eleonore hatte kein Verständnis für Staatsangelegenheiten, obwohl sie als Prinzessin an den Überlegungen des Rates teilgenommen hatte; sie war überhaupt nicht begabt; besaſs keine reichere Bildung, aber sie liebte ihr Land und ihr Volk und entbehrte weder Willenskraft noch Mut, wenn es darauf ankam, das zu verfechten, was sie als ihr Recht ansah. Der Geist der neuen Verfassung war für sie ein vollständig fremder. Sie lebte in den Ideen der Alleinherrschaft, wie sie von ihrem Vater ausgebildet worden waren, sie glaubte steif und fest an den göttlichen Ursprung der Königsmacht und an ihr eigenes Erbrecht. Nur aus Furcht vor ihrem Mitbewerber hatte sie die Souveränität geopfert und ihre Krone durch die Wahl der Stände entgegengenommen, aber, obwohl ihre Gewissenhaftigkeit nie bei ihr den Gedanken aufkommen lieſs, die beschworenen Fesseln abzuschütteln, konnte sie sich doch nie richtig darein finden. Alle Widersprüche nahm sie mit Ungeduld wie ein Alleinherrscher auf und gebrauchte die Macht, welche die Ehrfurcht vor dem Königtum ihr noch einräumte, auf den Rat unverantwortlicher Günstlinge hin

zu einer Reihe willkürlicher Maſsnahmen. Ihr Haſs gegen ihren Neffen, vor dem sie in ihrer Jugend hatte zurückstehen müssen und der ihr die Krone hatte rauben wollen, sowie eine grenzenlose Liebe zu ihrem Gemahl waren die ausschlaggebenden persönlichen Beweggründe in der Seele der Königin. Schon früh reifte bei ihr der Entschluſs, ihren Gemahl zum Könige und Mitregenten an ihrer Seite zu erheben. Darauf erstreckte sich bald ihr Hauptstreben; für sein Interesse war sie so eingenommen, daſs sie nicht zauderte, selbst zurückzutreten, falls dies verlangt würde. Auſser dem Erbprinzen, dessen Wort bei ihrer intimen Beratung natürlich den Ausschlag gab, spielten der Staatssekretär Daniel Niklas von Höpken, ein feiner und geschickter, aber ränkesüchtiger und ehrgeiziger Herr, sowie die beiden tüchtigen Emporkömmlinge, die Staatssekretäre Joachim von Düben und Samuel Bark, die Rolle einer Art Kabinettsminister neben den gesetzlichen Ratgebern.

Der Erbprinz Friedrich, der infolge des unbegrenzten Vertrauens der Königin der eigentliche Regent war, obwohl er keinen sichtbaren Anteil an der Regierung nahm, war ein unbedeutender deutscher Fürst, der wie viele andere Prinzen des heiligen römischen Reiches im Dienste fremder Mächte Ehre und Erfolg suchte. Im spanischen Erbfolgekrieg hatte er sich auf seiten der Verbündeten durch seinen persönlichen Mut und seine kriegerische Tüchtigkeit hervorgetan. In schwedischen Dienst kam er durch seine Heirat mit Ulrike Eleonore. Erbprinz Friedrich war zwölf Jahre älter als seine Gemahlin und war schon vorher in kurzer und kinderloser Ehe mit einer preuſsischen Prinzessin verheiratet gewesen. In Schweden gewann er bald die Hingebung seiner Gattin, das Vertrauen seines Schwagers und eine nicht unbedeutende Anzahl Freunde. Er nahm am Feldzuge gegen Norwegen im Jahre 1716 teil und erlitt dabei eine schwere Verwundung, die ihn lange ans Krankenlager fesselte, aber auch sein Ansehen beim Heere erhöhte. Karl XII. ernannte ihn sogar zum Generalissimus der schwedischen Armee. Wenn auch seine Befugnis als solcher nicht näher bestimmt und bei Lebzeiten des Königs ohne Bedeutung war, so war der Erbprinz doch infolgedessen beim Ableben des Königs der höchste Befehlshaber der

Armee, welche Stellung er im Interesse seiner Gemahlin wohl auszunutzen verstand. Nach ihrer Thronbesteigung erhielt er in dieser Eigenschaft die faktische Oberleitung der Streitkräfte des Reiches zu Land und zu Wasser sowie einen bedeutenden Einfluſs auf das Kriegswesen und die militärischen Beförderungen.

Der Erbprinz war ein froher, wohlwollender und freigebiger Herr, der mit einem schönen Äuſsern, stattlicher Statur und angenehmen Umgangsformen ausgestattet war. In ihm lag etwas Unmittelbares, Hurtiges und Frisches, das ansprach. Ihm standen ein guter Kopf, eine ziemlich gute Bildung und reiche Erfahrung zu Gebote. Ohne sich mit einer Kritik oder einem tieferen Nachdenken Kummer zu machen, war er in seiner Auffassung ungewöhnlich vorurteilslos und traf mit seinem Urteile oft das Richtige. Er konnte auch Energie entwickeln, das bewies er am deutlichsten mit seinem Auftreten, als es sich um die Thronfolge nach dem Tode Karls XII. handelte. Von Natur aus war er aber bequem und genuſssüchtig, und diese Seiten seines Charakters sollte er später bis zu wirklicher Denkfaulheit und moralischem Stumpfsinn entwickeln. Noch traten diese Fehler nicht in den Vordergrund, und in der schwierigen Folgezeit war er der Königin ein treuer und energischer Ratgeber. In dieser Eigenschaft ist er nie vom Pfade der Pflicht abgewichen, aber es liegt klar auf der Hand, daſs er, der ausländische Glücksritter, ohne gesetzliche und verantwortliche Stellung als Ratgeber, nicht gerade so wie ein schwedischer Staatsmann für das Volk Schwedens empfand oder sich von seinen persönlichen Gesichtspunkten frei machen konnte. Für ihn galt es ohne Zweifel in erster Reihe, dem Herzoge von Holstein entgegenzuarbeiten, den Thron Ulrikens zu befestigen und womöglich selbst die Krone zu erwerben. Zur Erreichung dieser Zwecke konnte er freilich den Anerbietungen der fremden Mächte ein willigeres Ohr schenken, als es diese sonst verdienten. Einen eigentlichen Grundsatz in der Politik hatte er im übrigen nicht. Seine persönlichen Neigungen waren für Freundschaft mit dem Kaiser, dem er die Ehrfurcht und die Rücksicht eines Reichsfürsten bewahrte, auch die Erinnerungen aus den Tagen des Erbfolgekrieges hielten ihn in der Politik auf antifranzösischer Seite, ohne daſs er jedoch mit Hartnäckigkeit an

diesem Prinzip festhielt. Für die innere schwedische Politik fehlte es dem Erbprinzen an Interesse und an Verständnis. Die neue Verfassung liebte er in keiner Weise, aber er besafs keine wirkliche Empfindung für die schwierige Aufgabe des Königtums im damaligen schwedischen Staatsleben.

Der Königin zur Seite stand als gesetzlicher, offizieller Kreis von Ratgebern der Reichsrat, der nach der Verfassung der Mittelpunkt der Reichsregierung und der eigentliche Sitz der Regierungsmacht war. Die plötzliche Veränderung des Machtverhältnisses zwischen König und Rat hatte indessen eine gewisse Unsicherheit der Machtausübung sowie ein beiderseitiges tiefes Mifstrauen zur Folge. Dem bestimmten Auftreten der Königin gegenüber gab der Rat regelmäfsig nach und war aufserstande, seinen Ansichten die von der Regierungsform gebotene Rücksicht zu verschaffen. Die Räte beklagten sich öfters darüber, dafs die Königin eigenmächtig in ihrem Kabinette über Angelegenheiten Entscheidung träfe, die eigentlich dem Rate hätten vorgelegt werden sollen, oder dafs sie direkt durch den Staatssekretär Vorschriften und Befehle erteile, die vorher im Rate hätten besprochen werden müssen. Diese Klagen, die noch zaghaft und voll Nachgiebigkeit waren, fanden jedoch keine Beachtung. Auch den Ständen gegenüber war es für den Rat nicht leicht, den ihm gebührenden Platz voll zu behaupten. Die Stände hatten ja dem Rate seine neue Machtstellung verliehen, und das allgemeine Bewufstsein betrachtete sie deshalb beinahe schon als die Prinzipale desselben.

Die Nachgiebigkeit und Unselbständigkeit des Rates hatten im wesentlichen ihren Grund in seiner mangelhaften Zusammensetzung. Beim Tode Karls XII. bestand der Rat aus elf schon alten Ratsherren. Gleich nach dem Tode des Königs ernannte die Königin vier neue Reichsräte, und nach dem Zusammentritt der Stände kamen gemäfs der Vorschrift des neuen Grundgesetzes noch neun fernere hinzu, die von der Königin nach den Vorschlägen der Stände gewählt wurden; auf diese Weise wurde also die Anzahl der Reichsräte auf vierundzwanzig erhöht. Im neuen Rate fand sich kaum ein gröfserer Fonds von staatsmännischer Begabung vor. Die Stände standen noch zu sehr im Banne der alten Auffassung, die im Rate hauptsächlich eine Vereinigung der hervor-

ragendsten Beamten aus dem höheren Adel sah, als dafs sie bei der Bildung der neuen Regierung sich von einem bureaukratischen Beförderungsgesichtspunkte hätten freimachen können. Aufserdem waren in der letzten Zeit der Alleinherrschaft alle selbständigeren schwedischen Männer von jedem wirklichen Einflusse zurückgedrängt worden. Es war daher ganz natürlich, dafs die Personen, die im Verein mit der Königin dazu berufen waren, die Geschicke Schwedens zu leiten, eine gewisse Ungewohntheit und Ungewandtheit bei der Behandlung der Staatsgeschäfte an den Tag legten.

Ohne jeden Zweifel nahm der Kanzleipräsident Arvid Horn infolge seiner Begabung und seiner Erfahrung den ersten Platz unter den Reichsräten ein. Neben ungewöhnlicher Gewandtheit und Einsicht besafs er sowohl Kraft wie auch ein feines, vorsichtiges Benehmen. Aber gerade er war in der letzten Zeit der Alleinherrschaft der Gegenstand des besonderen Mifstrauens des Königs gewesen und deshalb jedes gröfseren Einflusses beraubt worden. Auch bei Ulrike Eleonore stand er in Mifskredit. Seit dem Jahre 1714, wo er den Versuch der Stände, ihr die Reichsverwesung zu übertragen, vereitelt hatte, argwöhnte sie in ihm ihren Feind. Dafs er bei der Beerdigung der alten Königin-Witwe sich seines Schülers, des Herzogs Karl Friedrich, angenommen und ihm die Berechtigung, vor dem Erbprinzen von Hessen zu gehen, zugesprochen hatte, hatte sie ebenfalls verletzt, und wenn auch Horn bei der Revolution im Jahre 1719 nicht sichtbar hervorgetreten war, so hatte Ulrike Eleonore ihn nicht ohne Grund im Verdacht, dafs er bei der Verneinung ihres Erbrechtes und der Einschränkung der Königsmacht seine Hand mit im Spiel gehabt habe. Er war es auch, der im Rate den eigenmächtigen Regierungsmafsnahmen der Königin mit aller Kraft entgegentrat. Das immer zunehmende gespannte Verhältnis brachte Horn schon während der Tagung des Reichstages zu Fall. Als die Königin im Gegensatze zur Ansicht des Rates eigenmächtig den Staatssekretär Höpken die Order ausfertigen liefs, ein abgefangenes holländisches Schiff freizugeben, und die Stände den Rat bei seiner Klage wegen dieser Mifsachtung nicht unterstützten, bat Horn um seinen Abschied als Kanzleipräsident. Die Königin beantwortete dies Gesuch mit seiner Verabschiedung von dieser Stellung

sowohl wie auch von der eines Ratsherrn. Obwohl die Stände alsdann sich für Horn verwandten und er selbst sich vor der Königin demütigte, hatte es infolge von Ulrike Eleonores Starrsinn dabei sein Bewenden. So wurde der tüchtigste Staatsmann Schwedens jedes Einflusses auf die Regierung beraubt; still zog er sich auf seine Güter zurück zu einer Zeit, die mehr als jede andere alle Mann auf Posten rief.

Erik Sparre, ein fein gebildeter Weltmann, der als Diplomat und Soldat reiche Erfahrung gesammelt hatte, übernahm als Vizepräsident der Kanzlei zunächst die Rolle Horns. Sparre gehörte der alten Schule schwedischer Staatsmänner an, die Schwedens natürliche auswärtige Politik in einem innigen Anschlufs an Frankreich erblickte; aber ohne tieferes Verständnis für Politik, empfindlich und kränklich, wie er war, nahm er bereits nach einem Monat seinen Abschied, indem er Krankheit vorschützte, unzweifelhaft jedoch hauptsächlich deshalb, weil er mit der Königin und ihren privaten Ratgebern nicht eins werden konnte. Zum Kanzleipräsidenten und höchsten sichtbaren Leiter der schwedischen auswärtigen Politik berief dann die Königin im Frühjahre 1719 den Reichsrat Graf Gustav Cronhielm. Auch er war eine bedeutende Kraft mit gediegener Bildung, besonders auf dem Gebiete der Rechtswissenschaft. Als Vorsitzender der Gesetzeskommission sollte er sich später durch das Gesetz vom Jahre 1734 ein grofsartiges Denkmal errichten. Als Beamter besafs Cronhielm reiche Erfahrung in allen Zweigen der Verwaltung; man rühmt ihm auch grofse Gewandtheit und angenehme Umgangsformen nach, aber er war nicht frei von Eigennutz und wohl kaum ein Staatsmann höheren Ranges. Von den übrigen Ratsherren waren der berühmte Architekt und fein gebildete Hofmann, Nikodemus Tessin d. J., der alte, schlaue, unzuverlässige Diplomat Mauritz Vellingk, der hervorragende, aber jetzt bejahrte Krieger Karl Gustav Rehnschiöld und der beim Heere ganz besonders einflufsreiche Karl Gustav Dücker die bekanntesten, wenn auch nicht tüchtigsten Mitglieder.

Nach dem Sturze Horns gab es also im Rate ebensowenig wie auf dem Throne eine persönliche Kraft von höherer Begabung, Erfahrung und Charakter.

* * *

Es war von vornherein klar, daſs Schweden zur Gewinnung des Friedens den Feinden bedeutende Abtretungen machen müſste; da jedoch die Feinde unter sich uneins waren, hofften die schwedischen Staatsmänner, durch Entgegenkommen gegenüber dem einen oder anderen derselben auf deren Unterstützung gegenüber den übrigen rechnen zu dürfen. Gleich von vornherein waren alle Sympathien in erster Reihe für einen Ausgleich mit England-Hannover. König Georg hegte bitteren Haſs gegen den Zaren Peter. Zu Beginn des Jahres 1719 kam es zu einem offenen Konflikt, als ein hannoveranisches Heer die russischen Truppen aus Mecklenburg vertrieb, die seit dem Jahre 1716 dort gestanden hatten und Georg gleichzeitig den Abmarsch der russischen Truppen aus Polen verlangte. Auſserdem wollte England seines Handels in der Ostsee wegen dort kein Übergewicht Ruſslands aufkommen lassen. England war die bedeutendste Macht jener Zeit. Zur See war seine Herrschaft unbestritten, und die beiden alten Hauptmächte des Kontinents, Frankreich und Österreich, waren augenblicklich von ihm abhängig. Es lag auf der Hand, daſs nur hier eine wirkliche Hilfe gegen den Zaren Peter zu finden war. Diese muſste jedoch mit Bremen und Verden erkauft werden, die König Georg als Kurfürst von Hannover behalten und diesem Lande einverleiben wollte.

Die Regierung und die Stände hatten sich auch dahin geeinigt, dem Plane, durch eine Landabtretung an Hannover die Unterstützung Englands gegen den Zaren zu gewinnen, den Vorzug zu geben. Man hoffte jedoch, durch die Vermittlung Frankreichs König Georg zu bewegen, sich mit einer pfandweisen Abtretung von Bremen und Verden zu begnügen, so daſs dieselben späterhin vom schwedischen Staate würden eingelöst werden können. Während man auf das Resultat dieser Vermittlung wartete, beschloſs man, auf Åland die Unterhandlungen mit dem Zaren wieder aufzunehmen. Der Reichsrat Lilienstedt reiste als Gesandter Schwedens dorthin mit der Vollmacht, Ingermanland als Ersatz anzubieten. Dänemark dagegen durch irgendwelche Vorspiegelungen hinzuhalten, hielt man gar nicht für nötig; als dasselbe im Frühjahre den Versuch machte, einen vorteilhaften Separatfrieden mit Schweden abzuschlieſsen, wurde es schroff abge-

wiesen; aus diesem Grunde brach der Krieg mit dieser Macht von neuem aus.

Der Zar Peter liefs sich jedoch nicht mit bloſsen Unterhandlungen abspeisen. Er rüstete eine Flotte von 30 grofsen Kriegsschiffen, 150 Galeeren und 30000 Mann Truppen aus, die sich am 11. Juli der schwedischen Küste näherte, um sie zu verheeren. Schweden war zur Abwehr dieses Angriffes schlecht gerüstet. Von seiner Flotte waren nur Reste übrig, alte, mangelhafte Schiffe ohne genügende Bemannung, ohne Vorräte und mit abgenutzten Ausrüstungsgegenständen. Erst spät im Frühjahr konnte das Hauptgeschwader in Karlskrona unter ständigem Kampf mit der Not ausgerüstet werden, und erst im Spätsommer wurde es fertig zum Auslaufen. In Stockholm lag ein kleineres Geschwader, das die Einfahrt zur Hauptstadt Schwedens verteidigen sollte, und in der Umgebung lagen 8 bis 9000 Mann. Im übrigen war die ganze schwedische Ostküste beinahe von jedem Schutze entblöſst, nur einige kleinere Truppenabteilungen waren über das ausgedehnte Gebiet zerstreut. Infolge der allgemeinen Not war es nicht möglich gewesen, die Regimenter zur rechten Zeit an geeigneten Orten an der Küste zusammenzuziehen. Man hatte auch keine Schärenflotte, die das Einlaufen der russischen Galeeren in die Schären hätte verhindern können. Man konnte sich nur auf das Aufgebot der Landbevölkerung verlassen, das, so gut es ging, bewaffnet wurde.

Die russische Flotte teilte sich in drei Abteilungen, von denen die eine nordwärts segelte und die Küste Upplands bis nach Gäfle verheerte. Die Städte Östhammar und Öregrund wurden eingeäschert und eine grofse Anzahl Eisenwerke verwüstet. Generalmajor Zöge, der die Verteidigung nördlich von Stockholm leitete, war ein vollständig unfähiger Mensch. Erst vor Gäfle, wo der Landeshauptmann Hamilton einige Truppen und bewaffnete Bauern gesammelt hatte, stiefs der Feind auf Widerstand. Die russischen Landungstruppen schifften sich alsdann ohne Kampf ein, und die Flotte segelte wieder nach Süden. Eine andere Abteilung der russischen Flotte suchte die Küsten Södermanlands und Ostgotlands heim. Hier führte Generalmajor Urbanowitz den Befehl über die wenigen schwedischen Truppen. Mit ihnen tat er, was

er konnte, er verstand es jedoch nicht, das Aufgebot der Landbevölkerung zur Anwendung zu bringen. Die russische Flotte verheerte und verbrannte die reiche Küstengegend bis weit ins Land hinein. Die schwächeren, schwedischen Truppenabteilungen zogen sich beinahe ohne Kampf zurück. Die Städte Södertälje, Trosa, Nyköping und Norrköping wurden ein Raub der Flammen, worauf die Flotte nach Norden segelte. Überall, wo die Russen kräftigeren Widerstand fanden, zogen sie sich zurück; aber ohne tüchtige Führung, ohne die Stütze regulärer Truppen und noch niedergebeugt von den früheren Lasten konnten die Bauern keinen derartigen Widerstand leisten, der sonst irgendwie das Elend hätte abwehren können. Die Verzweiflung der Küstenbevölkerung ging so weit, dafs die Bauern vom Vikboland, auf Veranlassung von russischen Manifesten und Agenten, mit einem Schreiben nach Norrköping kamen, in dem sie sich der Herrschaft und dem Schutze des Zaren unterwarfen.

Eine Abteilung der russischen Flotte hatte vor Stockholm Halt gemacht. Hier waren jedoch die Verteidigungsmafsregeln derart, dafs ein Angriff ohne gröfsere Truppenmassen aussichtslos war. Nach der Rückkehr der anderen Flottenabteilungen versuchten die Russen durch Stäket vorzudringen. Die gesamte Galeerenflotte erschien vor der Einfahrt in dasselbe. Auf beiden Seiten wurden Truppen gelandet, während die Galeeren in der Meerenge weiter vorrückten. Oberst Dahlheim an der Spitze einiger Bataillone des Reserveregimentes Östgöta hielt jedoch den Vormarsch der Russen so lange auf, bis das Regiment Södermanland unter dem Befehle des Obersten Fuchs eintraf. Mutig gingen die Södermanländer ins Feuer, und der Feind wurde mit bedeutendem Verluste — nach einer Angabe betrug derselbe ungefähr 500 Mann — nach dem Strande hinabgetrieben, wo er unter dem Schutze der Dunkelheit sich in Ruhe einschiffen und zurückfahren konnte. Stockholm war gerettet. Eine neue Landung bei Norrtälje mifslang ebenfalls, aber die Stadt Norrtälje wurde angesteckt und brannte bis auf den Grund nieder. Am darauffolgenden Tage, dem 20. August, segelte die russische Flotte heimwärts, und die Verwüstungen hörten auf.

Zur selben Zeit, wo die Ostküste Schwedens von diesen Ver-

heerungen heimgesucht wurde, hatte das Land dem kräftigen Anfall der Dänen im Westen entgegentreten müssen. Schon zeitig im Frühjahre war der Seekrieg ausgebrochen. Das schwedische Westküstengeschwader lag zerstreut in Gotenburg, Marstrand und Strömstad, war aber nirgends stark genug, um das Fahrwasser zu schützen. Ein dänisches Geschwader unter Tordenskjold konnte im Frühjahr die Mündungen der Götaelf sperren und den Schweden mancherlei Schaden zufügen. Drohender jedoch war der grofse Anfall von Norwegen her. Hier wurde unter Aufbietung der letzten Dänemark zur Verfügung stehenden Mittel ein grofses Heer von 34000 Mann ausgerüstet, das in Schweden einrücken sollte. Für das schwedische Volk war es kein Leichtes, auch diesem Angriffe zu begegnen. Die Kriegsmacht Schwedens war nach dem Tode Karls an Zahl zurückgegangen, die Regimenter waren nicht vollzählig und die Rekrutierung äufserst schwierig. Das Land war ausgesogen, es fehlte an Geld, und die Vorräte waren erschöpft. Indessen wurden in Bohuslän unter dem Befehle Rehnschiölds und in Schonen unter General Örnstedt Truppen zusammengezogen. Rehnschiöld liefs die Garnisonen und Festungswerke bei Gotenburg, Älfsborg, Marstrand und Bohus verstärken, während er selbst mit der Hauptmacht von ungefähr 5000 Mann bei Kvistrum nördlich von Uddevalla Stellung nahm. In dieser Stellung wollte er dem dänischen Angriffsheere entgegentreten. Die weit vorgeschobenen Befestigungen in Sundsborg und Strömstad mit ihren Vorräten konnten nach seiner Ansicht ohne die Unterstützung einer Flotte nicht verteidigt werden, deshalb befahl er, die dortigen Festungswerke zu schleifen und die Artillerie sowie die Vorräte fortzuschaffen. Die Befolgung dieses Befehles ging nicht ohne kleinere Unglücksfälle und Verluste vor sich. In Sundsborg, das zuerst geräumt wurde, mufste man die groben Geschütze vernageln und versenken, weil es an Transportmitteln fehlte. Im Mai gelang es einer Transportflotte, von Strömstad nach Bohus zu gelangen; man war gerade mit der Räumung der Festung Strömstad beschäftigt, als ein dänisches Geschwader sich vor dieselbe legte und die schwedischen Galeeren und Transportschiffe einschlofs. Da sich zu gleicher Zeit ein dänisches Heer näherte, sah Rehnschiöld keinen anderen Ausweg, als die Trans-

portschiffe zum Sinken zu bringen und die Galeeren in Brand zu stecken.

Am 7. Juli überschritt das überlegene dänische Heer die Grenze. Der König und der Kronprinz von Dänemark befanden sich in eigener Person beim Hauptquartier. Das Heer machte jedoch in der Gegend von Strömstad Halt und verblieb daselbst bis zum Schlusse des Monates, worauf es unverrichteter Dinge wieder abzog. Eine kleinere Abteilung, die in Wärmland eingefallen war, wurde vom Obersten Fersen bei der Edaschanze zurückgeworfen. Der Krieg zur See dagegen wurde mit gröſserer Kraft geführt. Im Juli machte Tordenskjold einen tollkühnen Angriff auf Marstrand. Die dort liegenden schwedischen Kriegsschiffe wurden in den Grund gebohrt oder vom Feinde genommen. Nach kurzer Beschieſsung übergab der Befehlshaber auf Karlsten, der Oberst Danckwardt, aus Furcht vor einer Meuterei unter den Truppen, die gröſstenteils aus sächsischen Kriegsgefangenen bestanden, die starke Festung. Es war dies ein schweres Unglück, durch das die dänische Seemacht einen ausgezeichneten Stützpunkt in diesem Fahrwasser erhielt, die schwedische Waffenehre aber mit Schmach befleckt wurde. Danckwardt muſste seine Feigheit später mit seinem Leben bezahlen. Darauf unternahm Tordenskjold einen ähnlichen Anfall gegen Älfsborg, wurde aber hier mit Verlust zurückgeschlagen. Bis spät in den Herbst hinein, nachdem der Krieg zu Lande aufgehört hatte und die Truppen nach Dänemark zurückgeführt worden waren, wütete der Seekrieg. Tordenskjold blockierte Gotenburg bis Mitte September. Kurze Zeit darauf unternahm er einen kühnen, nächtlichen Überfall. Unter dem Schutze der Dunkelheit segelte er an Älfsborg vorbei, eroberte eine verlorengegangene dänische Galeere wieder und verbrannte einige schwedische Kriegsfahrzeuge, darauf gelang es ihm, ohne daſs das Feuer von Älfsborg ihm irgendwelchen Schaden zufügte, die hohe See zu gewinnen. Mit dieser Heldentat schloſs der Feldzug.

Der russische Verheerungszug gegen die Küsten Schwedens hatte zunächst die Wirkung, daſs sich die schwedische Regierung in ihrer Angst kopfüber England in die Arme warf. Kurz vorher war ein junger englischer Diplomat, Lord Carteret, nach Stockholm gekommen, um den Frieden zwischen Schweden und

Hannover zu vermitteln. Gleichzeitig war eine englische Flotte unter Sir John Norris in der Ostsee angelangt in der Absicht, Schweden zu ködern oder einzuschüchtern. Sobald man sichere Kunde von der Annäherung der russischen Flotte erhalten hatte, schlossen die schwedischen Staatsmänner in aller Eile mit Carteret einen vorläufigen Frieden zwischen Schweden und Hannover ab, durch den sich Schweden verpflichtete, Bremen und Verden gegen eine Geldsumme abzutreten. Die schwedische Regierung war jedoch hierbei so übereilt und ungeschickt vorgegangen, dafs sie sich mit dem unbestimmten Versprechen englischer Hilfe gegen den Zaren zufrieden gab, anstatt eine bestimmte Verpflichtung in dieser Hinsicht zu fordern. Die englische Flotte leistete auch keine Hilfe, sondern die Russen konnten ungestört die schwedische Küste verwüsten. Die englischen Staatsmänner entschuldigten sich mit ihrer Angst, dafs die dänische Flotte sich mit der russischen vereinigen könnte und beide so die Übermacht über die englische gewinnen würden. Ihre wirkliche Absicht war, die schwedische Regierung zu weiteren Opfern zu zwingen, durch die England den Verbündeten des Zaren, Preufsen, würde auf seine Seite ziehen können. Der König von Preufsen, Friedrich Wilhelm I., der bisher zum Zaren gehalten hatte, änderte auf einmal seine Gesinnung. Er schlofs einen Vertrag mit König Georg in der sicheren Zuversicht, dafs dieser Schweden zur Anerkennung des Besitzrechtes Preufsens auf Stettin veranlassen würde. Den schwedischen Staatsmännern wurde darauf von neuem die Hilfe Englands in Aussicht gestellt unter der Bedingung, dafs sie sich verpflichteten, Stettin an Preufsen abzutreten. Schweden war ohne den Schutz Englands wehrlos gegenüber den russischen Verheerungen, es blieb ihm daher nichts anderes übrig, als dieses neue Anerbieten am 18. August anzunehmen. Jetzt erst segelte die englische Flotte nach Dalarö, um sich mit der schwedischen zu vereinigen. Die russische war jedoch bereits heimwärts geeilt und hatte sich in Sicherheit gebracht. Auf schwedischer Seite hegte man nun die Hoffnung, mit der vereinigten schwedischen und englischen Flotte wenigstens einen Angriff auf die russischen Seefestungen Reval oder Kronstadt machen zu können, aber auch diese Erwartung schlug fehl. Aus Mangel an

Bombenfahrzeugen mufste der Angriff auf das kommende Jahr verschoben werden. Die englische Flotte segelte im Oktober mit dem Versprechen, im folgenden Jahre wiederzukommen, nach Hause.

England war es auch gelungen, Dänemark an seine Politik zu ketten, indem es ihm den Besitz von Schleswig garantierte. In erster Linie war es auch diese Rücksichtnahme auf England gewesen, die den Einfall der Dänen in Schweden im Sommer lahmgelegt hatte. Im Oktober wurde durch englische Vermittlung zwischen Schweden und Dänemark ein Waffenstillstand auf sechs Monate geschlossen.

Der förmliche Friedensschlufs zwischen Schweden und Hannover wurde in Stockholm am 9. November 1719 vollzogen. Hannover bezahlte eine Million Reichstaler für Bremen und Verden. Der Abschlufs des Friedens mit Preufsen verzögerte sich jedoch noch einige Zeit. König Friedrich Wilhelm wollte nicht alle Hoffnung auf den Erwerb von ganz Pommern aufgeben, für das er sechs Millionen Reichstaler bot. Der Neid Hannovers war für England die Veranlassung, darauf nicht einzugehen. Auch Frankreichs Wunsch war es, dafs Schweden für die Zukunft festen Fufs in Deutschland behalte. Da der Zeitpunkt für den Zusammentritt des Reichstags immer näher heranrückte und eine Opposition gegen die ganze Friedenspolitik zu befürchten stand, wurde der Friede in der Weise geschlossen, dafs der Friedensvertrag am 21. Januar 1720 von den schwedischen Unterhändlern in Stockholm unterzeichnet und den englischen und französischen Gesandten, die als Vermittler fungierten, mit der Verpflichtung übergeben wurde, innerhalb sechs Wochen seine Ratifikation seitens des Königs von Preufsen herbeizuschaffen. Schweden trat Stettin mit Vorpommern südlich vom Peene, Usedom und Wollin, Damm und Gollnow gegen ein Entgelt von zwei Millionen Reichstaler ab. Am selben Tage endlich wurde das förmliche Schutzbündnis mit England abgeschlossen, das der Lohn für alle gebrachten Opfer und der Ausgangspunkt einer europäischen Koalition gegen den Zaren Peter sein sollte. England versprach, Schweden in seinem Kampfe gegen Rufsland mit Geld und einer Flotte beizustehen.

Hiermit hatte Schweden nach schweren neuen Leiden endlich den langersehnten Frieden mit einem Teile seiner Feinde erlangt.

Auch der Friede mit Dänemark war eigentlich zur Gewifsheit geworden, da England die Vermittlung übernommen hatte, wiewohl sein Abschlufs durch die Rücksicht auf das Recht des holsteinischen Herzogs erschwert wurde. So war es nur Rufsland, das noch übrig war. Man glaubte, begründete Hoffnung zu haben, mit europäischer Hilfe den verhafsten Feind gründlich züchtigen und die meisten schwedischen Besitzungen jenseits der Ostsee wiedergewinnen zu können. Diese Hoffnung feuerte das schwedische Volk trotz der allgemeinen Erschöpfung und Sehnsucht nach Frieden an, in dem ungleichen Kampfe noch länger auszuhalten.

* * *

Als die Reichsstände im Januar 1720 in Stockholm zusammentraten, trat die Thronfolgefrage von neuem in den Vordergrund. Der Plan der Königin, das Haupt ihres Gemahls mit der Krone Schwedens zu schmücken, der beim vorigen Reichstage keine Unterstützung gefunden hatte, hatte jetzt in vielen Kreisen der herrschenden Bureaukratie Anhänger gewonnen. Im verflossenen Jahre hatte es sich gezeigt, dafs der Erbprinz infolge seines unbegrenzten Einflusses auf die Königin tatsächlich der oberste Leiter der schwedischen Politik war und von den offiziellen Ratgebern nicht aus dieser Stellung verdrängt werden konnte. Deshalb war es weit besser, ihn in aller Form den Platz der Königin einnehmen zu lassen und ihn so an gesetzliche Formen und verantwortliche Ratgeber zu binden. Dazu kam ferner, dafs der Eigensinn und die Willkür Ulrike Eleonores allen Anhängern der neuen Freiheit einen Wechsel wünschenswert erscheinen liefsen. Im Widerstreit mit Grundgesetz und Instruktionen kümmerte sie sich auch in der Folge nicht um die Ansicht des Rates und liefs Beschlüsse und Befehle ergehen, die sie ohne sein Wissen in ihrem Kabinette gefafst hatte. Mit grofser Willkür schuf sie, um ihre alten Anhänger zu belohnen, neue Beamtenstellen oder verteilte, um sich neue Freunde zu gewinnen, Ämter und Adel. Es war klar, dafs es, solange Ulrike Eleonore auf dem Throne ihrer Väter safs, schwer fallen würde, das Königtum in seinen neuen, enggezogenen Machtgrenzen zu halten. Der Erbprinz Friedrich wie-

derum konnte kein eigenes Recht geltend machen, seine Person flöfste nicht dieselbe Ehrfurcht ein, und er würde seine Krone mit neuen Zugeständnissen, die nach den in letzter Zeit gemachten Erfahrungen wünschenswert waren, bezahlen müssen.

Ganz besonders hatte die eigenmächtige Entlassung Cronhielms die Sinne aufgeregt. Cronhielm hatte als Kanzleipräsident eine besonders schwierige Stellung gehabt. Offiziell hatte er die schwedische auswärtige Politik geleitet, ununterbrochen aber hatte er Eingriffe seitens des Erbprinzen oder der privaten Ratgeber der Königin erdulden müssen und sogar von wichtigen Staatsangelegenheiten keine Kenntnis erhalten. Im Dezember 1719 kam es zu einem heftigen Auftritte zwischen dem Erbprinzen und Cronhielm. Die Königin gab letzterem sofort den Befehl, sowohl die Kanzleipräsidentschaft als auch die Ratsherrnwürde niederzulegen, weil er es an der Ehrfurcht vor ihr und ihrem Gemahle habe fehlen lassen. Dieser vollständig ungesetzliche Schritt war ein neuer Beweis dafür, wie unmöglich es war, den Geist der neuen Verfassung zur wirklichen Tatsache zu machen, solange Ulrike Eleonore auf dem Throne safs.

Von gröfster Wichtigkeit für den Erfolg des Planes war indessen das nochmalige Hervortreten Arvid Horns im politischen Leben. Nach seinem Abschied im Frühjahre 1719 hatte er in Zurückgezogenheit auf seinen Gütern gelebt. Infolge der schlechten Leitung der auswärtigen Politik nach seinem Sturze und infolge der verringerten Popularität der Königin war sein Ansehen gewachsen. Der Adel wählte ihn nun mit grofser Majorität zu seinem Landesmarschall. Mit Interesse umfafste Horn den Plan, die Königswürde von Ulrike Eleonore auf den Erbprinzen zu übertragen, der seinerseits versprach, Horn wiederum zum Ratsherrn zu ernennen. Auf mannigfache Art suchte man Anhänger für diesen Plan zu gewinnen. Ungefähr 150 neue Familien wurden von der Königin geadelt und nahmen ihren Platz auf dem Ritterhause ein. Als weitere Mittel kamen Erhebungen in den gräflichen und freiherrlichen Stand, Versprechungen und Bearbeitungen zur Anwendung. Der Erbprinz liefs auch Summen Geldes, das er von Hessen oder vom Herzog-Regenten in Frankreich erhalten hatte, verteilen. Von englischer Seite hatte man dem Erbprinzen

im August des Jahres 1719, als Carteret der schwedischen Regierung ihr Einverständnis mit der Abtretung Stettins an Preufsen entlockte, das Versprechen gegeben, dafs man ihm in seinen persönlichen Angelegenheiten Unterstützung gewähren würde. Als aber König Georg es jetzt durchsetzen wollte, dafs im Zusammenhang mit der Thronbesteigung Friedrichs der Herzog von Holstein zum Thronfolger ernannt würde, um auf diese Weise den Ausgleich zwischen Schweden und Dänemark zu erleichtern und zugleich auch um den Herzog zu verhindern, sich Rufsland in die Arme zu werfen, lehnte es Friedrich ab, um diesen Preis von England Gold oder Hilfe anzunehmen.

Seit Eröffnung des Reichstages war bereits ein Monat mit Vorbereitungen und Überlegungen dahingegangen, als die den wichtigen Gegenstand betreffenden Schreiben der Königin dem Rate und den Ständen vorgelegt wurden. Wider Erwarten und den getroffenen Verabredungen zum Trotz machte die Königin in diesem Schreiben den Vorschlag, den Thron mit ihrem Gatten teilen zu wollen. Sie hatte erwartet, dafs dieser Vorschlag durch Überrumpelung ohne Diskussion angenommen werden würde. Horn jedoch veranlafste sofort den Adel, den Gegenstand einer Deputation zu überweisen, und die anderen Stände waren damit einverstanden. Daraus liefs sich deutlich erkennen, dafs der Plan der Königin mifslingen würde; die Anhänger des Herzogs jubelten, da sie hofften, die Erhebung des Erbprinzen würde zunichte werden. In aller Eile teilte nun die Königin den Ständen in einem neuen Schreiben mit, dafs sie zugunsten ihres Gatten vollständig auf die Krone verzichte, nur mit dem einen Vorbehalte, dafs sie im Falle seines Ablebens wieder in ihre frühere Stellung als regierende Königin eintrete. Der Erbprinz gab eine schriftliche Verpflichtung ab, zum lutherischen Glauben überzutreten und die Bedingungen anzunehmen, welche die Stände vorzuschreiben für gut finden würden. Sobald das neue Königsgelübde ausgearbeitet und unterzeichnet war, wählten Rat und Stände am 24. März 1720 in gemeinsamer Sitzung auf dem Ritterhause den Erbprinzen Friedrich von Hessen-Kassel zum Könige Schwedens. Im Zusammenhang mit dem Thronwechsel nahm man auch eine Revision der Regierungsform vor. Am 2. Mai war die

neue Regierungsform fertig, und tags darauf wurde König Friedrich I. in Stockholm gekrönt.

Die Regierungsform des Jahres 1720 war eine revidierte Auflage der vom Jahre 1719. In der nun festgestellten Form bestand sie als das höchste Grundgesetz der Freiheitszeit fort und galt in ihren Prinzipen als unveränderlich und nur solchen Verbesserungen und Erläuterungen unterworfen, die von sämtlichen Ständen in einzelnen Punkten in Übereinstimmung mit den allgemeinen Grundzügen festgesetzt wurden.

Der eigentliche Unterschied zwischen der neuen Regierungsform und der früheren betraf den Rat und seine Stellung zum Könige. Die Ratsmitglieder verloren ihre Posten als Chefs und Beisitzer in den Kollegien. Nur der Kanzleipräsident und sein nächster Mann, der Reichskanzleirat oder Vizepräsident, durften auch fernerhin gleichzeitig Mitglieder des Rates und der Kanzlei sein. Die Anzahl der Reichsräte wurde zu gleicher Zeit auf sechzehn statt vierundzwanzig festgesetzt, in dieser Zahl waren jedoch die Generalgouverneure der auswärtigen Provinzen, die ihre Reichsratswürde beibehielten, nicht mit eingerechnet. Die Bedeutung dieser Reform lag darin, dafs sie die spätere Umgestaltung des Rates in ein parlamentarisches Regierungskonseil, dessen Zusammensetzung sich auf dem Vertrauen und dem Einflusse der Stände statt wie bisher auf der erprobten Kenntnis und Gewandtheit seiner Mitglieder in den verschiedenen Verwaltungszweigen aufbaute, erleichterte. Die Notwendigkeit einer genaueren Bestimmung des beiderseitigen Machtverhältnisses von König und Rat war unter der Regierung Ulrikes nur allzu deutlich zutage getreten. Der Hauptgrundsatz, dafs die Staatsgeschäfte durch Abstimmung im Rate erledigt würden, wurde nun auf alle Gegenstände ausgedehnt, die unter Mitwirkung des Rates zur Entscheidung kamen. Die Kabinettsgeschäfte ihrerseits sollten vom Könige im Beisein von zwei Reichsräten und dem betreffenden Staatssekretär erledigt werden, über die erteilten Ratschläge und die vom Könige gefafsten Beschlüsse sollte aber ordnungsgemäfs Protokoll geführt werden. Zu dieser Kategorie gehörten wie früher Privatangelegenheiten. Alle derartigen Privatangelegenheiten jedoch, betreffs deren ein Kollegium Bericht

erstattet hatte, d. h. alle wichtigeren, konnten vom Könige nur in Übereinstimmung mit diesem Berichte erledigt werden, anderenfalls mufste der Gegenstand im Rate vorgetragen werden. Auch hinsichtlich der Ernennung von Beamten wurde dem Könige nicht dieselbe Freiheit gewährt wie 1719. Nur die Ernennung niedrigerer Beamten fand nach dem Vorschlage der betreffenden Behörden im Kabinette statt. Alle höheren Beamten dagegen sollten vom Könige in der Ratssitzung eingesetzt werden, aber ohne Abstimmung, soweit die Ernennung nicht „mit dem schwedischen Gesetze, der Regierungsform und dem Wohle und dem Verdienste anderer redlicher Untertanen" im Widerstreit stand, in welchen Fällen dem Rate das Recht zustand, die Ernennung durch Abstimmung rückgängig zu machen, und dem Könige die Pflicht oblag, einen anderen zu ernennen. Es war dies eine Verordnung, die mehr als andere zum Zankapfel zwischen König und Rat werden sollte.

Aufser diesen wichtigen Änderungen enthielt die neue Regierungsform das Verbot, neue aufserordentliche Beamtenstellen zu errichten oder Amtsvollmachten und Titel zu verteilen. Durch die Verordnung, dafs der König nur einigen wenigen bei seiner Krönung Adelswürde verleihen dürfe, wurde die Freiheit des Ritterhauses vor einer Massenadlung geschützt, wie sie Ulrike Eleonore vorgenommen hatte. Im Königsgelübde wurde ferner die Bestimmung hinzugefügt, dafs die Stände von ihrem Treueide entbunden wären, falls der König sein Gelöbnis oder die Regierungsform verletzen sollte.

Die Krone, die König Friedrich mit diesen neuen Beschränkungen der Königsmacht erworben hatte, war eine Art persönlicher Würde, die ihm als Repräsentanten seiner Gemahlin auf Lebenszeit übertragen wurde. Das Erbrecht stand auch in Zukunft nur den männlichen Nachkommen Ulrike Eleonorens zu und, wenn der König vor der Königin sterben sollte, trat sie wieder an seine Stelle.

Nach dem Thronwechsel wurde den Räten, die durch den Hafs und den Eigensinn Ulrikens ihre Posten verloren hatten, Genugtuung gewährt. Arvid Horn, dessen Ansehen durch die Art und Weise, wie er die wichtige Veränderung des Throninhabers durchgeführt hatte, noch gewachsen war, wurde wieder

in den Rat berufen und übernahm als Kanzleipräsident die Leitung der auswärtigen Politik. Cronhielm, der für diesen Posten weniger geeignet erschien, mufste sich mit seiner Wiedereinsetzung in seinen früher innegehabten Ratsherrnposten begnügen.

Die Thronbesteigung des Erbprinzen hatte die Anhänger des holsteinischen Herzogs mit Bitterkeit erfüllt. Viele andere aufser ihnen waren über die Forderung Dänemarks aufgebracht, Schweden sollte dessen Besitz von Schleswig anerkennen. Aufserdem fürchtete man allgemein, den Herzog dem Zaren Peter in die Arme zu treiben. Herzog Karl Friedrich hatte, nachdem er Schweden verlassen hatte, einige Zeit in Norddeutschland zugebracht und sich dann nach Wien begeben, um beim Kaiser für seine Sache zu wirken. Die verlockenden Vorspiegelungen des Zaren Peter waren ihm überallhin gefolgt und als alle anderen Hoffnungen zu Wasser wurden, schenkte er ihnen Gehör. Der Königin sowohl wie den Ständen machte der Herzog die schriftliche Mitteilung, dafs der Zar Peter ihm den Besitz von Schleswig garantiert habe, zugleich aber ging er die Stände an, sein Recht auf dieses Land nicht Dänemark zum Opfer zu bringen und ihm ein Zeichen zu geben, dafs er, „ein Fürst, dem Blute ihrer Könige entsprossen", nicht vergessen sei. Oberst Stobée, ein eifriger Holsteiner, machte deshalb den Ständen den Vorschlag, dem Herzoge Hoffnung auf die Thronfolge zu machen und ihm den Titel „Königliche Hoheit" zu verleihen. Die Anhänger König Friedrichs widersetzten sich natürlich diesem Vorschlage aus allen Kräften. Ein Teil eifriger Freunde der neuen Freiheit wollte wohl auch den Ständen für die Zukunft das Recht der freien Königs- oder Thronfolgerwahl sichern. Die Stände fafsten den Beschlufs, die Thronfolgefrage erst nach Erledigung des Thrones aufzunehmen. Dagegen beauftragte man die Regierung, dem Herzoge Unterhalt seitens Schwedens anzubieten unter der Bedingung, dafs er sich jeder Verbindung mit dem Zaren enthalte.

Die Hoffnung des Herzogs, dafs Schweden die Restitution Schleswigs durchsetzen würde, wurde ebenfalls zunichte. Die Friedensunterhandlungen zwischen Schweden und Dänemark hatten unter englischer und französischer Vermittlung das ganze Frühjahr hindurch gewährt. Es war nicht so einfach, die Interessen

Schwedens und Dänemarks miteinander in Einklang zu bringen. Die Kräfte Dänemarks waren wie die Schwedens gebrochen, aber es besafs Marstrand, Wismar, Stralsund und Rügen wie auch die Besitzungen des Herzogs von Holstein. Seine Forderung ging dahin, wenigstens Schleswig behalten zu dürfen, die Rückgabe der übrigen Eroberungen aber sollte Schweden mit einer Geldsumme und dem Verzichte auf die schwedische Zollfreiheit im Sunde bezahlen. Dänemark war als Feind gehafst, aber wenig gefürchtet. Nur die Notwendigkeit, alle verfügbaren Kräfte für den kommenden grofsen Kampf gegen den Zaren zu sammeln, sowie die fortgesetzten Vorstellungen seitens der fremden Mächte konnten in diesem Falle Schweden zum Nachgeben veranlassen. Die Aufhebung der Zollfreiheit war ein schwerer Schlag für den Handel Schwedens, und die Aufgabe Schleswigs schien mit der ganzen früheren Politik Schwedens und seiner Ehre im Widerstreit zu stehen. Nur zur Zahlung einer Geldsumme wollten sich die schwedischen Staatsmänner für die Wiedererlangung der verlorenen Besitzungen verstehen. Auch in diesem Falle war es der feste Vorsatz der englischen Politik, eine Lösung auf Kosten Schwedens zu erzwingen. England hatte seines eigenen Handels wegen Interesse an der Aufhebung der schwedischen Zollfreiheit; es hatte Dänemark, um dessen Anschlufs an den Zaren zu verhindern, den Besitz von Schleswig garantiert. Im Februar bereits mufste der geheime Ausschufs in der Zollfreiheitsfrage nachgeben. Aber erst im Mai, nachdem der Herzog selbst die Mitteilung gemacht, dafs er die Garantie des Zaren für seine Besitzungen erhalten habe, und man daraus deutlich ersah, dafs er sich diesem in die Arme werfen wolle, gaben die Stände hinsichtlich Schleswigs nach. Es handelte sich jetzt nur noch darum, die Höhe der zu zahlenden Geldsumme zu bestimmen. Hierüber entwickelte sich ein langwieriger Streit, so dafs schliefslich Carteret direkt eingreifen mufste. Am 3. Juni 1720 wurde der Friedensvertrag von den schwedischen Unterhändlern unterzeichnet, und Carteret begab sich mit demselben nach Dänemark, dessen König, Friedrich IV., ihn nach einigen unwesentlichen Erläuterungen bestätigte.

Im Frieden zu Frederiksborg verzichtete Schweden auf die Zollfreiheit der schwedischen Schiffe im Öresund, bezahlte eine

Summe von 600 000 Reichstalern und versprach, dem Herzoge von Holstein keine Hilfe zu leisten. Dänemark seinerseits verzichtete auf alle Verbindungen mit dem Zaren und gab alle seine Eroberungen zurück, jedoch sollte Wismar in Zukunft nicht befestigt werden. Kurz darauf erhielt Dänemark von England und Frankreich die förmliche Garantie des Besitzes von Schleswig und räumte den herzoglichen Teil Holsteins.

Die Stände hatten die Politik, welche die Regierung im Jahre 1719 eingeschlagen hatte, unbedingt gutgeheifsen und die abgeschlossenen Verträge bestätigt. Nun hiefs es alle Kräfte anspannen, um auch von Rufsland einen erträglichen Frieden zu erreichen. In erster Reihe mufste man sich nach Mitteln zur Instandsetzung der Verteidigungsanstalten und vor allem zur besseren Ausrüstung der Flotte umsehen. Aber es fehlte an allem Nötigen. Die Kontribution von 1719 hatte nur einen Teil des berechneten Ergebnisses erbracht, und die ausländische Anleihe war fehlgeschlagen. Die Geldnot war im Herbste des Jahres 1719 äufserst drückend; nur durch ein Freundschaftsgeschenk von Frankreich und durch die von Hannover gezahlten Ersatzgelder war die Aufrechterhaltung der Verteidigungsanstalten möglich gewesen. Auch jetzt bewilligten die Stände eine volle Kontribution, die bis zum nächsten Reichstage jährlich in barem Gelde entrichtet werden sollte; aber damit kam man nicht weit. Den Ständen blieb nichts anderes übrig, als auf die nach den mit England und Preufsen geschlossenen Verträgen weiter einlaufenden Hilfs- und Ersatzgelder hinzuweisen. Das Ständekontor hatte weder die Zinsen noch die Amortisationsquoten der Staatsschuld bezahlen können. Die Stände beschlossen, die Zinszahlung einzustellen und das Schuldenkapital zuerst abzutragen. Dies war eine neuer Staatsbankrott, den die Not heraufbeschworen und der weite Kreise von Privatgläubigern der Krone hart traf.

Auch dieses Mal wurde die Tätigkeit der Stände durch Standesstreitigkeiten lahmgelegt. Die bürgerlichen Stände verlangten die Aufhebung des Privilegienbriefes vom Jahre 1719 und setzten in der neuen Regierungsform einen Paragraphen durch, wonach in Zukunft keine neuen Privilegien ohne das Einverständnis aller Stände gewährt werden durften. Vergebens suchte man in darauf-

folgenden Verhandlungen betreffs neuer Privilegien Einigkeit zu erzielen. Die bürgerlichen Stände brachen schliefslich die Verhandlungen ab und verschoben die Privilegienfrage bis zum nächsten Reichstage. Aufserdem verlangten die Bauern für sich Sitz und Stimme im geheimen Ausschusse und drangen auf Abhilfe einer Menge Beschwerden. Ihre Unzufriedenheit mit der neuen Ordnung nahm schliefslich eine gefährliche Richtung an. Gegen Ende des Reichstages machten sie nämlich in einer Schrift, die sie beim Bürgerstande einreichten, den Vorschlag, dem Könige dieselbe Machtbefugnis zu erteilen, welche die Könige Schwedens vor der Alleinherrschaft in den Tagen Gustav Adolfs und Karl Gustavs besessen hatten. Jetzt hiefs es den Reichstag so schnell wie möglich schliefsen. Horn veranlafste den Adel, sich an Stelle eines neuen Privilegienbriefes damit zufrieden zu geben, dafs König Friedrich die alten, von Gustav Adolf und Christine bewilligten Privilegien bestätigte. Da jedoch diese Privilegienbriefe kein Verbot für die Bürgerlichen enthielten, privilegierte Güter zu besitzen, sollten die Edelleute unter sich das Übereinkommen treffen, kein derartiges Gut an Nichtadelige zu verkaufen. Damit die bürgerlichen Stände nicht hiergegen Protest erheben konnten, liefs man am 6. Juli ganz eigenmächtig den Schlufs des Reichstages unter den üblichen Zeremonien öffentlich verkünden und berief die Stände auf den folgenden Tag zum feierlichen Schliefsungsakte nach dem Reichssaale. Erst im letzten Augenblicke liefsen sich die erbitterten bürgerlichen Stände zur Teilnahme bewegen. Die Bauern lehnten die Unterzeichnung des Reichstagsbeschlusses ab, und nur einige wenige liefsen sich schliefslich „unter Verwahrung“ dazu veranlassen. Allem Augenschein nach standen schwere, innere Konflikte bevor, die nur von der Notwendigkeit, alle Kräfte bis zur Erlangung eines definitiven Friedens nach aufsen hin zu wenden, mit knapper Not verdeckt oder beiseite geschoben werden konnten.

* * *

Seit langem war die Tätigkeit der europäischen Diplomatie darauf gerichtet, eine Lösung der schwebenden nordischen Machtfrage zu finden. Diese Frage war eine nicht blofs schwedische oder russische, sondern hatte für das gesamte europäische Staaten-

system groſses Interesse. Es handelte sich darum, inwieweit eine fremde, ihrem Wesen nach halb barbarische Macht mit unberechenbaren inneren Kraftquellen für die Zukunft sich in die alte abendländische Staaten- und Kulturwelt einzwängen, einen Teil ihres Gebietes erobern und zu einer neuen Groſsmacht sich entwickeln sollte, deren Stellung zu den alten Machtgegensätzen, deren Tendenzen und Entfaltungsmöglichkeiten niemand kannte oder voraussehen konnte. Gewaltsam und übermütig wie eine junge, unbändige Naturkraft drängte sich der moskowitische Zar in die Ratsversammlung der europäischen Diplomaten ein und beanspruchte unter Drohungen eine Führerrolle. Solange alle ihre gemeinsamen Interessen darin sahen, die Besitzungen Schwedens längs der ganzen Ostseeküste zu plündern, hatte man gegenüber der Gefahr, die von seiten des neuen Verbündeten drohte, ein Auge zugedrückt und sich sein ungeschlachtes Auftreten zur Not gefallen lassen. Als nun Schweden in den neuen Friedensschlüssen den europäischen Kabinetten alles das gewährt hatte, was sie für sich erhoffen konnten, reifte bei allen ganz natürlich der Plan, den lästigen Eindringling mit vereinten Kräften zu verjagen. Der Ursprung, die Entwicklung und der Untergang dieses groſsen Koalitionsplanes gegen Ruſsland drücken der Politik des Jahres 1720 im wesentlichen ihren Stempel auf.

Schweden selbst spielte, obwohl seine Interessen am innigsten mit dieser Frage verknüpft waren, bei ihrer Lösung keine führende Rolle mehr. Seine Kräfte waren schon lange erschöpft, und sein Programm war Friede. Nicht das Festhalten an der traditionellen Ostseepolitik, nicht das Verlangen, fernerhin eine Rolle zu spielen und sich die Tür für neue Eroberungen offen zu halten, auch nicht das Gefühl innigeren Zusammenhanges mit den Bewohnern und der Kultur der verlorenen Provinzen waren es, die es dem schwedischen Volke so schwer machten, die Ostseeprovinzen abzutreten. Es war ganz einfach die Erwägung, daſs der Besitz Estlands zur Sicherheit Stockholms und zur Verteidigung der schwedischen Küste nötig war und Livland das schwedische Volk mit der Getreidemenge versah, deren es auſser dem Ertrage des eigenen Landes bedurfte. Darum hielt man aus, um, solange es noch irgendeine Möglichkeit gab, dem Zaren seinen reichen Raub zu ent-

reifsen. Der eigentliche Leiter des Koalitionsplanes dagegen war England, die gröfste Macht damaliger Zeit, die selbst im eigenen Interesse die neue russische Seemacht an der Ostsee fürchtete.

Im Herbste des Jahres 1719 war zu Stockholm der Koalitionsplan in seinen Hauptzügen zwischen der schwedischen Regierung und dem englischen und dem französischen Gesandten festgesetzt worden, und Ulrike Eleonore hatte diesen Plan im Namen Schwedens bestätigt. Dieser Plan ging dahin, dafs die vereinigten Flotten Schwedens und Englands die schwedischen Küsten schützen, die Ostsee freihalten und die neu angelegten russischen Kriegshäfen blockieren sollten, während eine Armee von 70000 Mann in Kurland, Preufsen und Litauen zusammengezogen würde, wovon eine Abteilung von 20000 Mann gegen Riga und Reval, eine andere von 50000 Mann auf Pleskov und Petersburg marschieren sollte. Schweden sollte 24000 Mann stellen und Hessen 10000 gegen Sold. England und Frankreich sollten Hilfsgelder hergeben, Preufsen, Polen und Österreich Truppen. Ende 1719 und Anfang 1720 wurden schwedische Unterhändler, die Hilfe nachsuchen sollten, ausgesandt und zwar Erik Sparre nach Hannover, Wien und Paris, Trautvetter nach Berlin und Dresden. Die schwedische Flotte wurde während des Winters und des Frühjahrs so kräftig wie möglich ausgerüstet, das Heer würde, so hoffte man, infolge der Friedensverhandlungen mit Dänemark bald frei werden.

Die schwedischen Diplomaten wurden überall mit unbestimmten Versprechungen oder Ausflüchten aufgenommen. In Polen wurde der Reichstag im Februar gesprengt, ohne dafs man dem Zaren trotz aller Anstrengungen seiner Feinde den Krieg erklärte. Der vorsichtige König Preufsens kümmerte sich nicht sonderlich um das Geschick der Ostseeprovinzen, nachdem er selbst den Besitz von Stettin eingeheimst hatte, und im Juli versprach er dem Zaren Peter insgeheim, sich neutral zu verhalten. Hierdurch war in Wirklichkeit der Weg nach Rufsland für Europa gesperrt. Österreich und Frankreich liefsen sich auch zu keinen bestimmten Hilfsversprechungen bewegen. Unter solchen Umständen kann es nicht wundernehmen, dafs auch die englische Politik eine vorsichtige Haltung einnahm und trotz ihrer Verpflichtungen Schweden gegenüber zauderte, mit dem Zaren förmlich zu brechen. In-

dessen kam die englische Flotte im Frühjahr nach der Ostsee und vereinigte sich mit der schwedischen. In Schweden lebte man jetzt der Hoffnung, die russische Seemacht von Grund aus vernichten zu können; man plante eine Landung in Finnland für den Fall, dafs aus dem grofsen Angriffsplane nichts werden sollte. Die vereinigten Flotten begannen Reval zu blockieren. Der englische Admiral zeigte jedoch wenig Lust, sich in einen wirklichen Streit einzulassen und machte in einem fort Schwierigkeiten. Ein kleines russisches Galeerengeschwader konnte von Vasa nach Västerbotten hinübersegeln und Umeå in Brand stecken; die schwedische Flottenabteilung, die in aller Eile den Bottnischen Meerbusen hinauf entsandt wurde, kam zu spät, um ihm den Rückzug abzuschneiden. Nach einigen Wochen hob Norris die Blockade von Reval auf unter dem Vorgeben, er müsse bei Dalarö Wasser und Proviant einnehmen. Die schwedische Flotte war allein zur Fortsetzung der Blockade zu schwach und mufste deshalb der englischen folgen. Die vereinigten Flotten kreuzten alsdann auf dem hohen Meere und schützten die schwedische Küste, bis die russische Flotte für den Winter abgetakelt hatte; zu einem Angriff auf Rufsland kam es aber nicht, und mit Bitterkeit sah die schwedische Regierung jede Hoffnung auf Rache schwinden.

Im Herbste wurde es vollkommen klar, dafs der grofse Koalitionsplan mifslungen war. Die hereinbrechenden gewaltsamen Finanzkrisen in England und Frankreich legten die auswärtige Tätigkeit dieser Länder auf einige Zeit lahm. England konnte und wollte auch jetzt nichts tun, um seine Schweden gegebenen Versprechungen einzulösen. König Georg selbst gab der schwedischen Regierung den Rat, beim Zaren um Frieden anzuhalten. Um nicht jeden Einfluſs in Schweden zu verlieren, stellte er statt dessen König Friedrich ein Mal über das andere gröfsere Macht und eine Ordnung der Thronfolge zugunsten des hessischen Hauses in Aussicht. Die Folge davon war, dafs die Gemüter in Schweden noch mehr gegen England aufgebracht wurden.

Mit der Hoffnung auf die Hilfe Europas gegen den Zaren war es vorbei. Der Preis für die bereits gebrachten Opfer war eine Schimäre. Schweden war auf sich allein angewiesen und mufste, so gut es konnte, sich mit dem Zaren abzufinden suchen.

Das war das Resultat, das sich gegen Ende des Jahres 1720 aus allen losen Versprechungen, aus den zahlreichen Verträgen, aus den langwierigen Verhandlungen ergab.

* * *

Damit beginnt der letzte Akt des langwierigen Dramas, der Friedenschlufs Schwedens mit Rufsland. Anläfslich der Thronbesteigung König Friedrichs waren zwischen dem Zaren und dem Könige offizielle Höflichkeiten ausgetauscht worden, die zu einer Annäherung Gelegenheit boten. Im Dezember wurde auch die Verabredung getroffen, es solle im Frühjahre ein Friedenskongrefs in Nystad zusammentreten, um vermittels direkter Verhandlungen zwischen Schweden und Rufsland einen Friedenschlufs herbeizuführen.

Bevor dieser Kongrefs zustande kam, machte man doch noch einmal den Versuch, mit Hilfe des Auslandes einen Ausgleich herbeizuführen. Diesmal war es die französische Diplomatie, die den nordischen Konflikt zu lösen suchte und sich als Friedensvermittlerin anbot. Der französische Gesandte in Stockholm, Campredon, erhielt den Befehl, nach Petersburg zu reisen, um zugunsten Schwedens auf den Zaren einzuwirken. Von der schwedischen Regierung erhielt er den Auftrag, Ingermanland mit Narva und der Provinz Keksholm anzubieten und, falls dieser Vorschlag verworfen würde, unbestimmte Versprechungen besserer Bedingungen, jedoch nicht im Namen Schwedens zu machen. Um unter den Ministern des Zaren Anhänger zu gewinnen, nahm Campredon eine gröfsere Geldsumme mit. Zweifellos verband die französische Politik hiermit auch die Absicht, sich bei der neuen Grofsmacht, die in Osteuropa erstanden war und die nach dem Mifslingen des Koalitionsplanes für die Zukunft eine Macht von Bedeutung werden sollte, Eingang zu verschaffen. Frankreich wollte sein altes Allianzsystem durch eine Allianz mit Rufsland verstärken. Man glaubte, der Zar würde in einem Bündnisse mit einer der alten Hauptmächte Europas eine besonders willkommene Garantie für seine Machtstellung in Europa und seine Besitzungen erblicken. Campredon hatte deshalb den Befehl erhalten, ein

solches Bündnis als fernere Lockspeise durchblicken zu lassen für den Fall, dafs der Friede mit Schweden zustande käme.

Im Januar 1721 kam Campredon in Petersburg an. Er wurde äufserst kühl empfangen. Die schwedischen Anerbietungen wurden mit Hohn zurückgewiesen. Der Zar hielt an dem Programm, das er seit dem Tode Karls XII. immerfort verkündet hatte, fest, nämlich alle Eroberungen aufser Finnland zu behalten. Der Vermittlungsversuch Campredons war vollständig gescheitert. Er kehrte mit dem Eindrucke zurück, dafs die Macht des Zaren eine bedeutende und Schweden aus seiner Gewalt nicht zu retten sei. Seine Reise gab nachher nur Veranlassung zu einem zweideutigen Gerüchte von heimlichen Instruktionen und privaten Intrigen, wodurch das Mifstrauen und die Erbitterung, welche das traurige Ergebnis der Friedensverhandlungen in den Herzen der schwedischen Staatsmänner erzeugt hatte, noch mehr gesteigert wurden.

Es blieb also nichts anderes übrig, als direkte Friedensverhandlungen einzuleiten. Im April langten die schwedischen Unterhändler, der Reichsrat Lillienstedt und der Landeshauptmann Strömfelt, in Nystad an. Die schwedische Regierung war entschlossen, das frühere Anerbieten von Ingermanland mit Narva und der Provinz Keksholm aufrecht zu erhalten und im äufsersten Notfalle auch in die Abtretung von Estland mit Reval zu willigen. Indessen erfuhr man bald von Campredon, dafs der Zar mehr verlangte und eine Flotte und ein Heer bereit ständen, um seinen Forderungen Nachdruck zu verschaffen. Schweden hatte keine weitere Hilfe zu erwarten; seine Kraft zur Verteidigung der Küsten war zu Ende, zu neuen Rüstungen fehlten die Mittel, und alle Herzen waren voll Verzweiflung und Mutlosigkeit. Dazu gesellte sich noch eine weitere Gefahr. Dem Zaren war es schliefslich gelungen, den Herzog von Holstein in seine Netze zu ziehen. Im April wurde er vom Zaren und seiner Gemahlin feierlich in Riga empfangen. Auch die neu geschaffene innere Staatsordnung Schwedens war in ihrem Fortbestande bedroht, da der Herzog, seine Rechtsansprüche und sein Anhang gefährliche Mittel für eine Einmischung in dieselbe bildeten. Die schwedische Regierung beugte sich der harten Notwendigkeit. Am 22. April ging an den

schwedischen Gesandten der Befehl ab, allen Forderungen des Zaren beizustimmen und schleunigst Frieden zu schliefsen.

Es dauerte jedoch noch einige Zeit mit dem Frieden. Erst einen Monat nach Ankunft der schwedischen Gesandten in Nystad waren die russischen Unterhändler zur Stelle. Eine Masse geringerer Fragen wurde aufgeworfen, betreffs welcher man neue Instruktionen einholen mufste; Schritt für Schritt mufsten die schwedischen Gesandten für das Recht und das Interesse Schwedens kämpfen. Während dieses neuen diplomatischen Streites trat der letzte schwere Schlag ein. Am 17. Mai erschien die russische Galeerenflotte vor Gäfle. Eine englische Flotte war auch in diesem Jahre in die Ostsee gekommen, sie beschränkte jedoch ihre Tätigkeit darauf, im Verein mit der schwedischen die Hauptstadt zu schützen und liefs sich zu keinem Angriff bewegen. Eine Schärenflotte besafs Schweden immer noch nicht; man hatte wohl alle Anstrengungen gemacht, einige Galeeren zur Küstenverteidigung zu bauen. Die Hauptstärke lag um Stockholm. Die norrländische Küste von der Dalelf bis nach Västerbotten wurde von ungefähr 8000 Mann unter dem Generalfeldzeugmeister Hamilton geschützt, der sein Augenmerk hauptsächlich darauf richtete, Gäfle zu halten, im übrigen aber die Verteidigung zerstreuten Truppenabteilungen und dem Landsturme überliefs. In Västerbotten führte der Oberst Buddenbrock an der Spitze des Regimentes „Västerbotten" das Kommando. Dieses Regiment reichte jedoch nicht hin, um längs der ganzen, ausgedehnten Küste Landungen und Verheerungen zu verhindern. Die Städte Söderhamn, Hudiksvall, Sundsvall, Hernösand, Umeå — letzteres zum zweiten Male — und Piteå wurden in Brand gesteckt, und eine grofse Anzahl Eisenbergwerke teilte das gleiche Geschick. Die Gegend ringsum wurde verwüstet. Erst Mitte Juni segelte die russische Mordbrennerflotte nach Hause. Die Verwüstungen erstreckten sich jedoch diesmal nicht so weit ins Land hinein wie im Jahre 1719. Im August drohten die Russen wiederzukommen. Eine Galeerenflotte lag bei Åland fertig, gegen Gäfle in See zu gehen, während zur selben Zeit die englische Flotte trotz aller Versuche, sie zurückzuhalten, heimwärts fuhr und die Hauptstadt neuen feindlichen Angriffen preisgegeben wurde. Endlich am 30. August 1721 wurde der Friede unter-

zeichnet. Sein Abschluſs war von den Russen auch aus dem Grunde verzögert worden, weil sie von dem armen Finnland, bevor es der Krone Schwedens zurückgegeben wurde, noch weitere Kontributionen eintreiben wollten.

Durch den Frieden zu Nystad trat Schweden Livland und Estland mit den Inseln Dagö und Ösel, Ingermanland, einen Teil von Karelien und die Provinz Viborg an Ruſsland ab. Der Zar gab das übrige Finnland zurück, bezahlte zwei Millionen Reichstaler und gestand der schwedischen Krone das Recht zu, in Zukunft jährlich für 50 000 Rubel Getreide zollfrei aus Livland auszuführen. Die Religionsfreiheit und die Privilegien der abgetretenen Länder wurden bestätigt, und in einem besonderen Paragraphen, dem siebenten, verpflichtete sich der Zar, sich in die inneren Angelegenheiten Schwedens, seine Thronfolge und seine Regierungsform nicht einzumischen.

Mit diesem Frieden war der Sturz der schwedischen Ostseeherrschaft in aller Form besiegelt. Eine neue Zeit nimmt ihren Anfang nicht bloſs für Schweden, sondern für die europäische Staatenwelt überhaupt. Mit seltener und bewunderungswürdiger Zähigkeit hatte das schwedische Volk so lange als möglich mit dem Schwerte, und als dieses den Händen bereits entfallen war, mit den Waffen der Diplomatie für seine sinkende Herrschaft gestritten. Die neue Zeit trug nicht die Schuld daran, daſs der Erfolg kein anderer ward. In einzelnen Stadien der langwierigen Verhandlungen trat zwar eine gewisse Ungewandtheit zutage, die ihren Grund darin hatte, daſs man an die Behandlung der Gegenstände nicht gewöhnt war und es den neuen Machtverhältnissen an fester Ordnung fehlte. Im wesentlichen jedoch war der Ausgang durch die Wechselfälle des groſsen Krieges bereits vor dem Tode des Heldenkönigs entschieden, und alle Versuche der Diplomatie, seine Resultate in volksrechtlich gültigen Traktaten festzulegen, konnten zu keinem anderen Ergebnis führen, sofern nicht — wie es einen Augenblick den Anschein hatte — das vereinte Europa sich erhob, um durch einen neuen Krieg eine Änderung in den Machtverhältnissen, wie sie der nordische Krieg geschaffen hatte, herbeizuführen. Aber diese Hoffnung scheiterte in erster Reihe an dem Egoismus Englands und Preuſsens oder richtiger

an dem Geiste des Eigennutzes, der Treulosigkeit und der Engherzigkeit, der nach dem Frieden zu Utrecht in die europäische Politik einzog und die goldene Zeit der Kabinettsdiplomatie eröffnete. Das erste Opfer dieser treulosen Selbstsucht war Schweden. In ungleichem Kampfe mufste es allein leiden und bluten und allein dem ersten gewaltigen Ansturme des moskowitischen Kolosses auf die abendländische Kulturwelt begegnen, während doch die Verteidigung der baltischen Kultur zum wenigsten in nicht geringerem Grade für Europa und besonders für Deutschland von Interesse war als für Schweden.

Die Folgen des Friedens zu Nystad beherrschen auch die gesamte spätere Geschichte Europas in demselben Mafse wie die Schwedens. Es ist dies einer jener grofsen Abschnitte in der Geschichte, wo nicht blofs alte historische Macht fällt und neue Macht entsteht, sondern wo der Kampf auch die innersten Krisen der Kulturentwicklung in sich schliefst, wo neue Völker, neue Religionen, neue Staats- und Gesellschaftsbegriffe aus der Verwüstung hervorgehen, um ihren Beitrag zu der allgemeinen menschlichen Entwicklung zu liefern. Für Schweden bedeutete der Friede den Untergang seiner Gröfse, seiner Eroberungs- und Grofsmachtspolitik, seiner Herrschaft über fremde Küsten und Völker, aber auch zugleich die Geburt einer neuen Lebensform, nämlich die des nationalen Schwedens mit seinen enger begrenzten, aber tief berechtigten Aufgaben im inneren Leben der europäischen Völkerwelt.

Zweites Kapitel.

Innere Zustände und Kämpfe in den ersten Friedensjahren.

Die Zeit, die unmittelbar auf die Beendigung des grofsen nordischen Krieges folgte, war eine Zeit wohlangebrachter Ruhe, die nur an der Oberfläche von den Nachwirkungen des voraufgegangenen Sturmes leichthin gestört wurde. Die Veränderung im Leben des schwedischen Volkes war eine gewaltsame und durchgreifende gewesen. Mit dem Frieden war endlich der Augenblick gekommen, wo man in Ruhe die furchtbare Verwüstung in ihrem ganzen Umfange in Augenschein nehmen und die Eindrücke von der gewaltigen Umwälzung in der Gesamtstellung des Reiches zusammenfassen konnte. In erster Linie hatte man das Bedürfnis nach Frieden, innerem und äufserem, damit das Volk Schwedens seinen von Grund aus vernichteten Wohlstand wieder aufbauen und für die Fortsetzung seiner geistigen Kulturentwickelung neue Voraussetzungen schaffen könnte. Die Bewahrung des Friedens war deshalb in der nächsten Zukunft das Hauptziel der einsichtsvolleren Staatsmänner Schwedens.

In erster Reihe waren es die Stände, die vom schwedischen Volke berufen wurden, das Werk der Wiedererrichtung des Reiches zu leiten. Ihre neugewonnene Macht war eine Macht, die Wunden des Staates zu heilen, und mit Verständnis und Begeisterung machten sich die Stände an ihre Arbeit. Auch in diesem Falle drohten der neuen Ordnung grofse Gefahren sowohl seitens der inneren Uneinigkeit der Stände wie der Reaktionsgelüste des Königtums. Vor diesen Gefahren die junge Freiheit zu beschützen, war auch eine Hauptaufgabe der gesunden Staatskunst.

Für dieses Programm, die Erhaltung des neuen Friedens und der neuen Freiheit gegenüber allen vernichtenden Kräften, war in erster Linie Arvid Horn tätig. Seine Persönlichkeit beherrscht in zunehmendem Maſse die folgende Zeit, wenn es auch noch einige Jahre währte, ehe er sich die feste Machtstellung und den durchgreifenden persönlichen Einfluſs auf die Politik Schwedens erwerben konnte, die seinen Namen unzertrennlich mit der früheren Freiheitszeit verknüpft haben.

Bevor wir zur Schilderung der politischen Geschichte dieser Zeit, ihrer Kulturarbeit und ihrer mehr hervortretenden Persönlichkeiten übergehen, wollen wir die innere Lage Schwedens am Schlusse des groſsen Krieges sowie die Maſsnahmen näher betrachten, die zunächst darauf berechnet waren, die Not zu lindern und den schwersten Mängeln abzuhelfen.

Als das Volk Schwedens nach einem zwei Jahrzehnte währenden, ununterbrochenen, verheerenden Kriege endlich den Frieden wieder erlangt hatte, zeigte es sich, daſs sowohl auf dem Gebiete des inneren Kulturlebens wie auch auf dem der äuſseren Staatsarbeit die Früchte der Tätigkeit eines Jahrhunderts dahin waren.

Die Gröſse der Einwohnerzahl am Schlusse des Krieges ist nicht mit Sicherheit bekannt. Nach einer Berechnung, die jedoch auf ziemlich schwachen Grundlagen ruht, betrug dieselbe im eigentlichen Schweden auſser Finnland ungefähr 1¼ Million, hatte also im Verhältnis zur Einwohnerzahl bei der Thronbesteigung Karls XII. eine beinahe zehnprozentige Abnahme erfahren. Diesen Rückgang in der Einwohnerzahl hatten Krieg, Pest und Hungersnot gemeinschaftlich verschuldet. Besonders kennzeichnend für die Gröſse des Verlustes an Volkskraft, die der Krieg im Gefolge hatte, war der verhältnismäſsige Mangel an erwachsener männlicher Bevölkerung. In allen Provinzen wurden dieserhalb einstimmige Klagen laut, und diese Klagen wurden von der Tatsache bekräftigt, daſs man bei den letzten Aushebungen an sehr vielen Orten sich gezwungen sah, auf über 50 Jahre alte Männer oder auf noch nicht erwachsene Jünglinge zurückzugreifen. Ein Ausländer, der im Jahre 1719 Schweden bereiste, erzählt auch ganz erstaunt, daſs seine Fuhrleute Kinder oder Greise waren und auf den Feldern Frauen und Mädchen das Getreide abernteten, während

Greise es einfuhren. Wenn diese Beschreibung auch etwas übertrieben sein mag, so wird dieses Verhältnis dadurch bestätigt, dafs im Jahre 1751, wo man zum ersten Male in dieser Hinsicht eine Berechnung vornahm, die Zahl der Frauen sich zu der der Männer wie 1124 zu 1000 verhielt. Dieses Übergewicht des weiblichen Geschlechtes ist gröfser, als man es jemals später in Schweden oder sonstwo kennt, und doch dürfte dieses Mifsverhältnis, das in erster Reihe dem grofsen Kriege mit seinen zahlreichen Opfern an Menschenleben zuzuschreiben ist, in der Zeit von 1720 bis 1751 in bedeutendem Grade einen Ausgleich erfahren haben.

Abgesehen von der Abnahme der Einwohnerzahl und dem Mangel an erwachsener männlicher Bevölkerung, zeugt auch die grofse Anzahl verlassener Gehöfte im eigentlichen Schweden, das doch vom Kriege nur in geringem Mafse direkt berührt wurde, von dem unerhörten Drucke, der auf der landwirtschaftlichen Bevölkerung lastete. Im Jahre 1718 betrug die Anzahl der verlassenen Gehöfte in so reichen Gegenden wie Schonen 945, in der Provinz Skaraborg 167, in der Provinz Gotenburg und Bohus 65 usw. Aber auch die begüterten Bauern litten Not, Steuerrückstände und neue Steuerforderungen drückten sie schwer. Infolge langwieriger Einquartierungen, Gestellungen von Fuhren, Fronarbeiten und Lieferungen für Rechnung der Krone oder infolge von Gewalttätigkeiten seitens der Soldateska und Erpressungen seitens der Beamten waren sie ganz ausgesogen. Überall fehlte es den Bauern an Arbeitskräften und Pferden, und infolge der geringen Ernten der letzten Jahre mangelte es an verschiedenen Orten an Saatgetreide. Der fortwährende Krieg zusammen mit dem Geldmangel hatte die Getreideeinfuhr erschwert. Im Frühjahr 1720 war die Not so grofs, dafs die Regierung notleidenden Gemeinden, die darum anhielten, ihren Hunger mit Baumrinde stillen zu dürfen, die Kronwälder zur Verfügung stellen mufste.

Die Städte hatten nicht weniger gelitten als das Land. Sie waren in derselben Weise von Einquartierungen, Aushebungen, Kontributionen und Lieferungen heimgesucht worden. In verheerender Weise hatte die Pest unter der Bevölkerung gewütet. Von den 83 Städten waren die meisten kleine, unbedeutende Landstädtchen

mit einigen hundert Einwohnern. Nur Stockholm und Gotenburg hatten gröfsere Bedeutung. Die Einwohnerzahl in Stockholm betrug zu Beginn der Freiheitszeit wahrscheinlich ungefähr 50 000, in Gotenburg ungefähr 13 000 bis 14 000 Seelen. Der auswärtige Handel und die Seefahrt waren in den letzten Regierungsjahren Karls XII. infolge der Kapereien zur See und der drückenden Gewerbeverordnungen beinahe ins Stocken geraten. Die schwedische Handelsflotte war auf den vierten Teil der Gröfse, die sie beim Ausbruche des Krieges besessen hatte, zurückgegangen. Die nicht unbedeutende Industrie, die das 17. Jahrhundert grofsgezogen hatte, war bis auf einige unbedeutende Fabriken in Stockholm, die ein kümmerliches Dasein fristeten, untergegangen. Sogar die notwendigsten Waren wie Draht- und Hufnägel mufsten infolge von Mangel an Arbeitern aus dem Auslande eingeführt werden. Der Bergbau hatte in derselben Weise gelitten wie die übrigen Gewerbe. Besonders war die wichtige Eisenfabrikation infolge des gewaltsamen Eingriffes der Regierung in den Eisenhandel und der drückenden Ausfuhrzölle in letzter Zeit beinahe ganz eingestellt worden.

Regierung und Stände machten sich sofort an die unerhörte Aufgabe, dem in Verfall geratenen Reiche wieder aufzuhelfen und die schwersten Schäden zu heilen. Wir haben bereits gesehen, wie die Stände der Jahre 1719 und 1720 vor allem den Versuch machten, die Verwaltung neuzuordnen, die unerhörte Schuldenlast zu vermindern und festzulegen und das Notgeld abzuschaffen. Die letzte Mafsregel besonders hatte für das Erwerbsleben grofse Bedeutung, wenn sie auch für den Augenblick schweren Schaden zufügte, da der halbe Nennwert ohne weiteres und ohne Ersatz gestrichen wurde. Aufserdem wurden die drückenden Fesseln, die von alters her das ökonomische Leben in engen Grenzen gehalten hatten und zur Zeit Karls XII. noch straffer angezogen worden waren, gelockert. Ausländische Schiffe, die nach schwedischen Häfen segelten, erhielten bis auf weiteres dieselbe Zollfreiheit wie schwedische Fahrzeuge. Alle Kaufleute, Fabrikanten und Hüttenbesitzer bekamen die Berechtigung, über ihr Eigentum nach alten gewöhnlichen Taxen und Auflagen ohne Eingriff seitens der Regierung frei zu verfügen; ferner wurde eine

liberale Zolltaxe ohne Einfuhrverbot und mit niedrigen Zollsätzen erlassen. Sogar fremde Kaufleute erhielten auf einige Zeit in den Städten das Recht, freien Kleinhandel mit solchen Waren zu treiben, die zu Bekleidungs- und Nahrungszwecken unentbehrlich waren. Gegen den Protest des Bürgerstandes wurde jedem, der ein Handwerk verstand, gestattet, sich unabhängig von den Zunftordnungen als freier Meister in den Städten niederzulassen. Es war dies eine kurze Freihandelsepoche, die mit allen ökonomischen Theorien und allen geltenden Privilegien in Widerspruch stand. Sie bezweckte, dem Reiche vor allem die notwendigste Lebensmittelzufuhr zu verschaffen, und beweist durch ihre bloſse Existenz die dringende Not, durch die sie hervorgerufen worden war. Den vom Feinde eingeäscherten Städten und Eisenwerken suchte die Regierung durch Steuererleichterungen und Freiheitsjahre aufzuhelfen. Zur Wiederbebauung der verlassenen Gehöfte regte man durch die gleichen Vergünstigungen an. Durch Gewährung von Darlehen aus den Kronmagazinen suchte die Regierung den Bauern Saatgetreide zu verschaffen, und Steuerrückstände wurden teilweise gegen Forderungen für Einquartierungen, Durchmärsche u. dgl. abgeschrieben oder durften mit Notgeld zu seinem vollen Nennwerte beglichen werden.

Am meisten jedoch trug der Friede zur Linderung des Elends bei und lieſs neue Hoffnung und neue Unternehmungslust erblühen. Die ungewöhnliche Gewerbefreiheit und die Wiedereinführung guter Münze hatten bald reiche Zufuhr im Gefolge. Das Ausland, das den schwedischen Markt lange entbehrt hatte, warf nun in voller Freiheit seine Produkte dorthin, ausländisches Kapital kam ins Land, einheimische Kapitalisten, die in den Jahren der Not ihre Gelder im Auslande untergebracht hatten, zogen sie jetzt, nachdem die Angst vor ihrer Beschlagnahme geschwunden war, wieder zurück, der Kredit kehrte wieder, das Geschäft wurde erleichtert und das Land von Lebensmitteln und anderen Waren zu niedrigen Preisen gefüllt. Das schwedische Eisen stand höher im Preise als je zuvor, das Eisen, das bisher unverkauft und aufgestapelt gelegen hatte, konnte nun in Freiheit exportiert werden und die Eisenproduktion nahm rasch zu.

Da die Staatskasse völlig erschöpft war, sahen sich die Stände

trotz der allgemeinen Armut gezwungen, dem schwedischen Volke schwere Abgaben aufzuerlegen. Gegen die Proteste der Bauern wurde im Jahre 1719 aufser allen früheren gewöhnlichen ordentlichen und aufserordentlichen Lasten eine besondere direkte Steuer eingeführt, deren Ertrag dem Ständekontor zur Verzinsung und Amortisation der Reichsschuld zugewiesen wurde; aufserdem wurde eine neue grofse Kontribution nach denselben Grundzügen wie die zu Beginn und am Ende der Zeit Karls XII. ausgeschrieben. Bis zum Jahre 1730 einschliefslich, wo die Kontribution endlich aufgehoben werden konnte, lag diese schwere Steuer unvermindert auf den Schultern des schwedischen Volkes. Da erst erreichte die unmittelbare Nachwirkung der Not der Kriegsjahre ihr Ende.

Mehr noch als das eigentliche Schweden hatte Finnland vom Kriege zu leiden gehabt. Gegen Ende des Jahres 1721 räumten die Russen nach einer achtjährigen Okkupation das Land. Während der langen Okkupationszeit waren wohl so nach und nach geordnetere Zustände in der Verwaltung des armen Landes eingetreten, aber in den beiden dem Frieden unmittelbar vorangegangenen Jahren hatte der Generalgouverneur Graf Gustav Otto Douglas, ein schwedischer Kriegsmann, der in russischen Dienst übergetreten war, noch eine weitere Blutsteuer von 2000 Mann dem Lande auferlegt, die nach Süd-Rufsland und später nach Persien geführt wurden, wo die meisten im Dienste des Zaren ihren Tod fanden. Unmittelbar nach der Räumung des Landes wurden wieder schwedische Verwaltung und schwedisches Gerichtsverfahren eingeführt. Die Masse Flüchtlinge und Kriegsgefangene begann zurückzukehren. Von den Tausenden von Männern, Frauen und Kindern dagegen, die auf den russischen Plünderungszügen in das Innere Rufslands verschleppt worden waren, sahen nur unbedeutende Überbleibsel das Vaterland wieder. Die Normierung der neuen Grenze zwischen Finnland und Rufsland fand in den Jahren 1722 und 1723 statt. Die Grenze ging von der Kirche zu Vederlaks, eine Meile östlich von Fredrikshamn, in einer Entfernung von $^1/_2$ bis $1^1/_2$ Meilen vom Meeresgestade bis in die Nähe von Viborg, von dort ging sie in einem Bogen nördlich von Viborg in einer Entfernung von

einigen Meilen von der Stadt und darauf in nördlicher und nordöstlicher Richtung nach dem Porojärvi-See im Gouvernement Olonetz.

Das zurückgegebene Land bot einen traurigen Anblick der Verheerung dar. Es war von Grund aus ausgeplündert, seine Kultur vernichtet, seine Bevölkerung verarmt, verwildert und zur Verzweiflung gebracht. Die Einwohnerzahl betrug 1723 nach einer Berechnung ungefähr 275000 Personen oder ungefähr 84 Prozent ihrer Zahl zu Beginn des grofsen Krieges. In Österbotten war sie sogar nur 73 Prozent. Die Anzahl der verlassenen Gehöfte war erschreckend grofs und beweist besser als alles andere den Umfang der Verheerung. In Österbotten betrug sie ungefähr 2000, in den Provinzen Kymenegård und Nyslott 1500 Gehöfte usw. Die bestellten Güter waren vielfach so übel zugerichtet, dafs sie dem Verfalle nahe waren, Häuser und Höfe waren massenweise zerstört oder eingeäschert, Rindvieh und Pferde weggeführt. Sogar die Kirchen, besonders in Österbotten, waren ihrer alten Schätze und Kostbarkeiten beraubt. Eine alte Kulturlandschaft lag in Trümmern.

Hier war das Elend noch um so viel gröfser als im eigentlichen Schweden, dafs man gar nicht daran denken konnte, auch nur die gewöhnlichen Auflagen einzutreiben, geschweige denn zum gemeinsamen Bedarf des Reiches aufserordentliche Steuern auszuschreiben. Die Regierung mufste allgemein Steuerrückstände erlassen und der notleidenden Bauernbevölkerung Steuerfreiheit für ein bis sechs Jahre bewilligen. Die verarmten Städte erhielten bis auf acht oder mehr Jahre Befreiung von allen Abgaben. Die militärische Landesorganisation (indelningsverket) wurde erst nach und nach wieder eingeführt, um die Bevölkerung so lange als möglich mit dieser Last zu verschonen. Die schwere Mifsernte, die 1722 begann und sich fünf Jahre hindurch wiederholte, war eine neue Heimsuchung für das arme Land. Auch dieses Leiden suchte die Regierung durch Getreideeinfuhr und ein vorübergehendes Verbot, Branntwein zu brennen, zu mildern. Mit dem Jahre 1727 begannen endlich gute Ernten, und die Bevölkerung nahm merkwürdig schnell an Zahl und Wohlstand zu. Anfangs der dreifsiger Jahre konnte man die besonderen Ausnahmevergünstigungen

hinsichtlich der Besteuerung fallen lassen, und Finnland begann wieder Beiträge an die schwedische Staatskasse zu leisten.

Um in der Verwaltung Finnlands, die sich in einem vollständigen Durcheinander befand, wieder Ordnung zu schaffen, wurden auf Wunsch der Stände zwei Kommissionen eingesetzt, die an Ort und Stelle die Klagen der Bauern entgegennehmen, Mifsbräuche in der Verwaltung untersuchen und aburteilen, die Bewilligung von steuerfreien Jahren prüfen und Vorschläge zur Hebung des Landes machen sollten. An der Spitze der westlichen Kommission stand der Präsident des Göta-Hofgerichtes, Freiherr Germund Cederhielm, an der Spitze der östlichen der Präsident des Oberbergamtes, Graf Gustav Bonde. Beide Kommissionen, die in den Jahren 1725 bis 1727 ihre Tätigkeit entfalteten, gingen mit grofsem Verständnis und Fleifs zuwege, sie entdeckten und bestraften Unterschleife und Erpressungen seitens der Vögte und anderer Beamten, machten alten eingewurzelten Ungesetzlichkeiten ein Ende, halfen den Mifsständen in der kirchlichen Verwaltung ab und machten Vorschläge betreffs Anlage neuer Kommunikationen u. a. m. Die Tätigkeit der Kommissionen war äufserst wohltuend, mit ihr beginnt eine neue Epoche in der Verwaltungsgeschichte Finnlands.

Der Handel und die Industrie Finnlands sind nie von Bedeutung gewesen. Seine Eisenhütten und Sägemühlen waren natürlich zerstört, wurden aber allmählich wieder hergestellt. Die Teergewinnung erhob sich unmittelbar nach dem Frieden zu grofser Blüte. Mittelpunkt und Ausfuhrhafen für diesen Handelszweig ward die neue Stapelstadt Fredrikshamn, in welchen Namen die kleine, unbedeutende Stadt Vekkelaks umgetauft wurde. Die Stadt sollte einen Ersatz für Viborg bieten, sie erhielt Steuerfreiheit für fünfzehn Jahre und andere Vergünstigungen und gelangte bald neben den alten Stapelstädten Åbo und Helsingfors zur Blüte. Die zerstörten Grundlagen für die geistige Entwicklung des finnischen Volkes wurden ebenfalls wiederhergestellt. Die alte Kirchenverwaltung wurde unmittelbar nach dem Frieden wieder eingeführt. Die übriggebliebenen Teile des Bistums Viborg wurden in ein Bistum Borgå umgewandelt. Die Universität Abo nahm ihre Tätigkeit wieder auf, und das finnische Schulwesen

wurde aufs neue geordnet. Das alte Gymnasium von Viborg wurde zusammen mit der Verwaltung des Bistums nach Borgå verlegt.

Allem Anscheine nach konnten sowohl in Finnland wie in Schweden die schweren Wunden, die Krieg und Hungersnot den Bewohnern zugefügt hatten, infolge der inneren Lebenskraft und Gesundheit des Volkes leicht genug verheilen, vorausgesetzt daſs der Friede Bestand hatte und die neue Ordnung festen Fuſs fassen konnte. Das gerade war in dem Jahrzehnt, das unmittelbar auf den Frieden zu Nystad folgte, die wichtige Frage jener Zeit. Dem teuer erkauften äuſseren Frieden sowohl wie auch der jungen Ständeherrschaft drohte recht bald von seiten zersetzender Kräfte ein früher Untergang; es folgte eine Krisis, die sich zwar sozusagen auf der Oberfläche des politischen Lebens bewegte, die aber doch die Stärke der neuen Verhältnisse auf eine ernstliche Probe stellte und der politischen Geschichte der zwanziger Jahre ihren äuſseren Stempel aufdrückte.

* * *

Das Ansehen, das König Friedrich vor seiner Thronbesteigung genossen hatte, erhielt durch das traurige Endergebnis seiner Friedenspolitik einen schweren Stoſs. Solange man noch Hoffnung gehabt hatte, gegen den verhaſstesten aller Feinde, den Zaren, Unterstützung zu finden, hatte man trotz einzelner tadelnder Stimmen im allgemeinen die Politik des Jahres 1719 gutgeheiſsen und den andauernden Kriegszustand sich gefallen lassen. Aber auch diese Hoffnung wurde zunichte; statt ihrer kam das niederschmetternde Ergebnis, das der Friede zu Nystad bezeichnete. Allgemeiner Tadel wurde jetzt ganz natürlich gegen die, welche hierfür verantwortlich waren, und besonders gegen den König laut, welcher der eigentliche Leiter gewesen war und den man auſserdem noch im Verdacht hatte, daſs er aus Furcht vor dem Herzoge von Holstein dem Zaren mehr schwedisches Gebiet als nötig geopfert hatte.

König Friedrich gab diesem Verdachte durch die Gehässigkeit, die er den Anhängern des Herzogs gegenüber an den Tag legte, noch neue Nahrung. Besonders war die Verfolgung des

vornehmsten Fürsprechers des Herzogs beim letzten Reichstage, des Obersten Lorenz Kristofer Stobée, ein förmlicher Skandal, der in letzter Hand auf den König und seine Umgebung zurückfiel. Stobée wurde auf Grund falscher Beschuldigung, verräterische Reden geführt und russische Bestechung angenommen zu haben, wozu noch fernere schmutzige persönliche Anschuldigungen kamen, verhaftet. Im Winter 1720—1721 folgte ein skandalöser Prozeſs, der damit endigte, daſs die Unschuld Stobées klar bewiesen wurde, die Anzeiger und Zeugen dagegen aufs Schafott oder ins Gefängnis und in die Verbannung geschickt wurden. Hierbei hatte der König eifrig Partei für die Angeber genommen, und seine Vertrauten, vor allen der hessische Minister in Stockholm, Diemar, waren schwer kompromittiert, die Zeugen bestochen zu haben.

Nach dem Frieden begann König Friedrich ziemlich deutlich nach erweiterter Macht zu streben. Ein Mittel zur Gewinnung von Anhängern bot sich ihm in seiner Befugnis bei Beamtenernennungen dar, die noch dem Könige zukam und ungeniert zu diesem Zwecke angewandt wurde. Gefährlicher war sein offenkundiges Bestreben, die Bauern für sich zu gewinnen, deren Unzufriedenheit mit der neuen Ständeherrschaft schon bei den ersten Reichstagen deutlich zum Ausdruck gekommen war. Im Sommer des Jahres 1722 machte der König eine Reise durch das Land, auf der er förmlich nach Volksgunst jagte; er besuchte die Gastmähler der Bauern, verteilte freigebig Geschenke und veranlaſste eine Reihe Beschwerden und Bittgesuche, die er dann mit der Erklärung abwies, es fehle ihm die Macht, Abhilfe zu schaffen u. dgl. Geld erhielt Friedrich von Hessen und England sowie auch durch Anleihen bei Privatpersonen. Auch mit dem Könige von Preuſsen knüpfte er geheime Verhandlungen wegen einer Anleihe an; hierbei diente der Reichsrat Vellingk, der 1722 nach Schweden zurückgekehrt war und kein allzu groſser Freund der neuen Verfassung war, als Zwischenperson. Vellingk verfaſste für den König einige Briefe, die unter anderem eine Verpfändung der Stadt Wolgast an Preuſsen in Aussicht stellten, wenn der König mehr zu sagen haben würde. Diese bedenkliche Anleihetransaktion wurde zwar von Diemar verhindert, aber das Gerücht davon drang in die Öffentlichkeit und erregte gesteigerte Unruhe.

Alle Freunde der neuen Verfassung wurden von tiefstem Mifstrauen und Unwillen gegen den König erfüllt; sie trafen ihre Vorbereitungen, um beim kommenden Reichstage die Freiheit gegen die drohenden Souveränitätspläne zu verteidigen.

Dies war der fruchtbare Boden, aus dem die holsteinische Partei zu einer Bedeutung emporwuchs, die niemand während der ersten Reichstage hätte ahnen können. Ursprünglich bestand diese Partei nur aus solchen, die im Herzoge den rechtmäfsigen Erben der Krone Schwedens sahen, oder die infolge von Titeln, Pensionen und Ämtern auf Seite der Gottorpschen Dynastie standen. Die Reaktion gegen die Friedenspolitik verlieh der Partei gröfseren Umfang. Die Verbindung des Herzogs mit Rufsland und seine bevorstehende Erhebung zum Schwiegersohne des Zaren eröffneten ihm Aussichten, die, wie man glaubte, Schweden zugute kommen würden, falls er schwedischer Thronfolger würde. Die Bestimmungen des Friedenstraktates, die die Rückgabe von Gütern in den eroberten Provinzen an ihre früheren schwedischen Besitzer und die Freilassung von Kriegsgefangenen betrafen, waren für die russische Politik ausgezeichnete Mittel, um die Anhänger des Herzogs zu ermuntern oder um neue anzulocken. Mehrere von denen, die in erster Linie die Verantwortung für die Politik des Jahres 1719 trugen, wie Dücker und Höpken, suchten der späteren Abrechnung dadurch zu entgehen, dafs sie sich der aufstrebenden Partei anschlossen. Zur selben Partei gesellte sich aus Feindschaft gegen England Karl Gyllenborg, der alte Genosse Görtz', sowie der geschickte und energische Staatssekretär Josias Cederhielm, der 1722 aus russischer Gefangenschaft heimgekehrt war. Auch der alte, schlaue Vellingk ging zu den Holsteinern über, da er fürchtete, man werde ihn wegen seiner Hilfeleistung bei der zweideutigen Anleiheunterhandlung mit Preufsen zur Verantwortung ziehen, vielleicht auch, weil ihn die Aussicht, einige verlorene Güter in Ingermanland zurückzuerhalten, lockte.

Die holsteinische Partei hatte wohl zunächst das Ziel, die Anerkennung des Herzogs als schwedischen Thronfolgers zu fördern und die Rückgabe Schleswigs durch die vereinten Kräfte Schwedens und Rufslands durchzusetzen. Alle wollten wohl mit ihren Wünschen nicht gleich weit gehen, aber man war doch

darin einig, auf dem nächsten Reichstage im Interesse des Herzogs tätig zu sein. Hierbei hoffte man auf die Unterstützung des russischen Gesandten in Stockholm, Bestuschev, und auf die des vertrauten Ratgebers des Herzogs, Bassewitz. Letzterer erschien auf dem neuen Reichstage mit holsteinischen Geldern wohl versehen und berief sich auf eine Einladung, die König Friedrich, um dem Sturme durch Anbahnung einer Annäherung vorzubeugen, heimlich dem Herzoge gemacht hatte.

Dafs der Zar Peter diese Partei eifrig ermuntern würde, war ja natürlich. Das war ja eine vorzügliche Gelegenheit, um auf die Politik Schwedens Einfluſs zu gewinnen. Erstaunen muſs es jedoch erregen, dafs die leichtsinnigen Pläne, die den Frieden und die innere Ordnung Schwedens bedrohten, im Kreise der schwedischen Staatsmänner gröſseren Anschluſs finden konnten. Die eigentliche holsteinische Partei bestand wohl nur aus wenigen Mitgliedern, aber in ihrem Streben, sich den Plänen und Wünschen des Königs zu widersetzen, hatte sie das gleiche Programm wie viele Freunde der neuen Freiheit. Letztere schlossen sich den Holsteinern an, solange es gegen König Friedrich losging. So kam es, dafs die holsteinische Partei schon auf dem Reichstage, der im Januar 1723 in Stockholm zusammentrat, dem ersten nach dem Frieden, eine bedeutende Rolle spielen konnte.

Der Adel wählte den Präsidenten der Generalstaatskasse (statskontoret), den früheren Generalmajor Sven Lagerberg, einen geschickten Beamten und sicheren Anhänger der neuen Verfassung, zum Landesmarschall. Bei den Ausschuſswahlen siegten die Verfassungsfreunde ebenfalls, und der geheime Ausschuſs wurde aus eifrigen Vorkämpfern der Freiheit oder aus Mitgliedern der holsteinischen Partei gebildet. Die Anhänger des Königs schlossen sich zu einer Hofpartei zusammen, die nur geringen Einfluſs bei den drei machthabenden Ständen besafs. In Wirklichkeit waren die Freunde der Freiheit bereits im sicheren Besitze der Macht, als der erwartete Angriff auf die Verfassung erfolgte. Einige Wochen nach Eröffnung des Reichstages reichte der Bauernstand bei den anderen Ständen ein Schreiben ein, in dem er, wie im Jahre 1720, von neuem die Forderung aufstellte,

der König solle die Macht und die Autorität besitzen, die die früheren Könige Schwedens entsprechend dem uralten Reichsgesetze innehatten, jedoch mit Ausnahme von jeder Souveränität. Dieses Mal, wo man ganz genau wufste, dafs der König hinter dem Ganzen stand, wollte man den Vorschlag, der dem Grundgesetz widersprach, nicht unbeanstandet vorübergehen lassen. Adel, Geistliche und Bürger, die gerade wegen der Privilegien miteinander in heftiger Fehde lagen, einigten sich augenblicklich und führten dem Bauernstande die Gefahr und die Ungesetzlichkeit seines Vorschlages scharf zu Gemüte. Aber der Bauernstand gab nicht nach, sondern bereitete als Antwort ein neues Schreiben vor.

Zu gleicher Zeit entbrannte ein heftiger Konflikt zwischen dem Könige und dem geheimen Ausschusse, weil ersterer in seinem Eigensinne sich weigerte, dem holsteinischen Gesandten Bassewitz Audienz zur Überreichung seines Beglaubigungsschreibens zu erteilen, um ihn auf diese Weise zu verhindern, mit irgendeinem offiziellen Verlangen seitens des Herzogs hervorzutreten. Der Ausschufs dagegen war der Ansicht, dafs, da der König selbst vor Zusammentritt des Reichstages durch seine Privatunterhandlung in gewisser Hinsicht die Veranlassung zu dieser Gesandtschaft gegeben habe, Bassewitz empfangen werden müsse, um nicht dem Herzog und dem Zaren berechtigten Vorwand zu Klagen zu bieten. Die Spannung war eine starke, und von ihr drohte augenscheinliche Gefahr. Schon gleich nach dem Vorschlage der Bauern hatte Bestuschev Horn russische Hilfe zur Bewahrung der Freiheit angeboten, und der eine oder andere eifrige Verehrer der Freiheit ging in seinem Fanatismus vielleicht so weit, den Schutz des Zaren nachzusuchen, falls die Pläne gegen die Verfassung von Erfolg gekrönt würden; wenigstens versichert dies Bestuschev in seinen Briefen an den Zaren. Dies war jedoch für die leitenden Männer ein weiterer Grund, den Widerstand des Königs in der Audienzfrage zu brechen und die gegen die Verfassung gerichteten Angriffe vollständig zu vernichten. Durch die Drohung, die Königsmacht offiziell durch eine ansehnliche Abordnung und ein scharfes Schreiben der Demütigung preiszugeben, zwang der Ausschufs König Friedrich, im April endlich Bassewitz zu empfangen. Gleich darauf reichte

letzterer ein Memorial ein, in welchem er unter Berufung auf die durch Campredon und Diemar gemachten Versprechungen des Königs für seinen Herrn den Titel einer Königlichen Hoheit beanspruchte. Der Gegenstand wurde einer grofsen geheimen Deputation überwiesen, die aus dem geheimen Ausschusse nebst 25 Bauern bestand.

Kurz darauf, im Mai, gelang es dem geheimen Ausschusse endlich, dem Ratgeber der Bauern auf die Spur zu kommen. Es war dies ein Kommissar beim Ständekontor, Dahlén, in dessen Besitz man den Entwurf zur Antwort der Bauern auf die Vorstellung der anderen Stände vorfand sowie das Konzept zu einem neuen Schreiben, in welchem der Bauernstand dem Könige die Macht übertrug, die die Könige Schwedens vor der Alleinherrschaft besessen hatten. Dahlén gab mehrere Mitarbeiter an, unter ihnen den hessischen Sekretär Gehebe. Der Ausschufs liefs aus eigener Machtvollkommenheit die Angeschuldigten mit Ausnahme von Gehebe verhaften; es wurde eine Ständekommission eingesetzt, die Dahlén und einen Genossen zum Tode, andere zu Gefängnis oder Verbannung verurteilte. Die Stände milderten die Todesurteile in Gefängnisstrafen ab.

Mit der Entdeckung des Ratgebers der Bauern war es mit den Plänen und Hoffnungen des Königs augenblicklich zu Ende. Ein fortgesetzter Versuch konnte seine Krone in Gefahr bringen. Ein schon fertiges Schreiben an die Stände, in welchem der König gröfsere Macht bei Begnadigungen, Ernennungen und der Feststellung des jährlichen Reichsbudgets forderte, wurde zwar im Rate zur Verlesung gebracht, aber gleich darauf vom Könige in Gegenwart des Rates verbrannt. Den Präsidenten der Stände gab er die Versicherung ab, der Wille der Stände werde für ihn in Zukunft Gesetz sein, und bat, das Vergangene vergessen und nie mehr daran denken zu wollen. Dies war eine ebenso vollständige wie bedingungs- und würdelose Kapitulation. Kurz darauf traf ein noch empfindlicherer Schlag das Königspaar persönlich, da die Stände trotz aller Versicherungen des Königs, dem Herzoge niemals ein solches Versprechen, wie Bassewitz behaupte, gemacht zu haben, und trotz der erbitterten Proteste der Königin dem Herzog Karl Friedrich den Titel „Königliche Hoheit“

zugestanden. Dies war ein wertvoller Titel für den Herzog, durch den er als Mitglied des schwedischen Königshauses anerkannt wurde. Ihm wurde ohne jede Bedingung eine jährliche Pension von 50 000 Taler Silber bewilligt.

Infolge des Ausganges, den die Titelfrage genommen hatte, wurden die russische und die holsteinische Politik in ihren Hoffnungen noch bestärkt. Im Herbste 1723 legte Bestuschev in aller Form einen Bündnisentwurf zwischen Schweden und Rufsland vor, in welchem beide Reiche sich verpflichteten, gemeinsam die Restitution Schleswigs durchzusetzen. Ein geheimer Artikel sicherte dem Herzog die Thronfolge in Schweden zu und stellte die Freiheit der Stände unter die Garantie des Zaren. Letzterer Vorschlag wurde sogar unter Berufung auf Paragraph 7 des Friedens zu Nystad gemacht. Es war das erste Mal, dafs man offiziell mit dieser verdrehten Deutung hervortrat, und ein allgemeiner Unwille erfafste die Gemüter. Die Stände bestritten aufs bestimmteste den russischen Anspruch, und hinsichtlich der Thronfolge des Herzogs gaben sie nur das unbestimmte Versprechen, „bei einer zukünftigen Wahl an ihn denken zu wollen". Im übrigen wurde die Bündnisfrage der Regierung überwiesen mit dem Auftrage, genau darauf zu achten, dafs Schweden keine gefährlichen Verpflichtungen übernehme. Die Furcht vor einer erneuten Einmischung Rufslands beschleunigte die Schliefsung des Reichstages im Oktober 1723.

Bevor die Stände verabschiedet wurden, hatte die Privilegienfrage, die so lange die Sinne erregt hatte, endlich ihre Lösung gefunden. Die neuen Adelsprivilegien, die der König nun unter dem Beifall aller Stände ausfertigte — die Geistlichkeit erhielt am selben Tage ihre Privilegien —, bedeuten im Verhältnis zur Privilegienurkunde des Jahres 1719 einen grofsen Schritt vorwärts auf dem Wege zur Ausgleichung der Standesgegensätze. Der Adel verzichtete auf sein Vorrecht auf niedere Beamtenstellen und teilte sich mit Geistlichen, Bürgern und den dem Adel Gleichgestellten in das Recht, gewöhnliche privilegierte Güter zu besitzen. Der Adel liefs das Eheverbot zwischen Adeligen und Bürgerlichen fallen, entsagte dem allgemeinen adeligen Patronatsrecht, seiner Gutsgerichtsbarkeit, seiner Befreiung von Verhaftung

bei schweren Verbrechen usw. Die Adelsprivilegien des Jahres 1723 sind der letzte grofse Privilegienbrief des Adels, der zwar den wichtigsten Teil seines Privilegienraubes aus älteren Tagen, sein ausschliefsliches Recht auf den Besitz höherer Ämter, sein Forum privilegiatum, seinen Alleinbesitz von sogenannten yperligt frälse (mit allen Privilegien ausgestattete Güter) usw. in die neue Zeit hinüberrettete, der aber doch ein Anzeichen dafür war, dafs die Entwicklung des sozialen Lebens jetzt eine andere Richtung eingeschlagen hatte, wenn auch die Gliederung der Gesellschaft nach verschiedenen Ständen noch lange unerschüttert festzustehen schien. Vor allem schaffte die Lösung der Privilegienfrage für eine längere Zeit die sozialen Zwistigkeiten aus der Welt, und die drohende Gefahr, die sich von dieser Seite gegen die neue Ständeherrschaft erhoben hatte, war verscheucht.

Ein ferneres Resultat von politischer Bedeutung war eine umfassende Reichstagsordnung, die sich im wesentlichen auf die Praxis, wie sie sich während der verflossenen Reichstage herausgebildet hatte, gründete. Diese Reichstagsordnung erhielt alsdann die Bedeutung eines Grundgesetzes und verlieh der freien Verfassung durch detaillierte Vorschriften über die Zusammensetzung und die Tätigkeitsformen der Stände erhöhte Kraft [1]).

1) Eine der wichtigsten Erscheinungen im parlamentarischen Leben der Freiheitszeit war das Ausschufswesen, denn die Reichsstände regierten vermittels der Ausschüsse. Die Reichstagsordnung von 1723 enthielt jedoch nur wenige Bestimmungen in dieser Hinsicht, das Ausschufswesen entwickelte sich vielmehr durch die Praxis. Betreffs des geheimen Ausschusses, sekreta utskottet, bestand blofs die Vorschrift, derselbe solle aus den Deputierten der drei oberen Stände bestehen und die Gegenstände, welche die auswärtige Politik, das Budget, das Verteidigungswesen und die Bank betrafen, sowie aufserdem alles, was die Stände an den Ausschufs verwiesen, „ausarbeiten und erledigen“ (R. O. § 18). Hierdurch erhielt der geheime Ausschufs geradezu die Stellung einer selbständigen politischen Institution neben den Ständen, er war der Kern des Reichstags und der eigentliche Sitz der Macht. In der Praxis setzte sich der Ausschufs aus 50 Adeligen, 25 Geistlichen, 25 Bürgern und den Vorsitzenden der drei oberen Stände zusammen. Vorsitzender des geheimen Ausschusses war eo ipso der Landesmarschall. Der Ausschufs empfing direkt von der Regierung geheime Propositionen und fertigte selbst seine Beschlüsse oder Schreiben an die Regierung ab. Um die Gegenstände für den Ausschufs vorzubereiten, bildete er aus seiner eigenen Mitte

Die junge Ständeherrschaft hatte ihre erste Krisis überstanden; der Versuch der Königsmacht, gröfsere Bedeutung im Staatsleben zu gewinnen, hatte zur vollständigen Demütigung derselben geführt. Seit dieser Zeit war es mit einer Rücksichtnahme auf den König, die bisher in wesentlichem Grade die buchstäbliche Anwendung der Verfassung gemildert hatte, vorbei. Der König mufste sich noch weitere Beschränkungen gefallen lassen, wodurch die Demütigung seiner Niederlage zu einer vollständigen wurde.

Deputationen. In der Regel waren dies: den mindre sekreta deputationen (die kleinere geheime Deputation) für auswärtige Angelegenheiten, die Prüfung hierher gehöriger Ratsprotokolle und andere wichtige politische Fragen, sekreta stats-, banko- och defensionsdeputationerna (die geheimen Budget-, Bank- und Verteidigungsdeputationen). — Die übrigen Ausschüsse, welche die Stände, abgesehen vom geheimen Ausschusse, zur Vorberatung der Gegenstände einsetzten, die von den Ständen selbst erledigt wurden, hiefsen ebenfalls Deputationen. Sie bestanden immer aus Abgeordneten aller vier Stände. Von solchen Deputationen kennt die Reichstagsordnung nur eine, die zu prüfen hatte, mit welchen Gegenständen sich die Stände befassen oder nicht befassen sollten und an welchen Ausschufs eine aufgeworfene Frage zu verweisen sei, urskiljningsdeputationen, sowie eine Deputation zur Abfassung der Reichstagsschreiben, expeditionsdeputationen. In der Praxis wurde jedoch regelmäfsig eine grofse Anzahl derartiger Reichstagsdeputationen eingesetzt. Die wichtigsten von ihnen waren Sekreta deputationen (die geheime Deputation) zur Prüfung der Ratsprotokolle in inneren Zivil- und Militärangelegenheiten, justitiedeputationen, protokollsdeputationen, allmänna besvärsdeputationen (die allgemeine Beschwerdedeputation) sowie die für das ökonomische Leben wichtigen handels- och manufakturdeputationen (seit 1738) und kammar-ekonomie och kommersdeputationen. Aufserdem gab es eine uppfostringsdeputation (Unterrichtsdeputation), tulldeputation, bergsdeputation, fiskerideputation u. a. bei den verschiedenen Reichstagen verschiedene Deputationen. — Wenn es der geheime Ausschufs nicht wagte, wichtige politische Gegenstände ohne Anhören der Bauern zu entscheiden, oder wenn aufsergewöhnliche Angelegenheiten eine besondere Behandlung zu fordern schienen, wurde eine grofse geheime Deputation, stor sekret deputation, eingesetzt, die gewöhnlich aus dem geheimen Ausschufs, der geheimen Deputation und 25 Bauern bestand. Die Zusammensetzung dieser aufserordentlichen Behörde schwankte jedoch sehr. — Als allgemeine Regel bestimmte die Reichstagsordnung, dafs der Adel in den Ausschüssen doppelt so viel Vertreter haben sollte wie jeder der nichtadeligen Stände, dafs jedoch die Abstimmung nach Ständen und nicht per capita stattzufinden habe.

Die Stände erliefsen die Vorschrift, der Rat solle die Regierungsbeschlüsse im Namen des Königs unterzeichnen, falls letzterer sich weigern sollte, die Beschlüsse der Ratsmajorität gutzuheifsen. Um für die Zukunft eine persönliche königliche auswärtige Politik zu verhindern, ordneten die Stände an, dafs alle Ministerbriefe vom Auslande an den Kanzleipräsidenten gesandt werden sollten, und dafs dieser im Verein mit einigen Kanzleibeamten die geheimen diplomatischen Angelegenheiten unter Ausschlufs des Königs zu erledigen habe.

* * *

Der Schlufs des Reichstages verringerte den Einfluſs der holsteinischen Partei in keiner Weise. Im Gegenteil, jetzt erst begann ihre grofse Zeit. Solange der Reichstag versammelt war, hatten die Stände mit ihrem gesunden Gefühle für das Wohl Schwedens alle Abenteuer, die den inneren und den äufseren Frieden in Frage stellen konnten, zu verhindern gewufst; die Anhänger des Herzogs hatten ihre Absichten nur so weit durchzusetzen vermocht, als die Furcht vor dem Könige die Verteidiger der Verfassung genötigt hatte, mit jenen Hand in Hand zu gehen. Im Rate dagegen, der nach Reichstagsschlufs gröfsere Handlungsfreiheit besafs, hatten die Holsteiner so ziemlich die Alleinherrschaft. Die während der Reichstagstagung neugewählten Ratsherren, der Landesmarschall Lagerberg, Karl Gyllenborg und Josias Cederhielm waren alle Anhänger des Herzogs, und sämtliche Reichsräte, mit Ausnahme von Horn, galten als mehr oder weniger eifrige Holsteiner oder fanden es für gut, mit dem Strome zu schwimmen. König Friedrich dagegen stand völlig isoliert, da man ihm von allen Seiten mifstraute. Sein hessischer Ratgeber Diemar mufste dem bestimmten Wunsche des geheimen Ausschusses gemäfs binnen kurzem das Land verlassen. Der König versuchte nicht weiter, eine selbständige Rolle zu spielen. Er fand sich nur selten im Rate ein, es sei denn, um einen seiner Günstlinge zu befördern, und verbrachte seine Zeit mit Jagd und galanten Abenteuern. „Er jagt und jagt, bis er selber aus dem Reiche gejagt wird", dies äufserte selbst einer seiner eifrigsten Anhänger.

Die im Laufe des Reichstages eingeleiteten Bündnisunterhand-

lungen zwischen Schweden und Rufsland wurden im Februar 1724 zum Abschlufs gebracht, nachdem es Arvid Horn gelungen war, dem Wunsche der Stände gemäfs alle gefährlichen Bestimmungen daraus zu entfernen oder zu mildern. Das Resultat war ein Schutz- und Freundschaftsbündnis auf zwölf Jahre mit einem geheimen Artikel des Inhalts, dafs beide Mächte es versuchen sollten, „vermittels guter Offizien“ die Rückgabe Schleswigs an den Herzog zu erwirken. Das war Schwedens erstes Bündnis nach dem Frieden. Schweden suchte Schutz in der Freundschaft mit seinem gefährlichsten Feinde. Eine solche Freundschaft konnte leicht zu einer Abhängigkeit werden, und die russische Politik betrachtete den unschuldigen Artikel betreffs Schleswigs nur als Ausgangspunkt für weitausschauende Unternehmungen in dieser brennenden Frage. Einer der schwedischen Reichsräte, Vellingk, erhielt eine russische Pension als Ersatz für verlorene Güter in Ingermanland. Andere schwedische Staatsmänner innerhalb und aufserhalb des Rates wurden mit Geschenken und Gnadenbeweisen von Rufsland überhäuft. Auch holsteinische Titel, Hofämter, Offizierstellen und Pensionen wurden massenhaft an die schwedischen Anhänger verteilt, und die ganze Apanage, die der Herzog von Schweden bezog, verblieb innerhalb Schwedens. Im November 1724 erfolgte endlich die längst vorausgesehene feierliche Verlobung des Herzogs mit Anna, der ältesten Tochter des Zaren. Man erzählte, der Herzog würde im darauffolgenden Sommer nach Schweden kommen, und das Gerücht wufste von Plänen zu berichten, die darauf abzielten, König Friedrich zum freiwilligen Verzicht auf den Thron zu veranlassen. Der König selbst war äufserst mutlos, und sogar Ulrike Eleonore fand sich darein, den herzoglichen Minister zu empfangen und die Notifikation von der Verlobung des Herzogs unter Anwendung des Titels „Königliche Hoheit“ zu beantworten.

Der Tod des Zaren Peter im Januar 1725 erhöhte noch die Macht der holsteinischen Partei. Seine Witwe Katharina I. wurde infolge der Entschlossenheit Menschikovs im Widerspruch mit dem Wunsche der alten Bojarengeschlechter zur regierenden Kaiserin ausgerufen. Diese Bojarenfamilien betrachteten den Enkel des Zaren Peter, den jungen Grofsfürsten Peter, als rechtmäfsigen Erben des russischen Thrones; sie wollten, um zu den echten moskowitischen

Überlieferungen zurückzukehren, die verhafsten Ausländer oder Emporkömmlinge verjagen. Für Katharina, die den niedrigsten Gesellschaftsklassen entstammte, war die Verheiratung ihrer Tochter mit einem Fürsten aus einer alten europäischen Dynastie äufserst schmeichelhaft und von besonderer Wichtigkeit. Nicht nur den Altrussen gegenüber, sondern auch gegenüber der herrschenden Partei unter Menschikov, in dessen Händen sie übrigens nur eine Marionette war, besafs sie in dem Einflusse des Herzogs, seinen Ansprüchen und Aussichten eine Stütze und ein Programm, das ihr eine gewisse persönliche Bedeutung und einen gewissen persönlichen Einfluſs verlieh. Katharina erklärte im Senate, sie betrachte den Herzog wie ihren eigenen Sohn und wolle alle ihre Macht aufbieten, um ihm Genugtuung zu verschaffen und um seine Gegner zu verfolgen. Sie befahl, Rufslands Heer und Flotte auszurüsten, um am ersten Frühjahrstage Dänemark zu strafen. Im Mai fand unter grofsartigem Gepränge die Hochzeit des Herzogs mit der Prinzessin Anna statt. Die gesamte auswärtige Politik Rufslands schien gewissermafsen im Dienste des Herzogs zu stehen.

Hiermit hatte die holsteinische Partei ihre höchste Machtstellung erreicht. Infolge einer eigentümlichen Verflechtung der dynastischen Ansprüche und Verbindungen des holsteinischen Herzogs mit inneren Parteigegensätzen in Schweden und Rufsland, hatte sich um den unbedeutenden Fürsten herum eine mächtige Partei gebildet, die einen Augenblick Rufsland und Schweden zu beherrschen schien. In Schweden wurden die Hoffnungen der holsteinisch gesinnten Staatsmänner bis aufs äufserste gesteigert. Man glaubte, die Kaiserin würde den Herzog zum Thronfolger ernennen oder wenigstens versuchen, ihm die Ostseeprovinzen zu verschaffen. Wie vielversprechend war die Aussicht, wenn der Parteihader in Rufsland, wie man erwartete, in offenen Aufruhr ausbrach und die Kaiserin nebst dem Herzoge veranlafst werden könnte, bei Schweden Hilfe zu suchen! Eine schwindelnde Abenteurerpolitik, wie sie im Geschmack jener Zeit lag, machte sich mit allen ihren verführerischen Verlockungen geltend, und kühne Hoffnungen, durch geschickte Ausnutzung der Konjunkturen die Ergebnisse der nordischen Friedensschlüsse in einer Hast von Grund aus abändern zu können, erwachten. Dazu mufste

man jedoch in Petersburg eine Person zur Hand haben, die es verstand, alle sich darbietenden Aussichten auszunutzen, und die dem Herzoge mit solchen Ratschlägen zur Seite stand, die sein eigenes und Schwedens Wohl im Auge hatten. Der schwedische Minister in Petersburg, Baron Cedercreutz, galt, da er nicht zur holsteinischen Partei gehörte, als für diesen Zweck nicht geeignet. Der Rat beschloſs, das Reichsratsmitglied Cederhielm als Gesandten nach Petersburg zu schicken. Sein Auftrag lautete, über die Interessen Schwedens zu wachen und im Falle innerer Unruhen die Kaiserin zu veranlassen, schwedische Hilfe nachzusuchen. Der geheimen Absicht der eifrigen Holsteiner gemäſs sollte er indessen in erster Reihe darauf hinarbeiten, den Thron der Kaiserin zu befestigen, obwohl dies in keiner Weise mit dem in seiner Instruktion ausgesprochenen Zwecke der Gesandtschaft in Einklang stand. Cederhielm kam im Juli in Petersburg an und wuſste sich bald eine einfluſsreiche Stellung zu verschaffen.

Im Sommer 1725 drohte im Norden der Ausbruch des Krieges. Die russische Flotte lag mit Landungstruppen zum Auslaufen gegen Dänemark bereit. Die russische Regierung verhandelte eifrig mit Campredon wegen eines Bündnisses zwischen Ruſsland und Frankreich, in das auch England einbezogen werden sollte. Für die ökonomischen und politischen Vorteile, welche dieses Bündnis den Westmächten bringen würde, stellte Katharina im wesentlichen nur die Forderung, dieselben sollten Dänemark der Rache Ruſslands und des Herzogs preisgeben oder dem Herzoge vollen Ersatz für Schleswig verschaffen. Da man für einen derartigen Angriff auch der Hilfe Schwedens bedurfte, wurde ein neuer russischer Minister namens Golovin mit dem Auftrage nach Stockholm abgesandt, er solle die Zusammenziehung schwedischer Truppen in Schonen verlangen, die beim Angriffe gegen Dänemark mitwirken sollten, und ferner für die russische Flotte um die Erlaubnis nachsuchen, in einem schwedischen Hafen zu überwintern. Die Absicht war, diese Vorschläge nötigenfalls durch das Angebot von Subsidien und durch eine russische Flottendemonstration zu unterstützen. Es sollte jedoch nicht zum Kriege kommen. Frankreich und England hatten keineswegs den Wunsch, die Kriegsfackel in Nordeuropa entfacht zu sehen; sie weigerten sich bestimmt,

ihre Dänemark gegebenen Versprechungen zu brechen. Unter solchen Umständen hielt es die russische Politik für angebracht, mit den beabsichtigten Vorschlägen Schweden gegenüber einzuhalten und das ganze Kriegsunternehmen auf das nächste Jahr aufzuschieben.

Das Übermafs an Macht, das die holsteinische Partei besafs, sowie die Gefahr, die der Dauer des Friedens drohte, führten in Schweden langsam aber sicher einen Umschlag der Stimmung herbei. Schon die Verlobung des Herzogs mit der russischen Prinzessin weckte in weiten Kreisen des schwedischen Volkes Unwillen. Die Kriegsdrohung im Sommer 1725 mahnte zu weiterer Vorsicht bei der Begünstigung der Sache des holsteinischen Herzogs. Zu diesem Zeitpunkte war es, wo Arvid Horn zur Verteidigung einer gesunden, nationalen Politik hervortrat. Er tat dies in der festen Überzeugung von der Notwendigkeit, den Frieden Schwedens zu bewahren, und mit feinem Instinkt für die veränderte Volksmeinung im Lande. Es war dies ein mutiger und gefährlicher Schritt, denn der Einfluſs Horns war zu der Zeit, im Frühjahre 1725, wo er mit den Holsteinern brach, äufserst gering. Er stand beinahe isoliert im schwedischen Reichsrate. Für den Erfolg seines Unternehmens war es von grofser Bedeutung, dafs die gemeinsame Gefahr endlich eine Annäherung zwischen ihm und König Friedrich herbeigeführt hatte. Von noch gröfserer Wichtigkeit war die Verbindung mit England. Im Herbst 1724 war ein englischer Gesandter, Stephen Poyntz, nach Stockholm gekommen, um für die Erhaltung der Krone König Friedrichs zu wirken und um mit Geld und Versprechungen der russisch-holsteinischen Agitation entgegenzuarbeiten. Im Anfange hegte Horn den Verdacht, Poyntz wäre zur Förderung der persönlichen Wünsche des Königs nach Schweden gekommen; es dauerte bis zum Frühjahr 1725, ehe eine vertrautere Freundschaft zwischen Horn und Poyntz entstand. Das Vertrauen auf England war von der Zeit an einer der Hauptgrundsätze Horns in der Politik. Im Herbst 1725 kam nach vier Jahren wiederum ein französischer Minister, Graf de Brancas, nach Schweden, um in Gemeinschaft mit England den Plänen Rufslands entgegenzuarbeiten.

Bei solcher Unterstützung konnte Horn mit äufserster Vor-

sicht einen Kampf mit den Holsteinern wagen. Traditionelle Sympathien für Frankreich führten einige hochadlige Ratsherren auf die Seite Horns, der Einfluſs des Königs vielleicht aufserdem den einen oder anderen. Die immer offenkundiger werdende Gefahr, Schweden würde in die Kriegspläne der russischen Politik mit hineingezogen werden, veranlafste fernerhin einige gemäfsigte Holsteiner, sich der Leitung ihrer eifrigeren Chefs zu entziehen. Der Einfluſs Horns im Rate wuchs unbemerkt, und die holsteinische Partei begann in geringeren Fragen ihre Übermacht einzubüfsen. Mit besonderer Gewandtheit verstand es Horn, jeden geringen Vorteil, den die Gegner darboten, auszunutzen, jeden gefährlichen Vorschlag abzuwenden und der Politik eine andere Richtung zu geben, ohne dafs seine Zugehörigkeit zu den Gegnern des Herzogs und Rufslands offen hervortrat. Bereits im Herbst erlitten die Holsteiner ihre erste Niederlage im Rate, als Cederhielm wegen der grofsen Kosten, welche die Haltung von zwei Gesandten in Rufsland verursachte, den Befehl erhielt, zurückzukehren. Am Schlusse des Jahres liefsen Poyntz und Brancas an Schweden die Einladung ergehen, der hannoverschen Allianz beizutreten. Jetzt begann dieserhalb jener denkwürdige Kampf zwischen den Parteien, der zum Prüfsteine ihrer Macht wurde und für lange Zeit die Richtung der schwedischen Politik bestimmte.

Das wechselvolle Spiel der europäischen Diplomatie hatte gänzlich unerwartet zu einem Bündnis zwischen den alten Gegnern Spanien und Österreich in Wien 1725 geführt. Dieses Bündnis war gegen die beiden Westmächte, vor allem England, gerichtet. Zum Schutz gegen dasselbe schlossen England, Frankreich und Preufsen eine Gegenallianz in Hannover, und so standen trotz des allgemeinen Friedensbedürfnisses die europäischen Mächte zu einem neuen Weltkriege bereit. Auf beiden Seiten suchte man seine Stellung durch Allianzen zu verstärken, und in dieser Absicht wurde auch Schweden von den Westmächten angegangen. Die Annäherung zwischen Österreich und Rufsland machte in dieser Krisis das Bündnis mit dem jetzt so ohnmächtigen schwedischen Staate begehrenswert. Die Vereinigung Schwedens mit diesen beiden Mächten würde nämlich den russischen Angriff auf

Dänemark erleichtern, zu welchem Angriffe die Wiener Verbündeten eifrig ermunterten, um die Kräfte Englands durch einen Krieg in Nordeuropa festzulegen. Die an Schweden ergangene Einladung, der hannoverschen Allianz beizutreten, war daher ein von den Westmächten gegen die Verbindung Österreichs mit Rufsland gerichteter Gegenzug, der dieser Verbindung dadurch ihre Spitze abbrach, dafs er den Ausbruch des Krieges in Nordeuropa verhinderte. Für Schweden hinwiederum enthielt dieses Anerbieten eine glänzende Aussicht, sich von der russischen Abhängigkeit zu befreien und eine bedeutungsvolle Allianzstellung zu erlangen, die den Frieden und die Selbständigkeit des Reiches zu bewahren imstande war. Daher erhielt der Kampf, der sich innerhalb der schwedischen Regierung hinsichtlich des Anschlusses Schwedens an die hannoversche Allianz entspann, eine grofse Bedeutung nicht nur für Schweden, sondern für die allgemeine europäische Politik.

Dafs Rufsland und die schwedischen Anhänger des holsteinischen Herzogs mit Eifer und Erbitterung dem hannoverschen Allianzvorschlage entgegenarbeiten würden, war ja ganz natürlich. Im Rate stritten sich die Parteien während des ganzen Winters und des Frühjahres 1726. Rufsland suchte vergebens, Schweden dadurch bei sich festzuhalten, dafs es durch Cederhielm von Petersburg aus Subsidien anbot oder mit russischen Rüstungen drohte, die, wie der unbedachtsame Bassewitz andeutete, in ebenso hohem Grade den Feinden des Herzogs in Schweden wie denen in Dänemark galten. Vergebens kehrte Cederhielm endlich im Frühjahr nach Hause zurück und verlieh seiner Partei neue Kraft und eine bessere Führung. Horn hatte die wirklichen Interessen Schwedens so deutlich auf seiner Seite und ging mit solchem Geschick vor, dafs es mit seiner Unterhandlung Schritt für Schritt vorwärts ging. Eine englische Flotte kam im Frühjahr nach der Ostsee und verhinderte in Gemeinschaft mit einem dänischen Geschwader die russische Seemacht am Auslaufen aus dem finnischen Meerbusen. Dies liefs eine unmittelbare Furcht vor einem russischen Angriff schwinden. Alle Vaterlandsfreunde, auch die gemäfsigten Holsteiner, wurden durch die russischen Drohungen nur gereizt. Im Juni 1726 gelang es end-

lich Horn, die schwedische Regierung zu bestimmen, den Beitritt Schwedens zur hannoverschen Allianz gutzuheifsen. Dieses Resultat wurde nur durch die zwei Stimmen, über die der König verfügte, erzielt; denn die Ansicht Horns hatte im übrigen nur sieben von fünfzehn Stimmen auf sich vereinigt, und von diesen sieben Stimmen war die eine die des mit dem Tode ringenden Erik Sparre, der sich nach der Hauptstadt hatte bringen lassen, um sein Votum abzugeben.

Im Rat war der Streit ausgefochten, sein Ergebnis konnte jedoch jeden Augenblick durch irgend einen Zufall abgeändert werden. Deshalb setzte es Horn, der des Beifalls der öffentlichen Meinung sicher war, durch, dafs die Stände für den Herbst einberufen wurden, um in letzter Hand über das Geschick der Allianzfrage die Entscheidung zu treffen. Bis dahin machte er alle Versuche, den Beschlufs aufzuheben, zunichte. Die neue intime Allianz Rufslands mit Österreich, seine Drohungen und seine Erbitterung hatten keine Wirkung. Auch dafs Preufsen im Herbste von der hannoverschen Allianz abfiel und zu Rufsland und Österreich überging, konnte die Richtung der schwedischen Politik nicht verändern. Dies vermochten jetzt nur die Stände. An diese wandten sich die Parteien mit ihren Hoffnungen und ihren Plänen. Die ausländischen Diplomaten auf beiden Seiten versahen sich mit Geld, um damit Anhänger zu werben und zu bestechen. Zur Bearbeitung der öffentlichen Meinung wurden Streitschriften verfafst und in Umlauf gesetzt; zum ersten Male hörte man von Blankovollmachten reden, die von adligen Familienoberhäuptern in der Provinz aufgekauft wurden, um sie auf die Namen von sicheren Anhängern auszustellen und dadurch die Macht der Partei im Ritterhause zu verstärken. Dafs der langwierige, bittere Streit auch persönliche Opfer fordern würde, war ganz natürlich. Zu diesem Zwecke bediente sich Horn einer furchtbaren Waffe gegen den Hauptführer seiner Gegner, den alten Vellingk; er veranlafste nämlich König Friedrich, die Papiere herauszugeben, die die Mitwirkung Vellingks bei den Anleiheunterhandlungen mit Preufsen im Jahre 1722 bewiesen.

* * *

Als im September 1726 die Reichsstände in Stockholm zusammentraten, zeigte es sich bald, dafs sich Horn bezüglich der Veränderung, die die öffentliche Meinung durchgemacht hatte, nicht verrechnet hatte. Die Erhaltung des Friedens und der Freiheit war der einzige Wunsch des schwedischen Volkes; nur weil sie letztere für besonders gefährdet hielten, hatten die Stände des Jahres 1723 so grofse Sympathien für das Recht des holsteinischen Herzogs an den Tag gelegt. Angst vor den Plänen des Königs existierte jetzt nicht mehr, statt dessen hatten die russischen Verlockungen und Drohungen allen die Augen geöffnet und auf die Gefahr hingewiesen, die dem Frieden und der Selbständigkeit des Reiches von seiten einer ferneren Verfechtung der holsteinischen Ansprüche oder einer fortgesetzten Leitung der Reichsgeschicke durch den Anhang des Herzogs drohte. Arvid Horn wurde selbst vom Adel zum Landesmarschall gewählt und der geheime Ausschufs zum wesentlichen Teile aus seinen Anhängern zusammengesetzt.

Infolge der Spaltung, die innerhalb der Regierung herrschte, nahm der Ausschufs in noch höherem Mafse als früher die Leitung der auswärtigen Politik in die Hand. Um alle vollständig zu überzeugen und für seine Auffassung zu gewinnen, liefs Horn die Entscheidung nur langsam heranreifen; die Ausschufsmitglieder konnten sich durch das Lesen der Protokolle und Briefe gründlich in die Bedeutung der Frage hineinarbeiten. Je deutlicher man die Gefahr erkannte, die von der holsteinischen Parteipolitik drohte, und einsah, wohin der Sieg sich neigte, desto mehr schmolzen die Anhänger des Herzogs zusammen. Vergebens erklärte der russische Gesandte Fürst Dolgoruki, der speziell des Reichstags wegen nach Stockholm geschickt worden war, der Eintritt Schwedens in die hannoversche Allianz würde als ein offener Bruch mit Rufsland angesehen werden. Umsonst bot er Subsidien ohne jede andere Bedingung an, als dafs Schweden der Allianz der Westmächte nicht beitrete. Ein kaiserlicher Gesandter machte auch im Namen des österreichischen Hofes ähnliche Erklärungen und Anerbietungen. Die Verhandlungen zwischen dem geheimen Ausschusse und dem englischen und dem französischen Minister schritten rüstig fort, und im März 1727 beschlofs der Ausschufs im Namen der Stände den Anschlufs Schwedens an die hanno-

versche Allianz. Am 14. März 1727 wurde der Vertrag mit England und Frankreich unterzeichnet. Er enthielt die Verpflichtung gegenseitigen Schutzes und aufserdem für jede der beiden Mächte, England und Frankreich, die Verbindlichkeit, Schweden drei Jahre lang 50000 Pfund Sterling an Subsidien zu gewähren. Hiermit war die wichtige Allianzfrage unwiderruflich entschieden, und der schwedische Staat hatte eine neue und sichere Bundesstellung gewonnen. Rufsland hatte eine schwere Niederlage erlitten, die Schweden aus der Abhängigkeit von demselben befreite und die russischen, auf die Wiedereroberung Schleswigs gerichteten Pläne durchkreuzte. Damit fielen aber auch die Hoffnungen des holsteinischen Herzogs zu Boden, seine Partei in Schweden hatte in Wirklichkeit den Todesstofs erhalten.

Schon bei Beginn des Reichstags hatte Horn dem geheimen Ausschusse die Beweise für die Teilnahme Vellingks an den Anleiheunterhandlungen mit Preufsen übergeben. Der Ausschufs liefs den alten Ratsherrn verhaften und seine Papiere mit Beschlag belegen. Eine Ständekommission wurde eingesetzt, die über die Anklage urteilen sollte. Nach einem langwierigen Prozesse wurde Vellingk zum Verlust von Leben, Ehre und Eigentum verurteilt. Die Stände milderten das Urteil in lebenslängliche Gefängnisstrafe ab. Auf dem Wege nach dem bestimmten Verbannungsorte starb der sechsundsiebzig Jahre alte Staatsmann im Juli 1727.

Der Angriff auf Cederhielm, den kräftigsten Vorkämpfer der holsteinischen Partei, ging von der Prüfung der Ratsprotokolle aus. Die eigentliche Anklage drehte sich um sein Verhältnis als Gesandter in Petersburg, wo er gegen seine Instruktion und gegen die Interessen Schwedens wesentlich in der Richtung gearbeitet hatte, den Thron der Kaiserin zu befestigen und die holsteinische Politik zu fördern. Aber da man diese Anklage nicht leicht öffentlich erheben konnte, suchte man eine Menge geringfügiger Anklagepunkte heraus, die sein Verhältnis als Gesandter oder seine Tätigkeit als Ratsherr betrafen. Cederhielm verteidigte sich mutig. Nur die Drohung, ihn von einer Kommission aburteilen zu lassen, veranlafste ihn nachzugeben und der Form nach freiwillig um seinen Abschied als Ratsherr zu bitten. Er starb

schon 1729, noch in seinen besten Jahren. Die übrigen Reichsräte aus der holsteinischen Partei kamen mit schriftlichen Verwarnungen und Ermahnungen für die Zukunft davon. Nur der alte Reichsrat, der Oberstmarschall Tessin, der sich persönlich gegen den König vergangen hatte, mufste seine Stellung als Oberstmarschall aufgeben, zu der er auch infolge seines Alters weniger geeignet war.

Es lag nicht in der Natur Horns, an seinen Gegnern härtere Rache zu nehmen, als nötig war. Ihm war es in erster Reihe nur darum zu tun, die vornehmsten von ihnen aus dem Rate zu entfernen. War dies erreicht, dann gab er sich selbst alle Mühe, die Strafe im übrigen zu mildern und die weniger Einflufsreichen zu schonen. Aber man mufste für die Zukunft Einheit und Kraft in die Regierung Schwedens bringen. Die Stände ergriffen den Ausweg, sich über die Verfassungsbestimmung betreffs der Anzahl von Reichsräten hinwegzusetzen. Es wurden zehn neue Mitglieder in den Rat aufgenommen, so dafs die Gesamtzahl wieder vierundzwanzig betrug. Diese gewährten Horn eine sichere Majorität im Rate und sicherten das neue System für die Zukunft.

Die Befreiung von der russischen Abhängigkeit war nicht ohne Gefahr vor sich gegangen. Im Frühjahr 1727 kam wie in den vorhergehenden Jahren eine englische Flotte nach der Ostsee, um Schweden und Dänemark vor Angriffen zu schützen. Aber für Schweden bestand nichtsdestoweniger eine grofse Gefahr. Die Grenze Finnlands war von jeder Verteidigung entblöfst, während russische Truppen an der Grenze zusammengezogen wurden und Dolgoruki sich benahm, als ob der Abbruch des Friedens bevorstünde. Glücklicherweise verlor jedoch die holsteinische Partei in Rufsland zur selben Zeit wie in Schweden ihre Macht. Im Mai 1727 starb Katharina I., und Peter II. bestieg den Thron. Menschikov, der den jungen Grofsfürsten nicht vom Throne ausschliefsen konnte, hatte schon vor dem Hinscheiden der Kaiserin seine Blicke der aufgehenden Sonne zugewandt; er hegte den Plan, selbst im Namen des Senates die Vormundschaft zu übernehmen und den jungen Zaren mit seiner eigenen Tochter zu vermählen. Damit war für ihn jedes weitere Interesse, den holsteinischen Herzog zu

stützen, geschwunden, und nach dem Tode Katharinas brauchte man auf den kleinen, übermütigen herzoglichen Hof keine weitere Rücksicht zu nehmen. So schwanden mit einem Male die Voraussetzungen für den Einfluſs der holsteinischen Partei auf die russische Politik. Im Juli 1727 hielt es der Herzog für angebracht, Ruſsland den Rücken zu kehren und sich in Holstein niederzulassen. Da seine Gemahlin im folgenden Jahre, nachdem sie einem Sohne, Karl Peter Ulrich, das Leben gegeben hatte, starb, hörte die Verbindung zwischen den russischen und holsteinischen Höfen eine Zeitlang vollständig auf. Der Herzog von Holstein war zu einem deutschen Duodezfürsten herabgesunken, der für die kleine Pension, die ihm die Stände Schwedens noch immer, solange er es durch sein Benehmen verdiente, bewilligten, dankbar war.

Im Herbst wurde Menschikov gestürzt, und in Ruſsland brachen innere Streitigkeiten aus. Als die Stände auseinandergingen, war jede Gefahr von dort ausgeschlossen, und der äuſsere Friede Schwedens wie auch seine innere Ordnung waren nach den Krisen, die in den Tagen der holsteinischen Partei beide bedroht hatten, gefestigt.

Drittes Kapitel.

Arvid Horn und die glücklichen Jahre der neuen Ära.

Mit dem Untergang der holsteinischen Partei beginnt die Zeit der Regierung Arvid Horns. Sein Name ist uns oft vorher in der Geschichte Schwedens begegnet, denn Horn hatte bereits eine lange und hervorragende Laufbahn hinter sich, als die Zeit seiner eigentlichen Größe ihren Anfang nahm.

Arvid Horn ward 1664 in Nyland geboren, wo sein Vater Oberst war. Früh verließ er sein armes, kinderreiches Elternhaus, um draußen in der Welt sein Glück zu suchen; seine ersten Lehrjahre verbrachte er in kaiserlichem Kriegsdienste gegen Türken und Franzosen. Nach seiner Heimkehr nach Schweden 1696 wurde er Kapitänleutnant bei den Leibtrabanten. Als solcher trat er nach dem Thronwechsel als einer der kühnsten und hurtigsten Offiziere des jungen Königs hervor, der bei allen tollkühnen Abenteuern mit Lust und Liebe dabei war und immer höher in der Gunst des Königs stieg. Schon 1700 wurde er Generalmajor und Freiherr und 1704 Generalleutnant. Auf dem Reichstage zu Warschau im selben Jahre, wo er als Gesandter Karls XII. die Wahl Stanislaus' zum Könige von Polen durchsetzte, erhielt er Gelegenheit, seine diplomatische Begabung zu zeigen. Im folgenden Jahre wurde er in die Heimat gesandt, um als königlicher Rat an der Regierung zu Hause mit ihren besonders wichtigen Aufgaben teilzunehmen. Horn war damals schon über 40 Jahre alt, aber er verstand es, sich mit derselben Einsicht und Kraft auch in die vielverzweigten Aufgaben der Zivilverwaltung einzuarbeiten. Als Kanzleipräsident nahm er seit 1710 in gewisser Hinsicht sogar die leitende Stellung im Rate

ein. Der Grafentitel, den er erhielt, und seine Ernennung zum Gouverneur des jungen Herzogs von Holstein waren Beweise für das grofse Vertrauen, das er seitens des Königs genofs. Durch seine dreimalige Verheiratung war Horn in die erste Aristokratie des Reiches gekommen und ein reicher Mann geworden. Aber das Alter und die Erfolge verwandelten den kühnen, lebenslustigen Trabantenleutnant aus den ersten Jahren Karls XII. in einen vorsichtigen Staatsmann, dessen Ansehen und Selbständigkeit ihn allmählich an höchster Stelle in Verdacht brachten. Bei der Rückkehr des Königs wurde er von diesem in Ungnade von jeder Beschäftigung mit Staatsangelegenheiten ausgeschlossen, seinen Posten als Kanzleipräsident behielt er zwar noch bei, um ihn erst 1719 infolge des Unwillens Ulrike Eleonores förmlich zu verlieren. Einen Augenblick hatte es den Anschein, als ob seine Laufbahn abgebrochen wäre; er besafs jedoch ein derartiges Ansehen, dafs eine königliche Laune allein ihn nicht zu Falle bringen konnte. Wir haben bereits gesehen, dafs ihn die Stände im Jahre 1720 zum Landesmarschall beriefen. Der Übergang der Krone von Ulrike auf Friedrich wurde im wesentlichen von Horn vermittelt, der wieder als Kanzleipräsident in den Rat eintrat.

Obwohl Horn zweifellos gleich bei seinem Wiedereintritt in die Regierung eine einflufsreiche Stellung einnahm, wurde er doch nicht auf einmal die leitende Persönlichkeit im Rate. Er besafs keinen persönlichen Anhang, und das Amt eines Kanzleipräsidenten hatte noch nicht die Bedeutung einer Art Ministerpräsidentschaft, welche es später durch Horn erhalten sollte. Zuerst hatte er mit König Friedrich zu kämpfen, der sich in die neue Verfassung nicht finden wollte, und dann mit der Abenteurerpolitik der holsteinischen Partei. Wir haben gesehen, wie er in beiden Fällen als Verteidiger der neuen Ordnung auftrat, und wie erst sein kühner, gewandter Kampf mit diesen den Frieden Schwedens bedrohenden Gefahren sein wirkliches Ansehen begründete, während seine Amtsstellung dieselbe blieb. Als im Jahre 1727 die Stände den Untergang der holsteinischen Partei besiegelten, die gefährlichsten Feinde Horns vernichteten und den Rat mit seinen Anhängern füllten, da ward endlich eine halbwegs einheitliche, parlamentarisch gestützte Regierung geschaffen, deren faktischer

Chef, Arvid Horn, in Wirklichkeit allmächtiger Regent des Reiches war.

Er war damals ein Mann von etwas über 60 Jahren, der tiefe und vielseitige Lebenserfahrung besafs. Sein vornehmes, schönes Äufsere, das infolge seines Alters Ehrfurcht einflöfste, paarte sich mit einer milden, feinen Art und verlieh seinem Auftreten Glanz und Achtung. Er war ein Aristokrat, der sich mit den Vertretern der alten Adelsfamilien umgab und es verstand, in seinem äufseren Auftreten Würde mit altväterlicher Einfachheit und Frömmigkeit zu vereinen. „Er imponierte", sagt Geijer, „durch eine natürliche Würde und durch eine Gottesfurcht und Wohltätigkeit, die sich gerne in der Öffentlichkeit zeigten. Um Almosen zu verteilen, nahm er in seinem Wagen Geldbeutel mit, jedesmal, wenn die Glocken läuteten, verrichtete er nach altem Brauch sein Gebet und liefs sich weder durch die Anwesenheit von Ministern noch die der glänzendsten Gesellschaft davon abhalten, mit seinem ganzen Hause das übliche Abendgebet auf den Knien zu verrichten".

Durch seinen feinen Blick für all das, was die faktischen Verhältnisse erforderten und nötig machten, durch seine gediegenen Kenntnisse auf den verschiedenen Gebieten der Regierung und durch seine pflichttreue Tätigkeit gehört Arvid Horn zu den grofsen Staatsmännern in der Geschichte Schwedens. Jedoch ist er kaum eine grofse Persönlichkeit. Er war hauptsächlich der geschickte Diplomat und der geschulte Parlamentarier, war jedoch nicht wie Axel Oxenstierna und Johann Gyllenstierna der Träger neuer Gedanken oder einer neuen schöpferischen Politik. Er besafs nicht die feine Geistesbildung des ersteren, und ihm fehlten tieferes Interesse und höheres Verständnis für die Äufserungen der geistigen Kultur. Eigentliche Sympathie kann seine Persönlichkeit nicht erwecken. Er reflektierte und berechnete allzusehr, und sein feines, ruhiges Äufsere barg aufser einer guten Portion Stolz und Eigendünkel ein grofses Mafs von Schlauheit und Ehrgeiz. Seine Ehrenhaftigkeit ist kaum bestritten worden, und die spärlichen Andeutungen, die sich hin und wieder in englischen und russischen Ministerbriefen vorfinden, dafs er Geschenken nicht abhold gewesen sei, scheinen nicht der Art

zu sein, daſs sie mit Notwendigkeit sein Andenken belasten. Im Gegenteil betonen damalige geheime Korrespondenzen allgemein und mit Bewunderung seine Unbestechlichkeit und seine Pflichttreue.

In den Händen dieses erfahrenen und altkonservativen Staatsmannes war die öffentliche Macht länger als ein Jahrzehnt vereinigt. Horn verstand es, auf der Grundlage vollständig veränderter staatsrechtlicher Verhältnisse eine feste Regierung zu errichten. Wir haben vorher bemerkt, daſs in der neuen Verfassung der Schwerpunkt der Macht von Anfang an bei den Ständen lag, daſs aber die Konsequenzen hiervon nicht unmittelbar in ihrer ganzen Schärfe zum Ausdruck kamen, weil König und Rat in den Augen der Öffentlichkeit noch eine gewisse Autorität besaſsen. Ulrike Eleonore und Friedrich hatten schnell genug den letzten Rest von Ansehen, den das Königtum noch hatte, zerstört, und nach dem miſslungenen Versuch einer Verfassungsrevision in monarchischem Interesse auf dem Reichstage von 1723 war der persönliche Einfluſs des Königs auf seine zwei Stimmen im Rate und einen gewissen Einfluſs bei den Beförderungen höherer Beamten beschränkt. Der Rat dagegen behielt noch eine gewisse Autorität und Selbständigkeit. Seine Mitglieder galten als unabsetzbar, und wenn auch der Rat auf die Vorschläge der Stände hin ergänzt wurde, so war doch das Ansehen dieser Behörde als eines Verwaltungsmittelpunktes ein derartiges, daſs nur die der Rangstufe nach höchsten Beamten und zwar mit einer gewissen gleichmäſsigen Verteilung auf die verschiedenen Verwaltungszweige bei der Aufstellung der Kandidatenlisten in Frage kamen. Die Umänderung einer derartigen Korporation in ein parlamentarisches Regierungskonseil, das die Ansicht der herrschenden Ständepartei zum Ausdruck brachte und mit dem Wechsel der Ansichten im Reichstage fiel, war keine leichte Sache und sollte sich zwei Jahrzehnte hinziehen.

Arvid Horn errichtete seine Machtstellung auf der zwiefachen Basis der Selbständigkeit des Rates und des Vertrauens der Stände. Daher konnte er auch trotz der prinzipiellen Veränderung, die in der überlegenen Bedeutung der Stände lag, seinem Ministerium einen Abglanz jener alten aristokratischen Macht ver-

leihen, die der Rat in den Tagen der Vormundschaftsregierungen im 17. Jahrhundert besessen hatte. Das Hornsche Ministerium war in seiner politischen Anschauung nicht einheitlich im eigentlichen Sinne und auch nicht solidarisch hinsichtlich seiner Verantwortung, wie es ein modernes parlamentarisches Ministerium ist — in derselben hatten immer noch seine Gegner und Rivalen ihren Platz —, aber dadurch, daſs die Stände über die verfassungsmäſsige Anzahl von Ratsherren hinausgegangen waren, hatte er eine zuverlässige Majorität erhalten. Auſserdem brachten seine persönliche Überlegenheit und sein sicherer Einfluſs bei den Ständen jeden Widerstand zum Schweigen und verliehen ihm den Charakter eines Ministerpräsidenten. Auch der König beugte sich ohne Widerrede, nachdem es Horn gelungen war, seine Königskrone vor den gefährlichen holsteinischen Umtrieben sicherzustellen. Eine tiefere Freundschaft bestand jedoch nicht zwischen ihnen, denn in seinem Herzen fürchtete Horn stets, daſs der König nach Machterweiterung strebe. Auch mit Ulrike Eleonore stand Horn jetzt auf freundschaftlichem Fuſse. Sie hatten in so mancher Hinsicht gemeinsame Interessen, die sie einander immer näher brachten.

Der nächste Vertraute Horns im Rate war Joachim von Düben. Dieser war als Hofkanzler sein vorzüglichstes Werkzeug in der Kanzlei gewesen. Horn wollte, nachdem er 1727 in den Rat eingetreten war, nicht auf seinen Beistand verzichten; mit besonderer Erlaubnis der Stände behielt Düben seinen Platz in der Kanzlei bei. Bei zunehmendem Alter und erhöhter Kränklichkeit des Kanzleipräsidenten war es Düben, der die Einzelheiten der auswärtigen Politik leitete und bei Abwesenheit des Kanzleipräsidenten dessen Ansicht im Rate und in der Kanzlei vertrat. Der Tod Dübens im Jahre 1730 war ein schwerer Verlust für Horn. Da Banér im darauffolgenden Jahre seine Stelle in der Kanzlei niederlegte, wurde der Reichsrat Gustav Bonde von Horn dazu ausersehen, als Reichskanzleirat den Posten Dübens auszufüllen. Bonde gehörte zur höchsten schwedischen Aristokratie. Er war schon ein Mann von nahezu 50 Jahren, der als Landeshauptmann und später als Präsident des Oberbergamtes und als Vorsitzender aller möglichen Kommissionen im Dienste der Zivilverwaltung sich erprobt hatte. Er war zugleich ein geschickter

Beamter, gewissenhaft und arbeitsfähig, ein eifriger Anhänger der Verfassung der Freiheitszeit und im neuen parlamentarischen Leben, wie es sich in den zwanziger Jahren herausgebildet hatte, genau bewandert. Gustav Bonde besafs keine gröfsere staatsmännische Begabung, wohl aber einen angeborenen, gesunden Blick für die Forderungen, die die Zeit stellte, und die Hornsche Politik ergriff ihn mit steigender Überzeugung. Er war, abgesehen von Horn, derjenige, der in den dreifsiger Jahren die eigentliche Last der Leitung der auswärtigen Politik auf seinen Schultern trug, und ein Hauptvertreter der nationalen und friedlichen Staatskunst, die Horn eingeleitet hatte. Seine literarischen Interessen und seine literarische Begabung ermöglichten es ihm, seine Ansichten auch in der Literatur zu verfechten. In seinen Schriften erscheint er als ein altkonservativer Edelmann, der mit seiner Bewunderung für die Ideale der neuen Zeit, die Freiheit und den Frieden, die Ehrfurcht des 17. Jahrhunderts vor König, Hochadel und Hierarchie, dessen lutherische Orthodoxie und dessen naiv-patriotische Wissenschaftlichkeit in sich vereint.

Zu den hervorragendsten Ratsherren der Hornschen Zeit gehörte auch Sven Lagerberg. Er entstammte einem Geschlechte, das zur Zeit der Alleinherrschaft geadelt worden war; als Offizier hatte er mit Auszeichnung an den Feldzügen Karls XII. teilgenommen und war allmählich bis zum Generalmajor emporgestiegen. Die neue Zeit nahm seine Dienste zu friedlichen Zwecken in Anspruch. 1720 wurde er Präsident der Generalstaatskasse (statskontoret) und führte 1723 den Landesmarschallstab in lobenswerter Weise. Im selben Jahre wurde er in den Rat berufen, wo er aus Sorge für die Erhaltung der neuen Freiheit sich der holsteinischen Partei anschlofs, ohne jedoch deren übertriebene Forderungen zu teilen. Nach dem Sturze dieser Partei söhnte er sich mit Horn aus, wenn er auch niemals zu den intimen Vertrauten desselben gehörte. Lagerberg war, wie treffend bemerkt worden ist, weniger Staatsmann als Beamter. Als solcher hinwiederum war er mit grofser Gewandtheit und Arbeitslust ausgestattet; auf dem Gebiete der inneren Staatsarbeit, speziell dem des Staatshaushaltes, war er ohne Zweifel die hervorragendste Kraft, welche die Regierung besafs.

Von noch gröfserer Bedeutung als die Umgestaltung des Rates zu einem Ausdrucke der Ideen Horns war der Umstand, dafs Horn es verstand, innerhalb der Stände die Elemente herauszusuchen und zu sammeln, auf die er seine eigene Macht stützen konnte. In erster Reihe waren dies der Hochadel und die höhere Bureaukratie. Die alte Aristokratie besafs noch nach der Reduktion grofsen Reichtum, soziales Ansehen und politische Erfahrung, die, trotzdem im Ritterhause jede Klasseneinteilung aufgehoben war, ihren Mitgliedern bedeutenden Einfluſs gewährten. Dieser Klasse gehörte Arvid Horn mit seinen Sympathien und seinen Familienbeziehungen an, und seine nächste Umgebung wie auch seine hauptsächlichsten Mitarbeiter suchte er am liebsten bei ihr. Die höhere Bureaukratie hatte ebenfalls in Horn ihren Vertreter und Gönner, und der Rat bildete noch immer ihre Spitze. Mit aufserordentlicher Geschicklichkeit verstand es Horn, bei der grofsen Masse von jungen Beamten und Offizieren, die die Bänke des Ritterhauses füllten, diesen höheren aristokratischen und bureaukratischen Elementen das Übergewicht zu sichern. Selbst übernahm er gern als Landesmarschall oder als Vorsitzender die oberste Leitung im Ritterhause, und seine persönliche Anwesenheit brachte jede Opposition zum Schweigen. Bei den Ausschufswahlen hielt er energisch an der Form der offenen Stimmenabgabe fest, weil hierdurch die jungen Beamten daran gehindert wurden, sich den von ihren hohen Vorgesetzten vorgeschlagenen Kandidaten zu widersetzen. Alle wirkliche Arbeit und jede wirkliche Macht suchte er systematisch in diese Ausschüsse zu verlegen. Den in den zwanziger Jahren gemachten Versuchen, den nicht begüterten Adel vom Reichstage auszuschliefsen und das Ritterhaus in eine verhältnismäfsig geringköpfige, nach Provinzen gewählte Vertretung adeliger Gutsbesitzer umzuwandeln, stand er ebenfalls nicht fern. Besonders auf dem Reichstage des Jahres 1727 arbeitete man kräftig für eine derartige Reform. Da Horn seine Sympathie für diese Reform klar zur Schau trug, schadete dies einigermafsen seinem Ansehen bei dem niederen, nichtbegüterten Adel, dem es gelang, sein Reichstagsabgeordnetenrecht zu wahren.

Auch bei den bürgerlichen Ständen fand Horn Elemente, die

seiner Regierung zur Stütze gereichten. Beim geistlichen Stande war die höhere Hierarchie seine treue Bundesgenossin. Sie dominierte in ihrem Stande infolge alter, eingebürgerter Autorität genau so, wie die höher stehenden Elemente im Ritterhause. Aber Horns gesamte Politik genofs die Stütze der Kirche. Seine streng orthodoxe Anschauung gewann ihre volle Sympathie. Das gegen den Pietismus gerichtete Konventikelplakat vom Jahre 1726 war lange Zeit eines der vornehmsten Bollwerke der Staatskirche gegenüber den Sekten. Dies Plakat wurde gegenüber den Angriffen seitens der Pietisten auf dem Reichstage 1726—1727 nicht ohne die direkte Hilfe Horns aufrechterhalten. Der von der Kirche verabscheute und lange bekämpfte Vorschlag eines Generalkonsistoriums oder einer höchsten Oberbehörde, der die Kirche von der weltlichen Bureaukratie abhängig machen sollte, wurde mit Hilfe Horns abgelehnt. Es zeigte sich, dafs die Selbständigkeit der Kirche unter der Verfassung viel gesicherter war als vielleicht je vorher. Zweifellos war es diese Erkenntnis, welche die mächtige Geistlichkeit, die einige Jahrzehnte vorher die Hauptverfechter des göttlichen Rechtes des absoluten Königtums in ihrer Mitte gezählt hatte, zu ebenso eifrigen Anhängern der Ständeherrschaft machte und die die neue Freiheit vor der gefährlichen Opposition, die andernfalls seitens der Kirche gegen sie gerichtet werden konnte, bewahrte.

Innerhalb des Bürger- und des Bauernstandes hatte die vorsichtige Friedenspolitik Horns ihre natürlichen Anhänger. Die Bürger mufsten sich im allgemeinen über den Aufschwung freuen, den das ökonomische Leben zu nehmen begann, und über die kräftige Fürsorge, welche die Regierung den wirtschaftlichen Interessen angedeihen liefs. Nach der Unruhe des Jahres 1723, die den Bauern zeigte, dafs sie vom Throne auf keine Unterstützung zu rechnen hatten, beruhigte sich auch ihre Opposition gegen die Staatsverfassung. Dagegen befriedigte der Friede ihre hauptsächlichste Forderung, und mit beginnendem Wohlstande wurden sie mit der neuen Ordnung immer mehr zufrieden. Ihre Sympathien waren natürlich auf seiten der vorsichtigen Friedenspolitik, die Horn verfocht, wenn auch sein aristokratisches und bureaukratisches Wesen bei ihnen keinen tieferen persönlichen Widerhall fand.

Horn verstand es, alle diese Elemente in dem grofsen Vierständereichstage zu einer sicheren parlamentarischen Grundlage seiner Regierung zusammenzufügen. Besondere Aufträge seitens der Stände gaben ihm persönlich oder dem Rate eine ausgedehntere Freiheit, in der Zwischenzeit zwischen den einzelnen Reichstagen die Geschicke Schwedens nach eigenem Gutdünken zu leiten, als sie später irgend einer Regierung während der Freiheitszeit zuteil ward. Die geheime Kommission, die die geheimsten auswärtigen Angelegenheiten bearbeitete, wurde 1727 mit der Modifikation erneuert, dafs Horn die volle Freiheit zugestanden wurde, in dieselbe die Mitglieder zu berufen, die er wollte. Ein versiegeltes Dokument, das der geheime Ausschufs des Jahres 1727 der Regierung überreichte, gab dieser die Vollmacht, ohne Einberufung der Stände alle günstigen Konjunkturen — selbst auf dem Wege des Krieges — zur Hebung des Reiches auszunutzen.

Wohl hatte jedoch die parlamentarische Machtstellung Horns, die von keiner eigentlich organisierten Partei gestützt war, etwas Schwaches und Provisorisches an sich. Sie beruhte ja teilweise auf alten Begriffen von der Selbständigkeit des Rates, die am Verschwinden waren, oder auf solchen Elementen innerhalb der Stände, die mehr infolge alten Herkommens als infolge wirklich festgelegter Rechtsverhältnisse eine dominierende Stellung einnahmen. Es ist daher nicht die typische Regierung der Freiheitszeit, die uns im Ministerium Arvid Horns entgegentritt, sondern eine gelegentliche Übergangsform, die sich für die Dauer nicht beibehalten liefs. Horns Gröfse besteht jedenfalls darin, dafs er bei den bestehenden Verhältnissen die erste solide und kräftige Regierung geschaffen hat — in einem freien Staate ein besonders schweres Problem, dessen Lösung von seinem feinen Gefühle für die Voraussetzungen der Macht Zeugnis ablegt.

* * *

Die Staatskunst Arvid Horns hatte in erster Reihe die Erhaltung des Friedens im Auge. Niemand erkannte deutlicher als er die plötzlich veränderte Lage Schwedens und die Notwendigkeit, sich aller Grofsmachtspolitik zu enthalten. Schweden war jetzt nicht mehr imstande, wie in den Tagen Gustav Adolfs und

Axel Oxenstiernas eine Politik zu führen, die dominierend in das gesamte europäische Staatenleben eingriff, seine Aufgabe mufste jetzt eine bescheidenere, aber vielleicht nicht minder schwierige sein, nämlich die, auf die geschickteste Art die wechselvollen Konjunkturen auszunutzen. Das war es, was Horn tat, und darin liegt seine Gröfse. Er ist der erste Vertreter einer prinzipiellen Friedenspolitik, der Staatsmann, welcher die Politik Schwedens als die eines freien, unabhängigen, wenn auch verhältnismäfsig kleinen und schwachen Nationalstaates einleitet.

Um seine Selbständigkeit nach aufsen hin, besonders gegen Rufsland zu bewahren, brauchte Schweden Bündnisse, die ihm Sicherheit gewährten, ohne ihm allzu weitgehende Verpflichtungen aufzuerlegen. Eine derartige Verbindung fand Horn in dem innigen Anschlusse an die Westmächte. Auf dieser berühmten hannoverschen Allianz beruhte die ganze Staatskunst Horns, ihre Möglichkeit und ihr Erfolg. Seine auswärtige Politik mufste daher darauf hinausgehen, diese Bundesstellung so lange als möglich zu erhalten. In allen wichtigeren Fragen holte er, um Vertrauen an den Tag zu legen und zu gewinnen, den Rat Englands und Frankreichs ein, ohne jedoch deshalb mit einem Schritte weiter zu gehen, als es das Wohl Schwedens zu fordern schien. Die Erhaltung des europäischen Friedens trotz aller drohenden Kriegsaussichten befreite Schweden von den Lasten, die das neue Bündnis im Gefolge haben konnte; in Ruhe konnte es die im Jahre 1727 ausbedungenen Subsidien genieſsen.

Die zweite Voraussetzung für den Erfolg der Friedenspolitik Horns war der Verfall Rufslands unter den Nachfolgern des Zaren Peter. Dies ermöglichte eine freundliche und vollkommen selbständige Haltung auch dieser Macht gegenüber. Der bald erfolgte Tod des jungen Kaisers Peter II. und die Thronbesteigung der kurländischen Herzogin-Witwe Anna Ivanovna im Jahre 1730 änderten an diesem Verhältnisse nichts. Die schwache, verhafste Regierung deutscher Abenteurer hatte vollauf mit der Unterdrückung der inneren Unruhe zu tun oder mufste die Entwicklung der Verhältnisse in Polen und der Türkei beobachten und hatte deshalb nur den Wunsch, mit Schweden in Frieden zu leben. Auch zu Dänemark trat Schweden nach dem Sturze der holsteinischen

Parteipolitik in ein freundschaftlicheres Verhältnis, und die Thronbesteigung Christians VI. brachte sogar eine skandinavisch gesinnte Richtung innerhalb der dänischen Regierung zur Macht, wenn man auch auf schwedischer Seite noch jede Annäherung mit Mifstrauen aufnahm. Mit Preufsen dagegen herrschte ständiger Zank wegen einer Unmenge Kleinigkeiten, Zoll- und Grenzstreitigkeiten, Gewalttätigkeiten preufsischer Werber auf schwedischem Gebiete usw. Das Vertrauen war so gering, dafs die schwedische Regierung auf ein blofses Gerücht hin, die Preufsen gingen mit der Absicht um, Stralsund zu überrumpeln, es für nötig hielt, die Garnison dieser Stadt durch Truppen aus Schonen zu verstärken.

Horn selbst fafste in der geheimen Proposition an den Reichstag des Jahres 1731 die Hauptzüge seiner Politik dahin zusammen, dafs er stets die Erhaltung des Vertrauens mit den hannoverschen Verbündeten auf der einen Seite und die des Friedens mit den übrigen Mächten auf der anderen Seite zur Richtschnur gehabt habe, damit Schweden sich in Ruhe erholen und ohne Beschwerden oder Abenteuer die bedeutenden Subsidien genieſsen könne, die es sich bei seinem Eintritt in die hannoversche Allianz ausbedungen hatte. Hiermit ist in Wirklichkeit auch das Bild der schwedischen Politik in der Zeit zwischen den Reichstagen von 1727 und 1731 gezeichnet.

In einem Falle hatte jedoch Horn ein neues Resultat erzielt. Er hatte die günstige Lage wahrgenommen, um einen alten Gegensatz aus der Welt zu schaffen, der nur allzulange in der Geschichte Nordeuropas eine Rolle gespielt hatte. Schweden hatte mit Polen seit dem heftigen Kriege zu Anfang des Jahrhunderts noch keinen förmlichen Frieden geschlossen. Der russische Kolofs hatte seine Hand schwer auf die beiden alten Gegner fallen lassen, den alten Streitgegenstand Livland an sich gerissen und bedrohte jetzt die Freiheit und die Existenz beider. Polen und Schweden waren sich endlich darüber klar geworden, dafs sie in Wirklichkeit grofse gemeinsame Interessen zu verfechten hatten. Auch die Ähnlichkeit ihrer politischen Einrichtungen erzeugte eine gewisse Sympathie. Rufsland hatte sich indessen im Frieden zu Nystad die Vermittelung des Friedens zwischen

417331

Schweden und Polen vorbehalten, um hierdurch erhöhten Einfluſs auf beide zu gewinnen und sie an einer gegenseitigen Vereinigung zu hindern. Sowohl von schwedischer wie auch von polnischer Seite wollte man diese Vermittelung los werden. Zuerst wurde die Verbindung zwischen Schweden und Sachsen im Jahre 1729 durch den Austausch zweier gleichlautenden, freundschaftlichen Briefe zwischen den beiden Königen Friedrich und August wiederhergestellt. Alsdann traf ein schwedischer Gesandter in Warschau im Verein mit den vom polnischen Reichstage ausersehenen Kommissaren das Übereinkommen, die beiden Mächte sollten, anstatt förmlichen Frieden zu schlieſsen, freundschaftliche Erklärungen austauschen, durch die die Wiederherstellung der älteren Verträge ausgesprochen würde. Im Herbste 1732 wurden die beiden Erklärungen ausgetauscht. Das war der Epilog des anderthalb Jahrhunderte dauernden Dramas mit Namen Schweden und Polen. Kurz vor dem Ausbruche des polnischen Erbfolgekrieges, der für sie beide eine lange Reihe von Unglücksfällen einleitete, suchten die alten Gegner endlich einander die Hand zu reichen.

Arvid Horn war trotz seiner energischen Friedensarbeit kein dogmatischer Friedensfreund. Das Grenzverhältnis zwischen Schweden und Ruſsland war nicht derart, daſs es als ein definitives angesehen werden konnte. Für Ruſsland lag die Grenze in zu groſser Nähe seiner Hauptstadt, als daſs es sich auf die Dauer damit zufrieden geben konnte. Für Schweden lag dieselbe zu offen und schnitt einen Teil des alten schwedisch-finnischen Gebietes weg. Die Mahnung und Warnung, die in diesem Umstande lagen, konnten Horn nicht verborgen bleiben. Er hatte nichts dagegen einzuwenden, bei besonders günstigen Verhältnissen zuzuschlagen, ohne damit im übrigen seiner Ansicht von der Aufgabe der schwedischen Politik untreu zu werden. Dies beweisen sowohl die auſserordentlichen Vollmachten, die er der Regierung vom geheimen Ausschusse erteilen lieſs, als auch sein späteres Verhalten während des polnischen Erbfolgekrieges. Horns Gleichgültigkeit gegenüber der Verstärkung des Verteidigungswesens ist jedoch ein schwacher Punkt seiner Regierung. Die frühere Freiheitszeit hat zwar diese Aufgaben nicht vernach-

lässigt, hat jedoch im Verhältnis zu den Forderungen, die die äufserst unsichere Lage stellte, nicht genug geleistet. Die schwedische Armee ruhte noch immer auf der Grundlage der militärischen Landesorganisation (indelningsverk). Mit den konservativen Ideen der beginnenden Ständeherrschaft stand es völlig im Einklang, diese in Unordnung geratene Organisation wieder in allen Einzelheiten herzustellen und noch weiter auszubauen, indem dieselbe auch in Österbotten zur Durchführung gelangte. Zur Mobilmachung des Heeres in Bedarfsfällen wurden für die Infanterie eine Generalkriegsvorratskasse und bei den einzelnen Kavallerieregimentern Ausrückkassen eingerichtet, welche Kassen durch Vakanzengelder wuchsen. Zur Verstärkung der Flotte wurde mehr getan. In den zwanziger und dreifsiger Jahren war man eifrig damit beschäftigt, die alten Kriegsschiffe auszubessern oder an Stelle der ausgemusterten neue zu bauen. Vor allem hatten die Kriegsereignisse von 1719 und 1721 die Bedeutung einer Schärenflotte klar erwiesen, und bereits 1731 hatte man in Stockholm ein Geschwader von 22 Galeeren, deren Anzahl später noch vermehrt wurde.

Nach dem Falle der ausländischen Provinzen und dem Verluste der Festungsbarriere im Osten war es nötig, das Festungswesen vollständig neu zu gestalten. Nach dem Friedensschlusse wurden auch Pläne zu einer kräftigeren Befestigungtätigkeit entworfen, aber der Geldmangel zwang die Regierung, sich auf die notdürftigsten Verbesserungen oder Instandsetzungen alter Festungswerke und auf die Befestigung der Einfahrt zur Hauptstadt zu beschränken. Infolge der neuen militärischen Lage Schwedens war seine Hauptstadt exponierter als früher. Die Schanzen bei Dalarö und Vaxholm wurden ausgebessert, bei Oxdjupet neue Befestigungen angelegt und an verschiedenen Stellen in der Meerenge Versenkungen vorgenommen. Es war dies nicht viel, aber doch das Notwendigste. Für Finnland dagegen geschah wenig. Tavastehus wurde zum Zentralvorratsplatz ausersehen, und die dort befindlichen Vorräte einigermafsen gut instand gehalten. Im übrigen arbeitete man an der Befestigung Fredrikshamns und Villmanstrands, bei denen die Hauptstrafsen von Russisch-Finnland vorbeiführten. Es waren dies weitläufige, aber nur provisorisch

aufgeführte Befestigungen, die nur mit Erdwällen versehen waren und einem Angriffe nicht standhalten konnten. Weiter nördlich in Savolaks lag die alte, verfallene Grenzfestung Nyslott, um deren Instandsetzung man sich nicht im geringsten kümmerte. Auf den zur Gestellung von Kriegsknechten verpflichteten Höfen (rotar) in Finnland lagen ungefähr 6000 Mann, aber die Besatzung der ausgedehnten Festungswerke von Fredrikshamn und Villmanstrand betrug im Jahre 1731 nur 650 Mann. In seinem Berichte an den Reichstag im Jahre 1731 konnte Feldmarschall Stackelberg die Versicherung abgeben, dafs das ganze Land längs der Meeresküste exponiert und offen daliege und die Festungen und Magazine bei einem feindlichen Einfalle vollständig auf dem Spiele ständen.

Ohne Zweifel fand diese geringe Ausdehnung, die man dem Schutze des Landes zuteil werden liefs, ihre Erklärung in der Rücksicht auf die Geldnot im Lande. Trotzdem die bedeutende aufserordentliche Steuer, die 1719 zur Deckung der aufsergewöhnlichen Bedürfnisse des Reiches eingeführt worden war, immer noch während der ganzen zwanziger Jahre zur Erhebung gelangte, fehlte es den Ständen an Mitteln, die sie zur Landesverteidigung hätten anweisen können. Es hätte jedoch ohne Zweifel mehr geschehen können, wenn die leitenden Männer nur den guten Willen hierzu gehabt hätten. Horn wagte es vielleicht auch nicht, Rufsland durch Festungsbauten an der Grenze herauszufordern, oder er verliefs sich auch zu sehr auf die diplomatische Kunst und seine Gewandtheit im Gebrauche dieser Waffe. Es kann auch sein, dafs er den Kriegseiferern in der Heimat keine Waffen in die Hände geben oder einer Abenteurer- und Grofsmachtspolitik, die schon so wie so ihr Verlockendes an sich hatte, nicht noch weitere Nahrung verschaffen wollte. Oder war er vielleicht in seinem Herzen einer Meinung mit den jungen Revancheeiferern, dafs man bald bessere Grenzen erobern würde und die Grenzbefestigung daher in der gegenwärtigen Lage nur vergeudete Mühe und Arbeit wäre? Sicherlich sollte sich die Verabsäumung des Verteidigungswesens Finnlands in der Folgezeit schwer an den Schicksalen Schwedens rächen.

Horns äufsere Staatskunst beruhte ebenso wie seine parla-

mentarische Machtstellung auf einer geschickten Ausnutzung von günstigen Konjunkturen, die von seiner eigenen Macht völlig unabhängig und an und für sich ganz zufällige waren. Trat bei ihnen eine Änderung ein, dann fielen auch die Voraussetzungen für eine selbständige Friedenspolitik zu Boden. Darin gerade liegt indessen für eine kleine Macht in Europa die grofse Schwierigkeit, dafs ihre wesentlichsten Lebensinteressen so oft von Verhältnissen abhängen, die sie selbst nicht leiten, erzeugen oder aufheben kann. Mit grofser Unruhe sah Horn die Anzeichen einer kommenden Auflösung des Bundes der Westmächte und bemerkte mit Schrecken, wie die französische Diplomatie unter Fleury zur traditionellen französischen auswärtigen Politik zurückzukehren begann, die sich in erster Linie gegen Österreich richtete, während England im Interesse des Friedens sich dieser Macht näherte und mit ihr im Jahre 1731 den Vertrag zu Wien abschlofs. Hiermit lag das tiefgehende Schisma zwischen den Kabinetten in London und Paris klar auf der Hand. An Stelle ihres vereinten Zusammengehens trat jetzt Wetteifer und Feindschaft zwischen ihnen. Schon im Jahre 1730, wo die im Jahre 1727 festgesetzten Subsidien abliefen, erkannte Horn, dafs es für Schweden unmöglich wäre, die Subsidienverträge mit beiden Mächten zu erneuern; er wollte lieber auf Subsidien verzichten, als sich einer derselben in bestimmter Weise anschliefsen. Es war klar, dafs es bei der zunehmenden Spannung schwer halten würde, vollständige Neutralität zu bewahren, die äufsere Stellung war jedoch noch eine ungewöhnlich sichere und ruhige, als die Stände ihrem Beschlusse gemäfs zu Neujahr 1731 sich wieder in Stockholm versammelten.

Der Reichstag des Jahres 1731 bezeichnet den Höhepunkt der Macht Horns. Beinahe einstimmig wurde er selbst wieder zum Landesmarschall gewählt. Den Ständen legte er umfangreiche Berichte über die auswärtige Leitung und die innere Entwicklung des Reiches seit der letzten Ständetagung vor, und die Stände hatten nichts anderes zu tun, als ihr Einverständnis, ihren Dank und ihr Vertrauen auszusprechen. Unter Horns eigener Leitung bearbeitete der Reichstag und seine Ausschüsse mit Eifer und Energie die zahlreich vorliegenden inneren Aufgaben, und

diese Arbeit vollzog sich in Frieden und Eintracht, wenn auch, wie es ja bei allen lebenskräftigen Entwicklungen stets zu geschehen pflegt, verschiedene Ansichten, speziell auf dem Gebiete der ökonomischen Politik, einander gegenüberstanden. Durch ein Abschiedsgesuch machte Horn die Probe auf seine Stellung, er wurde jedoch von den Ständen dringend ersucht, auf seinem Posten auszuharren. Die Ernennung Gustav Bondes zum Reichskanzleirat wurde von den Ständen in einer Weise gutgeheifsen, die für alle Zukunft dem Könige das Berufungsrecht für dieses Amt sicherte. Der Versuch Karl Gyllenborgs, sich durch ein nicht ernst gemeintes Abschiedsgesuch in die auswärtige Abteilung des Rates und die Kanzlei einzuschmuggeln, wurde von den Ständen zurückgewiesen. Der Beschlufs betreffs der geheimen Kommission wurde erneuert und ebenso auch der geheime Anhang, der die Regierung ermächtigte, ohne Befragen der Stände Krieg anzufangen. Das Ganze war ein glänzendes Zeugnis für das Vertrauen, das die Nation zur Leitung Horns hegte, und eine Erneuerung seiner starken parlamentarischen Machtstellung, durch die sein Ansehen im Inlande wie im Auslande an Stärke gewinnen mufste.

Im Ritterhause existierte eine versteckte Opposition, die vom Kammerherrn Grafen Friedrich Gyllenborg, einem jüngeren Bruder des Reichsrates, angeführt wurde. Er war ein geschickter Intrigant, der in der Folgezeit als Parteiführer eine bedeutende Rolle spielte. Zu den Erfolgen dieser Opposition gehörte der Beschlufs des Adels, beim kommenden Reichstag kein Mitglied des Reichsrates zum Landesmarschall zu wählen, ein Beschlufs, der dem künftigen Einflusse Horns auf das Ritterhaus gefährlich werden konnte. Hierhin gehörte auch die Erklärung der Stände, künftig keine neuen Reichsräte über die grundgesetzliche Anzahl hinaus zu wählen, durch welche Erklärung man der Absicht Horns, seine Stellung im Rate mit denselben Mitteln wie im Jahre 1727 zu befestigen, zuvorkam. Für den Augenblick konnten diese kleinen Niederlagen den Totaleindruck nicht verdunkeln, dafs der Reichstag ein glänzender Erfolg Horns war, aber es waren doch für die Zukunft drohende Anzeichen, dafs Horns Herrschaft auf unsicherem Grunde ruhte.

* * *

Die junge Ständeherrschaft begnügte sich nicht lange damit, der Not, die der Krieg erzeugt, abzuhelfen oder die alten Grundlagen der Kultur des Reiches wiederherzustellen. Sobald die nächstliegenden Bedürfnisse durch die erleichterte Zufuhr gedeckt, der Friede mit allen Feinden gesichert und in der schwedischen Staatsverwaltung die Ordnung wiederhergestellt war, trat das natürliche Verlangen, schnell und systematisch der damals üblichen Anschauung gemäfs einen neuen Wohlstand zu schaffen und die ökonomischen Hilfsquellen des Reiches zu entfalten, in den Vordergrund.

Herrschende Ansichten waren die Grundsätze des alten Merkantilsystems, dafs der Reichtum eines Landes vor allem in seinem reichen Vorrat an Geld und Edelmetallen liege, dafs das Ziel der ökonomischen Politik darin bestehe, diesen Vorrat durch gegenseitigen Warenaustausch mit anderen Völkern zu gewinnen, zu bewahren und zu vergröfsern, und die besten Mittel zur Erreichung dieses Zieles Handel und Industrie seien. Dafs der Staat in gleicher Weise die Pflicht wie das Recht hatte, durch Gesetzgebung, Kontrolle und Aufmunterung jeder Art in die Arbeit zur Erreichung dieser Ziele einzugreifen und sie zu leiten, daran zweifelte damals kein Mensch. Man huldigte diesen Ansichten überall mit gröfserer oder geringerer Konsequenz. In Frankreich, Holland und England sahen die Nationalökonomen jener Zeit Musterstaaten in dieser Hinsicht, denen man nacheifern müfste, wenn man etwas von dem Goldstrome, der sich als Voraussetzung für Macht und Kultur erwiesen hatte, mit abbekommen wollte. Dies Streben nach schnellem ökonomischem Gewinne lag in der Zeit, und allgemein galt es als das höchste Ziel der Staatskunst, den nationalen Reichtum zu erhöhen. In Schweden erfafste man diesen Glauben allgemein und mit Enthusiasmus. Mehr als anderswo galt es ja in diesem Lande, dem Reiche durch Klugheit und Unternehmungslust aus Armut und Not aufzuhelfen und in ökonomischer Gröfse Ersatz für die verlorene politische Grofsmachtstellung zu suchen. Diese Gedanken waren nicht neu; schon während des verflossenen Jahrhunderts hatten die Staatsmänner Schwedens ihnen gehuldigt und sie zur Anwendung gebracht. Mit gröfserem Eifer und gröfserer Energie als früher wandte man sich jedoch jetzt ihrer

Verwirklichung zu und wollte der reicheren Erfahrung jener Zeit entsprechend viel systematischer und konsequenter zu Werke gehen. Hiermit beginnt schon in den zwanziger Jahren eine neue Epoche in der ökonomischen Geschichte Schwedens, die man die Zeit des „theoretischen Merkantilismus“ nennen kann, wenn auch, solange Staatsmänner aus der vorsichtigen Schule Arvid Horns am Ruder waren, die Stände noch mit einer gewissen Mäfsigung vorgingen.

Eine besondere Triebkraft bei der fortschreitenden Handels- und Industriegesetzgebung bildete die sogenannte Handelsbilanz, ein Tableau über die Ein- und Ausfuhr des Reiches, das einen klaren Überblick über den Vorteil oder Nachteil des Reiches beim gegenseitigen Warenaustausche mit anderen Ländern gewährte. Im Jahre 1723 legten die Stände dem Handelskollegium die Verpflichtung auf, jährlich eine solche Übersichtstabelle aufzustellen, und im Jahre 1726 überreichte das Kollegium dem Reichstage die erste für das Jahr 1724 berechnete Handelsbilanz. Sie fufste auf sehr unvollkommenen Berechnungen. Der Wert der Einfuhr wurde mit $5\frac{2}{3}$ Millionen Taler Silber, der der Ausfuhr mit 6 Millionen aufgenommen, aber dadurch, dafs das Kollegium den Wert der durch Schmuggel importierten Waren mit ungefähr 4 Millionen aufnahm, kam es zu einer Unterbilanz von über 3 Millionen Talern. Die Stände erschraken und fanden, „dafs der innere Haushalt des Reiches und sein Handel niemals ihrem Untergange so nahe gewesen wären und das gröfste Unheil und die höchste Armut vor der Tür ständen“. Dies war ein neuer Antrieb beim Streben vorwärts zu kommen.

Schon im Jahre 1722 wurde der alte Unterschied hinsichtlich der Zollabgaben zwischen schwedischen und ausländischen Schiffen wieder eingeführt, um auf diese Weise die einheimische Schiffahrt und den einheimischen Schiffsbau zu ermuntern. Alle gröfseren schwedischen Fahrzeuge von 50 Lasten und darüber wurden von einem Drittel des üblichen Zolles befreit, die kleineren von einem Sechstel. Der Hauptschritt zur Förderung der heimischen Seefahrt war das Produktenplakat vom 10. November 1724. Durch diese Verordnung wurde es fremden Nationen untersagt, andere Produkte als solche einzuführen, die in ihren eigenen Ländern

oder Kolonien „fallen, wachsen oder angefertigt werden"; durch eine spätere Erklärung wurde für ausländische Schiffe noch das Verbot hinzugefügt, Frachtfahrten zwischen schwedischen Häfen zu betreiben. Das Produktenplakat war eine Nachbildung der englischen Navigationsakte und hatte den Zweck, die schwedischen Reedereien durch Verminderung der ausländischen Konkurrenz in der Frachtbeförderung zu ermuntern. In der Folgezeit galt das Produktenplakat als ein ökonomisches Reichsgrundgesetz und als Hauptbedingung für das Aufblühen der schwedischen Schiffahrt.

In den folgenden Jahren nahm die Schiffahrt Schwedens auch rasch zu. Bereits Mitte der dreifsiger Jahre waren die einheimischen Schiffe, die in schwedischen Häfen ein und aus liefen, den ausländischen an Zahl und Lastensumme überlegen. Mit dem Aufblühen der Schiffahrt kam auch das Verlangen, dieselbe nach entfernteren Orten hin auszudehnen. Zum Schutze der schwedischen Schiffe gegen die von den Berberstaaten betriebenen Kapereien an den Küsten des Mittelmeeres schlofs die Regierung im Jahre 1729 mit Algier einen Friedens- und Freundschaftstraktat, durch den schwedische Schiffe gegen einen mäfsigen Zoll in allen Häfen Algiers volle Fahrt- und Handelsfreiheit erhielten. Durch Geschenke, die der schwedische Staat jährlich entrichtete, wurde der Friede aufrechterhalten. Etwas später wurden ähnliche Verträge auch mit Tunis, Tripolis und Marokko abgeschlossen. Der levantische Handel fing in den dreifsiger Jahren an aufzublühen, Eisen wurde mit Nutzen aus- und als Rückfracht Salz in solcher Menge eingeführt, dafs sein Preis um beinahe 50 Prozent fiel. Eine weitere Entwicklung dieses Handels erhoffte man von einer Verbindung mit der Türkei. Im Jahre 1737 wurde mit dieser Macht ein Traktat abgeschlossen, durch welchen schwedische Schiffe unter denselben Bedingungen wie die Fahrzeuge der meistbegünstigten Nationen freie Fahrt nach allen türkischen Häfen erhielten. Nach und nach wurden in Tunis, Smyrna und mehreren anderen Städten schwedische Konsulate errichtet, und im Jahre 1738 bildete sich die levantische Gesellschaft. Ihre Geschichte gehört der folgenden Periode an.

Noch gröfsere Bedeutung erhielt der ostindische Handel. Die glänzenden Erfolge der englischen und holländischen ostindischen

Gesellschaften hatten überall Neid und Bewunderung hervorgerufen; auch in Schweden hatte man den lebhaften Wunsch, dem Lande Teil an einem solchen gewinnbringenden Handel zu verschaffen. Die Initiative für eine schwedische ostindische Gesellschaft dürfte von englischen Kapitalisten ausgegangen sein, die auf diese Weise das ausschliefsliche Handelsprivilegium der englischen ostindischen Gesellschaft umgehen wollten. Gegen diesen Vorschlag erhob sich die Rücksicht auf die heimische Industrie und auf den Konflikt mit fremden Mächten, besonders England, den derselbe hervorrufen mufste. Das Kanzleikollegium und die Regierung lehnten ihn auch ab, aber die Stände wurden von der Aussicht auf ökonomischen Gewinn erfafst, und im Jahre 1731 wurde die ostindische Gesellschaft mit 15jährigem ausschliefslichem Rechte gestiftet, in allen Ländern jenseits des Kaps der guten Hoffnung Handel zu treiben. Die Gesellschaft durfte gegen eine mäfsige Abgabe an die Krone für jede Schiffslast alle möglichen Waren einführen und sie in Gotenburg auf öffentlicher Auktion verkaufen. Ihr Sitz war Gotenburg, für jede einzelne Expedition wurde das Geld zusammengeschossen. 1733 kam die erste ostindische Ladung in der Heimat an. Die Waren, welche die Gesellschaft von Indien und China nach Hause brachte, waren hauptsächlich Seide, Kaffee, Tee, Porzellan, lackierte Waren usw. Der Versuch, eine Handelsfaktorei an der Koromandelküste (Porto Nuovo) zu gründen, mifslang infolge des Neides der englischen und französischen Gesellschaften und hatte politische Verwicklungen zur Folge, die weiterhin besprochen werden sollen. Die Gesellschaft war das wichtigste Handelsunternehmen jener Zeit, das für das ökonomische Leben Schwedens von zunehmender Bedeutung war, die aber, solange sie bestand, den Gegenstand schweren Zwistes zwischen den ökonomischen Parteien bildete.

Was den inneren Handel angeht, so hielt die Ständeherrschaft die alten Verordnungen, die darauf ausgingen, den Handel zu regulieren und ihn in bestimmte Bahnen und durch bestimmte Knotenpunkte zu leiten, streng aufrecht. So wurde der Unterschied zwischen Stapelstädten und Binnenstädten in seiner ganzen Strenge beibehalten, und die gegen den Handel auf dem Lande gerichteten Verbote wurden erneuert und verschärft. Der Handel

der norrländischen und österbottnischen Städte blieb trotz mehrfacher Versuche seitens dieser Städte, sich vom drückenden Zwange zu befreien, an Stockholm als Stapelplatz gebunden.

Demselben Streben, das ökonomische Aufblühen Schwedens zu fördern, entsprang auch das aufsergewöhnliche Wohlwollen, das die Regierenden der Industrie entgegenbrachten. Den merkantilistischen Grundsätzen gemäfs war die Industrie das geeignetste Mittel zur Verminderung der ausländischen Einfuhr, zur Vergröfserung des Nationalvermögens und zur Erhöhung der Einwohnerzahl. Die Industrie war in erster Reihe das Schofskind jener Zeit. Auf dem Reichstage 1726—1727 fafsten die Stände infolge des niederschmetternden Eindrucks, den das Ergebnis der Handelsbilanz auf sie ausübte, den Beschlufs, einen Landeshilfs- oder Manufakturfonds zu bilden, wozu hauptsächlich eine besondere kleine Zollabgabe auf solche Waren, die auch im Reiche angefertigt wurden, Verwendung finden sollte. Diese Abgabe sollte also zu gleicher Zeit der heimischen Industrie gröfseren Schutz gegenüber der ausländischen Konkurrenz gewähren und als Mittel zur direkten Ermunterung der Manufakturen dienen. Der Fonds wurde von einer Ständedeputation verwaltet. Mit seinen Mitteln sollten solche Fabriken, die eine glückliche Zukunft versprachen, auf bestimmte Jahre durch zinsfreie Darlehen unterstützt werden. Die Errichtung des Manufakturfonds war ein geringer Anfang zur staatlichen Unterstützung der Industrie und zu einer ausgeprägteren Schutzzollgesetzgebung. Bei den Kaufleuten erzeugte die Abgabe jedoch scharfe Opposition und hatte ebenso wie das Produktenplakat und die Errichtung der ostindischen Handelsgesellschaft Beschwerden seitens auswärtiger Mächte zur Folge. Anderseits waren jedoch die eifrigen Vertreter des ökonomischen Aufschwungs Schwedens mit solch einer gemäfsigten Anwendung der merkantilistischen Doktrinen durchaus nicht zufrieden, sie forderten vielmehr ein rasches Fortschreiten in der eingeschlagenen Richtung.

Der Friede und die Fürsorge der Stände hatten vereint auch recht bald einen Aufschwung der daniederliegenden Industrie im Gefolge. Die alten Fabriken, welche die Verwüstung der ersten Jahrzehnte des Jahrhunderts überlebt hatten, fingen an, sich wieder aufzuraffen, und neue wurden gegründet. Im Vordergrund der

neuen Manufakturanlagen standen die bedeutenden Fabriken in Alingsås. Schöpfer dieser Anlagen war Jonas Alströmer, der überhaupt zu den hervorragendsten Vertretern des ökonomischen Lebens in der Freiheitszeit gehörte. Alströmer oder Alström, wie er vor seiner Erhöhung in den Adelstand hieſs, hatte schon in jungen Jahren Schweden verlassen und in London auf einem Kontor Anstellung erhalten. Dort hatte er infolge von Begabung und Fleiſs bald das Glück, eine eigene Reederei zu gründen und zu Vermögen zu gelangen. Alströmer war ein warmer Freund seines Vaterlandes. Schon zeitig reifte in ihm der Plan, seiner Heimat Teil an der aufblühenden Industrie zu verschaffen, die England und Frankreich ihren groſsen Reichtum schenkte. Um in Schweden eine Industrie ins Leben zu rufen, die mit der jener Länder wetteifern konnte, brauchte man ausländische Maschinen, die den schwedischen als Modell dienen konnten, ausländische Arbeiter, die die unerfahrenen schwedischen Arbeiter unterwiesen, und teilweise ausländisches Rohmaterial. Derartige Hilfsmittel zu erwerben und heimzusenden, war zu jener Zeit mit groſsen Schwierigkeiten verbunden, weil die einzelnen Staaten eifersüchtig über die Vorteile ihrer Industrie wachten und die Ausfuhr von Werkzeugen und Maschinen verboten. Nach einigen vergeblichen Versuchen gelang es Alströmer schlieſslich, aus Holland 1723 ein Schiff abzusenden, das der Zollwache glücklich entschlüpfte, und das drei auseinandergenommene Webstühle, einen Korb Wollkämme, einige englische Arbeiter und eine Partie Wolle nach Schweden brachte. Im folgenden Jahre erhielt Alströmer von der Regierung wichtige Privilegienbriefe, die den Grund zu den Fabriken in Alingsås legten. Besonders die Religionsfreiheit für die ausländischen Arbeiter reformierten Bekenntnisses war für jene Zeit ein wichtiges Zugeständnis. Im selben Jahre kehrte Alströmer selbst nach Schweden zurück. Seine Hauptaufgabe bestand nun darin, für die kostspieligen Anlagen weiteres Kapital zu beschaffen, da sein eigenes Vermögen nicht ausreichte. Es gelang ihm, eine Aktiengesellschaft zu bilden, in welche König Friedrich und mehrere andere hervorragende Männer jener Zeit eintraten. In Alingsås erstand rasch eine Reihe von Fabriken, Tuchwebereien, Band- und Strumpffabriken und eine Tabakspinnerei. Auf dem

Reichstage 1726—1727, der ein so lebhaftes Interesse für die schwedische Industrie bekundete, erhielten die Privilegien der Alingsåser Fabriken noch weitere Verbesserungen, die ganze Stadt wurde mit den Manufakturfabriken vereinigt und alle Fabrikanlagen als eine Art Seminar oder Handwerkschule erklärt, von der sich die Kenntnis im Fabrikwesen über das ganze Land verbreiten sollte. Die gesamte Einnahme des Manufakturfonds wurde für die Jahre 1727—1731 den Alingsåser Fabriken zuerkannt, und das Krongut Höjentorp unter billigen Bedingungen Alströmer zur Anlage einer Schäferei in ständige Pacht gegeben. Die Zahl der Fabriken und Arbeiter wuchs unaufhörlich, und Alströmer verstand es, durch seinen Einfluſs immer neue Vorteile und Unterstützungen beim Reichstage zu erwirken. Das Ganze war eine groſsartige Schöpfung, die jedoch auf schwacher Grundlage ruhte.

Das Alingsåser Werk war nur eine der zahlreichen industriellen Schöpfungen jener Zeit. Im ganzen wurden in den Jahren 1719 bis 1738 149 Fabriken gegründet. Auſser Woll-, Seiden- und Leinenwebereien wurden Papier-, Porzellanfabriken, Kattundruckereien, Tabakspinnereien, Eisen- und Stahlfabriken usw. angelegt. War auch die Industrie am Schlusse der früheren Freiheitszeit durchaus nicht bedeutend, so war sie doch im Verhältnis zu dem, was Schweden früher an Industrie besessen hatte, nicht gering. Auſserdem ruhte sie noch im groſsen ganzen auf eigenen Kräften und hatte mit einer natürlichen Konkurrenz zu kämpfen. Die Zölle waren nicht besonders hoch, die Staatsunterstützungen gering und die Privilegien mit Ausnahme der den Alingsåser Fabrikanlagen bewilligten unbedeutend. Gegen eine übertriebene Forcierung der Entwicklung der Industrie lieſsen die vorsichtigeren Staatsmänner ihre warnende Stimme noch mit Erfolg vernehmen, sowohl mit Rücksicht auf die Interessen der konsumierenden Klassen und der Kaufleute als auch mit Rücksicht auf die Staatsfinanzen und die gesunde Entwicklung der Industrie selbst.

Die Rohwarenproduktion wurde von den Staatsmännern jener Zeit nicht mit gleichem Eifer ermuntert wie die Industrie. Der Bergbau war seit alters einer der Haupterwerbszweige Schwedens. Der Bedeutung nach in erster Reihe stand die Eisengewinnung,

für welche die Konjunkturen in den zwanziger Jahren besonders günstig waren. Auch später war das schwedische Eisen ein sehr begehrter Artikel, obwohl in den dreifsiger Jahren das russische Eisen anfing, auf dem englischen Markte als Konkurrent aufzutreten. Das Eisen war der Hauptexportartikel Schwedens. Ungefähr 250000 Schiffspfund wurden in den zwanziger Jahren jährlich ausgeführt, und ihr Wert betrug ungefähr $^5/_7$ der gesamten schwedischen Ausfuhr. Das Kupferbergwerk zu Falun, das zu Axel Oxenstiernas Zeit jährlich 20000 Schiffspfund lieferte und als das kostbarste Kleinod Schwedens galt, brachte jetzt dagegen durchschnittlich nur 5800 Schiffspfund jährlich, und die Silbergewinnung war zu einer Geringfügigkeit herabgesunken.

Neben dem Bergbau war die Landwirtschaft der alte Haupterwerbszweig des Landes. Aber die schwedische Landwirtschaft arbeitete noch mit sehr primitiven und unvollkommenen Mitteln und wurde von einer Menge drückender Fesseln gehemmt. Hierher gehörten die Verordnungen gegen den Handel auf dem Lande, die den Getreidehandel lähmten, die alten Verbote der Gutszerstückelung und die Gesindeordnung, die es dem Bauern untersagte, auf seinem Gute mehr als eine bestimmte Anzahl Dienstboten zu halten, die erwachsenen Kinder mit eingerechnet.

Zu jener Zeit produzierte die Landwirtschaft nicht so viel Getreide, wie das Land nötig hatte. Im Jahre 1721 wurden bei mittelmäfsiger Ernte 157000 Tonnen Getreide eingeführt, und in den folgenden Jahren, die zum Teil, besonders in Finnland, unter Mifsernte zu leiden hatten, stieg die Einfuhr so, dafs sie 1726 und 1727 ungefähr 600000 Tonnen betrug. Später fiel sie zwar wieder, aber Getreide blieb einer der drückendsten Importartikel. Durch erhöhte Produktion diese Einfuhr zu verringern, wäre das natürlichste Mittel zur Besserung der Handelsbilanz gewesen, aber die ökonomische Anschauung jener Zeit hatte noch wenig Interesse für die Landwirtschaft.

Zu dieser Zeit wurde eine neue Kulturpflanze, die nachher grofse Bedeutung erhielt, nämlich die Kartoffel, eingeführt. Alströmer ging auch hierbei an der Spitze und begann in den zwanziger Jahren mit dem Anbau von Kartoffeln. Ermunternde und aufklärende Beschreibungen, auch in finnischer Übersetzung, wurden

unter dem Volke verbreitet. Aber der Anbau des neuen Nahrungsmittels machte nur langsame Fortschritte, erst in den sechziger Jahren wurde er allgemeiner. Rascher ging es mit der Einführung der Tabaksanpflanzung. Der Tabak fand bereits so allgemein Verwendung, dafs das Handelskollegium im Jahre 1724 seine Einfuhr auf 3½ Tonnen Gold bewertete. Um diese Einfuhr zu vermindern und der beginnenden Tabakindustrie Rohmaterial zu verschaffen, forderte das Kollegium in einem Zirkular zur Anlage von Tabaksfeldern in jeder Provinz auf und veröffentlichte eine Schrift über die Kunst, Tabak anzupflanzen und zu pflegen. Alströmer legte schon im Jahre 1725 bei Alingsås Tabaksplantagen an, und von hier aus verbreitete sich die Kunst der Anlage solcher Plantagen und die der Tabakspinnerei.

In unzertrennlichem Zusammenhange mit dem gesamten ökonomischen Aufschwunge stand die Entwicklung des Münz- und Kreditwesens. Seit der Abschaffung der Notmünzen war nach und nach gutes Geld in den Verkehr gekommen. Ein Speziestaler, der an Gehalt und Gewicht dem Hamburger Reichstaler entsprach oder den Wert von 4 Kronen heutiger Währung (4½ Mark) hatte, war gleich 3 Talern Silber oder 9 Talern Kupfer oder 36 Mark. An Gold wurden nur Dukaten, die gleich zwei Reichstalern waren, geprägt. Eine Tonne Gold war eine Recheneinheit, die 100000 Taler Silber darstellte. Gold und Silber waren jedoch in ungenügender Menge für den Münzbedarf vorhanden. Deshalb wurde Kupfer nicht bloſs als Scheidemünze, sondern auch in groſsen sogenannten Platten (plåtar) gemünzt. Eine Platte war gleich 6 Talern Kupfer oder gleich $^2/_3$ Speziestaler. Da diese Geldsorte besonders unhandlich und schwer war, begann sich zur Verkehrserleichterung neben ihr Papiergeld zu entwickeln. Schon vorher stellte die Bank sogenannte Transportscheine oder Einzahlungsbescheinigungen aus, die man durch Namensaufschrift auf eine andere Person übertragen konnte. Eine königliche Verordnung vom Jahre 1726 traf die Bestimmung, dafs Transportscheine auf keinen geringeren Betrag als 50 Taler Kupfer ausgestellt werden dürften und in Zukunft bei staatlichen Einkassierungen oder öffentlichen Kassen wie Bargeld in Zahlung genommen würden. Infolgedessen wurden die Transportscheine sehr begehrt,

und das Kupfergeld strömte in die Bank, um gegen solche Scheine eingetauscht zu werden. Da denselben noch metallische Valuta zur vollen Genüge gegenüberstand und sie daher zu jeder beliebigen Zeit eingewechselt werden konnten, behielten sie ihren vollen Wert. Der Kurs auf das Ausland, vor allem auf Hamburg, hielt sich während jener ganzen Zeit, 1720 bis 1739, auf pari, d. h. der Hamburger Reichstaler wurde bei Wechselankauf zu 36 Mark in schwedischem Gelde notiert. Dies beweist, daſs die Lage des Handels eine gute war und die Unterbilanz im auswärtigen Handel, von der Handelskollegium und Stände so viel Wesens machten, nicht so groſs gewesen sein konnte, falls sie überhaupt existierte. Die Unternehmungslust dagegen wurde durch den Mangel an Kapital lahmgelegt. Nach dem Frieden strömte zwar ausländisches Kapital ins Land, das auf Handel, Industrie und Bergbau einen günstigen Einfluſs ausübte, aber Bankanleihen waren mit groſsen Zins- und Hypothekenforderungen und einer Reihe beschwerlicher Formalitäten verknüpft. Die Anhänger einer rascheren ökonomischen Entwicklung erstrebten in dieser Hinsicht eine Reform, durch welche die Bank für Anleihen leichter zugänglich und in einen einheimischen Geldverleger für Industrie und andere Erwerbszweige umgewandelt würde. 1734 wurde hiermit ein kleiner Anfang gemacht. In diesem Jahre ermächtigten die Stände die Bank, festes Eigentum und Eisenbarren gegen die üblichen Zinsen von 6 Prozent zu beleihen; aber die Sicherheitsforderungen und die Formalitäten waren immer noch derartig, daſs diese Beleihungen wenig in Anspruch genommen wurden. Das Verlangen nach einer zeitgemäſseren Bank- und Kreditgesetzgebung blieb neben den Forderungen reichlicherer Gelduntersützung und strengeren staatlichen Schutzes für Handel und Industrie ein Programm der Fortschrittspartei.

In den dreiſsiger Jahren erhielten diese ökonomischen Gegensätze eine erhöhte Bedeutung und griffen ziemlich bald in das politische Leben ein. Noch waren sie jedoch nur ein Ausdruck der natürlichen Meinungsverschiedenheiten, wie sie sich bei einer lebenskräftigen Entwicklung zu äuſsern pflegen. Im ganzen genommen hatte der materielle Wohlstand Schwedens in den beiden Jahrzehnten, die auf den Frieden gefolgt waren, ohne Zweifel

einen gesunden und raschen Fortgang genommen. Die schweren Wunden, die der Krieg dem schwedischen Staate geschlagen hatte, waren im wesentlichen geheilt, und eine neue, friedliche Entfaltung aller Kräfte des Landes angebahnt, die für die Zukunft Grofses erhoffen liefs.

* * *

Die Hauptbedeutung der früheren Freiheitszeit lag ohne Zweifel in der oben besprochenen ökonomischen Entwicklung. In der Geschichte der geistigen Kultur Schwedens spielt diese Zeit keine besonders hervorragende Rolle. Dies ist auch ganz natürlich; denn nach der Verwüstung, die während des grofsen Krieges Schweden heimgesucht hatte, galt es vor allem, den materiellen Wohlstand wieder zu heben. Dieser Forderung mufste man zuerst Genüge leisten, ehe die Blüten einer höheren Kultur sich entfalten und gedeihen konnten. Den ersten Jahrzehnten der Freiheitszeit geht jedoch durchaus nicht jede Bedeutung für das geistige Kulturleben ab.

Eine der segensreichsten Früchte der Tätigkeit der Hornschen Zeit ist unstreitig die grofsartige Zusammenfassung der älteren schwedischen Rechtsentwicklung, die damals endlich durch das Gesetz vom Jahre 1734 zustande kam. Während des ganzen 17. Jahrhunderts hatte man sich mit der Frage einer Gesetzrevision befafst, und seit dem Jahre 1686 war eine königliche Kommission ohne Unterbrechung zu diesem Zwecke tätig. Beim Tode Karls XI. lagen die meisten Abteilungen des Gesetzbuches im Projekt fertig vor, und in der Folgezeit äufserten sich die zuständigen Behörden gutachtlich über diese Vorschläge, worauf dieselben einer langsamen und gründlichen Umarbeitung unterzogen wurden.

Im Jahre 1710 trat der Reichsrat Gustav Cronhielm, der 1719 kurze Zeit als Kanzleipräsident fungierte, als Vorsitzender in die Gesetzkommission ein. Durch seinen Eintritt in die Kommission erhielt deren Arbeit neue Kraft. Er selbst nahm einen bedeutenden persönlichen Anteil an ihrer Tätigkeit und ging in den Jahren 1717 bis 1723 den fertigen Entwurf Wort für Wort durch. Der klare, mustergültige Stil, der dieses

grofse Gesetzbuch auszeichnet, gilt im wesentlichen als sein Verdienst.

Der Vorschlag der Kommission wurde auf dem Reichstage 1723 den Ständen überreicht. Ihrem Wunsche gemäfs wurde eine Prüfungskommission im wesentlichen aus denselben Mitgliedern gebildet, die die Arbeit noch einmal durchgehen sollte. Das alte Kapitel von den Rechten und Pflichten des Königs, dessen Revision nach dem neuen Grundgesetze die Stände gleichzeitig anordneten, wurde später, da man in der Regierungsform einen Ersatz für dasselbe erblickte, gänzlich ausgeschlossen. Auf den Reichstagen der Jahre 1731 und 1734 gingen die Stände in gemeinsamen Sitzungen aller vier Stände und des Reichsrates das grofse Gesetzbuch Abteilung für Abteilung durch. In einigen Punkten kamen die verschiedenen Interessen der Stände in so scharfen Konflikt miteinander, dafs der ganze Gesetzesvorschlag beinahe zu Wasser geworden wäre. In der Jagdrechtsfrage entbrannte ein so erbitterter Kampf, dafs eine Einigung nicht erzielt wurde und dieses Kapitel deshalb aus dem Gesetze vollständig ausgeschlossen werden mufste. Am 14. Dezember 1734 nahmen die Stände den Vorschlag definitiv als ein „allgemeines, ständiges und unumstöfsliches Gesetz für Schweden“ an. Im Gesetzbuche vom Jahre 1734 hat sich die frühere Ständeregierung ein grofsartiges Denkmal errichtet. Dank dem inneren und äufseren Frieden unter der weisen Regierung Arvid Horns konnte das grofse Werk glücklich zu Ende geführt werden.

Auch die kirchliche Gesetzgebung war Gegenstand eines bedeutenden Revisionsversuches. Das Kirchengesetz vom Jahre 1686 galt in mehrfacher Hinsicht als ungenügend, und im Jahre 1723 setzte der Reichstag trotz energischen Widerspruchs seitens des geistlichen Standes die Ernennung einer geistlichen Deputation durch, die das Kirchengesetz zur Erzielung gröfserer Übereinstimmung mit dem neuen Staatsrechte umarbeiten sollte. 1731 wurde der neue Entwurf den Ständen vorgelegt. Auf diesem und dem darauffolgenden Reichstage wurde er indessen zurückgestellt und geriet infolge der späteren aufgeregten Parteizustände allmählich in Vergessenheit. Dagegen kam eine neue Schulordnung zustande. Sie wurde im Jahre 1723 von den Ständen nur

vorläufig angenommen, bis eine neue, durchgreifendere Prüfung derselben vorgenommen werden konnte, und sollte deshalb nicht im Druck veröffentlicht werden. Sie hatte bis zum Jahre 1807 Geltung.

* * *

Die geistige Bewegung, die der früheren Freiheitszeit vielleicht in erster Reihe ihre Färbung verleiht, ist der Pietismus. Er war eine Reaktion gegenüber der starren, engherzigen Orthodoxie, die im 17. Jahrhundert überall in der lutherischen Kirche zur Herrschaft gelangt war und in Wirklichkeit ein neues scholastisches Lehrgebäude errichtet hatte, dem das religiöse Leben zu entfliehen drohte. Der Pietismus forderte ein wärmeres, innigeres religiöses Leben, die eifrigere Teilnahme des Laienelementes an der Tätigkeit der Kirche und ein fleifsigeres Bibelstudium nicht als Quelle für scholastische Diskussionen, sondern als Quelle eines praktischen christlichen Lebens. Diese religiöse Bewegung, die von Halle ausging, nahm in den letzten Jahrzehnten des 17. Jahrhunderts ihren Siegeslauf durch Deutschland und kam zu Anfang des neuen Jahrhunderts nach Schweden. Die Not der Kriegsjahre hatte dazu beigetragen, die Sinne für eine tiefere, innigere religiöse Erweckung empfänglich zu machen. In der Hauptstadt nahm der Pietismus besonders seit dem Jahre 1712 kräftigen Aufschwung. Unter den Kriegsgefangenen, hauptsächlich denen in Sibirien, war der Pietismus allgemein verbreitet und hatte für sie in ihrer bedrängten Lage eine segensreiche Wirkung.

Indessen erst nach dem Tode Karls XII. und infolge der Heimkehr der Kriegsgefangenen erhielt die neue Bewegung kräftiges Leben und fand bei allen Klassen des schwedischen Volkes zahlreiche Anhänger. Zu ihren bekanntesten Vertretern gehörten der Kämmerer Elias Wolker und der Admiralitätsprediger zu Skeppsholmen Erik Tollstadius. Um die Mitte der zwanziger Jahre hatte diese Bewegung ihren Höhepunkt erreicht. Auch bei den höchstgestellten Persönlichkeiten fand sie Sympathien und Schutz, und auf den Reichstagen besafsen die Pietisten mächtigen Einfluſs besonders beim Adel.

Aber wiewohl der Pietismus ohne Zweifel der Ausdruck eines

neuerwachten, tieferen religiösen Bedürfnisses war und im Leben der Kirche einen fruchtbringenden Einfluſs ausübte, so lag doch in seinem Hang zum Separatismus, seiner asketischen Verdammung von an und für sich unschuldigen Vergnügungen und seinem Versuche, die Geweckten als die einzigen wirklichen Christen von allen anderen zu scheiden, eine gewisse Gefahr für die kirchliche Organisation und für ein gesundes, geistiges Leben. Die Opposition, welche der Pietismus in den Reihen der Anhänger der Landeskirche hervorrief, war daher durchaus nicht ohne jede Berechtigung, wenn sie auch in ihrem Eifer etwas unsanft auftrat. Das Plakat Karls XII. vom Jahre 1706, das gegen den Pietismus gerichtet war, wurde 1721 erneuert. Durch Vernehmungen vor den Konsistorien oder besonderen Kommissionen suchte man die Führer der Pietisten zu fassen und hoffte so Gelegenheit zu finden, warnend und strafend vorzugehen. 1726 wurde das bekannte Konventikelplakat erlassen, das alle, die an Konventikeln oder Privatversammlungen von Männern und Frauen, bekannten und unbekannten, behufs gemeinsamer Andacht und Gottesdienstes mit Erklärung von Bibeltexten, neuen Gebeten und gemeinschaftlichem Gesange teilnahmen, mit Geldbuſsen, Gefängnis oder Verbannung bestrafte. Obwohl das Plakat nur geringen Erfolg hatte, war es doch ein schwerer Schlag für den Pietismus; lange Zeit hindurch bestand es als eine der verhaſstesten und unberechtigtsten Schranken, mit denen die herrschende Kirche ihre Alleinherrschaft zu schützen suchte. Aber anderseits schärfte das Plakat die Heilighaltung des Sonntags ein und ermahnte die Geistlichkeit, bei den privaten Andachtsübungen selbst an die Spitze zu treten und in Lehreifer und frommem Leben anderen mit gutem Beispiele voranzugehen. Dies beweist zu einem gewissen Grade, daſs die offizielle Kirche anfing, einen Teil des wirklich Wertvollen, das im Pietismus lag, in sich aufzunehmen. Nur auf diesem Wege, nicht auf dem Wege von Zwangsbestimmungen konnte sich die schwedische Kirche bei ihrem ersten groſsen Kampfe in den zwanziger und dreiſsiger Jahren behaupten.

Eine Ursache für den Rückgang des Pietismus lag auch in der mystischen oder phantastischen Richtung, die zu jener Zeit in ihm zum Durchbruch zu gelangen schien. Johann Konrad

Dippel war ein deutscher Gelehrter, der sich von medizinischen und juristischen Studien der Theologie zugewandt hatte. Vom Pietismus ausgehend, kam er zu immer schwärmerischeren und mystischeren Anschauungen, bei denen auch astrologische und alchemistische Grübeleien eine Rolle spielten. Er verwarf die gewöhnliche Bibelerklärung, bestritt die lutherische Rechtfertigungslehre und hielt Sakrament und äufserlichen Gottesdienst für unnötig. Im Sommer des Jahres 1726 kam Dippel nach Schweden. In Stockholm fand er bald so grofsen Anhang, dafs man darüber klagte, kaum das zehnte Haus sei frei von einem Anhänger der Lehren Dippels. Das übermütige und scharlatanartige Auftreten dieses Mannes rief jedoch eine Opposition wach und verringerte binnen kurzem sein Ansehen. Auf Veranlassung der Geistlichkeit wurde der gefährliche Gast 1728 aus dem Lande gewiesen. Einige Jahre später trat der berühmte Lunder Philosoph und Theologe Andreas Rydelius mit einigen Schriften gegen Dippel auf, die mit grofser Schärfe die Schwächen und die gefährlichen Konsequenzen seiner Lehre nachwiesen, und nach einiger Zeit war es wohl mit der Bedeutung Dippels in Schweden zu Ende. Zu Beginn der vierziger Jahre hörte der Pietismus auf, eine bedeutendere Rolle zu spielen. An seiner Stelle traten andere Richtungen, wie das Herrnhutertum und der Swedenborgianismus, in den Vordergrund. Ihre Geschichte gehört einer späteren Epoche an.

Der Kampf gegen den Pietismus hatte ohne Zweifel innerhalb der Landeskirche einen bedeutenden Aufschwung zur Folge; in den Reihen seiner Kämpfer finden wir eine grofse Anzahl tüchtiger Kräfte als Prediger, Theologen, Verfasser von Erbauungsschriften und Psalmen oder als Bischöfe und eifrige Verfechter der kirchlichen Entwicklung. Im allgemeinen gehören sie der Mitte des 18. Jahrhunderts an.

Neben dem Pietismus mit seiner gerade für die Landeskirche fruchtbringenden Opposition erhob sich in dem beginnenden Rationalismus eine andere Reaktion gegen die herrschende Kirchenlehre. Dieser Rationalismus hatte nur erst bei einer geringen Anzahl von Gebildeten Eingang gefunden. Seine Vorbilder hat er wohl in der gleichzeitigen englischen Kultur gehabt. Er äufserte

sich als Gleichgültigkeit gegenüber der positiven Religion, als nüchterne, vorurteilslose Prüfung der Welt, und als eine auf das unmittelbar Nüchterne gerichtete Tatenlust. In der eifrigen ökonomischen Unternehmungslust zeigt sich eine Seite dieses neuen Geistes, in der beginnenden Naturwissenschaft und der wissenschaftlichen Kritik überhaupt eine zweite. Diese Richtung ist für die Generation, die auf die Zeit Arvid Horns folgte, typisch; sie drückt der völlig entwickelten Freiheitszeit ihren vornehmsten geistigen Stempel auf.

In den zwanziger Jahren erscheint das wissenschaftliche Leben noch in wesentlichem Grade als eine Fortsetzung der von dem 17. Jahrhundert überkommenen Überlieferungen, in den dreifsiger Jahren dagegen beginnt man eine neue, reichere Entwicklung zu verspüren. Zwei Geister von gröfserer Originalität und Kraft hauptsächlich waren es, Erik Benzelius und Andreas Rydelius, die auf diesem Gebiete als Vermittler zwischen der älteren und der neuen Zeit auftraten. Erik Benzelius der Jüngere, der seit 1702 mehr als zwei Jahrzehnte an der Universität Upsala als Bibliothekar tätig war, spielte hier als Sammler und Herausgeber von Urkunden, als Vorleser über schwedische Geschichte usw. eine hervorragende Rolle. Seine Hauptbedeutung lag in dem aneifernden Einflusse, den er durch sein reiches Kulturinteresse und seine grofse Gelehrsamkeit auf beinahe allen Wissensgebieten, durch seine Fähigkeit, jüngere begabte Forscher um sich zu scharen, und durch seine Verbindungen mit ausländischen Gelehrten auf seine Umgebung ausübte. Eine Frucht seiner Tätigkeit war die Gründung der ersten wissenschaftlichen Gesellschaft Schwedens, der Wissenschaftssozietät in Upsala, die noch heute besteht. Diese Gesellschaft wurde 1719 gestiftet und erhielt einige Jahre später die Bestätigung des Königs. Die Zeitschrift dieser Gesellschaft, „Acta litteraria", war die erste bedeutendere wissenschaftliche Zeitschrift in Schweden. Benzelius verliefs 1727 Upsala, um einen Bischofstuhl einzunehmen. Er starb 1743 als Erzbischof von Upsala.

Noch gröfsere Bedeutung hatte vielleicht sein Zeitgenosse Andreas Rydelius, Professor der Philosophie und der Theologie in Lund. Es waren vor allem ein rein wissenschaftlicher Eifer und eine gesunde, vorurteilslose Lebensanschauung, die Rydelius aus-

zeichneten und den zahlreichen Schülerkreis, den der hervorragende Lehrer um sich sammelte, zu ernsthafter Kritik und Selbsttätigkeit kräftig anfeuerten.

Neben diesen tonangebenden und erziehlich wirkenden Geistern nahm der geniale Assessor des Oberbergamtes Emanuel Swedenborg, der sich zu jener Zeit mit physikalischen und mathematischen Arbeiten und mit Naturphilosophie befaſste, später aber als Religionsstifter und Geisterseher allgemeiner bekannt wurde, eine hervorragende Stellung ein. Der früheren Freiheitszeit gehören auch der bekannte Verfasser der Geschichte Karls XII., Jöran Nordberg, und der Kurländer Jakob Wilde an. Dieser war von 1719 an mehrere Jahrzehnte hindurch als schwedischer Reichshistoriograph und Verfasser vieler und umfangreicher historischer Arbeiten tätig.

Neben dieser älteren Generation trat bereits im Anfange der dreiſsiger Jahre oder noch früher eine ganze Schar jüngerer Gelehrter auf, die einen neuen, groſsartigen Aufschwung der schwedischen Wissenschaft repräsentieren. Sie alle gehören der folgenden Epoche an und sollen deshalb in einem anderen Zusammenhange besprochen werden.

Die schöne Literatur wurde ebenso wie die Wissenschaft in den zwanziger Jahren vom Geiste der vorhergegangenen Zeit beherrscht. Von den Dichtern der karolinischen Zeit lebten noch Frau Brenner und Samuel von Triewald. Ihre Dichtung gehört vollständig der früheren Zeit an; aber in gewisser Hinsicht leitet Triewald als ein Bahnbrecher des französisch-klassischen Geschmackes die Dichtkunst der darauffolgenden Epoche ein. Mehr zur Freiheitszeit gehört der Finne Jakob Frese, der 1729 als junger Kanzleibeamter in Stockholm starb. Freses Muse befaſst sich hauptsächlich mit der geistlichen Dichtung. Seine besten Lieder schrieb er auf dem Krankenlager, an das er seit 1724 gefesselt war. Seine Dichtung offenbart eine sanfte, gefühlvolle und träumerische Natur, eine feine Auffassung der Naturschönheit und einen echten lyrischen Klang, der von einer zunehmenden Schwermut durchhaucht wird. In der Verherrlichung des Segens, den der Friede spendet, zeigt sich das Ideenleben der neuen Zeit, ebenso wie die innige Religiosität von dem mächtigen Einflusse

des Pietismus der zwanziger Jahre Zeugnis ablegt. Mit dem Auftreten Dalins 1732 und der Eröffnung der schwedischen Schaubühne 1737 nimmt hier das neue Zeitalter seinen Anfang.

Die schwedische Kunst hatte vielleicht am meisten unter dem Drucke der Kriegsjahre und der allgemeinen Armut zu leiden gehabt. Die jungen Künstler hatten ihren Weg ins Ausland, besonders nach London genommen, wo in den ersten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts eine schwedische Künstlerkolonie blühte. Die Arbeit am Schlosse zu Stockholm, das man unmittelbar nach dem Schlofsbrande 1697 nach dem Entwurf Nikodemus Tessins des Jüngeren im Stile der Spätrenaissance aufzubauen begonnen hatte, war 1707 ins Stocken geraten. Von dem alten Künstlergeschlechte waren nur noch der alte Martin Mijtens und David von Krafft übrig; letzterer war vor allen anderen der Lehrmeister des jungen Schwedens. Seine zahlreiche Schülerschar war während der folgenden Freiheitszeit auf dem Gebiete der Porträtmalerei tätig. 1727 beschlossen die Stände, die Arbeiten am Stockholmer Schlosse wieder aufzunehmen, und bewilligten eine Bauunterstützung zu diesem Zwecke. Da Karl Gustav Tessin nach dem Tode seines Vaters 1729 die Leitung der Arbeiten als Oberintendant übernahm, schritt der Bau des Schlosses rasch vorwärts. Hier erhielt das schwedische Kunstleben eine grofse und zentrale Aufgabe.

Auf allen Gebieten des höheren Kulturlebens nahm also in den dreifsiger Jahren ein neues Wachstum seinen Anfang. Unter dem Schutze des Friedens, den die weise Regierung Arvid Horns aufrecht erhielt, und mit dem wiederkehrenden Gefühle von Gesundheit und Wohlhabenheit entwickelte sich ein Reichtum von jungen Kräften, die mit enthusiastischem Eifer an der Wiederherstellung des Ansehens der schwedischen Nation bei den Völkern, an der Vermehrung ihres Reichtums und ihrer Macht, sowie an der Erzeugung eines neuen Kulturlebens, das das frühere an Glanz noch übertraf, arbeiteten. Zwar konnten diese jungen Kräfte von ihrem patriotischen Enthusiasmus sehr leicht dazu verleitet werden, dem Ideale vergangener Zeiten nachzujagen oder die von Grund aus veränderte Stellung, die Schweden nunmehr in der Völkerwelt Europas einnahm, zu verkennen.

Viertes Kapitel.

Die Entstehung der parlamentarischen Parteien und der Fall Arvid Horns.

Schon während des Reichstags vom Jahre 1731 war es zwischen Horn und König Friedrich zum Bruche gekommen. Anlafs hierzu gab das Verhältnis des Königs zu Fräulein Hedwig Ulrike Taube, der Tochter des Admirals Freiherrn Eduard-Didrik Taube. Im Alter von 16 Jahren hatte sie durch ihre Schönheit die lüsternen Blicke des Königs auf sich gelenkt und war Gegenstand seiner zunehmenden Leidenschaft geworden. Das Verhältnis entwickelte sich bald zu einem allgemein bekannten Skandal, der grofse Entrüstung hervorrief, da man sich in Schweden noch nicht an den Leichtsinn und die Sittenlosigkeit gewöhnt hatte, wie sie in Frankreich und anderen Ländern den Thron umgaben. Horn mifsbilligte mit Schärfe diese Verbindung des Königs, und um offenen Vorstellungen dieserhalb seitens des geistlichen Standes zuvorzukommen, soll er privatim den König verwarnt haben. Das war mehr, als König Friedrich ertragen konnte, und Horn fiel bei ihm in Ungnade.

Dieser Bruch wurde für Horn deshalb verhängnisvoll, weil es dadurch seinen alten Feinden ermöglicht wurde, durch Schmeicheleien und Willfährigkeit gegenüber dem Könige und seiner Geliebten neuen Einfluſs zu gewinnen. Zu diesen Feinden gehörten der Reichsrat Karl Gyllenborg, der frühere Staatssekretär, jetzige Präsident des Handelskollegiums Daniel Niklas von Höpken, der General Graf Fersen, der Präsident Freiherr Strömfelt u. a. m., alles eifrige Holsteiner, die nach dem Sturze der holsteinischen Partei ihre Machtstellung verloren hatten und nur nach einer Ge-

legenheit spähten, um wieder Einfluſs zu gewinnen und Rache zu nehmen. Von diesen war Gyllenborg infolge seines Amtes, das ihn zum offenkundigen Gegner Horns und seiner Politik im Rate machte, von Bedeutung. Höpken dagegen war infolge seiner Schlauheit und Ränkesucht das wirkliche Haupt der Feinde Horns. In den auf den Reichstag 1731 nächstfolgenden Jahren nahm die Clique an Stärke zu. Zu ihren Gunsten disponierte der König über seine Macht bei Beamtenernennungen sowie über die hessischen Staatseinnahmen und Hoftitel, die ihm seit 1730 als regierendem Landgrafen von Hessen-Kassel zur Verfügung standen. Für die kleine Partei war dies ein Mittel, alle Glücksritter um sich zu scharen, die unabhängig von den üblichen Beförderungsnormen vorwärts kommen wollten. Ein besonderes politisches Programm auſser der Opposition gegen Horn hatte die Clique noch nicht. Aus alter Gewohnheit standen ihre Führer mit dem russischen Minister in Verbindung. Ihr Zweck war indessen der, auf dem nächsten Reichstage die Stellung Horns im Ritterhause zu untergraben, was ihr um so leichter erschien, als der jüngere Adel nur ungeduldig sich das Joch des alten Mannes gefallen lieſs.

Eine mehr prinzipielle Opposition gegen das Regierungssystem Horns regte sich auf ökonomischem Gebiete. Horn und die Männer seines Geschmackes wollten sich hier mit einer maſsvollen Anwendung der merkantilistischen Ideen begnügen; sie hielten soweit wie möglich die Tendenzen zurück, welche ihrer Ansicht nach die gesunde materielle Entwicklung und den äuſseren Frieden des Reiches durch allzu rücksichtslose Konsequenz und ungezähmten Eifer gefährdeten. In vielen Volkskreisen, besonders bei dem Adel und der Bürgerschaft hinwiederum hatte die fortgeschrittenere Richtung zahlreiche Anhänger, die einen gewandten und eifrigen Fürsprecher im Handelskollegium besaſsen. Auf dem Reichstage des Jahres 1731 konnte diese Opposition ihren ersten Sieg feiern, da es ihr gegen die Ansicht der Regierung gelang, die Gründung der Ostindischen Kompagnie durchzusetzen. Wie Horn vorausgesehen hatte, hatte dieser Schritt einen heftigen Konflikt mit England zur Folge, da die Kompagnie zum wesentlichen Teile von englischen Kaufleuten mit englischem Kapital gebildet war. Im

Oktober 1733 wurde die neuangelegte schwedische Faktorei Porto Nuovo an der Koromandelküste von den vereinigten englischen und französischen Gesellschaften überfallen und zerstört, Waren und Schriftstücke wurden beschlagnahmt und die dort befindlichen englischen Untertanen verhaftet. Dies schreckte jedoch die ökonomischen Eiferer nicht ab, es vermehrte nur ihren Groll gegen England und ihre Vorwürfe gegen Horn, der dieser Macht gegenüber im allgemeinen ein ungemeines Entgegenkommen zeigte. Der Streit um erhöhten Schutz für die Gewerbe dauerte die ganzen dreifsiger Jahre hindurch, und Gyllenborg, Höpken und ihr Anhang liefsen es sich von Anfang an nicht entgehen, als Fürsprecher für die neuen Ideen aufzutreten, um auf diese Weise ihre eigene Stellung zu befestigen. Gyllenborg soll vor dem Reichstag des Jahres 1734 in einer Art Klub, der sich in seinem Hause versammelte, versucht haben, seine Ansichten bei der Bürgerschaft Stockholms zu verbreiten.

Eine noch gefährlichere Opposition erwuchs der vorsichtigen Staatskunst Horns infolge des Ausbruches des polnischen Thronfolgekrieges. Nach dem im Januar 1733 plötzlich erfolgten Tode Augusts II. erklärte Frankreich, dessen König ein Schwiegersohn des vertriebenen Polenkönigs Stanislaus war, dafs es mit allen Machtmitteln die Wahlfreiheit Polens aufrechtzuerhalten wünsche. Rufsland und Österreich wiederum entschieden sich nach einigem Zaudern für den Sohn des verstorbenen Königs, den Kurfürsten Friedrich August II. von Sachsen, und schickten sich an, mit den Waffen ihrer Ansicht Nachdruck zu verleihen. In Polen war die Stimmung entschieden für Stanislaus, französisches Gold trug dazu bei, für ihn Stimmen zu werben, und im Sommer kam eine französische Flotte in die Ostsee. Im September wurde Stanislaus mit ungewöhnlicher Einstimmigkeit zum Könige Polens gewählt. In Schweden folgte man diesen Ereignissen mit gespanntem Interesse. Der Hafs gegen Rufsland, das Gefühl der Solidarität mit Polen und die Erinnerungen, die sich an den Namen Stanislaus knüpften, erfüllten die ganze Nation plötzlich mit Eifer für seine Sache. Die französische Flotte wurde mit Jubel in der Ostsee begrüfst, bereitwillig gestattete ihr die schwedische Regierung, in einem schwedischen Hafen zu überwintern, und die kriegerische

Stimmung nahm in einer Hast einen solchen Umfang an, daſs selbst Horn sich dem französischen Minister Grafen de Casteja gegenüber für einen Angriff auf Viborg unter gewissen Bedingungen aussprach.

Bald wandte sich jedoch das Blatt. Einige Wochen nach der Wahl Stanislaus' wählte eine geringe Minorität unter dem Schutze anrückender russischer Truppen den Kurfürsten Friedrich August unter dem Namen August III. zum Könige von Polen. Die Anhänger Stanislaus' zerstreuten sich ohne Kampf, Stanislaus selbst muſste nach Danzig flüchten, während das Land von russischen und sächsischen Truppen besetzt wurde. Die französische Flotte jedoch, die in Schweden und Polen solche Hoffnung erweckt hatte, segelte ganz unerwartet in die Heimat zurück. Im Verein mit Sardinien und Spanien erklärte Frankreich Österreich den Krieg, um die Schmach zu rächen, die dem Könige Ludwig in der Person seines Schwiegervaters zugefügt worden war. Im Oktober besetzten französische Truppen das Herzogtum Lothringen, und der Krieg brach in Westdeutschland und in Italien aus. Es war klar, daſs das französische Kabinett im wesentlichen die Gelegenheit zur Besitzergreifung Lothringens und zur Demütigung Österreichs benutzen wollte, jedoch weder den Willen noch die Macht besaſs, in Polen zugunsten Stanislaus' einzuschreiten. Das Anerbieten Horns blieb mehrere Monate lang ohne jegliche Antwort. Allen einsichtsvollen Staatsmännern wurde es mit einem Male klar, daſs Frankreich gar nicht im Ernste daran dachte, sich Stanislaus' wegen in einen Krieg mit Ruſsland einzulassen. Aber die kriegerische Stimmung war nun einmal geweckt worden, die Begeisterung für Stanislaus und das Rachegefühl gegen Ruſsland loderten bei dem jungen Schweden, welches das Kriegselend bereits vergessen hatte, in hohen Flammen empor. Es war kein leichtes für den alten, vorsichtigen Staatsmann, das Volk, falls neue Versuchungen und Anerbietungen kamen, zurückzuhalten.

Scharenweise ging der polnische Adel zur Partei Augusts III. über. Russische Truppen begannen Danzig zu belagern. Mit seinem Falle wäre in Polen alles entschieden und damit auch die Russen zur Unterstützung Österreichs gegen Frankreich frei gewesen. Die französische Diplomatie erkannte die Notwendigkeit,

Schweden zu einem Einfall in Rufsland oder doch wenigstens zum Entsatze von Danzig zu veranlassen. Am Schlusse des Jahres kam Casteja mit einem förmlichen Promemoria, in dem er erklärte, dafs Frankreich entschlossen sei, den Thron Stanislaus' zu befestigen und das Gleichgewicht im Norden wiederherzustellen, und zugleich die Bedingungen Schwedens für einen Angriff auf Rufsland kennen zu lernen wünschte. Jetzt war es König Friedrich, der eine förmliche Unterhandlung veranlafste. Er war von der allgemeinen Kriegsbegeisterung ergriffen worden, und die Hoffnung, selbst an einem Kriege mit Rufsland teilnehmen zu dürfen, sagte ihm so zu, dafs er einen Augenblick seine gewöhnliche Sympathie für den Kaiser vergafs. Im Januar 1734 überraschte er den Rat mit einem schriftlichen Votum, in dem er zu einer vertraulichen Unterhandlung mit Frankreich zum Zwecke der Wiederherstellung der früheren Macht und Ehre Schwedens riet. Seine Ansicht trug den Sieg davon; es wurden förmliche Unterhandlungen eingeleitet, in deren Verlauf die schwedische Regierung sich durch die freigebigen Versprechungen Castejas veranlassen liefs, mit dem bestimmten Anerbieten herauszurücken, sie wolle 10000 Mann zur Überführung nach Danzig und zur Verwendung bei der Verteidigung dieser Stadt Frankreich in Sold geben unter der Bedingung, dafs Frankreich bedeutende Subsidien gewähre und sich verpflichte, im Falle eines Angriffes Rufslands auf Schweden letzteres mit einer Flotte in der Ostsee und zwei Millionen Reichstalern jährlich zu unterstützen. Jetzt zeigte es sich indessen, dafs Casteja gar keine Vollmacht zu so weitgehenden Zugeständnissen besafs. Frankreich konnte sich Englands wegen zu keiner Flottensendung verpflichten und wollte auch keine so hohen Subsidien bezahlen, wie sie gewünscht wurden.

In solcher Lage hielt es Horn für angezeigt, den Rat der Stände einzuholen, und im Februar 1734 wurde die Reichstagseinberufung ausgefertigt. Die ernste äufsere Lage war ein hinlänglicher Grund für die Einberufung der Stände. Der Widerspruch in den französischen Anerbietungen machte die Stellung der Regierung noch schwieriger, und ganz gewifs wollte Horn für seine zurückhaltende Politik, die von der Masse nicht begriffen wurde, eine Stütze gewinnen. Zweifellos wollte er sich auch von

der beschwerlichen Opposition befreien, die von der Gyllenborg-Höpkenschen Clique unter dem Schutze des Thrones betrieben wurde, und Gyllenborg durch eine Abrechnung wegen seines Verhaltens in Beförderungsfragen zu Fall bringen.

Aber auch die Gegner trafen für den Reichstag ihre Vorbereitungen; sie hofften, Horn auf den Leib rücken zu können, weil er den König ungehörigerweise von der Kenntnisnahme der Reichsangelegenheiten ausgeschlossen hatte. Es spitzte sich auf einen persönlichen Kampf zwischen Horn und seinen Feinden zu, aber daran schlossen sich auch prinzipielle Gegensätze hinsichtlich der äufseren und inneren Politik, wenn auch alle diese Gegensätze sich noch nicht zu einem offenen Konflikte verschärft hatten oder noch nicht zu bestimmten Parteiprogrammen zusammengefafst worden waren. So stand ja das Streben nach dem ökonomischen Aufschwung Schwedens in scheinbarem Gegensatz zu der Kriegsbegeisterung, obwohl beide im tiefsten Innern dasselbe Ziel vor Augen hatten, nämlich Schweden wieder grofs zu machen. Trotz ihrer Annäherung an die Kriegsenthusiasten hielt die Gyllenborgsche Clique ihre Verbindung mit dem russischen Minister Bestuschev aufrecht, während die französische Politik fortgesetzt nur in Horn den Staatsmann erblickte, der imstande war, den russischen Einfluſs in Schweden fernzuhalten. In solcher Verwirrung befanden sich noch die Parteizustände, so wenig konsequent waren noch die verschiedenen Tendenzen, so verschiedenartig die Hoffnungen, die an den neuen Reichstag geknüpft wurden, welcher unter gröfserer Erregung der Gemüter und lebhafterer Teilnahme seitens der Öffentlichkeit zusammentrat, als je einer seit dem Beginne der neuen Staatsordnung. Das war das Chaos, aus dem die erste grofse parlamentarische Parteibildung in der Geschichte Schwedens hervorging.

* * *

Nach dem Beschlusse des Adels vom Jahre 1731 sollte dieses Mal kein Reichsratsmitglied als Landesmarschall aufgestellt werden. Horn kannte die Stimmung, die im Ritterhause herrschte, nur allzu gut, als dafs er es versucht hätte, den Beschluſs rückgängig zu machen. Er selbst lehnte die Kandidatur ab und empfahl

den Generalmajor Grafen Charles Emil Lewenhaupt, einen Mann in den besten Jahren, der der höchsten Aristokratie Schwedens angehörte, und infolge seiner Ritterlichkeit und Uneigennützigkeit grofses persönliches Ansehen genofs. Lewenhaupt besafs keine grofse Begabung, er war jedoch ein eifriger, redegewandter Anhänger der Freiheit, der mit Interesse am Reichstagsleben teilnahm. Er gehörte noch zum Kreise der Anhänger Horns; besonders liefs er sich vom Hofkanzler von Kocken, einem der geschicktesten Unterbeamten Horns, leiten. Er war jedoch für den patriotischen Chauvinismus sehr empfänglich und umgab sich mit Vorliebe mit einer Menge junger Kriegsenthusiasten. Gegen ihn stellte die Gegenpartei den Vorsitzenden des Hofgerichtes zu Åbo, Samuel Åkerhielm, auf, einen der gehässigsten Feinde Horns, der namentlich bei dem jüngeren Adel in grofsem Ansehen stand. Lewenhaupt siegte bei der Wahl mit einigen wenigen Stimmen Majorität. Dieses Resultat soll teilweise dem Umstande zuzuschreiben sein, dafs König Friedrich in seiner Unvorsichtigkeit Åkerhielm empfohlen hatte. Die Wahl Lewenhaupts war für Horn zwar ein Sieg, die Zuverlässigkeit des Gewählten als Werkzeug war jedoch zweifelhaft, und die ihm mangelnde Begabung konnte im Ritterhause oder in den Ausschüssen unmöglich die eigene Leitung Horns ersetzen.

Gleich nach der Wahl des Landesmarschalls wurde im Ritterhause die Einführung von geschlossenen Stimmzetteln bei den wichtigen Elektorenwahlen, die der Zusammensetzung des geheimen Ausschusses und sämtlicher Deputationen zugrunde lagen, durchgesetzt. Für Horn, den Hochadel und die höhere Bureaukratie war dies eine schwere Niederlage. Hiermit erst war die volle Konsequenz aus dem Sturze der Klasseneinteilung gezogen, die Macht im Ritterhause kam in die Hände der grofsen Masse junger Beamten und Militärs. Der geheime Ausschufs wurde mit Kriegsenthusiasten besetzt. In den bürgerlichen Ständen zwar waren die Anhänger Horns in der Majorität, aber der Bürgerstand war den Plänen und Einflüsterungen der ökonomischen Eiferer sehr zugänglich, und seine Vertreter im geheimen Ausschusse schlossen sich immer mehr den Gegnern Horns an, die dadurch im Aus-

schusse eine Majoriät erhielten, welche den Einfluſs Horns bei den Plenarsitzungen der Stände aufwog.

Unter solchen Verhältnissen hielten sich die entgegenstehenden Ansichten das Gleichgewicht. Um Bemerkungen gegen die geheime Kommission zuvorzukommen, schlug Horn selbst ihre Aufhebung für die Zukunft vor, und die gegen ihn gerichtete Anklage, den König ungehörigerweise von der Behandlung der wichtigsten auswärtigen Angelegenheiten ausgeschlossen zu haben, prallte an der Vollmacht ab, die der geheime Ausschuſs früherer Stände ihm hierzu verliehen hatte. Für Gyllenborg, der in mehreren Fällen seine Pflicht als Reichsrat überschritten hatte, sah es einen Augenblick gefährlicher aus. Aber nach heftigen Kämpfen gelang es auch seinen Anhängern in den Ausschüssen, alle Bemerkungen zum Schweigen zu bringen.

In der Bündnisfrage, die in erster Linie Anlaſs zur Einberufung des Reichstages gewesen war, stritten die Gegensätze gleichfalls mit zunehmender Erbitterung ohne bestimmtes Resultat. Im Frühjahre 1734 wurde die Belagerung Danzigs fortgesetzt. Vergebens rief die Stadt fremde Mächte um Hilfe an. Aus Frankreich kam nur ein kleines Geschwader mit einigen tausend Mann, die ohne Erfolg die russischen Verschanzungen zu durchbrechen suchten. Bald darauf legte sich die russische Flotte vor Danzig und schnitt so alle Aussichten auf Entsatz ab. König Stanislaus rettete sich durch abenteuerliche Flucht, und am 28. Juni kapitulierte Danzig. Aus Schweden hatten sich Hunderte von Freiwilligen unter die Fahnen Stanislaus' gestellt und sein Geschick geteilt, aber die schwedische Regierung hatte nichts tun können, da das von ihr gemachte Anerbieten von Frankreich nicht zu rechter Zeit angenommen wurde. Der Fall Danzigs benahm Horn jeden Zweifel an der Notwendigkeit vollständiger Neutralität. Sogar der geheime Ausschuſs konnte trotz seiner Kriegsbegeisterung nichts anderes tun, als eine abwartende Haltung einnehmen; in seiner Antwort, die der Ausschuſs im September auf die Proposition der königlichen Regierung in auswärtigen Angelegenheiten abgab, erkannte er wohl die Notwendigkeit stetiger Freundschaft mit Frankreich an, muſste jedoch für den Augenblick die Fortsetzung einer friedlichen Politik empfehlen und es im übrigen der

Regierung überlassen, in Fragen der auswärtigen Politik in Zukunft die Entscheidung den Umständen gemäfs zu treffen. Ein neues Anerbieten, das Casteja endlich auf Befehl seiner Regierung machte, Schweden solle gegen Subsidien 10000 Mann zur „Unterhaltung der Konjunkturen“ nach Polen senden, war jetzt, da ganz Polen von russischen und sächsischen Truppen beherrscht wurde, so offenbar ohne Sinn und Verstand, dafs die Freunde Frankreichs verstummten und das Anerbieten ohne weiteres abgelehnt wurde. Der ganze Einfluſs Frankreichs schien auf dem Spiele zu stehen.

Da trat, als der Reichstag sich seinem Schlusse näherte, in den Parteiverhältnissen eine bedeutungsvolle Wendung ein, die für lange Zeiten für die Geschicke Schwedens entscheidend war. Mitte Oktober 1734 wurde zwischen Casteja auf der einen Seite, Gyllenborg und Höpken auf der anderen der Grund zu der innigen Verbindung gelegt, die der französischen Diplomatie endlich eine bestimmte Partei mit geschickter Leitung und bedeutendem Anhange im Reichstage verschaffte. Casteja brachte jede Rücksicht auf Horn, Gyllenborg und Höpken dagegen jede Rücksicht auf Rufsland und in gewisser Hinsicht auch auf König Friedrich, dessen Sympathien für Frankreich bereits abgekühlt waren, zum Opfer. Der Kommerzienrat Olof von Törne, „der mit 60000 Kupferplatten erkaufte Freund“, wie ihn Casteja nennt, soll dieses Übereinkommen vermittelt haben. Eine Anekdote erzählt, der Sekretär des russischen Ministers sei mit einer Menge von Schriftstücken, welche eine kompromittierende Verbindung zwischen Gyllenborg und Rufsland bewiesen, zu Casteja geflohen. Um einer Entdeckung zuvorzukommen, warf sich Gyllenborg eiligst dem französischen Gesandten in die Arme und verschwor sich dem Dienste Frankreichs. Die Anekdote ist sicherlich unbegründet, denn die Depeschen Castejas erzählen davon nichts; die Verbindung ist bloſs die natürliche Folge der gemeinsamen Opposition gegen Horns Politik; aber diese Erzählung charakterisiert jene Staatsmänner nicht übel und bringt die Überraschung, die damals allgemein über den plötzlichen Umschwung herrschte, zum Ausdruck. Mit Höpken und Gyllenborg ging ein bedeutender Anhang von persönlichen Gegnern Horns und von Bewunderern der neuen Handelsdoktrinen, der französischen Diplomatie folgten die Kriegsenthu-

siasten, und aus allen diesen Elementen wurde schliefslich eine förmliche Partei zusammengefügt, die sich um ein bestimmtes Programm unter bestimmter und geschickter Leitung sammeln liefs. Das war der erste Ursprung der grofsen Hutpartei.

Die neue Parteibildung machte sich gleich bemerkbar. Der Ruf nach Krieg mit Rufsland erhielt neue Kraft. Im Gegensatz zu der bereits erteilten Antwort auf die geheime Proposition liefs der Ausschufs im November ein neues Schreiben an die Regierung abgehen, in welchem die Freundschaft mit Frankreich, die Demütigung Rufslands und das Wohl König Stanislaus' als die Hauptziele der schwedischen Politik aufgeführt wurden; an die Regierung wurde das Ersuchen gestellt, dem französischen Hofe ein Bündnis anzutragen, durch das sich Schweden gegen Subsidien verpflichtete, mit keiner Frankreich feindlich gesinnten Macht Verträge abzuschliefsen. Dem geheimen Ausschusse war es nicht entgangen, dafs die Türkei ebenso wie Polen mit Schweden gemeinschaftliche Interessen gegen Rufsland hatte. Man wufste, dafs die Türkei über die Eingriffe Rufslands in Polen und den Ländern des Kaukasus aufgebracht war und zum Losschlagen bereit stand. Durch zwei junge Schweden, Karl Friedrich von Höpken, einen Sohn des Präsidenten, und Eduard Carlson, die vom Handelskollegium zur Einziehung von Erkundigungen über den levantinischen Handel nach dem Orient gesandt worden waren, hatten türkische Staatsmänner Andeutungen machen lassen, wie wünschenswert eine Annäherung zwischen der Türkei und Schweden wäre, und welch grofsen Gewinn eine solche in Aussicht stellte. Die Regierung nahm das Ganze mit Mifstrauen auf, aber der geheime Ausschufs beschlofs, einen Minister nach Konstantinopel zu senden, und beauftragte Höpken und Carlson, bis zur Ankunft eines solchen als Chargés d'affaires zu fungieren. Das war der Anfang einer umfassenden und aggressiven auswärtigen Politik, die darauf ausging, Schweden in das verwegenste Glücksspiel der europäischen Diplomatie hineinzuziehen, um dem Geschmacke jener Zeit gemäfs günstige Konjunkturen für einen baldigen Aufschwung auszunutzen.

Aber bei den Ständen waren die Anhänger Horns noch in der Majorität. Nachdem sich die erste Überraschung über die

neue Parteibildung gelegt hatte, sammelten sie sich zu kräftigerem Widerstande gegen die Abenteuerpolitik. Die Freunde des Königs arbeiteten mit denen Horns Hand in Hand, und in privaten Vorstellungen gelang es, den verständigeren Kriegsenthusiasten die Überzeugung von der Unmöglichkeit der letzten Ausschufsverfügungen in der Bündnisfrage beizubringen. Sogar der Landesmarschall, der auf seiten der Kriegspartei gestanden hatte, zog sich zurück. Zur Einlegung von Protest wurde der Bauernstand ins Treffen geschickt. Seine Abgeordneten erschienen beim geheimen Ausschufs und legten einen förmlichen Protest gegen alle ohne sein Wissen mit fremden Mächten abgeschlossenen Bündnisse ein, besonders wenn hierdurch irgendeine Beunruhigung für das Reich zu befürchten stände. Der Ausschufs fand es angezeigt, in einem neuen Schreiben vom 4. Dezember zu erklären, es sei nicht seine Absicht gewesen, Schweden gegen französische Subsidien mit allen anderen Mächten zu verfeinden, sondern alle sollten mit gröfster Vorsicht behandelt und die mit ihnen abgeschlossenen Traktate aufrecht erhalten werden, bis sich die Konjunkturen so weit geklärt hätten, dafs man mit dem Plane der Wiedereroberung der verlorenen Länder offen hervortreten könnte. Mit diesem Bescheid, der das frühere Schreiben betreffs eines unbedingten Anschlusses an Frankreich bedeutend abschwächte und der Regierung wieder die volle Macht verlieh, nach eigenem Ermessen in den auswärtigen Reichsangelegenheiten zu beschliefsen, endete der Parteikampf auf diesem Reichsstage. Einige Tage später gingen die Stände auseinander.

Ebenso wie der langwierige Parteikampf auf dem Gebiete der auswärtigen Politik ohne Erreichung eines definitiven Resultates auf und ab wogte, so hatten sich die Parteien auch bei den inneren Gegensätzen die Wage gehalten. Der Reichstag des Jahres 1734 hat nicht weniger energisch als frühere Ständetage an der inneren Verbesserung des Landes gearbeitet. Auch in dieser Hinsicht stiefsen die Meinungen hart aufeinander, mehrfache Beschlüsse beweisen, dafs kühnere und radikalere Ansichten sich hervorzudrängen wagten, die nicht in voller Harmonie mit dem standen, was nach Ansicht der Staatsmänner aus der vorsichtigen Schule Horns mit einer gesunden ökonomischen Politik oder mit

der Rücksicht auf andere Mächte sich in Einklang bringen liefs; zu einem eigentlichen Umsturz des herrschenden Systems kam es jedoch nicht.

Die Regierung Arvid Horns und sein politisches System standen noch aufrecht, seine Machtstellung aber war untergraben. Die Macht über den Adel war seinen Händen entglitten, seine Herrschaft über den Rat war nicht mehr dieselbe, da in ihm die Opposition mit neuer Kraft hervorgetreten und sein Versuch, die Führer der Gegner zu vernichten, mifslungen war. Die Aufhebung der geheimen Kommission nahm ihm die unbedingte persönliche Leitung der auswärtigen Politik; die früheren Vollmachten, ohne Einberufung der Stände Krieg zu beginnen, die von grofsem Vertrauen zeugten und die Autorität der Regierung stärkten, waren nicht erneuert worden, und Tendenzen, die den von ihm verfochtenen entgegengesetzt waren, hatten sich mit Kraft hören lassen und waren zum Teil durchgedrungen. Vor allem stand eine Partei, die in der damaligen Gesellschaft tiefgehende Voraussetzungen hatte, fertig da, um auf einem kommenden Reichstage den Entscheidungskampf mit dem alten Staatsmanne und seinen Ideen aufzunehmen. Es war klar, dafs die Pause zwischen den Reichstagen zunächst zur Vorbereitung hierfür benutzt werden würde.

* * *

Trotz der zunehmenden Feindschaft zwischen England und Frankreich war es Horn lange Zeit gelungen, mit beiden Frieden und Freundschaft zu halten und sich zwischen den Gegensätzen durchzuwinden, ohne für eine der beiden Mächte Partei zu ergreifen. Persönlich sympathisierte Horn mit England. In dieser Macht erblickte er die Hauptstütze des Friedens in Europa; er war der Ansicht, Englands Flotte sei für Schweden der beste Schutz, den es gegenüber den Mächten, die seinen Frieden stören wollten, haben könne. Aber auf irgendwelche Hilfe bei einem zukünftigen Rachefeldzug gegen Rufsland konnte Schweden von dieser Seite nicht zählen. Im Gegenteil! Die heftige Feindschaft zwischen England und Rufsland aus der Zeit des nordischen Krieges war jetzt abgekühlt, dem Bündnisse Englands mit Österreich war

ganz natürlich auch eine Annäherung an Rufsland gefolgt, und im Dezember 1734 wurde der wichtige Handels- und Freundschaftsvertrag unterzeichnet, welcher der Beginn zu Englands politischen und kommerziellen Verbindungen mit dem grofsen Zarenreiche im Osten war. Für alle schwedischen Rachepläne gegen Rufsland war dies ein schwerer Schlag. Die Verbindung mit Schweden verlor für England immer mehr ihre Bedeutung.

Von Frankreich dagegen erhofften alle Patrioten Hilfe für den zukünftigen Rachekrieg mit Rufsland, und wenn auch für den Augenblick nach dem schmählichen Ausgange des Thronfolgestreites in Polen von einem Angriff auf Rufsland nicht die Rede sein konnte, so hatte doch der geheime Ausschufs sich für einen diplomatischen Anschlufs an Frankreich ausgesprochen, um so der Kriegspartei die Aussichten für die Zukunft zu bewahren. Casteja verabsäumte es nicht, Vorschläge für ein derartiges Bündnis zu machen, gemäfs welchem Schweden gegen Subsidien seine auswärtige Politik vollständig unter französische Leitung stellen sollte. Gestützt auf das letzte Schreiben des Ausschusses wies Horn diese Bedingung zurück. Erst nachdem Frankreich seine Forderungen bis zu einer ziemlich unschuldigen Verpflichtung für Schweden herabgemindert hatte, während des Krieges keine Truppen, die gegen Frankreich Verwendung finden könnten, zu stellen, wurde am 14. Juni 1735 der Vertrag in Stockholm unterzeichnet.

Gleichzeitig hiermit schlug jedoch der russische Minister Bestuschev die Erneuerung des 1724 geschlossenen Freundschafts- und Schutzbündnisses zwischen Schweden und Rufsland vor. Horn war dies nicht unwillkommen. Er wollte zeigen, dafs Schweden seine Selbständigkeit nicht an Frankreich verschachert hatte. Das Anerbieten konnte aufserdem nicht ohne förmlichen Bruch abgewiesen werden, der Vertrag enthielt auch nicht mehr die gleiche Gefahr wie früher, da Rufsland 1732 Dänemark den Besitz Schleswigs garantiert hatte und Schweden 1734 durch ein Freundschafts- und Schutzbündnis mit Dänemark dem Beispiele gefolgt war. Um jeden Konflikt mit dem französischen Bündnisse zu vermeiden, verlangte jedoch Horn, dafs die gegenwärtige Unruhe in Polen und alle ihre Folgen davon förmlich ausgenommen würden, was Bestuschev auch zugestand, und am 5. August wurde das

neue Schutzbündnis mit Rufsland in Stockholm unterzeichnet. Die nächste Folge hiervon war, dafs Frankreich sich veranlafst sah, die Bestätigung des abgeschlossenen Subsidienvertrages mit der Erklärung zu verweigern, Schwedens neues Bündnis stehe im Widerspruch mit dem Zwecke der Konvention. Diese willkürliche Behauptung konnte kaum den wirklichen Anlafs zum Bruch des Subsidienabkommens verhüllen, nämlich die Friedens präliminarverhandlungen in Wien, die Frankreich all das verliehen, was es vom Kriege erhoffen konnte. Frankreich brauchte nicht weiterhin zur blofsen Bewahrung einer Freundschaft, die, solange Horn am Ruder war, keinerlei Vorteile zu gewähren schien, Subsidien zu opfern. Dagegen war die Aufhebung des Traktates ein ausgezeichnetes Agitationsmittel gegen Horn. In ganz unverschämter Weise schob Casteja alle Schuld auf Horn und erklärte in einem förmlichen Schreiben an die Regierung, dafs sie dadurch, dafs sie sich dem Wunsche der Stände und der ganzen Nation widersetzt habe, den Fall Danzigs und die Aufhebung des neuen Bündnisses verschuldet habe. Die Anhänger Castejas folgten dieser Weisung und erhoben überall im Reiche ein Geschrei wegen der Russenfreundlichkeit Horns. Die grofse Masse, die den Zusammenhang nicht verstand, sah nur die Tatsache, dafs Schweden an Stelle einer Allianz mit Frankreich, welche die Stände empfohlen hatten und die für die Zukunft Aussichten auf Wiedereroberung der verlorenen Besitzungen eröffnen sollte, ein erneuertes Freundschaftsbündnis mit Rufsland erhalten hatte und weiter nichts.

Nach der Beendigung des polnischen Thronfolgekrieges hatte die Kriegsagitation ihre Hauptvoraussetzung verloren, und die kriegerische Stimmung wäre wahrscheinlich vollständig eingeschlafen, wenn nicht Rufsland im Jahre 1736 seine Truppen gegen einen furchtbareren Feind, als das arme Polen es war, ins Feld geführt hätte. Der russisch-türkische Krieg brach aus. Durch die Vermittlung der schwedischen Gesandten in Konstantinopel stellten die türkischen Staatsmänner neue Allianzanträge gegen Rufsland. Der Regierung kamen die Anerbietungen allzu abenteuerlich vor. Indessen schlofs sie 1737 mit der Türkei einen Handelsvertrag und ein Übereinkommen ab, dem gemäfs der schwedische Staat die Schulden Karls XII. durch Übersendung eines Kriegsschiffes

mit 72 Kanonen und 30000 Musketen bezahlen sollte. Im Sommer desselben Jahres wurden zwei schwedische Offiziere nach dem Kriegsschauplatz entsandt, um zuverlässige Berichte zu erstatten. Zu Anfang des Krieges gewannen die Russen zwar grofse Erfolge, und die Teilnahme Österreichs auf seiten Rufslands verminderte die Aussichten der Türkei in noch höherem Mafse, aber wider alles Erwarten entwickelten die Türken eine staunenerregende Widerstandskraft. Vom Herbste 1737 ab erlitten die sieggewohnten habsburgischen Armeen Niederlage auf Niederlage, und auch die Erfolge der Russen wurden zum Stillstand gebracht. Die militärischen Kräfte ganz Rufslands schienen in diesem heifsen Kampfe engagiert zu sein, eine Nachricht nach der anderen wufste von unerhörten Verlusten an Mannschaft und Geld zu erzählen, und in Rufsland machte sich der Hafs gegen die deutsche Regierung in unaufhörlichen Verschwörungen Luft, die den Thron der Kaiserin Anna ins Wanken brachten. In Schweden erwachten die Kriegsgedanken mit neuer Kraft. Vielleicht war jetzt der rechte Zeitpunkt zur Rache an dem verhafsten Nachbar im Osten gekommen. Der Kampf der Parteien im Innern Schwedens erhielt neue Nahrung, die seine Flammen bis zum Himmel auflodern liefs.

Innerhalb der Regierung trat der Widerstand gegen Horn mit erhöhter Kraft hervor. Seiner französischen Familientradition wegen schlofs sich auch der reiche und vornehme De la Gardie der Partei Gyllenborgs an. Die Reichsräte Ekeblad und Cronhielm, bisweilen auch Cronstedt und Strömfelt, gingen ebenfalls mit der französischen Partei. Horn behielt zwar im Rate noch die Übermacht, aber sein zunehmendes Alter und seine Kränklichkeit zwangen ihn, längere Zeit auf dem Lande zuzubringen. König Friedrich hielt jetzt aus Widerwillen gegen Frankreich ständig zu Horn, aber in Fräulein Taube besafsen die Gegner Horns immer noch ein Mittel, auf den König einzuwirken. Sein Verhältnis zu Fräulein Taube war immer mehr in die Öffentlichkeit gedrungen und hatte festere Formen angenommen, da sie dem Könige Kinder gebar, von welchen die Söhne Friedrich Wilhelm und Karl Eduard ein reiferes Alter erreichten. Sie hatte ihre eigene Wohnung erhalten und beanspruchte, als königliche Mätresse anerkannt zu werden. Auch waren Gerüchte von einer heimlichen Trauung in

Umlauf und wurden geglaubt. Besonders in Beförderungsfragen machte sich dieser private Einfluſs immerfort geltend, und was man bei Fräulein Taube oder dem Könige nicht durch Lockmittel erreichen konnte, ließ sich möglicherweise durch die Drohung erlangen, man würde ihr Verhältnis der Prüfung der Stände unterstellen.

Auſserhalb des Rates war Höpken immer noch die leitende Seele der Kriegspartei. Als eifrige Agitatoren zeichneten sich ferner v. Törne, Friedrich Gyllenborg und der frühere Minister in London, Karl Sparre, aus. Als eine Art Chef kann man auch Casteja anführen. Niemals hat ein fremder Gesandter eine solche Rolle im inneren Leben Schwedens gespielt. Mit Energie warf er sich in den Kampf der Parteien, verschaffte sich durch Bestechungen Zutritt zu den Geheimnissen des Rates und der Kanzlei, inspirierte Flugschriften und schoſs zu Propagandazwecken Gelder vor. Casteja wandte sich direkt ans Publikum, indem er seine eigenen Eingaben und andere Aktenstücke aus der berüchtigten Bündnisunterhandlung verbreitete. Seine Unverschämtheit nahm schlieſslich einen solchen Umfang an, daſs die schwedische Regierung seine Abberufung verlangen muſste. Zu seinem Nachfolger ernannte die französische Regierung den Grafen de St. Sévérin, der es verstand, unter feineren und maſsvolleren Formen dieselbe Politik zu verfechten. Er langte im November 1737 in Stockholm an. Casteja verblieb bis Neujahr daselbst, um seinen Nachfolger in die Lage einzuweihen.

Zur Bearbeitung der öffentlichen Meinung bediente man sich auſser anderen Mitteln Flugschriften, die von giftigen Schmähungen gegen Horn und seine Gehilfen in der Kanzlei strotzten. Vergebens ließ die Regierung die schlimmsten derselben vom Büttel verbrennen und suchte ihrer Verfasser dadurch habhaft zu werden, daſs sie durch öffentliche Bekanntmachung eine Belohnung für die Angeber derselben aussetzte. Zu den verbreitetsten dieser Schriften gehörte „das Testament Castejas“, das unter heftigen Ausfällen gegen die Regierung Frankreich verherrlichte und behauptete, von Kocken habe den Ständen mit russischen Galeeren gedroht usw. Auch von seiten der Regierung wurden, um die öffentliche Meinung zu bearbeiten, Broschüren verfaſst und in

Umlauf gesetzt; dieselben konnten jedoch den von der Gegenpartei in Massen verbreiteten Flugblättern nichts anhaben. Fernere Agitationsmittel waren die persönlichen Bearbeitungen, an denen sich auch Damen beteiligten. In den Salons der Hauptstadt gaben sie durch Losungsworte und Abzeichen, welche die Anhänger ermuntern und sammeln sollten, den Ton an. Die ganze höhere Gesellschaft war in zwei Lager, für und gegen den Krieg, geteilt. In den kriegerisch gesinnten Kreisen war es, wo der Name „Nachtmützen“ oder „Mützen“ als eine verhöhnende Bezeichnung der Gegner entstand, während sie sich selbst nach dem Freiheitssymbol der Alten „Hüte“ nannten. So entstanden die Parteibezeichnungen Hüte und Mützen, die später eine so grofse Rolle spielten. Sie dürften erst zu Beginn des Reichstages vom Jahre 1738 in Anwendung gekommen sein, aber noch war es nur der Name „Hüte“, der eine bestimmte Partei bezeichnete.

Auch in der Literatur liefsen sich die politischen Gegensätze verspüren. Schon Dalins Wochenschrift: „Der schwedische Argus“ trat für die fortgeschritteneren ökonomischen Doktrinen ein und verfocht die Interessen des jüngeren Adels. Die Eröffnung der schwedischen Schaubühne im Jahre 1737 war direkt von der Hutpartei ausgegangen. Der junge Anders Johann v. Höpken, ein Sohn des Präsidenten, war die führende Persönlichkeit bei dem neuen Unternehmen, und zu den ersten zur Aufführung gelangenden Stücken gehörte Karl Gyllenborgs „Der schwedische Stutzer“ (Den svenska spratthöken). Die Tendenz dieses Stückes war, den alten Geburtsadel lächerlich zu machen und für den jungen Adel gegenüber den alten vornehmen Familien einzutreten. Überhaupt verspürte man einen neuen, patriotischen Aufschwung im geistigen Leben Schwedens; und wenn auch diese Bewegung keineswegs im Dienste der Parteipolitik stand, so trug sie doch dazu bei, ein Gefühl patriotischer Begeisterung, jugendlicher Lebenskraft und Tatenlust zu erwecken, das in vieler Beziehung eine wichtige Voraussetzung für die Verbreitung der Hutideen gewesen sein dürfte.

Die Stände selbst hatten ihre nächste Versammlung auf das Frühjahr 1738 festgesetzt. Als diese Zeit herannahte, traf die emporstrebende Partei ihre Vorbereitungen, um durch eine bisher

unerhörte Agitation Anhang bei denselben zu gewinnen. Jetzt erst beginnen in gröfserem Mafsstabe die Versuche, im Reichstag eine Majorität zustande zu bringen und zusammenzuhalten, welche Versuche den Anfang einer neuen, parlamentarischen Epoche bezeichnen. Parteiagenten reisten im Lande umher, um „wohlgesinnte“ adelige Familienoberhäupter zu veranlassen, selbst auf dem Reichstage zu erscheinen oder geeigneten Personen Vollmachten oder noch lieber der Parteileitung solche in blanco zu erteilen, gegen bare Erkenntlichkeit natürlich. Diese Agitation erstreckte sich noch hauptsächlich auf den Adel und ging erst später auf die bürgerlichen Stände über. Auf den bevorstehenden Zusammentritt des Reichstags bereiteten sich die ausländischen Gesandten, in erster Reihe der Gesandte Frankreichs, aber auch die Englands und Rufslands durch Geldanweisungen von ihren Höfen vor. Die Zeit der Klubs, der Monatsgelder, der Freitische oder der Gratisbewirtung war gekommen, und der Strom der Korruption begann zu fliefsen. Das für die Freiheitszeit typische Reichstagsleben nahm seinen Anfang.

Die Grundlage der Herrschaft Arvid Horns geriet bei dem Angriff der energischen Partei ins Schwanken. Krieg gegen Rufsland und Wiederherstellung von Schwedens Grofsmacht im Verein mit Frankreich und der Türkei, eine neue Industrie-, Handels- und Bankgesetzgebung, die den Forderungen der weitgehendsten Schutzideen entsprach, das war der Kriegsruf der jungen, anstürmenden Scharen. Bei dem kommenden Streite handelte es sich nicht nur um die äufsere Politik Schwedens, sondern um sein ganzes inneres Staatsleben. Der Strom der persönlichen Leidenschaften, der Rachsucht, des Ehrgeizes und der Käuflichkeit für Gold war mit grofsen Prinzipen untermischt, die über die junge Partei einen Schimmer jugendlicher Keckheit, Vaterlandsliebe und Unternehmungslust ausgossen. Es war eine Saat des Guten und des Bösen, die für schwedische Volk heranreifte.

* * *

Wie mit einem Schlage führte der Reichstag 1738 eine Menge neuer Personen in das öffentliche Leben Schwedens ein. Bei der Wahl des Landesmarschalls vereinigte sich die Kriegspartei auf

den Namen Karl Gustav Tessin. Tessin war zwar kein völliger Neuling in der Politik. Trotz seiner Jugend hatte er in den zwanziger Jahren als Mitglied der holsteinischen Partei zuerst auf dem Reichstage des Jahres 1723 und dann in der Kanzlei und bei einer Gesandtschaft nach Wien eine bedeutende Rolle gespielt. Aber mit dem Sturze der holsteinischen Partei war es für einige Zeit mit seiner politischen Laufbahn zu Ende. Nach seinem Vater, dem alten Reichsrat Nikodemus Tessin, übernahm er das Amt eines Oberintendenten und die höchste Leitung des Schlofsbaues, daneben widmete er sich seinen künstlerischen und literarischen Interessen und den Reizen des gesellschaftlichen Lebens. Nur eine zweite, kürzere Gesandtschaft nach Wien 1735 bis 1736 unterbrach diese angenehme Mufse. Die glänzende Begabung Tessins, seine Begeisterung, sein Rednertalent und sein feines äufseres Auftreten liefsen ihn immer mehr in den Vordergrund treten und machten ihn begehrenswert für beide Parteien, bis er sich nun endgültig der aufstrebenden Partei anschlofs und mit überwältigender Majorität dazu berufen wurde, den Landesmarschallstab zu übernehmen und die jungen, undisziplinierten Scharen zum Siege zu führen.

Bei den Ausschufswahlen gewann die Kriegspartei im Ritterhause ebenfalls den Sieg auf der ganzen Linie. In den geheimen Ausschufs wurden mit ungewöhnlicher Rücksichtslosigkeit die Vertrauensmänner der siegreichen Partei entsandt, wie Karl Sparre, Lewenhaupt, der jetzt entschieden auf seiten der Gegner Horns stand, v. Törne und Akerhielm. Unter den Neugewählten befanden sich Anders Johann v. Höpken, Klas Ekeblad und Henning Gyllenborg, junge Leute von einigen zwanzig bis dreifsig Jahren, die in der Beamtenlaufbahn nur erst die ersten Schritte gemacht hatten, jetzt aber auf die bedeutendsten Stellen in den Deputationen des geheimen Ausschusses gesetzt wurden. Junge Gardefähnriche und Hilfsbeamte trieben im Gefühl ihrer Machtvollkommenheit übermütig und ungeniert hohe Politik im Ritterhause, brachten ihre Gegner mit Drohungen und Lärm zum Schweigen und gaben den Verhandlungen ein Gepräge von Pöbelhaftigkeit und Verworrenheit, das die Fähigkeit des Landesmarschalls auf eine harte Probe stellte. Um die jungen Mitglieder

zusammenzuhalten und zu instruieren, wurden Klubs gebildet. Einer derselben hieſs „die kleine Generalität“; es war dies eine Vereinigung einiger älterer und höherer Militärs mit der Absicht, gemeinsame Mahlzeiten für die jungen Offiziere abzuhalten. Man begann Stimmzettel zu verteilen, und die Reichstagstaktik ging ihrer ersten Blütezeit entgegen.

In den bürgerlichen Ständen hatte dagegen die Regierung die Majorität. Vom Bürgerstande wurden jedoch Fürsprecher der neuen Handels- und Industriepolitik in den geheimen Ausschuſs entsandt, unter denen die beiden jungen Stockholmer Groſskaufleute Thomas Plomgren und Gustav Kierman, die hiermit ihre bedeutungsvolle Laufbahn begannen, an erster Stelle standen. Im Verlauf des Reichstages schlossen sie sich förmlich der Hutpartei an und gingen mit dem französischen Gesandten einen Kontrakt ein, gegen eine bestimmte Summe den Bürgerstand auf der richtigen Seite zu erhalten. Für die Zukunft war dieser Stand einer der festesten Sitze der Hutpartei, obwohl Horn bei den Plenarsitzungen des Standes noch die Übermacht hatte. Die Hutpartei hatte jedoch durch die Abgeordneten des Adels- und des Bürgerstandes die Herrschaft über den geheimen Ausschuſs in Händen; hiermit besaſs diese Partei ein Machtmittel, das an Bedeutung sowohl König wie Rat und selbst die Stände aufwog. Der geheime Ausschuſs ergriff die Herrschaft über den schwedischen Staat noch vollständiger und rücksichtsloser als früher und berief sich dabei auf die Notwendigkeit strenger Geheimhaltung. Seine groſse Zeit war gekommen; in seinen eigenen geheimen Deputationen eine feste Organisation besitzend, nahm er die gesamte Regierung in den wichtigsten Reichsgeschäften in seine Hand.

Der geheime Ausschuſs beschloſs kühn, die von der Türkei dargebotene Hand zu einem Bündnis gegen Ruſsland zu ergreifen. Trotz aller Warnungen seitens der Regierung erhielten Höpken und Carlson den Auftrag, der Türkei Subsidien und das Versprechen abzuverlangen, keinen Frieden zu schlieſsen, bevor nicht Schweden seine verlorenen Länder zurückerobert hätte, während Schweden die Verpflichtung übernahm, Ruſsland anzugreifen. Ein eigenes Mitglied des Ausschusses, der Major Malkolm Sinclair,

der schon vorher von der Regierung nach dem Kriegsschauplatz entsandt worden war, wurde von neuem in tiefstem Geheimnis nach der Türkei geschickt, um weitere Erkundigungen über den Krieg einzuziehen, einen gesicherten Postverkehr zustande zu bringen und Duplikate von Briefen und Antworten in der hochwichtigen Angelegenheit zu befördern. Das Abkommen betreffs der Schulden Karls XII. wurde ohne Zaudern erfüllt, und das Kriegsschiff „Sverige“ mit Kanonen und Gewehren nach Konstantinopel abgesandt. Das Schiff scheiterte im Dezember an der spanischen Küste, war jedoch im Auslande versichert. Der Ausschufs faſste sogar den Beschluſs, Truppen nach Finnland zu senden, hielt es jedoch für angebracht, die Ausführung dieses Beschlusses noch aufzuschieben. Es waren dies lauter Herausforderungen, die gegen Ruſsland gerichtet waren.

Im Herbste des Jahres 1738 wurden die drei Jahre vorher abgebrochenen Bündnisunterhandlungen mit Frankreich wieder aufgenommen. Das französische Kabinett hielt die Zeit für gekommen, Schweden an sich zu fesseln, um dasselbe für einen Krieg mit Ruſsland bereit zu halten und um seiner eigenen Friedensvermittelung auf der Balkanhalbinsel Nachdruck zu verleihen. Der französische Bündnisantrag wurde von der Kriegspartei mit Jubel aufgenommen. Ohne Wissen der Regierung entwarf Tessin direkt mit dem französischen Gesandten die Bedingungen, und darauf folgte Scheines halber eine förmliche Unterhandlung. Am 31. Oktober 1738 wurde das wichtige Freundschaftsbündnis zwischen Schweden und Frankreich unterzeichnet. Beide Mächte verpflichteten sich, ohne gegenseitiges Einverständnis keine Bündnisse mit anderen Mächten abzuschlieſsen oder zu erneuern. Dies galt natürlich nur für Schweden, das drei Jahre lang 300 000 Reichstaler jährliche Subsidien erhielt. Hiermit hatte der schwedische Staat seine neutrale, selbständige Friedenspolitik aufgegeben und war in aller Form in das groſse französische Allianzsystem in Europa eingetreten. Jubelnd vermeinten die jungen, kriegslustigen Scharen der Hutpartei, sie hätten die Politik Gustav Adolfs und Axel Oxenstiernas erneuert und ihre Tat bedeute eine Rückkehr zu den echten Traditionen der Zeit der Groſsmachtstellung. In Wirklichkeit hatten sie Schwedens volle Selbständigkeit und seine volle Herrschaft

über seine eigene auswärtige Politik um die schwache Hoffnung künftiger Rache an dem verhafsten Nachbarn im Osten verschachert. Eine fernere Umwälzung erfuhr das System Horns dadurch, dafs zu gleicher Zeit der Streit mit England wegen des Überfalles auf Porto Nuovo in einen offenen Konflikt ausartete. Die englische Ostindische Gesellschaft hatte einen Vergleich und vollen Ersatz für die Verluste der schwedischen Gesellschaft unter der Bedingung angeboten, dafs englische Untertanen von derselben ausgeschlossen würden. Die Regierung und die Ostindische Gesellschaft waren mit diesem Abkommen einverstanden, der geheime Ausschufs jedoch verwarf dasselbe und drohte mit Repressalien.

Die Staatskunst Horns hatte eine vollständige Niederlage erlitten. Er konnte und wollte nicht weiter die kriegerische Bewegung mitmachen oder bei seinem hohen Alter den schwedischen Staat auf Wege führen, die er selbst mifsbilligte. Innerhalb der Deputationen suchte man eifrig an seiner Amtsführung alle möglichen Ausstellungen zu machen, um ihn mit Gewalt aus seiner Machtstellung zu vertreiben, falls er nicht freiwillig ging. Wenn er dieser Drohung auch Trotz bieten konnte, so schwankte doch die Grundlage seiner Macht, seine Anhänger waren niedergeschlagen und überrascht und der Ausgang eines Kampfes ungewifs. Dazu kamen seitens der Gegner verlockende Versprechungen, da sie den Einfluſs Horns in hinreichendem Mafse fürchteten und ihm deshalb lauter Ehre und grofse Vorteile anboten, wenn er freiwillig zurücktreten wollte. Bitterkeit im Herzen, beugte sich der alte Staatsmann vor dem Sturme und bat im Dezember 1738 um seinen Abschied. Dieser wurde sofort unter glänzenden Lobreden seitens seiner Freunde und seiner Feinde bewilligt. Die Stände faſsten den Beschluſs, er solle zeitlebens im Besitze seiner Ratswürde und seines Gehaltes verbleiben.

Mit dem Rücktritte Arvid Horns von der Regierung fiel auch das hauptsächlichste persönliche Hindernis, das dem Sturze seines Ministeriums im Wege stand, falls man die Ratsversammlung, in der er zeitweise souverän, zeitweise mit umstrittener Autorität, jedoch stets mit der Überlegenheit geherrscht hat, die die Folge einer langen, erfolgreichen und persönlich begründeten Machtausübung

ist, so nennen darf. Die Reichsräte, die seine Stütze innerhalb der Regierung gebildet hatten, hatten ihr Amt noch inne und kämpften trotz der Niederlage, die seine Politik bereits erlitten hatte, und trotz der Angriffe, die noch bevorstanden, für seine Ideen. Der Sieg war kein vollständiger, solange die Hüte sie nicht aus der Regierung vertrieben hatten. Aber hierbei trat es deutlich zutage, wie unvereinbar die alte traditionelle Selbständigkeit des Rates mit der neuen Ständeherrschaft war. Die Reichsräte hielten sich nicht für verpflichtet, bloſs deshalb freiwillig zurückzutreten, weil die Stände ihre politische Auffassung miſsbilligten. Für die Hutpartei blieb daher nichts anderes übrig, als sie durch ein juristisches Verfahren, das sie ihrer Ämter unwürdig erklärte, dazu zu zwingen. Es war dies ein Ausweg, der äuſserst verhaſst war und der das Rechtsgefühl sowie alle traditionellen Begriffe, die man von der Heiligkeit und Unverletzlichkeit der Behörden hatte, tief verletzte. Auſserdem muſste er persönlichen Haſs hervorrufen und so die Leidenschaften noch mehr aufreizen und der Flamme des Parteikampfes neue Nahrung zuführen. Aber es gab keinen anderen Ausweg, man muſste ihn daher prüfen, wenn der parlamentarische Regierungsgedanke trotz älterer, staatsrechtlicher Begriffe und trotz aller persönlichen Kräfte und Sympathien, die die sinkende Macht des Rates schützend umgaben, zum Durchbruch gelangen sollte. Es war dies der kritischste Augenblick in der Entwicklungsgeschichte des Parlamentarismus der Freiheitszeit.

Die Prüfung der Ratsprotokolle betreffs der inneren Staatsangelegenheiten ging in der geheimen Deputation vor sich. Hier machte man eine Masse unbedeutender Ausstellungen an der Geschäftsführung der verhaſsten Ratsherren ausfindig. Die wichtigste derselben bezog sich auf die Besetzung des Postens eines Vizeadmirals. König Friedrich hatte im voraus privat versprochen, den jüngsten der drei Bewerber zu befördern, der Rat hatte sich dem aber widersetzt. Die Reichsräte Bonde, Bielke, Bark, Creutz, Hård und Taube machten darauf dem Könige den Vorschlag, alle drei zu befördern, die Dienstausübung jedoch dem ältesten zu übertragen. Dies stand zwar mit der Verfassung und der guten Sitte nicht im Einklang, man wollte jedoch auf diese Weise die

Rücksicht auf den persönlich ausgesprochenen und bereits gebundenen Willen des Königs mit der gesetzlichen Beförderungsvorschrift vereinen. Die Hüte suchten es zu verhindern, daſs diese Ausstellungen von den Ständen selbst entschieden würden; nach stürmischen Debatten setzten sie es durch, daſs dieselben an eine groſse geheime Deputation, die aus dem geheimen Ausschusse, der geheimen Deputation und 25 Bauern bestand, verwiesen wurden. Obwohl jedoch die besten Kräfte der Hutpartei in dieser Deputation vereinigt waren, konnten sie dieselbe, da alle vier Stände in ihr vertreten waren, doch nicht beherrschen. Auch in der Vizeadmiralsangelegenheit, von der man so viel Aufhebens gemacht hatte, als ob die ganze Regierungsart von ihr abhinge, erzielten sie bei der Deputation nur den Erfolg, daſs es den Ständen anheimgestellt wurde, den Ratsherren, die den Fehler begangen hatten, eine Warnung zu erteilen. Man war gezwungen, einen anderen Ausweg zu ergreifen.

Durch seine kleinere geheime Deputation hatte der geheime Ausschuſs die auswärtige Politik der Regierung einer Prüfung unterzogen. Hierbei hatte die Deputation alles, was auf Abneigung gegen Frankreich und auf Entgegenkommen gegen Ruſsland hindeutete, zu einer groſsen Anklage gegen den Reichsrat zusammengestellt, weil derselbe sich nicht an die auf dem vorhergehenden Reichstage gemachte Vorschrift des geheimen Ausschusses, vor allem die Freundschaft Frankreichs und die Demütigung Ruſslands zu erstreben, gekehrt hatte. Dieser Tadel war insoweit berechtigt, als die Regierung Horns sich keineswegs zu einem blinden Werkzeuge des kriegerischen Chauvinismus und des übertriebenen Vertrauens auf Frankreich hatte gebrauchen lassen, die nach der Bildung der Hutpartei 1734 den geheimen Ausschuſs beherrschten. Der Tadel war jedoch unangebracht, weil die Regierung durch das letzte Schreiben des geheimen Ausschusses volle Freiheit erhalten hatte, nach eigenem Urteile zu handeln. Der Vorwurf war auſser gegen Horn gegen dieselben sechs Reichsräte gerichtet, die wegen der Vizeadmiralsangelegenheit angeklagt waren, sowie ferner gegen die drei Räte Lagerberg, Meijerfelt und Banér, deren Handlungsweise jedoch für weniger fehlerhaft erklärt wurde, weil sie bei der Erneuerung des Bündnisses

mit Rufsland nicht zugegen gewesen waren. Von den Angeklagten war Gustav Bonde der populärste, der wegen seines redlichen Charakters und seiner Tüchtigkeit in hohem Ansehen stand. Die Führer der Hutpartei machten mehrfache Versuche, ihn von seinen Amtsgenossen zu trennen und ihn gegen das Versprechen, im Rate verbleiben zu dürfen, zum freiwilligen Verlassen der Kanzlei zu bewegen. Aber Bonde liefs sich durch nichts verleiten, seinen Posten und seine Pflicht aufzugeben, er trat im Gegenteil als einer der eifrigsten Verteidiger der Hornschen Politik auf. In umfangreichen Schreiben widerlegten die Angeklagten die Beschuldigung, gegen die Vorschrift der Stände und die Interessen des Reiches gehandelt zu haben. Trotz der zwingenden Logik ihrer Verteidigung hielt die kleinere geheime Deputation ihre Erklärung für ungenügend und verwies den Gegenstand an den Ausschufs selbst. Nach heftigem Streite wurden hier infolge der Majorität des Adels und der Bürger am 20. Februar 1739 fünf der Angeklagten, Bonde, Bielke, Hård, Creutz und Bark, ihrer Ämter für verlustig erklärt. Das Geschick Taubes wurde, um allen Widerstand seitens des Königs lahmzulegen, bis auf weiteres unentschieden gelassen.

Hierauf galt es, den Beifall der Stände für dieses Urteil zu gewinnen; zu diesem Zwecke bediente sich der Ausschufs der mächtigen Hilfe des Geheimnisses. In einem Schreiben an die Stände erklärte er, die Gründe für das Urteil könnten nicht bekanntgegeben werden, deshalb teile es der Ausschufs nur als bereits erledigt mit, stelle es jedoch dem Befinden der Stände anheim, über die Frage der Pension und der Rangstellung der Verurteilten selbst eine Entscheidung zu treffen. Würden sich die Stände mit einer solchen Beschränkung ihrer Macht einverstanden erklären? Innerhalb der Stände konnten die Angeklagten auf eine sichere Majorität bei Geistlichen und Bauern sowie auf wenigstens eine starke Minorität bei den beiden anderen Ständen zählen; im Ausschusse selbst waren die Meinungen so geteilt gewesen, dafs man berechnen konnte, dafs die siegende Partei in Wirklichkeit in der Minorität war und nur dadurch, dafs die Abstimmung nach Ständen vor sich ging, obsiegte. Über diesen unerhörten Beschluſs waren die Gemüter in grofser Aufregung, die privaten Bearbeitungen waren stärker als jemals, und englisches

und französisches Geld wurde reichlich verteilt, um Stimmen für und wider zu werben, während der russische Minister sich in der Hoffnung, die innere Spaltung in Schweden würde den Interessen Rufslands nur Nutzen bringen, gleichgültig verhielt. Innerhalb der Stände stritten die Parteien in der ersten Hälfte des Monats März mit äufserster Erbitterung. Das Ergebnis der erregten Verhandlungen war das, dafs die Geistlichen und Bauern das Absetzungsurteil verwarfen und eine angemessene Vorstellung für hinreichend erklärten, während der Bürgerstand das Ganze dem Ausschusse überliefs, jedoch anheimstellte, ob nicht ein milderer Ausweg sich finden liefse; der Adel dagegen billigte das Verfahren des Ausschusses vollständig.

So standen zwar zwei Stände gegen zwei, und der Streit war noch unentschieden. Aber der Adel war der mächtigste Stand, der zahlreichste zugleich wie auch der, welcher in der Beamtenschaft und der Armee die Herrschaft hatte. Die bereits allgemein anerkannte Autorität des geheimen Ausschusses, die vom Adel und den Bürgern gestützt wurde, übte jedoch einen starken Eindruck aus, und seitens der Königsmacht erhielten die Verurteilten keine Hilfe. Die fünf Reichsräte hielten es für angebracht, dem Sturme zu weichen, und reichten ihre Abschiedsgesuche ein. Hiermit war der Widerstand gegen das Urteil des Ausschusses gebrochen. Am 21. März reichten die Stände bei der Regierung ein Schreiben des Inhaltes ein, dafs sie anläfslich einer Mitteilung des Ausschusses an die Stände, wonach derselbe für gut befunden habe, die fünf Reichsräte aus gewissen Gründen von ihren Ämtern zu entbinden, der Ansicht wären, denselben möge ihr Abschied in Gnaden bewilligt werden unter Belassung in ihrer Würde als Ratsherren und mit einer jährlichen Pension von 4000 Taler Silber. Das Schicksal Taubes wurde etwas später entschieden. Aus Rücksicht auf den König wurde sein Abschiedsgesuch ohne den Zusatz, dafs er bereits seines Amtes verlustig erklärt war, und mit einer Pension bewilligt, die seinem gesamten Gehalte als Reichsrat entsprach.

Hiermit war der Streit zu Ende, und die Befestigung des neuen Systems erfolgte durch eine Reihe von Mafsnahmen, die auf keinen weiteren Widerstand stiefsen. Infolge von Dienst-

entlassung, Abschiedsbewilligung und Tod waren elf Plätze im Rate frei. Sie wurden alle mit Männern aus den Reihen der siegreichen Partei besetzt. Um den Einfluſs des Königs bei der Wahl auf das Allergeringste zu beschränken, wurden gleichzeitig nur zwei Vorschlagslisten mit je drei Namen eingereicht, die dann nach jeder Wahl mit dem eines neuen Kandidaten ergänzt wurden. Derartige sukzessive Vorschläge wurden seit dieser Zeit zur Regel und trugen noch ferner dazu bei, die Zusammensetzung des Rates zu einem getreuen Ausdruck der herrschenden Partei zu machen. Die Zeit des voll ausgebildeten Parlamentarismus war gekommen. Jetzt war der Rat nur noch der Regierungsausschuſs der Stände oder ihr Bevollmächtigter in der Zeit zwischen den einzelnen Reichstagen. Das Kanzleikollegium wurde ebenso wie der Rat gründlich gesäubert. Bereits zu Beginn des Reichstages war ein untergeordneter Beamter, J. Arckenholtz, der sich durch ein ungünstiges Urteil über Fleury dessen Ungnade zugezogen hatte, ohne Urteil und Untersuchung vom geheimen Ausschusse entlassen worden. Die Hauptmitarbeiter Horns in der Kanzlei, der Hofkanzler von Kocken und der Kanzleirat Nerés, suchten nach dem Sturze des Rates einer Absetzung durch ihr freiwilliges Abschiedsgesuch zuvorzukommen. Sie wurden aus dem Reichsdienste entlassen, ihnen aber gleichzeitig verboten, mit fremden Ministern zu verkehren oder mit ausländischen Höfen zu korrespondieren. Andere wurden verwarnt. Zum Haupt der neuen Regierung wurde vom geheimen Ausschuſs Karl Gyllenborg gewählt, welche Wahl auch die Bestätigung der Stände fand, obwohl Tessin und mehrere andere von den führenden Männern die Wahl auf den geachteteren Lagerberg lenken wollten.

In seiner Antwort auf die geheime Proposition gab der geheime Ausschuſs die Richtung an, welcher die neue Regierung in ihrer Politik zu folgen hatte. Das Ziel war die Wiedereroberung der verlorenen Provinzen von Ruſsland und das Mittel zur Erreichung dieses Zieles ein Krieg, der im Bunde mit der Türkei und mit Hilfe fernerer groſser Subsidien, die man von Frankreich erhoffte, unternommen werden sollte. In einem geheimen Nachtrag wurden die Voraussetzungen näher auseinandergesetzt, unter welchen die Regierung das Recht hatte loszuschlagen, wenn

auch die Stände unverzüglich einberufen werden mufsten. Zum Abschlufs des neuen in Aussicht stehenden Subsidientraktates mit Frankreich wurde Tessin ernannt. Zu diesem Zwecke sollte er als Gesandter mit beinahe unumschränkter Vollmacht nach Paris reisen. Von besonderen Deputierten wurde ein Plan zur Instandsetzung der Kriegsmacht und zur Landesverteidigung ausgearbeitet, und zur Ausrüstung des Heeres und der Flotte wurden die französischen Subsidien nebst einer besonderen kleineren Steuer verwandt. Im Frühjahr befahl der geheime Ausschufs, seinen früheren Beschlufs, zwei geworbene Regimenter nach Finnland zu senden, sofort zur Ausführung zu bringen.

Ebenso wie die Kriegspolitik hatte auch die ultramerkantilistische Richtung in der ökonomischen Reichspolitik den Sieg davongetragen. Das Emporkommen der Hutpartei zur Regierungsmacht bezeichnet auf diesem Gebiete in demselben Mafse eine neue Epoche, wie auf dem der auswärtigen Politik. In einem anderen Zusammenhange werden wir sehen, welche Bedeutung die Revolution des Jahres 1739 in diesem Falle gehabt hat.

Rücksichtslos hatte die neue Partei den Sieg erkämpft, und rücksichtslos nutzte sie ihn auch aus. Diejenigen, welche zur Erreichung des Sieges beigetragen hatten, wurden mit Geschenken, Darlehen, Kostenentschädigungen und Vorteilen allerart bedacht. Hiermit beginnt der später niemals versiegende Strom der Privatbelohnungen auf Staatskosten, jene egoistische Ausnutzung der öffentlichen Macht, die alles Parteiwesen kennzeichnet und die beim Fehlen einer öffentlichen Kontrolle leicht einen Umfang annimmt, der das Moralgefühl abstumpft und in höherem Grade als alles andere die Bitterkeit des Parteihaders, den Jubel der Sieger und den Hafs der Gegner vermehrt.

Als sich im April 1739 die Reichsstände trennten, war eine neue Zeit gekommen, eine neue Regierung safs am Ruder und in der inneren und äufseren Leitung Schwedens herrschten neue Ansichten. Der alte Staatsmann, der bisher die zentrale Persönlichkeit im öffentlichen Leben Schwedens gewesen war, hatte sich in die Ruhe des Privatlebens zurückgezogen, lebte aber noch lange genug, um das Elend zu schauen, das mit dem Abweichen von seiner vorsichtigen Staatskunst hereinbrach. Die Bitterkeit ver-

leitete ihn dazu, an der neuen Verbindung zwischen Rufsland und denen, die sich hauptsächlich seine Anhänger nannten, vielleicht eifriger mitzuwirken, als es für sein Andenken wünschenswert war. Sein Zweck war jedoch nur der, den Ausbruch des bevorstehenden Krieges zu verhindern. Arvid Horn starb 1742, zur Zeit des schmachvollen neuen Krieges und des drohenden Verlustes Finnlands, ein trauriges Ende für den Mann, der mehr als alle daran gearbeitet hatte, das, was jetzt geschah, zu verhindern, zu gleicher Zeit aber auch eine glänzende Genugtuung für seine Politik. Von den Genossen Horns überlebten Bark, Hård, Creutz und Taube ihren Sturz nur einige Jahre. Bonde und Bielke dagegen sollten noch eine bedeutende Rolle spielen.

Die frühere Freiheitszeit, die Zeit der Ruhe und des Friedens war zu Ende, die voll entwickelte parlamentarische Epoche, die Zeit der Parteiregierungen mit ihrer Fülle von Glanz und Elend, ihren wechselnden Persönlichkeiten und spannenden Szenen, ihrer geistigen Kraft und moralischen Verkommenheit nahm ihren Anfang. Die typische Freiheitszeit beginnt, und das Schweden Arvid Horns ging sonderbaren Geschicken entgegen.

Die Zeit der Hutpartei.
Die Blüte der Ständeherrschaft.
1739—1760.

Fünftes Kapitel.

Der Rachekrieg gegen Rufsland.

Die neue Regierung, die 1739 die Leitung des schwedischen Staates übernahm, war die erste voll ausgeprägte Parteiregierung Schwedens. Sie war fast ausschliefslich mit Rücksicht auf das politische oder ökonomische Programm der herrschenden Reichstagspartei gebildet. Die sechs alten Reichsräte, die in ihrem Amte verblieben, galten als mehr oder weniger sichere Anhänger der neuen Politik. Von ihnen hatten nur Karl Gyllenborg und Lagerberg eine Bedeutung. Die elf neugewählten gehörten natürlich zur Hutpartei und waren zum Teil die tüchtigsten Vorkämpfer derselben. Bald sollte es sich jedoch zeigen, dafs der neue Rat, wenn es galt, das neue Programm zur Anwendung zu bringen, in seiner Anschauung keineswegs einheitlich zusammengesetzt war, wenn man auch auf eine sichere Majorität zählen konnte.

Leiter der Regierung war jetzt Karl Gyllenborg, der schliefslich, im Alter von 60 Jahren, das ersehnte Ziel, die Kanzleipräsidentschaft und die höchste Reichswürde erreicht hatte. Gyllenborg war ein gewiegter Diplomat; während seiner langen Beamtenzeit war er wenigstens den diplomatischen Weg gewandert, bis er 1723 in den Rat berufen wurde. Wirkliche staatsmännische Begabung besafs er übrigens nicht, sondern war eigentlich nur ein herrschsüchtiger Intrigant auf dem politischen Gebiete. Der Hafs gegen England hatte ihn nicht verlassen, seitdem sein langwieriger Aufenthalt daselbst mit seiner Verhaftung wegen Teilnahme an einem jakobitischen Komplott geendet hatte. Dieser Hafs verblieb sein einziger fester politischer Grundsatz. Wir haben gesehen, wie er als Reichsrat bald mit Rufsland, bald mit Frank-

reich in naher Verbindung stand, bald zu den bitteren Feinden König Friedrichs, bald zum Kreise seiner Günstlinge und intimsten Ratgeber gehörte. Alle diese politischen Wandlungen dürften in seinem Streben, selbst zur Macht zu gelangen, ihr einziges, gemeinsames und konsequent festgehaltenes Ziel gehabt haben. Doch fehlte es Gyllenborg im übrigen weder an Begabung noch an gutem Willen. Er zeigte warmes Interesse für die Fortschritte der wissenschaftlichen Kultur und hat als Universitätskanzler in Lund und später in Upsala seinen Namen für die Dauer in die Geschichte der höheren Bildung in Schweden eingezeichnet. Er ist selbst als Schriftsteller hervorgetreten; seine Lustspiele leiten die dramatische Dichtung der Freiheitszeit ein und sind in gewissem Sinne epochemachend in der Geschichte der schönen Literatur Schwedens. Mit wirklichem Eifer und Enthusiasmus umfaſste er die Bestrebungen, die für Schweden eine Periode ökonomischer Gröſse schaffen wollten, und gehörte zu denen, die für die Verwirklichung der neuen Ideen zuerst und mit aller Kraft eintraten. Über dem gesamten Auftreten Gyllenborgs lag ein gewisser Glanz, der weiten Kreisen imponierte, der Glanz des begabten, warm interessierten und freigebigen Grandseigneurs. Er selbst freute sich dieses Glanzes und der erhöhten Ehre, die mit seiner neuen Stellung als Haupt der Regierung und öffentlicher Führer der Hutpartei verbunden waren. Klügere Köpfe als er hatten die Partei zum Siege geführt; von ihnen hatte sich jedoch der alte Präsident Höpken aus dem politischen Leben zurückgezogen — er starb 1741 —, und die hervorragendsten Vorkämpfer der Partei auf dem letzten Reichstage, Tessin und Åkerhielm, hatten die gefahrvolle Ehre, die oberste Verantwortung für die Durchführung der Kriegspolitik zu übernehmen, abgelehnt.

Um Gyllenborg scharte sich eine Anzahl sicherer Anhänger, die tüchtigen Beamten Karl Ehrenpreuſs und Olof Cederström, die alten Karolinen Gustav Friedrich v. Rosen und Per Adlerfelt, sowie der ränkevolle, eifrige Parteimann Karl Sparre. Weniger zuverlässig, obwohl sie zur Hutpartei zählten, waren Arvid Posse und der hochbegabte, kluge Axel Löwen, der Schwiegersohn Arvid Horns. Erik Wrangel dagegen, den man als Vorkämpfer der neuen Industriegesetzgebung zum Reichsrat gewählt hatte, war

kein Anhänger der Kriegspolitik und galt eher als ein Gegner der Hutpartei. In noch höherem Grade war dies mit Samuel Akerhielm der Fall, welcher als die tüchtigste Kraft der Hutpartei als erster von allen neuen Reichsräten in den Rat berufen worden war; er hatte jedoch kaum seinen Platz in der neuen Regierung eingenommen, als er mit seiner ganzen ungestümen Energie und seiner ungewöhnlichen Gewandtheit als eifrigster Gegner der Kriegspolitik und als bester Verteidiger des gestürzten Systems auftrat. Die übrigen neuen Mitglieder des Rates, Nordenstråle und Sjöstierna, waren mit Rücksicht auf ihre Fachkenntnisse in besonderen Verwaltungszweigen gewählt worden und spielten keine politische Rolle.

Die neue Regierung war auf das Programm hin zur Macht gelangt, die verlorene Grofsmachtstellung Schwedens durch einen Krieg mit Rufsland wiederherzustellen. Sie war gezwungen, einen Versuch zur Verwirklichung der grofsen Hoffnungen und der lauten Rufe nach Revanche zu machen, welche die Partei zum Siege geführt hatten. Aber zur Erreichung dieses Zieles konnte sie sich weder auf die eigenen Kräfte des schwedischen Volkes noch auf sichere Bundesgenossen verlassen. Alles ruhte auf vagen Erwartungen günstiger Konjunkturen, die man ohne eigene Anstrengungen zu schnellem Gewinn ausnutzen wollte. Gleich nach Schlufs des Reichstages traf ein Ereignis ein, das dem aufgeregten Kriegseifer noch neue Nahrung gab. Anfang April 1739 kehrte Sinclair mit wichtigen Schriftstücken, die das Bündnis zwischen Schweden und der Türkei betrafen, und den quittierten Schuldscheinen Karls XII. aus Konstantinopel zurück. Seine Gesandtschaft während des im Gange befindlichen Krieges zwischen Rufsland und der Türkei mufste den russischen Staatsmännern natürlich verdächtig vorkommen; Bestuschev benachrichtigte auch seine Regierung sofort von der Abreise desselben und stellte ihr dessen Bild, das er sich verschafft hatte, zu. Sinclair hatte unter türkischer und polnischer Bedeckung die gefährlichsten Gegenden bereits passiert und befand sich auf österreichischem Gebiete, als er am 17. Juni einige Meilen diesseits Breslau von einer Reiterschar eingeholt, ermordet und geplündert wurde. Durch die Untersuchungen, die betreffs des Mordes in der Heimat sowie an Ort

und Stelle vorgenommen wurden, erhielt man bald die Gewifsheit, dafs zwei russische Offiziere an der Spitze der Reiterschar gestanden hatten. Vergebens bezeugte die russische Regierung ihren tiefen Abscheu vor dem Morde und beteuerte in Rundschreiben an die europäischen Höfe ihre Unschuld. Dafs der Überfall von ihr ausgegangen war, leuchtete allen ein und ist auch durch neuere Untersuchungen bestätigt worden. Beim schwedischen Volke rief diese Gewalttat tiefste Trauer und die heftigste Erbitterung hervor. Der Hafs gegen den Erbfeind im Osten und die glühende Rachsucht, die im Herzen jedes Schweden lebten, loderten stärker als je empor, und das von Anders Odel gedichtete Sinclairlied flog zündend und anfeuernd über das ganze Land und zwar mit solcher Stärke, dafs es noch lange nachher fortlebte. In zahlreichen Strophen schilderte das Gedicht breit und anschaulich, wie Sinclair in den elysischen Gefilden von Karl XII. empfangen wurde und dort dem grofsen Heldenkönige seinen Tod berichtete. Die glorreiche Vergangenheit Schwedens wurde wieder lebendig, und die Aufforderung, das Blut Malkolm Sinclairs zu rächen, fand in den Herzen Tausender den kräftigsten Widerhall. Aufserdem bot der Mord einen willkommenen Anlafs, eine derartige Genugtuung zu verlangen, die mit einer Kriegserklärung gleichbedeutend war. Die schwedische Regierung beschuldigte niemand und stellte auch keine Satisfaktionsansprüche, um, wenn die Zeit gekommen, einen vollgültigen Grund zum Bruch des Friedens in der Hand zu haben.

Als notwendige Voraussetzungen für einen Krieg mit Rufsland hatte der geheime Ausschufs in der Hauptsache ein Kriegsbündnis mit der Türkei, neue erhöhte Subsidien von Frankreich und die Teilnahme Dänemarks oder zum mindesten dessen Neutralität festgesetzt. Diese Voraussetzungen schienen auch einen Augenblick eintreffen zu wollen. Tessin, der auf seiner Reise nach Paris Kopenhagen besuchte, schickte von dort den Bericht, dafs die Stimmung für ein Bündnis sehr günstig sei und König Christian versprochen habe, mit Schweden und Frankreich geheime Unterhandlungen einzuleiten. Durch eingetroffene Duplikate von den Schreiben, die Sinclair mit sich führte, wurde der Rat aufgefordert, die schwedischen Gesandten in Konstantinopel mit der genügenden Vollmacht zum Abschlusse eines Kriegsbündnisses auszustatten,

und der Rat sandte eilends eine solche Vollmacht ab. Im August stiegen die Hoffnungen bis zu solcher Höhe, daſs die Regierung den Beschluſs faſste, weitere 6000 Mann nach Finnland zu überführen.

Aber gleichzeitig fiel das ganze lose Gebäude günstiger Konjunkturen, das man beinahe fertiggestellt glaubte, in sich zusammen. Tessin erhielt zwar in Paris als einer der ersten Männer Schwedens und als Schöpfer der neuen Allianz einen glänzenden Empfang, aber für den Augenblick wünschte Fleury keinen Krieg zwischen Ruſsland und Schweden und war zu irgendwelchen neuen Opfern keineswegs geneigt. Der Grund hierfür wurde klar, als im August völlig unerwartet zwischen der Türkei und Österreich unter französischer Vermittelung in Belgrad Friede geschlossen wurde, dem bald darauf im September der Friede zwischen der Türkei und Ruſsland nachfolgte. Hiermit hatte Frankreich das erreicht, was es zunächst durch die Kriegsdrohung Schwedens gegenüber Ruſsland erlangen wollte; es wünschte jetzt um so mehr die Aufrechterhaltung des Friedens in Nordeuropa, als der Ausbruch des Seekrieges zwischen England und Spanien seine Aufmerksamkeit nach einer anderen Seite hin lenkte. Die glänzenden Konjunkturen waren auf einmal verschwunden. Mit der Türkei kam zwar im Dezember 1739 ein Schutzbündnis zustande, aber dasselbe stellte keine Hilfe bei einem Angriffe auf Ruſsland und keine Subsidien in Aussicht. Auch die Unterhandlung mit Dänemark, auf die man so groſse Hoffnung gesetzt hatte, erwies sich als aussichtslos, da Dänemark als Ersatz für seine Beihilfe Bohuslän forderte. Im Februar 1740 brach das dänische Kabinett die Unterhandlungen ab. Hiermit war für die Hutregierung jede Möglichkeit einer Verwirklichung ihres kriegerischen Programmes und ihrer hochfahrenden Versprechungen von Siegen und Eroberungen ausgeschlossen. Statt dessen hatte der übereilte Truppentransport nach Finnland einen schädlichen Einfluſs auf die Finanzen ausgeübt. Im Frühjahr 1740 fehlte es bereits an Mitteln zum Unterhalte der Truppen in Finnland, und im Herbste hatte die Finanznot einen solchen Umfang angenommen, daſs der Rat keinen anderen Ausweg sah, als die Stände zum Dezember desselben Jahres einzuberufen.

Für die junge Hutpartei sah es gefährlich aus. Trotz aller Rachsucht und trotz des auflodernden Grolles wegen der Ermordung Sinclairs war es nebenbei ganz deutlich, daſs die groſse Mehrzahl der Nation die Kriegspolitik noch immer als töricht und leichtsinnig verwarf. Die eifrigeren Anhänger der weisen und vorsichtigen Staatskunst der gestürzten Regierung, die durch die gewaltsame und bis dahin unerhörte Agitation der kleinen energischen Kriegspartei überrumpelt worden waren, begannen sich nun zu einer festeren Parteiorganisation unter bestimmter Leitung zusammenzuschlieſsen. Hiermit erst wurde die eigentliche Mützenpartei gebildet. Zu den führenden Männern dieser Partei gehörten der abgesetzte Reichsrat Ture Bielke, der sich kühn und leidenschaftlich in den Parteikampf stürzte, der General Staël von Holstein, der Oberstatthalter Rutger Fuchs, der abgesetzte Kanzleibeamte Arckenholtz u. a. m. Welchen Umfang die Organisation noch hatte, ist unbestimmt. Nur das ist gewiſs, daſs die eifrigsten „Mützen" jetzt zu einem Kampf mit denselben Mitteln entschlossen waren, deren sich die Hutpartei bisher bedient hatte, nämlich mit Bestechungen, systematischer Propaganda und parlamentarischem Zusammenschlusse, um auf dem nächsten Reichstage der wahnsinnigen Kriegspolitik einen Riegel vorzuschieben und an den verhaſsten Gegnern Rache zu nehmen. Die Führer der neugebildeten Partei traten gleich von vornherein mit Ruſsland in Verbindung, da das gemeinsame Interesse beider so augenscheinlich war, daſs es alle früheren Antipathien überwinden muſste. Bestuschev beschloſs, sich mit gröſserer Kraft als früher in den schwedischen Parteikampf zu stürzen, und stellte seinen neuen Freunden bereitwillig russisches Gold zur Verfügung. Der Hutpartei dagegen fehlte es an den üblichen Mitteln zur Stärkung und Zusammenhaltung ihrer Partei, und gesunkenen Mutes sah sie der neuen Ständeversammlung entgegen.

* * *

Im Spätherbste 1740 trat in der allgemeinen europäischen Politik eine überraschende Wendung ein, infolge deren sich die Konjunkturen für einen Krieg mit einem Schlage von neuem veränderten. Kaiser Karl VI., der letzte Herrscher aus dem männ-

lichen Stamme der habsburgischen Linie, starb im Oktober dieses Jahres, und ihm folgte seine Tochter Maria Theresia auf dem Throne. Für die zahlreichen Feinde Österreichs, Preufsen und Frankreich an der Spitze, war dies das längstersehnte Zeichen, über die alte Monarchie, deren ganze innere Schwäche durch den schmachvollen Krieg mit der Türkei aufgedeckt worden war, herzufallen. Für das französische Kabinett erhielt ein schwedischer Angriff auf Rufsland, der letztere Macht daran hinderte, Österreich beizustehen, neues Interesse. Kurz darauf starb Kaiserin Anna von Rufsland. Ihrer Anordnung gemäfs wurde der Tochtersohn ihrer Schwester, der erst einige Monate alte Iwan VI., unter der Vormundschaft Birons, des Herzogs von Kurland, zum Zaren ausgerufen. Nach einer Regierung von nur einigen Wochen wurde Biron gestürzt, und die Mutter des Zaren, die Prinzessin Anna von Braunschweig, übernahm selbst die Vormundschaft. Es war dies nur eine neue, schwächere Form des verhafsten, deutschen Regimes. In den Augen des russischen Volkes besafs Prinzessin Elisabeth, die Tochter Peters des Grofsen, ein näheres Anrecht auf den Thron, und trotz ihrer verwerflichen Lebensweise war sie die populäre, einheimische Fürstin, um die sich die nationalen Hoffnungen auf Vertreibung der Fremden sammelten. Der zunehmende innere Gegensatz setzte in Rufsland die Revolution geradezu auf die Tagesordnung. Hier war eine vorzügliche Gelegenheit geboten, sich in die inneren Verhältnisse des Landes einzumischen und durch Allianzen mit den miteinander im Wettstreit liegenden Parteien Erfolge zu erzielen. Auf einmal waren die Konjunkturen glänzender als je vorher. Die Hutpartei jubelte. Neuer Wind füllte ihre Segel, neue Begeisterung, neue Siegesgewifsheit lebte auf, und Frankreich stellte sofort der Partei bereitwillig Geld für ihre Reichstagsausgaben zur Verfügung.

Als die Stände im Dezember 1740 zusammentraten, zeigte es sich sofort, dafs die Kriegspartei beim Adel und bei der Bürgerschaft die Oberhand besafs. Beinahe einstimmig wurde Charles Emil Lewenhaupt, der für den nächsten Krieg zum Oberbefehlshaber ausersehen war, zum Landesmarschall gewählt. Der geheime

Ausschuſs wurde vom Adel und dem Bürgerstande aus Anhängern der Kriegspolitik gebildet und war wie gewöhnlich ein mächtiges Werkzeug in den Händen der Hutpartei. Er setzte ein sogenanntes Sekretissimum aus vier Mitgliedern ein, das im Verein mit dem Kanzleipräsidenten und zwei Reichsräten die wichtigen und geheimen Unterhandlungen, die bereits eingeleitet waren, führen sollte. In Petersburg war nämlich der schwedische Gesandte Nolcken mit der Prinzessin Elisabeth in Verbindung getreten und hatte von ihr das Ersuchen entgegengenommen, die schwedische Regierung solle Truppen über die Grenze rücken lassen, um den Nachkommen Peters des Groſsen auf den Thron zu setzen. Vergebens versuchte zwar Nolcken Elisabeth dazu zu bewegen, ihr Ersuchen um Hilfe oder ihr Versprechen, Ersatz zu leisten, schriftlich zu übermitteln, ihr Anerbieten war nichtsdestoweniger verlockend und fand die eifrige Unterstützung des französischen Gesandten in Petersburg, La Chétardie. Zur Beschleunigung der Unterhandlungen beschloſs der geheime Ausschuſs schon im Februar 1741 die Zusammenziehung von 10 bis 12 000 Mann an der Grenze. Dieser eigenmächtige Beschluſs wurde den Ständen als eine bereits erledigte Tatsache mitgeteilt.

Hiermit hatte der Ausschuſs ohne Zweifel die ihm zustehende Befugnis überschritten. Den Uneingeweihten erschien sein Vorgehen auſserdem unmotiviert und übereilt, besonders da an der Grenze keine genügenden Vorräte zum Unterhalte solcher Truppenmassen vorhanden waren. Um diesen Punkt konzentrierte sich der Widerstand gegen die Kriegspolitik. Der Bauernstand protestierte in aller Form gegen jede Truppenzusammenziehung, die ohne sein Einverständnis vorgenommen werde, und verlangte Aufklärung darüber, was diesen Beschluſs sowie den Truppentransport 1739 veranlaſst habe. Bei allen übrigen Ständen wurden heftige Widersprüche wider den Beschluſs des Ausschusses laut, und es schien mehr als ungewiſs, ob sich derselbe würde aufrechterhalten lassen. Da gelang es einigen eifrigen Mitgliedern der Hutpartei, die schon längst nach Beweisen für das Bestehen vaterlandsverräterischer Verbindungen zwischen ihren Gegnern und Ruſsland suchten, in der Nacht auf den 26. Februar einen jungen Kanzleibeamten, den Freiherrn Johann Gyllenstierna zu fassen, als er aus der Woh-

nung Bestuschevs kam. Ein derartiger Verkehr mit den Gesandten fremder Mächte war den untergeordneten Kanzleibeamten verboten; hier lag also ein klarer Beweis für den Verrat der Mützen vor. Der geheime Ausschufs machte aus der Sache so viel wie möglich; aus eigener Machtvollkommenheit setzte er eine Kommission zur Untersuchung und Aburteilung des Verbrechens „mit allem, was sich daraus ergebe", d. h. mit der unbegrenzten Vollmacht ein, unabhängig von jeder gesetzlich vorgeschriebenen Gerichtsordnung über politische Gegner zu Gericht zu sitzen. Dies war die erste Verratskommission der Freiheitszeit, mit welcher die empörende Verletzung der persönlichen Rechtssicherheit, wie sie die Parteiherrschaft hervorbrachte, anhebt. Die Kommission erwies sich bald als ein furchtbares Mittel in den Händen der Hutpartei. Eine Menge untergeordneter Personen, unter diesen Arckenholtz, wurde verhaftet und zur Erpressung von Geständnissen die Folter angewandt. Da Gyllenstierna mit mehreren leitenden Familien der Mützenaristokratie in naher verwandtschaftlicher Verbindung stand, so warf sein Verbrechen einen Schatten des Verrats auf die ganze Partei. Bei den Ständen war der Widerstand gegen den geheimen Ausschufs mit einem Schlage gebrochen, und mehrere Anhänger der Mützen verliefsen den Reichstag. Der Beschluſs betreffs der Truppenzusammenziehung wurde nun ohne Einwand gutgeheifsen, ja der Ausschufs konnte sogar noch weiter gehen und die Ausrüstung der Flotte und ihre Stationierung im Finnischen Meerbusen anordnen.

Da man jedoch das Ergebnis der Unterhandlungen abwarten mufste, dauerte es mit dem entscheidenden Kriegsbeschlusse noch einige Monate. Von Elisabeth erreichte Nolcken zwar nur nichtssagende mündliche Versprechungen späterer Belohnung, das französische Kabinett jedoch willigte endlich im März in eine Verlängerung und eine unbedeutende Erhöhung der Subsidien ein. Aber erst nachdem Frankreich im Juni seine Allianz mit Preufsen geschlossen und den Krieg mit Österreich begonnen hatte, erhielt der französische Minister in Stockholm, St. Sévérin, den Befehl, die Kriegserklärung mit allen Mitteln zu betreiben, und die Maschine wurde in Gang gesetzt. Die Hauptschwierigkeit lag darin, dafs man den Ständen weder von der mit Elisabeth getroffenen Verabredung

noch von der Erhöhung der französischen Subsidien Mitteilung machen konnte. Deshalb war man gezwungen, den Kriegserklärungsantrag mit Phrasen von den günstigen Konjunkturen und mit hochtrabenden Redensarten von der Schmach für Schweden, unter dem Joche Rufslands zu leben, zu motivieren. Die kleinere geheime Deputation fafste den endgültigen Bericht betreffs der Kriegserklärung ab, und der geheime Ausschufs übergab denselben dem Rate, um seine Einwilligung einzuholen. Hier stellte sich Åkerhielm kühn an die Spitze der Gegner und legte die Oberflächlichkeit der aufgestellten Berechnungen hinsichtlich der Schwäche Rufslands, der Stärke Schwedens und der Hilfe auswärtiger Mächte bloſs. Im Rate waren die Stimmen so geteilt, dafs die Entscheidung diesmal von König Friedrich abhing. Der alte König war in seinem Urteile nicht mehr frei. Ohne Zweifel war er von der allgemeinen augenblicklichen Kriegsbegeisterung erfüllt; er hegte die Hoffnung selbst als Oberbefehlshaber des Heeres den Krieg mitmachen zu können. Seine Stimme wurde jedoch von der Rücksicht auf Fräulein Taube und ihre Kinder geleitet. Diese waren beim Bevorstehen des Reichstages aus der Hauptstadt entfernt worden, hatten jedoch durch die Hilfe der Hüte die Erlaubnis erhalten, in die Nähe der Stadt zurückzukehren. Das beifällige Votum des Königs war von grofser Bedeutung, denn es war bestimmend für die Äufserung des Rates und ein vortreffliches Mittel zur Beeinflussung der Bauern. Am selben Tage, an dem das Gutachten der Regierung dem Reichstag mitgeteilt wurde, am 21. Juli, gaben die eilends zusammenberufenen Stände dem geheimen Ausschusse die Vollmacht, unter Hinzuziehung von 25 Bauern in der wichtigen Frage die Entscheidung zu treffen, und am Mittage beschlofs der so verstärkte Ausschufs, Rufsland den Krieg zu erklären. Eine Woche später, am 28. Juli, wurde die Kriegserklärung ausgefertigt.

Zur Durchführung des Krieges wiesen die Stände aufser Subsidien und den angesammelten Abmarsch- und Vorratskassen einige geringere Steuern und als Geschenk der Bank zehn Tonnen Gold an und ermächtigten die Regierung, eine Anleihe von vierzig Tonnen Gold aufzunehmen; aber alles dies war zu unbedeutend für ein ernstes Kriegsunternehmen. Die Kriegserklärung war

aber auch nicht darauf berechnet, den Anfang eines wirklichen Kampfes um Schwedens verlorene äufsere Gröfse unter Inanspruchnahme aller Kräfte der Nation zu bilden. Man bezweckte mit ihr mehr eine militärische Demonstration, die vereint mit geschickter Benutzung der glänzenden Konjunkturen in der Eile das gleiche Resultat erzielen sollte, das in vergangenen Zeiten die Staatsmänner erst nach jahrhundertelanger Arbeit erreichten. Trotz aller Erfahrungen war noch immer der Glaube an die unerhörte kriegerische Überlegenheit des Schweden über den Russen lebendig, und viele von den jungen Kriegsenthusiasten erträumten eine ganze Reihe glänzender, sagenhafter Siege ähnlich dem, der vor kaum vier Jahrzehnten bei Narva erkämpft worden war. Am deutlichsten bewiesen dies die Friedensbedingungen, welche die Deputierten der Stände zur Instruktion der Regierung bei eventuellen Friedensverhandlungen aufstellten. Als passender Gewinn wurden in denselben alle Landverluste Schwedens an Rufsland nebst dem Lande zwischen dem Ladogasee und dem Weifsen Meere aufgeführt. Schlimmstenfalls jedoch, wenn das Heer wider alle Vermutung Niederlagen erlitt und neue Feinde dazu kämen, sollte man sich mit Karelien und Ingermanland mit Petersburg begnügen, und nach Friedensschlufs sollten die schwedischen Truppen Frankreich zu einem vorteilhaften Abschlusse seines Krieges verhelfen. Aus diesem Aktenstücke ersieht man, bis zu welcher Höhe blinden patriotischen Chauvinismus sich die leitenden Hutkreise verstiegen hatten, aber auch welch ein Leichtsinn und welche Torheit das schwedische Reich beherrschten. Aus diesem Chauvinismus erklärt sich das unerschütterliche Vertrauen der Hutpartei zur Berechtigung ihres eigenen Programmes, ihre gewaltsame Energie bei der Durchführung desselben und ihre rücksichtslose Unduldsamkeit gegen Andersdenkende, womit diese junge Partei trotz des passiven Widerstandes des schwedischen Volkes und trotz des allgemeinen Wunsches nach Beibehaltung des Friedens auf ihr Ziel losging.

Bevor die Stände nach getaner Arbeit auseinandergingen, wurden Belohnungen und Strafen in reichem Mafse verteilt. Gyllenstierna wurde zum Tode verurteilt, aber zu lebenslänglichem Gefängnisse begnadigt. Arckenholtz und der finnische Translator

Mathesius, die beide gefoltert worden waren, wurden wegen Herabsetzung von Maſsnahmen der Stände und Einmischung in die Angelegenheiten derselben zu Gefängnis auf unbestimmte Zeit, letzterer aufserdem zu darauffolgender Ausweisung verurteilt. Die verabschiedeten Reichsräte Bielke und Creutz wurden, obwohl ihnen nichts Belastendes bewiesen werden konnte, ihrer Pensionen beraubt und auf ihre Güter verbannt. Über die Masse anderer Angeklagter oder Verdächtigter legte die Kommission eine versiegelte Liste an, in die sie alles aufnahm, was gegen dieselben vorgebracht worden war, Bewiesenes sowohl wie Unbewiesenes, um dasselbe, falls das Auftreten derselben in Zukunft zu Tadel Anlafs bot, als Anklagematerial benutzen zu können. Diese rücksichtslose Parteityrannei konnte für den Augenblick zwar die Gegner zum Schweigen bringen, trieb jedoch auch die Erbitterung der Besiegten auf die Spitze. Auf der anderen Seite wurden Belohnungen verliehen. Tessin, der in seiner Abwesenheit zum Reichsrat gewählt worden war, wurden seine Schulden an den Staat in Höhe von über 18000 Reichstalern erlassen. König Friedrich wurde mit der Erlaubnis belohnt, eine neue gräfliche Familie zu ernennen. Natürlich wurden hierzu seine beiden Söhne, die ihm Fräulein Taube geboren hatte, und die schon vorher unter dem Namen Hessenstein deutsche Reichsgrafen waren, ausersehen. Im übrigen ergofs sich ein Regen von Belohnungen in allen möglichen Formen über die Reihen der Sieger für ihre Verdienste auf dem politischen oder dem ökonomischen Gebiete. Das Ganze war ein wildes Treiben der persönlichen Leidenschaften, das gegen die Begeisterung für die grofse Vergangenheit Schwedens, welche die Kriegserklärung hervorgerufen hatte, sonderbar abstach.

In seinem Bericht an die Regierung über die Lage des Reiches zu Beginn und am Schlusse des Reichstages schilderte der geheime Ausschufs im Namen der Stände die glückliche Veränderung, die sich vollzogen hatte. Es war dies ein reines Jubellied über die eingetretene Einigkeit der Gemüter, die patriotische Kraft, die sich in der Kriegserklärung offenbart hatte, und die Gewifsheit, die man darüber empfand, dafs „Gott augenscheinlich alles nach dem Wunsche der Reichsstände leite“. Am 22. August gingen die Stände auseinander, und der Landesmarschall begab sich eilends

nach dem Schauplatz der erhofften Siege. Der Krieg in Finnland war da schon in vollem Gange.

* * *

In Finnland standen beim Ausbruche des Krieges ungefähr 18 000 Mann regulärer Truppen. Zur ferneren Überführung von ungefähr 8000 Mann traf man alle Vorbereitungen. Zum Schutze des beabsichtigten Truppentransportes und um die russische Flotte am Auslaufen zu hindern, hatte die grofse schwedische Kriegsflotte, bestehend aus 11 Linienschiffen und 4 Fregatten mit 5000 Mann Besatzung, bereits im Frühjahr unter dem Kommando des Admirals Rajalin bei Aspö zwischen Fredrikshamn und Hogland Aufstellung genommen, während die schwedische Galeerenflotte unter Falkengren sich in den Schären zwischen Fredrikshamn und der russischen Grenze aufhielt, um gemeinsam mit der Landarmee zu operieren. Die Kriegsmacht, mit der Schweden auftrat, war nicht besonders grofs, aber Rufsland war schlecht gerüstet, um einem Angriffe zu begegnen, wenn man auch auf schwedischer Seite die Kräfte desselben unterschätzte. Im türkischen Kriege hatte die russische Armee unerhörte Verluste erlitten, hatte sich jedoch seitdem einigermafsen erholt. Der von Schweden beabsichtigte Angriff war der russischen Regierung keineswegs unbekannt geblieben, sie hatte daher eine Anzahl Truppen in der Gegend von Viborg zusammengezogen, andere in den Ostseeprovinzen einquartiert, um eventuelle Landungsversuche daselbst zu verhindern, sie hätten jedoch kaum hingereicht, um einem kräftigeren Anfalle zu begegnen. Die russische Flotte dagegen war seit der Zeit Peters I. vollständig verfallen und konnte sich mit der schwedischen keinesfalls messen. Sie wagte sich in diesem Jahre auch nicht aufs Meer hinaus. Die Schwäche der Regierung und ihre Unpopularität verringerten die Widerstandskraft Rufslands noch mehr.

Ohne Zweifel hätte unter den damaligen Verhältnissen ein rascher, kräftiger Angriff für Rufsland sehr gefährlich werden können. Aber gerade Schnelligkeit und Kraft waren es, die der schwedischen Kriegsleitung abgingen. Die grofse Kriegsflotte bei Aspö war schon vor der Kriegserklärung durch eine schwere Krankheit, die unter der Mannschaft wütete und durch schlechte

Verproviantierung hervorgerufen war, geschwächt worden. Beim Ausbruche des Krieges war die halbe Besatzung infolge der verheerenden Krankheit kriegsuntauglich; die Regierung suchte zwar die Erkrankten oder Gestorbenen durch neue Mannschaft zu ersetzen, aber die Krankheit wütete auf der Flotte weiter. Rajalin selbst fiel ihr am 4. September zum Opfer. Das Landheer hinwiederum hatte trotz des Beschlusses des geheimen Ausschusses infolge Mangels an Lebensmitteln nicht vor der Kriegserklärung zusammengezogen werden können. Ein Teil der finnischen Regimenter lag noch in ihren Aushebungsbezirken, die übrigen Truppen standen zerstreut längs der Straſsen, die an der Küste entlang nach der Reichsgrenze führten, im Quartier. Sobald Generalmajor Buddenbrock, der vor der Ankunft Lewenhaupts das Kommando führte, vom Kriegsbeschluſs Kunde erhielt, zog er eilends an der Grenze so viel Truppen wie möglich zusammen. Das Hauptquartier wurde bei Kvarnby in der Nähe von Fredrikshamn aufgeschlagen. Hier befanden sich binnen kurzem 5000 Mann. Ein zweites Korps von ungefähr 3000 Mann sammelte sich unter dem Befehl des Generalmajors Karl Heinrich Wrangel bei Martila (der heutigen Davidstad), drei und eine halbe Meile von Villmanstrand entfernt. Die beiden Lager befanden sich in einer Entfernung von vier Meilen voneinander, so daſs die eine Abteilung innerhalb eines Tages der anderen zu Hilfe eilen konnte. Die Absicht war, den Russen entgegenzutreten, ob sie nun auf dem Wege nach Villmanstrand oder auf dem nach Fredrikshamn die Grenze überschritten. An beiden Stellen lagen Befestigungen, die jedoch schwach und mit ungenügender Besatzung versehen waren.

Die russischen Truppen wurden gleich nach dem Ausbruche des Krieges bei Kananoja, dreiviertel Meilen von der Grenze auf dem Wege nach Villmanstrand, unter dem Oberbefehl des Feldmarschalls Grafen de Lacy zusammengezogen. Dieser beschloſs, einen kühnen Angriff auf Villmanstrand zu machen, bevor sich die schwedischen Truppen in gröſserer Anzahl versammelt hätten. Unvermutet rückte er am 21. August mit ungefähr 11 000 Mann über die Grenze auf die Stadt los. Der Oberst Willebrand, der dort das Kommando führte, hatte im ganzen höchstens 1100 Mann zur Verfügung; er rief deshalb Wrangel und Buddenbrock durch

Eilboten zur Hilfe herbei. Ohne den Befehl des letzteren abzuwarten, eilte Wrangel am folgenden Morgen zum Entsatz der Stadt herbei und nahm vor derselben auf der Landzunge, auf der Villmanstrand lag, seine Stellung ein. Die gesamte schwedische Truppenstärke belief sich höchstens auf 4000 Mann; sie nahm jedoch eine ziemlich starke Stellung ein, die von einer Batterie auf einem kleinen Hügel, Kvarnbacken, wo der rechte Flügel stand, gedeckt wurde. Sobald sich Lacy von der Schwäche des Gegners überzeugt hatte, ging er am darauffolgenden Tage, dem 23. August, zum Angriff über. Die finnischen Regimenter auf dem linken Flügel ergriffen gleich im Anfang des Treffens die Flucht. Auf dem rechten Flügel wiederum verliefsen einige von den schwedischen Regimentern, die Södermanländer und die Dalekarlier, mit allzu grofser Kühnheit ihre vorteilhaften Stellungen und warfen sich dem Feinde entgegen. Hierdurch gerieten sie in die Schufslinie der Kanonen auf Kvarnbacken, die infolgedessen ihr Feuer einstellen mufsten. Sie wurden selbst bald von dem vielfach überlegenen Feinde überwältigt. Nach einem Kampfe von einigen Stunden hatten die Russen Kvarnbacken eingenommen, und die Schlacht war damit entschieden. Villmanstrand wurde erstürmt, geplündert und in Brand gesteckt, die Befestigungen niedergerissen und die Einwohner nach Rufsland geführt. Von den schwedischen Truppen fielen ungefähr 1000 Mann, und mehr als 1200, unter ihnen Wrangel und Willebrand, wurden gefangen genommen. Buddenbrock, der infolge allzu unvollständiger Berichte die Gröfse der Gefahr nicht richtig beurteilen konnte, war erst am selben Tage, wo das Gefecht stattfand, gen Villmanstrand aufgebrochen; er hatte ungefähr den halben Weg zurückgelegt, als er von der Niederlage Kenntnis erhielt. Es blieb ihm nichts anderes übrig, als nach Kvarnby umzukehren. Aber auch die Russen zogen sich unmittelbar darauf über die Grenze zurück, denn für eine Ausnutzung des Sieges waren sie zu unvollständig ausgerüstet. Das Ganze bekam infolgedessen die Bedeutung eines unglücklichen Vorpostengefechtes, das auf den weiteren Gang des Krieges keinen wesentlichen Einfluſs hatte. Aber der Verlust der Waffenehre und einer Truppenanzahl von mehr als 2000 Mann war ein wenigversprechender Anfang für den erhofften Siegeszug.

Am 3. September kam Lewenhaupt im Hauptquartier bei Kvarnby an und übernahm den Oberbefehl. Allmählich versammelte sich dort im September und Oktober eine Truppenstärke von 22800 Mann. Ein Teil davon mufste zwar auf die Flotte oder anderswohin abkommandiert werden, und aufserdem wurde das Heer durch Krankheiten und Mangel geschwächt. Jedoch standen ungefähr 15000 bis 16000 Mann zur vollen Disposition. Diesem Heere stellten die Russen in der Gegend von Wiborg eine ungefähr gleichstarke Truppenmasse gegenüber. Bis in den Spätherbst hinein verblieben beide Heere ruhig an ihrem Platze. Schliefslich rückten die Russen in die Winterquartiere, und der gröfste Teil der schwedischen Truppen folgte ihrem Beispiele. Im geheimen jedoch bereitete sich Lewenhaupt auf einen Einfall in Feindesland vor. Von Petersburg gingen ihm dringende Ermahnungen zu, endlich zum Angriff überzugehen. Die Proklamation, die gleichzeitig verteilt werden sollte, hatte den Beifall Elisabeths gefunden; sie enthielt die Erklärung, die schwedischen Truppen seien gekommen, um das russische Volk von „dem unerträglichen Joch ,und der Grausamkeit" der ausländischen Minister zu befreien und ihm die freie Wahl der gesetzlichen Obrigkeit zu verschaffen. Am 19. November rückte Lewenhaupt mit 6000 Mann Fufsvolk und 450 Dragonern über die Grenze nach Säckijärvi, drei und eine halbe Meile von Wiborg entfernt, wo er bis auf weiteres haltmachte. Zu gleicher Zeit drangen kleinere Abteilungen von der Gegend von Villmanstrand und von Nyslott aus in Russisch-Karelien ein.

Der unerwartete Einfall rief in Petersburg, wo man die gesamte Kriegsmacht Schwedens im Anmarsch glaubte, grofse Bestürzung hervor. Das Manifest, das die Schweden verteilten, beunruhigte in hohem Grade. Die schwache Regierung hatte schon lange volle Kenntnis von den Umtrieben Elisabeths, hatte es jedoch bis jetzt nicht gewagt, Mafsnahmen gegen die populäre Prinzessin zu treffen. Jetzt konnte sie nicht mehr länger zögern. Um die gefährlichsten Anhänger der Prinzessin zu entfernen und zugleich auch, um die Verteidigungstruppen gegen den Feind zu verstärken, erhielt ein Teil der Garde den Befehl, nach der Grenze abzurücken. Für Elisabeth war jetzt der Augenblick gekommen, wo

es sich nicht nur um ihre zukünftige Krone, sondern um ihre Freiheit und vielleich um ihr Leben handelte. Mit ungeahnter Energie stellte sich die Tochter Peters des Grofsen persönlich an die Spitze eines Staatsstreiches. In der Nacht auf den 25. November begab sie sich selbst in die Gardekaserne, veranlafste 200 Gardegrenadiere ihr zu folgen und liefs den jungen Zaren, seine Eltern und seine Hauptanhänger verhaften. Ohne Widerstand wurde ihr darauf allgemein und unter Jubel als der Kaiserin von Rufsland gehuldigt.

Elisabeth teilte Lewenhaupt gleich mit, dafs das Ziel nun erreicht sei und sie die Einstellung aller Kriegsbewegungen russischerseits befohlen habe, und dafs sie annehme, schwedischerseits würde dasselbe geschehen. Der französische Gesandte, La Chétardie, der bei der neuen Kaiserin in hoher Gunst und grofsem Ansehen stand, schrieb ebenfalls an Lewenhaupt und bat um eine stillschweigende Waffenruhe. Er versicherte ihn der Dankbarkeit und des Wohlwollens der Kaiserin und übernahm die Verantwortung für einen Waffenstillstand. Lewenhaupt war der Situation nicht gewachsen. Der ganze Feldzug war auf einen derartigen Augenblick angelegt, und nur ein dreistes Vorrücken unter herausfordernder Haltung konnte die neue Regierung, die kaum ihre Macht hatte befestigen können, dazu veranlassen, in eine Landabtretung zu willigen. Der unschlüssige Lewenhaupt jedoch fügte sich dem Drucke und bewilligte einen Waffenstillstand auf unbestimmte Zeit. Am 6. Dezember gingen die schwedischen Truppen über die Grenze zurück. Der Befehl der Regierung an Lewenhaupt, vorwärts zu rücken, kam zu spät, und die günstige Gelegenheit, einen vorteilhaften Frieden zu erhalten, war verscherzt.

Es galt jetzt zu prüfen, wie weit eine Unterhandlung unter den Waffen Elisabeth veranlassen konnte, ihre Versprechungen einzulösen. Eine neue Möglichkeit, auf sie einen kräftigen Druck auszuüben, war durch den am 24. November 1741 eingetretenen Tod der Königin Ulrike Eleonore erstanden. In der letzten Zeit hatte Ulrike keine bedeutende Rolle gespielt, ihre kurze Regierung war für Schweden keine glückliche gewesen, aber ihre persönlichen Eigenschaften hatten weiten Kreisen Ehrfurcht und Liebe eingeflöfst, und diese Gefühle waren durch das Mitleid mit ihren

ehelichen Bekümmernissen noch gewachsen. Durch den Tod der Königin war das Hindernis aus dem Wege geräumt, das dem Plane entgegenstand, den holsteinischen Herzog durch die Aussicht auf die Thronfolge nach Schweden zu ziehen, um durch seine Ansprüche auf den Thron Rufslands Elisabeth gefügiger zu machen. Der schwedischen Regierung gebrach es jedoch an der nötigen Energie zu einem solchen Schritte, und Elisabeth kam der Gefahr dadurch zuvor, dafs sie den Herzog zu sich einlud. Im Januar 1742 reiste der junge Herzog Karl Peter Ulrich nach Rufsland, wo er im Gegenteil eine Stütze des Thrones seiner Tante und ein Beunruhigungsmittel für Schweden bildete.

Elisabeth hatte niemals bestimmte oder bindende Versprechungen gemacht, Land an Schweden abzutreten. Sobald ihr Thron völlig befestigt erschien, hatte sie auch nicht die Absicht, sich einer derartigen demütigenden Aufopferung zu unterziehen. Im Kreise ihrer Ratgeber trat der Vizekanzler Alexej Bestuschev, ein Bruder des vorhergenannten russischen Ministers in Stockholm, als Vertreter einer nationalrussischen Politik gegenüber dem ausländischen Einflusse auf. Die von der französischen Regierung an die Kaiserin gestellte Bitte, Schweden durch eine Landabtretung zu beruhigen, wurde stolz zurückgewiesen, und die Dankbarkeit, die Elisabeth ihren schwedischen Helfern noch bewahrte, nahm rasch ab, als ihr ihre Minister die Abschrift eines Briefes Gyllenborgs an den türkischen Grofswesir vorlegten, in dem die Türkei aufgefordert wurde, Rufsland anzugreifen. Ein Anzeichen dieser veränderten Stimmung war die im Februar 1742 russischerseits plötzlich erfolgte Kündigung des Waffenstillstandes. Damit waren auch die letzten Illusionen, durch Unterhandlungen ohne wirkliche Anstrengung ein günstiges Kriegsresultat zu erzielen, geschwunden; es wurde im Gegenteil jetzt klar, dafs sich Schweden auf einen schweren Kampf gefafst machen mufste, um den Frieden wiederzugewinnen, den es so leichtsinnig gebrochen hatte.

Im Winter wütete die Krankheit stärker als je im schwedischen Heere. In den vier Monaten November bis März starben mehr als 2000 Mann, und die Zahl der Krankgemeldeten hielt sich das ganze Frühjahr hindurch auf ungefähr 4000. Aber ein noch gefährlicherer Feind hatte seinen Einzug in die Armee ge-

halten, nämlich der Geist der Zügellosigkeit, des Ungehorsams und des Politisierens, den das müfsige, untätige Leben in den Winterquartieren hervorgerufen hatte, nachdem die kriegerische Begeisterung bei den ersten Niederlagen erloschen war. Die adeligen Offiziere waren schon von den Reichstagsklubs her an Politisieren, an Eigenmächtigkeit und Intrigenwesen gewöhnt, und diejenigen, welche zu den Gegnern der Kriegspolitik gehört hatten, konnten ihre Erbitterung gegen den früheren Landesmarschall und das ganze Unternehmen schwer vergessen. Nach dem Tode der Königin besafs man aufserdem in der Thronfolgefrage ein reiches Feld für politische Kombinationen und für die Agitation. Die alte holsteinische Partei lebte wieder auf, und wie in den zwanziger Jahren wurde man wieder von der Hoffnung betört, durch die Wahl des holsteinischen Herzogs grofse Vorteile, vor allem einen baldigen Frieden zu erreichen. Während jedoch die einen die Einberufung des Reichstages wünschten, verlangten andere, dafs die Offiziere selbst die Sache in die Hand nehmen sollten. Der hervorragendste unter diesen Agitatoren war der Oberst Karl Otto Lagercrantz, ein Mann von beinahe sechzig Jahren, mit reichen Erfahrungen als Soldat sowohl wie als Privatmann, der tüchtig, redegewandt und arbeitsam, aber auch rücksichtslos verwegen, leidenschaftlich und brutal war. Nur mit Mühe konnte Lewenhaupt die unruhigen Geister im Zaume halten und seine Autorität so leidlich bewahren.

Unter solchen Umständen rief die unerwartete Kündigung des Waffenstillstandes eine vollständige Verwirrung hervor. Die schwedischen Truppen lagen in weit voneinander entfernten Quartieren zerstreut und konnten nicht so schnell zusammengezogen werden, während das Gerücht ging, die Russen rückten mit grofser Übermacht heran. Im Kriegsrate wurden mehrere Stimmen dafür laut, man solle Fredrikshamn seinem Schicksal überlassen und sich zurückziehen. Der schwedische Oberbefehlshaber liefs sich dazu bewegen, Lagercrantz mit der Bitte um Verlängerung des Waffenstillstandes zu Lacy zu schicken, und, falls diese Bitte gewährt würde, sollte er sich mit einem Briefe zu dem französischen Gesandten nach Moskau begeben, wo sich der Hof aus Anlafs der Krönung Elisabeths aufhielt. Obwohl es Lagercrantz nicht gelang,

Lacy zu der begehrten Verlängerung zu bewegen, reiste er trotzdem nach Moskau, um durch La Chétardie seine Bitte zu erneuern. Als diese abgeschlagen wurde, reichte er selbst ein Schreiben ein, in dem er erklärte, Schweden wäre ohne Gewinnung von Land zum Frieden bereit, und er würde, falls die Feindseligkeiten eingestellt würden, von Lewenhaupt und dem höheren Kriegskommando eine diesbezügliche Erklärung erwirken. Er wurde, da er keine Vollmacht besafs, abgewiesen und mufste unverrichteter Dinge heimkehren, privatim soll er sich zu überzeugen Gelegenheit gehabt haben, dafs der junge Herzog die schwedische Krone der russischen vorzog.

Während der Abwesenheit Lagercrantz' erreichte die Panik in Fredrikshamn ihren Höhepunkt. Ein Teil der Einwohner floh, ein Magazin wurde geplündert, ein anderes in Brand gesteckt, eine unbeschreibliche Verwirrung herrschte, bis es nach einigen Tagen klar wurde, dafs die ganze Nachricht vom Heranrücken des Feindes blinder Lärm war. Die russischen Truppen lagen noch in ihren Winterquartieren und waren zu einem Angriff keineswegs gerüstet. Die Kündigung des Waffenstillstandes scheint in der Kenntnis von der inneren Auflösung des schwedischen Heeres ihren Grund gehabt zu haben, falls sie nicht geradezu auf Einflüsterungen der schwedischen Ränkeschmiede beruhte, welche Lewenhaupt zur Absendung Lagercrantz' nach Moskau veranlassen wollten. Die Rückkehr Lagercrantz' erhöhte die Gärung unter den Offizieren. Man sprach vom holsteinischen Herzoge als dem zukünftigen Könige Schwedens, man trank auf das Wohl Karls XIII. und machte sich auf Kosten des Oberbefehlshabers lustig. Lewenhaupt war schliefslich gezwungen, Lagercrantz zu verhaften und ihn unter der Anklage des Hochverrats nach Stockholm zu schicken. Einige Absetzungsurteile, Arreststrafen und Verwarnungen halfen allmählich die Ruhe und Ordnung wiederherstellen.

Anfang März fiel eine kleinere russische Abteilung von einigen tausend Mann, alles mit Feuer und Schwert verwüstend, in Savolaks und Karelien ein. Das Land wurde nur von einer geringen Anzahl Truppen verteidigt, aber der tüchtige Landeshauptmann Stjernstedt verstand es, die Bauern zum Widerstande zu organisieren. Bei Tohmajärvi und Öllölä in Karelien leisteten die

bewaffneten Bauernscharen unter ihren selbstgewählten Anführern den Russen so energischen Widerstand, dafs diese es Mitte April für angebracht hielten, sich zurückzuziehen. Gleichzeitig mit diesem Plünderungszuge wurde am 18. März ein Manifest in finnischer, schwedischer und deutscher Sprache erlassen, in dem die Einwohner Finnlands aufgefordert wurden, Schweden in dem ungerechten Kriege keine Hilfe zu leisten, sondern unter russischem Schutze ein freies Volk mit eigener Regierung und eigener Verfassung zu bilden. Zum ersten Male trat hier der Gedanke an ein selbständiges Finnland unter russischem Schutze auf. Noch machte er auf das finnische Volk keinen Eindruck. Das Manifest wurde als ein Vorläufer des kommenden grofsen Angriffes russischerseits verbreitet, aber auf dem Hauptkriegsschauplatze war keine Partei noch auf Monate hinaus zur Wiederaufnahme des Kampfes fertig gerüstet.

Die schwedische Regierung suchte noch immer auf dem Wege der Unterhandlungen und durch Vermittlung Frankreichs einen einigermafsen günstigen Abschlufs des Krieges zu erzielen. Der Einflufs Frankreichs war in schnellem Niedergang begriffen, und das russische Kabinett wollte keine über die Bedingungen des Friedens zu Nystad hinausgehenden Vorteile zugestehen, mit Ausnahme möglicherweise von einer Geldsumme. Aber ein Friede auf solcher Grundlage stand in allzu grofsem Widerstreit mit der Absicht der Stände, als dafs der Rat es gewagt hätte, ihn anzunehmen. Man mufste sich also auf einen neuen Feldzug vorbereiten. Vergebens sah sich der Rat nach auswärtiger Hilfe um. Die Türkei gewährte zwar ihrem neuen Freunde eine Unterstützung von einer halben Million Piaster, liefs sich jedoch zu keinem Friedensbruch mit Rufsland verleiten. Ebenso wies Dänemark alle Aufforderungen, sich am Kriege zu beteiligen, zurück. Schon darin lag für den Rat eine Veranlassung, die Stände einzuberufen, da man ja offenbar ganz andere Friedensbedingungen aufstellen mufste. Zur Fortsetzung des Krieges fehlte es aufserdem an Mitteln. Frankreich hatte alle Subsidien bereits im voraus bezahlt, und da es im österreichischen Erbfolgekriege selbst in die Enge geriet, konnte es seinem Verbündeten keine weiteren Opfer bringen. Ein Versuch, mit französischer Hilfe eine Anleihe im Auslande

aufzunehmen, schlug fehl, und die Bank weigerte sich, der Krone ohne Erlaubnis der Stände weitere Geldmittel vorzustrecken. Die Aushebung von Rekruten für das Heer und die Flotte gestaltete sich infolge der allgemeinen Unzufriedenheit mit dem Kriege immer schwieriger. Ein gefährliches Zeichen für die Unruhe, die im Lande herrschte, war die Meuterei der Rekruten aus Dalekarlien, als dieselben zur Überführung nach Finnland an Bord gehen sollten. Nur durch Drohungen konnten sie dazu gebracht werden, sich einschiffen zu lassen. Unter dem Eindrucke dieser zunehmenden Schwierigkeiten und Gefahren beschloſs der Rat im Mai, die Stände auf den 20. August einzuberufen.

Bevor die Stände sich versammelten, war der Krieg zu einer viel schnelleren und gründlicheren Entscheidung gelangt, als es jemand bei der Ausfertigung der Reichstagseinberufung hätte ahnen können. Lewenhaupt scheint sogar noch im Frühjahr an die Möglichkeit groſser Erfolge im kommenden Feldzuge geglaubt zu haben. Sein Plan war der, unter vereinter Tätigkeit des Heeres und der beiden Flotten angriffsweise vorzugehen. Im Mai lief die groſse Kriegsflotte wieder aus Karlskrona aus und nahm ihre frühere Stellung bei Aspö im Finnischen Meerbusen ein. Der Schärenflotte wurde ihr Platz bei Kursalo vor Mendolaks angewiesen; dorthin wurde zur Verteidigung des Weges nach Fredrikshamn eine starke Vorhut verlegt. Das Hauptheer selbst stand in unmittelbarer Nähe der Stadt. Dasselbe Unglück, das im vorhergehenden Jahre die schwedische Flotte lahmgelegt hatte, traf sie auch jetzt wieder. Die verheerende Krankheit brach von neuem mit der gleichen, vernichtenden Wirkung aus. Die Uneinigkeit zwischen Lewenhaupt und den Flottenbefehlshabern trug noch weiter dazu bei, den Angriffsplan zunichte zu machen. Dagegen waren die Russen zuerst zum Angriff fertig, und am 13. Juni überschritt die russische Armee die Grenze.

Der Mendolakspaſs, der vom Obersten Fröberg mit 2000 Mann verteidigt wurde, bot eine sehr starke Verteidigungsstellung, aber Lewenhaupt, nach dessen Ansicht diese Stellung ungenügend geschützt war, befahl Fröberg, bei einem Angriffe des Feindes nur scheinbaren Widerstand zu leisten und sich zurückzuziehen. Die Russen, die auf kräftigen Widerstand gerechnet hatten, fanden

zu ihrem Erstaunen den Pafs geräumt und konnten unbehindert auf Fredrikshamn vorrücken. Den ganzen Winter hindurch hatte man an den Befestigungen dieser Stadt gearbeitet, und wenn dieselben auch nicht allzu stark waren, so war doch ihre Lage zwischen einer einschneidenden Meeresbucht auf der einen Seite und einem kleinen See auf der anderen eine günstige und bot einem belagernden Feinde grofse Terrainschwierigkeiten. In der Stadt lagen grofse Vorräte angehäuft. Das schwedische Heer war dem russischen kaum unterlegen, und die schwedischen Flotten beherrschten die Küste. Lewenhaupt hielt jedoch auch diese Stellung für nicht stark genug, und der Kriegsrat, dem er die Sache anheimstellte, riet zur Einnahme einer neuen Verteidigungslinie auf dem jenseitigen Ufer des Kymmeneflusses. Vergebens stellte Buddenbrock die Forderung, man solle vor Fredrikshamn standhalten, vergebens verlangte der Kommandant, der alte Generalmajor Bousquet, dringend die Verteidigung der Stadt. Lewenhaupt gab den Befehl zum Rückzug, und am 28. Juni wurden die Festungswerke von den Besatzungstruppen geräumt, die groben Geschütze gesprengt und die Stadt mit ihren grofsen Vorräten in Brand gesteckt. Drei Viertel derselben waren in kurzer Zeit eingeäschert. Die Einwohner, die erst am selben Tage von dem bevorstehenden Geschicke Kunde erhielten, konnten nur wenig von ihrem Eigentume retten. Die grofse schwedische Armee, zu der noch die Besatzung Fredrikshamns hinzukam, zog sich darauf ohne Kampf über die Mündungsarme des Kymmeneflusses zurück, überall die Brücken hinter sich abbrechend, und nahm am 6. Juli bei dem kleinen Abborrfors an der westlichen Mündung des Flusses Aufstellung. Hier beabsichtigte man standzuhalten; dem erhaltenen Befehle gemäfs folgte die Galeerenflotte der Armee und zog sich von Kursalo nach Vargskär vor der Mündung des Kymmeneflusses zurück.

Aber auch diese Verteidigungslinie wurde nicht lange beibehalten. Der unglückselige Beschluſs, Fredrikshamn, ohne auch nur einen Versuch zu dessen Verteidigung zu machen, der Plünderung preiszugeben, hatte für die Armee seine höchst verderblichen moralischen Wirkungen. Lewenhaupt selbst verlor den letzten Rest seines Ansehens und aufserdem das Vertrauen zu

sich selbst. Um nicht allein alle Verantwortung tragen zu müssen, verwies er in Zukunft alle Fragen an den Kriegsrat, und statt daſs der Oberbefehlshaber mit seinem eigenen Urteile in letzter Hand die Entscheidung hätte treffen sollen, bestimmte nun die Majorität des Kriegsrates jede Maſsnahme. Die nur mühsam zusammengehaltenen Bande der Kriegszucht lösten sich wieder vollständig auf, und Mut und Vertrauen schwanden aus allen Herzen. Die Veranlassung zu dem neuen Rückzuge ging jedoch zunächst von der Flotte aus. Falkengren, der bei Vargskär nur mit Schwierigkeit Lebensmittel beschaffen konnte, begab sich bereits nach einigen Tagen ganz eigenmächtig mit der Galeerenflotte von dort nach Pellinge in der Nähe von Borgå. Infolge dieses Rückzuges wurde die Stellung des Heeres bei Abborrfors eine äuſsert schwierige, da seine rechte Flanke für einen Angriff von der See aus vollständig frei lag und seine Verbindung mit den Magazinen abgeschnitten werden konnte. Bereits am 12. Juli faſste der Kriegsrat den Beschluſs, die vorteilhafte Stellung aufzugeben und bei Bergby das Lager aufzuschlagen. Da sich jedoch die dortige Lage bald als ungesund erwies, zog man sich nach einer ferneren Woche bis Borgå zurück, wo die Armee wieder ihre Stellung auf gleicher Höhe mit ihrer Flotte einnahm. Auch diese Verteidigungsstellung wurde bald aufgegeben. Die groſse Kriegsflotte bei Aspö lichtete am selben Tage, wo das Heer von Abborrfors aufbrach, die Anker, segelte trotz wiederholter Befehle Lewenhaupts nach Hangö und räumte den ganzen Finnischen Meerbusen. Hierdurch war Helsingfors von der Seeseite aus ungedeckt; aus diesem Grunde wurde das bei Pellinge liegende Schärengeschwader zum Schutze der Stadt entsandt. Dieser Umstand hinwiederum gefährdete die Stellung der Armee bei Borgå, und in der Nacht auf den 29. Juli brach dieselbe von neuem auf und marschierte gen Helsingfors, wo sie am 11. August anlangte. Hier wurde kurz darauf die schwedische Hauptarmee von den nachfolgenden russischen Truppen eingeschlossen.

Auch bei Helsingfors wäre eine Verteidigung wohl möglich gewesen, denn die Lage der Stadt war eine günstige, und die Galeerenflotte hielt die Verbindung zur See aufrecht. Aber durch den schmählichen Rückzug war jedes Pflichtgefühl und jede Dis-

ziplin vernichtet worden. Bei der Mannschaft herrschten Entrüstung und Hoffnungslosigkeit; sie verachtete ihre Vorgesetzten und verdächtigte sie des Verrates. Die finnischen Soldaten desertierten massenweise und begaben sich nach Hause. Die Offiziere sehnten das Ende des Elendes herbei und trachteten nur danach, nach Schweden zurückzukommen. Trotzdem die Regierung den adeligen Familienoberhäuptern beim Offizierkorps verboten hatte, selbst zum Reichstage nach Hause zu reisen, verliefsen dieselben scharenweise die Armee, und begaben sich mit oder ohne Erlaubnis des Oberbefehlshabers nach Stockholm. Schliefslich wurde auch der Oberbefehlshaber selbst zusammen mit Buddenbrock zurückberufen, und das Kommando ging auf den Generalmajor Bousquet über. Für diesen alten Soldaten war der Oberbefehl ein höchst trauriger Auftrag. Im Heere herrschte eine solche Stimmung, dafs ihm nichts anderes übrig blieb, als mit Lacy wegen der Kapitulationsbedingungen in Unterhandlung zu treten. Am 24. August wurde in Helsingfors das Übereinkommen abgeschlossen. Die schwedischen Regimenter sollten auf schwedischen Schiffen mit Fahnen, Waffen und Trofs in ihre Heimat zurückgebracht werden; die Mannschaft, die nicht auf den Schiffen untergebracht werden konnte, sollte unbehindert den Rückmarsch nördlich vom Bottnischen Meerbusen vollziehen. Artillerie und Vorräte jedoch, die nicht verladen werden konnten, sollten den Russen zufallen. Den finnischen Regimentern stand jedoch die Wahl frei, nach Schweden mitzufolgen oder die Waffen niederzulegen und in ihre Heimat zurückzukehren. Bei der Kapitulation zählte die schwedische Armee wenigstens 11 000 Waffenfähige, die russische war nicht viel stärker. Das Übereinkommen wurde sofort in die Tat umgesetzt. Die Kavallerie marschierte unter Oberst Freudenfelt auf der Landstrafse nach Vasa und wurde von hier über den Bottnischen Meerbusen nach Umeå gebracht. Die finnischen Regimenter zogen es sämtlich vor, in der Heimat zu bleiben. Der Rest wurde auf Schiffen verladen und kam nach einer Überfahrt, die sehr unter Gegenwind zu leiden und neue Strapazen und Verluste im Gefolge hatte, in Schweden an.

Zu derselben Zeit, wo dieses geschah, war eine russische Heeresabteilung in Stärke von 4 bis 6000 Mann von neuem in

Savolaks und Karelien eingedrungen. Mit seiner gewohnten Energie suchte der Landeshauptmann Stjernstedt die Bauern zur Verteidigung aufzumuntern. Im Anfange gelang es ihm auch, den Vormarsch des Feindes aufzuhalten, aber die Übermacht war dieses Mal eine zu grofse, und der Rückzug der Küstenarmee vernichtete die Hoffnung und den Mut. Am 8. August kapitulierte Nyslott, und Stjernstedt zog sich nach Österbotten zurück. Die Russen überschwemmten bald, ohne auf Widerstand zu stofsen, ganz Finnland und Österbotten bis zur Grenze Wästerbottens. Hier gelang es Freudenfelt an der Spitze des Regimentes Wästerbotten und der Truppen, die mit ihm von Helsingfors nordwärts marschiert waren, den Russen durch einen kühnen Angriff im November eine empfindliche Niederlage bei Kemi beizubringen und ihren weiteren Vormarsch zu hemmen. General Keith übernahm die Verwaltung des eroberten Landes. Von den 18000 Mann, die nach Finnland überführt worden waren, kehrte nur der dritte Teil zurück, und beide Flotten hatten zusammen 6 bis 7000 Mann an Toten eingebüfst. Dieser Verlust war beinahe ausschliefslich die Folge von Krankheit und Entbehrungen.

* * *

Als die Reichsstände im August des Jahres 1742 wieder zusammentraten, herrschte in ganz Schweden eine unerhörte Gärung. Diejenigen, welche früher die Kriegspolitik aus allen Kräften vergebens bekämpft und mit Trauer und düsteren Ahnungen gesehen hatten, wie Schweden in das Kriegsabenteuer gestürzt wurde, brannten vor Ärger und Rachgier. Aber der ganzen grofsen Masse des schwedischen Volkes, das sich nur widerwillig und zögernd von der energischen Propaganda der kleinen Kriegspartei hatte ins Schlepptau nehmen lassen, waren jetzt die Augen geöffnet worden; mit Entsetzen sah es, wie das Reich auf den Untergang lossteuerte. Ein furchtbarer Sturm zog sich über den Häuptern derer zusammen, die das Land in ein solches Elend gebracht, seine vielversprechende innere Entwicklung gehemmt und seine Ehre geschändet hatten. Die Herrschaft der Hutpartei ging ihrem Sturze entgegen.

Zu der Erbitterung gegen die Kriegsurheber gesellte sich in

den Reihen des schwedischen Volkes noch eine heftige Opposition gegen die gesamte machthabende Adelsbureaukratie. Die schwedischen Bauern hatten dieser Gesellschaftsklasse immer mifstraut und im Herzen das Regiment der Herren genau so sehr gefürchtet wie die Alleinherrschaft des Königs. Die Erzählungen heimgekehrter Soldaten von dem mangelnden Patriotismus und der Feigheit der Offiziere liefsen überall den Glauben an den Verrat der adeligen Offiziere aufkommen und steigerten den Groll gegen den Adel in seiner Gesamtheit. Die Bauern wünschten eine stärkere Königsmacht und pochten auf ihr altes eigenes Recht, das Reich und das althergebrachte Gesetz Schwedens zu schützen. Ihre Unzufriedenheit wurde durch die neue ökonomische Gesetzgebung, die ohne jede Rücksicht an alten Gepflogenheiten und Freiheiten rüttelte, vor allem aber durch die von dem verhafsten Kriege veranlafsten neuen Steuern und Lasten gesteigert. In Dalekarlien war die Gärung am stärksten. Das Regiment Dalekarlien hatte bei Willmanstrand schwere Verluste erlitten, und die spätere Zwangsrekrutierung machte die Aufregung noch gröfser. Diese Stimmung trat unter anderem in der oben besprochenen bedenklichen Meuterei zutage, als die dalekarlischen Rekruten im Frühjahr nach Finnland überführt werden sollten. Allgemein dachte man damals schon an einen Zug gen Stockholm, um dem Willen der Bauern Geltung zu verschaffen, und als die Reichstagseinberufung kam, versammelten sich aus allen dalekarlischen Kirchspielen am 21. Juli Vertreter in Falun zu gemeinsamer Sitzung, dem sogenannten Landsding, auf dem sie ihre Reichstagsabgeordneten wählten und ihre Beschwerdepunkte aufstellten. In ganz Dalekarlien sprach man aufserdem vom jungen Herzog von Holstein, der das nächste Anrecht auf die Krone hätte, sowie davon, dafs der König gröfsere Macht besitzen sollte. Auch aus anderen Landesteilen wurden ähnliche Bewegungen gemeldet.

Während draufsen im Lande der Sturm gegen die Herrschaft der Hüte und der Adelsbureaukratie tobte, versammelten sich die Stände in Stockholm zur Lösung der unerhört schweren Aufgabe, das Land vor feindlichen Angriffen zu schützen und die innere Auflösung aufzuhalten. Im Reichstage selbst trafen die Parteien ihre Vorbereitungen für einen Kampf auf Leben und

Tod, und die eigene Macht der Stände war in ihrer Grundlage erschüttert. Innerhalb des Rates herrschte vollständige Zersplitterung. Åkerhielm erwies sich immer mehr als die dominierende Persönlichkeit, vor deren Kraft sich die anderen beugten, der schwächliche Gyllenborg dagegen hatte die Führung vollständig verloren. Auch die Heimkehr Tessins und sein Eintreten in die Regierung vermochte die Stellung innerhalb derselben nicht zu ändern. Im Ritterhause, dem bisherigen Hauptsitze der Hutpartei, waren jetzt die Hauptvertreter der Kriegspolitik teils abwesend, teils entmutigt. Als Hauptredner für die sinkende Partei traten die beiden finnischen Brüder Heinrich und Fabian Wrede, Henning Gyllenborg, Gustav Löwenhielm und etwas später Lagercrantz auf. Ein grofser Teil der jungen Offiziere, die die Hauptstärke der Hüte gebildet hatten, war zu Beginn des Reichstages noch nicht aus Finnland heimgekehrt. Mit bedeutender Stimmenmajorität wurde der Kandidat der Mützen, der Oberstleutnant Freiherr Matthias Alexander von Ungern-Sternberg, ein allgemein geachteter, moderater Mann, zum Landesmarschall gewählt. Er war ein ruhiger, besonnener Mensch, ein gewandter Redner, war jedoch etwas zu unschlüssig und für einen Parteichef vielleicht auch zu genau in der Wahl der Mittel. Auch bei den darauffolgenden Ausschufswahlen siegten die Mützen, und der geheime Ausschufs wurde dieses Mal mit ihren hervorragendsten Männern besetzt, unter denen die Generale Düring, Spens, Dohna und Staël von Holstein, die Präsidenten Bielke, Cronstedt und Palmfelt, die Kammerräte Piper und Wulfwenstierna, der Kanzleirat von Otter u. a. die bedeutendsten waren. Der geistliche Stand wählte zwar nach altem Brauche den höchststehenden der Bischöfe, Erik Benzelius, der zum Erzbischof vorgeschlagen und auch bald darauf ernannt wurde, zu seinem Vorsitzenden, aber die Stimmung der Geistlichen trat bei den Ausschufswahlen zutage, wo sie die ausgesprochenen Gegner der Kriegspolitik, Serenius an der Spitze, in den geheimen Ausschufs entsandten. Der Bürgerstand dagegen blieb der Hutpartei treu. Die Anhänger der neuen Industrie- und Bankgesetzgebung besafsen hier eine kleine Majorität, die es ihnen ermöglichte, das Plenum dieses Standes zu beherrschen und die wichtigsten Ausschüsse mit ihren Vertrauensleuten zu besetzen.

Der Bauernstand aber war ein treues Bild der unter der schwedischen Landbevölkerung herrschenden aufgeregten Stimmung. Im Bewufstsein, den gröfseren Teil des schwedischen Volkes hinter sich zu haben, traten die Bauern rücksichtsloser und herausfordernder als je zuvor auf. Gleich zu Beginn des Reichstages verlangten sie Sitz und Stimme im geheimen Ausschufs und erklärten, dafs sie anderenfalls sich aufserstande fühlten, dem Gemeinwesen so zu nützen, wie es erforderlich wäre. Man wagte es dieses Mal nicht, ihre Forderung abzuweisen; zuerst erhielten die Bauern das Zugeständnis, dafs ihre Deputierten im Ausschusse Kenntnis von der gegenwärtigen Lage des Reiches erhalten und bei der Entscheidung aller Angelegenheiten, die das Verteidigungswesen betrafen oder sonst den Bauernstand angingen, mitwirken sollten. Nach und nach aber erzwangen sie sich bei fast allen wichtigeren Angelegenheiten Sitz im Ausschusse und seinen Deputationen. Die Macht über den mächtigen Ausschufs sowohl wie über die Stände selbst lag in der Hand der Mützenpartei, und zwei vakante Stellen im Rate wurden gleich zu Beginn des Reichstages mit zwei gemäfsigten Mützen, den Präsidenten Palmfelt und Cedercreutz besetzt, was der Herrschaft der Hutpartei über die Regierung einen weiteren Stofs versetzte.

Gleich im Anfange des Reichstages traten die zur Disposition gestellten Reichsräte Bonde und Bielke und andere, die unter der vorhergegangenen Parteityrannei zu leiden gehabt hatten, mit dem Verlangen nach Genugtuung hervor. Lewenhaupt und Buddenbrock, die gleich bei ihrer Ankunft in Stockholm verhaftet worden waren, wurden vor eine Ständekommission gestellt, die mit dem von der Regierung bereits eingesetzten Generalkriegsgericht zu einem Gerichtshofe vereinigt wurde. Aber dabei blieb es nicht. Im Ritterhause wurde der Antrag gestellt, nicht blofs über die erbärmliche Leitung des Krieges, sondern auch über den ersten Truppentransport nach Finnland, sowie betreffs der Pläne und Bündnisse, die dem Kriege selbst zugrunde lagen, eine Untersuchung einzuleiten, d. h. man beantragte eine vollständige Abrechnung mit der gesamten Hutpolitik seit dem Jahre 1739. Erbittert widersetzten sich die Hüte einer derartigen Ausdehnung der Untersuchung, wonach spätere Stände sich zum Richter über

das aufwarfen, was frühere Stände gebilligt und beschlossen hatten. Nach aufgeregten Debatten faſste der Adel am 9. Oktober den Beschluſs, der geheime Ausschuſs sollte einen Bericht über den Krieg und seine Ursachen einreichen, und dieser Beschluſs wurde darauf auch vom Reichstage zu dem seinigen gemacht. Hiermit war eine allgemeine Abrechnung mit der Kriegspartei eingeleitet, und in der Person der Machthabenden stand ein vollständiger Wechsel bevor.

Die Führer der Hüte suchten nun, um die begonnene Abrechnung aufzuhalten und zur Sammlung ihrer Anhänger Zeit zu gewinnen, die Aufmerksamkeit auf einen anderen Punkt hinzulenken. Sie beschlossen daher, die brennende Thronfolgefrage zur Sprache zu bringen, obwohl die Stände im Jahre 1720 sich dahin geeinigt hatten, diesen Gegenstand erst bei Erledigung des Thrones zur Behandlung aufzunehmen. Am 13. Oktober trat plötzlich Heinrich Wrede im Ritterhause mit einer Denkschrift hervor, welche die Forderung enthielt, der zukünftige Thronfolger solle im lutherischen Glauben geboren und erzogen sein. Dieser liebevollen Fürsorge um die Religion lag natürlich die Absicht zugrunde, die Thronfolgefrage unter einer Form aufs Tapet zu bringen, die man nicht sofort als ungesetzlich abweisen konnte. Vergebens suchten die Mützen die weitere Behandlung dieses gefährlichen Vorschlages zu verhindern. Das Interesse für die Wahlfrage war nun einmal geweckt worden, und die Bauern, die keinen so genauen Unterschied machten zwischen den Vorschlägen, welche in den Bereich des Gesetzes fielen oder über seine Grenzen hinausgingen, lieſsen sich nicht davon abhalten, in dieser wichtigen Frage ihre Ansicht zu äuſsern. Sie hatten allgemein die Auffassung, daſs der holsteinische Herzog ein Anrecht auf den Thron besitze, auſserdem aber glaubten sie steif und fest, durch die Wahl des Herzogs würde Schweden Finnland und einen baldigen Frieden wiedererlangen. Der Bauernstand billigte nicht nur die Denkschrift Wredes, sondern wählte seinerseits den Herzog von Holstein zum Thronfolger des Reiches. Der Bürgerstand schloſs sich sofort am selben Tage, dem 23. Oktober, dem Beschlusse der Bauern an; eine gemeinsame Deputation setzte Adel und Geistliche von der von beiden Ständen vollzogenen Wahl in

Kenntnis und machte die Mitteilung, dafs die Abgeordneten dieser beiden Stände so lange allen Ausschüssen fern bleiben würden, bis die Thronfolgefrage erledigt wäre. Trotz aller Erbitterung über das eigenmächtige Vorgehen der Bauern und der Bürger blieb nichts anderes übrig, als ihr Verfahren gutzuheifsen, und am 26. Oktober genehmigten auch der geistliche Stand und der Adel die Wahl Karl Peter Ulrichs zum Thronfolger Schwedens. Eine Gesandtschaft ging nach Petersburg ab, um dem Herzog von der Wahl Mitteilung zu machen und seine Antwort einzuholen. Aufserdem hatte die Gesandtschaft die Vollmacht, Frieden zu schliefsen, was ja für die meisten der Hauptzweck der ganzen Wahl war.

Erst zur Weihnachtszeit langte die Gesandtschaft in Petersburg an. Hier wufste man schon längst, was bevorstand, und am 7. November war Karl Peter Ulrich in Moskau zur griechischen Kirche übergetreten und zum russischen Grofsfürsten und Thronfolger ausgerufen worden. Die Gesandten wurden kühl und mit Hochmut empfangen. Ihr Schreiben an den Herzog wurde erst dann entgegengenommen, nachdem sie ihn schriftlich in seiner neuen Würde anerkannt hatten. Sie wurden sorgfältig bewacht und durften sich mit niemandem ohne Zeugen unterhalten. Das Friedensanerbieten auf der Grundlage der Bedingungen des Friedens von Nystad wurde verworfen, und die russischen Staatsmänner erklärten, die Kaiserin wolle ganz Finnland behalten und aufserdem Kriegskostenersatz verlangen; letztere Forderung würde jedoch erlassen werden, falls die Schweden den Bischof von Lübeck, den Herzog Adolf Friedrich von Holstein-Gottorp zum Thronfolger erwählten. Mit diesem schimpflichen Bescheid kehrte die Gesandtschaft zu Neujahr heim. Die übereilte Thronfolgerwahl hatte dem Reich nur neue Schande eingebracht, aber sie klärte die Situation und schaffte Raum für neue Möglichkeiten.

Schon Ende November war die Neuigkeit vom Übertritte des holsteinischen Herzogs zur griechischen Kirche und seine Ernennung zum russischen Thronfolger in Stockholm bekannt. Die Parteien daselbst gruppierten sich sofort um andere Kandidaten. Der gröfsere Teil der Hutpartei scharte sich um den jungen Pfalzgrafen Christian von Zweibrücken-Birkenfeld, der von Anfang an von Frankreich lebhaft befürwortet worden war. Er gehörte der-

selben Fürstenfamilie an, die Schweden seine grofsen Könige aus der Pfälzer Dynastie geschenkt hatte, seine Erziehung war von einem schwedischen Gouverneur geleitet worden, und man rühmte allgemein seine vielversprechenden Eigenschaften. Der Druck der politischen Verhältnisse hatte jedoch den Gedanken auftauchen lassen, den dänischen Kronprinzen zu wählen und auf diese Weise in Zukunft die drei nordischen Reiche unter einem Oberhaupte zu vereinigen. Die Staatsmänner der Hutpartei hatten schon vor Ausbruch des Krieges durch versteckte Andeutungen einer solchen Möglichkeit den dänischen Hof zur Teilnahme zu bewegen gesucht, und wenn es sich auch bald klar herausstellte, dafs sie es mit ihren Verlockungen nicht ernst gemeint hatten, zeigte es sich doch schon gleich zu Beginn des Reichstages, dafs dieser Gedanke nicht ohne Anhänger war. Der dänische Gesandte Grüner war eifrig und nicht ohne Erfolg für die Sache tätig. Aber da erhob sich mit unwiderstehlicher Kraft ein Sturm von Stimmen für den holsteinischen Herzog, wodurch jeder andere Vorschlag zur Seite gedrängt wurde. Dänemark fühlte sich von der Aussicht auf eine holsteinische Dynastie in Schweden bedroht und begann zu rüsten. Als der Sturm vorüber war, sammelten sich wieder grofse Scharen um den dänischen Kronprinzen, und jetzt erst kam der Plan richtig in Gang. Die Hoffnung, mit Hilfe Dänemarks Finnland wiederzuerobern oder wenigstens durch eine Vereinigung mit dem dänisch-norwegischen Staate eine sicherere politische Stellung zu erlangen, drang schnell und tief in die Herzen des schwedischen Volkes ein. Die Bauern freuten sich aufserdem über die Aussicht, ein kräftigeres Königtum zu gewinnen, das sich den herrschenden Adel unterwerfen könnte. Zum Jahreswechsel kam der Geheimrat Berkentin als dänischer Botschafter nach Stockholm, um im Verein mit Grüner das Werk zu betreiben; die dänischen Rüstungen nahmen noch gröfseren Umfang an, um je nach Bedarf als Drohung oder als Lockmittel zu dienen.

Auf beiden Seiten arbeitete man mit Geld und Versprechungen für seinen Kandidaten. Auf Kosten Frankreichs oder Dänemarks wurden in der Hauptstadt an mehreren Stellen Freitische für Reichstagsabgeordnete unterhalten, und durch Entsendung von Agitatoren

oder durch Flugblätter, die mit der Post verbreitet wurden, suchte man um die Wette auf die öffentliche Meinung einzuwirken. Zu Weihnachten reisten viele Reichstagsabgeordnete, die zum Bauernstand gehörten, nach Hause und kamen mit Vollmachten oder mündlichen Aufträgen, den Kronprinzen zu wählen, zurück. In dieser Frage teilten sich die Parteien eigentlich nicht nach den alten Parteigegensätzen. Die Hüte befolgten wohl ziemlich allgemein die Anweisung Frankreichs und scharten sich um den pfälzischen Prinzen, die Mützen aber waren zersplittert; ein grofser Teil mehr aristokratischer Elemente dieser Partei fürchtete nämlich die Stärkung der Königsmacht, welche die Wahl des dänischen Kronprinzen unzweifelhaft im Gefolge haben würde, sowie die demokratischen Reformbestrebungen, die damit zusammenhingen. Die althergebrachte Abneigung gegen Dänemark trug ebenfalls ihr Teil dazu bei, den Anschlufs seitens der höheren Klassen an die Partei des Kronprinzen zu verringern. Die Macht, auf welche die Mützen im allgemeinen ihr gröfstes Vertrauen setzten, England, war auch nicht für eine Vereinigung der drei Reiche, sondern wünschte viel lieber die Wahl auf den Prinzen Wilhelm von Hessen oder seinen Sohn, den Schwiegersohn Georgs II., zu lenken. Da jedoch König Friedrich selbst nichts für eine solche Wahl tat, war sie aussichtslos; das englische Kabinett begnügte sich damit, dem französischen Kandidaten entgegenzuarbeiten, nahm jedoch im übrigen keine bestimmte Stellung ein.

Nur mit Mühe hatte man den Bauernstand in seinem Eifer, der Thronfolgefrage eine neue Lösung zu geben, so lange zurückhalten können, bis die Gesandtschaft aus Rufsland heimgekehrt war. Durch ihre Rückkehr anfangs Februar und durch den Grufs, den sie überbrachte, wurde ein dritter Name aufs Tapet gebracht; gleichzeitig langte ein holsteinischer Minister, Buchwald, in Stockholm an, der von Elisabeth entsandt worden war, um für Adolf Friedrich tätig zu sein. Günstige Aussichten erhielt der neue Kandidat von Anfang an dadurch, dafs man die Hoffnung hegte, durch seine Wahl einen billigen Frieden zu erlangen. Zur Wiederherstellung der inneren Eintracht und um endlich einmal die Thronfolgefrage aus der Welt zu schaffen, machte die grofse geheime Deputation den Vorschlag, ein kleinerer Ausschufs solle

zur Instruierung der Stände die Gründe für die einzelnen Kandidaten ausarbeiten; alsdann solle die Wahl vorgenommen werden. Als dieser Vorschlag am 8. März den Ständen vorgelegt wurde, liefsen sich die Bauern nicht mehr halten. Sie erklärten, eine weitere Ausarbeitung sei unnötig, und wählten ihrerseits mit stürmischem Eifer den dänischen Kronprinzen zum Thronfolger Schwedens. Dieses Mal folgten die anderen Stände nicht der Initiative des Bauernstandes, sondern beschlossen, die vorgeschlagene Ausarbeitung solle der Wahl vorhergehen; die Wahl selbst wurde auf ungefähr eine Woche später festgesetzt. Hiermit war die Entscheidung näher gerückt. Während der stürmischen Debatten im Ritterhause wurden die Erinnerungen an die Tage Gustav Vasas gegen den dänischen Kronprinzen zur Hilfe aufgerufen; die finnischen Edelleute erklärten sogar, sie würden sich lieber unter Rufsland stellen, als mit ansehen, wie ihr Land in eine Einöde verwandelt und sie selbst unter dem Joche Dänemarks geknechtet würden. Es hatte den Anschein, als ob, wer auch gewählt würde, ein Bürgerkrieg das Ergebnis der Wahl sein würde.

Auf Ersuchen der Stände erkundigte sich die Regierung indessen bei den fremden Ministern nach den Anerbietungen, die sie in der Wahlfrage zu machen hätten. Der dänische Botschafter versprach, Dänemark würde, falls die Wahl auf den Kronprinzen fiele, auf eigene Kosten mit einem Heere von 10 bis 12000 Mann und seiner ganzen Flotte bei der Wiedereroberung Finnlands helfen. Frankreich gab ein mehr unbestimmtes Versprechen, im Falle der Wahl des Prinzen von Birkenfeld Schweden mit Schiffen und Geld zu unterstützen. Buchwald dagegen konnte kein förmliches Anerbieten abgeben; er zeigte jedoch einen Brief des einflufsreichen holsteinischen Oberstmarschalls in Petersburg, Brummer, vor, der die Versicherung enthielt, die Kaiserin würde als Entgelt für die Wahl Adolf Friedrichs Finnland zurückgeben. Diese Versicherung lag in keiner irgendwie bindenden Form vor, sie wurde jedoch durch eine private Äufserung des einen russischen Unterhändlers auf dem kürzlich eröffneten Friedenskongrefs in Åbo, des Generals Luberas, einigermafsen bestätigt. So viel war jedoch klar, dafs ein Wahlaufschub gröfsere Möglichkeiten für eine Wiedergewinnung Finnlands bot als die unsicheren Versprechungen Dänemarks oder

Frankreichs, und dazu kam noch das Bedürfnis, einem Bürgerkriege so lange als möglich aus dem Wege zu gehen. Beinahe einstimmig erklärte sich der Rat für den Wahlaufschub. Als am 18. März die Frage an den Reichstag zurückgelangte, beschlossen die drei höheren Stände nach fernerem dreitägigem heftigem Parteikampfe die Aufschiebung der Wahl und beauftragten zugleich die schwedischen Gesandten in Åbo, die Versicherung abzugeben, die Stände beabsichtigten, Adolf Friedrich unter der Bedingung zu wählen, dafs Finnland zurückgegeben und Dänemark zufriedengestellt werde.

Hiermit war die Thronfolgefrage definitiv mit der Friedensfrage verknüpft. Die Kandidatur des pfälzischen Grafen war mit einem Male hoffnungslos geworden. Seine zahlreichen Anhänger gingen auf die Seite Adolf Friedrichs über. Vom Ausgange der Friedensverhandlungen hing es also ab, ob ein Zweig des holsteinischen Hauses den Thron Schwedens besteigen und die alte zersetzende Politik fortsetzen, oder ob die beiden skandinavischen Mächte unter einem Zepter vereint und gemeinsam ,wenn auch unter Verlust von Finnland, dem russischen Nachbarn gegenüber Posto fassen sollten. In letzter Hand hing die Entscheidung teils vom eigenen Beschlusse der russischen Regierung in der Friedensfrage ab, teils von der Fähigkeit der schwedischen Ständeregierung, gegenüber der Drohung Dänemarks und der zunehmenden Volkserregung in Schweden ihr Rufsland gemachtes Anerbieten aufrecht zu erhalten.

* * *

Beim Herannahen des Frühlings trat der Krieg wieder in den Vordergrund. Da die Hoffnungen auf Erlangung von Frieden nur allzu schwach waren, hatte man die militärischen Rüstungen nicht unterlassen können. Der geheime Ausschufs hatte sich auch den ganzen Winter hindurch damit befafst, Heer und Flotte zu reorganisieren. Da der Bauernstand sich sträubte, die nötigen Steuern zu bewilligen, war die Beschaffung der notwendigsten Mittel lange verzögert worden. Mit der gröfsten Schwierigkeit und nur unter Anwendung von Zwangsmafsregeln konnten die Lücken in der Armee ausgefüllt und für die Flotte neue Mann-

schaften herangezogen werden. Als die Zeit zum Ausrücken der Truppen kam, entstanden neue Schwierigkeiten dadurch, daſs die Landbevölkerung sich mehrfach weigerte, ihre Soldaten abmarschieren zu lassen, bevor nicht die Generale bestraft wären, und die adeligen Offiziere nicht gewillt waren, den Reichstag mit seinem anziehenden Parteigetriebe zu verlassen. Im Ritterhause hatten die Hüte infolge der Rückkehr der jungen Offiziere nach und nach wieder eine kleine Majorität erhalten, auf die sie nicht verzichten wollten. Der Adel nahm für die Offiziere, die Familienhäupter oder Regimentsbevollmächtigte waren, Partei, indem er sich auf die Heiligkeit der Privilegien und des Abgeordnetenrechtes berief, und die Stände muſsten zugeben, daſs diese Offiziere nur aus zwingenden Gründen abkommandiert werden sollten.

Die geringen Streitkräfte wurden, nachdem die Flotten gehörig bemannt worden waren, in der Weise verteilt, daſs eine Abteilung nach Västerbotten, von wo aus Freudenfelt Österbotten befreien sollte, verlegt wurde, eine andere Abteilung in die Umgegend von Gäfle zum Schutze der Küste vor Plünderungen, und eine dritte Abteilung um die Hauptstadt zu ihrer Verteidigung. Von hier aus sollte auch ein Versuch gemacht werden, Åland wiederzuerobern. Die beiden Flotten hatten in erster Linie die Aufgabe, die russische Seemacht am Auslaufen aus dem Finnischen Meerbusen zu hindern. Da man die geringe Anzahl der russischen Truppen in Finnland kannte — den Winter über lagen dort nur 5000 Mann —, dachte man auch daran, einen Versuch zur Wiedereroberung dieses Landes zu machen, bevor die russischen Verstärkungen eintreffen konnten. Zu diesem Zwecke rechnete man in erster Reihe auf eine Volkserhebung, die von schwedischen Truppen von Österbotten und Åland aus unterstützt werden sollte.

Ende März setzte der Oberst Marcks mit 1000 Mann nach Åland über und eroberte diese Insel wieder; bei dieser Gelegenheit fiel den Schweden ein russisches Schiff mit 145 Mann in die Hände. Kurz darauf, im Anfang April, brach Freudenfelt vom nördlichsten Österbotten nach Süden auf, vertrieb die russischen Posten bei Ijo und marschierte bis nach Kello in der Nähe von Uleåborg. Von dort kehrte er selbst nach Umeå zurück, um die Überführung einer Truppenabteilung über den Kvarken nach Vasa

zu beschleunigen. Das Regiment Hälsinge, das zu diesem Zwecke unter seinen Befehl gestellt worden war, konnte indessen nicht gesammelt werden. Die Bauern in Hälsingland weigerten sich, die von den Höfen zu stellenden Soldaten marschieren zu lassen, und nur 360 Mann leisteten dem Aufbruchbefehl Folge. Freudenfelt mufste deshalb den Landungsplan aufgeben und statt dessen die Truppen nördlich vom Bottnischen Meerbusen nach Österbotten senden. Er selbst wollte ein Streifkorps abholen, das auf Karlön vor Uleåborg stand, aber das Treibeis zertrümmerte sein Fahrzeug, und er selbst nebst den meisten seiner Begleiter ertrank am 20. Mai. Der Oberst Palmstruck, der das Kommando übernahm, behielt die Stellung bei Kello bis zum Friedensschlufs bei. Die Volkserhebung in Finnland kam nicht zustande, und die Verstärkung der russischen Truppen machte allen Aussichten auf ein weiteres aggressives Vorgehen ein Ende.

Das Schicksal des Krieges hing nun hauptsächlich vom Kampfe zur See ab. Die schwedische Schärenflotte hatte zeitig im Frühjahr unter dem Befehl Falkengrens in den südwestlichen finnischen Schären ihre Stellung genommen. Die grofse Kriegsflotte dagegen unter Admiral von Utfall kam erst am 18. Mai nach Hangö und warf daselbst Anker, um die Ausfahrt aus dem Finnischen Meerbusen zu sperren. Doch da war es bereits einem russischen Galeerengeschwader, das bei Helsingfors und Fredrikshamn überwintert hatte, unter dem Befehl des Generals Keith gelungen, bei Hangö vorbei in die Schären von Åbo zu kommen. Hier wurde dasselbe am 20. Mai von der ungefähr gleich starken schwedischen Schärenflotte bei Korpoström angegriffen. Nach einem Streite von einigen Stunden zog sich die schwedische Flotte wegen Mangels an Munition nach Degerby in den Ålandschen Schären zurück, während Keith bei Såttunga Aufstellung nahm. Hier lagen die noch immer gleichstarken Flotten einander gegenüber und bewachten die Mafsnahmen des Gegners. Ein neues, gröfseres Schärengeschwader hatte sich unterdessen unter dem Kommando des Feldmarschalls Lacy von Kronstadt aus Hangö genähert. Dasselbe konnte zwar an der Landspitze von Hangö, die zwischen den Inseln bis zur äufsersten Schäre vorspringt, nicht vorbeikommen, weil auf dem offenen Meere die schwedische Kriegsflotte

die Passage verlegte. Aber kurz nach der Ankunft des russischen Galeerengeschwaders erschien die grofse russische Kriegsflotte unter dem Kommando Golovins vor Hangö; sie kreuzte einige Tage hin und her und ging dann der schwedischen Flotte gegenüber vor Anker. Da von Utfall den Verdacht hegte, die russischen Galeeren beabsichtigten, hinter der Kriegsflotte bei Hangö vorbeizusegeln, griff er am 7. Juni die ungefähr gleichstarke russische Flotte an. Diese wich dem Angriffe seewärts aus, und die schwedische Flotte folgte ihr einige Stunden lang, wurde jedoch durch Nebel daran gehindert, vor dem nächsten Morgen ihren früheren Ankerplatz wieder einzunehmen. In der Zwischenzeit war das russische Galeerengeschwader bei der Landzunge von Hangö vorübergesegelt und befand sich nun in den Schären von Åbo in Sicherheit. Nach ihrer Vereinigung mit der Abteilung Keiths bei Sättunga war die russische Schärenflotte mehr als dreimal so stark als die schwedische, und die Küsten Schwedens waren nun wie 1719 und 1721 von Verheerungen bedroht. Doch ehe diese Drohung zur Tatsache wurde, hatte die Friedens- und Thronfolgefrage bereits ihre Lösung gefunden.

Im Februar des Jahres 1743 wurde, nachdem Rufsland endlich eine direkte Friedensverhandlung zugestanden und den Ort, wo dieselbe stattfinden sollte, bestimmt hatte, der Kongrefs zu Åbo eröffnet. Für Schweden waren der Reichsrat Cedercreutz und der Kanzleirat von Nolcken, die beide früher Gesandte in Rufsland gewesen waren, als Unterhändler tätig, für Rufsland Rumjantsow und Luberas. Im Anfang sahen die Verhandlungen wenig versprechend aus, da die russischen Gesandten dieselben Bedingungen stellten, wie sie der schwedischen Gesandtschaft in Petersburg mitgeteilt worden waren. Selbst nachdem Cedercreutz und Nolcken von dem Beschlusse der Stände Mitteilung gemacht, Adolf Friedrich unter gewissen Bedingungen zum Thronfolger zu wählen, liefsen die Zugeständnisse seitens Rufslands noch immer auf sich warten. Zweifellos lag für Rufsland jetzt eine Möglichkeit vor, Finnland zu behalten. Schweden war aufserstande, es zurückzuerobern, und es war nicht wahrscheinlich, dafs es bei Dänemark beträchtliche Hilfe zu diesem Zwecke finden würde. Innerhalb der Regierung gab es auch eine grofse Partei mit dem

Kanzler Alexei Bestuschev an der Spitze, die wünschte, Rufsland solle ganz einfach seine Eroberung, durch welche Petersburg eine gröfsere Sicherheit gegen früher erhielt, behalten. Auf der anderen Seite aber brauchte auch Rufsland nach den langwierigen Kriegen und den zahlreichen inneren Revolutionen, die es durchgemacht hatte, Frieden. Durch die Vereinigung der skandinavischen Reiche würde Rufsland aufserdem für die Zukunft einen viel stärkeren Feind in seine unmittelbare Nähe bekommen, als es die schwedischen und die rivalisierenden nordischen Staaten jetzt waren. Die persönlichen Sympathien Elisabeths waren für die Einsetzung einer Nebenlinie des holsteinischen Hauses in Schweden, während die älteste Linie den Thron Rufslands einnahm. Sie selbst war mit einem älteren, verstorbenen Bruder Adolf Friedrichs verlobt gewesen, letzterer sollte ihr seine Krone zu verdanken haben und für alle Zukunft wahrscheinlich ein russischer Vasallenfürst werden. Schliefslich kam wohl auch der Dank für den Dienst hinzu, den die schwedische Kriegserklärung ihr selbst geleistet hatte und vielleicht auch die Furcht, die schwedische Regierung würde die Ränke, welche die Kaiserin vor der Revolution mit dem Feinde ihres Vaterlandes geschmiedet hatte, öffentlich bekannt machen. Die Ansicht Elisabeths wurde von dem holsteinischen Hofe und dem französischen Minister in Petersburg eifrig unterstützt. Von den russischen Unterhändlern gehörte General Luberas derselben Partei an, und er verabsäumte es nicht, den schwedischen Gesandten davon Mitteilung zu machen, wie die Dinge in Rufsland lagen, oder gute Ratschläge zu erteilen, die für den erwünschten Ausgang förderlich sein konnten. Endlich machte die russische Regierung im April das Anerbieten, Finnland aufser Nyland und dem Bezirk Kymmenegård zurückzugeben. Dieses Anerbieten konnte Schweden unmöglich annehmen. Da jedoch sowohl durch Luberas wie auch durch den englischen Minister in Stockholm, Guy Dickens, Andeutungen gemacht wurden, das russische Kabinett werde sicherlich auch Nyland zurückgeben, falls man schwedischerseits einiges Entgegenkommen zeigte, nahmen die drei oberen Stände Mitte Mai als äufserstes Zugeständnis die Abtretung des Bezirks Kymmenegård an, und die schwedischen Gesandten erhielten den Auftrag, sofort heimzukehren, falls dies Angebot nicht angenommen

würde. Russischerseits verzichtete man nun zwar auf Nyland, stellte aber statt dessen die Forderung, Savolaks behalten zu dürfen. Nur mit Mühe konnten die Stände dazu veranlafst werden, in einen weiteren Aufschub zu willigen, bis ein neuer Kurier den Weg zwischen Åbo und Petersburg hin- und zurückreisen konnte. Die drei Stände beschlossen, auf den Friedensschlufs bis zum 20. Juni zu warten und am 21. die Thronfolgerwahl vorzunehmen. Aber unter dem Eindrucke des bereits ausgebrochenen Bauernaufruhrs beschlossen sie aufserdem, einer nach dem anderen, zuletzt der Adel, sich dem Bauernstande in der Wahl des Kronprinzen anzuschliefsen, falls der Abschlufs des Friedens nicht vor Ablauf der festgesetzten Frist in Stockholm bekannt wäre.

Als dieser entscheidende Beschlufs gefafst wurde, war die allgemeine Gärung schon in einem förmlichen Aufruhr zum Ausbruch gelangt. Die Erhebung war von Darlekarlien ausgegangen, wo von Anfang an die Unruhe am stärksten gewesen war. Als der neu ernannte Landeshauptmann Wennerstedt, ein keineswegs kraftvoller und von den Bauern nur wenig gekannter Mann, am 12. April in Leksand bei einer allgemeinen Zusammenkunft mit den Vertretern der Kirchspiele von Dalekarlien den Befehl bekannt machte, wonach das Regiment Dalekarlien nach Västerbotten rücken sollte, wurde die Bekanntmachung mit Lärm und Rufen entgegengenommen, die Soldaten würden nicht eher ausrücken, bevor nicht ein Thronfolger gewählt und die Generale bestraft wären; der Landeshauptmann selbst entging nur mit knapper Not einer Mifshandlung. Die Regierung wagte nicht, mit Strenge einzugreifen, sondern suchte die Bauern durch Ermahnungen und durch das Zugeständnis zu beruhigen, dafs das Regiment nach Gäfle statt nach Västerbotten abrücken sollte. Hierdurch wurden jedoch die Bauern in ihrer Unverfrorenheit nur noch bestärkt, und als der Landeshauptmann in einer neuen Bekanntmachung den Abmarsch des Regimentes anordnete, beschlofs man auf einer Versammlung in Mora, die Bauern von Dalekarlien sollten wie früher nach Stockholm ziehen, um der Herrschaft der Herren ein Ende zu machen und ihre Ansichten bei der Regierung des Reiches zur Geltung zu bringen. Am 30. Mai erging das Aufgebot über Dalekarlien, wonach allen Bauern und Soldaten aus

dem oberen Dalekarlien befohlen wurde, sich am 8. Juni in Falun zu versammeln, in welcher Stadt sie von Bevollmächtigten der Kirchspiele des unteren Dalekarlien erwartet würden. Vergebens widerrief nun die Regierung den Befehl hinsichtlich des Abmarsches des Regimentes. Am festgesetzten Tage zogen die Bauern in Falun ein, und der Aufruhr wurde organisiert.

Ein Hüttenbuchhalter, Gustav Schedin, der früher in schwedischem und preufsischem Kriegsdienst gestanden hatte, und der grofssprecherische Reichstagsabgeordnete Skinnar Per Andersson von Mora waren die Führer des Aufstandes. Der Major im Regiment Dalekarlien, Wilhelm Gustav Wrangel, hatte sich bereitwillig den Bauern als militärischer Ratgeber zur Verfügung gestellt, wenn er auch den Schein vermied, als einer ihrer Führer aufzutreten. Jedes Kirchspiel hatte übrigens seine selbstgewählten Anführer, Zucht und Ordnung wurden aufrechterhalten und Gewalttätigkeit oder Plünderung privaten Eigentums streng bestraft. Keiner durfte sich jedoch der Teilnahme entziehen. Auch Geistliche und andere Standespersonen mufsten mitfolgen. Landeshauptmann, Provinzialsekretär, Offiziere und andere Beamte wurden unter Bewachung mitgenommen und mufsten schriftlich ihr Einverständnis mit den Forderungen der Bauern bescheinigen. Der Landeshauptmann wurde aufserdem gezwungen, Fuhrwerke aufzubieten und sich schriftlich wegen der Verpflegung der Bauernscharen an die Landeshauptmannschaft von Västmanland zu wenden. Die Bauern waren mit Musketen, Spiefsen und Morgensternen bewaffnet. Am 11. Juni fand der Abmarsch von Falun statt. Überall, wo das Heer hinkam, bemächtigte es sich der staatlichen Vorräte an Waffen, Munition, Proviant und Geld; neue Scharen schlossen sich immerfort an, und an die Bauern der angrenzenden Landschaften erging die Aufforderung, gemeinsame Sache mit den Aufrührern zu machen. Über Hedemora marschierte der Zug nach Sala, wo das Bauernheer am 15. Juni einrückte. Hier wurde dasselbe von den Vertretern der Stände erwartet, die durch flehentliche Vorstellungen von der Gefahr, in der das Reich schwebte, und durch die Mitteilung von der Verurteilung der Generale den Zug aufzuhalten suchten. Natürlich vergebens. Das einzige, was sie erreichen konnten, war das

Versprechen der Bauern, bei Stäket, wo sie Lebensmittel erhalten sollten, haltzumachen, während 18 Kirchspielbevollmächtigte mit den Beschwerdepunkten der Bauern den Vertretern der Stände nach Stockholm folgten.

In Stockholm herrschte eine allgemeine Verwirrung. Weder die Regierung noch die Stände wagten es bei der erdrückenden Ungewifsheit, die hinsichtlich des Friedens und der Thronfolge herrschte, irgendwelche kräftige Maſsnahmen zum Widerstand zu ergreifen. Der Bauernstand begrüfste aufserdem die anmarschierenden Bauernscharen geradezu als Verbündete. Nur der Adel beantragte, man solle die nach der Hauptstadt führenden Straſsen mit Truppen besetzen, aber niemand wagte es, die Verantwortung auf sich zu nehmen. Die Verteidigungskommission verwies die Frage an die Regierung, diese an den geheimen Ausschufs und der Ausschufs an den Reichstag, dessen drei niedere Stände jede Gewaltmafsregel vermieden wissen wollten. Der Weg nach Stockholm wurde also freigelassen. Auch der Vorschlag, ein adeliges Freikorps zum Schutze der Ordnung zu bilden, wurde infolge aller möglichen Bedenken abgelehnt. Innerhalb der Bürgerschaft Stockholms traten Bestrebungen zutage, welche die Autorität der Stände vollständig zu untergraben drohten. Ein Teil der Bürgerschaft unter Führung des Kaufmannes Kristoffer Springer verlangte, die hauptstädtischen Reichstagsabgeordneten sollten über ihre Haltung in der Thronfolgefrage Bericht erstatten, und da der hervorragendste unter ihnen, Plomgren, dies verweigerte, wurde er für abgesetzt erklärt. Jede Ordnung und Sicherheit schien übrigens in der Hauptstadt gefährdet zu sein. Eine Menge loses Gesindel begann sich zu rühren und traf Vorbereitungen, um sich am Aufstande zu beteiligen. Die Unruhe wurde durch die Gerüchte noch vergröfsert, die Bauern wollten den alten König absetzen und gegen die adeligen Herren gewaltsam vorgehen.

Auch die Hoffnung, das Bauernheer, das jetzt auf ungefähr 5000 Mann angewachsen war, würde bei Stäket stehen bleiben, erwies sich als trügerisch, obwohl dem Übereinkommen gemäfs Lebensmittel dorthin gesandt worden waren und neue Deputierte die Bauern zu veranlassen suchten, dort das Ergebnis der Friedensverhandlungen abzuwarten. Dieselben waren fest entschlossen,

am Wahltage selbst in Stockholm zu sein, um die Wahl des Kronprinzen zu sichern. Am Abend des 19. Juni brachen sie von Stäket auf und marschierten auf die Reichshauptstadt los. Im selben Augenblicke langte die Nachricht an, dafs der Friede abgeschlossen sei.

Der Kongrefs in Åbo hatte einen Augenblick gedroht, ergebnislos auseinanderzugehen, da die Russen die Forderung stellten, Savolaks behalten zu dürfen. Der Umstand, dafs ihre Galeerenflotte Hangö passiert hatte, stärkte ihre Ansprüche, und am 14. Juni wurde der Kongrefs in aller Form aufgelöst und die Gesandten verabschiedeten sich voneinander. Auf beiden Seiten hatte man aber allzu grofses Interesse an dem Frieden, und bereits am folgenden Tage wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen. Der Ministerrat in Petersburg hatte sich am 8. Juni nach einer stürmischen Sitzung dahin geeinigt, auch Savolaks zu opfern, und die schwedischen Gesandten hatten die Instruktion erhalten, es mit einem weniger bedeutenden Zugeständnis nicht so genau zu nehmen. Man einigte sich dahin, Schweden solle den Bezirk Kymmegård bis zum westlichsten Arme der Kymmeneelf sowie Nyslott mit dem angrenzenden Gebiete von Savolaks abtreten, dagegen den übrigen Teil von Finnland zurückerhalten. Spät am Abend des 16. Juni wurde der Friedenstraktat unterzeichnet und sofort mit einem Kurier, dem Oberstleutnant von Lingen, nach Stockholm gesandt. Lingen ruderte in einem offenen, gebrechlichen Boote über die Ålandssee und kam am Abend des 19. Juni in Stockholm an.

Die Nachricht vom Abschlusse des Friedens änderte mit einem Schlage die ganze Situation und verlieh Regierung und Ständen wieder Festigkeit und Kraft. Die Thronfolge war nun entschieden, und die Entscheidung mufste aufrechterhalten werden. Am folgenden Tage, dem 20. Juni, gaben die drei oberen Stände der Regierung die Vollmacht, die Ordnung in der Hauptstadt mit Hilfe der Truppen aufrechtzuerhalten und der Gewalt mit Gewalt entgegenzutreten. Die Friedenspräliminarien wurden von denselben Ständen in aller Form angenommen, worauf in der Hauptstadt der Friede durch einen Herold unter Pauken und Trompeten bekanntgemacht wurde. Der alte König war selbst, nur

vom Reichsrat Åkerhielm und einigen Offizieren begleitet, am Morgen desselben Tages den Bauern über Norrtull hinaus entgegengeritten und hatte sie zu dem Versprechen veranlafst, aufserhalb der Stadttore zu bleiben, während ihre Bevollmächtigten beim Rate zuverlässige Kunde vom Frieden und die Resolution auf ihre Beschwerden erhalten sollten; darauf war der König zurückgekehrt, nachdem er den Truppen verboten hatte, gewaltsam vorzugehen. Aber die Dalekarlier kehrten sich nicht an das Übereinkommen, sondern marschierten vorwärts. Oberst Lagercrantz, der mit einer Abteilung und einigen Kanonen den Eingang verteidigte, konnte infolge des königlichen Befehles sie nicht aufhalten. Die Bauern drängten sich zwischen die Soldaten, bemächtigten sich sogar der Kanonen und zogen in die Stadt ein. Ein neues Übereinkommen, nach welchem sie auf Kungsholmen haltmachen sollten, wurde ebensowenig wie die früheren beobachtet, und am Nachmittage zog das Bauernheer mit fliegenden Fahnen und klingendem Spiel die Drottningstrafse hinunter nach dem Norrmalmplatze, dem jetzigen Gustav-Adolf-Platze, wo es haltmachte. Nachdem die Bauern ihre Artillerie auf einem Hofe in der Nähe untergebracht, ihre Hauptwache der königlichen Hauptwache gegenüber aufgestellt und an die Strafsen ringsum Wachtposten gelegt hatten, quartierten sie sich selbst überall in den nahegelegenen Häusern auf Norrmalm, Ladugårdslandet und in der Stadt selbst ein oder zerstreuten sich auf den Strafsen.

Der Einzug der Bauern in Stockholm rief infolge der Gerüchte, die voraufgegangen waren, grofsen Schrecken hervor. Tessin, Friedrich Gyllenborg und andere Hauptvertreter der Kriegspolitik verliefsen die Stadt, der französische und der dänische Gesandte verbrannten zur Sicherheit eine Anzahl kompromittierender Papiere, die Bank wurde geschlossen und erhielt eine Wache. Riddarholmen, wo der Hof und der Reichstag residierten, wurde von Truppen besetzt, und die Stände schoben den Tag der Wahl so lange hinaus, bis die Unruhe vorüber wäre. Es zeigte sich bald, dafs es den Bauern an einer tüchtigen Leitung und einem klaren Programme fehlte. Ihr Zug nach der Hauptstadt war ein gewaltsamer Ausdruck für die berechtigte Unzufriedenheit über die erbärmliche Leitung des Reiches und zugleich ein Versuch, ihrer

eigenen Ansicht Geltung zu verschaffen. Ganz gewifs wurden sie in mancher Hinsicht von einem richtigen Instinkt für das, was das Wohl des Reiches verlangte, geleitet, ihr Blick jedoch war zu sehr eingeengt. Jetzt gab es keine andere Möglichkeit mehr als den Frieden anzuerkennen und zum Gehorsam unter die gesetzliche Regierung zurückzukehren oder auch schnell die Macht zu ergreifen, den dänischen Kronprinzen zum Thronfolger zu proklamieren und mit den Waffen in der Hand Regierung und Reichstag zu zwingen, ihn anzuerkennen. Nichts von beidem geschah. Der 21. Juni verging unter fruchtlosen Verhandlungen. Die Bauern konnten nicht davon überzeugt werden, dafs der Friede nicht erdichtet war, und verlangten deshalb die Anerkennung des dänischen Kronprinzen. Von angrenzenden Landschaften kam die Nachricht, dafs neue Bauernscharen im Anmarsch begriffen seien. Ein derartiger Zustand konnte nicht weiter geduldet werden, und am folgenden Tage, dem 22. Juni, wurde das Hauptquartier der Dalekarlier auf Norrmalm von den in die Hauptstadt verlegten Truppen, die mit heimberufener Mannschaft der Galeerenflotte verstärkt worden waren, umzingelt. Der Oberbefehl über die Truppen wurde von den Reichsräten Adlerfelt und Rosen übernommen. Eine Bekanntmachung gewährte den Bauern eine letzte Gelegenheit, straflos die Waffen niederzulegen. Ein Teil leistete auch der Aufforderung Folge; die meisten aber sammelten sich auf Norrmalm, wo sie allen Ermahnungen trotzten und schliefslich zu schiefsen anfingen. Nun erhielten die Truppen den Befehl vorzurücken und Feuer zu geben, aber der gröfsere Teil der Soldaten verweigerte den Gehorsam, nahm Gewehr bei Fufs oder liefs seine Offiziere im Stich. Eine Schwadron des Reiterregimentes Västgöta tat jedoch ihre Pflicht. Bei den Büchsenschüssen, die bei dieser Gelegenheit gewechselt wurden, fiel der Reichsrat Adlerfelt. Dann wurden schliefslich vom Arsenalhofe zwei Kanonen herangebracht und gegen die dicht gedrängte Menge zwei Schüsse abgegeben, während zu gleicher Zeit von der entgegengesetzten Seite aus, der Fredsgatan, Oberst Lagercrantz mit Reitern vom Regimente Älfsborg angriff und zwei Salven abfeuern liefs. Etwa 50 Bauern fielen, eine noch gröfsere Anzahl wurde verwundet. Das ganze Bauernheer löste sich in wilder Angst auf und ver-

suchte, die Straſsen entlang zu entfliehen. Mehrere warfen sich in den Strom, um auf diese Weise zu entkommen, und manche ertranken. Einige adelige Offiziere sollen den Sieg durch unnötige Grausamkeit befleckt haben. Die weitaus gröſste Masse der Bauern, ungefähr 3500, wurde gefangengenommen und bis auf weiteres im Arsenalhofe, auf einigen Kirchhöfen oder auf im Hafen liegenden Schiffen eingesperrt.

Am 23. Juni traten die Stände wieder zusammen. Der Widerstand des Bauernstandes war nun gebrochen; in einer im Thronsaale abgehaltenen feierlichen Sitzung von Rat und Ständen wurde der Fürstbischof von Lübeck, Herzog Adolf Friedrich, einstimmig zum Thronfolger gewählt und ihm für seine männlichen Nachkommen das Erbrecht auf die Krone zugesprochen. Einige Wochen später, am 7. August, wurde in Åbo der förmliche Friedensvertrag mit Ruſsland abgeschlossen. Die Grenze zwischen den beiden Reichen wurde in Übereinstimmung mit dem Präliminarfrieden festgesetzt, im übrigen wurde der Friede von Nystad zugrunde gelegt, mit der Ausnahme jedoch, daſs der Artikel 7, auf den Ruſsland sein Recht, über die Regierungsform Schwedens zu wachen, stützte, weggelassen wurde.

Die innere Unruhe war mit der Unterdrückung des dalekarlischen Aufruhrs keineswegs zu Ende. In den Landschaften am Mälarsee hatten sich die Bauern bereits in Bewegung gesetzt, um nach Stockholm zu marschieren. Aus Westdalekarlien waren Scharen unterwegs, und in Helsingland plünderten die Bauern das Zeughaus von Söderhamn. Bis nach Västergötland hinab sprach man vom Marsche nach Stockholm. Übertriebene und gefärbte Berichte vom Streite auf Norrmalm und von den Grausamkeiten, die an den Besiegten verübt worden waren, wurden von den Entronnenen in Umlauf gebracht. Besonders bedenklich war die Sympathie der Soldaten für die Bauern. Man sah sich genötigt, den am meisten verdächtigen Regimentern bei ihrer Heimsendung ihre Gewehre unter irgendeinem Vorwand in Stockholm zurückzubehalten. Die zuverlässigsten Truppenabteilungen wurden nach Dalekarlien geschickt. Jedes Kirchspiel muſste schriftlich seine Miſsbilligung über den Aufruhr aussprechen, von neuem den Eid der Treue ablegen und Gnadengesuche für seine Ge-

meindemitglieder einreichen, bevor diese freigelassen wurden. Die Untersuchung wurde im übrigen unparteiisch und ziemlich mild geführt und gelangte im Februar des folgenden Jahres zum Abschlufs. Sechs von den Führern, unter ihnen Schedin und der Reichstagsabgeordnete Per Andersson, wurden zum Tode verurteilt, Major Wrangel zu lebenslänglichem Gefängnis, andere zu Prügel- oder Gefängnisstrafen. Von den Soldaten, die am Aufruhr sich beteiligt hatten, wurden diejenigen, welche im Frühjahr 1742 an den Rekrutenunruhen teilgenommen hatten, sämtlich mit Ruten gestrichen, von den übrigen je der dreifsigste nach Entscheidung durch das Los. Mehrere von den Aufrührern flohen nach Norwegen oder Dänemark. In verschiedenen Fällen trat sofort oder später Begnadigung ein.

Im Zusammenhang mit dem Bauernaufruhr war auch das Schicksal der beiden Generale entschieden worden. Sie wurden das Sühnopfer für die Sünden der Hutpartei. Die Untersuchung war im Frühjahr 1743 mit Eile betrieben und schon im Mai und Juni, um die Bauern zufriedenzustellen, das Urteil gefällt worden. Die Erbitterung gegen Buddenbrock hatte im wesentlichen ihren Grund im Unglücke von Villmanstrand. Generalmajor Wrangel suchte in seinem Berichte über die Niederlage alle Schuld auf ihn zu schieben. Bei den gemeinen Soldaten derjenigen Regimenter, die an der Schlacht teilgenommen hatten, stand es wie ein Glaubensartikel fest, dafs der Oberbefehlshaber sie im Stiche gelassen habe, und diese Überzeugung war unter den Bauern allgemein verbreitet. Schmutzige Gerüchte von verräterischen Verbindungen mit dem Feinde wurden ebenfalls in Umlauf gesetzt, um den allgemeinen Ruf nach Rache auf Buddenbrock zu lenken. Vergebens verteidigte sich derselbe kräftig und mannhaft und widerlegte alle dahingehenden Beschuldigungen, als habe er gegen den Befehl gehandelt oder Mangel an Eifer und Umsicht gezeigt. Zugunsten Buddenbrocks dürfte besonders die Fürsorge gesprochen haben, die er seinen Untergebenen hatte angedeihen lassen, sowie auch die Unerschrockenheit, mit der er im Kriegsrat gegen den schimpflichen Rückzug aufgetreten war. Das einzige, was mit einer Spur von Recht gegen ihn vorgebracht werden konnte, war der Umstand, dafs er sich in den Absichten des Feindes, als der-

selbe in Finnland einfiel, getäuscht hatte und deshalb vielleicht nicht so schnell, wie es ihm möglich gewesen wäre, zum Entsatz von Villmanstrand herbeigeeilt war. Aber er war nun einmal als Opfer ausersehen, und die Kommission verurteilte ihn zum Tode. Kurz vor dem Einzuge der Dalekarlier in Stockholm wurde das Urteil den Ständen zur Bestätigung vorgelegt, und fast keine einzige Stimme erhob sich zur Verteidigung des Unschuldigen. Das darauffolgende Gnadengesuch Buddenbrocks wurde abgelehnt, und am 16. Juli wurde er enthauptet.

Das Schicksal Lewenhaupts rief infolge seiner vornehmen Herkunft und seiner zahlreichen Verbindungen gröfsere Teilnahme hervor. Beim Adel wurden grofse Anstrengungen gemacht, um sein Leben zu retten. Seine Schuld war jedoch viel schwerer als die Buddenbrocks, denn er trug die Hauptverantwortung für den jämmerlichen Rückzug von Fredrikshamn nach Helsingfors und das freiwillige Aufgeben von Pässen und Befestigungen ohne jeden Kampf. Sein Hinweis auf die Ratschläge des Kriegsrates und auf den Ungehorsam und die Widerspenstigkeit der Flottenbefehlshaber dürfte jedoch eine gröfsere Berücksichtigung verdient haben. Aber auch sein Blut wurde von der Menge verlangt. Am selben Tage, an dem die Bauern in Stockholm einzogen, wurde sein Todesurteil verkündet. Dasselbe wurde von den Ständen bestätigt und ein Gnadengesuch abgelehnt. Indessen gelang es Lewenhaupt, in der Nacht vor dem festgesetzten Hinrichtungstage durch eine im Fufsboden ausgesägte Öffnung aus dem Gefängnis zu entfliehen. Auf sein Wiederergreifen wurde sofort eine hohe Belohnung ausgesetzt, und einige Tage später wurde er in dem Augenblicke, wo er ein Schiff besteigen wollte, um sich nach Danzig zu begeben, gefafst. Er wurde am 4. August hingerichtet.

Das Schicksal, das die beiden Generale getroffen, war eine empörende Nachgiebigkeit gegenüber dem allgemeinen Rufe nach Rache. Besonders war die Hinrichtung Buddenbrocks ein Mord unter juristischen Formen, ein Mord, der von lumpiger Verleumdung, unvernünftigen Leidenschaften und egoistischen Parteiberechnungen umgeben war. Auch Lewenhaupt hätte ein milderes Schicksal verdient, denn die eigentliche Ursache für den unglücklichen Ausgang des Feldzuges lag doch viel tiefer und nicht blofs

in seiner Unfähigkeit, das übernommene Kommando zu handhaben. Andere Offiziere, die vor die Kommission geladen worden waren, und deren Schuld in mehreren Fällen wenigstens ebenso grofs war wie die der Verurteilten, wurden entweder freigesprochen oder zu Amtsenthebung auf einige Zeit, Gehaltsentziehung auf einige Monate oder derartigen geringeren Strafen verurteilt. Nur der Oberst Fröberg, der den Mendolakspafs aufgegeben hatte, wurde abgesetzt.

Bei den Stürmen, welche die Thronfolgefrage heraufbeschworen hatte, den unvorhergesehenen Möglichkeiten, die da zutage traten, und den Leidenschaften, welche diese Frage in den tiefsten Schichten des schwedischen Volkes erregt hatte, war der Gegensatz zwischen Hüten und Mützen einigermafsen in den Hintergrund getreten. Aber er bestand noch, und als die Thronfolge endlich glücklich zum Abschlufs gelangt war, brach er von neuem in seiner ganzen Schärfe aus. Die zu Beginn des Reichstages eingeleitete Abrechnung mit der gesamten Kriegspolitik sollte nun zu Ende geführt werden. Ohne Zweifel hätte ein vollständiger Wechsel in der Person der Machthabenden stattgefunden, wenn die Mützenpartei besser organisiert gewesen wäre. Während die Hüte unter gewohnter und geschickter Leitung fest zusammengehalten wurden, war die grofse Menge ihrer Gegner kaum als einheitliche Partei organisiert. In den führenden Kreisen der Mützen machte sich aufserdem ziemlich bald eine augenscheinliche Spaltung geltend. Die Gemäfsigteren wollten zwar ihre Parteianschauung zur Richtschnur der schwedischen Regierung machen, im übrigen aber wollten sie in patriotischem Interesse daran arbeiten, den Parteihafs zu mildern, die Vergangenheit zu vergessen und eine Versöhnung herbeizuführen. Zu diesen gemäfsigteren Elementen gehörten der Landesmarschall Ungern-Sternberg, der neugewählte Reichsrat Palmfelt, der Reichsrat Erik Wrangel, der aus Überdrufs über die Parteistreitigkeiten während des Reichstages freiwillig aus dem Rate austrat, der zur Disposition gestellte Reichsrat Gustav Bonde u. a. m. Die eifrigeren Mützen dagegen wünschten vor allem Rache an ihren Gegnern zu üben. Ihre Hauptanführer waren der Propst Serenius, der Reichsrat Åkerhielm und der frühere Reichsrat Bielke. Der Gegensatz zwischen diesen beiden Gruppen wurde

schliefslich ein derartiger, dafs die fanatischeren unter den Mützen die gemäfsigteren geradezu als Verräter ansahen. Zur Rettung der Hutpartei trug auch die fortwährende Verbindung mit Frankreich bei. Infolge der Niederlagen im österreichischen Erbfolgekriege war das Ansehen dieser Macht zwar gesunken, aber das französische Gold floſs noch immer reichlich in die Kasse der Hutpartei und bildete ein Binde- und Kräftigungsmittel für die Hüte. Die Mützenpartei dagegen wurde von England nur sehr schwach unterstützt und hatte im übrigen gar keinen Beistand von auswärts. Der Umstand, dafs die Hüte im Ritterhause eine wenn auch nur knappe Majorität wiedererlangten, trug ferner zur Abwendung der drohenden Abrechnung bei.

Im geheimen Ausschusse wurden zur Vollziehung des Auftrages, den derselbe zu Beginn des Reichstages erhalten hatte, zwei Berichte über die Kriegsursachen vorgelegt, die beide von der kleineren geheimen Deputation ausgearbeitet waren; der eine dieser Berichte war ausführlicher, der andere kurz und entschuldigend. Aber keiner der beiden Berichte genügte den fanatischen Mützen; deshalb verfafste auch Serenius eine äufserst scharfe und gehässige Denkschrift, in welcher er die ganze Oberflächlichkeit bei den Beratungen, den Leichtsinn und die Unduldsamkeit derer bloſslegte, welche die Kriegserklärung herbeigeführt hatten. Die gemäfsigten Mützen fanden eine derartige Wiederauffrischung der Vergangenheit nur dazu angetan, dem Parteihasse neue Nahrung zuzuführen. Mit ihnen vereinigten sich natürlich im Ausschusse die Hüte. Der Ausschufs beschloſs, nur einen kurzen, nichtssagenden Bericht vorzulegen, der den Ständen vorgelesen und alsdann versiegelt zu den Akten gelegt wurde. Hiermit war diese gefährliche Waffe den Händen der Mützenpartei entrungen.

Auch der Antrag, die verabschiedeten Reichsräte und Kanzleibeamten wieder in Amt und Würden treten zu lassen, wodurch die Herrschaft der Hüte über den Rat und die Kanzlei gefährdet worden wäre, ging nicht durch. Sobald die drohende Abrechnung wegen des Krieges abgewandt war, beeilte sich der Adel und der Bürgerstand, die Frage, den abgesetzten Beamten Genugtuung zu verschaffen, bis zum nächsten Reichstag aufzuschieben, und alle Versuche, diesen Beschluſs aufzuheben, waren fruchtlos. Die ein-

zige Genugtuung, die zugestanden wurde, war die, dafs Bielke seine Pension wieder erhielt, Arckenholtz und Mathesius begnadigt, Johann Axelsson Gyllenstierna aus dem Gefängnis entlassen und verschiedene andere Urteile unter Bewilligung von Schadenersatz aufgehoben wurden. Auch der Sturm, der zu gleicher Zeit über die ökonomische Politik der Hüte dahingebraust war, zog ziemlich spurlos vorüber, da die Kritik, welche die geheime Handels- und Manufakturdeputation in letzter Stunde dem Reichstage vorlegte, ebenfalls ad acta kam. Das drohende Verhältnis zu Dänemark und die fortwährende innere Unruhe liefsen allen Parteien einen schleunigen Reichstagsschlufs ziemlich notwendig und wünschenswert erscheinen. Dem Adel und dem Bürgerstande gelang es daher durchzusetzen, dafs am 8. September der Schlufs des Reichstages öffentlich verkündet wurde, obwohl die Verhandlungen infolge der zahlreichen noch rückständigen Angelegenheiten noch einige Tage fortgesetzt werden mufsten.

Der Schlufs des Reichstages hatte keineswegs die Bedeutung, dafs die Hutpartei wieder die Macht übernahm, sondern nur die, dafs der Entscheidungskampf zwischen den Parteien bis zum kommenden Reichstage aufgeschoben war. Der schimpfliche Ausgang, den die grofsen Rachepläne der Mützenpartei gefunden hatten, vermehrte nur den Parteihafs. Schweden ging dem erbittertsten Parteikampfe entgegen, den sein öffentliches Leben vielleicht jemals durchgemacht hat.

Sechstes Kapitel.

Der Kampf zwischen den Hüten und der älteren Mützenpartei.

Einige Wochen nach Schluſs des Reichstages hielt der neugewählte Thronfolger Adolf Friedrich seinen Einzug in die Hauptstadt Schwedens. Der Erbfürst — diesen Titel führte er vor seiner Thronbesteigung — erhielt gemäſs dem Beschlusse der Stände Sitz und Stimme im Rate und hatte bei Abwesenheit des Königs zwei Stimmen; er führte nach dem Könige den Oberbefehl über das Kriegsheer und bezog eine bedeutende Apanage. Von Anfang an erhielt er also eine Machtstellung, die ihm bei der Meinungsverschiedenheit, wie sie innerhalb der Regierung herrschte, einen nicht unbedeutenden politischen Einfluſs hätte gewähren können.

Adolf Friedrich war am 3. Mai 1710 geboren; er war also bei seiner Ankunft in Schweden ein Mann in seinen besten Jahren. Seit 1727 Fürstbischof oder Administrator von Lübeck und seit 1739 Vormund des jungen Herzogs von Holstein-Gottorp, Karl Peter Ulrich, hatte er sich eine gewisse Übung in öffentlichen Angelegenheiten erworben; damit verband er ein wohlwollendes, gewinnendes Wesen, eine natürliche äuſsere Würde und den guten Vorsatz, seinem neuen Vaterlande zu nützen. Seine persönlichen Eigenschaften waren jedoch nicht derart, daſs sie eine kräftigere Initiative oder eine führende Stellung in der schwedischen Politik in Aussicht stellten; ganz natürlich fehlte ihm die genauere Kenntnis des Staates, zu dessen Thronfolger er so unerwartet berufen worden war. Der Erbfürst nahm daher im Anfang wesentlich die Haltung eines passiven Beobachters ein. Die Dankbarkeit

gegenüber der russischen Kaiserin, die seine Erhebung herbeigeführt hatte, war noch für seine politischen Sympathien maſsgebend, er stand in intimem Briefwechsel mit dem russischen Hofe und sah in ihm seine Hauptstütze gegenüber den Kräften, die an der Erschütterung der neuen Thronfolgeordnung arbeiteten.

In der Tat war die Stellung des Reiches eine derartige, daſs man über die Frage, ob die Thronfolgerwahl von Bestand sein würde, in allem Ernste diskutieren konnte. Die innere Gärung unter den Bauern Schwedens war immer noch so stark, daſs man jeden Augenblick einen neuen Aufruhr befürchten konnte, und vor allem drohte ein direkter Angriff seitens Dänemarks. Mit äuſserster Erbitterung hatte es der dänische Hof sehen müssen, wie alle Hoffnungen, die er auf die Wahl des Kronprinzen gesetzt hatte, zu Wasser wurden, wie alle Rüstungen, Geldgeschenke und Intrigen umsonst gewesen waren. Die ganze Zukunft Dänemarks schien sogar infolge der Erhebung des holsteinischen Hauses in Ruſsland und in Schweden gefährdet zu sein. Unmittelbar nach der Wahl verlieſsen die dänischen Gesandten Stockholm; sie machten die Andeutung, ihr Kronprinz müsse als gesetzlich gewählt angesehen werden, da ein definitiver Friede im Einklang mit den von den Ständen festgesetzten Bedingungen nicht innerhalb der bestimmten Zeit zustande gekommen sei. Auf Seeland und in Norwegen wurden Truppen zusammengezogen, die dänische Flotte lief vollständig fertig zum Angriff aus, und die dänische Regierung trat mit den Aufrührern in Schweden in direkte Verbindung. Der Krieg schien unmittelbar vor der Tür zu stehen.

Schweden war kaum in der Lage, dem dänischen Angriffe entgegenzutreten. Heer und Flotte waren geschwächt, es fehlte an Vorräten und Geld, und vor allem konnte man sich auf die Stimmung der Soldaten nicht verlassen. Die Regierung muſste sich der Demütigung unterziehen, Ruſsland zum Schutze des Friedens und der Thronfolge um Hilfe anzugehen. Die russische Flotte kreuzte während des Herbstes vereint mit der schwedischen in der Ostsee, um die Dänen von einer Landung abzuschrecken. Im September kam ein russisches Armeekorps von 12000 Mann unter dem Kommando Keiths nach Schweden und wurde im Herzen des Landes, in der Gegend von Nyköping und Norrköping,

einquartiert. Gleichzeitig mit dem Heere kam ein Geschwader von 30 Galeeren, die in dem Winterhafen bei Stäket vor Anker gingen. Diese Hilfe, die Rufsland auf eigene Kosten bereitwillig leistete, war nicht nur eine Schmach, sondern eine offenbare Gefahr für die Freiheit des Landes. Es war geradezu eine Lebensfrage, mit Dänemark ins reine zu kommen, und die Regierung sandte deshalb eilends Schwedens glänzendsten Diplomaten, den Reichsrat Tessin, nach Kopenhagen.

Im dänischen Ministerrat standen sich die Ansichten scharf gegenüber, da eine Partei unmittelbar losschlagen und den Unzufriedenen in Schweden die Hand reichen wollte, während eine andere die Gelegenheit wahrnehmen wollte, mit dem schwedischen Zweige des holsteinischen Hauses ein vorteilhaftes Abkommen zu treffen. Am 21. September erging sogar an die Befehlshaber des Heeres und der Flotte der Befehl, innerhalb vierzehn Tagen die Feindseligkeiten zu eröffnen, aber die russische Hilfssendung, die schlechte finanzielle Lage Dänemarks sowie die Vorstellungen anderer Mächte veranlafsten Dänemark, eine Verzögerung eintreten zu lassen, und im Oktober wurde der Beschlufs gefafst, den Angriff auf das folgende Jahr zu verschieben, die Streitkräfte jedoch den Winter hindurch versammelt und in Bereitschaft zu halten. Hiermit war der Krieg in eine Unterhandlung unter den Waffen verwandelt worden. In erster Reihe verlangte Dänemark, Adolf Friedrich solle für sich und seine Nachkommen auf alle Ansprüche auf die herzoglichen holsteinischen Länder verzichten. Da der Erbfürst trotz aller Einwirkungen sich nicht zu einer solchen Verzichtleistung bequemen wollte, einigten sich Tessin und die dänische Regierung dahin, dafs Schweden die Erklärung abgeben sollte, es würde etwaige Zwistigkeiten zwischen Dänemark und dem holsteinischen Hause nicht dazu benutzen, den Frieden Dänemarks zu stören; hierauf sollte die Abrüstung folgen. Mit allem Eifer suchte die russische Diplomatie in Kopenhagen sowohl wie auch in Stockholm den Abschlufs dieses Übereinkommens zu verhindern. Das Bedürfnis nach Frieden mit Dänemark war so augenscheinlich, dafs sowohl Mützen wie Hüte im Rate darin einig waren, die Aussöhnung durchzuführen. Das Übereinkommen wurde gutgeheifsen, und am 5. März 1744 wurden die Ratifikationen ausgetauscht.

Danach endlich konnten die zusammengezogenen Truppen wieder auseinandergehen. Die Kriegsgefahr war vorüber.

Da zu gleicher Zeit auch die innere Gärung unter den schwedischen Bauern sich allmählich infolge geeigneter Vereinigung von Strenge und Milde seitens der Regierung legte, fiel der Anlafs für ein längeres Verweilen der russischen Truppen in Schweden fort. Die Bevölkerung konnte ihre Anwesenheit nur schlecht vertragen, und es war während des Winters ziemlich schwer, die Ausbrüche des Volkshasses zu verhindern. Das russische Kabinett hatte es jedoch nicht so eilig, seine Truppen zurückzuziehen. Keith erhielt sogar von Bestuschev den Befehl, nach einem Anlasse für ein längeres Verbleiben derselben in Schweden zu suchen. Ein solcher Anlafs liefs sich jedoch nicht so leicht finden, da die schwedische Regierung mit der gröfsten Vorsicht alle herausfordernden Schritte vermied. Weder Keith noch der neue russische Minister in Stockholm, General Luberas, waren jedoch gewillt, sich in diesem Falle Bestuschev gefällig zu erweisen; sie schilderten die Unzufriedenheit über das Verbleiben der Truppen und die daraus sich ergebende Gefahr für den neuen Thronfolger in so starken Ausdrücken, dafs die Truppen endlich im Juli 1744 zurückgezogen wurden und Schweden die gefährliche und demütigende Hilfe los war.

Die Notwendigkeit, Dänemark und dem inneren Aufruhr gegenüber den Frieden und die Thronfolge aufrechtzuerhalten, hatte in dem auf den Reichstag folgenden Jahre die beiden grofsen Parteien, die Hüte und die Mützen, einigermafsen gezwungen, die Ausbrüche ihres gegenseitigen Hasses zurückzuhalten. Auch die Haltung der russischen Regierung trug hierzu bei. Sie begnügte sich mit dem überwiegenden Einflusse, den sie, ohne sich direkt mit einer bestimmten der rivalisierenden Parteien zu verbinden oder eine derselben besonders zu begünstigen, über die Politik, die Regierung und den Thronfolger Schwedens gewonnen hatte. Die neue Freundschaft Schwedens mit Rufsland beruhte natürlich auf der Ohnmacht und der isolierten Stellung des ersteren und hatte in Wirklichkeit die Bedeutung, dafs Schweden bis auf weiteres die äufsere Selbständigkeit des Reiches seinem mächtigen Nachbarn im Osten gegenüber aufgab.

Mit dem Jahre 1744 begannen jedoch die allgemeinen politischen Verhältnisse sich in einer Weise zuzuspitzen, die für den Parteikampf in Schweden von einschneidender Bedeutung war. Nach der in diesem Jahre erfolgten Ausweisung des französischen Botschafters, Marquis de La Chétardie, erlag der französische Einfluſs am russischen Hofe ganz und gar dem englisch-österreichischen, den Bestuschev vertrat; 1746 gelang es letzterem sogar, die intime Verbindung zwischen Ruſsland und Österreich, die infolge der Thronbesteigung Elisabeths abgebrochen worden war, wiederherzustellen. Diese bestimmte Parteinahme in den Gegensätzen der hohen Politik hatte eine starke Spannung mit Frankreich und Preuſsen im Gefolge. Aber damit erhielt auch Ruſsland ein Interesse daran, sich die Ergebenheit Schwedens in einer festeren Art als bisher zu sichern. Im Juni 1745 muſste sich die schwedische Regierung darein finden, mit dieser Macht ein förmliches Freundschafts- und Schutzbündnis abzuschlieſsen. Auf Ruſslands Befehl wurde der schwedische Minister in Konstantinopel, Carlson, der sich den Verdacht dieser Macht zugezogen hatte, abberufen. Eine mit Preuſsen eingeleitete Allianzunterhandlung wurde deshalb abgebrochen, weil die Kaiserin sagen lieſs, ein solches Bündnis schiene ihr nicht im Interesse Schwedens zu liegen, da Ruſslands Freundschaft eine genügende Stütze für das Reich gegenüber seinen übrigen Nachbarn wäre. Schweden wurde vollständig wie ein russischer Vasallenstaat behandelt.

Die Hutpartei, die das Reich in ein solches Elend gebracht hatte, zeigte in dieser Lage wider Erwarten die Kraft und die Kühnheit, als Vertreterin der Selbständigkeit des Reiches aufzutreten. In der Verteidigung dieser Selbständigkeit erblickte die Partei ein neues Programm, das weit eher als die alten Eroberungspläne imstande sein würde, ihr die Sympathien der Allgemeinheit zu gewinnen, das Zusammenhalten der gelichteten Scharen zu stärken und die Rache abzuwehren, welche die Mützen aufgeschoben, aber keineswegs aufgegeben hatten. Allmählich begann die Partei Ruſsland gegenüber eine bestimmtere Haltung anzunehmen, und auf ihre Seite trat wiederum als treuer Helfer ihr alter Verbündeter, Frankreich. Das Ansehen Frankreichs war zwar gesunken, seine Waffen und seine Diplomatie hatten im öster-

reichischen Erbfolgekriege schwere Niederlagen erlitten, und es hatte Schweden in dem Kampfe, zu welchem es dasselbe verleitet hatte, keine nennenswerte Hilfe leisten können. Es hatte aber ein wirkliches Interesse daran, die Selbständigkeit Schwedens aufrechtzuerhalten, und stellte den Hüten bereitwillig die nötigen Mittel zu den Reichstagsvorbereitungen zur Verfügung. Auch Preußen bot der Hutpartei seine Unterstützung an, die zunächst moralischer Art war. Von weit größerer Bedeutung für die Hüte war jedoch die veränderte Haltung, die der Thronfolger Schwedens gegenüber dem inneren Parteikampf einnahm.

Im Sommer 1744 hatte sich Adolf Friedrich mit der preußischen Prinzessin Luise Ulrike, der Schwester König Friedrichs II., verheiratet. Die junge Prinzessin gewann sofort durch ihre Schönheit und ihre Begabung einen bedeutenden Einfluß auf ihren Mann, und ihre Lebhaftigkeit, ihr Stolz und ihre Herrschsucht ließen es ziemlich bald ahnen, daß sie beim Kampfe der Parteien um die Macht keine müßige Zuschauerin bleiben würde. Luise Ulrike fühlte sich von Anfang an zur Hutpartei hingezogen. Im Kreise dieser Partei hatte die französische Bildung hauptsächlich ihre Vertreter. Die hervorragendste Persönlichkeit unter den Hüten, Tessin, der die Prinzessin an der Spitze einer glänzenden Gesandtschaft von Berlin nach ihrer neuen Heimat abgeholt hatte, hatte durch seinen Geist und seine feine, weltmännische Bildung ihre Sympathien gewonnen. Seine Gemahlin wurde Oberhofmeisterin und die Vertraute der Kronprinzessin, er selbst Oberstmarschall des kronprinzlichen Hofes. Der altväterische Ernst der Mützen und ihre Sparsamkeit sagten dagegen dem jungen Fürstenpaare weniger zu. Als es gelungen war, Adolf Friedrich die Überzeugung beizubringen, daß die Mützenpartei im Herzen gegen seine Thronfolge gestimmt war, und ihm und seiner Gemahlin seitens der Führer der Hutpartei unbestimmte Versprechungen erweiterter Machtbefugnis gemacht wurden, konnte es keinen wundernehmen, daß sie sich letzterer Partei immer enger anschlossen.

Diese Parteinahme war offenbar gleichbedeutend mit einem Protest gegen die Abhängigkeit von Rußland. Bereits im Juli 1745 hielt es Elisabeth für angebracht, Adolf Friedrich in einem Privatbriefe davor zu warnen, solchen Leuten, die der russischen

Politik entgegenarbeiteten, sein Vertrauen zu schenken oder auf ihre trügerischen Vorspiegelungen souveräner Machtstellung zu hören. Dieses demütigende Schreiben hatte natürlich nur den Erfolg, daſs es Adolf Friedrich aufbrachte. In einem würdigen Briefe verteidigte er sein eigenes Verhalten sowie auch das seiner Freunde; zugleich drückte er sein Bedauern darüber aus, daſs sich Leute fänden, die zwischen ihm und der Kaiserin Unfrieden stiften wollten. Hiermit war es mit der intimen Freundschaft zwischen dem schwedischen Thronfolger und dem russischen Hofe vorbei. Das Thronfolgerpaar stellte sich jetzt offen auf die Seite derer, welche die Wahrung der nationalen Unabhängigkeit Schwedens zum Ziele hatten.

Diese Allianz war von ungeheurem Werte für die Hutpartei. Der junge Hof bildete ja die Hoffnung des schwedischen Königtums und vereinigte auf sich die Sympathien, welche sich in einem alten monarchischen Staate immer um den Thron gruppieren müssen. Die Stellung, die das Thronfolgerpaar innerhalb der Nation einnahm, erfuhr durch die am 13. Januar 1746 erfolgte Geburt des Prinzen Gustav eine weitere Stärkung. Hiermit hatte das schwedische Volk wieder nach mehr denn einem halben Jahrhundert die Geburt eines schwedischen Erbprinzen erlebt, und die Zukunft der Dynastie war gesichert. Das Ereignis rief im ganzen Lande Jubel hervor und vergröſserte den Groll, mit dem man sah, wie Schwedens Thronfolger als russischer Vasallenfürst behandelt und die Selbständigkeit des Reiches offen und mit Hohn verletzt wurde.

Aber auch die Mützen bereiteten sich auf den kommenden Streit vor. Sie hofften auf sicheren Erfolg, und ihre Erbitterung war durch den Aufschub ihrer Rache noch höher gestiegen. Das Verlangen nach Sparsamkeit mit den Staatsgeldern, nach einer Kontrolle über ihre Benutzung und einer Reform der Bankgesetzgebung, besonders nachdem 1745 die Bank die Einlösung ihrer Scheine eingestellt hatte, gehörte zu ihrem Programm, ebenso wie der Schutz der Verfassung vor einer Erweiterung der Königsmacht, die, wie man annahm, die Hüte planten. Diese Feldrufe konnten es jedoch nicht verhüllen, daſs die auswärtige Politik noch immer die Hauptstreitfrage war, und daſs sich der Kampf in letzter Reihe darum

drehte, ob Schweden unter russischer Abhängigkeit verbleiben, oder sich von derselben befreien sollte. Bestuschev hatte beschlossen, sich beim kommenden Reichstage energisch in den schwedischen Parteikampf zu stürzen, um seine Gegner niederzuschlagen und Schweden in seiner Ohnmacht und seinem Abhängigkeitsverhältnis zu erhalten. Dabei konnte er zur Deckung der Kosten auf die Hilfe Englands rechnen. Auch Dänemark suchte er durch verlockende Vorspiegelungen in der immer noch offenen holsteinischen Frage zu gewinnen. Im Juni 1746 wurde zwischen Rufsland und Dänemark die Vereinigung abgeschlossen, die mit kurzen Unterbrechungen bis 1809 dauern und für Schweden so verhängnisvoll werden sollte. Diese Vereinigung war noch eine sehr lose und wurde von den dänischen Staatsmännern nur mit innerem Widerwillen und Mifstrauen aufgenommen. Aber mit der Thronbesteigung Friedrichs V. kam in Dänemark eine ausgeprägtere schwedenfeindliche Richtung zur Herrschaft, und wenn auch das dänische Kabinett mit Rücksicht auf die französischen Subsidien es nicht wagte, allzu herausfordernd aufzutreten, wollte es doch beim kommenden Reichstage im Verein mit Rufsland und England für den Sturz der Hutpartei tätig sein. So wurden die brennendsten Gegensätze der europäischen Politik mit den Parteigegensätzen im Innern Schwedens verknüpft und vermehrten den unheimlichen Ernst, der im Kampfe dieser Gegensätze lag.

Zur Leitung des Parteikampfes im Sinne Rufslands erwählte Bestuschev den bisherigen russischen Minister in Kopenhagen, den Freiherrn Johann Albrecht von Korff. Dieser Diplomat, dessen Name in der Parteigeschichte Schwedens so berüchtigt geworden ist, gehörte dem kurländischen Adel an, welcher durch Anna Iwanowna und Biron in russischen Dienst hinübergezogen worden war. Er war bereits beinahe ein Fünfziger und galt als ein gewiegter Diplomat, aufserdem als ein gelehrter und vielseitig interessierter Mann, war jedoch leidenschaftlich, sanguinisch und liefs den nötigen Takt und die nötige Selbstbeherrschung vermissen. Korffs Instruktion machte es ihm zur Aufgabe, mit allen Mitteln, Bestechungen, Drohungen und Verlockungen die Pläne, die auf eine Stärkung der Königsmacht abzielten, zu vereiteln, die Bündnisse Schwedens mit Frankreich und Preufsen zu verhindern und die

französische Partei zu stürzen. Korff wurde bei seiner Ankunft in Stockholm im Juli 1746 von den Führern der Mützen in Empfang genommen und sofort in die eifrige Agitation eingeführt, die dem Reichstage, der bald zusammentreten sollte, voraufging.

Dadurch, daſs das Gold vom Auslande sich in reichen Strömen in die Parteikassen ergoſs, erhielt die Agitation dieses Mal einen noch gröſseren Umfang als früher. Auch die innere Organisation der Parteien scheint auf diesem Reichstag ihre höchste Ausbildung erreicht zu haben. In letzterer Hinsicht hatten die Hüte infolge langer Gewohnheit und Disziplin einen unbedingten Vorsprung. Die höchste gemeinsame Leitung lag in den Händen eines Kollegiums, das sich aus den höchsten Vertrauensmännern der Partei zusammensetzte. Innerhalb der Stände waren die Parteimitglieder in Rotten eingeteilt — im Ritterhause gab es zwanzig solcher —, die von sogenannten „Akteuren“ oder „Operateuren“ geleitet wurden, welche die Rottenmitglieder zusammenzuhalten und zu instruieren hatten und ihrerseits ihre Befehle von einem oder mehreren Hauptführern in jedem Stande entgegennahmen. Eine ähnliche Organisation wurde von den Mützen erst während des Reichstags durchgeführt. Der Zusammenhalt der Mützenpartei wurde auſserdem von dem Gegensatze bedroht, der noch immer zwischen den gemäſsigten Elementen, denen die Art der Verbindungen mit Ruſsland sicher nicht vollständig klar war, und den fanatischeren Parteigängern bestand. Beide Parteien standen jedoch fertig gerüstet da zu einem Entscheidungskampfe, dessen Ausgang die Geschicke Schwedens auf lange Zeit hinaus bestimmen muſste.

* * *

Im September 1746 traten die Reichsstände wieder in Stockholm zusammen. Gleich zu Beginn zeigte es sich, daſs die Mützen bei den Geistlichen und Bauern das Übergewicht hatten, die Hüte dagegen beim Bürgerstande. Im Ritterhause schienen die Parteien gleich stark zu sein; sie setzten alle ihre Kräfte ein, um bei den Wahlen, welche die Reichstagsarbeit einleiteten und in gewisser Hinsicht ihren Gang bestimmten, das Übergewicht zu erhalten. Bei der Wahl des Landesmarschalls siegte der Kan-

didat der Mützen, Ungern-Sternberg, über Tessin, welchen die Hüte aufgestellt hatten. Aber bei den noch wichtigeren Elektorenwahlen trugen die Hüte den Sieg davon. Hiermit war der geheime Ausschufs in den Händen der Hutpartei, aber die Majorität im Ritterhause war so knapp, dafs sie leicht durch neu hinzukommende Mitglieder sich ändern konnte, und im günstigsten Falle standen zwei Stände gegen zwei.

Gleich zu Beginn des Reichstages verlangte der Bauernstand, wie 1743 am geheimen Ausschusse teilnehmen zu dürfen, und drohte, sich widrigenfalls von allen Deputationen fernzuhalten und so den Reichstag zur Untätigkeit zu verurteilen. Für die Hutpartei war dies Verlangen sehr gefährlich, denn durch seine Bewilligung konnte die Partei die Herrschaft über den Ausschufs verlieren. Aber die Teilnahme der Bauern an der Arbeit des Ausschusses war infolge ihres herausfordernden Auftretens 1743 so verhafst, dafs sämtliche übrigen Stände ihr Verlangen abschlugen. Der Beschluſs, sich an den Deputationen nicht zu beteiligen, wurde, da er nur dem eigenen Einflusse der Bauern schadete, nach einigen Wochen aufgegeben, und der Bauernstand mufste sich damit begnügen, neue kräftige Proteste gegen seine Übergehung einzulegen. Für die Parteistellung gefährlicher war der kurz darauf gemachte Vorschlag, die zur Disposition gestellten Reichsräte Bonde und Bielke wieder in den Rat zu berufen. Auch in dieser Frage marschierte der Bauernstand an der Spitze und beschlofs seinerseits ihre Wiedereinsetzung. Die Geistlichen erklärten ihre Zustimmung, während der Bürgerstand den Vorschlag an den geheimen Ausschufs verwies. Im Ritterhause entbrannte ein heifser Kampf zwischen den Parteien. Auch jetzt handelte es sich um eine wichtige Entscheidung, denn im Rate war das Gleichgewicht zwischen den Parteien ein derartiges, dafs die Mützenpartei durch den Eintritt von Bonde und Bielke das Übergewicht innerhalb der Regierung erhalten hätte. Die Wiedereinsetzung der beiden Reichsräte war die populärste Forderung der Mützen, und sie taten alles, um aus der Provinz neue Kräfte zur Hilfeleistung heranzuziehen. Lange Zeit war der Ausgang des Streites ungewifs, aber schliefslich ging die Einigkeit der Partei in die Brüche, als ein gemäfsigtes Mützenmitglied, der Landrichter Hammerberg,

beantragte, der Ausschufs solle einen Bericht über die Aufserdienstsetzung der beiden Reichsräte abgeben und einen Vorschlag zur Wiederherstellung der Einigkeit machen. Diesen Antrag erhob der Adel zu seinem Beschlusse, und da also zwei Stände gegen zwei standen, wurde die Fortsetzung dieser Angelegenheit bis auf weiteres ausgesetzt.

Rufsland, das die Mützen treu mit Geld unterstützt hatte — für die Ausschufswahlen allein hatte Korff 40000 Taler Silber ausgegeben —, beschlofs nun auf Antrag einiger Führer der Mützenpartei, auch mit Drohungen einzugreifen. Ein russisches Geschwader, das Kronstadt verlassen hatte, um, wie es hiefs, nach Reval zu segeln, begab sich statt dessen nach Fredrikshamn unter dem Vorwand, es sei vom Sturme verschlagen und so übel zugerichtet worden, dafs die Galeeren abgetakelt und die Kriegsmannschaft dort den Winter über einquartiert werden müfsten. Dies war eine direkte Drohung, die um so bedenklicher war, als Finnland vollständig schutzlos dastand. Korff, der den Titel eines Botschafters angenommen hatte, trat immer anstöfsiger und übermütiger auf. Er versammelte in aller Öffentlichkeit Reichstagsmitglieder um sich, die er traktierte und bearbeitete, und beschwerte sich bei der Regierung über solche Personen, von denen behauptet wurde, dafs sie sich herabsetzend über seine Anhänger geäufsert hätten. Zu gleicher Zeit, als er die Ankunft der russischen Galeeren in Fredrikshamn mitteilte, beschwerte er sich bei König Friedrich über das Auftreten des Erbfürsten. Kurz darauf, am 15. November, las er Adolf Friedrich eine schriftliche Vorstellung vor, in der dieser, der nur dem Wohlwollen der Kaiserin die Thronfolge in Schweden zu verdanken habe, aufgefordert wurde, sich von solchen Leuten wie Tessin und seinem Anhange fernzuhalten, da sich sonst die Kaiserin genötigt sähe, ihre liebevollen Bemühungen um seine Wohlfahrt gänzlich einzustellen.

Diese Unverschämtheit erweckte in den Herzen aller Patrioten einen glühenden Zorn und sprengte die nur mit Mühe aufrechterhaltene Einigkeit der Mützenpartei. Mit Abscheu und Schrecken sahen es die patriotisch Gesinnten von den Mützen, wie Schweden als russischer Vasallenstaat behandelt und ihr eigener, rechtmäfsiger Kampf gegen die Hutpartei und deren leichtsinnige

Politik nur als Mittel zu weiterer Erniedrigung Schwedens benutzt wurde. Das beste Zeichen für diesen erneuten Zwiespalt in der Mützenpartei lag darin, dafs ihr edelster und geachtetster Name, der alte Staatsmann Gustav Bonde, einige Tage nach der Audienz Korffs beim Reichstage das Gesuch einreichte, den Antrag betreffs seines Wiedereintrittes in den Rat, der eine solche Erregung und eine solche Meinungsverschiedenheit hervorgerufen hatte, nicht zum Gegenstande der Beratung zu machen. Das war eine förmliche Mifsbilligung der Verbindung mit Rufsland und brach der besten Waffe der Mützenpartei, ihrem Verlangen nach Genugtuung für die 1739 Gestürzten, die Spitze ab. Unter dem Eindrucke derselben patriotischen Erregung schlug der junge Kanzleibeamte Anders Johan von Höpken in der kleineren geheimen Deputation eine nationale Erklärung des Inhaltes vor, dafs die Stände aus freiem Willen Seine Königliche Hoheit zum Thronfolger gewählt hätten und gewillt seien, ihn mit Leben, Gut und Blut zu verteidigen, und sich hierbei auf nichts anderes verliefsen, als auf den Beistand und den Segen Gottes. Er stellte ferner den Antrag, die Regierung solle beim russischen Hofe wegen des Benehmens von Korff Beschwerde erheben. Der Antrag Höpkens zündete durch den edeln, patriotischen Zorn, der ihn durchwehte, und der so recht das zum Ausdruck brachte, was alle trotz Verzagtheit, Eigennutz und Parteisinn empfanden. Mit Begeisterung wurde der Antrag angenommen und eine grofse geheime Deputation vom Reichstag beauftragt, die vorgeschlagene Erklärung abzufassen. Am 3. Dezember wurde dieselbe durch eine Deputation dem Erbfürsten mitgeteilt, von den Mitgliedern der Stände unterschrieben und im Ritterhausarchiv niedergelegt, um später in den Reichstagsbeschlufs eingerückt zu werden. Der Antrag jedoch, wegen des Auftretens Korffs Beschwerde zu erheben, wurde infolge der Bedenken, die der Rat hatte, bis auf weiteres fallen gelassen.

Die russischen Drohungen hatten offenbar, anstatt die Hutpartei zum Nachgeben einzuschüchtern, ihr im Gegenteil die Segel gebläht. Aber die Lage war eine entsetzliche; die Drohung konnte jeden Augenblick zur Tat werden, der innere Parteikampf aber lähmte Regierung und Stände, und Rufsland besafs

mächtige Verbindungen bis hinauf in den schwedischen Reichsrat. Es war klar, dafs etwas geschehen mufste, um aus der verzweifelten Lage herauszukommen. In tiefstem Geheimnis fafsten die Hüte den Beschlufs, sich durch einen parlamentarischen Handstreich der Herrschaft über die Regierung zu bemächtigen. Die Frage einer Verstärkung des Rates war bei Beginn des Reichstages auf unbestimmte Zeit verschoben worden, obwohl bereits vier Sitze erledigt waren. Im Oktober segnete der allgemein angesehene Lagerberg das Zeitliche, und am 9. Dezember starb der Kanzleipräsident Karl Gyllenborg. Sechs Ratssitze standen leer, und obendrein war der Platz des Kanzleipräsidenten frei. Der geheime Ausschufs wählte in aller Eile für letzteren Posten Tessin. Dieser aber lehnte die Ehre in dem zweifellos richtigen Gefühle ab, dafs ein solcher Schritt, eine Persönlichkeit an die Spitze der schwedischen Regierung zu stellen, die kurz vorher vom Botschafter Rufslands öffentlich als ein Feind der Kaiserin bezeichnet worden war, unter den damaligen Verhältnissen eine ebenso gefährliche wie unkluge Herausforderung wäre. Man traf alsdann die Vereinbarung, die freien Ratsherrenplätze durch eine Überrumpelung bereits vor Weihnachten zu besetzen. Nach alter Sitte hatte der Reichstag zu Weihnachten Ferien, und je näher dieser Zeitpunkt heranrückte, desto zahlreicher begannen sich die Mitglieder der Stände zu zerstreuen, um das Fest zu Hause zu verleben, da sie allgemein davon überzeugt waren, dafs vor Neujahr kein wichtigerer Gegenstand zur Verhandlung kommen würde. Die Hüte suchten sie in dieser Annahme noch zu stärken, gaben aber den Ihrigen geheime Befehle dazubleiben oder zu einem bestimmten Tage zurückzukehren.

Am 17. Dezember hatten alle Stände Plenarsitzung, und allgemein nahm man an, dies wäre die letzte Sitzung vor dem Feste. Um so gröfser war daher für die Uneingeweihten die Überraschung, als ganz plötzlich im Ritterhause und im Bürgerstande der Antrag gestellt wurde, den Rat noch vor dem Auseinandergehen des Reichstags zu ergänzen. In diesen beiden Ständen ging der Antrag nach stürmischen Debatten durch, während die beiden übrigen ihrerseits nach kurzen Sitzungen die Verhandlungen für dieses Jahr abschlossen. Das Auseinandergehen des Bauernstandes war

für das Gelingen des Planes ziemlich gleichgültig, da derselbe an den Wahlen zum Rate nicht teilnahm, aber die Mitwirkung der Geistlichen war dabei notwendig. Durch heftige Bearbeitung, Drohungen und geradezu Anwendung von Gewalt gelang es am folgenden Tage, den alten Bischof Rhyzelius, der während der Krankheit des Erzbischofs den Vorsitz führte, zu veranlassen, den Stand auf den 19. Dezember zu einer Plenarsitzung einzuberufen. Hiermit war zwar das gefährlichste Hindernis beseitigt, aber in allen drei Ständen bekämpften die Mützen Schritt für Schritt den Fortgang des Wahlaktes in aufgeregten, einige Tage währenden Verhandlungen, bei welchen die Regeln der parlamentarischen Ordnung oft von den Leidenschaften gewaltsam gesprengt wurden. Erst am 22. Dezember konnte die Wahl selbst vorgenommen werden. Immer nur je eine Vorschlagsliste wurde dem Könige vorgelegt und nach jeder vollzogenen Ernennung mit einem neuen Kandidaten ergänzt. König Friedrich war damit einverstanden und ernannte unter den acht Vorgeschlagenen den Obersten Nils Palmstierna, den Generalmajor Fabian Wrede, den Kanzleirat Klas Ekeblad, die Landeshauptleute Stiernstedt und Taube und den Expeditionssekretär Anders Johan von Höpken. Unter diesen war nur Taube ein gemäfsigtes Mitglied der Mützenpartei, der wohl zunächst nur, um damit dem Könige ein Zugeständnis zu machen, auf die Vorschlagsliste gesetzt worden war. Die anderen fünf gehörten alle zu den hervorragendsten, kräftigsten Vertretern der Hutpartei. Man hatte diesmal unter Übergehung der bureaukratischen Traditionen die tüchtigsten Kräfte der Partei herangeholt, ohne sich um ihr Alter und ihren Rang zu kümmern. Besonders rief die Ernennung des 34jährigen Expeditionssekretärs Höpken zum Mitglied der höchsten Behörde im Reiche Erstaunen und Entrüstung hervor, die wohl kaum dadurch gemildert wurden, dafs man auf den Gedanken verfallen war, ihm am selben Tage die Vollmacht eines Hofmarschalls auszustellen. Die Wahl der Ratsmitglieder war der entscheidende Wendepunkt in dem langwierigen Parteikampfe. Hierdurch waren die Hüte wieder im Besitze der Herrschaft über die Regierung Schwedens, und die Mützen hatten eine Niederlage erlitten, die ihren Mut und ihre Zuversicht brach. Korff erhielt von seiner Regierung bittere

Vorwürfe, weil er den Ratschlägen der schwedischen Mützenagenten blind vertraut hatte, und bekam den strengen Befehl, fernere Geldverteilungen einzustellen.

Bei Wiederaufnahme der Verhandlungen im neuen Jahre schritt die Hutpartei rüstig und energisch auf das Ziel los, ihren Sieg und ihre Macht zu befestigen. Dieselben wurden mit einem Angriffe auf den tüchtigsten und eifrigsten Agenten der Mützen, den Stockholmer Kaufmann Kristofer Springer, eingeleitet. Im Februar 1747 wurde er wegen seiner Äußerungen in der sogenannten Prinzipalatsfrage, welche, wie man annahm, auf ein Umstoßen der Thronfolge abzielten, unter Anklage gestellt. Der geheime Ausschuß ließ ihn aus eigener Machtvollkommenheit verhaften und setzte zur Aburteilung des Verbrechens „mit allem, was sich daraus ergeben oder in ihm enthalten sein könnte", eine Kommission ein. Da sich die Stände wieder in zwei gegen zwei teilten, konnte dies Vorgehen nicht verhindert werden, und die Hüte hatten wieder ebenso wie im Jahre 1741 eine Verratskommission zu ihrer Verfügung. Kurz darauf wurde ein anderes Werkzeug Korffs, der Fabrikbesitzer Hedman, verhaftet und beim Hofgericht wegen Stimmenfang und wegen verletzender Äußerungen über den Thronfolger angeklagt. Ein dritter Staatsprozeß wurde einige Wochen später gegen den schottischen Arzt Alexander Blackwell eingeleitet. Dieser wurde beschuldigt, sich in Intrigen behufs Änderung der Regierungsart und der Thronfolge eingelassen zu haben. Er wurde vor ein Kanzleigericht gestellt, dessen Vorsitzender Tessin war. Der Prozeß wurde mit rücksichtsloser Härte und Parteilichkeit geführt. Da Blackwell leugnete, wurde er dreimal der Folter unterworfen. Die unzusammenhängenden Geständnisse, die ihm auf diese Weise abgepreßt wurden, bewiesen, so erklärte man, sein Verbrechen, und Blackwell wurde zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Das rücksichtslose Vorgehen jagte der Mützenpartei Schrecken ein und trug dazu bei, den Widerstand gegen die kühne Politik der Hüte zu ersticken. Der Reichsrat Rosen wurde als Generalgouverneur nach Finnland gesandt, um das Verteidigungswesen daselbst zu einen und zu kräftigen. Es wurde befohlen, die Regimenter bis zu ihrer vollen Stärke auszuheben, und im Frühjahr

wurden die Schären- und die Kriegsflotten ausgerüstet, damit sie klar zum Auslaufen wären. Zugleich wurden die Unterhandlungen mit Preußen und Frankreich beschleunigt. Am 18. Mai 1747 wurde das Bündnis mit Preußen unterzeichnet, das die gegenseitige Verpflichtung enthielt, einander im Falle eines Angriffes beizustehen; Preußen garantierte die schwedische Thronfolge. Einige Tage später, am 26. Mai, wurde der Vertrag mit Frankreich abgeschlossen, durch den das Bündnis vom Jahre 1738 auf zehn Jahre erneuert und dem schwedischen Staate neue Subsidien gewährt wurden. Durch diese Verträge hatte Schweden ungefähr dieselbe Allianzstellung wiedererlangt, die vor dem Kriege bestanden hatte, und gegen seinen drohenden und übermächtigen Nachbarn Verbündete gewonnen. Auch die Verbindung mit der Türkei, die auf Befehl Rußlands abgebrochen worden war, wurde wieder aufgenommen.

Mit zunehmender Erbitterung sah das russische Kabinett, wie sich Schweden aus der Gewalt Rußlands befreite. Ende Mai machte die Kaiserin dem englischen Hofe das förmliche Anerbieten, mit gemeinsamen Kräften eine Änderung der schwedischen Thronfolge herbeizuführen und dieselbe einem englischen oder hessischen Prinzen zu übertragen; aber England, das bereits in zwei große Kriege verwickelt war, wollte sich selbst nicht darauf einlassen, ermunterte jedoch Rußland dazu. Auch innerhalb des Reiches fand die russische Regierung keine so starken Verbindungen, wie sie gehofft hatte. Korff hatte den ganzen Winter hindurch versucht, den Führern der Mützen ein von ihnen unterzeichnetes Hilfsgesuch an die russische Kaiserin abzupressen, sein Versuch war jedoch mißlungen. Im April sandten dieselben aber einen Vertreter nach Petersburg, um daselbst eine solche Bitte vorzubringen. Es war dies der frühere Kanzleirat Ranchstedt, eine der zweideutigsten politischen Existenzen damaliger Zeit. 1741 war er, da er in den Prozeß Gyllenstiernas verwickelt war, ausgewiesen, 1743 jedoch begnadigt worden und hatte alsdann als eifriger Agent der Mützenpartei und als Aufwiegler im Bauernstande gewirkt. Die von einem ausgewiesenen Abenteurer ohne jede Vollmacht vorgebrachte Bitte um Hilfe war alles, was Bestuschev an Hilfsgesuchen schwedischer Patrioten zum Schutze der schwe-

dischen Freiheit mit russischen Waffen aufweisen konnte. Da sich Rufsland im Juni 1747 förmlich verpflichtete, seine Truppen auf den allgemeinen europäischen Kriegsschauplatz zur Unterstützung Englands und Österreichs zu senden, fand es den Zeitpunkt noch weniger geeignet zu einem Bruche des Friedens mit Schweden. Ein russisches Galeerengeschwader, das auch in diesem Jahre von Kronstadt auslief, nahm zwar ohne Erlaubnis der schwedischen Regierung oder ohne dieselbe vorher zu verständigen seinen Weg durch die finnischen Schären und lag zehn Tage lang vor Helsingfors, ehe es anfangs Juli nach Reval hinüberfuhr, aber die Hutpartei sah ein, dafs Rufsland es in diesem Jahre bei blofsen Drohungen bewenden lassen würde, und erhöhte deshalb ihren Eifer, um die Gelegenheit auszunutzen und ihre inneren Feinde vollständig zu vernichten.

Die Kommission, die Springer aburteilen sollte, war von der Untersuchung über seine Äufserungen in der Prinzipalatsfrage auf seine Reichstagsintrigen und seine Verbindungen mit dem russischen Minister übergegangen. Nur mit List gelang es, ihm einige Aufschlüsse zu entlocken. Ein junger Gardefähnrich, Freiherr Georg Gustav Wrangel, der Wachtdienst hatte, gewann durch erheuchelte Teilnahme das Vertrauen Springers; auf diese Weise erhielt er verschiedene Mitteilungen über die Parteioperationen während des Reichstages sowie mündliche und schriftliche Grüfse für die Freunde Springers, und alles dies berichtete Wrangel dem Justizkanzler. Aus diesen Geständnissen ging zwar eine eifrige Teilnahme am Parteileben hervor, aber keine Umtriebe gegen die Thronfolge. Eine von Springer ausgesprochene Vermutung über die Absichten der russischen Flotte schien jedoch eine genauere Kenntnis der Pläne Rufslands zu beweisen. Die Kommission wurde deshalb ermächtigt, geheime Anzeigen entgegenzunehmen, und erhielt eine Summe für heimliche Ausgaben angewiesen. Auf Grund anonymer Anzeigen verräterischer Verbindungen, die auf diese Weise einliefen, und der Geständnisse Springers wurde darauf ein Bericht über geheime Umtriebe gegen die Thronfolge abgefafst, der den Ausschufs derart in Schrecken setzte, dafs er den Ständen durch Protokollauszüge mitteilte, man sei landesverräterischen Verbindungen auf die Spur gekommen.

Diese Beschuldigung wurde im Drucke über das ganze Reich verbreitet und erzeugte eine gärende Unruhe und eine allgemeine Unsicherheit. Überall mutmafste man Verrat oder glaubte sich Verdächtigungen ausgesetzt. Jetzt erst kamen die heimlichen Anzeigen so recht in Zug, und Listen mit angeblichen Landesverrätern wurden in Umlauf gesetzt.

Die Hutpartei war jetzt so stark, dafs sie es endlich wagte, gegen den hervorragendsten und verhafstesten Vertreter der Mützen, den Reichsrat Samuel Åkerhielm, zum Angriff vorzugehen. Er galt als die Seele der Mützenpartei, und solange er noch im Rate safs, war der Sieg kein vollständiger. Die Springersche Kommission erhob gegen Åkerhielm Anklage wegen seiner im Rate gemachten Äufserungen über die Prinzipalatslehre, die Bankdeputation wegen seiner Ratschläge betreffs der Bank, und obwohl Åkerhielm diese Vorwürfe geschickt und kühn widerlegte, erklärte doch der geheime Ausschufs im Juli seine Widerlegung für ungenügend und stellte ihn vor die Kommission. Der Umstand, dafs Springer ihm durch Wrangel hatte sagen lassen, er habe ihn mit keinem Geständnis belastet, wurde als Beweis dafür angesehen, dafs Springer von Dingen Kenntnis habe, die Åkerhielm belasteten. In dem langwierigen Prozesse gegen letzteren, der hiermit seinen Anfang nahm, kämpften die Parteien ihren letzten erbitterten Streit. Åkerhielm kannte den glühenden Hafs seiner Feinde. Manchmal dachte er daran zu entfliehen, um sein Leben und seine Freiheit zu retten, aber er blieb doch, um sich zu verteidigen. Am 28. August reichte er sein Abschiedsgesuch ein, aber der geheime Ausschufs wollte es nicht bewilligen, sondern ihn durch eine Verurteilung in empfindlicherer Weise bestrafen. Åkerhielm lehnte es darauf ab, vor der Kommission zu erscheinen, und konnte erst durch Haftandrohung dazu gebracht werden. Vergebens suchte die Kommission einen wirklichen Beweis für seine Verbindung mit Rufsland zu finden oder ihm selbst ein Geständnis abzupressen. Im November nahm der Ausschufs den Prozefs direkt in eigene Hand und bewilligte Åkerhielm den Abschied ohne Pension mit dem Zusatz, dafs er nie mehr im Dienste des Reiches Verwendung finden dürfe. Darauf kam die Frage endlich an das Reichstagsplenum, wo Geistliche und Bauern für

Åkerhielm Partei nahmen und ihm ihr Vertrauen aussprachen. So standen wiederum zwei Stände gegen zwei. Aber da Åkerhielm das Gefahrvolle seiner Stellung erkannte, forderte er schliefslich selbst den geistlichen Stand auf nachzugeben, und im Dezember war daher sein Geschick entschieden. Åkerhielm trat für immer aus dem öffentlichen Leben zurück. Schon der folgende Reichstag bewilligte ihm eine Pension, und im Jahre 1766 forderten ihn die Stände auf, sein Amt als Mitglied des Rates wieder einzunehmen, und prägten ihm eine Medaille als Belohnung für die Ratschläge, die er mit Rücksicht auf die Bank erteilt hatte. Er lehnte die angebotene Erhöhung ab und starb 1768 einige achtzig Jahre alt. Mit seinem Sturze war der Einfluſs der Mützen in der Regierung gebrochen. Sein Nachfolger wurde der Staatssekretär Gabriel von Seth.

Das Urteil über Springer wurde gleich nach dem über Åkerhielm gefällt. Er wurde zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt und sollte in allen den Städten, durch die er gebracht wurde, an den Pranger gestellt werden. Hedman dagegen wurde nach einem beinahe zwei Jahre währenden Prozesse aus Mangel an Beweisen freigesprochen. Aus den öffentlich bekanntgemachten landesverräterischen Umtrieben wurde es im übrigen nichts, und der Ausschuſs begnügte sich mit einer in allgemeinen Ausdrücken abgefaſsten Erklärung, nicht näher darauf eingehen zu wollen. Dagegen wurden die Scharen, die zur siegenden Partei gehörten, mit einer Freigebigkeit belohnt, die sich mit der schlechten Finanzlage des Reiches schwer vereinbaren lieſs. Unter anderem bewilligte man dem Thronfolgerpaare eine Erhöhung der Apanage und bezahlte seine Schulden. Die Stände, welche als Paten des Prinzen Gustav eingeladen worden waren, erwiderten diese Artigkeit mit einem Patengeschenke von 200 000 Talern Silber. Dieser Reichstag zeichnete sich auch durch eine ungewöhnlich groſse Anzahl von Empfehlungen für Beamtenposten aus, so daſs die Stände die bureaukratische Beförderungsordnung geradezu selbst in die Hand nahmen.

Der Sieg der Hutpartei war ein vollständiger, und Tessin nahm jetzt den ihm im vorhergehenden Jahre angebotenen Posten als Kanzleipräsident an. Die Gegner waren auf der ganzen Linie geschlagen und so zersprengt, daſs die Mützenpartei kaum noch

kaum noch existierte. Ein Teil ihrer zahlreichen Anhänger zog sich zur Ruhe zurück, um bessere Zeiten abzuwarten, andere gingen aus Gewohnheit, sich der bestehenden Macht zu unterwerfen, aus Glücksjägerei oder auch, weil sie einsahen, dafs die Hutpartei jetzt einen anderen Charakter und eine andere Aufgabe habe, zur herrschenden Partei über. Nur einzelne erbitterte Gegner wagten es noch, solange ihnen der Bundesgenosse im Osten die Hand reichte, im tiefsten Geheimnis ihre Intrigen fortzusetzen. Trotz aller Verwirrung und aller Leidenschaften, die auf dem Reichstage 1746—1747 mehr denn je ihr Spiel getrieben hatten, hatte derselbe doch das Ergebnis, dafs das schwedische Reich nach langer Zersplitterung von neuem unter einer einheitlichen Regierung und zur Lösung gemeinsamer Staatsaufgaben geeint war. Dem inneren Streite folgte ein Friede, der zwar nicht das Resultat des Vergessens oder der Versöhnung war, der aber doch im Grunde genommen die Bedeutung hatte, dafs das Gefühl der gemeinsamen Interessen über die trennenden die Oberhand gewonnen hatte und das schwedische Volk, als es zur Einsicht gelangt war, dafs sich der Streit um die Selbständigkeit des Vaterlandes drehte, zum gemeinsamen Schutze derselben geeint dastand.

Im Zusammenhange mit dem politischen Machtstreite hatte auch eine für die Zukunft der Ständeherrschaft wichtige staatsrechtliche Frage ihre Entscheidung gefunden, nämlich die Prinzipalatsfrage. Hierbei hatten die Mützen die Ansicht verfochten, dafs der gewählte Reichstagsabgeordnete durch Instruktionen seitens seiner Wähler, „der Prinzipale", gebunden werden könne und verpflichtet sei, ihnen über sein Verhalten auf dem Reichstage Rechenschaft abzulegen; die Hutpartei huldigte der entgegengesetzten Anschauung. Die Stellung der Parteien zu dieser Frage wurde im wesentlichen von persönlichen und parteipolitischen Berechnungsgründen bestimmt, es war jedoch klar, dafs die Prinzipalatslehre in ihrer Konsequenz zur Anarchie geführt und die einzige noch vorhandene feststehende Behörde, den Reichstag, untergraben hätte. Auf dem Reichstage des Jahres 1743, wo diese Theorie zum ersten Male formuliert wurde, war es zu keiner Entscheidung gekommen. Erst durch das Urteil über Springer und Akerhielm wurde die Prinzipalatsdoktrin förmlich verworfen,

und der Reichstagsbeschluſs vom Jahre 1747 erklärte sie für eine „verkehrte und unbedachte Auslegung der Reichsgrundgesetze“ und jeden ihrer Verfechter für ein „unruhiges, schädliches Mitglied“, das gesetzlich Strafe verdiente. Die Macht der Stände nach unten, in ihrem Verhältnis zu den Wählern, war hiermit festgestellt und an dem stolzen Bau der Ständeherrschaft gewissermaſsen der Schluſsstein gelegt.

* * *

Die Zeit, die unmittelbar auf den Reichstag des Jahres 1747 folgte, war dem äuſseren Anscheine nach eine Friedenszeit, welcher die Ruhe, die auf den Sturm folgt, und die allgemeine Erwartung des bevorstehenden Thronwechsels ihr Gepräge gaben. Der alte König, der bereits vorher ziemlich gebrechlich war, wurde im Februar 1748 von einem Schlaganfall getroffen, der sich im selben Frühjahre zweimal wiederholte und die Körper- und Geisteskräfte des Königs teilweise lähmte. Nach einiger Zeit wurde seine Gesundheit zwar etwas besser, aber er konnte in Zukunft von den Regierungsgeschäften nur flüchtig Kenntnis nehmen. Einen Einfluſs auf dieselben hatte er überhaupt nicht mehr, er konnte nicht einmal die Regierungsbeschlüsse unterzeichnen, weshalb ein Stempel mit dem königlichen Namen, der schon früher angefertigt worden war, um ihm die Unterzeichnung einer groſsen Zahl weniger wichtiger Schriftstücke zu ersparen, jetzt immer häufiger zur Anwendung kam.

Je hinfälliger König Friedrich wurde, desto mehr wandte sich die Aufmerksamkeit dem jungen Hofe zu. Adolf Friedrich und seine Gemahlin hatten während des Reichstages im Parteikampfe treu den Hüten zur Seite gestanden und ohne Zweifel hierdurch ihr eigenes Ansehen gestärkt sowie ihren Anteil am gemeinsamen Siege erhalten. Anderseits aber hatten sie sich auch den Haſs und die Erbitterung des russischen Kabinettes zugezogen. Allgemein sowohl bei den ausländischen Kabinetten wie auch bei den eifrigsten Anhängern der Freiheit im Lande war die Furcht verbreitet, daſs das Thronfolgerpaar und die Führer der Hutpartei eine Stärkung der Königsmacht planten. Dieser Verdacht war gewiſs nicht unbegründet. Adolf Friedrich und Luise Ulrike

war eine erweiterte Macht zugesichert worden, wenn es auch unbestimmt ist, wie weit diese Versprechungen gingen oder wie groſs der Kreis der Eingeweihten war. So viel schien jedoch sicher zu sein, daſs der Tod des alten Königs groſse Veränderungen im Gefolge haben würde.

Die Hauptperson im öffentlichen Leben Schwedens war in diesen Jahren weder der König noch der Thronfolger, sondern Karl Gustav Tessin, dessen bedeutendste staatsmännische Tätigkeit jetzt beginnt. Als hervorragendster parlamentarischer Führer der Hüte hatte er auf dem Reichstage 1738 die Partei zum Siege geführt und später als ihr tüchtigster Diplomat in Paris, in Kopenhagen und am Ratstische für den Bestand und den Erfolg der Partei gekämpft. Wenn auch hierbei die Tätigkeit Tessins, als es sich darum handelte, Schweden auf die Bahn kriegerischer Abenteuer zu führen, denselben jugendlichen Leichtsinn bekundete, der im allgemeinen in der ersten Zeit den Hüten eigen war, so besaſs er doch ohne Zweifel eine gewisse staatsmännische Begabung. Aber um sich selbst beherrschen und die Vergnügungssucht und den Hang für das Prunkvolle, die in seinem Wesen lagen, zur Seite drängen oder um seinen Widerwillen vor aller mühevollen und pflichttreuen Arbeit, die nur nach und nach Früchte zeitigt, überwinden zu können, muſste er den Druck des Miſsgeschickes fühlen. Eine solche heilsame Prüfung war der Kampf mit den Mützen um den Bestand der Hutpartei. In diesem Kampfe erfüllte Tessin treu seine Pflicht, wenn auch mit einer gewissen Zaghaftigkeit, die bei dem Hasse, mit dem er von seinen Gegnern vor allen verfolgt wurde, ziemlich natürlich war. Die darauf folgende Zeit war trotz der scheinbaren Ruhe in Wirklichkeit auſsergewöhnlich gefahrvoll. Sie erforderte besondere Umsicht und Energie von dem, der in erster Linie die auswärtige Politik Schwedens zu leiten hatte. Zu dieser verantwortungsvollen Aufgabe war nach dem Auseinandergehen der Stände Tessin in seiner Eigenschaft als Kanzleipräsident berufen.

In mehrfacher Beziehung eignete sich Tessin sehr gut für diesen Posten. Er besaſs infolge seiner langwierigen Beschäftigung mit diplomatischen Angelegenheiten eine gut geschulte Erfahrung, ihm fehlte es keineswegs an der Schlauheit, der Rücksichtslosig-

keit und der Übung in Intrigen, die notwendig waren, wenn man sich auf den verschlungenen Pfaden der Kabinettsdiplomatie zurechtfinden wollte. Im übrigen jedoch besafs er keinen tieferen Sinn für die Anforderungen des politischen Lebens. Noch weniger als Horn war er imstande, eine schöpferische Politik zu treiben, von den übrigen Verwaltungszweigen verstand er nichts, und auch auf seinem speziellen Gebiete liefs er sich manchmal durch seine sanguinische Natur, seine allzu grofse Geneigtheit, wertlosen Gerüchten Glauben zu schenken, und seine Vorliebe für Effekthascherei und theatralische Szenen zu übereilten Schritten verleiten. Tessin war daher keineswegs ein grofser Staatsmann, aber er besafs gewisse Voraussetzungen, um zum Vorteil seines Vaterlandes wirken zu können. Diese Voraussetzungen waren nun gegeben. Die Aufgaben, die zunächst zu lösen waren, falls Schweden ohne Schaden aus den Brandungen herausgeführt werden sollte, in die es die Kriegspolitik gestürzt hatte, lagen gerade auf dem Gebiete der Parteipolitik und der Diplomatie. Diese Aufgaben waren alle derart, dafs sie zur Abwehr der feindlichen Angriffe nicht so sehr eine Kraft verlangten, die selbst leitend und handelnd eingriff, als vielmehr eine solche, die es verstand, dem Gegner auf seinen offenen oder geheimen Wegen entgegenzutreten.

Von alters her war Tessin ein Freund Frankreichs. In dieser Macht erblickte er den natürlichen Bundesgenossen Schwedens gegen Rufsland. Er war ein lebhafter Bewunderer der französischen Kultur und huldigte der rationalistischen Weltanschauung, die von ihr ausging. Die französische Bildung Tessins und seine glänzenden weltmännischen Eigenschaften machten ihn zu einem Bindeglied zwischen der Hutpartei und dem jungen Hofe besonders geeignet. Der einige fünfzig Jahre alte Kanzleipräsident brachte der Kronprinzessin die aufrichtigste Huldigung entgegen, er schmeichelte ihren ehrgeizigen Hoffnungen und beteiligte sich eifrig an dem frohen, geistvollen Hofleben. In seiner Eigenschaft als Gouverneur des jungen Prinzen Gustav besafs er ein ferneres starkes Band, das ihn mit der Familie des Kronprinzen vereinigte. Tessins beste Seite lag in seinem warmen Interesse für die vaterländische Kultur und dem freigebigen Mäzenatentum, das er aus-

übte. Er selbst war einer der hervorragendsten Redner und Panegyrikenverfasser jener Zeit. Aber seine bodenlose Verschwendung, durch welche er einmal über das andere in Verlegenheit geriet und sich nach Unterstützung umschauen mufste, seine empfindliche Eitelkeit und seine Vorliebe für sentimentale Auftritte waren schwere Fehler für den Mann, der der erste Beamte Schwedens war. Gutes und Böses sind in dieser buntscheckigen Persönlichkeit in reichem Mafse miteinander vermengt. In beiden Hinsichten ist er der typische Staatsmann der voll entwickelten Freiheitszeit.

Die Reichsrat, an dessen Spitze Tessin stand, war die kräftigste Parteiregierung der Ständeherrschaft. Durch Tod oder Verabschiedung waren alle bedeutenderen Ratsherren, die der Mützenpartei angehörten, ausgeschieden. An ihre Stelle waren die tüchtigsten Kräfte der Hutpartei getreten, und die Grundsätze dieser Partei beherrschten ohne Opposition die Regierung Schwedens. Infolge des glänzenden Sieges, den die Hüte auf dem vorigen Reichstage errungen hatten, besafs der Rat aufserdem jetzt eine stärkere parlamentarische Stellung, als er je seit der Glanzperiode Arvid Horns gehabt hatte. Mit vollem Vertrauen hatte ihm der geheime Ausschufs die Leitung der Geschicke Schwedens ohne jegliche beschränkende Vorschriften überlassen. Tessin zur Seite als Reichskanzleirat stand Klas Ekeblad, der sich durch seine Tüchtigkeit und seine Anspruchslosigkeit aufsergewöhnlich gut für den zweiten Platz eignete. Damit die auswärtigen Angelegenheiten mit der gehörigen Kraft und der nötigen Heimlichkeit gehandhabt würden, hatte der Ausschufs wieder die Einsetzung einer geheimen Kommission angeordnet, in welche Tessin und Ekeblad infolge des Vertrauens ihrer Ratskollegen nach Gutdünken für jeden besonderen Fall berufen konnten, wen sie wollten. Schliefslich hatten die Stände ihre nächste Zusammenkunft auf den September 1751 festgesetzt und die Regierung bevollmächtigt, falls vor dieser Zeit ein kriegerischer Angriff auf das Reich stattfinden sollte, die nötigen Verteidigungsmafsregeln ohne Einberufung des Reichstages zu treffen.

Ohne Zweifel beruhte die neue Kraft, welche die schwedische Regierung gewonnen hatte, und die Eintracht, die allem Anscheine

nach im Volke wiederhergestellt war, auf der in mehrfacher Hinsicht veränderten Stellung der Hutpartei. Aus der kleinen, energischen Partei von Kriegsenthusiasten, die aus Chauvinismus und Schwärmerei für die grofse und stolze Vergangenheit Schwedens das Reich leichtsinnig in kriegerische Abenteuer gestürzt und an den Rand des Unterganges gebracht hatten, war nun eine Partei vorsichtiger Patrioten geworden, die in Wirklichkeit das Programm Arvid Horns, nämlich die Führung einer Friedenspolitik, deren Ziel die Erhaltung der vollen Selbständigkeit des Reiches war, wieder aufgenommen hatte. Die neuen Allianzen mit Frankreich und Preufsen hatten nur den Schutz des Reiches im Auge, sie hatten keinen offensiven Charakter mehr. Der Gedanke an eine Eroberungspolitik war wenigstens für lange Zeit aufgegeben, und die Stände stellten in ihrer Antwort auf die geheime Proposition die Erhaltung „eines dauerhaften, aber zugleich für ein unabhängiges Reich geziemenden Friedens" als das Ziel aller Beratungen auf.

Das neue Programm der Hüte enthielt umfassende Pläne zur Entwicklung des schwedischen Verteidigungswesens. Der Reichstag hatte 1747 den Beschluſs gefaſst, die Verteidigung Finnlands so zu ordnen, daſs dieselbe so lange ausreichen würde, bis Hilfe von Schweden anlangen konnte. Aus diesem Grunde beschloſs man, vor der neu angelegten Stadt Degerby oder Lovisa, wie sie später genannt wurde, eine kleinere Grenzfestung, Svartholmen, zu bauen und auſserdem vor Helsingfors zum Schutze der finnischen Küste und als Stützpunkt für die finnische Armee eine starke Seefestung anzulegen. Es sollte eine besondere Galeerenflotte gebaut und dorthin verlegt werden, die mit der Armee zusammenwirken sollte. Die Leitung dieser groſsartigen Arbeiten, für welche der Reichstag trotz des Geldmangels bedeutende Mittel anwies, wurde dem genialen Oberstleutnant der Artillerie, Augustin Ehrensvärd, übertragen. Dieser machte sich mit Eifer an seine groſse Aufgabe, und in den nächstfolgenden Jahren wurde an den Befestigungswerken mit solcher Kraft gearbeitet, daſs die Hauptfeste Gustafssvärd bereits 1750 ihrer Vollendung nahe war. Die neue Festung erhielt den stolzen Namen Sveaborg. Diese energische Entwicklung des Verteidigungswesens Finnlands zeigte,

daſs man vom letzten Kriege gelernt hatte und auf die Voraussetzung der Dauer des damaligen Besitzzustandes statt auf leere Hoffnungen, bald neue und bessere Grenzen zu gewinnen, baute. Auch das Befestigungswesen gegen Dänemark wollte man weiter ausbauen, und Landskrona wurde zur Hauptfestung ausersehen.

In diesem Eifer für den Schutz Schwedens hatte der patriotische Enthusiasmus der Hutpartei einen neuen und geeigneteren Ausdruck gefunden als in den früheren Eroberungsplänen. Die ökonomische Politik der Partei dagegen verblieb dieselbe und hatte durch den Reichstag von 1747 eine bedeutende Entwicklung in der Richtung der einmal festgelegten Grundsätze erfahren.

Das russische Kabinett hatte den Ausgang des schwedischen Parteikampfes mit ansehen müssen, ohne, solange es selbst im österreichischen Erbfolgekriege engagiert war, auf andere Weise als durch Drohungen und Intrigen in denselben eingreifen zu können. Korff, den sein leidenschaftliches und taktloses Benehmen zur ferneren Wahrnehmung der Interessen Ruſslands in Stockholm unbrauchbar machte, verlieſs im Frühjahr 1748 Schweden und erhielt einen feineren, geschickteren Diplomaten, den Kammerherrn Nikita Panin, den später so berühmten Minister Katharinas II., zum Nachfolger. Nachdem aber die russischen Truppen im Herbst 1748 von dem Kriege auf dem Kontinent freigeworden waren, war für Bestuschev die Zeit gekommen, an den Machthabenden in Schweden Rache zu nehmen. Er besaſs in der allgemein verbreiteten Überzeugung bevorstehender Verfassungsänderungen in Schweden seinen besten Trumpf sowohl gegenüber seinen Gegnern im russischen Kabinette wie auch gegenüber der ausländischen Macht, die ebenso wie Ruſsland ein Hauptinteresse an der Schwäche Schwedens hatte, nämlich Dänemark. Auch auf England und Österreich glaubte Bestuschev zählen zu dürfen. Die Spannung, die seit dem Reichstage zwischen dem schwedischen und dem englischen Kabinette bestand, hatte im Frühjahr 1748 infolge eines diplomatischen Streites sogar zum Abbruch der diplomatischen Verbindungen geführt. Österreich hinwiederum brauchte wegen seiner Rachepläne gegen Preuſsen die Freundschaft Ruſslands.

Bereits im Juni legte Bestuschev seinen Plan den Verbündeten

vor. Nach diesem Plane sollten Rufsland und Dänemark vereint Schweden angreifen, Finnland sollte in eine Einöde oder einen selbständigen Staat unter russischer Garantie verwandelt, Adolf Friedrich vertrieben und ein hessischer Prinz zum schwedischen Thronfolger ernannt werden; die Streitkräfte Englands und Österreichs wurden im wesentlichen dazu in Anspruch genommen, die Verbündeten Schwedens, Frankreich und Preufsen, in Schach zu halten. Im Laufe des Herbstes wurden die russischen Truppenmassen an der finnischen Grenze in besorgniserregender Weise verstärkt. Im Januar 1749 las Panin Tessin und Ekeblad ein Promemoria des Inhaltes vor, dafs die Kaiserin, die nach Artikel 7 des Friedens zu Nystad die Garantie für die Verfassung übernommen habe, mit den nötigen Mitteln die beabsichtigte Änderung der schwedischen Regierungsform verhindern werde. Zum ersten Male seit dem Frieden von Åbo wurde dieser gefährliche Anspruch offiziell gestellt, und die Lage war eine derartige, dafs die Regierung Schwedens es nicht wagte, dagegen Protest zu erheben. Das dänische Kabinett hatte sich mit der Annahme des russischen Anerbietens zwar nicht gerade beeilt, aber im Herbst 1748 nahm es auch in Norwegen Rüstungen vor und liefs in Stockholm eine, allerdings in milderen Ausdrücken abgefafste, aber der Paninschen ähnliche Erklärung abgeben. Zu Beginn des Jahres 1749 beantwortete es das Anerbieten Bestuschevs sogar mit dem förmlichen Vorschlage eines Offensivbündnisses, in welchem sich Dänemark unter anderen Vorteilen des erhofften Sieges Bohuslän und die schonischen Provinzen vorbehielt, um auf diese Weise eine sicherere Verbindung mit Norwegen herzustellen. Im März liefs die Kaiserin ihren übrigen Verbündeten die Forderung übermitteln, sie, falls sie sich zwecks Aufrechterhaltung der schwedischen Regierungsform zu einem Angriffe auf Schweden genötigt sähe, nicht als angreifende Partei zu betrachten, sondern ihr die vertragsmäfsige Unterstützung angedeihen zu lassen. In ganz Europa fafste man dies als eine Ankündigung des unmittelbar bevorstehenden Krieges auf.

Die schwedische Regierung tat, was in ihrer Macht stand, um sich auf die Verteidigung vorzubereiten, ohne einen herausfordernden Schritt zu tun. Schweden war jedoch nicht imstande,

dem zwiefachen Angriffe aus eigener Macht entgegenzutreten. Seine Rettung beruhte im wesentlichen darauf, wie sich die übrigen Mächte Europas zu dem drohenden Konflikt im Norden stellen würden. Sowohl Friedrich II. von Preußen, der sich selbst ebenso bedroht sah wie der schwedische Staat, wie auch das französische Kabinett zeigten sich in diesem kritischen Augenblicke fest entschlossen, ihren Verpflichtungen Schweden gegenüber nachzukommen; sie gaben deutlich zu verstehen, daß ein Angriff auf dieses Land einen allgemeinen europäischen Krieg herbeiführen würde. Auf einen solchen wollte sich aber weder England noch Österreich einlassen; statt ihre Hilfe zuzusagen, rieten sie daher in Petersburg von dem Kriegsunternehmen ab. Von größter Bedeutung war jedoch augenblicklich die Haltung Dänemarks. Das dänische Kabinett wünschte zwar ebenso eifrig wie das russische die unveränderte Beibehaltung der Regierungsform Schwedens, es wollte jedoch anderseits nicht gerne zur Erhöhung des russischen Einflusses im Norden beitragen und konnte sich auch dem Eindrucke nicht entziehen, den die Drohungen Preußens und Frankreichs ausübten. Im Grunde genommen war ihm daher ein friedliches Übereinkommen mit Schweden, durch das Dänemark größere Sicherheit vor der Gefahr, welche die Thronbesteigung einer holsteinischen Dynastie in jenem Lande mit sich brachte, gewinnen konnte, lieber als ein Krieg, der im wesentlichen Rußland zugute gekommen wäre. Nach eifrigen Anstrengungen gelang es dem schwedischen Rate, diesmal den widerwilligen Adolf Friedrich zum Nachgeben gegenüber den dänischen Forderungen zu bestimmen. Am 27. Juli 1749 wurde ein Präliminarvertrag unterzeichnet, dem zufolge Adolf Friedrich für sich und seine Nachkommen versprach, für den Fall, daß das herzogliche Holstein durch Erbschaft seiner Linie zufiel, Holstein gegen die Grafschaft Oldenburg und Delmenhorst einzutauschen und 200000 Reichstaler als Ersatz für Schleswig anzunehmen. Im Herbst desselben Jahres wurde das Freundschaftsbündnis zwischen Schweden und Dänemark vom Jahre 1734 erneuert. Ein neuer Subsidienvertrag mit Frankreich gab der Veränderung in der Politik Dänemarks noch größere Festigkeit.

Infolge des Übereinkommens zwischen Schweden und Däne-

mark verlor der Angriffsplan Bestuschevs eine seiner Hauptvoraussetzungen. Bestuschev war jedoch entschlossen, es im Notfall ohne Beistand einer anderen Macht zum Kriege zu treiben. Im August 1749 gab Panin eine neue Erklärung ab, in welcher die Kaiserin mitteilte, sie werde gleich nach dem Ableben König Friedrichs eine Truppenabteilung in Finnland einrücken und dort so lange verbleiben lassen, bis die neue Regierung Schwedens die Regierungsform und den Artikel 7 des Friedens zu Nystad bestätigt habe. Diese Erklärung, die zwischen zwei freien Reichen beinahe ans Unglaubliche grenzt, bezeichnet den Höhepunkt in dem übermütigen und herausfordernden Auftreten Rufslands Schweden gegenüber während dieser Jahre. Sie kann nur verstanden werden, wenn man in ihr die Absicht sieht, die schwedische Regierung zu einem übereilten Schritte zu reizen. Tessin, welcher im voraus durch Friedrich II. vom Inhalte der Erklärung unterrichtet worden war, kam ihr mit einer Bekanntmachung zuvor, der zufolge die Regierung im Namen des Kronprinzen feierlich alle Gerüchte, dafs dieser nach erweiterter Macht strebe, für unwahr und beleidigend erklärte. Der russischen Erklärung wurde darauf die würdige Antwort zuteil, dafs, wenn russische Truppen ohne das Verlangen der schwedischen Regierung die Grenze überschritten, dies als Friedensbruch angesehen werden müfste, und Schweden sich in diesem Falle aller der Verteidigungsmittel bedienen würde, die ihm Gott gegeben habe. Die Hoffnung Bestuschevs, im Reiche selbst Unterstützung für seine Pläne zu finden, wurde ebenfalls zunichte. Von den früheren Führern der Mützen hatte nach Schlufs des Reichstages nur Åkerhielm in tiefster Verschwiegenheit die Verbindung mit den russischen Gesandten aufrechterhalten. Einige weniger bedeutende Mitglieder dieser Partei hatten zwar fortwährend Rufsland zu drohenden Mafsnahmen ermuntert oder gegen Bezahlung ihm Nachrichten und gute Ratschläge zukommen lassen; als es aber im Sommer 1749 der Regierung gelang, einen untergeordneten Mützenagenten abzufassen, jagte dies den übrigen Schrecken ein, und nach der letzten russischen Erklärung zogen sich alle, die irgendwie eine bedeutende Stellung einnahmen, zurück. Nur einige verkommene Individuen ohne Ansehen oder Bedeutung verblieben in russischem Sold. Die

wiederholten schwedischen Versicherungen, dafs man an keine Umwälzung des Grundgesetzes denke, begannen aufserdem so nach und nach ihre Wirkung auszuüben. Im russischen Ministerrate erhob sich eine so starke Opposition gegen die Kriegspolitik, dafs es für Bestuschev unmöglich wurde, sie weiter durchzuführen. Es blieb nichts anderes übrig, als sich einen ehrenvollen Rückzug zu sichern. Im Januar 1750 schlug Panin Tessin den Abschlufs einer Konvention betreffs der Aufrechterhaltung der schwedischen Regierungsform und der Thronfolge vor. Der Vorschlag wurde natürlich zurückgewiesen. Die schwedische Regierung hatte sogar den Mut, das Recht, das Rufsland gemäfs dem Frieden von Nystad zu haben behauptete, vollständig in Abrede zu stellen, indem sie darauf hinwies, dafs der Artikel 7 dieses Friedensvertrages gerade das Gegenteil von dem beabsichtige, was Rufsland hineinlege, und äufserdem durch den Frieden von Åbo vollständig aufgehoben sei. Die russischen Truppen verblieben noch immer in Erwartung des bevorstehenden Thronwechsels an der finnischen Grenze. Aber je länger es dauerte, desto geringer wurde die Gefahr eines Angriffs. Es wurde allmählich klar, dafs ihre Aufgabe jetzt nur darin bestand, darauf zu achten, dafs der bevorstehende Thronwechsel ohne Veränderung der Regierungsform Schwedens vor sich ging.

Die Aussöhnung zwischen der holsteinischen Dynastie in Schweden und dem dänischen Königshause wurde dadurch bekräftigt, dafs im April 1750 der Präliminarvertrag in einen definitiven umgewandelt wurde. Eine fernere Stärkung erhielt sie dadurch, dafs zu Beginn des folgenden Jahres eine spätere Heirat zwischen dem jungen Prinzen Gustav und der ungefähr gleichalterigen dänischen Prinzessin Sophia Magdalena vereinbart wurde. Die im Jahre 1751 zu Ende geführte Grenzregulierung, die noch heute die Grundlage für die Grenze zwischen Schweden und Norwegen bildet, trug ebenfalls dazu bei, mehrere ältere Streitgegenstände aus der Welt zu schaffen. Wenn auch die Erinnerungen an vorausgegangene Kämpfe eine vertrauliche Annäherung zwischen Schweden und Dänemark unmöglich machten, so hatte doch Schweden für die nächste Zukunft nichts von dieser Seite zu fürchten.

Die äufsere Lage schien daher zum ersten Male seit der

unglücklichen Kriegserklärung an Rufsland wieder gesichert zu sein, die Nachwehen des wilden inneren Parteikampfes der vierziger Jahre hatten sich schon vollständig gelegt, als endlich der langerwartete Thronwechsel eintrat. Der alte König, der nach den im Frühjahr 1748 erfolgten Schlaganfällen nie seine frühere Gesundheit wiedererlangt hatte, bekam im März 1751 Brand und starb, bis zum letzten Augenblicke ruhig und freimütig, am 25. März. Im politischen Leben Schwedens war er immer mehr zu einer Schattenfigur geworden, nicht deshalb, weil es ihm an Einsicht und Begabung fehlte, sondern infolge seiner Unbeständigkeit und seiner Trägheit. Im Privatleben hatte er mit seinen freien Sitten Anstofs erweckt. In beiden Richtungen hatte seine Persönlichkeit dazu beigetragen, die Ehrfurcht vor der Königsmacht noch mehr zu untergraben. Nichtsdestoweniger wurde er von vielen, die sein freundliches, frohes und liebenswürdiges Wesen kennen gelernt hatten, aufrichtig betrauert. Er war ein Fremdling auf dem schwedischen Throne und sprach nicht einmal die Landessprache, wenn er sie auch verstand. Sein Tod liefs sich im wesentlichen daran merken, dafs er einem ganz anderen Eingreifen seitens des Throninhabers in das politische Leben Schwedens Platz machte.

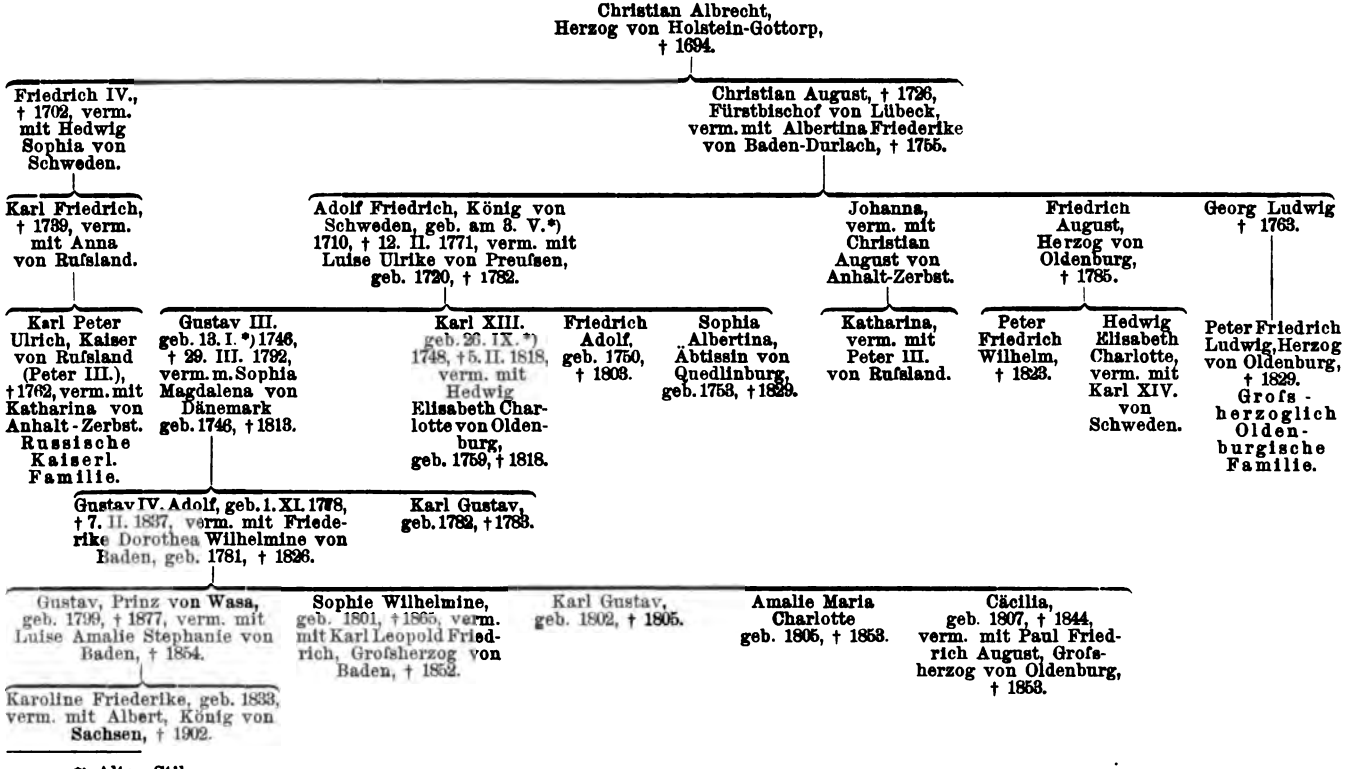
Siebentes Kapitel.

Die Entstehung der Hofpartei und der erste Angriff auf die parlamentarische Verfassung.

Am Tage nach dem Ableben König Friedrichs wurden die in der Hauptstadt anwesenden Reichsbeamten zusammenberufen. In ihrer Gegenwart unterzeichnete Adolf Friedrich ein vom Rate verfafstes provisorisches Königsgelübde. Hierauf wurde dem neuen Könige gehuldigt und Befehle hinsichtlich des von sämtlichen Beamten und Untertanen des Reiches zu leistenden Huldigungseides erlassen. Überall wurde dieser Eid ohne irgendein Anzeichen von Unruhe oder Widerstand geleistet. Im ganzen Lande herrschte tiefste Ruhe, und damit waren endlich alle in Umlauf gesetzten Gerüchte, es würden revolutionäre Verfassungsänderungen dem Thronwechsel folgen, widerlegt. Die russische Kaiserin liefs sofort Adolf Friedrich die Versicherung ihrer Freundschaft aussprechen und den ausländischen Höfen die Erklärung abgeben, das neue Königsgelübde habe ihre Befürchtungen hinsichtlich der Einführung der Souveränität in Schweden vollständig beseitigt, und sie wolle in Zukunft mit ihrem Nachbarn in Frieden leben. Die an der Grenze stehenden russischen Truppenabteilungen wurden zurückgezogen, und die letzte Bedrohung des Friedens in Schweden von aufsen her war geschwunden.

Ein Gefühl royalistischer Gesinnung erwachte ohne Zweifel in den Herzen des schwedischen Volkes jetzt, da ein neuer Herrscher den Thron Schwedens bestieg, ein Herrscher, der dazu berufen war, eine neue Dynastie zu gründen, und infolgedessen trotz seiner ausländischen Herkunft mit dem Reiche und seiner Zukunft viel inniger verknüpft war als sein Vor-

Die Familie Holstein-Gottorp in Schweden.



*) Alten Stils.

gänger, welcher die Krone Schwedens nur für seine eigene Person als Stellvertreter seiner Gemahlin getragen hatte. Adolf Friedrich verdiente auch in mehrfacher Hinsicht das Wohlwollen, das ihm vom schwedischen Volke entgegengebracht wurde. Mit einem edeln und würdevollen Äufseren vereinigte er eine natürliche Freundlichkeit und Milde, die ein gutes Herz offenbarten und die Herzen gewannen. Er war ganz gewifs von der aufrichtigen Absicht beseelt, seine Pflichten gegenüber dem schwedischen Volke nach besten Kräften zu erfüllen. Im Anfang besuchte er die Sitzungen des Rates sehr fleifsig und zeigte bei der Entscheidung über die vorkommenden Regierungsangelegenheiten grofses Interesse. Für seine Familie war er ein zärtlicher Gatte und Vater, und im Gegensatz zum Hofe König Friedrichs war das königliche Heim das Muster eines reinen und glücklichen Familienlebens.

Aber Adolf Friedrich besafs weder Begabung noch Energie. In geistiger Hinsicht war er ein unbedeutender Mensch, der sich schwer selbst ein Urteil über Personen und Verhältnisse bilden konnte und deshalb unberufenem Einflusse ausgesetzt war. Trotz seiner Erfahrung in Staatssachen besafs er doch keine wirkliche Einsicht auf diesem Gebiete. Ihm fehlte das Verständnis für die Aufgaben, die dem schwedischen Königtum unter damaligen Verhältnissen oblagen, sowie die Empfindung für das, was durchzuführen oder nicht durchzuführen war. Aufserdem gebrach es ihm an Ausdauer und Mut, er konnte weder mit Kraft noch mit Konsequenz für einen bestimmten Plan arbeiten. Eine angeborene Bequemlichkeit und der Mangel an tieferliegenden Interessen stumpften aufserdem ziemlich leicht sein Pflichtgefühl und seine Arbeitslust ab. Infolge eines gewissen empfindlichen Stolzes auf seine äufsere Würde fühlte er sich bei einem Widerspruch leicht verletzt, wenn er auch im übrigen ziemlich mafsvoll in seinem Ehrgeiz war. Seine vollständige Unfähigkeit hauszuhalten brachte ihn in ständige Geldverlegenheit, die ihn mehrfacher Demütigung aussetzte und zugleich vielleicht in höherem Mafse als alles andere ihn nach erweiterter Machtbefugnis streben liefs.

Der neue König brachte keine ausgeprägte politische Überzeugung mit auf den Thron. Er besafs die einem holsteinischen

Fürsten angeborene Abneigung gegen Dänemark; im übrigen jedoch hegte er weder Vorliebe für irgendeine bestimmte Macht noch Widerwillen gegen eine solche. Natürlich teilte er die an den europäischen Fürstenhöfen übliche Auffassung von der Aufgabe und der Heiligkeit der Monarchie und liebte die Verfassung, die er mehrmals beschworen hatte, keineswegs; aber für seine Person hätte er sich vielleicht mit dem äufseren Attribut der Macht und einem etwas umfangreicheren Einflufs auf die Beamtenernennungen und die Staatsausgaben begnügt, wenn man ihm nur die gebührende Hochachtung bewiesen hätte. Den geistigen Strömungen jener Zeit stand Adolf Friedrich nicht fremd gegenüber. Er hatte Sinn für die Forderungen der höheren Kultur und freute sich über ihre Fortschritte. Aber auch auf diesem Gebiete ging sein Interesse nicht tiefer, er besafs keine reichere Bildung und widmete ihr auch keine persönliche Anstrengung oder Aufopferung. Seine eigenen Kenntnisse und Interessen galten in Wirklichkeit dem Soldatenexerzieren und anderen Einzelheiten des Kriegswesens sowie im übrigen seiner lieben Drehbank, zu der er oft von seinen Regierungssorgen oder den Anstrengungen des Hoflebens seine Zuflucht nahm.

Die Königin Luise Ulrike war eines ganz anderen Geistes Kind. Ihre Liebenswürdigkeit und ihre jugendliche Schönheit, ihre Genialität und ihr vielseitiges Bildungsinteresse riefen die Bewunderung und das Entzücken aller hervor, die mit dieser reichbegabten Persönlichkeit in Berührung kamen. Ihr hatte man das feine und geistvolle Hofleben zu verdanken, welches das schwedische Volk jetzt schauen konnte, und das durch seinen feinen Ton und durch seinen ausgeprägten Geschmack für Kunst, schöne Literatur und Wissenschaft veredelnd auf das gesellige Leben der schwedischen Aristokratie einwirkte und in weiten Kreisen des schwedischen Volkes Interesse für edlere Vergnügungen erweckte. Die geistige Anschauung der Königin war durch und durch von der französischen Aufklärung bestimmt. Voltaire war ihr bewunderter geistiger Lehrer, wie auch der ihres Bruders, des Königs Friedrich II. von Preufsen. Luise Ulrike war Rationalistin, sie verachtete die christlichen Dogmen als eitel Aberglauben und machte sich über sie lustig. An die Stelle der

positiven Kirchenlehre setzte sie nur einen von der Vernunft bedingten Glauben an ein höchstes Wesen und an die Unsterblichkeit der Seele sowie eine abstrakte Tugendlehre, und in ihren intimen Kreisen kritisierte man die Unduldsamkeit und die Herrschsucht der Landeskirche. Hier hielt der Lehrer des Kronprinzen, der Dichter Olof Dalin unter dem Gelächter der Zuhörer seine Spottpredigten, in welchen er die Geistlichkeit und ihre Schwächen lächerlich machte. Aber der Spott ergofs sich auch über das Formenwesen, die Pedanterie und den Zunftgeist, wo dieselben zu finden waren, in der gelehrten und literarischen Welt ebensowohl wie in der politischen, und die lebendige, persönliche Teilnahme der Königin an den Arbeiten des Dichters, des Gelehrten und des Künstlers übte eine anfeuernde und aufmunternde Wirkung auf das höhere Kulturleben in seiner Gesamtheit aus.

Im Gegensatze zu ihrem Gemahl besafs Luise Ulrike politisches Interesse und politische Ansichten in reichstem Mafse. Sie war grenzenlos herrschsüchtig und lechzte nach unbeschränktem persönlichem Einflusse. Ihr lag der Gedanke der absoluten Monarchie im Blute. Sie litt unter der Erniedrigung der Königsmacht und sah in einem aufgeklärten Despotismus die einzige natürliche und berechtigte Staatsform. Hierin lag ihres Strebens innerstes Ziel, und in ihrer Seele, nicht in der ihres Gemahls, hatte das erneute Verlangen der schwedischen Königsmacht nach Sprengung der Fesseln, die ihre freie Tätigkeit hemmten, seine geistige Wurzel und seine Triebfeder. Aber Luise Ulrike war sicherlich weder zur Erwerbung noch zur Ausübung einer unbegrenzten Macht geeignet. Launenhaft und despotisch, heftig und hochmütig, wie sie war, konnte sie weder sich selbst noch andere beherrschen. Ihre sanguinische Natur, die sich leicht von den unreifsten und abenteuerlichsten Plänen fesseln liefs, sowie ihre Unfähigkeit, ihren Groll und ihre Hoffnung zu verbergen, machten sie zur Führung einer Partei wenig geeignet. Trotz ihres Geistes und ihres aufgeklärten Standpunktes war sie nebenbei in ihren Berechnungen oft sehr unklug und voll von Vorurteilen. Trotz allem war sie jedoch eine reich begabte Persönlichkeit mit starken Empfindungen, geistiger Energie und unverzagtem Mut, ein Geist, der sich mitten in den mächtigsten Kulturströmungen

jener Zeit bewegte und der, wenn auch nur oberflächlich, ihre zahlreichen Bildungselemente in sich aufnahm.

Neben Luise Ulrike mufste ein Mann wie Adolf Friedrich ziemlich bedeutungslos erscheinen, und er fügte sich auch willig ihrer Leitung. Aber seine natürliche Vorsicht und Trägheit liefsen ihn oft ihren Antrieben und Plänen einen nicht unangebrachten Widerstand entgegenstellen, und sein Hang für Günstlinge ermöglichte auch Einflüsse von anderen Seiten als nur von der Königin. Während der langen Thronfolgerzeit hatte dieses Königspaar, dessen Fehler noch nicht allzusehr in die Augen fielen, eine ziemlich ausgedehnte Popularität gewonnen. Aber ihre Persönlichkeiten waren nicht sehr dazu angetan, die Fahne des Nationalkönigtums im Kampfe der Parteien von neuem aufzurichten.

Die Freundschaft zwischen Adolf Friedrich und den Hüten hatte schon vor dem Thronwechsel einen Bruch erlitten. Je fester die Hutpartei die Regierungsmacht in ihre Gewalt bekommen hatte, desto geringeren Eifer zeigte sie, ihre Versprechungen von erweiterter Königsmacht zu erfüllen, und obwohl der junge Hof selbst bereits im Herbst 1748 die Notwendigkeit eingesehen hatte, bis auf weiteres alle Pläne einer Verfassungsänderung aufzugeben, entstand doch eine gewisse Verstimmung zwischen den früheren Verbündeten, da der eine von ihnen erkannte, dafs er, ohne selbst einen Gewinn einzuheimsen, nur ein Mittel für die Politik des anderen gewesen war. Der Hof mufste aufserdem genau merken, dafs die Hutpartei nicht mehr geneigt war, unter günstigeren Verhältnissen die Verfassungspläne wieder aufzunehmen. Zu dieser Enttäuschung kam noch ferner der Groll wegen der Zugeständnisse, zu denen die schwedische Regierung notgedrungen Adolf Friedrich hinsichtlich seiner Rechte als holsteinischer Fürst veranlafst hatte, und schliefslich auch die Vereinbarung einer Ehe zwischen Prinz Gustav und Sophia Magdalena, bei der die persönlichen Sympathien des Thronfolgerpaares ebenfalls den Forderungen der Politik hatten weichen müssen. Eine gereizte Stimmung fing an, sich zwischen dem Rate und Adolf Friedrich geltend zu machen, und kam in kleineren Zwistigkeiten zum Ausdruck. Bereits im Herbst 1750 kam es bei Gelegenheit einer Beförderungsfrage zum Bruch. Aber noch zwangen die Umstände, wenigstens

zum Scheine die Eintracht zu wahren, und erst nachdem die Thronbesteigung Adolf Friedrichs in Ruhe vor sich gegangen und allgemein anerkannt worden war, wurden die Bande zwischen den alten Freunden in aller Form gelöst. Es begann nunmehr ein Kampf, der im Grunde gleichbedeutend war mit dem erneuten Streben der schwedischen Königsmacht, im Staatsleben reelle Bedeutung zu erlangen.

In diesem Streben standen Adolf Friedrich und Luise Ulrike keineswegs allein. Um das Königspaar scharte sich nach und nach eine ziemlich grofse Anzahl von Anhängern. So entstand die sogenannte Hofpartei, die zu einer grofsen Rolle in der schwedischen Geschichte berufen war. Neben die grofsen parlamentarischen Parteien, die ihre Voraussetzungen in dem innersten sozialen und ökonomischen Bau des schwedischen Gemeinwesens hatten, tritt hiermit eine Partei, die kein neues Programm weder in der inneren Staatshaushaltung noch in der auswärtigen Politik aufstellt, sondern ausschliefslich auf einem neuen Standpunkt in staatsrechtlicher Beziehung steht. Die Hofpartei wendet sich prinzipiell gegen die Verfassung der Freiheitszeit, welche sie in monarchischem Geiste umformen will. Wie weit diese Umänderung gehen sollte, darüber waren von Anfang an die Meinungen ziemlich geteilt; sie erstreckten sich von der Ansicht derjenigen, die dem Könige bei Beamtenernennungen und bei der Verfügung über die Staatsmittel gröfsere Freiheit zugestehen wollten, bis zum aufgeklärten Despotismus, dem Luise Ulrike das Wort redete. Ebenso verschieden waren sicher auch die Meinungen betreffs der Mittel, die man zur Erreichung des Zieles anwenden sollte; sie bewegten sich zwischen dem gesetzlichen und mühsamen Reformwege, der auf der freien Einwilligung der Stände basierte, bis zu den unruhigen, phantastischen Träumen einer plötzlichen, gewaltsamen Umwälzung des Bestehenden. Erst nach und nach klärten sich innerhalb der Partei die Ansichten hinsichtlich des Zieles und der Mittel zum Ziele.

Der Grundgedanke der Hofpartei hatte seine tiefgehenden Wurzeln in der früheren Geschichte Schwedens. Wenn auch der Hafs gegen die Alleinherrschaft des Königs noch in voller Kraft lebendig war, so hatte doch die Erfahrung die Tyrannei und die

Fehlgriffe der Ständeherrschaft bereits in einer Weise offenbart, die den Groll über die Sünden des königlichen Despotismus mildern mufste. Die ruhmreiche Vergangenheit Schwedens legte Zeugnis davon ab, welche Rolle das Königtum in der Geschichte des schwedischen Volkes gespielt hatte, und die uralte ehrfurchtsvolle Liebe zum Könige erwachte wieder in den Herzen vieler, wenn sie die Mängel des Parteiregimentes sahen und ihre Zukunftshoffnung an eine Dynastie knüpfen konnten, welche bereits mehrere in Schweden geborene Sprösslinge aufzuweisen hatte. Der bei der Thronbesteigung Adolf Friedrichs und Luise Ulrikes neuerwachte Royalismus war der erste bedeutende, wenn auch schwache und vorübergehende Rückschlag in der allgemeinen Meinung zugunsten der Monarchie seit der grofsen Niederlage, die sie beim Tode Karls XII. erlitten hatte. Das dauerhafte Ergebnis dieser Strömung war die Bildung der Hofpartei.

Der Glaube an die Fähigkeit der Ständeherrschaft, die wichtigsten Aufgaben des Landes in zufriedenstellender Weise lösen zu können, war noch keineswegs geschwunden. Aber viele einsichtigen Personen waren bereits zu der festen Überzeugung gelangt, dafs eine Stärkung der Königsmacht als Gegengewicht gegen den Übermut der Stände notwendig sei. Das waren die prinzipiellen Anhänger der neuen Partei. Andere schlossen sich ihr aus persönlichen Gründen, aus Sympathie für das Thronfolgerpaar, oder weil in ihren Herzen ein altes, ererbtes Gefühl der Zusammengehörigkeit mit dem Hofe lebte, an, andere wiederum aus Hafs und Rachegefühl gegen die herrschende Partei oder aus Hoffnung auf Beförderung und Belohnung. Unter ihren Mitgliedern bemerkte man mehrere jüngere Männer aus der höchsten Aristokratie Schwedens, wie die Grafen Adam Horn, Johann Ludwig Hård und den Kavalier des Kronprinzen Niels Bielke, alle drei Söhne von Reichsräten, die 1739 gestürzt worden waren. Weitere Mitglieder waren Erik Brahe, der erste Graf des Reiches und als solcher im Behinderungsfalle des Landesmarschalls der selbstverständliche Vorsitzende des Adels, sowie der Landrichter Erik Wrangel, der Sohn des früheren Reichsrates gleichen Namens, ein leidenschaftlicher, unverzagter Parteigenosse, der mit einer ungewöhnlichen Fertigkeit die Feder führte und durch das Vertrauen der Königin der ein-

flufsreichste Führer der Partei in der ersten Zeit ihres Bestandes war. Auch mehrere höhere Militärs, die vorher irgendeiner der grofsen Parteien angehört, sich aber aus allerlei Gründen dem Hofe angeschlossen hatten, waren Mitglieder der neuen Partei, wie Kalling, Stierneld, Björnberg und Liewen, die früher alle Hüte gewesen waren, sowie Ungern-Sternberg und Düring, die beide vorher zu den Führern der Mützen gehört hatten, u. a. m. Eines der hervorragenderen Mitglieder der Hofpartei war der Dichter Olof Dalin, der Lehrer des Kronprinzen, der im Verein mit Erik Wrangel als literarischer Beistand des Königspaares tätig war. Wenn auch die Partei keine grofse Ausdehnung im eigentlichen Sinne hatte, so besafs sie doch infolge der gerade herrschenden Verhältnisse einen breiten Hintergrund und nach verschiedenen Seiten hin reiche, aber unbestimmte Anknüpfungsmöglichkeiten.

Die Zeit vor dem Zusammentritt des Reichstages im Herbst 1751 verschärfte den Gegensatz zwischen dem Königspaare und dem Rate, wenn man auch dem Scheine eines offenen Bruches immer noch aus dem Wege ging. Die Unfähigkeit Adolf Friedrichs, Nebeneinflüsse fernzuhalten, seine Gleichgültigkeit gegenüber bestehenden Gesetzen und seine willkürlichen Beförderungen veranlafsten den Rat ein über das andere Mal, Vorstellungen zu machen. Wenn sich der Rat auch alle Mühe gab, dem Willen des Königs so weit wie möglich entgegenzukommen oder den Schein der Gesetzlichkeit über sein willkürliches Vorgehen zu breiten, so mufsten doch, wenn er mit seinen Zugeständnissen bis zur äufsersten Grenze gegangen zu sein glaubte, Konflikte entstehen. Nebenbei war die Verfassung eine derartige, dafs sie mehrere offene Punkte enthielt, bei denen sich mit Recht verschiedene Ansichten über die gegenseitige Befugnis von König und Rat geltend machen konnten. Auf beiden Seiten begann man seine Hoffnung auf den kommenden Reichstag zu setzen, der Rat, um bei ihm Unterstützung für die bereits entwickelte parlamentarische Verfassung zu finden, der König, um in seinem Verhältnisse zum Rate einige Vorteile oder wenigstens Gutachten zu erlangen, auf die sich ein erweiterter persönlicher Einfluſs des Thrones stützen konnte. Auf beiden Seiten erfand man Schlagwörter zur Kennzeichnung des gegnerischen Programmes; die Hofpartei beschuldigte den Rat, er wolle eine

Aristokratie schaffen, die sowohl die Macht des Königs wie die des Volkes erdrossele, und die Ratspartei ihrerseits antwortete mit der Beschuldigung, der Hof strebe nach Alleinherrschaft.

In Wirklichkeit handelte es sich bei diesem Gegensatze im Grunde genommen nicht bloſs um die gegenseitige Stellung von König und Rat zueinander, wie es die Redner der Hofpartei mit Vorliebe darzustellen suchten, sondern um die Verfassung in ihrem ganzen Umfange, denn die Machtstellung des Rates war jetzt nur ein Ausdruck der Freiheit der Stände, und die Konsequenzen der Ständeherrschaft lieſsen sich schwer mit einem persönlichen Willen des Throninhabers vereinigen. Die Konsequenzen waren jedoch noch nicht so unmittelbar klar, wenn man sie auch instinktmäſsig empfand. Die staatsrechtliche Spekulation hatte indessen einen unerwarteten Antrieb erhalten, und das Bedürfnis einer systematischen Auffassung des geltenden Rechtes trat stärker als je zutage. Daraus ging hervor, daſs der Streit um die Macht die Form eines Kampfes der politischen Ideen annehmen würde, besonders in dem Stadium des Konfliktes, wo man auf beiden Seiten noch im Namen des geltenden Rechtes zu kämpfen vorgab. Dieses in gewissem Sinne theoretische Gepräge war auch für die Ständeversammlung besonders kennzeichnend, die zum ersten Male nach dem Thronwechsel zur Begrüſsung des neuen Königspaares und zur Befestigung seines Thrones zusammentrat.

* * *

Gleich beim Zusammentritt der Stände im September 1751 zeigte es sich, daſs der alte Gegensatz zwischen Hüten und Mützen vor dem neuen zwischen der Hofpartei oder den „Royalisten“ und der Ratspartei oder den „Antiroyalisten“ in den Hintergrund getreten war. Ziemlich bald stellte es sich auch heraus, daſs trotz aller Sympathien für das neue Königspaar die Sache der Freiheit doch die gröſste Macht auf die Gemüter ausübte. Im Ritterhause wurde der Kandidat des Rates, der Hofkanzler Graf Henning Gyllenborg, mit groſser Majorität zum Landesmarschall gewählt. Er war ein Neffe der alten Führer der Hüte Karl und Friedrich Gyllenborg und gehörte so schon durch seine Herkunft zur Hutpartei, der er in den schweren Zeiten der vierziger Jahre

treu zur Seite gestanden hatte. Henning Gyllenborg war keine hervorragende Persönlichkeit. Er war charakterschwach, heftig und unbeständig in seinen Ratschlägen, aber ein tüchtiger Redner, der sich mit Klarheit, Eleganz und Unerschrockenheit in die Debatte stürzte und dabei die Verteidigung der alten Parteiideen geschickt mit der neuen Aufgabe, dem Schutze der Freiheit, zu verweben verstand. An neuen Fürsprechern der Partei, die ihm zur Seite traten, bemerkte man den später so berühmten Staatsmann Ulrich Scheffer und den jungen, tüchtigen Kanzleibeamten Mattias von Hermansson. Beim geistlichen Stande wurde altem Herkommen gemäfs der Erzbischof Heinrich Benzelius, der letzte der drei Brüder, die unmittelbar nacheinander die höchste kirchliche Würde bekleidet hatten, zum Vorsitzenden gewählt. Der Hauptfürsprecher der Freiheit war der Bischof von Abo, Johann Browallius, vielleicht der scharfsinnigste staatsrechtliche Denker der Hutpartei. Die Bürger wählten das hervorragendste Mitglied ihres Standes, den alten Führer der Hüte Thomas Plomgren, zu ihrem Präsidenten, und die Bauern scharten sich um ihren früheren Vorsitzenden, Olof Håkansson. In allen drei höheren Ständen wurde der geheime Ausschufs mit sicheren Anhängern der Ständeherrschaft besetzt. Aber obgleich die Anhänger des Rates sowohl der Zahl wie auch der Leitung nach die Übermacht hatten, konnte der Hof doch auf bedeutende Minoritäten zählen. Besonders beim Bauernstande fanden sich, wie gewöhnlich, starke royalistische Sympathien, wenn auch die Bauern noch vom vorigen Reichstage her den Agenten des Hofes ein gewisses Mifstrauen entgegenbrachten. Daher hatte die Hofpartei, falls sie ihre Ziele zu begrenzen und alles zu vermeiden verstand, was auf eine beabsichtigte Vernichtung der Freiheit schliefsen liefs, keineswegs geringe Aussichten.

Der Einfluſs des Hofes zeigte sich in mehreren kleineren Erfolgen, die dem grofsen Kampfe um das Königsgelübde vorangingen. So liefsen sich bei der Wahl neuer Reichsräte die Stände zu dem Zugeständnisse bewegen, alle Vorschlagslisten auf einmal, statt, wie früher, einzeln vorzulegen, wodurch der König gröfsere Wahlfreiheit erhielt. Zu Reichsräten wurden der Präsident Karl Gustav Löwenhielm, der schwedische Gesandte in Paris Karl

Friedrich Scheffer und der angesehene, aber im Parteileben kaum hervorgetretene Hofmarschall Graf Stromberg ernannt. Der Reichstag erhöhte das Privatbudget des Königs und der Königin auf das Doppelte und bewilligte auch dem Kronprinzen eine jährliche Geldsumme. Ebenso erklärten sich die Stände mit dem Vorschlage einverstanden, die Ernennung von Rittern und Kommandeuren der neueingeführten Orden dem Könige allein, ohne Einmischung des Rates, zu überlassen, ein Zugeständnis, das nicht ohne Bedeutung war, da hierdurch dem Könige Gelegenheit geboten wurde, Anhänger zu gewinnen und zu belohnen [1]).

Die Ausarbeitung des Königsgelübdes hatte der Reichstag einer grofsen geheimen Deputation übertragen. Bei dieser brachte der Rat unter Führung Tessins seine Auffassung von den Verfassungsprinzipien vor. Diese Auffassung ging dahin, dafs alle wirkliche Macht den Ständen und ihren Bevollmächtigten, dem Rate, zustand, während der König nur die Hoheit und die Majestät des Staates repräsentierte und in seinem Namen die vom Reichstage beschlossenen Gesetze oder die vom Rate gefafsten Regierungsbeschlüsse ausfertigte. Für sich selbst machte der Rat nur darauf Anspruch, Vertreter der Stände ohne jede eigene Machtvollkommenheit zu sein. Auf diese Weise verstand er es, dem Gerede von einer aristokratischen Herrschaft vorzubeugen, während er sich gleichzeitig in seinem Verhältnisse zum Könige die wirkliche Regierungsmacht beilegte. Diese staatsrechtliche Anschauung, die nachher noch schärfer und konsequenter in dem vom Bischof Browallius im Namen der kleineren geheimen Deputation verfafsten „Gutachten betreffs irriger Auffassung des Grundgesetzes“ entwickelt wurde, rief bei den Verteidigern der Ständeherrschaft allgemeinen Beifall hervor und bildete die Quelle einer später reich entfalteten Theorie von den Prinzipien des Grundgesetzes. Der von der grofsen geheimen Deputation ausgearbeitete Entwurf eines Königsgelübdes setzte aufser den Bestimmungen des früheren Königsgelübdes vom Jahre 1720 meh-

1) Im Jahre 1748 waren die ersten schwedischen Ritterorden, der Seraphim-, der Schwert- und der Nordsternorden, gestiftet worden. Die Verleihung dieser Ehrenzeichen sollte ursprünglich vom Könige nach Abstimmung im Rate vorgenommen werden.

rere bereits in der Praxis zur Anwendung gebrachte Grundsätze als Gesetz fest, die zum Teil neue Beschränkungen der Königsmacht bedeuteten. An diesem Entwurfe machte der König nur einige wenige Ausstellungen. Die meisten derselben wurden als ziemlich bedeutungslos genehmigt. Der Protest des Königs gegen die gesetzliche Festlegung der Praxis, nach welcher die Stände nur eine Person für den Posten des Kanzleipräsidenten in Vorschlag brachten, veranlafste die Deputation, diesen Punkt aus dem Königsgelübde zu streichen. Aber die Forderung des Königs, ohne Anhören des Rates den Ständen direkt Mitteilungen und Vorschläge machen zu dürfen, wurde bestimmt zurückgewiesen. Als darauf der Entwurf des Königsgelübdes von den Ständen behandelt wurde, versuchte die Hofpartei vergebens, genauer auf denselben einzugehen. Er wurde von allen Ständen angenommen und am 25. November 1751 von Adolf Friedrich unterzeichnet. Tags darauf fand die Krönungsfeier unter grofsem Pomp statt. Zur Erhöhung der Feier wurden Ritterschläge und Adelsdiplome erteilt. Hiermit war die dem Reichstage vorliegende Hauptfrage erledigt; es war nunmehr gesetzlich festgelegt, dafs das Königtum Adolf Friedrichs eine Fortsetzung des Königtums König Friedrichs sein sollte.

Die aufgeschobene Frage der Besetzung des Postens eines Kanzleipräsidenten wurde etwas später vom Reichstage in Übereinstimmung mit dem Vorschlage der grofsen geheimen Deputation in der Weise erledigt, dafs dem Könige nur ein Reichsrat von den Ständen zur Ernennung vorgeschlagen werden sollte. Während der Debatten über diesen Punkt tat Browallius die berühmte Äufserung: „die Idee, Stände könnten sich irren, verstofse gegen das Reichsgrundgesetz“. So wie früher der alleinherrschende König, erhoben jetzt die autokraten Stände Anspruch auf vollkommene Unfehlbarkeit oder auf eine über jeden Tadel oder jede Diskussion erhabene Weisheit.

Mit der Erledigung des Königsgelübdes war der Streit der Parteien keineswegs für die ganze Reichstagstagung zu Ende. Die Anhänger des Königs waren zu zahlreich, als dafs sie nicht hätten versuchen sollen, sich weitere Vorteile zu erkämpfen oder dem Rate wegen seiner in den letzten Jahren begangenen Übergriffe

und Ungesetzlichkeiten zu Leibe zu gehen. Zu diesen Ungesetzlichkeiten gehörten die Einsetzung aufserordentlicher Gerichte für politische Verbrechen und die Entgegennahme heimlicher Beschuldigungen. Die Stände hatten zwar selbst damit den Anfang gemacht, aber die Regierung war ohne Ermächtigung darin fortgefahren. Die gefährdete Lage des Reiches konnte zwar diese Abweichungen von der gesetzlichen Gerichtsordnung einigermafsen erklären, aber der Mifsbrauch lag auf der Hand und war für die Heiligkeit des Rechts gefährlich. Gleich zu Beginn des Reichstages hatte Löwenhielm den Antrag gestellt, für die Zukunft derartige Mifsbräuche abzuschaffen. Die Stimmung innerhalb der Stände war entschieden für eine Verbesserung in dieser Hinsicht, und der Reichstag beschlofs, an die Regierung ein Schreiben zu richten, das für alle Zukunft die Einsetzung von aufserordentlichen Gerichtshöfen oder Kommissionen untersagte und das gesetzliche Verbot, einen Angeklagten vor Gericht zu stellen, ohne dafs er seinen Angeber kenne, einschärfte. Dagegen mifslangen alle Versuche, den Rat wegen seiner Ungesetzlichkeiten zur Verantwortung zu ziehen, vollständig.

Abgesehen von der Rechtspflege bot die Staatshaushaltung gefährliche Angriffspunkte gegen den Rat. Der jammervolle Krieg, die späteren Verteidigungsmafsregeln und die erhöhte Unterstützung der Industrie hatten die gesamte Staatsökonomie in Unordnung gebracht. Die Regierung hatte den 1747 festgesetzten Etat von 53 Tonnen Gold, der ungefähren ordentlichen Einnahme eines Jahres, überschreiten müssen, und für die folgenden Jahre drohte das Defizit noch gröfsere Dimensionen anzunehmen. Mit Schrecken sah der geheime Ausschufs dieses Resultat, und seitens aller Parteien, sogar seitens der treuen Hüte im Ausschusse und seinen Deputationen, wurde allgemeiner Tadel laut. Die Gegner der Regierung suchten das Defizit im Staatshaushalte vor die Stände zu bringen, um den Rat einer weiteren Kritik unterziehen zu können, aber der Ausschufs verhinderte die Verweisung des Gegenstandes an das Plenum und deckte durch allerlei Finanzoperationen das Defizit auf dem Papier.

Die heftigen Angriffe auf den Rat hatten indessen das Ergebnis, dafs dieser ein Vertrauensvotum seitens der Stände sowohl

wie auch des Königs für notwendig hielt. Aufserdem zeigte der Hof seine Ungnade gegenüber den Ratsherren in einer Weise, dafs alle deutlich den Gegensatz erkennen konnten, der nunmehr innerhalb der schwedischen Regierung zu finden war. Hierin lag eine wirkliche Gefahr für die Zukunft der Regierungsart, denn diese setzte Vertrauen, wenigstens ein scheinbares, zwischen König und Rat voraus, falls sich nicht die Unvereinbarkeit des republikanischen Verfassungsinhaltes mit der monarchischen Form allzu deutlich herausstellen sollte. Mit Sorgen sahen die Verfassungsfreunde diese Gefahr, und sowohl der Rat wie der geheime Ausschufs suchten, wiewohl vergebens, den König dazu zu veranlassen, seinen offiziellen Ratgebern sein Vertrauen auszusprechen. Der Rat mufste sich damit begnügen, dafs ihm der geheime Ausschufs sein Vertrauen bezeigte und in einer Denkschrift die Grundlosigkeit der Gerüchte nachwies, die in der Öffentlichkeit über die Uneinigkeit zwischen König und Rat verbreitet waren. In den Reichstagsbeschluſs selbst wurde ein diesbezüglicher Paragraph aufgenommen. Aber hiermit war der Gegensatz zwischen König und Rat nicht aus der Welt geschafft, und die Phrasen, mit denen man den Gegensatz zu verbergen suchte, konnten die verlorengegangene Einigkeit in der Reichsregierung nicht wiederherstellen.

Tessin, der jetzt seine Stellung als Regierungschef weniger angenehm fand, verlangte und erhielt während der Tagung des Reichstages seinen Abschied vom Amte eines Kanzleipräsidenten. Zu seinem Nachfolger wurde im März 1752 der Reichsrat von Höpken gewählt. Durch ein besonderes Gehalt, das Tessin als Gouverneur des Kronprinzen zugesprochen wurde, wurde er für den finanziellen Verlust, den sein Abschied mit sich brachte, schadlos gehalten. Dafs dieses Gehalt vom Beginn seiner Gouverneurschaft berechnet und er und seine Frau auf Lebenszeit mit dem Krongut Läckö belehnt wurden, waren fernere Beweise dafür, wie dankbar sich die Stände Tessin gegenüber zeigten für die Dienste, welche er in den verflossenen Jahren dem Reiche erwiesen hatte.

Die durch die Entstehung der Hofpartei hervorgerufene Veränderung der Parteilage führte ganz natürlich zwischen den alten Gegnern, den Hüten und den Mützen, eine versöhnlichere Stim-

mung herbei. Åkerhielm erhielt Pension, und Bielke wurde ebenso wie vorher Bonde die Ehre einer öffentlichen Vertrauenserklärung zuteil. Der finnische Translator Mathesius erhielt wieder sein Recht auf Beförderung im Reichsdienste usw. Es war offenbar die Empfindung eines bevorstehenden gemeinsamen Kampfes mit einem neuen Gegner, welche den Schleier des Vergessens über die Erinnerungen an den früheren gehässigen Streit breitete. Im Juni 1752 gingen die Stände auseinander [1]).

* * *

Der neue Kanzleipräsident, Anders Johann von Höpken, war im Jahre 1712 geboren. Er war also 40 Jahre alt, als er zur Übernahme des höchsten Reichsamtes berufen wurde. Seinem Namen sind wir mehrere Male vorher als dem eines der Hauptmitglieder der Hutpartei begegnet. Auf dem Reichstage von 1746 war er es hauptsächlich gewesen, der durch seine patriotische Begeisterung die Stände zu der nationalen Erklärung mit sich fortriſs, durch welche er im rechten Augenblicke die Geister zu einer gemeinsamen patriotischen Äuſserung einigte und der Partei, die damals für die Unabhängigkeit Schwedens kämpfte, neue Kraft verlieh. Kurz darauf wurde er trotz seiner Jugend in den Rat berufen. Nach Schluſs des Reichstages trat Höpken hinter Tessin zurück, welch letzterer infolge seiner gröſseren Übung in Intrigen und seiner geringeren Gewissensskrupel ganz gewiſs geeigneter war als Höpken, das schwedische Staatsschiff unversehrt durch die Brandungen der damaligen aufgeregten Diplomatie und Parteiränke zu steuern. Aber nach dem Abgange Tessins wurde Höpken einstimmig zu seinem Nachfolger erwählt, obwohl der etwas ältere Ekeblad in seiner Eigenschaft als Reichskanzleirat wohlbegründete Ansprüche darauf hatte, nicht übergangen zu werden. Das zeigt, welches Vertrauen Höpkens Zeitgenossen zu seiner Begabung und seinem Charakter hatten.

1) Dem Beschlusse dieses Reichstages gemäſs schloſs sich Schweden der neuen verbesserten Zeitrechnung an, die unter dem Namen des Gregorianischen Kalenders oder des neuen Stiles bereits von allen übrigen protestantischen und katholischen Staaten in Europa angewandt wurde. Die Veränderung wurde im Jahre 1753 in der Weise durchgeführt, daſs gleich auf den 17. Februar der 1. März folgte.

In der Tat war Höpken auch ein aufsergewöhnlich begabter Mensch, ein Genie in mehrfacher Hinsicht, wenn auch seine Eigenschaften mehr kritischer und spekulativer Natur waren und weder besondere Willenskraft noch hervorragenden Tatendrang verrieten. Der analysierende und skeptische Geist Höpkens, der sich gern mit den höchsten Dingen befafste, sah allzu oft die Schwächen eines Systems oder die Einwände, die möglicherweise gegen einen Vorschlag erhoben werden konnten, und im Siebe der Analyse ging bisweilen die positive Urteils- und Tatkraft verloren. Es konnte daher vorkommen, dafs sein scharfer, durchdringender Verstand eine auffällig schiefe Auffassung von den wirklichen Verhältnissen hatte, oder dafs er gerade im entscheidenden Augenblicke, wo es zu handeln galt, unschlüssig und ratlos dastand. Sein edler, biederer und patriotischer Charakter war über jeden Zweifel erhaben. Er war ein nobler, begabter Mensch, der aufserdem eine reiche Bildung besafs, welche natürlich die Züge jener Zeit an sich trug und wie die Tessins und Luise Ulrikes im wesentlichen auf der zeitgenössischen französischen Aufklärungskultur ruhte. Nur war die Bildung Höpkens viel gediegener und ernster als die jener und aufserdem durch ein eifriges Studium der antiken Literatur geschult. Sein Interesse für vaterländische Literatur und Kunst zeigte Höpken bereits in einem Alter von einigen zwanzig Jahren, wo er sich an die Spitze eines Unternehmens stellte, das die Eröffnung einer nationalen Schaubühne zum Ziele hatte, und kurz darauf im Verein mit den hervorragendsten wissenschaftlichen Geistern Schwedens an der Gründung der Akademie der Wissenschaften teilnahm. Sein ganzes Leben hindurch stand er mit den Männern der Wissenschaft in naher Berührung und war selbst auf ökonomischem Gebiete als Forscher und Verfasser tätig. Als Redner und Schriftsteller gehörte Höpken ebenso wie Tessin zu den hervorragendsten in Schweden. In seinen kurzen, kernigen Sätzen spiegelte sich ein denkender und aristokratischer Geist wider, der jedes Wort genau abwog, der aber dennoch in seiner angeborenen Genialität es wagte, Gedanken auszusprechen, die nach allen Seiten hin neues und helles Licht verbreiteten.

Als Beförderer der Kultur war Höpken also vollkommen würdig,

den Mantel Tessins aufzunehmen. Als Persönlichkeit war er ihm infolge seines edleren Charakters und seiner Selbstlosigkeit überlegen. Als Staatsmann dagegen stand er ohne Zweifel unter ihm. Trotz seiner scharfen Urteilskraft in einzelnen Fällen fehlte ihm die Gabe, die Dinge im grofsen zu sehen oder aus den verwickelten politischen Verhältnissen instinktmäfsig das rechte Fazit zu ziehen. Er besafs auch nicht die kühne Tatkraft, die, ohne lange zu grübeln, auf ihre Ziele losgeht. An dem treulosen diplomatischen Spiele jener Zeit fand er keinen Gefallen, und sein empfindsames Wesen, das sich leicht verletzt fühlte, verleitete ihn bisweilen zu übereilten Schritten, die Gegenangriffe und Kritik hervorriefen. Höpken hatte auch nicht dieselbe Macht über den Rat, wie sie Tessin besessen hatte. Aufser letzterem, der noch immer mit seinem schwerwiegenden Worte Mitglied des Rates war, machte ihm Karl Friedrich Scheffer, ein hochbegabter, liebenswürdiger Mann, den Rang als hervorragendstes Genie der Hutpartei streitig. In mehrfacher Beziehung waren die beiden ausgezeichneten Männer verschiedener Ansicht, und zwischen ihnen herrschte eine ständige gegenseitige Rivalität. Dazu kam ferner, dafs infolge des Eintritts Löwenhielms in den Rat daselbst auch eine prinzipielle Opposition gegen die Politik der Hüte eingezogon war. Karl Gustav Löwenhielm, der bürgerlicher Herkunft war, hatte sich in der juristischen Beamtenlaufbahn bis zum Justizkanzler, zum Präsidenten im Svealiofgericht und schliefslich zum Reichsrat emporgearbeitet. Im Anfange hatte er zwar zu den besten Kräften der Hüte gehört, aber schon vor seinem Eintritt in den Rat hatte er sich in wichtigen Fragen von seiner Partei getrennt und sich den Mützen genähert. Seine Opposition war jedoch noch keine ausgeprägte, und bei der Verteidigung der Freiheit und der Ständeherrschaft stand er treu auf derselben Seite wie seine Ratskollegen.

Die Aufgabe, welche Höpken und dem Rate nach dem Schlusse des Reichstages oblag, war infolge der Uneinigkeit mit dem Hofe weder angenehm noch leicht. In der auswärtigen Politik dagegen waren keine Situationen vorhanden, die gröfsere Anforderungen stellten. In der nächsten Zukunft kam Rufsland mit keiner neuen Drohung, und die gefährliche Vereinigung von Rufs-

land und Dänemark schien für einige Zeit aufgelöst zu sein. Trotz mehrfacher günstiger Voraussetzungen kam jedoch eine Annäherung zwischen Schweden und Dänemark nicht zustande, und die Gelegenheit, welche die fünfziger Jahre zu einem engeren Zusammenschluſs der skandinavischen Mächte boten, wurde, ohne Zweifel zum wesentlichen Teile infolge von Höpkens vorgefaſstem Miſstrauen gegen diesen Nachbarn, verabsäumt, eine Gelegenheit, die alsdann mehrere Jahrzehnte lang nicht wiederkehren sollte. So wie die überzeugten Hüte im allgemeinen, sah Höpken noch immer in Frankreich den natürlichen Bundesgenossen Schwedens. Obwohl der alte Vertrag mit dieser Macht noch fünf Jahre dauerte, erneuerte ihn die Regierung im geheimen bereits im Januar 1754 auf weitere zehn Jahre, vom November 1758 an gerechnet. Von dem zweiten Freunde Schwedens, von Preuſsen, erwartete der Rat dagegen keine Hilfe. Preuſsen und Frankreich wünschten zwar beide die unveränderte Erhaltung der schwedischen Regierungsform, um Ruſsland keinen neuen Anlaſs zu Unruhen zu geben, aber bei dem in Schweden herrschenden inneren Konflikte zwischen König und Rat neigte König Friedrich aus natürlichen Gründen der Auffassung seiner Schwester zu, während die französische Regierung treu zum Rate hielt. Der andauernde äuſsere Frieden und die Stabilität in der Parteistellung der Regierung hatten das glückliche Resultat zur Folge, daſs in diesen Jahren die begonnenen Verteidigungsarbeiten mit Kraft ausgeführt werden konnten.

Die äuſsere Ruhe bot jedoch nur eine um so bessere Gelegenheit dar, den inneren Kampf zwischen König und Rat auszufechten. Es ist dies jenes zunehmende Schisma, das der Zeit, welche zwischen den ersten Reichstagen Adolf Friedrichs liegt, ihr Gepräge verleiht. Die Verfassung gestand ohne Zweifel dem Könige eine persönliche Machtsphäre mit unbestimmten Grenzen zu, und auch auſserhalb dieser Sphäre hatte sie mehr vorausgesetzt, der König würde der gehorsame Diener der Ratsmehrheit sein, als daſs sie hierfür Garantien geschaffen hätte. Zur Zeit König Friedrichs war dieser Mangel an Klarheit und Konsequenz weniger hervorgetreten, die Verfassung hatte sich zum reinen Parlamentarismus entfalten können, ohne daſs es der König versucht hätte,

dieser Entwicklung Einhalt zu tun. Adolf Friedrich dagegen war fest entschlossen, diesen Versuch zu unternehmen und sein persönliches Machtgebiet so weit wie möglich auszudehnen, zunächst so weit, wie es der unklare Buchstabe des Grundgesetzes zuliefs. Im Anfange drehte sich der Streit um einzelne Fälle, bei denen König und Rat infolge verschiedener Auslegung des Grundgesetzes aneinander gerieten. Hierbei aber kamen verschiedene prinzipielle Auffassungen zur Entfaltung, die Zusammenstöfse wurden immer häufiger und heftiger, so dafs schliefslich die ganze Regierungsmaschine ins Stocken zu geraten drohte.

Ein solcher Streitgegenstand war die Verordnung betreffs der Kabinettsangelegenheiten oder der Angelegenheiten, welche der König in seinem Kabinette im Beisein von nur zwei Reichsräten zu erledigen hatte. Da jedoch hierin die Praxis ziemlich ausgebildet war und unmöglich wichtigere Angelegenheiten zu den Kabinettsgeschäften gezählt werden konnten, war diese Streitfrage von verhältnismäfsig geringerer Bedeutung. Von gröfserer Tragweite war die Streitfrage betreffs der Macht des Königs bei der Besetzung von Beamtenposten. Dafs dem Könige das Ernennungsrecht zustand, war klar, aber ebenso klar war es, dafs der Rat berechtigt war, durch Abstimmung die vom Könige vollzogene Ernennung zu annullieren, falls dieselbe „mit dem Gesetz, der Regierungsform oder dem Wohle und dem Verdienste anderer redlicher Untertanen“ in Widerspruch stand. Diese Verordnung forderte geradezu zum Konflikt heraus. Die Bedingungen, unter denen der Rat befugt war, eine solche Abstimmung vorzunehmen, beruhten natürlich auf subjektiver Auffassung, und der König konnte der Erklärung des Rates, dafs diese Bedingungen vorlägen, mit seiner entgegengesetzten Ansicht entgegentreten und sich weigern, die Gültigkeit der vom Rate vorgenommenen Abstimmung anzuerkennen. Das mangelhafte Verständnis, das Adolf Friedrich bei der Wahl von Kandidaten bekundete, und sein halsstarriger Eigensinn, dem zufolge er den Vorstellungen des Rates nie nachgab, spitzten den Konflikt noch mehr zu. Anfangs zeigte der Rat Entgegenkommen, aber da er hiermit beim Könige keine gröfsere Berücksichtigung fand, sah er sich veranlafst, von seinem Abstimmungsrecht Gebrauch zu machen, und zwar zum ersten Male

in Dezember 1751. Später wiederholte sich dies immer häufiger. Um nun eine objektive Norm als Stütze bei diesen ewigen Kämpfen zu erhalten, entschloſs sich der Rat, den objektivsten, aber auch geistlosesten aller Beförderungsgründe zu wählen, nämlich den der Dienstjahre. Infolge des fortgesetzten Streites wurden die Geister auf beiden Seiten immer unempfänglicher für einen Kompromiſs. Die Beamtenstellen konnten lange, bisweilen jahrelang nicht besetzt werden. Am schärfsten geriet man wegen des Postens eines Landeshauptmannes der Provinz Wästerbotten aneinander, der im Herbst 1753 frei wurde. Der Rat verwarf in seiner Abstimmung — diesmal anscheinend mit Unrecht — den Kandidaten, den der König ernannt hatte, und der König gab trotz des darauffolgenden langwierigen Schriftwechsels nicht nach, sondern wartete das Urteil des kommenden Reichstages ab.

Von beinahe noch gröſserer Bedeutung war der Versuch des Königs, die Gültigkeit der Ratsabstimmung in anderen Regierungsangelegenheiten in Frage zu stellen. Hierbei war jedoch die Verordnung im Grundgesetze, der König solle den Rat der vorgeschriebenen Ratsmehrheit zu seinem Beschlusse machen, unzweideutig. Das Grundgesetz enthielt aber keine Vorschrift, was geschehen solle, wenn der König sich weigerte, in ein solches Opfer seiner persönlichen Ansicht zu willigen. Adolf Friedrich, der sich jetzt selten im Rate einfand, erhob darauf Anspruch, sich über die erledigten Staatsgeschäfte genau unterrichten zu lassen, die vom Rate angeführten Gründe zu prüfen und sogar seine Unterschrift verweigern zu dürfen, falls die Beschlüsse mit seiner eigenen Überzeugung unvereinbar wären. Auf die wiederholten Vorstellungen des Rates hin beschränkte er zwar seine Ansprüche auf das Verlangen, die Beschlüsse des Rates einer nochmaligen Prüfung zu unterziehen. Aber schon dies verzögerte die Erledigung der Staatsgeschäfte in einer Weise, die sich mit der guten Ordnung nicht vereinen lieſs. So konnte ein königliches Schreiben, das der Rat 1752 beschlossen hatte, erst 1754 ausgefertigt werden. Auſserdem stand die Frage immer offen, in welcher Weise die Ausfertigung von Regierungsbeschlüssen vorgenommen werden sollte, falls der König seine Unterschrift verweigerte. Bei einem

Begnadigungsfall kam es vor, daſs der König nicht nachgeben wollte und sich weigerte, den Beschluſs des Rates zu unterzeichnen. Das berührte offenbar die wichtigsten Grundsätze der Verfassung. Im Dezember 1754 war man so weit gekommen, daſs man sich von beiden Seiten an den Reichstag wandte, damit er einen Konflikt entscheide, bei dem unvereinbare Ansprüche und erbitterte Geister zu keinem Kompromiſs mehr gelangen konnten.

Die Spannung zwischen König und Rat kam auch in mehr persönlich gearteten Streitigkeiten zum Ausdruck. Schwere Fehler beging hierbei Luise Ulrike dadurch, daſs sie die Macht, die dem Monarchen im sozialen Leben zu Gebote stand, dazu benutzte, ihre persönlichen Gegner zu kränken. Keiner war hierfür empfindlicher als der früher so gefeierte Günstling Tessin. Seine Hoffnung, durch Niederlegung seines Postens als Kanzleipräsident mit dem Hofe auf besseren Fuſs zu kommen, wurde vollständig zuschanden. Die tägliche Berührung, die Tessin als Gouverneur des Kronprinzen und als Oberstmarschall mit dem Hofe hatte, führte zu ständigen Reibereien. Schlieſslich suchte er, um den Konflikten mit dem Königspaare zu entgehen, die seiner Tätigkeit als Gouverneur keineswegs zum Vorteil gereichten, so lange Zeit wie nur möglich auf dem Lande zuzubringen. Auch der junge Kronprinz zeigte ganz natürlich eine Widerspenstigkeit und einen Ungehorsam, die den empfindlichen Sinn Tessins verletzten. Im Januar 1754 kam es zwischen der Königin und Tessin zu einem äuſserst heftigen Auftritt, als sich dieser über den Ungehorsam des Kronprinzen beklagte. Der König kam hinzu, aber die Unterhaltung ging in eine vollständige Zänkerei über, und auf beiden Seiten holte man alle wirklichen oder eingebildeten Unbilden hervor, an denen man jahrelang gesammelt hatte. Tessin erklärte, nicht länger im Amte verbleiben zu können. Er und seine Gemahlin legten ihre Hofämter nieder, und der Rat übertrug dem Reichsrat Stromberg bis auf weiteres das Amt des Gouverneurs. Im ganzen Lande verbreitete sich das Gerücht vom Bruche Tessins mit dem Hofe, es wurde in verschiedener Weise ausgeschmückt und verlieh in den Augen der Öffentlichkeit dem Konflikt, dessen prinzipielle Bedeutung man nicht verstand, einen persönlichen

Charakter. Auch die übrigen Ratsherren erhielten offenbare Beweise von der Ungnade des Königspaares und waren kleinlichen Kränkungen ausgesetzt. Sie mußten bei Aufwartungen bei Hofe stundenlang warten, ehe sie vorgelassen wurden, während andere Personen kamen und gingen, oder König und Königin drehten den Ratsherren ostentativ den Rücken zu, während sie sich mit unbedeutenden Hofschranzen unterhielten. Im Gegensatz zur herkömmlichen Etikette wurden den Ratsherren zuweilen Stühle ohne Lehne anstatt Lehnstühle hingestellt, oder ihre Wagen wurden daran gehindert, in den Burghof einzufahren. Ein derartiges unbedeutendes Vorkommnis entwickelte sich zu einem scharfen Zusammenstoß, als einmal die Wagen der Reichsräte Höpken und Scheffer von der Wache an der Einfahrt in den Burghof gehindert wurden. Da der Rat die Schuldigen zur Verantwortung ziehen wollte, veranlaßte auch dies einen Schriftwechsel, der sich sofort zu prinzipiellen Gegensätzen erweiterte und mit einem beiderseitigen Appell an die Stände schloß.

Der König sowohl wie der Rat wandten sich an die öffentliche Meinung, um sie zu ihren Gunsten zu bearbeiten. Der Rat bediente sich der mächtigen Waffe der Buchdruckerpresse, und mit seiner Zustimmung gab seit dem Februar 1755 der Censor librorum, Kanzleirat Oelreich, die bekannte Zeitschrift „Ein ehrlicher Schwede“ heraus. Die Zeitschrift erschien wöchentlich zwei Bogen stark und erregte großes Aufsehen. Wahrscheinlich ist Oelreich der eigentliche Verfasser, wenn auch vielleicht mehrere Personen Mitarbeiter gewesen sind. In Form von Gesprächen zwischen Honestus, Probus, Callidus u. a. m. wird in derselben die Natur und das Wesen der politischen Freiheit, die prinzipielle Stellung des Rates und des Königs und ihre Bedeutung im Staatsleben behandelt und hierauf das geltende Staatsrecht bis zur Zusammensetzung und zu den Instruktionen der Deputationen hinab dargelegt. Die Zeitschrift zeichnet sich weder durch besondere Schärfe noch durch stilistische Schönheit aus, wurde aber schließlich zu einem weitläufigen Kommentar der gesamten geltenden Verfassung vom Standpunkte der Ratspartei. Die Hofpartei mußte sich damit begnügen, ihre Gegenbroschüren oder die Äußerungen, die der König zum Ratsprotokoll gemacht hatte, in Abschriften zu verbreiten.

Auf seiten der Hüte trat zu jener Zeit eine neue Führerkraft in der Person des Grafen Axel von Fersen auf. Er war der Sohn des alten Präsidenten Hans von Fersen und gehörte also ebenso wie Höpken durch seine Herkunft zur Hutpartei. 1719 geboren, war er bereits im Alter von 20 Jahren in französischen Kriegsdienst getreten und war, als er nach dem Frieden von Aachen nach Schweden zurückkehrte, bis zum Brigadier oder Generalmajor aufgerückt. Auf Betreiben des Rates wurde er hier im Jahre 1750 trotz der gegenteiligen Ansicht des Thronfolgers zum Generalmajor im schwedischen Heere ernannt. Als er 1753 in aller Form aus dem französischen Dienste getreten war, widmete er sich dem politischen Leben, in welchem er von Anfang an infolge seiner Herkunft, seines Reichtums und vor allem seiner persönlichen Eigenschaften einen hervorragenden Platz einnahm. 1755 wurde er von den Hüten als Kandidat für den Posten eines Landesmarschalls beim kommenden Reichstage aufgestellt. Fersen war eine glänzende parlamentarische Kraft. Niemand konnte so wie er seine Partei leiten und zusammenhalten, in all den Stürmen, welche die zahlreiche Versammlung des Ritterhauses aufwühlten, die Ruhe und Besinnung bewahren oder durch die Macht seiner mannhaften Persönlichkeit und durch sein Rednertalent die unruhigen Scharen beherrschen. Fersen war ein warmer Anhänger der Freiheit, aber einer solchen, die auf aristokratischer Grundlage ruhte, und ohne Zweifel ein aufrichtiger Patriot. Als Hauptvertreter der entwickelten parlamentarischen Gewandtheit, wie sie die Ständeherrschaft der Freiheitszeit zeitigte, und als hervorragendster Verfechter der freien Verfassung, wie sie vom Adel Schwedens in Auflehnung gegen die Alleinherrschaft des Königs im 18. Jahrhundert ausgebildet worden war, steht er vom Jahre 1755 bis zu seinem Tode in den neunziger Jahren auf einem weit vorgeschobenen Posten in der Geschichte Schwedens. Schon jetzt war er bis zu einem gewissen Grade unter Verdrängung von Höpken das eigentliche Haupt der Hutpartei.

Neben Fersen tritt gleichzeitig ein anderer, nicht weniger bekannter Politiker in der Person des Oberstleutnants Karl Friedrich von Pechlin auf, der hiermit seine Bahn als geschicktester

Intrigant der Freiheitszeit beginnt. Er war der Sohn des früheren holsteinschen Ministers in Schweden, ein Schwiegersohn des berühmten Führers der Hüte, Plomgren, und war seit 1751 naturalisierter schwedischer Adeliger. In der Kunst, mit den Mitteln der Parteitaktik, Bestechungen, Intrigen und allerlei Kniffen umzugehen, brachte es Pechlin zu einer einzig dastehenden Virtuosität. Sein Ziel war im übrigen das, die Ständeherrschaft als Voraussetzung seiner eigenen Gröfse zu bewahren, und unumwunden schlofs er sich der Partei an, die augenblicklich der vorzüglichste Verteidiger der Verfassung war.

Den Führern der Hüte konnte die Hofpartei keine ebenbürtigen Talente gegenüberstellen. Mehrere ihrer tüchtigsten Kräfte, wie Liewen und Düring, hatten sich den Hüten genähert. Der vom Hofe zum Landesmarschall ausersehene Erik Brahe war zwar infolge seines Reichtums und seiner Herkunft eine gewichtige Persönlichkeit und galt auch für einen tüchtigen, rechtschaffenen Mann, besafs aber kaum wirkliches Führertalent. Es fehlte auch an einer richtigen Einigkeit auf der Grundlage eines bestimmten Programms, und die despotische Natur und das launenhafte Wesen Luise Ulrikes verstimmten ganz sicher mehrere Anhänger der Sache des Königtums.

Im ganzen Lande herrschte lebhafte Erregung, und die Gerüchte von einer kommenden Revolution lagen in der Luft. Überall hatte man die Empfindung, dafs ein Kampf um die Freiheit bevorstehe und die Glanztage der Stände und der Bureaukratie vielleicht gezählt seien. Aber noch waren die Erinnerungen an die Unglückszeit der Alleinherrschaft nicht so verdunkelt, dafs das Schlagwort „Souveränität“ nicht immer noch seine magische Wirkung auf die Gemüter ausgeübt hätte. Noch stand das Ansehen der Stände aufrecht. Die äufsere Lage schien sicherer als je, die ökonomische Weisheit jener Zeit hatte einen gröfseren Wohlstand als vorher erzeugt, ihre geistige Kultur hatte ihre glänzendsten Blüten getrieben und die Verfassung ward mehr denn je geschätzt und kommentiert. Die zahlreiche adelige Bureaukratie Schwedens huldigte in ihrer überwiegenden Masse noch der Ständefreiheit, die für sie selbst eine unkontrollierte Macht über den Staat bedeutete, und merkte noch keine Anzeichen davon,

dafs ihre im Verhältnis zu anderen Gesellschaftsklassen privilegierte Stellung bereits bedroht war. In dichten Scharen eilten die adeligen Familienoberhäupter und Bevollmächtigten nach der Hauptstadt, und niemals vorher oder nachher hat gleichzeitig eine gröfsere Anzahl Edelleute und Ritter innerhalb der Mauern des Ritterhauses debattiert und votiert als damals bei Eröffnung des Reichstages. Auch bei den anderen Ständen war die Sache der Freiheit gut vertreten, und gleich von vornherein war es klar, dafs der Ansturm auf die Ständeherrschaft sich gegen eine Verfassung richtete, die noch frische Lebenskraft besafs und welcher der bedeutendste Teil des schwedischen Volkes mit Begeisterung und Überzeugung anhing.

* * *

Im Oktober 1755 traten die machthabenden Stände Schwedens wiederum zusammen. Im Ritterhause wurde Fersen mit ungefähr 600 Stimmen zum Landesmarschall gewählt, während der Name Brahes nur etwas über 400 auf sich vereinigte. Vorsitzender des geistlichen Standes wurde wiederum der Erzbischof Heinrich Benzelius, die Bürger wählten nach Plomgren, der 1754 gestorben war, den nicht weniger eifrigen Führer der Hüte Kierman zum Vorsitzenden, und die Bauern scharten sich wieder um den alten Olof Håkansson. Bei den Ausschufswahlen besetzte der Adel und die Bürger den geheimen Ausschufs mit den besten Kräften der Hüte; die Ausschufswahl der Geistlichen war zwar mehr gemischt, konnte aber die Herrschaft der Hutpartei über den mächtigen Ausschufs nicht ins Wanken bringen. Die freien Posten im Rate wurden alle mit tüchtigen und sicheren Anhängern der Hutpartei besetzt.

Der Parteikampf begann im Ritterhause mit einem Angriff auf die Zeitschrift „Ein ehrlicher Schwede“, und die Ansichten stiefsen in heftigen Debatten aufeinander, die bisweilen den Charakter theoretischer Diskussionen über das Wesen der Verfassung annahmen. Bei diesen Debatten zeichnete sich auf seiten der Hofpartei der junge Freiherr Klas Wilhelm Grönhagen durch eine scharfsinnige Denkschrift aus, in der er die übliche Lehre von der Allmacht der Stände verwarf und an ihrer Stelle die Auffassung vertrat, dafs das Grundgesetz eine Machtverteilung zwischen Ständen und König im Auge habe, durch welche ein Gleich-

gewicht geschaffen würde, das sowohl Zügellosigkeit wie auch Tyrannei verhindere. Von diesem Standpunkte ausgehend konnte Grönhagen geltend machen, dafs des Königs Recht ebenso heilig und unveräufserlich sei, wie das der Stände, und im Anschlufs an diesen Gedanken suchten die Redner der Hofpartei nachher die selbständige Stellung des Königs im Staatsleben neben Rat und Ständen zu verteidigen oder wenigstens neue Beschränkungen seiner Macht zu verhindern.

Der Streit um die Zeitschrift „Ein ehrlicher Schwede" wurde plötzlich abgebrochen, als der Rat am 5. November in einer von Höpken verfafsten und von sämtlichen Reichsräten unterzeichneten Denkschrift den Konflikt mit dem Könige darlegte und dieselbe den Ständen zur Prüfung überreichte. Auch der König seinerseits legte eiligst seine Auffassung in einer den Ständen übermittelten Denkschrift dar. In diesem gut abgefafsten Aktenstücke erklärt er es als sein gesetzliches Recht und seine gesetzliche Pflicht, die Ratschläge und Beschlüsse des Rates und ihre Übereinstimmung mit seinem Eide und seinem Gewissen zu prüfen und danach seine Gedanken zur Kenntnis zu bringen. „Sonst wäre ich weniger als der geringste Einwohner des Landes, dem nichts gegen seine Überzeugung und gegen sein Gewissen aufgezwungen werden kann." Die Denkschrift wies ferner darauf hin, wie sehr das Vorgehen des Rates, vom Könige vollzogene Ernennungen deshalb umzustofsen, weil ein anderer Bewerber einige Dienstjahre mehr aufzuweisen habe, mit dem klaren Sinne des Grundgesetzes in Widerspruch stehe, und schlofs mit der Erklärung, der König wolle viel lieber ein Zepter, das ihm Gott und die Stände nach freier Wahl anvertraut hatten, zurückgeben, als es mit Bangigkeit und ohne königliche Würde führen. Der Rat machte sofort einige Bemerkungen zu diesem Schriftstück und wies darauf hin, dafs die Konsequenz der Forderung des Königs, die vom Rate erteilten Ratschläge prüfen und nach eigenem Ermessen annehmen oder verwerfen zu dürfen, dazu führen würde, dafs das Ermessen des Königs für Schweden Gesetz und die Ausführung der Ratsbeschlüsse vom Belieben des Königs abhängig wäre.

Die Stände verwiesen diesen wichtigen Gegenstand an eine

grofse geheime Deputation von 250 Mitgliedern. Die Stimmung war so entschieden auf seiten des Rates, dafs die Anhänger des Hofes es sofort erkannten, der König müsse seine hohen Ansprüche etwas herunterschrauben, falls er nicht eine allzu offenbare Niederlage erleiden solle. Nach einigen Tagen reichte der König ein neues Schreiben bei den Ständen ein, in welchem er erklärte, seine Meinung sei nie gewesen, die Wirkung einer Abstimmung des Rates in Frage zu stellen oder die Ausführung eines Ratsbeschlusses zu verhindern, sondern er wolle nur für sich das Recht beanspruchen, seine eigenen Bemerkungen dem Protokolle anfügen zu dürfen. Die Drohung, die Krone niederlegen zu wollen, war völlig verschwunden. Es war ein vollständiger Rückzug, der das Schicksal der Frage, das ohne Zweifel schon vorher entschieden war, wesentlich beschleunigte. Die grofse geheime Deputation billigte natürlich ganz und gar die Auffassung des Rates, und trotz des Widerstandes der Hofpartei genehmigten sämtliche Stände eine Erklärung, die für die Zukunft festsetzte, dafs alle Beschlüsse des Rates, die mit der vorgeschriebenen Mehrheit gefafst worden seien, als Beschlüsse des Königs zu gelten hätten und ohne jede weitere Prüfung seinerseits unbedingt und durch seine Unterschrift zur Ausführung gebracht werden müfsten, dafs ferner nicht der König, sondern der Reichstag die Gesetzlichkeit der Ratsabstimmung bei Beamtenernennungen zu prüfen habe; der König habe daher nur die Abstimmung gelten zu lassen und an Stelle des Kandidaten, dessen Ernennung der Rat annulliert habe, einen anderen für den erledigten Posten zu ernennen. Mit dieser Auslegung des Grundgesetzes war der langwierige Streit im Prinzip erledigt, aber die Konsequenz verlangte, falls der Sieg des Rates über den König für alle Zukunft gesichert sein sollte, noch fernere Erklärungen und Zusätze zur Verfassung. Diese ergänzenden Erläuterungen wurden durch das eigene Verschulden der Hofpartei hervorgerufen oder beschleunigt.

Dem Hofe war es gelungen, beim Bauernstande eine nicht unbedeutende Anzahl Anhänger zu gewinnen. Die Bauern wurden von den Agenten des Hofes, wie z. B. dem Pagenhofmeister Breda, der 1747 Kanzlist beim Bauernstande gewesen war, dem Kapitän Börje Schechta u. a. eifrig bearbeitet. Sogar der König beteiligte

sich an der Agitation in der Weise, daſs er Reichstagsabgeordnete aus dem Bauernstande in seinem Kabinett empfing, sich mit ihnen freundlich unterhielt, sie bewirtete und sich hierbei über seine Notlage beklagte. Als das Schreiben des Reichstages betreffs der Ausführung der Grundgesetze am 29. November dem Könige feierlich überreicht werden sollte, suchte die Hofpartei den Bauernstand zur Aufhebung seines Beschlusses in dieser Angelegenheit zu veranlassen. Die Anhänger des Hofes griffen den Vorsitzenden und den Sekretär mit Drohungen und Schimpfworten an und behaupteten, daſs bei der am vorhergehenden Tage stattgefundenen Beschluſsfassung keine Abstimmung gestattet worden sei. Die Sitzung wurde immer lärmender, und schlieſslich stürzten die Erregtesten auf den Vorsitzenden los, um ihn und den Sekretär hinauszuwerfen, während andere die Angegriffenen zu verteidigen suchten. Als der Lärm am schlimmsten war, verfiel ein Bauer auf den Gedanken, den Psalm: „Vertreibe unsern Feind von uns“ anzustimmen; das hatte eine beruhigende Wirkung, einer nach dem anderen stimmte mit ein, und schlieſslich sang der ganze Stand die letzten Strophen mit. Als der Psalm zu Ende war, begann die Schlägerei von neuem, aber da trafen der Landesmarschall und die beiden anderen Vorsitzenden, die von dem Geschehenen Kunde erhalten hatten, ein und stellten den Unruhestiftern das Ungesetzliche und Gefährliche ihres Benehmens vor. Hierdurch wurde die Ruhe endlich wiederhergestellt, und die Deputation mit dem Schreiben der Stände konnte abgehen. Das einzige Ergebnis, das dieses sinnlose Vorgehen hatte, war, daſs sich der geheime Ausschuſs veranlaſst sah, die Hauptstörenfriede zu verhaften, und die Stände auf seinen Vorschlag hin eine Kommission wählten, die über den Aufstand im Bauernstande „mit allem, was sich daraus ergebe“, aburteilen sollte. Die Kommission bestand aus acht Edelleuten und je vier Mitgliedern der nichtadeligen Stände. Vorsitzender derselben wurde der eifrige Führer der Hüte, Heinrich Wrede, und Ankläger der fanatische und unduldsame Freiheitsverehrer, der Bürgermeister Renhorn von Arboga. Der Kommission wurde auch eine ganze Anzahl geringerer politischer Prozesse zugewiesen, die bereits bei anderen Behörden eingeleitet worden waren.

Die neue Verratskommission war eine furchtbare Waffe in den Händen der herrschenden Partei. Mit Eifer forschte sie allen geheimen Anschlägen gegen die Freiheit nach und nahm am Schlusse dieses Jahres und in den ersten Monaten des Jahres 1756 verschiedene Verhaftungen vor. Mehrere von den Verdächtigten brachten sich durch Flucht in Sicherheit, und im März hielt es sogar der Hauptführer der Hofpartei Erik Wrangel für das geratenste, sich durch eilige Flucht nach Norwegen seinem Erscheinen vor der Kommission zu entziehen. Hierdurch wurde der Widerstand gegen die Hutpartei vollständig gebrochen, und Schlag auf Schlag folgte zur Befestigung der Freiheit und der Ständeherrschaft eine Reihe von Beschlüssen, die für den Hof ebenso viele neue Demütigungen bildeten.

Zunächst mufste die Frage des Gouverneurs des Kronprinzen erledigt werden. Tessin reichte einen Bericht über seinen Bruch mit dem Hofe ein. Der Ausschufs ergriff natürlich für ihn Partei und ersuchte ihn der Form halber sein Amt wieder zu übernehmen. Nachdem er dies abgelehnt hatte, wurde mit dem Kronprinzen eine öffentliche Prüfung abgehalten, wonach die Stände unter Dankesbezeigungen Tessin seinen Abschied bewilligten und ihm sein ganzes Gehalt als Pension auf Lebenszeit beliefsen. Ganz selbstverständlich hätte eigentlich der Reichsrat Stromberg, der seinen Auftrag zwei Jahre lang zu voller Zufriedenheit ausgeführt hatte, sein Nachfolger werden sollen; da jedoch der König die Erwartung ausgesprochen hatte, dafs Stromberg eine Vollmacht erteilt werde, hätte seine Ernennung wie ein Sieg des Hofes aussehen können. Der geheime Ausschufs ernannte deshalb Karl Friedrich Scheffer zum Gouverneur. Wenn auch Scheffer sich zu diesem Posten vortrefflich eignete, mufste es natürlich das Königspaar äufserst erbittern, dafs in einer Frage, die so tief in sein Familienleben eingriff, jede Rücksicht auf seine persönlichen Wünsche beiseite geschoben wurde, und der König erklärte, die Wahl Scheffers könne nicht sein „gnädiges Wohlgefallen“ finden, von dem die Regierungsform bei der Besetzung derartiger Posten rede. Dieser Widerstandsversuch reizte den Ausschufs nur zu weiterem Vorgehen. Da man glaubte, Bielke und Dalin stachelten den König auf, wurden beide

vom Hofe entfernt, Bielke dadurch, daſs man das Amt eines Untergouverneurs aufhob, und Dalin, indem man ihn von seinem Amte als Lehrer der Prinzen absetzte und ihn wegen seiner Spottpredigten u. a. m. vor ein Kanzleigericht stellte. Ohne den König zu befragen, wählte der Ausschuſs neue Informatoren und Kavaliere für die Prinzen und erklärte, das Wohlgefallen des Königs müsse stets darin liegen, mit den Reichsständen übereinzustimmen, irgendein anderes willkürliches Wohlgefallen sei mit dem Grundgesetz nicht vereinbar. Die Stände hieſsen die Gesetzesdeutung des Ausschusses gut und bestätigten alle vollzogenen Wahlen. Für den Gouverneur wurde hierauf eine neue Instruktion ausgearbeitet und angenommen, wobei man es ebenfalls nicht für nötig hielt, die Ansicht des Königs einzuholen. Diese neue Instruktion lief darauf hinaus, den jungen Fürsten die Lehre einzuprägen, daſs alle Macht beim Volke liege, daſs dieses berechtigt sei, von dieser Macht, soviel es wolle, für sich zu behalten, und die vornehmste Ehre des Königs darin bestehe, dem Reichsrate sein volles Vertrauen entgegenzubringen; daneben enthielt die Instruktion eine Reihe anderer ähnlicher Sätze, die mit dem offiziellen Staatsrecht in Übereinstimmung standen.

Nichts konnte die heftige und stolze Luise Ulrike mehr verletzen als diese rücksichtslose, bis zu den äuſsersten Konsequenzen gehende Erweiterung der Macht, welche das Grundgesetz den Ständen hinsichtlich der Erziehung der königlichen Kinder einräumte. Das Vorgehen war um so ungerechter und herausfordernder, als die Prinzen bisher eine sorgfältige Erziehung erhalten hatten, und der Kronprinz gute Fortschritte gezeigt hatte. Der junge, empfindliche Knabe litt unter der Trennung von seiner früheren Umgebung derart, daſs er krank wurde. Der Zank und der Parteihaſs wurde in die königliche Familie selbst hineingetragen, da das Königspaar sich kaum darein finden konnte, den aufgedrungenen neuen Dienern mit äuſserer Höflichkeit zu begegnen, und die jungen Fürstenkinder bereits im Kinderzimmer zwischen einander entgegengesetzten Einflüssen hin und her gezerrt wurden.

Die fortgesetzte Prüfung der Ratsprotokolle hatte natürlich das Ergebnis, daſs der Rat in jedem einzelnen seiner Streitfälle

mit dem Könige Recht bekam. Die geheime Deputation, welche diese Prüfung vornahm, hielt es jedoch für angebracht, für alle Zukunft jeden Anlafs zu derartigen Zwistigkeiten bei der Ernennung von Beamten aus der Welt zu schaffen; sie setzte deshalb einen objektiven und klaren Beförderungsgrund fest, der jede Willkür seitens des Rates sowohl wie seitens des Königs ausschlofs. Eine derartige Norm konnte die Deputation in Übereinstimmung mit dem Rate nur im Dienstalter finden, und in einer Denkschrift vom 31. März 1756 suchte sie die Vorschrift der Regierungsform betreffs „der Tüchtigkeit, der Erfahrung und des Verdienstes" als Beförderungsgrundes in diesem Sinne zu deuten. Diese Norm legte zwar in erster Reihe den vorschlagenden Behörden, dem Rate, den Kollegien und anderen einen Zwang auf, während das Recht des Königs, aufserhalb des Vorschlages eine Ernennung zu vollziehen, hierdurch nicht in Frage gestellt wurde; aber da der Beförderungsgrundsatz klar war, sah der Rat in ihm eine kräftige Mahnung, von seinem Abstimmungsrecht überall da Gebrauch zu machen, wo der vom König Ernannte an Dienstalter hinter den in Vorschlag gebrachten Kandidaten zurückstand. Um das Beförderungsrecht eines jeden unbescholtenen Beamten gegen all die Hindernisse und Eingriffe noch weiter sicherzustellen, die ihm seitens einer willkürlich vorgehenden vorgesetzten Behörde in den Weg gelegt werden konnten, machte die Deputation den Vorschlag, jeder, der zum dritten Male für dasselbe Amt in Vorschlag gebracht worden sei, solle, falls er auch dann noch übergangen werde, gleichen Titel und gleiche Vollmacht wie der Ernannte erhalten und bei einer demnächstigen Vakanz nur zur Entgegennahme des Gehaltes und des Amtes angemeldet werden. Diese berühmte „Dienstdenkschrift", von der man mit Recht sagen kann, dafs in ihr das Streben der herrschenden Bureaukratie nach vollständiger Selbständigkeit seinen höchsten Ausdruck findet, wurde vom Adel und den Bauern bereits im Mai, von den übrigen Ständen etwas später angenommen und im November desselben Jahres als königliche Verordnung veröffentlicht.

Eine fernere Aufgabe der Deputation war es, eine Form zu finden, der zufolge es möglich war, die von der Ratsmajorität gefafsten Beschlüsse auch dann zur Ausführung zu bringen, falls

der König, wie es mehrfach geschehen war, sich weigerte, dieselben zu unterzeichnen. Eine vom Rate im Namen des Königs vollzogene Unterzeichnung war nicht immer angebracht, sie hätte auch vor der Öffentlichkeit die Fälle enthüllt, in welchen der König anderer Ansicht gewesen war als die Mehrheit des Rates. Die Deputation schlug deshalb den Ausweg vor, einen Stempel mit dem Namen des Königs anzuschaffen, der in der Kanzlei verwahrt werden solle. Diesen Stempel solle der Rat zur Unterfertigung der Regierungsbeschlüsse benutzen, wenn der König nach ein- oder zweimaligem Ersuchen seitens des Rates nicht selbst unterzeichne. Der Rat solle den Namenstempel auch dazu benutzen, demjenigen von den Vorgeschlagenen, der die meisten Dienstjahre aufzuweisen habe, eine Vollmacht auszustellen, wenn sich König und Rat bei der Besetzung eines Amtes nicht einigen könnten. Durch das berühmte Schreiben der Stände vom 26. Mai 1756 wurde dieser Vorschlag zum Gesetz erhoben [1]).

---

1) Aus diesem in der Geschichte der monarchischen Staatsverfassung ziemlich einzig dastehenden Aktenstücke verdient folgendes angeführt zu werden:

„Wenn nun die Grundgesetze an den untertänigst angeführten Stellen das Prinzip und den Zweck anerkennen, dafs nämlich die Regierungsgeschäfte nicht ins Stocken geraten dürfen und die Ausführung derselben ebenso dem Gesetz und der Ordnung unterworfen ist, wie die Beschlüsse selbst, so müssen dieselben Grundgesetze auch die Folgen und Mittel anerkennen, und zwar nicht allein die, welche ausdrücklich angeführt werden, sondern auch diejenigen, die Zeit und Umstände unumgänglich nötig machen, falls erstere zur Erreichung des Zieles nicht ausreichen. Andernfalls ständen die Grundgesetze im Widerspruch mit sich selbst und wären ohne Kraft und Wirkung.

Aus diesem Grunde sind die Reichsstände der untertänigen Ansicht, dafs in Zukunft bei allen Angelegenheiten ohne Unterschied, die eine Unterschrift erfordern, ein Stempel mit dem hohen Namen des Königs zur Anwendung komme, falls nach ein- oder zweimaliger untertäniger Vorstellung seitens des Rates die eigenhändige Unterschrift des Königs nicht erfolgt. Hierdurch wird eine Gleichheit bei den Expeditionen erzielt, da sich der Stempel für alle, sowohl für Vollmachten wie für andere Expeditionen eignet, während dagegen bisher die Unterschrift des Rates nur bei gewissen Gelegenheiten zur Anwendung kommen konnte, andere Gegenstände jedoch unexpediert bleiben mufsten. Hierdurch wird den Herren Reichsräten auch die Verantwortung aufgebürdet nicht allein für die Beschlüsse, sondern auch für die Ausführung derselben, falls hierin eine Verzögerung eintritt, und zwar nicht für gewisse, sondern allgemein

Der Triumph des Rates war ein vollständiger. Auf gesetzlichem Wege einen Umschwung herbeizuführen oder die fortwährenden Eingriffe in die Macht des Königs zu verhindern, dazu war gar keine Möglichkeit vorhanden. Mit Trauer und Gram sahen König und Königin, wie alle ihre Hoffnungen vernichtet und in schmachvolle Niederlage verwandelt wurden. Kein Wunder, dafs sie sich schliefslich nach anderen Auswegen umsahen. Schon im Januar 1756 war es dahin gekommen, dafs Adolf Friedrich bei der Kaiserin von Rufsland um Verzeihung und Hilfe bettelte. Der Oberst Graf Adam Horn, der nach Petersburg gesandt worden

---

für alle Regierungsangelegenheiten, — eine Verantwortung, die mit dem Prinzip der Grundgesetze völlig im Einklang steht.

Aus demselben Grunde legen die Reichsstände auch darauf hohes Gewicht, dafs der hohe Name des Königs den Befehlen und Expeditionen gröfseren Nachdruck verleiht und die Untertanen daran gemahnt, dafs sie dem Könige durch ihren Gehorsam gegenüber dem Gesetze die rechte und aufrichtigste Treue beweisen.

Wie der Stempel in Ew. Majestät und des Reiches Kanzlei vom Hofkanzler oder irgendeinem Kanzleirat zu verwahren und zu behandeln sei und wie ferner die Herren Reichsräte eine Liste über die Expeditionen, die mit dem Stempel abgefertigt werden, unterzeichnen sollen, das überlassen die Reichsstände der gnädigen Fürsorge Ew. Majestät nach Anhören des Rates, damit hierbei gebührende Ordnung und Sicherheit gewahrt werde. Und da zur Zeit der Regierung des hochseligen Königs Friedrich ein Stempel zur Anwendung gekommen ist, so dürfte das, was damals in dieser Beziehung beobachtet wurde, als Richtschnur dienen können.

Was die Verleihung von Ämtern und Dienststellen betrifft, so kommt dabei der besondere Umstand in Betracht, dafs die Ernennung von Personen der Ausfertigung einer Vollmacht vorangehen mufs.

Geschieht ersteres nicht, und verlieren § 9 des Königsgelübdes und § 40 der Regierungsform, denen zufolge ein anderer ernannt werden soll, gegen den der Reichsrat nichts einzuwenden hat, ihre Wirkung, so gibt es keinen anderen Ausweg, als dafs für denjenigen von den dreien, dessen letzte Vollmacht am ältesten ist, und falls nur einer auf der Vorschlagsliste steht, für den in Vorschlag Gebrachten eine Vollmacht mit dem Stempel ausgefertigt wird.

Die Ernennung ist und bleibt ein hohes Recht des Königs. Aber in den eben erwähnten Fällen, und wenn der König selbst dieses Recht nicht ausüben will, wird dasselbe vom Gesetz und nicht von den Herren Reichsräten ausgeübt, da diesen die Befolgung einer solchen Regel vorgeschrieben wird, die unabänderlich ist und nicht von verschiedener Beurteilung und Anwendung abhängt."

war, um daselbst im Namen des Königs vom Tode der Mutter des Königs Mitteilung zu machen, führte einen Brief an die Kaiserin mit sich, in dem der König für die weisen und heilsamen Ratschläge, die er früher erhalten und welche die Erfahrung ihn immer höher schätzen lehrte, seinen Dank abstattete. Einer speziellen geheimen Instruktion gemäfs mufste Horn im Namen des Königs dessen Abscheu vor allen denen zum Ausdruck bringen, die ihn von der Kaiserin getrennt hatten, die Versicherung abgeben, dafs der König die Verfassung unverletzt zu erhalten wünsche, sowie auch in irgendeiner Weise die Kaiserin um Hilfe zum Schutze der Königsmacht angehen. Diese Demütigung hatte nur das Resultat, dafs die schwedische Regierung Grund zu neuen Verdächtigungen bekam und Bestuschev mit Andeutungen hervortrat, Rufsland habe die Regierungsform Schwedens garantiert, und dieselbe müsse unverletzt bewahrt werden, dieses Mal im Interesse der Königsmacht.

Luise Ulrike mufste anderswo Hilfe suchen. Sie machte sich mit dem Gedanken an eine gewaltsame Revolution immer vertrauter. Zur Beschaffung der hierzu nötigen Mittel verpfändete sie durch Vermittlung ihres Bruders, des Prinzen August Wilhelm, einen Teil ihrer Juwelen in Deutschland. Dies wurde ruchbar, und im April verlangte der geheime Ausschufs, eine Inventur der Kronjuwelen vornehmen zu dürfen. Die Königin kam in die gröfste Verlegenheit, denn einen Teil der abverlangten Juwelen hatte sie infolge der Art, wie sie ihr Tessin bei ihrer Vermählung in Berlin überreicht hatte, als ihr Eigentum angesehen und deshalb verpfändet. In der Forderung des Ausschusses erblickte sie aufserdem eine neue Beschimpfung. In einem Billett, das sie an einige Ausschufsmitglieder richtete, erklärte sie, sie wolle die Reichsjuwelen aus ihrer Einfassung herausnehmen lassen und sie zurückgeben, da sie sich von diesem Augenblicke an für zu gut halte, sie weiter zu tragen; was jedoch die in Berlin erhaltenen Juwelen betreffe, so seien diese ihr Eigentum, deshalb könne sie eine Inventur derselben nicht zulassen. Diese heftige Antwort gab dem Ausschusse Gelegenheit, den steigenden Zorn zum Ausdruck zu bringen, der infolge des Auftretens der Königin in allen Herzen brannte. In einem äufserst scharf abgefafsten Schreiben,

das durch die Reichstagszeitung zur Kenntnis der Öffentlichkeit gebracht wurde, beschwerten sich die Stände beim König über die offensichtliche Verachtung, mit der die Königin seit langem Reichsstände, Rat und Beamte behandle, und über das schlechte Beispiel, das sie damit den heranwachsenden Prinzen gebe. Nach weiterem, unliebsamem Briefwechsel fand die verlangte Inventarisierung Anfang Juni statt, zu welcher Zeit die Kronjuwelen mit Ausnahme der Berliner Juwelen, auf welche die Königin, um Zeit zu gewinnen, noch immer ihr Eigentumsrecht geltend machte, aus ihren Einfassungen herausgenommen und der Rechnungskammer übergeben wurden. Nachdem die Königin die verpfändeten Juwelen glücklich aus Deutschland wiederbekommen hatte, wurden auch diese endlich am 22. Juni zur Inventuraufnahme vorgezeigt und ebenfalls bei der Rechnungskammer abgegeben. In der vorhergehenden Nacht war die glühendheiße Erbitterung Luise Ulrikes in einem Revolutionsversuche zum Ausbruch gekommen.

* * *

In den intimsten Kreisen der Königin hatte man sich seit einiger Zeit eifrig mit Plänen einer gewaltsamen Verfassungsumwälzung befaßt. Unreife und phantastische Projekte, die der lebhaften Einbildung Luise Ulrikes und ihrem ungeduldigen Eifer entsprungen waren, hatten mit mehr durchdachten Revolutionsplänen abgewechselt, bei denen Hård der Hauptratgeber gewesen zu sein scheint, während Brahe mit seinem größeren Ansehen und seiner politischen Bedeutung eine unschlüssige Haltung einnahm. Aus verschiedenen Gründen hatte man jedoch bisher alle diese Pläne fallen lassen. Anfang Juni arbeitete Hård ein neues Revolutionsprojekt aus, dem zufolge Arbeiter, Matrosen und Gardisten in der Hauptstadt einen Aufstand in Szene setzen sollten; einige zuverlässige Offiziere, die am selben Abend bei Brahe, Hård und Horn versammelt sein würden, sollten sich sofort an ihre Spitze stellen und den Artilleriehof besetzen, woselbst sich der König einfinden würde. Die hervorragendsten Mitglieder des Rates und der Stände sollten verhaftet, der Reichstag aufgelöst und ein neuer Reichstag nach Västerås oder Norrköping einberufen werden. Die Einzelheiten des Planes waren nur wenigen bekannt. Der König war

nicht in den Plan eingeweiht, und auch die Königin scheint wegen ihrer bekannten Unvorsichtigkeit nur eine unvollständige Kenntnis von demselben erhalten zu haben. Brahe wurde mit der Besorgung scharfer Munition beauftragt und fertigte selbst im Verein mit dem Hauptmann Puke am 19. Juni 800 Patronen auf seinem Gute Rydboholm an, die auf einem Holzschiff nach Stockholm gebracht wurden. Der Tag für den Ausbruch der Revolution war noch nicht fest bestimmt, als das ganze Vorhaben infolge der Unvorsichtigkeit der untergeordneten Werkzeuge entdeckt wurde.

Zur Bearbeitung der Stimmung bei der niederen Bevölkerung der Hauptstadt, hauptsächlich dem Militär, hatten sich die Führer an mehrere Unteroffiziere, Leibtrabanten und andere Agenten von niedriger Gesellschaftsstellung wenden müssen. Zu diesen Werkzeugen gehörte auch ein ehemaliger Hofläufer, Ernst Angel, der jetzt eine Gastwirtschaft führte und als Trunkenbold und unzuverlässiger Mensch bekannt war. Dieser hatte seit langem schon als Aufwiegler Dienste getan, und da er zu der Befürchtung Anlafs hatte, er würde bald vor die Kommission geladen werden, beschloſs er, das Unternehmen am Abend des 21. Juni in Gang zu setzen, am selben Tage, wo man die scharfe Munition von Rydboholm erwartete. Er teilte seine Absicht den Hauptleuten Ståhlsvärd und Puke, die er in einem Café traf, mit, und diese setzten die eigentlichen Führer schleunigst davon in Kenntnis. Die Vorbereitungen waren jedoch bis zu diesem Abend nicht fertig, deshalb baten Hård und Brahe, das Vorhaben zu verhindern. Auch die Königin, der Angel durch eine Kammerfrau hatte bestellen lassen, „es würde losgehen“, befahl dem Hofmarschall Horn, den Ausbruch zurückzuhalten. Aber Angel, der betrunken und eigensinnig war, behauptete, er habe einige hundert Mann in Bereitschaft, und spät am Abend ging er von Hause weg, um dieselben in Bewegung zu setzen. Puke traf ihn zwar schlieſslich auf Norrbro und veranlafste ihn, sich ruhig zu verhalten, aber es war bereits zu spät. Einer der Vertrauten Angels, der ehemalige Unteroffizier Christiernin, der wegen Nachlässigkeit zum Gemeinen degradiert worden war, hatte einen Korporal namens Schedvin geweckt und ihn gefragt, ob seine

Mannschaft bereit wäre, „ihre Schuldigkeit zu tun und dem Könige treu zu sein, falls befohlen würde anzulegen". Als Schedvin dies bejahte, gab ihm Christiernin 12 Taler Kupfer zur Bewirtung der Mannschaft und teilte ihm die nähere Order mit, wann und wo man sich treffen sollte. Schedvin eilte indessen mitten in der Nacht zwischen 1 und 2 Uhr zu seinem Leutnant, dem Grafen Creutz, einem eifrigen Mitglied der Hüte, der zur Ständekommission gehörte, und erzählte ihm, was er gehört hatte. Creutz begab sich zum Landesmarschall und dem Chef der Artillerie Ehrensvärd, und letzterer traf sofort alle Anstalten, um den Artilleriehof gegen einen Überfall zu sichern. Am folgenden Tage berichtete Creutz das Vorgefallene in der Kommission, und Christiernin wurde verhaftet. Der geheime Ausschuſs beauftragte die Kommission, auf jede Weise, ohne sich von einem ordentlichen Gerichtsverfahren hindern zu lassen, die Wahrheit zu ergründen. Bereits am selben Tage sah sich die Kommission veranlaſst, Angel, Ståhlsvärd und Puke zu verhaften, und da Erstgenannter sich gleich zu einem vollständigen Geständnis bequemte, wurden noch auſserdem drei Unteroffiziere gefänglich eingezogen. Die königliche Familie, die am selben Tage nach Ulriksdal gereist war, um nicht bei der Inventuraufnahme der Juwelen anwesend sein zu müssen, fand bei ihrer Rückkehr am Abend die Wachtposten verdoppelt, die Kanonen mit Munition auf dem Norrmalmsplatze in Bereitschaft und Freiwilligenpatrouillen auf den Straſsen. Trotz der vorgerückten Stunde begab sich der Landesmarschall ins Schloſs, um den Grund für diese ungewöhnlichen Anstalten mitzuteilen und den König, der tief erschüttert war und einen Anschlag gegen seine Person befürchtete, zu beruhigen. Die Kommission setzte die Untersuchung Tag und Nacht fort. Am Morgen des 23. Juni wurde der Hofmarschall Horn und zwei Tage später Erik Brahe infolge des Geständnisses, das man tags zuvor Puke durch die Folter entlockt hatte, verhaftet. Zu einem Geständnis betreffs seines Wohltäters Hård konnte Puke dagegen nicht gebracht werden; diesem gelang es daher, die Hauptstadt zu verlassen und sich durch die Flucht nach Dänemark zu retten.

Am selben Tage, wo dies geschah, am 25. Juni, reichte die Kommission beim Plenum der Stände einen vollständigen Bericht

über den Revolutionsversuch ein. Die Stände beschlossen, daſs auf allen Kanzeln im Reiche Dankgebete für die Rettung der Freiheit verrichtet werden sollten, und sie lieſsen, damit man im ganzen Reiche genaue Kenntnis von dem Vorgang erhielte, den Kommissionsbericht in den Reichstagszeitungen abdrucken. Eine allgemeine Begeisterung zum Schutze der Freiheit ergriff die Herzen, und sogar Reichsräte, Generale und andere hochstehende Beamte beteiligten sich an den freiwilligen Patrouillen zur Aufrechterhaltung der Ordnung und zum Schutze der Stadt vor einem Überfall. Da es dem Obersten der Garde, Pfeiff, an der nötigen Kraft zu fehlen schien, veranlaſste man ihn durch Gewährung groſser Vorteile dazu, seinen Abschied zu nehmen. Darauf setzte man in aller Eile einen Beschluſs durch, daſs in Zukunft der Oberstatthalter, die Obersten der Garde und der Artillerie sowie der Kapitänleutnant der Leibtrabanten direkt vom Rate durch Abstimmung ohne Rücksicht auf Bewerbung, Reihenfolge oder Dienst ernannt werden sollten. Das war ein neuer Eingriff in die Macht des Königs, der darauf berechnet war, den Ständen die Herrschaft über die Hauptstadt zu sichern. Zum Chef der Garde wurde nach Pfeiff der Landesmarschall Fersen erwählt.

Die Verhafteten wurden recht bald zu dem Eingeständnis gezwungen, daſs sie mehr oder weniger von dem Revolutionsversuche gewuſst und sich an ihm beteiligt hatten. Nur Brahe leugnete, von demselben eher Kenntnis gehabt zu haben, als er vom Vorgehen Angels unterrichtet worden wäre, worauf er dann auch alles zur Verhinderung desselben getan habe. Das einzige Verbrechen, das er zugeben wolle, bestehe darin, daſs er nicht sofort Anzeige gemacht habe. Den am schwersten belastenden Umstand, nämlich den Kugelguſs auf Rydboholm, erklärte er in der Weise, er habe einer Bitte des Königs gemäſs scharfe Munition besorgt, damit man sie zur Hand habe, falls ein Angriff auf die Person des Königs vorgenommen werden sollte. An dieser Erklärung hielt Brahe bis zum letzten Augenblicke fest. Die Kommission verwarf dieselbe und verurteilte ihn und sieben andere Angeklagte als Verräter zum Tode. Vergebens riefen die Verurteilten die Stände um Gnade an. Die Stände wollten durch Statuierung eines Exempels allen denen Schrecken einjagen, die

im Interesse des Hofes tätig waren. Zweifelsohne glaubten sie selbst, die Freiheit wäre in einer Weise bedroht, dafs die Gefahr nur durch blutige Mittel beseitigt werden könnte. Am 23. Juli 1756 wurden auf Riddarholmen auf dem freien Platze zwischen der Kirche und den Brücken unter dem Schutze eines ungewöhnlich grofsen Truppenaufgebotes Brahe, Horn, Ståhlsvärd und Puke hingerichtet. Drei Tage später wurden auf demselben Platze die drei Unteroffiziere Christiernin, Escholin und Gabriel Mozelius sowie Ernst Angel enthauptet.

Von den übrigen in den Revolutionsputsch verwickelten Personen wurde Hård in seiner Abwesenheit zum Tode, andere, deren Schuld geringer war, zur Absetzung von ihren Ämtern oder zu Gefängnisstrafen verurteilt. Die Kommission war, nachdem der Hauptzweck erreicht war, bestrebt, die Untersuchung soweit wie möglich zu begrenzen. Schedvin dagegen erhielt als Belohnung den Adel, einen Leutnantsposten und eine Geldsumme zum Ankauf eines Fideikommisses.

Natürlicherweise wandten sich die Verdächtigungen, die von den Geständnissen der Angeklagten unterstützt wurden, auch gegen das Königspaar. Jetzt war die Gelegenheit da, die Königin vollständig zu demütigen. Man hatte zwar keine Beweise dafür, dafs sie den Revolutionsplan Hårds gekannt hatte, aber ihre Teilnahme am Komplott war ziemlich deutlich, und alles wies darauf hin, dafs sie die Seele der Revolutionsbestrebungen war. Gegen den König aber hatte man keine anderen Beweise für seine Teilnahme, als dafs er aus Furcht vor einem Angriff gegen seine Person Brahe gebeten, ihm scharfe Patronen zu verschaffen, und später einem der Schuldigen mit Geld zur Flucht zu verhelfen gesucht hatte. Aber es gab aufserdem noch ältere Sünden, die zu sühnen waren, und der geheime Ausschufs beschlofs, dem König sowohl wie der Königin geeignete Vorstellungen zu machen. Die Aufgabe, diese der Königin zu übermitteln, fiel den Geistlichen zu, nicht als Reichsstand, sondern als Seelsorgern. Sämtliche Mitglieder des Standes unterzeichneten ein Schreiben, das vom Erzbischof und dem Bischof Troilius am 4. August der Königin in Gegenwart des Königs vorgelesen wurde. In demselben wurde der Königin vorgeworfen, sie habe ihre Pflicht gegen Gott, ihren

Gemahl und das schwedische Reich vergessen und sei an dem kürzlich vergossenen Blute der Hingerichteten schuld; der Stand fügte noch den Wunsch hinzu, die Königin möge einsehen lernen, dafs Gottesfurcht die einzige wahre Weisheit sei. Die hochmütige Luise Ulrike mufste sich darein finden, diese scharfe Ermahnung anzuhören und mit einigen verbindlichen Worten ihr Wohlgefallen an den verständigen Vorstellungen des Standes und ihre Abscheu vor allen gegen die Freiheit gerichteten Umtrieben auszusprechen.

An den König wandten sich die Stände selbst. Die grofse geheime Deputation verfafste eine sogenannte Reichsakte, in der alle Übertretungen des Grundgesetzes und des Königsgelübdes, die sich der König seit seiner Thronbesteigung hatte zuschulden kommen lassen, aufgezählt wurden und worin die Stände erklärten, dafs sie demnach berechtigt seien, das Band zwischen Obrigkeit und Untertanen zu lösen. Sie wollten sich jedoch diesmal in der Hoffnung, dafs der König, durch die Gefahr gewitzigt, sich in Zukunft des Reiches Wohlfahrt, seine Gesetze und Regierungsart angelegen sein lassen werde, mit gelinderen Mitteln begnügen. Die Stände wollten auch aus Anhänglichkeit an den König und aus Rücksicht auf die königlichen Kinder mit der Königin nicht so verfahren, wie es göttliches und weltliches Gesetz zuliefsen, sie erwarteten aber, dafs der König in Zukunft darauf sehe, dafs seine Gemahlin ein ihren Pflichten gegen König und Reich mehr entsprechendes Verhalten zeige. „Sollte jedoch Seine Königliche Majestät bei seinem früheren Vorsatze beharren, dann erklärten die Reichsstände durch diese Akte, dafs sie in einem solchen Falle von ihrem Treu- und Huldigungseid frei wären, da auch alles, was jetzt geschehen sei, den Reichsständen als Beweis dienen würde, dafs sie nur notgedrungen zu einem solchen Mittel gegriffen haben, wie sich von dem Könige zu trennen, von dem sie gewünscht, dafs er als ihr Oberhaupt und Beschützer mit ihnen wenn möglich für alle Zeiten vereint wäre.“ Dieses unerhört demütigende Aktenstück wurde dem Könige, der damals gerade fieberkrank zu Bett lag, am 23. August von sämtlichen Vorsitzenden der Stände in Gegenwart des Rates vorgetragen und darauf zur Bewahrung für die Zukunft versiegelt. Da

man jedoch dieses Schreiben nicht veröffentlichen wollte, wurde am folgenden Tage in Gegenwart des Rates und der Deputierten aller Stände eine neue kürzere und maſsvollere Verwarnung vorgetragen, die der König mit der Versicherung seiner Treue gegen die Verfassung und seiner Wohlgeneigtheit gegenüber den Ständen beantwortete. Das war die seitens der Stände geübte offizielle Zurechtweisung wegen der Teilnahme des Königspaares an den Revolutionsplänen und das sichtbare äuſsere Zeichen der vollständigen Unterwerfung des Königs unter den Willen der Stände.

Um ihre Macht für die Zukunft gegen derartige Umsturzversuche zu sichern, stellten die Stände dem Rate Mittel zur Verfügung, um neuen unvorhergesehenen Gefahren zu begegnen, berechtigten denselben zur Einsetzung von Kommissionen, die, ohne sich von den üblichen Formen stören zu lassen, hochverräterische Verbrechen aburteilen sollten, und erteilten ihm eine geheime Instruktion, durch welche der Rat die Vollmacht erhielt, im Falle eines neuen Revolutionsversuches die Regierung mit dem gesamten Recht der Stände zu übernehmen, sich des Königspaares zu versichern und Truppen aufzubieten.

Im Vergleich zum Revolutionsversuche und zu den Strafen, die ihm folgten, sanken die übrigen politischen Prozesse, die sich bei der mächtigen Kommission angehäuft hatten, zu relativer Geringfügigkeit herab. Eine groſse Anzahl Personen wurde jedoch mit Gefängnis auf Lebenszeit oder auf gewisse Jahre, mit Gefängnis bei Wasser und Brot, mit Verbannung, mit Prangerstehen in Halseisen, mit Stäupen, mit dem Verlust des Abgeordnetenrechtes und ähnlichen Strafen belegt, weil sie auf seiten des Hofes sich an den Reichstagsintrigen beteiligt oder politische Flugschriften gegen die Stände verfaſst und verbreitet hatten. Mit besonderer Erbitterung ging die Kommission gegen diejenigen vor, die gleich nach dem Revolutionsversuche die gehässige Parteischrift „Der Zustand des Svea-Reiches“ in Dalekarlien, Värmland und Västergötland zu verbreiten gesucht hatten. Die beiden eigentlichen Verbreiter derselben, ein Leutnant Sahlefeldt und ein schuldenhalber entlaufener Bürger Hellberg, wurden zum Tode verurteilt. Hellberg gab Erik Wrangel als Verfasser an, und die Kommission

benutzte die Gelegenheit, über diesen bitter gehafsten aber entflohenen Feind das Todesurteil zu fällen. Sogar gegen solche, die nur mifsfällige Ansichten geäufsert hatten, wandte sich die Parteiwut, und unter anderen wurde Grönhagen wegen seiner beim Streite um die Zeitschrift „Ein ehrlicher Schwede" verfafsten Denkschrift mit Ausschlufs aus dem Ritterhause bestraft.

Die Hüte hatten ihre Herrschaft von neuem kräftig und rücksichtslos behauptet. Ohne Widerspruch konnten sie an ihrem ökonomischen System und ihren grofsen Verteidigungsplänen weiterbauen. Rücksichtslos wurde wie gewöhnlich der Sieg zu Parteibelohnungen und allen möglichen Vorteilen zugunsten der Anhänger der siegreichen Partei ausgenutzt. Im Reichstagsbeschlusse wurden die wichtigen Erläuterungen des Grundgesetzes oder die Zusätze zur Verfassung, welche die Stände zur Vervollkommnung ihrer Macht für nötig hielten, bestätigt. Im ganzen schwedischen Reiche sollten am 3. Dezember aufserordentliche Bitt- und Dankgottesdienste für die Erhaltung der Freiheit abgehalten und zur Erinnerung an die Vereitelung des Revolutionsversuches für alle Zukunft jedes Jahr am Johannistage solche Dankfeste gefeiert werden. Die offiziellen Freudenkundgebungen konnten es jedoch nicht verhindern, dafs sich bereits in den eigenen Reihen der Sieger tadelnde und warnende Stimmen vernehmen liefsen, oder dafs die alte Gefahr für die Ständeherrschaft, die in der gegenseitigen Konkurrenz und den verschiedenartigen Interessen der einzelnen Stände lag, von neuem hervortrat und den Reichstagsschlufs beschleunigte. Am 21. Oktober wurde der Reichstag feierlich geschlossen. Die Stände setzten ihr nächstes Zusammentreten auf den Herbst 1760 fest.

Dem äufseren Anscheine nach stand die Ständeherrschaft jetzt auf sichererer Grundlage denn je. Die Königsmacht war auf das niedrigste Niveau herabgesunken, das sie seit den Tagen der Kalmarischen Union eingenommen hatte. Sie war zu einer reinen Form im Staatsleben, einer offiziellen, erblichen Vertretung der Hoheit und der Majestät des Staates oder zu einer Sanktionierungsmaschine der Beschlüsse des Rates und der Stände herabgesunken. Auch in der Theorie war diese Rolle des Königtums von den siegreichen Ständen in einer Weise festgelegt worden, die jede gegen-

teilige Anschauung zu vernichten und der politischen Denkarbeit des schwedischen Volkes für alle Zukunft ebenso enge Fesseln anzulegen schien, wie die es waren, welche seine materielle Tätigkeit hemmten. Die Hofpartei war gedemütigt und vernichtet. Der gröfste Teil dieser Partei hatte mit dem Revolutionsplane nicht das geringste zu tun gehabt, aber die Entdeckung desselben und die darauffolgenden Bestrafungen trafen in gewisser Hinsicht auch die unbeteiligten Kreise, brachten ihre Stimmen zum Schweigen oder machten sie bei der allgemeinen Abscheu vor dem Verbrechen des Hofes und dem Jubel über die Rettung der Freiheit unschlüssig und verzagt. In keiner Beziehung zeigt sich der Revolutionsversuch übereilter und unheilvoller als darin, dafs er die aufkeimende konstitutionelle Staatsanschauung auf unbestimmte Zeit erstickte und die Reihen derer, die mit einer mäfsigen Stärkung der königlichen Macht eine gröfsere Harmonie im schwedischen Staatsleben zu gewinnen erhofften, sprengte. Aber gerade in diesen konstitutionellen Elementen besafs die Hofpartei einen Kern unvertilgbarer Kraft. Zum Glück für Schweden stand die besiegte Partei auf einer tieferen und sichereren Grundlage als den ehrgeizigen Hoffnungen Luise Ulrikes und ihren rastlosen Träumen von Genugtuung und Rache. Sie konnte in Wirklichkeit erst im Verein mit der Verfassung untergehen, deren prinzipielle Opposition sie war.

Achtes Kapitel.

Die innere Entwicklung in der Blütezeit der Parteien.

Der Umstand, daſs sich die Hutpartei im Jahre 1739 zur Macht aufschwang, hatte nicht nur eine Umwälzung in der auswärtigen Politik Schwedens zur Folge, sondern war auch für die innere ökonomische Entwicklung dieses Landes epochemachend. Die frühere Freiheitszeit hatte für den materiellen Fortschritt des Reiches einen guten Grund gelegt. Die Tätigkeit der siegreichen Partei bestand nicht in der Einführung neuer Prinzipe für die Gewerbegesetzgebung und die Handelspolitik, sondern in einer konsequenteren und rücksichtsloseren Durchführung der Ideen des Merkantilismus, als sie sich die Staatsmänner der vorhergegangenen Zeit erlaubt hatten. Die Zeit der Hutpartei bildete in der ökonomischen Geschichte Schwedens den Höhepunkt in der Durchführung dieser merkantilistischen Ideen. Auf dem Reichstage des Jahres 1756, auf dem die Machtstellung dieser Partei ihre Höhe erreicht hatte, erhielt auch ihr ökonomisches System seine Vollendung.

Unter allen Erwerbszweigen war es in erster Reihe die Industrie und die auf ihre Hebung berechnete Gesetzgebung, denen die Hüte ihr Interesse und ihre Tätigkeit zuwandten. In dieser Hinsicht wurde auf dem Reichstage des Jahres 1739 eine ganze Reihe wichtiger Beschlüsse gefaſst. Speziell zur Förderung und Kontrolle der Industrie wurde ein Manufakturkontor errichtet, das sich aus Bevollmächtigten eines jeden Standes zusammensetzte. Aufgabe dieses Kontors war es, aus dem Auslande geschickte Arbeiter heranzuholen, auf den besten auswärtigen Märkten Roh-

produkte anzukaufen, den Industriellen mit Ratschlägen und Aufklärungen beizustehen, die Befolgung der Gesetze zu überwachen und die Manufakturkasse zu verwalten. Die an diese Kasse zu zahlenden Abgaben wurden erhöht, und diese Einkünfte sollte das Kontor dazu verwenden, um die von den Ständen bewilligten Vorschüsse und Prämien auszuzahlen, den Gründern neuer Fabriken Darlehen zu gewähren und der Bank die Zinsen jener Anleihen zu entrichten, welche die Manufakturisten gegen Verpfändung von Rohprodukten oder fertigen Fabrikaten bei ihr aufzunehmen berechtigt waren. Alle Industriellen erhielten neue Privilegien, die ihnen freie Bauplätze, Befreiung von Kontributionen, Zollfreiheit für importierte Rohmaterialien und Maschinen usw. zusicherten. Besondere Gerichtshöfe, sogenannte Hallengerichte, wurden errichtet, die mit summarischem Verfahren Schuldforderungsprozesse und Streitigkeiten zwischen Fabrikanten, Meistern und Arbeitern abzuurteilen, die Qualität der Fabrikate zu prüfen, über Preise und Arbeitslöhne zu wachen und dem Handelskollegium jährlich Bericht über die Lage des Fabrikwesens an dem betreffenden Orte zu erstatten hatten. Aufserdem lag es den Hallengerichten ob, die Waren, die bei der Bank beliehen wurden, zu taxieren und aufzubewahren sowie auch die nichteingelösten Pfänder öffentlich zu versteigern.

Von noch gröfserer Bedeutung als diese direkten Mafsnahmen zur Förderung und Pflege der Industrie war vielleicht die gleichzeitig durchgeführte Abänderung der Reichszollgesetzgebung. Diese Abänderung bezeichnete die Einführung eines äufserst strengen Prohibitivsystems. Nicht blofs Luxusartikel, sondern auch eine Menge anderer Waren, die im Lande selbst angefertigt wurden oder vielleicht einmal angefertigt werden konnten, wurden mit dem Einfuhrverbot oder mit sehr hohen Zollsätzen belegt. Als Ergänzung dieser Zollgesetzgebung wurde eine neue Schleichhandelverordnung erlassen, die mit unerhört strengen Strafen jede unerlaubte Einfuhr, welche diese Zollgesetzgebung im Gefolge haben mufste, zu verhindern suchte.

Die durchgreifenden Beschlüsse vom Jahre 1739 wurden in der Folgezeit mit Eifer aufrechterhalten und durch neue Mafsnahmen zugunsten der Industrie vervollständigt. Auf jedem Reichs-

tage beinahe kamen neue Einfuhrverbote oder neue erhöhte Zollsätze, neue Privilegien für die Fabrikanten, neue Geldzuwendungen an die Manufakturkasse und neue Bestimmungen hinsichtlich der Fabrikationsweise hinzu. Die Folge davon war, daſs sich auf industriellem Gebiete eine äuſserst lebhafte Unternehmungslust entwickelte. Ziemlich bald zeigte es sich aber auch, daſs die mit solcher Freigebigkeit gewährten Darlehen nie zurückbezahlt wurden. Massen von Waren wurden, ohne wieder eingelöst zu werden, in den Hallen verpfändet und muſsten daher unter dem Preise versteigert werden, was für die Bank als Gläubigerin Verluste und für die übrigen Fabrikanten eine Erschwerung der Geschäftslage zur Folge hatte. Auſserdem begannen die Fabrikanten nach gegenseitigem Schutze zu rufen. Bereits 1747 sahen sich die Stände veranlaſst, das allgemeine Verpfändungsrecht einzuschränken, und 1752 wurden die Bankdarlehen auf Rohprodukte und Erzeugnisse der Fabriken vollständig eingestellt. Die Stände äuſserten ferner den Wunsch, man solle zur Anlage neuer Fabriken keine weiteren Anleihen gewähren. Statt dessen ging man zu einer anderen Unterstützungsform, dem Prämiensystem, über. Schon 1741 waren Fabrikationsprämien und 1747 Exportprämien, wenn auch in geringerem Umfange, eingeführt worden. 1752 wurden die Fabrikationsprämien infolge neuer Beschlüsse bis auf 10 Prozent des Warenwertes erhöht, und auf dem Reichstage 1756 erreichte das Prämiensystem seinen Höhepunkt. Die Fabrikationsprämien wurden auf alle möglichen Waren ausgedehnt, die Ausfuhrprämien in gewissen Fällen bis zu 25 Prozent des Warenwertes erhöht und zur Erleichterung des Warenabsatzes innerhalb des Reiches Transportprämien eingeführt. Auſserdem gab es Prämien für den Anbau von Maulbeerbäumen, Kletten und Farbengräsern, für die Erzeugung schwedischer Wolle und für alle möglichen Gespinste, Erfinderprämien zur Belohnung von Erfindungen und Verbesserungen auf industriellem Gebiete und Lehrprämien für die Ausbildung tüchtiger Arbeiter und Meister. Diese Form der Unterstützung war zwar eine bessere als die vielen Darlehen und die mit diesen vereinten Verpfändungen der vierziger Jahre, aber auch sie erzeugte ein künstliches Fabrikwesen, dessen Bestand von der reichlichen Staatshilfe abhing.

Besonders hervorgehoben zu werden verdienen die zur Förderung der Textilindustrie getroffenen Maßnahmen. Diese Industrie bildete den meist begünstigten Erwerbszweig jener Zeit. Abgesehen davon, daß der Zollschutz, die Darlehen und Prämien dieser Fabrikation hauptsächlich zugute kamen, suchten die Stände durch besondere Maßnahmen den Manufakturisten in ihrer immerwährenden Notlage zu helfen. Der schwedische Staat mußte natürlich sein Tuch für den Armeegebrauch von der einheimischen Fabrikation beziehen, und jedes Regiment wurde an einen bestimmten Fabrikanten verwiesen. Als die Kaufleute sich über die Unzulänglichkeit, den teuern Preis und die schlechte Qualität der einheimischen Fabrikate beschwerten, erklärte man dies für unpatriotische Widerspenstigkeit, und im Jahre 1747 wurden sie von den Ständen gezwungen, mit den Fabrikanten Hand in Hand zu gehen, indem man die Zahl der Krämer für jede Stadt festsetzte und jeden einzelnen verpflichtete, ein gewisses Quantum einheimischer Textilwaren zu kaufen und zu verkaufen. Da sich die im Aufblühen begriffene Hausindustrie als eine gefährliche Konkurrentin der Tuchfabrikation erwies, ging das Handelskollegium in seinem Eifer so weit, den Verkauf hausgewobener Stoffe oder die Annahme von Wolle und Garn zur Verarbeitung gegen Lohn zu verbieten. Dieses Attentat auf die alte Hausindustrie erweckte jedoch eine so starke Opposition, daß das Verbot nach einigen Monaten aufgehoben werden mußte. Zur Verbreitung der Spinnkunst wurden auf Veranlassung des Manufakturkontors Spinnschulen errichtet. Außer Geldprämien für feinere Leinwandgespinste wurden Medaillen, silberne Löffel u. dgl. als Belohnungen für Fleiß und Geschicklichkeit verteilt.

Das Ergebnis von all der Fürsorge, welche die Stände einige Jahrzehnte lang der Industrie angedeihen ließen, war keineswegs unbedeutend. Massen von Fabriken waren im Lande erstanden. Ende der fünfziger Jahre, bevor die Unglücksschläge über die Hutpartei und ihr Werk hereinbrachen, betrug der Fabrikationswert sämtlicher Fabriken, fürs Jahr 1759 berechnet, nahezu 6 600 000 Taler Silber. Die Arbeiteranzahl belief sich im selben Jahre auf 18 231. In erster Reihe stand natürlich die Weberei mit nahezu zwei Dritteln des gesamten Fabrikationswertes und

einem noch höheren Prozentsatze der gesamten Arbeiterzahl. Diesem Industriezweige am nächsten standen die Tabaks-, die Leder- und die Zuckerindustrie. Die Stahl- und Metallfabrikation war dagegen wenig entwickelt.

Berücksichtigt man die kurze Zeit, in der diese Industrie emporgeblüht war, die geringe Einwohnerzahl des Landes und den Umstand, daſs der Dampf als Triebkraft noch nicht bekannt war, so muſs man das Resultat sogar als ein recht glänzendes bezeichnen. Aber die Industrie war eine Treibhauspflanze, die unter der liebevollen Fürsorge des Staates und von ihm reichlich unterstützt emporgewachsen und nach künstlichen Regeln geformt war. Besonders war die in die Höhe getriebene Seidenfabrikation im Verhältnis zum Bedarf des Landes unnatürlich groſs und offenbar für einen ausländischen Markt berechnet, wo diese Erzeugnisse nur mit kräftiger staatlicher Hilfe in Form von Prämien die Konkurrenz mit den Fabrikaten des Auslandes selbst aufnehmen konnten.

Trotz der ausgeprägten Vorliebe jener Zeit für das Fabrikationswesen war die Rohwarenproduktion für die Ökonomie des Reiches von weit gröſserer Bedeutung, und die Handelsbilanz wurde in erster Reihe vom Eisenexport und dem Getreideimport bestimmt. Ebenso wie früher blieb das Eisen der Hauptausfuhrartikel des Landes, und die Stände wandten deshalb der Eisengewinnung groſse Fürsorge zu. Um die schwedischen Hüttenbesitzer in den Stand zu setzen, ihr Eisen so lange zurückzuhalten, bis die Verkaufskonjunkturen im Auslande günstig waren, erhielten sie das Recht, ihr Eisen bei der Bank bis zu sieben Achteln seines Wertes zu niedrigen Zinsen zu beleihen. 1747 wurde ein besonderes Eisenindustriekontor unter eigener Kontrolle der Hüttenbesitzer gebildet, um die Eisenpreise hochzuhalten und im übrigen diese Industrie durch Einführung besserer Methoden, durch Anstellung tüchtiger Beamten usw. zu fördern.

Der Landwirtschaft dagegen wandte man nicht das gleiche Interesse zu, obwohl sich ihre Bedeutung infolge der groſsen Getreideeinfuhr immer deutlicher bemerkbar machte. Allgemein erkannte man die Notwendigkeit an, diesen äuſserst drückenden Posten auf der Importseite der Handelsbilanz zu verringern. Meh-

rere ökonomische Verordnungen aus dieser Zeit lassen auch ein dahingehendes Streben erkennen, der ackerbautreibenden Bevölkerung Erleichterungen zu schaffen und ihren Wünschen entgegenzukommen. 1747 wurde eine ausgedehntere Güterzerstückelung zugestanden und in der Gesindeordnung eine Veränderung durchgeführt, durch die es dem Bauern gestattet wurde, seine erwachsenen Kinder bei sich zu Hause zu behalten. 1757 erschien die wichtige Verordnung, die Flurregulierung (storskifte) betreffend, nach welcher jedes Dorfmitglied fordern konnte, dafs die zahlreichen zerstreut liegenden Äcker, in die der Grund und Boden der Dorfschaft zerfiel, auf Gemeindekosten zu gröfseren, zusammenhängenden Besitzungen vereinigt wurden. In der hiermit zur Einführung gelangten Besitzregelung, für die der Generaldirektor Jakob Faggot in hervorragender Weise tätig war, lag ein kräftiger Antrieb zu einer günstigen Entwicklung der Landwirtschaft, und die Verordnung von 1757 ist daher epochemachend in der Geschichte des schwedischen Ackerbaues. Aber die Durchführung dieser Reform beanspruchte lange Zeit, und auf Jahrzehnte hinaus waren keine Wirkungen von derselben zu erwarten. Mit Vorliebe ergriffen die Hüte andere Mittel zur Hebung der Landwirtschaft, welche mit den merkantilistischen Ideen mehr im Einklang standen, wie z. B. Zollschutz und Darlehen. Hohe Einfuhrzölle auf ausländisches Getreide sollten die einheimische Produktion anregen und schützen. Das 1756 erweiterte Recht, bei der Bank gegen Hypotheken auf Grundbesitz und zu billigen Zinsen Anleihen aufzunehmen, hatte den Zweck, der Landwirtschaft gröfseres Kapital zuzuführen. Die Beleihung von Grundbesitz nahm auch rasch zu, veranlafste aber einen lebhaften Handel mit Gütern.

Die Geschicke der Landwirtschaft wurden durch die Mafsnahmen, welche die Stände im Interesse der Staatswirtschaft und der Sittlichkeit hinsichtlich der Branntweinbrennerei trafen, sehr in Mitleidenschaft gezogen. Seit Anfang der dreifsiger Jahre hatte sich die Gesetzgebung mit der schwierigen Frage einer zweckmäfsigen Ordnung und Besteuerung der Branntweinbrennerei und des Branntweinverkaufs beschäftigt. Der allmächtige Reichstag besann sich keinen Augenblick, sich an diese Aufgabe heranzu-

machen, aber betreffs der Behandlung der Branntweinfrage herrschte noch so wenig Einigkeit, dafs die Stände beinahe auf jedem Reichstage zwischen den verschiedensten Beschlüssen hin und her schwankten. Die Bauern hielten an der Freiheit der Branntweinbrennerei für den Hausbedarf fest und setzten allen Beschränkungen derselben zähen Widerstand entgegen. Die Frage war von grofser Bedeutung nicht blofs deshalb, weil das Brennen für den Hausbedarf am einheimischen Getreidevorrat zehrte und eine wesentliche Steigerung der Einfuhr veranlafste, sondern auch, weil das Branntweintrinken immer weiter um sich griff und zu einer täglichen Gewohnheit des schwedischen Volkes zu werden drohte.

Die Viehzucht spielte zu dieser Zeit keine gröfsere Rolle. Nur mit der Schafzucht befafste man sich eifrig, um die Einfuhr von Wolle zu vermindern. Abgesehen davon, dafs dieser Einfuhrgegenstand sehr schwer ins Gewicht fiel, war er auch aufserdem nicht leicht zu beschaffen, denn viele Länder hatten die Ausfuhr von Wolle verboten oder mit einem hohen Ausfuhrzoll belegt. Bereits vor 1738 hatten deshalb die Stände den Import ausländischer Schafe und die Unterweisung in rationeller Schafzucht gefördert. 1739 beschlofs man, in den verschiedenen Provinzen besondere Schäfer anzustellen, denen es oblag, das Volk in der Schafzucht zu unterweisen. Für die Zucht feinerer Schafe wurden 1741 Prämien eingeführt, die später durch Prämien für schwedische Wolle, welche von den Bauern an die einheimischen Fabrikanten verkauft wurde, ersetzt wurden.

Ein Erwerbszweig, der seit Mitte dieses Jahrhunderts Bedeutung erhielt, war die Fischerei. Ende der vierziger Jahre kam nach langer Pause der Hering wieder nach der bohuslänischen Küste, und die Heringsfischerei nahm daselbst grofsen Aufschwung. Die Stände nahmen dies Gewerbe sofort unter ihren Schutz und förderten es durch besondere Fischereiprämien.

Die Handels- und Schiffahrtsinteressen standen zu dieser Zeit oft in scharfem Gegensatz zu denen der Industrie, und die zugunsten letzterer erlassenen Gesetze, die zahlreichen Einfuhrverbote und die hohen Zollsätze übten natürlich einen hemmenden Einfluſs auf den Austausch mit anderen Ländern aus. Anderseits aber sah man auch in dem auswärtigen Handel und der auswär-

tigen Schiffahrt eine der Hauptquellen des Reichtums, und die Hüte waren, solange sich dies mit ihren ausgeprägten Schutzideen im übrigen vereinbaren liefs, unverdrossen für ihre Hebung tätig.

Die schwedische Schiffahrt, die durch das Produktenplakat und durch vollständige und halbe Zollfreiheit begünstigt wurde, machte auch unaufhörlich Fortschritte. 1762 umfafste die schwedische Handelsflotte 572 Schiffe, von denen 310 eine Tragfähigkeit von je über 50 Lasten hatten. Die Anzahl der Seeleute betrug über 4000. Das Reich hatte seinen auswärtigen Handel zum wesentlichen Teil in eigene Hand genommen, und an Frachtfahrten nach fremden Ländern verdiente es jährlich ungefähr 150000 Speziestaler. Eine 1739 errichtete Seeversicherungsgesellschaft kam stets ihren Verpflichtungen nach und übte eine segensreiche Wirkung aus. Förderung erhielt der auswärtige Handel auch durch die Handelsverträge mit Frankreich (1741) und mit Beiden Sizilien (1742).

Das gröfste Handelsunternehmen jener Zeit war die 1731 ins Leben gerufene Ostindische Kompagnie, die nun unter dem Schutz der Hüte ihre höchste Glanzperiode erlebte. Gegen die Einfuhr ostindischer Waren wurde zwar seitens der schwedischen Manufakturisten eine äufserst heftige Opposition erhoben, trotzdem aber gelang es der Kompagnie, ihr Privilegium zu behalten und 1746 seine Erneuerung für weitere zwanzig Jahre durchzusetzen. Die Abgaben, welche die Kompagnie für jedes heimkehrende Schiff an den Staat zu entrichten hatte, wurden jedoch bei der Erneuerung des Privilegiums bedeutend erhöht. Der ostindische Handel warf seinen Teilhabern sehr hohe Gewinne ab, gewöhnlich 30 bis 40 Prozent des angelegten Kapitals, manchmal mehr bis zu 100 Prozent und darüber für jedes einzelne Schiff, das nach Gotenburg zurückkehrte. 1753 wurde die Kompagnie in eine geschlossene Gesellschaft umgewandelt, indem ein für allemal ein hinreichender Fonds eingezahlt wurde und danach die Aktionäre allein an dem Handel Anteil hatten. Die Kompagnie war verpflichtet, von dem importierten Gute so viel wie möglich wieder auszuführen. Diese Wiederausfuhr war sehr bedeutend und umfafste den gröfsten Teil der eingeführten Waren. In den Tagen der zweiten Kom-

pagnie betrug der jährliche Wert der Wiederausfuhr in runder Zahl ungefähr 4 Millionen Taler Silber, während der Wert der in Schweden verzollten Waren sich in den Jahren 1756 bis 1759 im Durchschnitt auf die unbedeutende Summe von 170 000 Talern Silber belief. Der von der Kompagnie getriebene Zwischenhandel brachte, wie man glaubte, dem Reiche einen jährlichen Gewinn von drei Tonnen Gold. Die Kompagnie war auch verpflichtet, schwedische Waren zu exportieren. Die Ausfuhr bestand hauptsächlich in Eisen, war jedoch ziemlich unbedeutend. Die reiche Kompagnie besafs mächtige Fürsprecher bei den Reichstagen. Bisweilen machte sie der Staatskasse kleine Geschenke, um hierdurch die immerwährenden Angriffe auf ihre Privilegien abzuschwächen oder um neue Vorteile zu erlangen. So gelang es ihr 1751 durch übertriebene Klagen über die europäische Konkurrenz, sich Befreiung von allen Staatsabgaben zu erwirken. Diese Befreiung behielt die Kompagnie während der ganzen Dauer des zuletzt bewilligten Privilegiums.

Einen weit geringeren Erfolg hatte die 1738 privilegierte Levantische Kompagnie. Diese Handelsgesellschaft, die ihren Hauptsitz in Stockholm hatte, war darauf berechnet, für die Hauptstadt das zu sein, was die Ostindische Kompagnie für Gotenburg war. Ihr Privilegium umfafste das ausschliefsliche Handelsrecht mit der Levante oder den Häfen des Mittelmeeres von der Küste von Morea und darüber hinaus. Die Einfuhr bestand in Rosinen, Feigen, Korinthen, Baumwolle, Kaffee usw., die Ausfuhr im wesentlichen in Eisen und Stahl, Brettern und Pelzwaren. Die Kompagnie brachte es nie zu gröfserer Blüte. 1748 wurde ihr Privilegium zwar auf weitere 10 Jahre erneuert, aber da das Geschäft schlecht ging, sandte die Kompagnie schliefslich keine Schiffe mehr nach den Häfen der Levante. Ihr Privilegium stand jedoch anderen Handelsunternehmungen mit der Levante hindernd im Wege; aus diesem Grunde lösten die Stände dasselbe für die noch übrigen zwei Jahre gegen eine geringe Geldsumme wieder ein. Hierauf wurde der Handel mit der Levante freigegeben.

Noch unglücklicher gestaltete sich der Versuch, eine Westindische Kompagnie zu gründen. 1745 erhielt das Handelshaus Abr. und Jakob Arfvedson & Co. auf Verlangen das Privilegium

zu einer solchen, da aber der spanische Gesandte in Stockholm scharfen Protest gegen das Unternehmen einlegte, verzichtete die Firma auf das Privilegium. Eine Kompagnie, die 1746 das Privilegium für den Handel mit Madeira und den Kanarischen Inseln erhielt, war ebenfalls ohne Bedeutung. In den fünfziger Jahren begann der Glaube an den Nutzen der Handelsgesellschaften zu schwanken, und neue Gesellschaften wurden nicht gegründet.

Die offizielle Handelsbilanz, die trotz aller Zweifel, die man gegen ihre Zuverlässigkeit vorbrachte, immer noch als der sichere Wertmesser für den ökonomischen Austausch zwischen dem Reiche und anderen Ländern angesehen wurde, wies zweifellos auf eine kräftige Entwicklung hin. In den Jahren 1756 bis 1759 betrug der Wert der Ausfuhr ungefähr 15 770 000 Taler Silber, der der Einfuhr ungefähr 12 737 000 Taler. Das war beinahe das Dreifache im Vergleich mit den Verhältnissen in den zwanziger Jahren, wo die erste Handelsbilanz berechnet wurde, doch mufs man hierbei bemerken, dafs sich dieser Unterschied durch das Fallen des Banknotenwertes etwas reduziert. Vor allem konnte man jetzt einen jährlichen Überschufs von drei Millionen Talern Silber aufweisen. Zwar beruhte dies auf der in diesen Jahren durch das Branntweinverbot und andere Mafsnahmen verminderten Getreideeinfuhr; aufserdem waren die Berechnungen ziemlich unsicher, was sich am besten daraus ergibt, dafs der unerlaubte Import mittels Schleichhandels mit 5 bis 600 000 Talern aufgenommen war. Man hatte indessen das langersehnte Ziel, eine vorteilhafte Handelsbilanz oder einen Nationalgewinn beim Warenaustausch mit anderen Nationen zu schaffen, erreicht. In gewisser Hinsicht war dies der gröfste Triumph der Hutpartei.

* * *

Eine unumgängliche Voraussetzung für die ökonomische Politik der Hüte war ihre Münz- und Kreditgesetzgebung. In dieser Beziehung war, als die Partei ans Ruder kam, der Bruch mit der früheren Zeit ein stärkerer als hinsichtlich des Handels und der Industrie. Seit 1739 wurde die Bank mit grofser Liberalität für Anleihen einzelner Gewerbetreibender mit der deutlichen Absicht geöffnet, die Bank zu einer billigen einheimischen Kapitalquelle für

die Gewerbe des Landes umzugestalten. Auf jedem Reichstage beinahe wurden die Formalitäten zur Aufnahme einer Anleihe erleichtert, die Sicherheitsforderungen gemildert, die Zinsen herabgesetzt oder die Amortisationspflicht ermäfsigt. Dies hatte auch zur Folge, dafs die Bank als Gelddarleiherin gegen Hypotheken auf Grundbesitz, Eisen und andere Rohmaterialien, Fabrikate und sonstige Pfandgegenstände immer mehr in Anspruch genommen und ihre Mittel immer mehr im Dienste des Privatgewerbes engagiert wurden. Die Hüte besannen sich auch keinen Augenblick, dem Staate, falls es nötig war, von der Bank Anleihen vorschiefsen zu lassen.

Dieses grofsartige Darlehnsystem war nur durch eine umfangreiche Emission von Banknoten möglich, die viel gröfser war, als es das Betriebskapital des Landes nötig machte. Gleichzeitig beging man den Fehler, den Vorrat der Bank an Edelmetallen und Kupferplatten zu vermindern. Die allzu grofse Notenemission, zu der noch der Zweifel hinzukam, ob die Bank imstande sei, die Noten einzulösen, hatte zur Folge, dafs der Wert des Papiergeldes im Verhältnis zum baren Gelde zu sinken begann. Am deutlichsten zeigte sich das Sinken des Banknotenwertes beim Ankauf ausländischer Wechsel, indem ausländische Geldsorten, vor allem der Hamburger Reichstaler Banko, beim Fallen des Papiergeldwertes zu höherem Preis in schwedischem Papiergeld notiert wurde als früher. Dies nannte man das „Steigen des Kurses". Schon 1743 galt ein Reichstaler Hamburger Banko, der nach Notenwert und Gesetzen gleich einem schwedischen Speziestaler oder bei Parikurs gleich 36 Mark in Papiergeld war, 40 Mark und 1745 sogar 46¾ Mark. Je mehr die Banknoten im Preise fielen, desto stärker strömten sie zur Bank zurück, hier aber war der Realisationsfonds nahezu erschöpft. Vergebens suchte die Regierung durch Machtgebote einem weiteren Sinken des Papiergeldes und damit einem Zurückfliefsen desselben zur Bank Einhalt zu tun. Schliefslich fanden die Bankbevollmächtigten keinen anderen Ausweg, als bis auf weiteres um eine Aufhebung der Verpflichtung, die Banknoten einzulösen, nachzusuchen. Die metallische Valuta, über welche die Bank verfügte, belief sich zu der Zeit auf ein Neuntel der in Umlauf befindlichen Notenmenge

nebst anderen bei Sicht zahlbaren Schulden. Die Forderungen der Bank waren zwar bedeutend höher als ihre Schulden, aber diese Forderungen standen zum grofsen Teil beim Staate, dem Ständekontor oder dem Manufakturkontor, und konnten unmöglich in Eile realisiert werden. Unter solchen Umständen blieb dem Rate kaum etwas anderes übrig, als das Ansuchen der Bankbevollmächtigten zu bewilligen, und am 23. Oktober 1745 wurde die wichtige Bekanntmachung erlassen, nach der die Bank bis auf weiteres von der Verpflichtung, ihre Noten einzulösen, befreit wurde. Gleichzeitig erhielt sie die Erlaubnis, auf kleinere Beträge lautende Banknoten, die nur gegen Scheidemünze einzulösen waren, auszugeben. Diese Noten sollten von jedem unweigerlich als gesetzliches Zahlungsmittel angenommen werden.

Im Jahre 1745 galt die Stellung der Bank keineswegs als beunruhigend, und man dachte daran, sie, sobald es angängig wäre, wieder zur Einlösung der Banknoten zu öffnen. Da aufserdem bei der Steuererhebung die staatlichen Kassen das Papiergeld zum Nennwerte annahmen, führte der Beschlufs, die Bank von der Einlösung der Noten einstweilen zu befreien, nicht unmittelbar einen weiteren Preisrückgang herbei. Aber die Grundlage für den wirklichen Kredit des Papiergeldes war doch erschüttert, sein Wert war mehr als früher von den wechselnden Handelskonjunkturen abhängig, und jede weitere gröfsere Vermehrung der Notenmenge mufste die Realisation beiseite schieben und den Preis des Papiergeldes noch weiter herabdrücken. Den sanguinischen und leichtsinnigen Hüten leuchtete dies keineswegs ein. Jetzt erst begann man so richtig von dem Rechte der Bank, Papiergeld auszugeben, Gebrauch zu machen, um auf diese Weise Mittel zur Förderung der Gewerbe und zur Deckung der wachsenden staatlichen Ausgaben zu erhalten. Das Sinken des Banknotenwertes machte indes alle sicheren Berechnungen im Geschäftsleben zu einer Unmöglichkeit und drückte mit jedem Tage die Einkünfte aus Gehältern oder ausgeliehenem Kapital in ihrem Werte immer mehr herab. Dagegen mufste Abhilfe geschaffen werden. Für die Hüte lag der Grund für das Steigen des Wechselkurses ausschliefslich in der Unterbilanz, die das Reich bei seinem Handel mit dem Auslande hatte, und nach ihrer

Ansicht handelte es sich nur darum, diese Unterbilanz zu verringern. Da dies jedoch nur nach und nach hätte geschehen können, wählten sie den Ausweg, durch künstliche Mittel den Preis der ausländischen Wechsel herabzusetzen in der Hoffnung, dafs infolgedessen auch das inländische Papiergeld im Werte steigen würde. 1747 schlossen die Vertreter des geheimen Ausschusses im tiefsten Geheimnis einen Vertrag mit dem sogenannten ersten Wechselgeschäft, das aus einigen der vornehmsten Kaufleute des Reiches, Plomgren, Kierman u. a. bestand. Diese verpflichteten sich gegen bedeutende Vorteile, in den folgenden Jahren Wechsel aufs Ausland zu 42 Mark zu verkaufen und den Kurs nach und nach auf 40 Mark und darunter herabzudrücken.

Die Einsichtigeren erkannten natürlich, dafs eine derartige Mafsnahme nur ein Palliativmittel sein konnte, um einer augenblicklichen Wechselnot zu begegnen. Den Geschäftsteilhabern gelang es jedoch, ihren Verpflichtungen nachzukommen. In den folgenden Jahren ging der Kurs nach und nach herunter, bisweilen sogar bis auf pari und zwar trotz der ständigen Zunahme der Notenmenge. Dieser günstige Umstand war eine Folge glücklicher auswärtiger Handelsverhältnisse und der besonders lebhaften Geschäftstätigkeit, welche die wirtschaftliche Gesetzgebung der Hüte erzeugt hatte und die ein viel gröfseres Betriebskapital als früher beanspruchte. Dies Verdienst wurde indessen dem Wechselgeschäft zugeschrieben, und der Reichstag des Jahres 1752 überhäufte die unbekannten Geschäftsinhaber mit Lobeserhebungen und erklärte weitere Mafsnahmen zur Hebung des Wechselkurses für unumgänglich nötig. Die Regierung erneuerte auch den Vertrag mit derselben Gesellschaft. Um die Mitte der fünfziger Jahre schien also auch die Bankgesetzgebung der Hüte ein gutes Resultat erzielt und den Zweck, eine einheimische Geldquelle zu schaffen, die dem Geschäftsleben und dem Staate in beinahe unbegrenztem Umfang zur Verfügung stand, verwirklicht zu haben.

Der Reichstag 1755—1756, der in vielen anderen Beziehungen die Prinzipe der Hüte bis zu ihrer äufsersten Konsequenz verfolgte, zauderte auch keinen Augenblick, hinsichtlich der Bankgesetzgebung noch weiter als früher zu gehen. Die Zinsen der bei der Bank gemachten Anleihen wurden noch weiter, im all-

gemeinen auf vier Prozent und für Gold, Silber, Kupfer, Messing und die eigenen Obligationen der Bank auf drei Prozent herabgesetzt. Die Verpflichtung, die Darlehen auf Grundstücke zu amortisieren, wurde auf die Hälfte des Anleihebetrages beschränkt, und die jährliche Abzahlung auf ein Unbedeutendes herabgemindert. „Es war leicht vorauszusehen, daſs es hiernach für die Darlehen der Bank kaum eine andere Grenze gab, als die Fähigkeit, Noten anzufertigen und das Vorhandensein von verpfändbaren Grundstücken oder Waren, keine andere Regel als das Urteil und das Gewissen der Bankbevollmächtigten.“ Die Darlehen an Private, die in den Jahren 1751 bis 1755 im Durchschnitt 16 Millionen Taler Kupfer jährlich betragen hatten, stiegen auch in den Jahren 1756 bis 1760 auf beinahe den doppelten Betrag. Hierzu kamen noch Darlehen an den Manufakturfonds und den Schloſsbau, Geschenke für alle möglichen Einrichtungen und Privatpersonen, Gehälter für 14 neue Bankvertreter in der Provinz usw. Zu gleicher Zeit, wo der Reichstag so durch seine Kreditgesetzgebung eine neue unerhörte Notenemission zur Notwendigkeit machte, wurde der letzte Rest des bei der Bank stehenden Silberkapitals gekündigt, und das Privatkapital, das sich einen Weg zur Bank suchte, wurde durch Herabsetzung der von der Bank gezahlten Zinsen auf zwei Prozent geradezu verscheucht. Jeder Gedanke an eine Realisation schien gleichsam aufgegeben zu sein. Die Bankgesetzgebung der Hüte hatte hiermit ihre äuſserste Grenze erreicht.

Dies System war jedoch schon damals an seine Mängel erinnert worden. Vom Dezember 1755 ab begann der Wechselkurs infolge ungünstiger äuſserer Verhältnisse wieder zu steigen. Trotz des aufsteigenden Zweifels betreffs des Nutzens der Wechselgeschäfte wuſste der geheime Ausschuſs keinen besseren Ausweg, als im Oktober 1756, bevor er auseinanderging, mit den früheren Inhabern des Wechselgeschäfts einen neuen Vertrag abzuschlieſsen, der für den Staat noch drückendere Bedingungen enthielt als der frühere. Schon die nächste Zukunft sollte lehren, daſs dies Mittel zur Abstellung der Mängel nicht mehr ausreichte. Wir stehen hiermit am entscheidenden Wendepunkte im Geschicke der Hutpartei, da die Voraussetzungen für ihre Machtstellung überall zu wanken anfingen.

Der Hutpartei war es unstreitig gelungen, dem wirtschaftlichen Leben Schwedens eine recht imponierende Gröfse zu verleihen. Aber der stattliche Bau ruhte auf morscher Grundlage, es war mehr als unsicher, ob er, wenn der Sturm herannahte, die Kraft haben würde, sich fest und unerschütterlich aufrechtzuerhalten.

* * *

Der allgemeine Aufschwung, den die Friedensjahre unter der weisen Regierung Arvid Horns im Gefolge hatten, zeigte sich auch auf dem Gebiete der geistigen Kultur. Eine grofse Anzahl junger Kräfte widmete sich mit Eifer der Aufgabe, das Werk älterer Generationen fortzusetzen und neue Wege zu bahnen. Die dreifsiger Jahre waren auch in dieser Hinsicht eine Zeit des Erwachens, und der Beginn der Herrschaft der Hüte fiel mit dem Anfang einer neuen Blütezeit der Wissenschaft, der Poesie und der Kunst zusammen.

Auf keinem Gebiete war dies Aufblühen von gröfserer Bedeutung als auf dem wissenschaftlichen. Das Interesse für die Wissenschaft war zu dieser Zeit ungewöhnlich stark verbreitet, in fast allen gesellschaftlichen Klassen gab es enthusiastische Eiferer für die Wissenschaft, Mäzene, Dilettanten und wirkliche Gelehrte. Auch den Reichstag hatte eine Begeisterung für die wissenschaftliche Arbeit erfafst. Er gründete neue Professuren für die Modefächer jener Zeit, empfahl und belohnte diejenigen, die sich durch nützliche, dem Vaterland Ehre machende wissenschaftliche Arbeiten ausgezeichnet hatten, oder stellte einzelnen hervorragenden Männern direkt wissenschaftliche Aufgaben. Die Gesellschaft für Wissenschaften zu Upsala haben wir schon oben erwähnt. Von gröfserer Bedeutung war die 1739 gegründete Akademie der Wissenschaften zu Stockholm. Sie war zunächst für die mathematischen und naturwissenschaftlichen Wissenszweige und ihre praktische Verwendung bei der Landwirtschaft und der Industrie berechnet. Dagegen hatten die Versuche, eine besondere Akademie für schwedische Sprache und schwedische Geschichte zu gründen, keinen Erfolg, bis 1753 unter dem Protektorate der Königin Luise Ulrike die Akademie für schöne Literatur zustande kam. Diese Institution geriet nach dem Revolutionsversuche in Verfall, lebte aber in einer späteren Periode wieder auf.

Die Wissenschaft der Freiheitszeit zeichnete sich im Verhältnis zur Wissenschaft der früheren Periode durch gröfsere Vorurteilslosigkeit sowie durch schärfere kritische Analyse der Ausgangspunkte des wissenschaftlichen Denkens aus. Dies beruhte zweifellos auf dem Einflusse der wissenschaftlichen Bewegung, die in England nach der glorreichen Revolution entstanden war, und die in Locke und Newton ihre berühmtesten Vertreter gefunden hatte. Diese englische Wissenschaft zeichnete sich durch ihren realistischen und rationalistischen Charakter aus. Zum Gegenstand hatte sie hauptsächlich die Erforschung der Geheimnisse der Natur und der Formen und Gesetze des gesellschaftlichen Lebens, und zum Ziel hatte sie den praktischen Nutzen. Auch in Schweden wurden die Naturwissenschaften und die politischen und ökonomischen Wissenschaften am meisten gepflegt und im Dienste der Praxis angewandt. Aber das wissenschaftliche Leben in Schweden während der Freiheitszeit besafs auch eine starke patriotische Tendenz, wenn auch anderer Art als früher. Nach dem Wegfall der ausländischen Provinzen strebte man danach, das echt Schwedische in Sprache, Literatur und Geschichte schärfer als früher zu betonen, und das Interesse für die Entwicklung der Nationalsprache, des Nationalrechtes und des Nationalstaates kam in dem Eifer zum Ausdruck, mit dem die Wissenschaft sich diesen Gegenständen widmete.

So arbeitete während dieser ganzen Zeit auf dem Gebiete der nationalen Sprachforschung der Professor Johann Ihre zu Upsala, dessen Untersuchungen über die Entwicklung der schwedischen Sprache, ihre Dialekte und ihre ältesten Schwestersprachen, das Isländische und das Gotische, für eine ganz neue Auffassung des geschichtlichen Lebens des Schwedischen bahnbrechend waren. Mit ihm gleichzeitig wirkte der königliche Sekretär Abraham Sahlstedt als fleifsiger Verfasser schwedischer Wörterbücher und Grammatiken; diese Bücher hatten für die Festlegung, Bearbeitung und Orthographie des Neuschwedischen grofse Bedeutung und wurden bis spät in das folgende Jahrhundert hinein als Lehrbücher benutzt. Die nationale Geschichtsforschung war mit nicht geringerem Eifer tätig. Der bekannte Dichter Olof Dalin verfafste im Auftrage des Reichstages eine breit angelegte Schilderung der

Geschichte Schwedens vom Anfang bis zur Thronbesteigung Gustav II. Adolfs. Indem er sich auf eine der damaligen Naturwissenschaft entlehnte Theorie stützte, wonach die Meeresoberfläche in jedem Jahrhundert mehrere Fuſs fällt, glaubte er beweisen zu können, daſs Schweden vor nicht so vielen Jahrhunderten ganz oder teilweise unter Wasser gestanden habe. Aus diesem Grunde strich er beinahe die ganze sagenhafte Geschichte des schwedischen Altertums, wie sie die Geschichtschreibung früherer Jahrhunderte geschaffen hatte. Die Darstellung Dalins zeichnete sich vor allem durch ihren reinen, gefälligen Stil aus und war die erste ausführlichere Schilderung der Geschicke des schwedischen Volkes, die für das groſse Publikum abgefaſst war und sein Interesse zu fesseln verstand. Gröſsere wissenschaftliche Bedeutung als Dalin hatte sein Zeitgenosse, der Lunder Professor Sven Lagerbring, dessen groſses Werk: „Geschichte des Svea-Reiches“ vom Urbeginn bis zur Mitte des 15. Jahrhunderts an stilistischer Kunst und an Fähigkeit, das groſse Publikum zu fesseln, dem Werke Dalins zwar nachsteht, es aber an Umfang der Forschung und Schärfe der Kritik weit übertrifft und Lagerbring den Ruhm verschafft hat, Bahnbrecher der geschichtlichen Wissenschaft in Schweden zu sein. Auſser diesen taten sich noch mehrere Kräfte als populäre geschichtliche Schilderer, als Memoirenverfasser, als Herausgeber von Aktenstücken usw. hervor. Die nationale Rechtswissenschaft besaſs in David Nehrman-Ehrenstråle, dem ersten theoretischen Erläuterer des neuen Gesetzbuches, einen hervorragenden Vertreter. Das Staatsrecht und die Ökonomie wurden fleiſsig bearbeitet, wenn sich auch die Forschung auf diesen Gebieten nicht frei bewegte. Als hervorragender Vertreter der beginnenden Reaktion gegen den Merkantilismus trat in den sechziger Jahren der finnische Geistliche Anders Chydenius hervor, dessen Schriften sich trotz ihres geringen Umfanges durch Klarheit, Schärfe und Genialität auszeichnen. Die Geographie, die vaterländische Topographie und Statistik besaſsen zahlreiche Bearbeiter. Besonders letztgenannte Wissenschaft, die mit dem politischen und wirtschaftlichen Leben in engem Zusammenhang stand, hatte in dem Sekretär der Akademie der Wissenschaften, P. V. Vargentin, einen bedeutenden Vertreter gefunden. Die schwedische Forschung ging

auf diesem verhältnismäfsig neuen Felde, besonders auf dem Gebiete der Bevölkerungsstatistik, allen voran. Die 1756 eingerichtete Kommission für das Tabellenwesen war das erste statistische Bureau in Europa.

Mehr als alle anderen Wissenszweige blühten jedoch die Naturwissenschaften. Der bedeutendste Name, der uns hier begegnet, ist Karl von Linné. 1707 in einem armen småländischen Pastorenhause geboren, arbeitete er sich unter Mühen und Entbehrungen auf den ersten Platz im wissenschaftlichen Leben Schwedens empor. Von 1741 bis zu seinem Tode (1778) verbrachte er sein Leben als Professor der Naturgeschichte und der Medizin an der Universität zu Upsala still und ruhig, ohne aufsehenerregende Ereignisse, aber um seinen Lehrstuhl scharten sich Jünger von nah und fern, und aus seinem Arbeitszimmer gingen die epochemachenden Schriften, welche die Gesetzmäfsigkeit im grofsen Reiche der Natur deuteten, in die Welt hinaus. Sein grofsartiges Talent im Beschreiben und Benennen, seine sichere wissenschaftliche Diagnose und seine systematisierende Begabung, die mit ihrem sinnreichen „Sexualsystem“ zum ersten Male das Pflanzenreich in leicht übersichtlicher Weise als ein Ganzes ordnete, machten aus der Botanik geradezu eine neue Wissenschaft. Mit tiefer Erkenntnis der Unvollkommenheit seines eigenen Werkes und mit divinatorischem Blick für die Bestrebungen der Zukunft zog er aufserdem die ersten Grundstriche zu den natürlicheren Systemen, die seinem eigenen folgen sollten, und gab die erste Anregung zu den neuem Wissenszweigen, der Morphologie und Geographie der Pflanzen. Auch das Tierreich war Gegenstand seiner systematisierenden Tätigkeit. Zu seiner grofsartigen wissenschaftlichen Begabung gesellte sich eine ungewöhnlich gesunde und harmonische Persönlichkeit, ein kindlich reines und frommes Gemüt, das jedoch voll tiefster Lebensweisheit war und ein Vergnügen daran fand, seine Gedanken hinsichtlich des auch in der moralischen Welt vorhandenen gesetzlich geregelten Zusammenhanges niederzuschreiben, ein scharfes, aber wohlwollendes Beobachtungsvermögen, das in seinen Reiseschilderungen die feinsten Reflexionen über Schwedens Natur und sein Volk aufhäufte, und schliefslich ein selten klarer und populärer Stil, der ihn zu einem der bedeutendsten

schwedisch schreibenden Schriftsteller jenes Jahrhunderts machte. Linné bildete zahlreiche Schüler heran, von denen mehrere durch Reisen in weit entfernten Ländern die Kenntnis der Flora und Fauna bereicherten und sich als Entdeckungsreisende und Naturforscher berühmt machten. Hierher gehörten der begabte Peter Forskål, der in jugendlichem Alter auf einer Forschungsreise in Arabien starb, der bekannte Reiseschilderer Per Kalm u. a. m. Auf dem Gebiete der Mineralogie und der Chemie wirkten mit Erfolg Johann Gottschalk Wallerius und sein Nachfolger auf dem Lehrstuhl in Upsala Torbern Bergman. Auf seinem anspruchslosen Platze als Apotheker in Köping begann Karl Wilhelm Scheele in den letzten Jahren der Freiheitszeit mit seinen epochemachenden Entdeckungen, die ihm in der Geschichte der chemischen Wissenschaft einen Ehrennamen verschafften. Hervorragend auf dem Gebiete der mathematischen Wissenschaften waren Samuel Klingenstierna, „Schwedens erster moderner Mathematiker", der als Optiker europäischen Ruf besafs, und der Astronom und Physiker Anders Celsius, der, obwohl er in jungen Jahren (1744) starb, sich durch den hundertteiligen Thermometer, die Schöpfung des Observatoriums zu Upsala, seine berühmten Beobachtungen der Natur des Nordlichts und durch epochemachende Gradmessungen am Äquator und im Polargebiete einen unsterblichen Namen erworben hat. Die Heilkunde endlich hatte in dem Professor zu Upsala Nils Rosén von Rosenstein eine bedeutende Kraft aufzuweisen.

Zu allen diesen Genannten kommt schliefslich noch eine zahlreiche Schar von Mitarbeitern und Schülern, die oft ziemlich hohen Rang besafsen, hinzu. Überhaupt hatte Schweden eine so bedeutende Anzahl hervorragender Gelehrter vorher nicht aufzuweisen gehabt und vielleicht nie ein so allgemein verbreitetes Interesse für den wissenschaftlichen Beruf und die wissenschaftlichen Fortschritte. Die Blütezeit der Wissenschaft war von ziemlich kurzer Dauer. Sie begann in den zwanziger und dreifsiger Jahren und erreichte in den folgenden Jahrzehnten ihren Höhepunkt. In den siebziger Jahren bereits ermattete ihre produktive Kraft, und im folgenden Jahrzehnt verschwand ihre hohe Bedeutung zur selben Zeit, wo die schöne Literatur in herrlicherem Glanze als vorher zu erstrahlen begann.

Das Hervortreten der schönen Literatur in der Freiheitszeit fällt ungefähr mit dem Beginne des mächtigen Aufschwungs, den das wissenschaftliche Leben nahm, zusammen. In keiner Hinsicht erschien der Gegensatz gegen die ältere Zeit so stark, wie gerade in der Sprache, die erst mit dem Auftreten Dalins ihr modernes Gepräge, ihre Reinheit, Geschmeidigkeit und ihren Klang erhielt. Dies kam aber auch im Geiste der Literatur zum Ausdruck. Die neue Zeit erzeugte vielseitigere Ausdrucksmittel für den schöngeistigen Geschmack, ihre Dichtung wurde subjektiver und inniger und spiegelte die Schönheit der Natur und das innere Gefühlsleben der Menschenseele stärker wider, als es die Dichtung des 17. Jahrhunderts vermocht hatte. Die Literatur wurde gemeinverständlich und populär zugleich wie schöngeistig und elegant. Dies kam zum Teil von einer stärkeren Einwirkung seitens der literarischen Strömungen im Auslande, hauptsächlich in Dänemark, England und Frankreich. In den ersten Jahrzehnten der Freiheitszeit war besonders der Einfluſs Englands bedeutend. Gleich ihren englischen Vorbildern gingen die damaligen jungen Schriftsteller im wesentlichen darauf aus, das groſse Publikum aufzuklären und zu beeinflussen, ihm in unterhaltender Form nützliche Lehren zu erteilen und edle Beispiele vor Augen zu stellen. Von England erhielten sie die Ideen zu den populären moralischen Wochenschriften, die in den dreiſsiger Jahren so beliebt wurden. Die Forderung einer klaren, gemeinverständlichen Form sowie gesunder, natürlicher Urteile, die von Mystik und Pedanterie frei waren, gewann durch das Studium der englischen Schriftsteller an Stärke.

Der Einfluſs Frankreichs war ebenso bedeutend besonders seit der Mitte des Jahrhunderts, wo die französische Kultur im allgemeinen ihren Siegeszug durch Europa hielt. In Kunst, Literatur und geselligem Leben wurde der französische Geschmack tonangebend. Man las und übersetzte die französischen Schriftsteller und nahm sie zum Vorbild. Der französisch-klassische Stil mit seiner Korrektheit, Einheitlichkeit und Würde wurde für die schöngeistige Schriftstellerei besonders auf den Gebieten des Dramas und der Lobrede maſsgebend. Ebenso war der französische Alexandriner mit seinem pompösen, aber etwas kühlen Charakter das Versmaſs,

dessen sich die damalige Dichtung am liebsten bediente. Mit dem französischen Stil und der französischen Poetik kam auch die zierliche Anmut der Rokokozeit, ihre Hirtendichtung und ihr aristokratisch verfeinerter Gesellschaftston, aber auch der französische Rationalismus und Skeptizismus, die in Voltaire ihren Hauptvertreter hatten, und schliefslich Rousseau mit seiner tieferen Empfindung und seiner Verehrung der Natur.

Aber dies alles kam nicht auf einmal. Die schöne Literatur der Freiheitszeit repräsentiert ein ununterbrochenes Fortschreiten der dichterischen Empfindung zu immer mannigfacheren und reicheren Ausdrucksformen, während sie sich gleichzeitig sozusagen immer mehr in verschiedene Schriftstellerindividualitäten spezialisiert. Daneben geht die im Dienste der Moral und des Nützlichen stehende Schriftstellerei immer mehr zur schöngeistigen Produktion um ihrer selbst willen, d. h. zur Produktion aus ästhetischem Drange und aus Lust am Dichten über.

Bei Olof Dalin sind die verschiedenen Richtungen noch wie in einem gemeinsamen Ausgangspunkte vereinigt. Schon als junger Kanzleihilfsbeamter leitete er die Entwicklung der schwedischen schönen Literatur mit seiner berühmten Wochenschrift „Der schwedische Argus“ ein, die Ende 1732 erschien und in den darauffolgenden beiden Jahren durch ihren fliefsenden und eleganten Stil, ihre geistreiche Satire und durch die Unerschrokkenheit und den Geist, mit der sie die modernen Ideen auf dem Gebiete der Ökonomie, der Erziehung und der Religion verfocht, im literarischen Leben Schwedens eine bisher unerhörte Rolle spielte. Zwei Jahrzehnte lang beherrschte Dalin so gut wie allein die schöngeistige Produktion und wirkte auf mehreren Gebieten als Bahnbrecher. Als Liederdichter verstand er es, seinen Saiten die verschiedensten Töne zu entlocken, bald ernst religiöse, bald ausgelassen wilde, bald in graziösem Rokokostil, bald im Volksliederton. Er schrieb sie oft zu allgemein bekannten Melodien, was zu ihrer Verbreitung beitrug. Eine andere Seite offenbarte der Dichter in seinem berühmten vaterländischen Epos: „Die schwedische Freiheit“, das in prachtvollen Alexandrinern abgefafst war. In ihm trat der moralisierende und unterweisende Zweck zutage. Diesem Zwecke genügte Dalin auch

in einer anderen Form durch seine satirischen Prosaaufsätze, in denen er mit vollendetem aber gutgelauntem Spott den Lächerlichkeiten jener Zeit wohlgezielte Hiebe versetzte. Als Tragödien- und Lustspieldichter sowie als Geschichtschreiber, gehörte er zu den Ersten jener Zeit. Nachdem Dalin in den fünfziger Jahren als Lehrer des Kronprinzen mit dem Hofe in nähere Berührung getreten war und Adel, Titel und Ämter erhalten hatte, nahm seine Produktion zwar ab und beschränkte sich im wesentlichen auf kleine Gedichte für Rechnung des Hofes, auf Hirtenspiele, Fabeln, Satiren und allerhand Gelegenheitsgedichte. Bis zu seinem Tode (1763) jedoch behielt er stets seine hervorragende Stellung in der schönen Literatur.

Gleichzeitig mit Dalin traten auch andere neue Kräfte, hauptsächlich auf dem Gebiete der Dramatik, auf. In der 1737 eröffneten „schwedischen Schaubühne“ erhielt das nationale Theater sein erstes Heim, und die Erzeugnisse einer beginnenden einheimischen Dramatik wurden aufgeführt. Zu denjenigen, die als Lustspieldichter an der Spitze gingen, gehörte der bekannte Staatsmann und Kanzleipräsident Karl Gyllenborg. Auch die Romandichtung fand jetzt zum ersten Male einheimische Vertreter.

In den fünfziger Jahren begann sich der französische Geschmack immer stärker geltend zu machen. In seinen Vertretern, der Frau Nordenflycht und ihren jungen Freunden Creutz und Gyllenborg, trat eine neue Dichtergeneration auf, die nach Dalin die Geschicke der schönen Literatur leitete und im schöngeistigen Leben der Freiheitszeit eine zweite Periode schuf. Hedwig Charlotte Nordenflycht, Schwedens erste Schriftstellerin von Bedeutung, gab bereits in den vierziger Jahren einige Gedichtsammlungen heraus, in denen sie ihrer Trauer über den Tod ihres Gatten in einer Weise Ausdruck verlieh, die trotz aller Unvollkommenheiten in der Form von einer echten warmen Empfindung zeugte und einen neuen subjektiven Zug in die schwedische Dichtung einführte. Durch eine jährliche Pension, die ihr 1752 der Reichstag bewilligte, wurde sie von der drückenden ökonomischen Lage, in der sie sich seit dem Ableben ihres Mannes befunden hatte, befreit und ließ sich in der Hauptstadt nieder. Hier scharte sie Schwedens ersten literarischen Salon um sich und beschäftigte

sich ausschliefslich mit Studien und Poesie. In dem intimen Kreise von Schöngeistern und Dichtern, die sich in ihrem Hause zu versammeln pflegten, wurden die grofsen französischen Schriftsteller eifrig gelesen, bewundert und nachgeahmt, und durch deren Einfluſs übertraf diese Gesellschaft ohne Zweifel die früheren schwedischen Dichter mit Einschluſs von Dalin an Reinheit und Schönheit der Sprache sowie an Eleganz und aristokratischer Verfeinerung der Dichtung. Die eigenen Produkte von Frau Nordenflycht in dieser Zeit lassen eine höher entwickelte Form erkennen, und mehrere ihrer lyrischen Gedichte aus dieser Periode gehören zur besten schwedischen Poesie des 18. Jahrhunderts.

Von gröſserer Bedeutung für das Eindringen der neuen französischen Stilrichtung war ohne Zweifel der hochbegabte Finne Gustav Philipp Creutz. Seine Laufbahn war eigentlich die diplomatische. Nur in seinen Jugendjahren, wo er auf dem Bureau in Stockholm und am Hofe tätig war, schrieb er Gedichte. Bereits 1763, im gleichen Jahre, wo seine Freundin Frau Nordenflycht starb, war es mit Creutz' Dichtung zu Ende; er verlieſs die Hauptstadt, um im Auslande seine diplomatische Karriere zu beginnen. Sein Hauptwerk war das träumerische Jugendgedicht „Atis und Camilla", das durch seinen sprachlichen Wohlklang, seine feinen Naturschilderungen und sein im Zeitgeschmack gehaltenes pastorales Thema allgemein gefiel und grofse Popularität gewann. Gustav Friedrich Gyllenborg, ein Freund von Creutz, machte ebenfalls als junger Bureaubeamter und Hofkavalier seine schöngeistigen Studien bei Frau Nordenflycht. Er war eine ernste Natur, mehr für die reflektierende Poesie, das Lehrgedicht und die moralischen Fabeln geschaffen, und in der Folgezeit wurde er einer der Hauptvertreter der französischen und akademischen Geschmacksrichtung, die er selbst in seinen Jugendjahren in die schwedische Poesie hatte einführen helfen.

Während der Nordenflychtsche Kreis in Übereinstimmung mit der Entwicklung des kontinentalen Geschmackes um die Mitte des Jahrhunderts zunächst die aristokratische, kunstgemäfse Seite in der Dichtung Dalins weiter ausbaute, begann ein anderes junges Dichtergenie seine bemerkenswerte Produktion im Anschluſs an den mehr volkstümlichen Ton, der ebenfalls bei Dalin zu finden

war. Es war dies Karl Michael Bellman. Bellman gehört ebenso wie Gyllenborg der folgenden Epoche an, aber wie letzterer verfaſste auch er bereits in der Freiheitszeit seine ersten, zum Teil besten Gedichte. 1757, im Alter von 17 Jahren, begann er einige seiner poetischen Erzeugnisse zu publizieren, und von 1766 ab war seine Muse in ihrer charakteristischen Eigenart voll entwickelt. Auch die Dichtung Bellmans kleidete sich gern in das gefällige Kostüm der Rokokozeit und hatte oft einen allegorischen oder pastoralen Anstrich. Aber Bellman folgte unabhängig von allen Geschmacksregeln den Eingebungen seiner eigenen frohen Muse. Seine Gedichte besaſsen eine bestimmte Zeit- und Lokalfärbung. Ihre Gestalten waren direkt dem Leben, wie es in den sechziger und siebziger Jahren in den niederen Volksklassen der Hauptstadt herrschte, entnommen, und ihr Schauplatz war die Natur Stockholms, die Eichen des Tiergartens und die Wogen des Brunnsvik. Das Hauptwerk Bellmans, seine Gedichtsammlung „Die Episteln Fredmans", erschien erst in den neunziger Jahren, obwohl die weitaus meisten Episteln bereits in den sechziger Jahren und zu Beginn der siebziger Jahre verfaſst waren. Auch die Melodien, mit denen die Bellmanschen Gedichte unzertrennlich zusammengehören, entnahm er dem Melodienkreise, der damals gang und gäbe war; allerdings arbeitete er sie gewöhnlich für seinen Zweck um. Die Produkte der Bellmanschen Muse waren direkt darauf angelegt zu unterhalten oder einer poetischen Stimmung Ausdruck zu verleihen, und ihre Form war nicht die des schweren Alexandriners oder die der hochtrabenden gedrechselten Sprache. Sie waren Volkspoesie, wenn sich auch allerdings hinter dem scheinbar kunstlosen Gedicht eine tiefe Kunst verbirgt. Sie sind auch in hohem Grade unabhängig von allen Vorbildern und äuſseren Einflüssen. Alles ist spezifisch Bellmansch und das Produkt seiner seltenen Dichterbegabung und seiner Fähigkeit, über alle Lebenserscheinungen das mildernde Licht des Humors zu breiten. Bellmans eigenes Leben war ein ziemlich unregelmäſsiges, und wenn er auch keineswegs das verkommene, versoffene und unmoralische Individuum war, wozu ihn viele haben machen wollen, so war er doch auch nicht jener wehmütig philosophierende und enthalt-

same Beobachter des äufseren Lebens, zu dem andere ihn gemacht haben.

Neben den beiden grofsen Vertretern der Dichtkunst der späteren Freiheitszeit, Gyllenborg und Bellman, treten Ende der sechziger Jahre zahlreiche junge Belletristen auf. Das Interesse für die Literatur war offenbar im Wachsen begriffen. Es entstand eine Menge von Literaturgesellschaften, so z. B. in der Hauptstadt die Gesellschaft „Utile Dulci“ und in Gotenburg der Verein, aus dem später die dortige Königliche Gesellschaft für Wissenschaft und Literatur hervorging. In diesen Gesellschaften debütierten mehrere neue Dichter, unter ihnen mehrere von den tonangebenden Geistern der Folgezeit. Wie ein Knospen oder wie ein Frühlingserwachen ging es während des politischen Niederganges der Freiheitszeit durch die schönwissenschaftliche Kultur. Dies war eine Folge der trostlosen politischen Lage, indem die junge Generation ihren Sinn und ihre Hoffnung anderen Aufgaben an Stelle der Politik zuwandte. Zweifellos stand dies Aufblühen der schönen Literatur auch im Zusammenhang mit der beginnenden Erschlaffung der wissenschaftlichen Kultur und bewies, dafs in dem damaligen jungen Schweden ein froherer, leichterer und idealerer Geist herrschte, als der, welcher der typischen Freiheitszeit ihr Gepräge verliehen hatte.

In naher Verbindung mit dem Aufschwung der Wissenschaft und der schönen Literatur stand die Entwicklung des Journalismus. Seine Geschicke wurden nicht blofs von der zunehmenden Leselust und dem gesteigerten Verlangen nach Aufklärung, dem gröfseren politischen Interesse oder dem reicheren wissenschaftlichen und literarischen Leben, das zu einer lebhafteren Fühlung mit einem gröfseren Publikum hindrängte, bestimmt, sie waren auch von der Zensur abhängig. Seit der Karolinischen Zeit bestand eine Zensur, die vom Zensor und dem Kanzleikollegium oder in gewissen Fällen von den Domkapiteln und Universitätsbehörden ausgeübt wurde. Die regierenden Stände dachten keineswegs daran, in dieser Hinsicht Zugeständnisse zu machen. Sie nahmen die Leitung der öffentlichen Meinung ebenso souverän und despotisch in die Hand wie die Leitung des Staatslebens überhaupt. In Moral, Religion, Politik und Ökonomie durften nur richtige Ansichten

verbreitet werden. Jetzt eigentlich begann die Glanzzeit der Zensur, denn jetzt erst erhielt sie ein reichhaltigeres Material zur Bearbeitung, und die damaligen Zensoren hatten durch ihre Machtstellung eine grofse Bedeutung für die geistige Entwicklung. Besonders zur Zeit der Herrschaft der Hüte mit ihrem brodelnden geistigen Leben und ihren scharfen politischen Gegensätzen erreichten die Versuche, das freie Denken und das freie Wort zu zügeln und zu leiten, ihren Höhepunkt. Aber dadurch wurde auch der Umschwung zugunsten der Prefsfreiheit angebahnt, die 1766 bei der allgemeinen Reaktion gegen die Hutpartei zustande kommen sollte.

Zu Beginn der Freiheitszeit gab es an Zeitungen nur die alten seit 1645 erscheinenden Postzeitungen, die einmal wöchentlich mit recht magerem Inhalte, hauptsächlich mit Notizen aus dem Auslande zur Ausgabe gelangten. Nach und nach erhielten diese offiziellen Zeitungen reicheren Inhalt und erschienen wöchentlich ein paarmal. Neben diesem alten offiziellen Zeitungsunternehmen entstanden in den vierziger Jahren neue, der Privatinitiative entspringende Zeitungen, die allerhand nützliche und interessante Notizen, Bücheranzeigen und Artikel über alle möglichen Gegenstände brachten. 1769 entstand hieraus das erste grofse Zeitungsunternehmen, „Dagligt Allehanda", das täglich allerhand Annoncen und Neuigkeiten verbreitete. Diese Zeitung hatte aufserdem eine Beilage wissenschaftlichen oder literarischen Inhaltes, der oft pikanter Art war. Auch in der Provinz nahm um die Mitte dieses Jahrhunderts das Zeitungswesen seinen Anfang, und gegen Ende der Freiheitszeit hatten die gröfseren Städte wie Gotenburg, Karlskrona und Norrköping ihre besonderen Zeitungsorgane.

Aufser den Zeitungen im eigentlichen Sinne nahmen zur selben Zeit die Zeitschriften, die literarischen, moralischen, politischen oder wissenschaftlichen, ihren Anfang. Dalins „Argus" wurde bereits erwähnt. Ihr folgten mehrere ähnliche, die von längerer oder kürzerer Dauer waren. Zu diesen kann man auch die „Reichstagszeitungen" zählen, die seit 1756 Verzeichnisse aller eingelaufenen und von den Ständen erledigten Fälle mitteilten und wichtigere Ausschufsberichte oder andere Aktenstücke, die die Machthabenden zur öffentlichen Kenntnis gebracht wissen wollten,

publizierten. Gegen Ende der Freiheitszeit wurde es übrigens immer üblicher, Protokollauszüge, Kommissionsberichte und Denkschriften massenweise im Druck zu verbreiten, und hierdurch gewöhnte sich das grofse Publikum immer mehr daran, am politischen Leben teilzunehmen.

Schliefslich verdient noch eine Unmasse von Flugschriften oder kleinen Broschüren über alle möglichen Gegenstände, hauptsächlich politische und wirtschaftliche, der Erwähnung. Besonders nach Einführung der Preſsfreiheit nahmen die Flugschriften einen solchen Umfang an, wie sie ihn wohl niemals später erreicht haben. Ihr Ton war oft ein gehässiger, ihr Verfasser gewöhnlich anonym und ihr Stil voll von Kraftausdrücken, Schmähungen und giftigen Anspielungen. Es waren dies „die Flegeljahre der schwedischen Journalistik". Aber diese Journalistik verriet doch sehr reges Leben und verlieh auf ihre Art der späteren Freiheitszeit einen der charakteristischsten Züge.

Die schwedische Kunst bewegte sich in den ersten Jahrzehnten der Freiheitszeit im wesentlichen in den Traditionen der Karolinischen Epoche. Die Wiederaufnahme des Schlofsbaues wirkte in vielen Beziehungen befruchtend. Dies grofsartige Bauwerk, dessen Vollendung mehrere Jahrzehnte beanspruchte, ward die Glanzleistung des künstlerischen Schaffens der neuen Zeit. 1754 konnte das Königspaar endlich in das neue Königspalais einziehen, obwohl die Vollendungsarbeiten noch viele Jahre dauerten. Die französischen Künstler, die man des Schlofsbaues wegen hatte kommen lassen, spielten dadurch, dafs sie einheimische Schüler heranbildeten und die Einführung der neuen französischen Kunstrichtung, des Rokokos, förderten, eine grofse Rolle. Der Bahnbrecher dieses Geschmackes war Guillaume Thomas Taraval, der von 1732 bis zu seinem Tode 1750 in Stockholm wirkte, wo mehrere herrliche Deckengemälde von seiner Kunst zeugen. Aus der von ihm gegründeten Zeichenschule entstand nach und nach die Königliche Maler- und Bildhauerakademie, die 1768 ihre ersten Statuten erhielt. Die Entstehung einer Kunstakademie war in der schwedischen Kunstgeschichte von epochemachender Bedeutung. Hierdurch erhielten die jungen Künstler zum ersten Male einen geordneten Unterricht

und eine kräftigere Anregung. Der Künstlerberuf nahm an Ansehen zu, und die Kunst wurde ein vom Zwange des Zunftwesens freies Gewerbe. Die Geschmacksrichtung, die in dieser Institution zuerst zur Herrschaft gelangte, war natürlich der leichte, elegante Rokokostil. Die hervorragendsten Mäzene und Kunstkenner jener Zeit, in erster Linie Karl Gustav Tessin, Hårleman und Luise Ulrike, huldigten alle dieser typischen Kunstrichtung jenes Jahrhunderts. Es wurde immer üblicher, dafs die jungen Künstler ihre Ausbildung in Paris, dem Hauptsitz der damaligen Kunst, vollendeten. Massen von französischen Kunstwerken wurden zum Schmuck der schwedischen Schlösser oder Privathäuser eingeführt.

Den Sieg des französischen Geschmackes in der Malerei vervollständigte in erster Reihe Gustav Lundberg, der 1745 von Paris heimkehrte, wo er einige Jahrzehnte lang tätig gewesen war. Er war einer der hervorragendsten Pastellmaler seiner Zeit und wurde in Schweden, wo er von seiner Rückkehr bis zum Schlufs der Freiheitszeit der Porträtmaler der aristokratischen Gesellschaftskreise war, der Hauptmeister des Rokokos. Der etwas jüngere Alexander Roslin, der von den fünfziger Jahren bis zur Revolution in Paris arbeitete, gewann als einer der berühmtesten Maler der damaligen Zeit europäischen Ruf. In den sechziger Jahren trat eine ganze Schar junger Maler auf, die in der Schule Taravals und Gustav Lundbergs ihre Ausbildung erhalten hatten. Ihre meisten Namen gehören in höherem oder ebenso hohem Grade der folgenden Epoche an. Auch die Skulptur und die Kunstindustrie wurden eifrig gepflegt und fanden gegen Schlufs dieser Periode tüchtige einheimische Vertreter, unter denen sich später Sergel, der hervorragendste Name in der schwedischen Bildhauerkunst, hervortat. Überhaupt war die Freiheitszeit auf dem Gebiete der Kunst sowohl wie auf dem der schönen Literatur eine Zeit rüstiger Entwicklung und strotzender Kraft, und ihre Arbeit bezeichnet eine Aufwärtsbewegung, die in der folgenden Periode ihren Höhepunkt erreicht.

* * *

Wenden wir unsere Blicke von der auf dem Gebiete der wissenschaftlichen und ästhetischen Kultur herrschenden regen Lebhaftigkeit auf das kirchliche Leben, so scheint sich dasselbe in dieser Periode so ziemlich ohne jegliche Veränderung in den Formen zu bewegen, die in dem vorhergehenden Jahrhundert entstanden waren. Die männliche Kraft und der sittliche Ernst, die im 17. Jahrhundert die schwedische Landeskirche kennzeichneten, waren noch in reichem Maſse vorhanden, ebenso auch die Unduldsamkeit und die engherzige Orthodoxie. Der Kampf gegen den Pietismus in den zwanziger und dreiſsiger Jahren hatte sogar einen gewissen Aufschwung erzeugt. Diese Zeit hatte mehrere hervorragende Lehrer und Prediger aufzuweisen. Als Verfasser von Erbauungsschriften zeichnete sich der Hofprediger Anders Nohrborg aus, dessen berühmte Postille: „Die Seligkeitsordnung des gefallenen Menschen“ lange Zeit eines der am meisten benutzten Andachtsbücher der schwedischen lutherischen Gemeinde blieb. Unter den eifrigen Bischöfen und Verfechtern der kirchlichen Interessen zeichneten sich die drei Brüder Erik, Jakob und Heinrich Benzelius, die nacheinander das höchste Amt der Kirche bekleideten, ihre Nachfolger auf dem Erzbischofstuhle Samuel Troilius und Magnus Beronius, der bekannte Parteimann Jakob Serenius u. a. m. aus. Im geistlichen Stande des Reichstages besaſs die Kirche aufserdem ein mächtiges Zentralorgan, das ihre Ansichten und Interessen im politischen Leben wohl zu verfechten verstand und zugleich auch in geistlichen Fragen durch Versendung von Zirkularen eine zusammenhaltende und leitende Stellung einnahm.

Sicherlich fühlte sich die schwedische Landeskirche noch stark genug, um sich gegen ihre Gegner, Sektierer sowohl wie Rationalisten, zu verteidigen. Ein neues Mittel zur Befestigung ihrer Herrschaft über die Sinne und zur Leitung der religiösen Erziehung in streng lutherischem Geiste war die nach englischem Muster eingeführte Konfirmation, die um die Mitte des 18. Jahrhunderts sich durch den Eifer einzelner Geistlichen im Lande zu verbreiten begann, so daſs sie gegen Ende des Jahrhunderts im ganzen Reiche allgemein war. Ein anderes Mittel war der 1771 in Stockholm gegründete Verein „Pro fide et christianismo“, der

noch heute besteht und durch kleinere Schriften für christliche Volksaufklärung tätig ist. Ein Zeichen von Lebenskraft war auch die hervorragende Tätigkeit, die vor allem von Per Fjellström der geistigen Erziehung der Lappländer gewidmet wurde. Regierung und Reichstag interessierten sich sehr für diese Mission und setzten 1739 eine besondere Direktion für die geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten der Lappmarken ein. Auch auf die schwedisch-lutherische Gemeinde der früheren Kolonie Neu-Schweden erstreckte sich der Eifer, und die schwedische Landeskirche begann zu jener Zeit sich an der Mission in Indien zu beteiligen.

Die lutherische Religion war ohne Zweifel immer noch die erste volkserzieherische Macht, die geistige Macht, die die gröfste Autorität über die Herzen besafs, in vielen Tausenden von Familien unter althergebrachten Formen christlichen Trost und christliche Aufklärung verbreitete und Zucht und reine Sitten schützte. Aber nichtsdestoweniger nahm zu dieser Zeit die Opposition gegen die Staatsreligion zu, und neue geistige Strömungen entstanden, die der geistigen Entwicklung des schwedischen Volkes eine neue Richtung geben sollten. Diese Opposition ging teils von den Sekten, teils von dem immer mehr sich verbreitenden Rationalismus aus.

Der Pietismus, der in der früheren Freiheitszeit seine Glanzperiode erlebt hatte, war seit den vierziger Jahren im Rückgange begriffen, existierte aber noch immer und nahm bisweilen, wie in den zwanziger Jahren, phantastische Formen an. In den dreifsiger und vierziger Jahren drang von Deutschland aus eine neue Bewegung, das Herrnhutertum, in Schweden ein. Wie die Pietisten bildeten die Herrnhuter engere Kreise von Gläubigen, neue Brüdergemeinden, ohne sich förmlich von der allgemeinen lutherischen Kirchengemeinde zu trennen. Im Gegensatz zu den Pietisten setzten sie die Predigt vom Gesetze hintenan und verkündeten beinahe ausschliefslich das Evangelium der göttlichen Liebe, wobei sie sich besonders bei der Betrachtung der Leiden Christi, die sie in weichen, sentimentalen Tönen schilderten, aufhielten. Das Herrnhutertum gewann anfangs einen nicht unbedeutenden Anhang, der sich jedoch mit dem des Pietismus in den zwanziger Jahren

nicht vergleichen läfst, und in mehreren Städten bildeten sich Herrnhutergemeinden, die noch heute bestehen. Sein Hauptvertreter war der Pfarrer Anders Rutström zu Stockholm, der als Dichter der „Neuen Gesänge Zions“ bekannt ist. Rutström war übrigens tief in die Parteipolitik verwickelt, er wurde 1765 seines Amtes entsetzt und mufste für einige Zeit das Land verlassen, wie es hiefs wegen Ketzerei, obwohl politische Verfolgung mitwirkte. Die Herrnhuterbewegung hatte ihren eigentlichen Anhang bei der niederen Mittelklasse. Aber sie übte ihren Einflufs auch auf zahlreiche Geistliche der Landeskirche aus, die einen positiv christlichen Standpunkt bewahren wollten, und eine vom Herrnhutertum gefärbte Auffassung und Darstellung des Christentums war in der letzten Hälfte des 18. Jahrhunderts ziemlich häufig.

Eine andere gleichzeitige religiöse Bewegung, die hauptsächlich bei den höheren Gesellschaftsklassen Interesse erweckte, war der Swedenborgianismus, so genannt nach seinem Begründer, dem Assessor im Bergwerkskollegium Emanuel Swedenborg. Dieser, ein Sohn des bekannten Bischofs Jesper Svedberg, war bei Anbruch der Freiheitszeit bereits ein berühmter Mathematiker, Physiker und Naturphilosoph. Erst um die Mitte des 18. Jahrhunderts ging er zur religiösen Schriftstellerei über. Hierzu veranlafste ihn eine Offenbarung, die er auf einer Reise nach England erhalten zu haben glaubte, und nachdem er 1747 aus seinem Amte mit Pension geschieden war, lebte er bis zu seinem in hohem Alter erfolgten Tode (1772) ausschliefslich seiner neuen Aufgabe. Swedenborg baute sein Lehrsystem auf einer mystischen Bibelauslegung auf, die ihm von Engeln oder von Geistern verstorbener Menschen eingegeben worden war. Seine in vieler Beziehung originelle Lehre hatte mit den damaligen Sektenbewegungen der protestantischen Welt viele Züge gemeinsam. Am bekanntesten ist Swedenborg vielleicht wegen seiner Geisterseherei. Durch Gespräche mit den Geistern der Gestorbenen glaubte er von Ereignissen in diesem Leben Kunde zu erhalten, die anderen durch den Schleier der Zeit oder des Raumes verhüllt waren; aus diesem Grunde trat er als Hellseher oder Prophet auf. Swedenborgs Darstellungsweise trägt das Gepräge einer mit Mystik gepaarten starken Phantasie an sich; zuweilen ist sie unklar und verworren. Als

Privatmann rühmt man Swedenborg wegen seiner Frömmigkeit, seiner Ehrlichkeit und seines Eifers. In der letzten Hälfte des 18. Jahrhunderts gewannen die Ansichten Swedenborgs ziemlich grofsen Anklang bei Laien sowohl wie bei Geistlichen, sie waren jedoch zu phantastisch und zu spekulativ, um tiefer ins schwedische Volk einzudringen. Sie sollten aufserhalb Schwedens eine gröfsere Rolle spielen als in Schweden. Bei vielen war es ohne Zweifel die Mystik, die Geisterseherei, die Anklang fand, besonders in den höchsten Gesellschaftskreisen, die im übrigen dem reinen Rationalismus ergeben waren. Der Swedenborgianismus war jedoch auch der Ausdruck eines tieferen religiösen Bedürfnisses und bildete in mancher Beziehung besonders durch seine Betonung der Liebe und der Bedeutung, welche die guten Werke für die Erlösung haben, eine heilsame Reaktion gegen den starren Glauben und sein Selbstgenügen. Sicherlich war es gerade diese Seite der Lehren Swedenborgs, die ihnen ebenso wie dem Herrnhutertum die Sympathien mehrerer hervorragender Anhänger der Landeskirche verschaffte.

Die grofse Gefahr für die schwedische Landeskirche im 18. Jahrhundert lag jedoch weniger in den beginnenden sektiererischen Strömungen, wenn dieselben auch zweifelsohne darauf hindeuteten, dafs das tiefere religiöse Leben in den ziemlich engen Formen der Staatsreligion nicht mehr vollständige und genügende Nahrung fand, sondern in dem beginnenden Rationalismus. Diese typische Weltanschauung des 18. Jahrhunderts drang mit unwiderstehlicher Macht in das gebildete Publikum Schwedens ein und rief eine Freigeisterei hervor, wie sie die vorhergehende Zeit nicht gekannt hatte. In diesen aufgeklärten Kreisen entfernte man sich allmählich von jeder positiven Religion und machte sich über die kirchlichen Lehrsätze lustig. Tiefere Verbreitung konnte diese Richtung in dieser Periode, wenigstens in ihren konsequentesten Formen, dem reinen Atheismus und Materialismus, wie sie von den französischen Philosophen gelehrt wurden, beim schwedischen Volke kaum finden. Auf die schwedische Landeskirche im allgemeinen wirkte der Rationalismus hauptsächlich in der Form der deistischen Weltanschauung, wie sie von dem deutschen Philosophen Christian Wolff ausgebildet worden war. Die Wolffsche

Philosophie suchte die Vernunftgemäfsheit des Christentums zu demonstrieren und gelangte auf diese Weise zu einer sogenannten natürlichen Theologie, die in ihren Konsequenzen alle positiven Sätze des Christentums strich und das Ganze auf einige allgemeine Thesen von einem persönlichen höchsten Wesen, von der Unsterblichkeit der Seele und der Tugend als einer sittlichen Vollkommenheit, die der Mensch aus eigener Kraft erwerben könne, reduzierte. Diese Richtung, die in der lutherischen Kirche Deutschlands siegreiche Fortschritte machte, begann sich am Schlusse der Freiheitszeit auch unter der schwedischen Geistlichkeit zu verbreiten und veranlafste Predigten, die darauf hinausgingen, durch rednerische Kunst oder Sentimentalität allgemeine moralische Sätze einzuschärfen.

Auf dem Reichstage des Jahres 1741 erfuhr der herrschende Religionszwang seine erste Einschränkung; es wurde nämlich eine Verordnung erlassen, wonach auswärtige Mitglieder der reformierten Kirche das Recht erhielten, in Schweden einzuwandern und ihren Gottesdienst hier frei auszuüben. Sie durften in den Seestädten des Reiches mit Ausnahme von Karlskrona Kirchen errichten und erhielten volle bürgerliche Rechte, jedoch mit der Ausnahme, dafs sie kein Amt bekleiden und nicht zu Reichstagsabgeordneten gewählt werden konnten. Das wirtschaftliche Interesse hatte die Stände dazu veranlafst, gegen den Willen des geistlichen Standes einen Anfang zur Toleranz zu machen. Erst später, im Zusammenhang mit dem Eindringen des Rationalismus, wurden Anträge auf ausgedehntere Religionsfreiheit von einem prinzipielleren Standpunkte aus laut, konnten jedoch damals in der Gesetzgebung keinen weiteren Erfolg erzielen.

Die Entwicklung, welche die Kirche in der Freiheitszeit genommen hatte, bestand also weniger in einer Änderung der Formen als in einer Änderung des Geistes. Diese Veränderung beruhte unzweifelhaft auf einer Abschwächung der Macht, welche der alte landeskirchliche Glaube und Gottesdienst über die Sinne besessen hatten und in einer Hinlenkung der geistigen Interessen auf neue Gegenstände. Wenn auch der lutherisch orthodoxe Geist, besonders bei den tiefen Volksschichten, noch immer sehr stark war, so war es doch sein scharfer Gegensatz, die kritisch-rationali-

stische, weltfrohe und weltliebende Aufklärungsanschauung, die der geistigen Entwicklung jenes Jahrhunderts ihren hervorstechendsten Charakter, ihre Färbung und ihren Glanz verlieh und auf dem Gebiete der Wissenschaft, der Literatur und der Kunst dem schwedischen Volke die herrlichsten Kulturfrüchte jener Zeit schenkte.

Neuntes Kapitel.

Der Krieg mit Preufsen und die Auflösung der Hutpartei.

Nach dem Triumph der Stände im Jahre 1756 trat der Rat in noch höherem Mafse als je zuvor als eigentliche Regierung auf. In dem königlichen Namensstempel besafs er ein zuverlässiges Mittel zur Ausfertigung seiner Beschlüsse, selbst wenn der König seine Unterschrift verweigerte. Zur Niederwerfung jeder inneren Aufstandsbewegung, die nach seiner Ansicht die Freiheit bedrohte, war er berechtigt, alle geeigneten Hilfsmittel zu ergreifen, sogar die Militärmacht aufzubieten und aufserordentliche Gerichtshöfe einzusetzen. Die Stände hatten ihm in den schmeichelhaftesten Ausdrücken ihr Vertrauen kundgegeben, und im Rate gab es keine bedeutenderen Meinungsverschiedenheiten, wenn auch keine vollständige Einigkeit in ihm herrschte.

Nichtsdestoweniger befand sich der Rat in einer recht unangenehmen Lage. Sein Verhältnis zum Könige war natürlich ein äufserst gespanntes, wenn letzterer es auch nicht mehr wagte, sich seinen Ratgebern offen zu widersetzen. Er kam nur selten zu den Sitzungen und machte selbst den Rat darauf aufmerksam, den Namensstempel zu benutzen, wenn er den Beschlüssen nicht zustimmen wollte. Der Rat seinerseits suchte wichtigere Gegenstände empfindlicherer Natur der Kenntnis des Königs so lange wie möglich vorzuenthalten, um ihm keine Gelegenheit zu geben, die Pläne des Rates zu verraten oder ihnen entgegenzuarbeiten. Ein Zusammenarbeiten von König und Rat fand daher nur in äufserst geringem Umfange statt, ging jedoch nunmehr ohne offenbare Konflikte vor sich. Anders war es jedoch mit dem Ver-

hältnis des Rates zur Königin. Sie war zwar genötigt, ihren Hafs und ihre Herrschsucht einigermafsen im Zaume zu halten, ihr Stolz war jedoch derselbe geblieben wie früher; den Reichsräten gegenüber legte sie eine so offenbare Verachtung an den Tag, dafs diese zu Anfang des Jahres 1757 das förmliche Übereinkommen trafen, weder selbst der Königin ihre Aufwartung zu machen noch ihren Frauen zu gestatten, dies zu tun. Die von den Ständen ernannten Kavaliere und Lehrer der jungen Prinzen wurden vom Königspaare mit verletzender Unhöflichkeit behandelt, während diejenigen, die unter der Verfolgung der Ratspartei zu leiden gehabt hatten, mit offenkundigen Gnadenbezeigungen bei Hof empfangen wurden, und die Offiziere, die in den Revolutionsversuch mit verwickelt gewesen waren, soweit es anging, vom Könige, ohne dafs sie vorgeschlagen waren, befördert wurden.

Der Rat war von der offenbaren Rachsucht des Hofes um so mehr beunruhigt, als er sich der Haltung der grofsen Masse keineswegs sicher fühlte. Überall witterte er aufrührerische Anschläge und hochverräterische Pläne. In Dalekarlien, das eine besonders verdächtige Gegend war, wurde ein förmliches Spionier-system eingeführt, und bei den geringsten beunruhigenden Anzeichen war der Rat entschlossen, die schärfsten Mittel anzuwenden, die zu seiner Verfügung standen. So reichten einige unbewiesene Anzeigen, man habe sich über den Rat in herabsetzender Weise geäufsert, hin, den Rat im Herbst 1757 zur Einsetzung einer besonderen Kommission unter dem Reichsrat Palmstierna zu veranlassen. Die Kommission trat diesmal zwar nicht in Tätigkeit, aber im Sommer des folgenden Jahres hatte sie sich mit einigen revolutionären Umtrieben, denen man endlich in Värmland und Dalekarlien auf die Spur gekommen war, zu befassen. Die Hauptperson hierbei war ein ruinierter Grubenbesitzer, Jöns Landberg, der sich im Verein mit einigen untergeordneten Hofbedienten auf hochverräterische Pläne eingelassen und auch Gelegenheit gefunden hatte, Adolf Friedrich seine Aufwartung zu machen. Das Ganze war ein sinnloses und unreifes Vorhaben, das nicht die mindeste Bedeutung hatte, man suchte jedoch aus ihm so viel wie möglich zu machen. Eine Menge Zeugen wurden verhört und eine Masse Personen in den Prozefs hineingezogen.

Landberg starb im Gefängnis, noch bevor der Prozefs abgeschlossen war, vier andere Personen, unter ihnen der junge Sohn Landbergs, wurden zum Tode verurteilt, welche Strafe auf dem Gnadenweg in Gefängnis umgewandelt wurde, andere wurden mit Ächtung, Stäupen, kürzerer Gefängnishaft usw. bestraft. Der Prozefs hatte das Aussehen einer Parteiverfolgung und trug keineswegs zur Vermehrung des Ansehens des Rates bei.

Bei der inneren Regierung zeigten sich im übrigen mehrfache Symptome, die auf Mängel im geltenden System hinwiesen. Besonders waren die fortwährende Erhöhung des Wechselkurses und der grofse Getreidemangel beunruhigende Anzeichen dieser Art. Als die Regierung kurz nach Schlufs des Reichstages beim Wechselkontor eine gröfsere Anzahl Wechsel zu vorher verabredetem Preise behufs Ankaufs von ausländischem Getreide erstehen wollte, erklärte sich das Kontor zur Erfüllung des Kontraktes, den es einige Wochen vorher abgeschlossen hatte, aufserstande und kündigte denselben. Nun schlofs der Rat einen Kontrakt mit einem neuen Wechselgeschäft, dessen hervorragendstes Mitglied der Kaufmann H. König war. Da aber auch dieses schon nach einem Jahre aufhörte, schlofs der Rat 1758 einen neuen Kontrakt mit den alten Geschäftsteilhabern, Kiermann und Genossen, dem fünften und letzten Wechselkontor, zu Bedingungen, die für den Staat noch drückender waren als die vorigen. Zur Aufbesserung der Handelsbilanz und zugleich auch zur Herabsetzung des Wechselkurses erliefs die Regierung im November 1756 eine strenge Verordnung, welche nicht nur die Einfuhr einer Masse solcher Artikel verbot, die von den Ständen für Luxusartikel erklärt worden waren, sondern auch den Import von Südfrüchten, Wein, Kaffee, Tee und Kakaobohnen usw. Das war das erste Kaffeeverbot in der Geschichte Schwedens; dasselbe griff in das Privatleben, für welches dieser Trank bereits ein Bedürfnisartikel geworden war, tief ein. Dies Verbot konnte daher nicht lange aufrechterhalten werden. Einige Wochen darauf wurde ein Verbot der Branntweinbrennerei erlassen und zwar nicht blofs, wie die Stände gewünscht hatten, bis zur nächsten Ernte, sondern bis auf weiteres. Dies waren radikale Mafsnahmen, die zwar zu einer zeitweiligen Verbesserung der ökonomischen Lage bei-

trugen, die jedoch die Popularität des Rates keineswegs kräftigten.

Die wichtigste Frage, deren Lösung der Ratsregierung oblag, betraf indessen die auswärtige Stellung Schwedens. Die hohe Politik, die Schweden einige Jahre in Ruhe gelassen hatte, nahte sich ihm von neuem mit ihren Verlockungen und Gefahren. 1755 war infolge des Konfliktes wegen der Kolonien in Amerika und Indien zwischen England und Frankreich der Krieg ausgebrochen. Derselbe bedrohte den europäischen Kontinent zwar nicht direkt, aber die gewaltsamen Maßregeln, die sich England gegenüber dem Handel der neutralen Mächte erlaubte, zwangen letztere, Anstalten zum Schutze ihres Handels zu treffen. Die beiden skandinavischen Mächte hatten in diesem Falle, ebenso wie vorher in den neunziger Jahren, gemeinsame Interessen wahrzunehmen; sie schlossen deshalb im Juli 1756 eine Konvention, mit vereinten Kräften ihren Handel vor den Kapereien der Kriegführenden zu schützen. Im Herbste kreuzte ein vereinigtes schwedisch-dänisches Geschwader eine Woche lang im Fahrwasser zwischen Norwegen und Jütland, und dasselbe wiederholte sich auch im folgenden Jahre.

Ungefähr gleichzeitig mit dem Abschlusse dieser Konvention begann der Krieg auf das europäische Festland überzugreifen. Um dies zu verhindern, hatten sich England und Preußen im Anfang jenes Jahres geeint, den Frieden Deutschlands gemeinsam zu schützen. Dieses Übereinkommen, das den Wunsch Frankreichs, Hannover anzugreifen und die Pläne Österreichs, Schlesien wiederzuerobern, durchkreuzte, hatte aber die ungeahnte Wirkung, daß sich die alten Gegner, Frankreich und Österreich, einander näherten und im Mai desselben Jahres den bekannten Vertrag zu Versailles abschlossen. Dem äußeren Scheine nach hatte dieser Vertrag zwar einen defensiven Charakter, er bildete jedoch offenbar den Ausgangspunkt zu einer Koalition, die es darauf absah, über Preußen herzufallen und es zu vernichten. Die Unterhandlungen dieserhalb wurden zwischen den Kabinetten in Wien und Paris eifrig betrieben, und auch die russische Kaiserin Elisabeth, die Friedrich II. haßte und in intimer Verbindung mit Österreich stand, war entschlossen, sich einer derartigen Koalition an-

zuschliefsen. Friedrich beschlofs, dem drohenden Angriffe zuvorzukommen, und fiel Ende August 1756 völlig unerwartet in Sachsen ein.

Der hiermit zum Ausbruch gekommene Krieg mufste offenbar die Interessen Schwedens nahe berühren. Die Stände, die bald darauf auseinandergingen, gaben dem Rat die Vollmacht, etwaige günstige Konjunkturen zur Förderung und Mehrung des Reiches auszunutzen. Gleich nach Schlufs des Reichstages, im November, wurde auch Schweden von Frankreich und Österreich aufgefordert, als eine der Garantiemächte des Westfälischen Friedens gegen den König von Preufsen eine Erklärung abzugeben und auf dem deutschen Reichstage mit seiner ihm für Pommern zustehenden Stimme für die Ächtung dieses Königs zu stimmen. Hiermit beabsichtigte man zunächst, die Befürchtungen des protestantischen Deutschlands, das bei den beiden Verbündeten Österreich und Frankreich katholische Pläne argwöhnte, zu zerstreuen und die Sympathien zu zerstören, die deshalb dem Könige von Preufsen entgegengebracht werden konnten. Aber eine derartige Erklärung schwedischerseits bedeutete natürlich auch eine Abweichung von den Forderungen der strikten Neutralität und konnte leicht eine Veranlassung dazu werden, dafs Schweden, was die Verbündeten auch hofften, vollständig in den Krieg mithineingezogen wurde.

In diesem Augenblicke kam es darauf an, ob der Rat die Kraft und die Einsicht besafs, die eine wirklich gesunde und nationale Staatskunst erforderte, oder nicht. Gegen jeden herausfordernden Schritt sprachen das Bedürfnis des Landes nach Frieden, seine schlechten Finanzen und seine schwache Armee, ferner die Gefahr, dafs eine eventuelle auswärtige Niederlage eine verhängnisvolle Rückwirkung auf die inneren Parteiverhältnisse ausüben könnte, sowie das Fehlen jedes rechtmäfsigen Grundes für einen Angriff auf Preufsen. Aufserdem konnte es nicht im Interesse Schwedens liegen, seine Hand dazu zu bieten, dafs die einzige Macht, die im nördlichen Europa Rufsland die Spitze bieten konnte, vernichtet oder geschwächt würde. Dänemark, der Verbündete Schwedens bei der bewaffneten Neutralität zur See, an das man eine ähnliche Aufforderung wie an Schweden gestellt hatte, wies dieselbe seinerseits bestimmt zurück, und sein leitender

Staatsmann Bernstorff lud die schwedische Regierung ein, sich mit der dänischen auch in diesem neuen Kriege zur Aufrechterhaltung einer vollständigen Neutralität zu vereinigen. Aber der Wunsch, Frankreich, von dem Schweden jahrzehntelang Subsidien erhalten hatte, zu Gefallen zu leben, und das Verlangen, sich an König Friedrich wegen seiner Einmischung in den schwedischen Parteikampf zu rächen und das Königspaar zu demütigen, wozu noch die verführerische Gelegenheit kam, noch einmal im Rate der europäischen Großmächte laut mitreden zu dürfen, überwanden die Bedenken der schwächlichen Parteiregierung. Höpken, der in diesem Falle ausschlaggebend war, glaubte außerdem, man würde nicht weiter als bis zu einer solchen ungefährlichen Erklärung zu gehen brauchen. Nachdem der Rat von den Verbündeten die Zusicherung erhalten hatte, sie würden Schweden, falls es angegriffen würde, beistehen, wurde die Konvention am 21. März 1757 zu Stockholm abgeschlossen. Schweden und Frankreich gaben hierauf in Regensburg die gemeinsame Erklärung ab, sie wollten für die Aufrechterhaltung der religiösen und politischen Freiheit des deutschen Reiches entsprechend den Bestimmungen des Westfälischen Friedens Sorge tragen.

Würde es der Rat bei diesem Schritte bewenden lassen können? Bald stellten sich neue Verlockungen ein. Schweden mußte seiner Erklärung durch die Aufstellung einer Armee in Pommern, um die sich die protestantischen Stände Norddeutschlands in Einigkeit scharen konnten, Nachdruck verleihen. Frankreich und Österreich übernahmen die Kosten und versprachen Schweden als Belohnung die Wiedergewinnung von ganz Pommern. Der Vorschlag hatte das Aussehen, als ob es sich nur um eine militärische Demonstration handelte, man konnte sich jedoch nicht täuschen, daß es damit auf eine förmliche Teilnahme am Kriege abgesehen war, was ja auch im Verlaufe der folgenden Verhandlungen klar zutage trat. Frankreich hatte sich nun seinerseits dazu entschlossen, seine Streitkräfte gegen Preußen marschieren zu lassen; die Kabinette in Paris und Wien einigten sich hinsichtlich einer förmlichen Teilung der preußischen Länder, wobei auch Schweden mit seinem Anteil bedacht wurde. Auch Rußland hatte sich nun definitiv entschieden und forderte eben-

falls Schweden auf, sich am Kampfe und an der darauffolgenden Plünderung zu beteiligen.

Nach der Auffassung des 18. Jahrhunderts, wonach die Vergrößerungspolitik ohne Rücksicht auf die Grenzen des Volkstums oder auf historisch eingebürgerte Verhältnisse zu den Hauptaufgaben eines Staatsmannes gehörte, waren dies unleugbar glänzende Konjunkturen. Der Untergang Friedrichs II. schien bei einem Angriffe seiner furchtbaren Gegner besiegelt zu sein, und auch England, glaubte man, würde ihm keine wirkliche Hilfe bringen können, da es in Amerika, in Indien und auf allen Weltmeeren vollauf zu tun hatte, unter einer unerhörten Staatsschuld litt und durch innere Parteikämpfe geschwächt war. Nichtsdestoweniger herrschte innerhalb des Rates grofse Unschlüssigkeit. Niemand konnte sich dem Gefühl der Verantwortung entziehen, das Reich ohne das ausdrückliche Einverständnis der Stände, ohne eigene Kräfte und ohne rechtmäfsigen Grund in einen Krieg zu verwickeln. Dem stand jedoch die Verantwortung gegenüber, eine nach damaligen Begriffen glänzende Gelegenheit zur Hebung des Reiches nicht ausgenutzt zu haben. Zwischen diesen Befürchtungen schwankte der Rat hin und her. Hauptsächlich litt der Kanzleipräsident, dessen gesamte Begabung mehr im theoretischen Zerlegen der Gründe für und wider, als in einem praktischen staatsmännischen Blicke und einer Befähigung zur Initiative lag, schwer unter der unerhörten Verantwortung, die mit dieser Wahl verknüpft war. Zeitweise entzog er sich den Sitzungen des Rates und weilte auf dem Lande, indem er die Rücksicht auf seine Gesundheit vorschützte. Nach dem Eintreffen der Nachricht vom Siege Friedrichs bei Prag erklärte er, er könne keinen Schritt weiter als die Märzerklärung gehen. Als jedoch die Majorität des Rates sich geneigt zeigte, das Anerbieten der Alliierten anzunehmen, konnte Höpken diesen seinen Standpunkt nicht mit genügender Entschiedenheit festhalten, und am 22. Juni 1757 faſste der Rat den einstimmigen Beschluſs, ohne Verzug Truppen nach Pommern zu senden.

Am 22. September wurde zu Stockholm der Vertrag unterzeichnet, dem zufolge Frankreich versprach, im ersten Jahre 4 200 000 Livres, und in den folgenden Kriegsjahren je drei Viertel

dieser Summe zu bezahlen unter der Bedingung, dafs Schweden mit 20000 Mann am Kriege teilnehme. In einem besonderen Versicherungsdokument verpflichteten sich Frankreich und Österreich, Schweden alle seine früheren Besitzungen in Pommern wiederzuverschaffen.

* * *

Schweden war für einen Krieg keineswegs vorbereitet. Es hatte zwar grofse Summen für Festungen und für die Schärenflotte geopfert, aber die Armee war in Verfall geraten, die Soldaten waren ohne Übung, die Offiziere nach dem Dienstalter befördert und an die Kriegsstrapazen nicht gewöhnt, Artillerie und Train mangelhaft. Da der Krieg ohne Beteiligung der Stände beschlossen worden war, hatte die Regierung aufser den ausbedungenen Subsidien nur über den Bankkreditbrief von 30 Tonnen Gold, den die Stände für unvorhergesehene Ereignisse angewiesen hatten, sowie über die Ersparnisse, die man vielleicht an anderen Budgetposten machen konnte, zu verfügen. Sie hatte indessen während des Sommers Truppen nach Pommern hinüberschaffen lassen. Zum höchsten Befehlshaber war der 68jährige Feldmarschall Ungern-Sternberg ausersehen. Dieser hatte nur geringe Kriegserfahrung und aufserdem unter den Gebrechen des Alters zu leiden; aber der Rat hoffte gerade durch die Wahl eines anerkannten, wenn auch gemäfsigten Mitgliedes der Mützen dem Kriegsunternehmen den Anschein geben zu können, als stehe es hoch über den Parteistreitigkeiten.

In der Zwischenzeit, wo Ungern-Sternberg sich durch eine Badekur für seine neue Aufgabe zu kräftigen suchte, führte der Generalleutnant Jakob Albrecht von Lantingshausen, der auch an der Spitze der Intendantur stand, eine Zeitlang den Oberbefehl. Lantingshausen besafs ein ungewöhnliches Organisationstalent; sein Verdienst war es auch, dafs die nach Pommern gesandten Truppen nach und nach einigermafsen kriegsbrauchbar wurden, denn ihre Ausrüstung, die sie aus der Heimat mitbrachten, war unter aller Kritik. Den Regimentern fehlte es oft bei ihrer Ankunft am Notwendigsten. Der Train war äufserst mangelhaft, und an Wagenpferden herrschte ein solcher Mangel, dafs man zur Fort-

schaffung der Habseligkeiten des Heeres Vorspann aufbieten mufste. Die Kavallerie war besonders schlecht, und ihre Pferde waren so elend oder von der Überfahrt so mitgenommen, dafs sie zum Teil ausrangiert werden mufsten. Leichte Truppen sowie Belagerungsartillerie fehlten vollständig. Da die Truppen noch dazu uneingeübt waren, schon von vornherein Krankheiten unter ihnen ausbrachen und jede Spur von Begeisterung für den Krieg fehlte, konnte man vom Auftreten dieses Heeres nicht viel erwarten.

Aber der Krieg war auch nicht auf wirkliche Anstrengungen schwedischerseits berechnet. Im Herbst 1757 war die Stellung Friedrichs eine derartige, dafs man in Stockholm nur von einem militärischen Spaziergange zur Besitznahme der erhofften Beute träumte. Bereits im Juni waren die Preufsen nach der Schlacht bei Kollin aus Böhmen vertrieben worden. Im August rückten die Russen in Ostpreufsen ein und brachten einem preufsischen Heere bei Grofs-Jägerndorf eine gründliche Niederlage bei. Im nordwestlichen Teile Deutschlands besetzte eine französische Armee unter dem Herzoge von Richelieu die preufsischen Besitzungen am Rhein und veranlafste durch die Konvention von Kloster-Zeven die hannoversche Armee, sich ohne Schwertstreich zurückzuziehen und das Land bis zur Elbe in den Händen der Franzosen zu lassen. Eine zweite französische Armee, die sich mit dem deutschen Reichsheere vereinigt hatte, ging durch Thüringen auf Sachsen los, während die Österreicher von Böhmen aus in Schlesien einrückten. König Friedrich schien rettungslos verloren zu sein. Unter solchen Umständen hatte er gar keine Truppen, die er den Schweden entgegenstellen konnte, und in Stettin lag nur eine schwache und unzuverlässige Besatzung.

Am 13. September überschritten die Schweden die Peene. Die kleinen Schanzen, die auf preufsischer Seite die Brückenübergänge bei Anklam und Demmin deckten, sowie die Schanze Peenemünde auf Usedom wurden ohne Schwierigkeit besetzt, worauf sich die schwedischen Truppen über das preufsische Pommern und die Inseln Usedom und Wollin ergossen. Anfang Oktober traf Ungern-Sternberg im Hauptquartier ein und übernahm den Oberbefehl. Die Regierung lebte der Hoffnung, er würde Stettin erobern, die Preufsen schlagen und bis Berlin vordringen können,

um dem König Friedrich den Gnadenstoſs zu versetzen. Ein französischer Offizier, der Marquis de Montalembert, der von Richelieu ins schwedische Hauptquartier entsandt worden war, um dem Heere als militärischer Ratgeber zu folgen, riet gleichfalls dazu, auf Berlin zu marschieren und, im Falle man auf einen überlegenen Feind stoſsen sollte, sich hinter die Elbe zurückzuziehen und sich mit den Franzosen zu vereinen. Das schwedische Heer rückte zwar, ohne auf Widerstand zu stoſsen, bis Ferdinandshof vor, aber es befand sich in einem derartigen Zustand, daſs jeder Gedanke an eine Belagerung oder an ein Unternehmen, das schnelle Märsche erforderte, unmöglich war; die ganze Armee war offenbar aufs Spiel gesetzt, falls eine stärkere feindliche Heeresabteilung herannahte. Ungern-Sternberg weigerte sich deshalb entschieden, dem Rate Montalemberts Folge zu leisten. Die Stellung änderte sich schnell mit dem glänzenden Siege Friedrichs über die französisch-deutsche Armee bei Roſsbach und dem plötzlichen Rückzuge der Russen aus Ostpreuſsen. Ungern-Sternberg entschloſs sich nun trotz des bestimmten Befehles seiner Regierung, über die Peene zurückzugehen. Es war hohe Zeit. Ende November rückte ein überlegenes preuſsisches Armeekorps unter Lehwaldt gegen die Schweden vor und eroberte Wollin wieder. Da eine starke Kälte um die Weihnachtszeit den Peeneflufs und die umliegenden Sümpfe mit Eis bedeckte, lag den Preuſsen das ganze Land offen. Ungern-Sternberg muſste schleunigst und mit bedeutenden Verlusten an Vorräten und Kanonen die Armee hinter die zerfallenen Festungswerke Stralsunds zurückziehen, von wo aus der gröſsere Teil nachher nach Rügen gebracht wurde. Gleichzeitig eroberte Friedrich II. nach der Schlacht bei Leuthen ganz Schlesien wieder, König Georg kündigte die Konvention von Kloster-Zeven, und die hannoverschen Truppen unter Ferdinand von Braunschweig trieben die Franzosen von der Elbe bis hinter die Aller zurück.

Dieser schmähliche Ausgang des Feldzuges, an den man so groſse Hoffnungen geknüpft hatte, rief beim Rate in Stockholm die äuſserste Erbitterung hervor. Er wollte die Notwendigkeit des Rückzuges nicht zugeben und erklärte, Ungern-Sternberg hätte dem Rate Montalemberts folgen sollen. Die Ähnlichkeit mit dem

Feldzuge des Jahres 1742 war in die Augen fallend. Die Kapitulation der Armee und eine furchtbare Abrechnung mit den Kriegsurhebern, vielleicht ein innerer Aufstand, der die ganze Verfassung umstürzen würde, das schien voraussichtlich das Resultat des ganzen Feldzuges werden zu sollen. Die Furcht hiervor veranlafste den Rat zu der ungewöhnlichen, kraftvollen Mafsnahme, Ungern-Sternberg den Oberbefehl abzunehmen und ihn dem Reichsrat Rosen zn übertragen, der wenigstens ein zuverlässiges Mitglied der Hutpartei war und die Absichten der Regierung genau kannte.

Der neue Oberbefehlshaber, der in seiner Jugend zu den tapferen Begleitern Karls XII. gehört hatte, seitdem aber keine Kriegserfahrung gesammelt hatte, war jetzt beinahe siebzig Jahre alt. Die Armee hatte damals gerade ihre Winterquartiere in Stralsund und auf Rügen bezogen. Überfüllung und Mangel an Lebensmitteln hatten gleich zahlreiche Erkrankungen zur Folge. Infolge der Kälte fror die Meerenge zwischen Rügen und dem Festlande zu, so dafs die Soldaten zur Verhinderung eines feindlichen Überganges gezwungen waren, unter grofsen Anstrengungen mehrere Meilen lange Rinnen ins Eis zu sägen und offenzuhalten. Im April war der dritte Teil der gesamten Armee als krank gemeldet. Selbstverständlich konnte Rosen unter solchen Umständen den eifrigen Aufforderungen Höpkens, die Preufsen anzugreifen, die Blockade zu durchbrechen und sich auf Eilmärschen durch Mecklenburg mit einer von Richelieu entsandten französischen Truppenabteilung zu vereinigen, kein Gehör schenken. Im Gegenteil wurde die Schanze Peenemünde, welche die Schweden bis dahin besetzt gehalten hatten, im März von den Preufsen zurückerobert, und ein Versuch, sie wieder zu nehmen, führte blofs zu weiteren Verlusten. Trotz Not und Krankheiten arbeitete man während des Winters nicht ohne Erfolg an der Aufbesserung des Heeres. Die Soldaten wurden durch tägliches Exerzieren eingeübt, ein Anfang mit der Aufstellung von leichten Truppen gemacht und die Befestigungswerke Stralsunds verstärkt.

Die Hoffnungen des Rates auf einen schnellen Abschlufs des Krieges waren nun bedeutend geringer, und er mufste sich nach weiteren Geldmitteln für einen neuen Feldzug umsehen. Die

französischen Subsidien hatten natürlich zur Bestreitung der Kosten nicht ausgereicht, und der von den Ständen angewiesene Kredit war schon lange aufgebraucht. Den Reichstag wagte man nicht einzuberufen und wollte es auch nicht. Statt dessen veranlaſste der Rat die Bankbevollmächtigten, dem Staate auf eigene Faust eine Anleihe vorzuschieſsen. Es galt dies als ein äuſserster Notbehelf, aber dieses Mittel wurde in der Folgezeit immer wieder von neuem angewandt. Ein anderer Ausweg zur Geldbeschaffung war die Einrichtung einer Staatslotterie, deren Gewinne in Staatsobligationen statt in barem Gelde ausgezahlt wurden. Da aber auch diese Mittel nicht hinreichten, schenkte der Rat einem neuen Anerbieten Frankreichs, die Subsidien unter der Bedingung zu erhöhen, daſs Schweden fernere 10000 Mann ins Feld stelle, Gehör. Schweden sollte nun mit 30000 Mann in Pommern auftreten. Dies war unmöglich; der Rat wollte jedoch noch einige Regimenter nach Pommern senden, um die im Heere entstandenen Lücken auszufüllen und es auf eine Stärke von einigen 20000 Mann zu bringen; er hoffte, Frankreich werde sich damit begnügen. Im April 1758 wurde das neue Abkommen mit Frankreich abgeschlossen.

Im Juni 1758 hoben die Preuſsen endlich die Blockade Stralsunds auf und räumten Pommern. Hiermit wurde das schwedische Heer von seinen Fesseln befreit, und ein neuer Feldzug konnte beginnen. Seine Leitung sollte Rosen nicht übernehmen. Er war des immerwährenden Tadels, der ihm von Schweden aus gemacht wurde, satt und verzweifelte an der Möglichkeit, etwas ausrichten zu können. Er hielt es deshalb für das Beste, seiner Verabschiedung durch die freiwillige Niederlegung des Oberbefehls zuvorzukommen. Den Oberbefehl übernahm der Generalleutnant Graf Gustav David Hamilton, ein erfahrener und allgemein beliebter Offizier, der noch in seiner vollen Kraft stand, aber auch kein gröſseres Genie war. Der neue Feldzugsplan war ziemlich unbestimmt. Hamilton sollte so weit wie möglich ins Feindesland vorrücken, Kriegssteuern erheben und ein Treffen anbieten, im übrigen aber die Ereignisse auf den gröſseren Kriegsschauplätzen abwarten, um danach zu beurteilen, ob ein Zusammenwirken entweder mit den Russen, den Österreichern oder den Franzosen möglich wäre. Der Feldzug

wurde Ende Juli mit der Wiedereroberung der Schanze Peenemünde eröffnet. Mitte August brach Hamilton mit der Hauptarmee von ungefähr 16000 Mann in Preußisch-Pommern ein. Hier erreichte ihn ein Schreiben des russischen Generals Fermor, der Küstrin belagerte, worin ihn derselbe zu gemeinsamem Vorgehen aufforderte; er änderte deshalb seine Marschroute und schlug die Richtung nach der Oder zu ein. Als sich jedoch die Russen nach der Schlacht bei Zorndorf zurückzogen, gab Hamilton diesen Plan auf und schenkte statt dessen einem von Wien aus gemachten Ersuchen Gehör, wonach sich die Schweden mit der österreichischen Armee, die unter Dauns Kommando in Sachsen stand, vereinigen sollten. Hamilton marschierte deshalb über Prenzlau nach Neu-Ruppin und nahm daselbst am 22. September eine starke Stellung ein, während ein vorgeschobener Posten von 800 Mann unter Major de Carnall bei Fehrbellin Aufstellung nahm. Hier wollte er die Gelegenheit abwarten, um sich auf dem Wege über Berlin mit Daun zu vereinigen. Es war dies eine ziemlich gefährliche Stellung, weil sie allzusehr vorgeschoben war und die Verbindung mit dem eigenen Lande leicht abgeschnitten werden konnte. In Schweden begrüßte man indessen Hamiltons kühnen Vormarsch mit Jubel. Jetzt endlich, glaubte man, würde es zu einer großen und entscheidenden Schlacht kommen.

Zum Schutze Berlins sandte Friedrich II. von Sachsen aus den General Wedell mit 5 bis 6000 Mann. Wedells Kavallerie stieß bei Tarnow auf eine an Zahl unterlegene schwedische Furagierungsabteilung, die zum Teil niedergemacht oder gefangengenommen wurde. Als kurz darauf Wedell die schwedische Vorhut bei Fehrbellin angriff, gingen die Schweden unter tapferem Straßenkampf nur schrittweise zurück, bis Verstärkung anlangte, worauf sich die Preußen zurückzogen. Die schneidige Verteidigung von Fehrbellin kostete den Schweden 345 Mann. Mit größerem Erfolg suchten die preußischen Husaren die Verbindung des schwedischen Heeres mit Pommern abzuschneiden und die Zufuhr zu verhindern, wodurch seine Stellung mit jedem Tage gefährlicher wurde. Als König Friedrich schließlich Daun zwang, nach Böhmen zurückzugehen, war der Zweck eines längeren Verbleibens Hamiltons in Neu-Ruppin verfehlt; am 10. Oktober brach er auf und

marschierte nach Prenzlau zurück, um von neuem ein Zusammenwirken mit den Russen, die jetzt Kolberg belagerten, zu versuchen. Als sich aber Fermor im Spätherbst, ohne sich um die Schweden zu kümmern, an die Weichsel zurückzog, wurde auch dieser Plan zunichte, und es blieb Hamilton nichts anderes übrig, als über die Peene zurückzugehen. Der Rat, der die Kunde vom Einzug der Schweden in Berlin erwartet hatte, war über den Rückzug Hamiltons äufserst erbittert. Höpken überhäufte ihn mit beschimpfenden Vorwürfen, so dafs Hamilton um seine Entlassung aus dem Kriegsdienst einkam, die auch bewilligt wurde. Der Oberbefehl ging alsdann auf Lantingshausen über.

Kurz nachdem die Schweden über die Peene gegangen waren, kam ein gröfseres preufsisches Armeekorps nach Pommern und zwang das schwedische Heer, wie im Winter vorher, zum Rückzug nach Stralsund und Rügen. Die Besatzungen von Anklam und Demmin konnten nicht zeitig genug zurückgezogen werden und mufsten kapitulieren. Dasselbe Geschick traf im Frühjahr die Besatzung der Schanze Peenemünde, die von den Preufsen zum ersten Male wiedererobert und bei dieser Gelegenheit zerstört wurde. Die engen Winterquartiere hatten auch diesmal ebenso zahlreiche Erkrankungen zur Folge, wie im vorigen Winter; da jedoch die Preufsen zu einer Belagerung von Stralsund zu schwach und auch die Eisverhältnisse für einen Übergang nach Rügen ungünstig waren, brauchte man eine Kapitulation weniger zu befürchten. Der Feldzug hatte indessen mit ungefähr demselben Resultat geendet, wie der vorjährige. Alle Hoffnungen auf Sieg und Eroberungen waren wieder gründlich zuschanden geworden; der Rat begann endlich einzusehen, dafs er sich sowohl hinsichtlich der Stärke seiner Verbündeten, wie auch der Widerstandskraft Friedrichs II. gründlich verrechnet hatte.

Der Krieg gegen Preufsen war durchaus kein nationales Unternehmen. Das schwedische Volk verhielt sich, solange es von der Schwere des Krieges nicht härter getroffen wurde, ihm gegenüber ziemlich gleichgültig. Der grofsartige Kampf Friedrichs II. mit der Übermacht rief auch in Schweden Bewunderung und Sympathie hervor. Viele verständige Patrioten verurteilten den Krieg als ungerechtfertigt und als ein Abweichen von jeder gesunden

Staatskunst. Wahrscheinlich wäre jedoch der Tadel verstummt, falls die Pläne und Berechnungen des Rates den gewünschten Erfolg gehabt hätten. Aber statt Ehre und Eroberungen hatte man bis jetzt nur Schande und Verluste aufzuweisen, und der Krieg schien noch nicht so bald ein Ende nehmen zu wollen. Sein unglücklicher Einfluſs auf die inneren Verhältnisse Schwedens begann sich immer deutlicher bemerkbar zu machen. Zur Fortsetzung des Krieges blieb dem Rate kein anderes Mittel übrig, als den Weg des ungesetzlichen Schuldenmachens weiter zu beschreiten, und auf diese Weise die Last seiner Verantwortung noch zu erhöhen. Ende 1758 waren von den französischen Subsidien über 2 600000 Livres noch nicht bezahlt, und die französische Regierung machte überdies die Mitteilung, daſs sie für die folgenden Jahre den verabredeten Betrag herabsetzen müsse. Zwischen dem Rate und dem höheren Kriegskommando war eine starke Spannung eingetreten, und die Erbitterung der Offiziere über die scharfen, tadelnden Vorwürfe, die ihnen vom Rate und speziell vom Kanzleipräsidenten gemacht worden waren, hatte einen solchen Grad erreicht, daſs Höpken sich gezwungen sah, in einem Briefe sich zu entschuldigen und einem Teil seiner Worte eine andere Deutung zu geben, sowie für die Zukunft sich jeder besonderen Einmischung in die Leitung des Krieges zu enthalten. Noch stärker war die Spannung zwischen dem Rat und dem Hofe, der ziemlich unverblümt seiner Freude über die Siege Friedrichs und die Niederlagen der schwedischen Waffen Ausdruck gab. Der Rat hatte sogar die Königin im Verdacht, daſs sie ihrem Bruder von den Plänen der schwedischen Regierung und den Zuständen in Schweden Mitteilung mache. Die gleichzeitig entdeckten revolutionären Anschläge vermehrten noch die Unruhe.

Unter solchen Verhältnissen war es ganz natürlich, daſs der Rat einen möglichst baldigen Schluſs des Krieges, selbst ohne jeden Gewinn, herbeiwünschte. Er wagte es jedoch nicht, einen Separatfrieden mit Preuſsen abzuschlieſsen, aus Furcht vor seinen mächtigen Bundesgenossen, die dies keineswegs gestatten wollten. Der ganze Zweck des Krieges war daher nunmehr einzig und allein der, ohne gröſsere Anstrengung so lange wie möglich auf seiten der Koalition auszuhalten und die Verträge einigermaſsen zur Zufrieden-

heit der Verbündeten zu erfüllen. Als der französische Minister des Auswärtigen, der Herzog de Choiseul, Höpken den Vorschlag machte, eine schwedische Expedition nach Schottland zu senden, um eine daselbst beabsichtigte Erhebung zugunsten des Prätendenten zu unterstützen, ging dieser scheinbar auf den unsinnigen Vorschlag ein. Höpken hoffte, auf diese Weise die ordentliche Auszahlung der Subsidien zu erreichen und zugleich von einer Vermehrung der Truppen in Pommern befreit zu werden, war jedoch fest entschlossen, es mit England nicht zum Bruch kommen zu lassen. Im Laufe des Jahres wurde der Plan infolge der Niederlagen der französischen Flotte bei Lagos und Quiberon zunichte. Mit der gleichen Aufrichtigkeit unterhandelte Höpken auch mit dem russischen Kabinett bezüglich des Vorschlages einer gemeinsamen Belagerung Stettins. Man einigte sich dahin, mit dieser Belagerung zu beginnen, sobald König Friedrich im offenen Felde gründlich geschlagen sei. Die wirkliche Absicht der Regierung ging aus dem Befehle hervor, den sie endlich nach langem Zögern Lantingshausen erteilte, in Feindesland einzubrechen, damit man sehe, daſs er etwas tue, und das Heer auf Kosten des Feindes zu unterhalten.

Nachdem die Preuſsen im Mai 1759 Pommern geräumt hatten, begann man, soweit der Geldmangel dies zuließ, Anstalten für einen neuen Feldzug zu treffen. Nur durch Verpfändung seines eigenen Vermögens vermochte Lantingshausen die Rüstungen einigermaſsen zu Ende zu führen, und im August konnte die Armee die Peene überschreiten. Es geschah dies zur selben Zeit, wo Friedrich bei Kunersdorf eine schwere Niederlage erlitt. Keine feindlichen Truppen stellten sich den Schweden auf ihrem Vormarsche entgegen, und wie gewöhnlich kamen von verschiedenen Seiten Vorschläge zu gemeinsamem Vorgehen oder zur Vereinigung. Lantingshausen ließ sich jedoch zu keinem kühneren Vormarsch verleiten, sondern nahm in Pasewalk Aufstellung, um bei einer etwaigen Belagerung Stettins bei der Hand zu sein, und im übrigen, um Kriegssteuern einzutreiben. Sein Unterbefehlshaber Fersen setzte mit einigen tausend Mann nach Usedom über und eroberte das ziemlich stark befestigte Swinemünde. Nachdem ein kleines schwedisches Küstengeschwader unter Carpelan eine preuſsische Flottille im Stettiner Haff vernichtet hatte, setzte Fersen

nach Wollin über. Die Stadt Wollin wurde im Sturm genommen, und die gesamte dortige Besatzung mufste die Waffen strecken. Im ganzen machten die Schweden in diesen Kämpfen über 1700 Offiziere und Gemeine zu Gefangenen, aufserdem fielen ihnen 9 Schiffe und 152 Kanonen in die Hände. Jetzt konnten sie Stettin auch von der Seeseite sperren. Aus einer Belagerung Stettins wurde es indessen nichts, da sich die Russen Ende September zurückzogen. Infolgedessen war es König Friedrich möglich, eine kleinere Heeresabteilung unter dem General Manteuffel zur Beunruhigung der Schweden abzusenden. Einem preufsischen Streifkorps gelang es, das im Rücken der Schweden gelegene Demmin zu überrumpeln und einige dort stationierte, im Dienste der Heeresverwaltung angestellte Zivilbeamte gefangenzunehmen; auf ihrem Rückmarsche aber wurden die Preufsen von Sprengtporten und Wrangel an der Spitze einer schwedischen Entsatzkolonne in Malchin eingeholt, die Stadt erstürmt und die preufsische Nachhut in Stärke von 180 Mann gefangengenommen. Im November zog sich Lantingshausen über die Peene zurück. Ein Versuch, den die Preufsen zu Neujahr machten, die Schweden nach Stralsund zurückzuwerfen, mifslang, und der preufsische Oberbefehlshaber Manteuffel geriet hierbei in Gefangenschaft. Die schwedische Armee erhielt dabei diesmal bessere und geräumigere Winterquartiere als in den vorhergehenden Jahren. Die Zufuhr war leichter und reichlicher und die Zahl der Erkrankungen geringer. Dieser Feldzug hatte aufserdem den Geist der Armee gestärkt. Das ständige Arbeiten an der Verbesserung des Heeres sowie die fortgesetzte Übung im Felde hatten die schwedische Armee in Pommern allmählich so ziemlich kriegsbrauchbar gemacht. Der Feldzug hatte zwar keinen direkten Gewinn gebracht, aber darauf hatte man ja auch gar nicht gerechnet; man war froh, dafs man den neuen Abenteuern glücklich entronnen war, in welche die eigenen Verbündeten Schweden hatten stürzen wollen.

Die Kriegsereignisse jenes Jahres auf den anderen Kriegsschauplätzen waren viel bedeutungsvoller gewesen. Preufsen hatte schwere Niederlagen erlitten und schien vollständig vernichtet. Aber auch Frankreichs Macht war im Niedergang begriffen. Seine Flotten waren zerstört, seine besten Kolonien, unter ihnen

Kanada, erobert und seine Armeen nach der Schlacht bei Minden aus Nordwestdeutschland vertrieben worden. Die französischen Finanzen waren gewaltig erschüttert und die Kräfte des Landes erschöpft. Rufsland, dessen Beistand Österreich jetzt mehr als früher bedurfte, verlangte Ostpreufsen als Belohnung behalten zu dürfen, und Maria Theresia mufste hierein willigen. Hierdurch zeigte es sich noch deutlicher, wie ungereimt es war, dafs sich Schweden und Frankreich zur Schwächung Preufsens anstrengten, denn das einzige wirkliche Ergebnis war ja nur eine Stärkung Rufslands an der Ostsee. Das französische Kabinett sah sich jedoch durch die Umstände dazu gezwungen, auf der eingeschlagenen Bahn weiterzuschreiten, und die schwedische Regierung mufste folgen.

Der Feldzug des Jahres 1760 war dem des vorhergehenden Jahres ziemlich ähnlich. Erst Mitte August war Lantingshausen zum Vormarsch bereit. Seinem wohlgerüsteten Heere von ungefähr 15 000 Mann konnte König Friedrich nur kleinere Korps entgegenstellen. Die schwedische Hauptarmee drang bis Prenzlau vor und nahm daselbst Aufstellung, während eine kleinere Abteilung unter Ehrensvärd in Pasewalk zurückblieb. Das einzige wichtigere Ereignis in diesem Feldzuge war der Angriff, den ein preufsisches Korps unter General Werner auf Ehrensvärd machte. Der Angriff wurde zurückgeschlagen, kostete aber den Schweden bedeutende Verluste. Unter den Verwundeten befand sich Ehrensvärd selbst. Ende Oktober kehrte Lantingshausen nach Schwedisch-Pommern zurück und liefs die Truppen ihre Winterquartiere beziehen. Der unbeständigen Witterung wegen und infolge eines neuen russischen Einfalles in Hinterpommern konnten die Preufsen keinen Angriff auf das schwedische Gebiet unternehmen, und dieser Winter verging ebenso ruhig wie der vorhergehende.

Wiederum war ein Feldzug zu Ende gegangen, der kein anderes Ziel und kein anderes Resultat hatte, als dafs man die Verpflichtungen gegenüber den Verbündeten zur Not erfüllt hatte. König Friedrich befand sich zwar in einer noch schwächeren und beinahe verzweifelten Lage, aber sein Untergang erschien nunmehr als ein sehr zweifelhafter Gewinn. Jedes weitere Jahr aber zerstörte die Finanzen und das Münzwesen des schwedischen Staates

noch mehr, belastete die Regierung mit noch gröfserer Verantwortung für begangene Ungesetzlichkeiten, vernichtete die Einigkeit in den Reihen der Hutpartei und vermehrte die gärende Unzufriedenheit im Lande. Aufserdem war jetzt die Zeit gekommen, wo die Einberufung der Reichsstände nicht weiter hinausgeschoben werden konnte, wo also eine neue, übergeordnete Behörde die Geschäftsleitung in die Hand nehmen und die Tätigkeit des Rates prüfen sollte.

Die Reichstagseinberufung hatte sofort die Wirkung, dafs eine Menge Offiziere Urlaub verlangten, um an den Reichstagsverhandlungen teilzunehmen. Da schon vorher eine ungewöhnlich grofse Anzahl Offiziere aus allen möglichen Gründen die Erlaubnis bekommen hatte, Pommern zu verlassen, drohte beim Heere ein vollständiger Mangel an Offizieren einzutreten; der Rat beschlofs deshalb, dafs nur die Vertreter der Offiziere beim Reichstage die Armee verlassen dürften. Da Lantingshausen den anderen Offizieren, auch den capita familiarum oder Majoratsherren der adeligen Familien demgemäfs den Urlaub verweigerte, verlangten die eifrigsten unter ihnen ihren einstweiligen Abschied und ertrotzten sich auf diese Weise einen Pafs für die Heimreise. Als Erwiderung erhielten sie bei ihrer Heimkehr vom Rate ihren vollständigen Abschied aus dem Kriegsdienste. Der König aber hielt diese Gelegenheit zur Gewinnung von Popularität für geeignet und nahm für die Entlassenen offen Partei. Es waren ihrer nur 27, meist jüngere Offiziere; da sie aber nicht nur beim Hofe, sondern auch bei vielen ihrer Standesgenossen, die in diesem Vorgehen des Rates eine Verletzung des Abgeordnetenrechtes erblickten, Unterstützung fanden, wurde auch von dieser Seite ein gefährlicher Sturm gegen den Rat heraufbeschworen. Für Lantingshausen war der Mangel an Offizieren ein Grund mehr, sich von dem mühsamen und undankbaren Oberbefehlshaberposten zurückzuziehen.

Während sich in Stockholm alles Interesse um die Reichstagsverhandlungen und den inneren Parteikampf konzentrierte, schleppte sich der Krieg in Pommern noch ein Jahr lang weiter. Die Machthaber im Reichstage wollten für diesen zwecklosen Krieg nicht einmal so grofse Opfer bringen, wie sie der Rat gebracht hatte. Nur mit äufserster Mühe gelang es Augustin Ehrensvärd,

der im Frühjahr 1761 Lantingshausen im Kommando ablöste, die Bewilligung von 20 Tonnen Gold und eine Verstärkung von 3000 Rekruten für den kommenden Feldzug zu erwirken. Im Juli brach er mit 7000 Mann in Preufsisch-Pommern ein. Das Hauptquartier kam nicht weiter als bis Boldekow; aber zerstreute schwedische Korps verbreiteten sich unter unaufhörlichen Scharmützeln mit den unter Belling stehenden preufsischen leichten Husaren über die ganze Umgegend. Ehrensvärd formierte, um den leichtbeweglichen Preufsen besser begegnen zu können, aus ausgesuchter Mannschaft ein besonderes Freikorps zu Pferd und zu Fufs, das unter das Kommando Jakob Magnus Sprengtportens gestellt wurde und sich als von grofsem Vorteil erwies. Die bedeutendste der zahlreichen kleinen Plänkeleien, die ausgefochten wurden, war der Kampf bei Rothemühl am 18. September, wo Sprengtporten Belling mit bedeutendem Verluste zurückwarf. Zur Unterstützung der Russen bei der Belagerung von Kolberg sandte Ehrensvärd den Generalleutnant v. Hessenstein mit einigen Regimentern nach Usedom und Wollin, während gleichzeitig sich ein schwedisches Kriegsgeschwader mit der russischen Flotte vor Kolberg vereinigte. Ehrensvärd hatte jedoch kein Vertrauen zur Aufrichtigkeit der Russen und berief bald Hessenstein zurück. Schon im Oktober nahmen die Schweden ihre Winterquartiere hinter der Peene ein. Im Dezember trat starke Kälte ein, und Belling begann von neuem, die schwedische Postenkette längs der Grenze zu beunruhigen. Um Rache zu nehmen, fiel Sprengtporten mit seinem Freikorps in Mecklenburg ein, wo die Preufsen gerade dabeiwaren, Kontributionen einzutreiben, und nahm Malchin, wo die Preufsen bedeutende Vorräte angesammelt hatten, im Sturm. Einige Tage später wurde er hier vom Prinzen von Württemberg an der Spitze einer überlegenen Truppenabteilung eingeschlossen, wies jedoch den Versuch des Prinzen, die Stadt wiederzuerobern, glänzend zurück. Als Ehrensvärd von Pommern aus zum Entsatz Sprengtportens herbeieilte, suchte ihm Belling bei Neu-Kalden den Weg zu verlegen, wurde jedoch am 2. Januar von der Vorhut unter de Carnall geschlagen und mufste sich mit einem Verlust von 350 Mann zurückziehen. Ehrensvärd vereinigte sich hierauf mit Sprengtporten, nutzte aber seinen Erfolg nicht aus,

sondern kehrte wieder nach Pommern zurück; hiermit waren alle weiteren Kriegsbewegungen zu Ende. Im April 1762 wurde ein Waffenstillstand abgeschlossen, der bis zum Friedensschlufs dauerte.

* * *

Die grofse Hutpartei, die noch im Jahre 1756 auf der Höhe ihrer Macht gestanden hatte, war einige Jahre nachher eine im Zerfall begriffene Partei. Ihren Grundsätzen brachte man nicht mehr dasselbe Zutrauen entgegen, ihre Reihen begannen sich zu lichten und ihre Staatskunst, sowohl die innere wie die auswärtige, hatte recht fühlbare Niederlagen erlitten. Der pommersche Krieg war natürlich die nächstliegende Veranlassung zu dieser wichtigen Veränderung, die Mängel und Fehler lagen jedoch viel tiefer als nur in diesem unglückseligen Unternehmen und waren selbst in der Glanzperiode dieser Partei vorhanden gewesen. Der Krieg hatte nur ihre unglücklichen Wirkungen schneller und verheerender hervortreten lassen, als es wahrscheinlich sonst der Fall gewesen wäre.

Die Zeit der Hutpartei war in gewissem Sinne die Glanzperiode der Bureaukratie in der Geschichte Schwedens. In der Tat bildeten die Beamten während der ganzen Freiheitszeit infolge ihres grofsen Einflusses bei den Ständen die eigentlich herrschende Klasse, besonders aber bezeichnete das Hutregiment die Herrschaft der adeligen Beamten. Im Ritterhause hatte diese Partei von vornherein ihre Hauptstütze, und die lange Dauer ihrer Herrschaft hatte ihre Grundsätze bei der Beamtenschaft noch mehr gefestigt. Unleugbar hatte diese regierende Bureaukratie ihre Verdienste. Sie liefs den zahlreichen Reichstagsangelegenheiten eine sehr gründliche Behandlung angedeihen und zeigte dabei grofse Erfahrung und Geschicklichkeit. Aber sie besafs auch in reichem Mafse alle die Fehler einer herrschenden Beamtenklasse, und mit der Machtvollkommenheit der Reichsstände nahmen dieselben immer mehr zu. Hierher gehört die Neigung, alle möglichen Verwaltungsdetails der Behandlung durch die Stände zu unterstellen, wodurch der Reichstag mit seinen Ausschüssen schliefslich den Charakter einer grofsen, weitverzweigten Zentralbehörde erhielt und die Dauer der Reichstagsperioden wesentlich verlängert wurde.

Hierhin gehört auch die allzu grofse Aufmerksamkeit, die auf das Beförderungswesen verwandt wurde. Man sah es beinahe als eine Hauptaufgabe der Stände an, jedem unbescholtenen Beamten sein Beförderungsrecht zu gewährleisten. Diese Anschauung fand ihre äufserste Konsequenz in dem „Dienstgutachten", das das Dienstalter als Beförderungsgrund festsetzte. Das Recht, nach der Reihe zu Amt und Würden befördert zu werden, galt als so heilig, dafs die Regierung auch in Kriegszeiten und trotz wiederholter Empfehlungen der Oberbefehlshaber es selbst bei der Besetzung der höchsten Kommandostellen nicht wagte, die hervorragendsten und tapfersten Offiziere aufser der Reihe zu befördern. Die Stände prüften vermittels ihrer Deputationen alle Regierungsmafsnahmen, die Beförderungen betrafen, mit besonderer Genauigkeit und untersuchten alle Klagen einzelner über Rechtsbenachteiligung, um darüber zu wachen, dafs keinem bei der Verteilung von Ämtern Unrecht geschah. Auf diese Weise achteten die Beamten selbst darauf, dafs die Regierung nicht gegen die Bestimmungen der Beförderungsordnung verstiefs. Zwar zauderten die Stände in ihrer Machtvollkommenheit keinen Augenblick, sich selber über die Beförderungsvorschriften hinwegzusetzen, falls es sich darum handelte, politische Verdienste zu belohnen. Sie nahmen sogar direkte Amtsbewerbungen entgegen und erledigten dieselben. Besonders zahlreich waren die Gesuche, Ämter, die man bekleidete, anderen durch „Akkord" übertragen zu dürfen. Diese alte Unsitte, durch Tausch oder durch Kauf über die Beamtenstellen des Reiches zu verfügen, war durch mehrfache Verordnungen verboten, aber die Stände standen über dem Gesetz und bewilligten nach Gutdünken derartige Gesuche. Auf dem Reichstage des Jahres 1746 erhielten sie Hunderte solcher Gesuche. In der Armee wurde im Jahre 1747 der Akkord sogar in aller Form erlaubt, nur sollte jeder einzelne Fall der Prüfung der Regierung unterworfen werden. Das Akkordwesen wurzelte sich in dieser Zeit so in die schwedische Verwaltung ein, dafs es in ihr mehrere Generationen hindurch bestehen blieb.

Zu den besonderen Eigenschaften einer herrschenden Bureaukratie gehört eine grofse Abneigung vor Reformen auf dem Gebiet der Verwaltung und dem der Gesetzgebung, sowie ein zähes

Festhalten an alten Überlieferungen und Formen. Dasselbe war auch der Fall bei der Beamtenherrschaft der Freiheitszeit. Vergleicht man die lange Regierung der Hutpartei mit der der früheren Freiheitszeit, so zeigt sich zweifellos eine immer gröfser werdende Unfähigkeit, auf den angeführten Gebieten Veränderungen durchzuführen oder etwas Neues zu schaffen. Es fehlte zwar nicht an neuen, oft wohlbegründeten Projekten, und die Ausschüsse verwandten eine unerhörte Arbeit auf die Vorberatung derselben und auf die Abfassung weitläufiger Gutachten, aber diese führten gewöhnlich zu keinem Resultat. Die Masse von Vorlagen hinderte oft ihre endgültige Behandlung, oder die herrschenden Stände waren infolge verschiedenartiger Interessen zu sehr zersplittert, als dafs sie ohne den Zwang, den nur ein übergeordneter Wille auszuüben vermochte, geeint werden konnten. Auf dem Gebiete der Gesetzgebung gibt es keine bedeutendere Arbeit aus der typischsten Zeit der Ständeherrschaft. Das grofse Projekt eines neuen Kirchengesetzes, das in der vorhergehenden Periode ausgearbeitet worden war, wurde bei den Ständen nie zum Vortrag gebracht oder geprüft, wenn man auch ein langes und breites darüber redete. Eine Erziehungsdeputation arbeitete jahrzehntelang an einer neuen Schulordnung, die an die Stelle der provisorischen vom Jahre 1724 treten sollte, aber alle darauf verwandte Arbeit führte zu keinem Ergebnis. Dasselbe Geschick traf auch die Vorschläge, die der Justizdeputation seit dem Jahre 1738 betreffs einer Reform des höheren Gerichtswesens vorlagen. Die Entwicklung des Rates zu einer parlamentarischen Parteiregierung hatte zur Folge, dafs seine Funktion als höchster Gerichtshof des Landes bei der Wahl der Reichsräte über Gebühr zurücktreten mufste, und dafs Zeit und Kräfte nicht ausreichten, die vielfachen Justizangelegenheiten in gehöriger Weise zu behandeln. Die Übertragung der höchsten Gerichtsbarkeit an eine besondere Institution war jedoch eine allzu durchgreifende Reform, die bei dieser Staatsverfassung auf keinen Erfolg rechnen konnte. Hinsichtlich des Justizwesens litt die Ständeherrschaft an einem schweren Gebrechen, dem nicht dadurch abgeholfen wurde, dafs die Stände selbst vermittels ihrer Justizdeputation die von der Regierung abgeurteilten Rechtsfälle einer Prüfung unterzogen und so tat-

sächlich eine neue oberste Gerichtsinstanz über dem höchsten Gerichte bildeten. Die Reformen innerhalb der Verwaltung, die aus dieser Zeit zu verzeichnen sind, bestehen im wesentlichen in der Einführung neuer Ämter, die ohne Zweifel oft ihren Grund in der zunehmenden Anzahl von Amtsgeschäften hatten, die aber auch oft nur als Sinekuren oder Parteibelohnungen eingerichtet wurden. Auf ökonomischem Gebiete hat jedoch auch die Zeit der Hüte eine nicht unbedeutende gesetzgeberische Tätigkeit aufzuweisen.

Der Mangel an einer Kontrolle über die mächtigen Beamten bildete zweifellos einen der Hauptfehler der Staatsverfassung. Dem Publikum war infolge der strengen Zensur, der Geheimnistuerei und der Unduldsamkeit der Machthaber die Möglichkeit einer solchen Kontrolle genommen. Der Rat seinerseits war zu sehr vom Reichstage abhängig, um eine wirkliche Aufsicht über die Beamten ausüben zu können. Zwar suchten die Stände selbst vermittels der Justizdeputation und der 1734 eingerichteten Protokolldeputation die Verwaltung der Behörden ihrer Prüfung zu unterstellen, aber die Arbeit dieser Deputationen war ziemlich oft infolge der Weigerung der Behörden, Protokolle und andere Aktenstücke zur Prüfung einzureichen, oder infolge der Eile, die beim Schlufs der Reichstage herrschte, eine vergebliche. Dieser Mangel an Kontrolle führte mit der Zeit natürlich zu Lässigkeit, Willkür und Unordnung in der Verwaltung. Ein bedenkliches Zeichen von der Unordnung, die bereits unter der Herrschaft der Hüte in der Verwaltung eingerissen war, war das bedeutende Defizit, das nach dem Tode des Rendanten Bonge 1747 beim Manufakturkontor entdeckt wurde. Die Unterbilanz war während einer Reihe von Jahren infolge gefälschter Anweisungen auf die Bank entstanden, obwohl die Instruktion des Kontors vorschrieb, dafs seine Rechnung mit der Bank jeden Monat geprüft werden sollte. Das Manufakturkontor hatte von Anfang an niemals die Rechnungen eines Jahres abgeschlossen. Die Versuche, die aus diesem Anlasse gemacht wurden, den ganzen Beamtenkörper des Manufakturkontors unter Anklage zu stellen, wurden von den Hüten, welche ihre Parteimitglieder, vor allem den Vorsitzenden des Kontors Karl Gustav Tessin, schützen wollten, vereitelt. Ein

derartiges Verfahren mufste natürlich dazu führen, dafs bei der schwedischen Beamtenschaft, die im übrigen zweifelsohne tüchtig und patriotisch gesinnt war, die Pflichttreue und das Gefühl der Verantwortung erschlafften.

Die herrschende Bureaukratie der Freiheitszeit ging an denselben Schwächen und an denselben Verlockungen zugrunde, die überall den Untergang einer herrschenden Beamtenklasse herbeiführen müssen und die ein derartiges Regiment trotz glänzender Ansätze und wirklicher Tüchtigkeit in einzelnen Punkten zur unfruchtbarsten und auf die Dauer zur verderblichsten aller Verfassungsformen machen. Die Regierung der Hüte rief eine Opposition gegen die Beamtenherrschaft hervor, die schliefslich ihren Untergang herbeiführen sollte. 1756 wurden mehrfach, hauptsächlich vom Bauernstande, Klagen wegen des Übermutes der Beamten erhoben. Die Stände selbst gaben der allgemeinen Unzufriedenheit in einem Schreiben Ausdruck, das die Regierung veranlafste, in einem Zirkular die Beamten auf ihre Pflichten aufmerksam zu machen. In den folgenden Jahren nahm die Opposition an Stärke zu, und der Kommerzienrat Nordencrantz, der in mehrfacher anderer Hinsicht für die neuen Ideen eintrat, griff in seinen Schriften die Beamten an, gab ihnen Schuld an den Unglücksfällen, die das Land getroffen hatten, und ging in seiner unverzagten Kritik so weit, dafs er ihren Ausschlufs aus den Prüfungsdeputationen des Reichstages und ihre Ernennung für je drei Jahre beantragte. Es war ein bemerkenswertes Zeichen der Zeit, dafs solche Schriften erscheinen konnten, ohne dafs der Rat gegen sie einzuschreiten wagte.

Ein ganz anderes Bild zeigt die Herrschaft der Hüte, wenn wir ihr Verhältnis zu den Staatsfinanzen und der Landesökonomie betrachten. Hier zeigt sich keine Spur von bureaukratischer Bedächtigkeit oder von Mangel an Lust, neue Wege zu prüfen.

Die Hüte übernahmen von ihren Vorgängern einen geordneten Staatshaushalt. Das Gleichgewicht zwischen den Einnahmen und den Ausgaben des Etats war einigermafsen hergestellt, und die Schuldenlast, die seit dem Staatsbankrott von 1719 und 1720 noch vorhanden war, wurde durch gleichmäfsig fortschreitende Abzahlung vermindert. Die Voraussetzung für den Staatshaus-

halt war noch die, daſs die alten ordentlichen und auſserordentlichen Einnahmen nach dem Musteretat vom Jahre 1696 ohne besondere Steuer ausreichten. Nach Aufhören der groſsen Kontribution 1731 wurden auch nur einige kleinere Abgaben für die Verwaltung der Staatsschuld und für den Schloſsbau sowie eine Branntweinakzise über die alten herkömmlichen Steuern hinaus erhoben. Mit der Kriegspolitik kamen neuen Lasten. 1734 wurde die Kontribution wieder eingeführt und blieb seitdem bestehen. 1739 kam eine Verbrauchsabgabe für gewisse Waren hinzu. Der finnische Krieg verursachte eine bedeutende Erhöhung der Kontribution. Der folgende Reichstag erhöhte die Abgabe für Stempelpapier und die Akzise und fügte eine Verbrauchssteuer für Tee, Kaffee und Tabak hinzu; erst jetzt fing auch die Branntweinsteuer an, einer der groſsen Steuerposten zu werden. Hiermit war die Besteuerung zu einer solchen Höhe emporgeschraubt, wie sie bei dieser Verfassungsform nur möglich war.

Aber die erhöhte Steuerlast repräsentiert nur einen Teil der neuen Geldmittel, die die Hüte nötig hatten. Seit 1741 begannen sie wieder den bequemen Weg des Schuldenmachens zu wählen, und dieser wurde hierauf in immer höherem Maſse in Anspruch genommen. Teilweise beruhte dies auf den Rüstungen, die von den drohenden politischen Verwicklungen veranlaſst wurden, und auf den kostspieligen Befestigungsanlagen, womit die Hüte den Anfang machten, aber auch auf der unerhörten Verschwendung von Staatsgeldern zur Unterstützung der Gewerbe, zu Parteibelohnungen in Form von Geschenken, zu Prämien, Vorschüssen, Gehaltszulagen, Pensionen usw. Besonders seit dem Triumph der Hüte auf dem Reichstage des Jahres 1747 nahm diese Verschwendung einen Umfang an, der jedes in der Geschichte Schwedens bisher gekannte Maſs überschritt und die Herrschaft der Hüte in eine wahre finanzielle Orgie verwandelte. 1756 hatte man bereits auſser der alten Bankschuld aus der Zeit Karls XII. in Höhe von ungefähr 6 Millionen Talern Silber bei der Bank neue Schulden von über 8 600 000 Talern gemacht, und dennoch wies das Budget ein Defizit auf, das gedeckt werden muſste. Da wählte man den einfachen Ausweg, die Zinsen, welche der Staat der Bank bezahlen muſste, von 6 Prozent auf 3 Prozent herabzusetzen, wodurch man mit

einem Schlage einen bedeutenden Ausgabeposten sparte. Dies war wieder ein Anlafs zu neuer Verschwendung, neuen Geschenken, neuen Gehältern usw. Den Ständen wurde vom geheimen Ausschufs eine glänzende Schilderung der Staatsfinanzen vorgelegt und dabei versprochen, dafs auf dem nächsten Reichstag jede aufserordentliche Steuer aufgehoben werden solle. Bevor jedoch der nächste Reichstag kam, hatte man infolge des pommerschen Krieges bei der Bank weitere Schulden von über 11½ Millionen gemacht, und zwar 7 300 000 von dieser Summe auf rein ungesetzlichem Wege durch Beschluſs der Bankbevollmächtigten ohne Erlaubnis der Stände. Dazu kamen noch andere Schulden. Bevor die Hüte das Ruder aus der Hand gaben, hatte die Staatsschuld trotz Subsidien, trotz hoher Steuern und Einkünfte aus der Staatslotterie, trotz der Münzverschlechterung in Pommern u. a. m. wieder eine Höhe von 600 Tonnen Gold oder ungefähr den Betrag erreicht, auf den sie sich zu Anfang der Freiheitszeit belaufen hatte. Die Regierung der Hutpartei war eine der teuersten und verschwenderischsten, die Schweden je gehabt hat.

Eine derartige Mifswirtschaft mit den Staatsgeldern mufste natürlich scharfen Tadel hervorrufen. Zu der Forderung gröfserer Sparsamkeit gesellte sich der immer lauter werdende Ruf, man solle die lässige Finanzverwaltung, die leichtsinnige Verschwendung von Staatsgeldern und die parteiische Nachsicht bestrafen, die man bei Erhebung der der Krone zustehenden Gerechtsame gegenüber den Wechselgeschäften, der Ostindischen Kompagnie, den Fabriken zu Alingsås und anderen von den Hüten begünstigten Einrichtungen gezeigt hatte.

Vor allem waren es jedoch die Mängel in der Bankgesetzgebung der Hüte, die infolge des Krieges geradezu verheerende Dimensionen annahmen. Wie oben erwähnt, war seit 1755 der Wechselkurs wieder im Steigen begriffen. Die künstlichen Mafsnahmen, mit denen die Stände und der Rat die Erhöhung des Kurses zu verhindern suchten, erwiesen sich diesmal als nutzlos; vom September 1759 ab stieg der Kurs so rapid, dafs er im Dezember 1760 die Höhe von 75 Mark erreichte, d. h. das Papiergeld war unter die Hälfte seines Nennwertes herabgesunken. Das war die natürliche Folge der unerhörten Emission von Papiergeld,

wozu der Krieg und das 1756 allzusehr erweiterte Anleiherecht die Veranlassung gegeben hatten. Der Betrag der Banknoten, der 1755 50 Millionen Taler Kupfer ausmachte, war Ende 1760 um mehr als das Doppelte oder auf 118 Millionen gestiegen. Die beständigen Wertschwankungen der Banknoten trugen weiter dazu bei, die ökonomische Lage zu verschlechtern, da infolgedessen keine sicheren Berechnungen im Geschäftsleben möglich waren. Zweifellos waren es gerade diese Folgen des langen Hutregimentes, die das grofse Publikum am empfindlichsten trafen. Immer allgemeiner kam man zur Erkenntnis, dafs eine Änderung der gesamten Bankgesetzgebung notwendig sei. Auch unter den Hüten fanden sich nunmehr Leute, die den Nutzen der Wechselgeschäfte in Zweifel zogen und eine Verminderung der Bankdarlehen und eine Münzrealisation forderten, die dem Münzwesen neue Festigkeit verlieh.

Man fing überhaupt an, an dem Nutzen der freigebigen Staatsunterstützungen sowie der allzuweit getriebenen Bevormundung durch den Staat zu zweifeln. Die Grundsätze des Merkantilismus, die bisher die allgemeine Vorstellungsweise ziemlich unbedingt beherrscht hatten, begannen von ihrer Autorität einzubüfsen, und die Ideen der Gewerbefreiheit fanden Anhänger und Fürsprecher. Nordencrantz griff in vielen und umfangreichen Schriften das gesamte geltende ökonomische System unverzagt an. Zum Teil dieselben Ansichten hatten bei den Hüten Karl Friedrich Scheffer und Anders Johan von Höpken. In den fünfziger Jahren waren zwar diese tadelnden und warnenden Stimmen noch ziemlich vereinzelt und auch nicht so konsequent. Die Industrie und der Handel der Hüte standen noch in ihrer vollen Blüte, aber die Unordnung im Münzwesen und im Staatshaushalte bedrohte das stattliche Gebäude mit jähem Einsturz.

Ein bedeutendes Werk, das die Hüte ausgeführt hatten, war die Neugestaltung, die seit dem Jahre 1747 auf dem Gebiete des Verteidigungswesens vor sich ging. Während des Krieges hatte man den Etat zum Bau von Festungen in Finnland herabgesetzt, aber die stärkste Feste Sveaborgs, Gustafssvärd, war doch bereits in vollständig verteidigungsfähigem Zustande, und die Festung Svartholm an der Grenze war ihrer Vollendung nahe. Die seit

langem beschlossene Trennung von Schären- und Kriegsflotte wurde 1756 durchgeführt und Ehrensvärd zum Chef der Schärenflotte ernannt. Der Plan, in Karlskrona Docke anzulegen, gewann im selben Jahre den Beifall der Stände, und die Arbeit wurde einer Kommission, an deren Spitze Graf Liewen stand, übertragen. Zur Ausbildung von Seeoffizieren wurde in Karlskrona eine Kadettenschule gegründet. Für das Heer dagegen geschah wenig, erst die Erfahrungen, die man im pommerschen Kriege machte, führten auch in dieser Hinsicht eine gelegentliche Verbesserung herbei. Auch die militärischen Reformen stiefsen auf Opposition teils deshalb, weil man sie vom staatsökonomischen Standpunkte für zu belastend hielt, teils aus prinzipiellen Gründen, da man in einigen fachmännischen Kreisen andere Ideen zur Entwicklung des Festungs- und Seekriegswesens verfocht.

In der auswärtigen Politik schliefslich hatten sich die Hüte aufserstande gezeigt, eine gleichzeitig selbständige und friedliche Staatskunst zu verfechten, denn die Abhängigkeit von Frankreich und die alte Vorliebe der Partei für Konjunkturpolitik hatten das Reich wieder in einen Krieg verwickelt. In diesem unglücklichen pommerschen Kriege hatten die Einsichtigeren unter den Hüten endlich die Gefahr eines übertriebenen Vertrauens auf Frankreich erkannt. Ihr eigener Kanzleipräsident hatte sich auch hierin von den alten Überlieferungen losgesagt und sich ganz im geheimen dem alten Feinde der Hüte, England, genähert. Aber nicht auf dem Gebiete der auswärtigen Politik lag diesmal die Stärke der Opposition gegen die Hutpartei. Die Hüte sowohl wie ihre Gegner wünschten nur Frieden, sobald er zu erlangen war, und Frankreich und Rufsland standen ja in der europäischen Politik gegenwärtig auf gleicher Seite. Die allgemeine Klage über die innere Regierung der Hüte, vor allem über ihre Staatswirtschaft, ihre Bank- und Gewerbegesetzgebung, ihr Begünstigungssystem und ihren Despotismus war es, die der Opposition Lebenskraft verlieh und ihr Scharen von Anhängern zuführte. So wuchsen die Mützen von neuem zu einer grofsen und kräftigen Partei, der jüngeren Mützenpartei, heran, die bereit war, den Kampf mit der herrschenden Partei aufzunehmen und der Reichsregierung eine andere Richtung zu geben.

Diesem Sturm, der die Herrschaft der Hüte bedrohte, hatten diese kein neues Programm entgegenzustellen, das die Geister einen und der Partei neue Kraft verleihen konnte; denn der Freiheit und der Selbständigkeit des Reiches, die ja die vorzüglichsten Aufgaben dieser Partei waren, drohte keine unmittelbare Gefahr. Aber die Hüte hatten die Macht zwei Jahrzehnte lang in Händen gehabt. Innerhalb der adeligen Bureaukratie und ebenso in den industriellen und kaufmännischen Kreisen, die gerade durch das ökonomische System der Hutpartei zu gröfserer Bedeutung im Staate gekommen waren, hatten sie entschieden die Herrschaft. Sogar innerhalb der kirchlichen Hierarchie hatten sie dadurch, dafs sie die höheren Posten mit ihren Parteigenossen besetzt hatten, einen ziemlich grofsen Anhang, und wie gewöhnlich schlofs sich der herrschenden Partei eine grofse Menge solcher an, die durch sie Nutzen gehabt oder solchen zu erhalten hofften oder die sich aus Gewohnheit vor denen beugten, die gerade die Macht in Händen hatten. Aufserdem hielt die Erinnerung an die Vergangenheit, der Wunsch, ihre Herrschaft zu erhalten und sich vor drohender Abrechnung zu schützen, die Partei zusammen. In diesem Solidaritätsgefühle besafs die grofse Hutpartei noch eine gewisse Stärke. Sie gab ihre Stellung noch keineswegs verloren.

Die gröfste Schwäche der Partei lag vielleicht darin, dafs in ihrer obersten Leitung der Zusammenhalt fehlte. Der Rat hatte durch den unklugen Krieg, durch seine willkürlichen Verratsprozesse, durch seine eigenmächtigen Luxusartikel- und Branntweingesetze, durch sein Verhalten in der Capitafrage, vor allem aber durch seinen Konflikt mit den höheren Offizieren, die bisher eine sichere Parteistütze gebildet hatten, bei einem grofsen Teil der Parteimitglieder sein Ansehen eingebüfst. Die Erbitterung richtete sich hauptsächlich gegen Höpken, dessen despotischer und reizbarer Charakter während der gedrückten Stimmung der Kriegsjahre mehrfach verletzend hervorgetreten war. Dafs er die alten Parteidoktrinen sowohl hinsichtlich der auswärtigen Politik als auch hinsichtlich der Gewerbegesetzgebung verliefs, wurde von den dogmatischen Hüten beinahe wie ein Abfall angesehen. In diesen Parteikreisen war man durchaus nicht abgeneigt, dem allgemeinen Unwillen gegen den Rat den Kanzleipräsidenten zum Opfer zu bringen, so wie man

1743, um die Machtstellung der Partei im übrigen zu retten, die Generale geopfert hatte. Führer dieser konsequenten Hüte, die unerschütterlich an den alten Parteidoktrinen festhielten und für ihre Macht bis zum äufsersten zu kämpfen entschlossen waren, war Axel Fersen. Er war auch diesmal der von der Partei aufgestellte Kandidat für den Landesmarschallsposten; zu diesem Zwecke war er aus dem Kriege heimberufen worden, an dem er mit persönlicher Auszeichnung teilgenommen hatte.

Der bevorstehende neue Kampf zwischen den grofsen parlamentarischen Parteien hatte zur Folge, dafs auch die Hofpartei, die 1756 vollständig vernichtet schien, mit ungeahnter Kraft wieder auflebte. Dies war auch ein Faktor, mit dem man rechnen mufste und der sich durch Vereinigung bald mit der einen, bald mit der anderen Partei von neuem Geltung verschaffen und kleinere Vorteile gewinnen konnte. Die Parteiverhältnisse waren daher, als die Reichsstände 1760 zum neuen Reichstag zusammentraten, verwirrter denn je. Alle die alten Parteien traten wieder, teilweise mit verändertem Programm, auf der politischen Schaubühne auf, und in ihrer Mitte oder ihnen zur Seite gab es einzelne Parteigänger oder Gruppen, die ihreeigenen Wege gingen. Noch war es ziemlich unbestimmt und unberechenbar, wie alle diese Parteigruppen sich miteinander vereinigen oder einander entgegenarbeiten sollten. Sicher war nur, dafs die Zeit gekommen war, wo eine alte, grofse Partei, die lange am Ruder gewesen war, in ihren letzten Zügen lag, und neue Parteien im Entstehen waren, die sich nicht unter die Parteinamen oder die Schlagwörter unterbringen liefsen, mit denen man bisher die im politischen Leben miteinander wetteifernden Kräfte bezeichnet hatte.

Die Zeit der Mützenpartei.
Der Niedergang der Ständeherrschaft.
1760—1772.

Zehntes Kapitel.

Aufschwung und Sieg der jüngeren Mützenpartei im Kampf mit den Hüten und dem Hofe.

Als die Stände im September 1760 zu Stockholm zusammentraten, schien die grofse Hutpartei ihren zahlreichen Gegnern noch überlegen zu sein. Im Ritterhause siegte bei der Wahl des Landesmarschalls Fersen über Adam Horn, den Kandidaten des Hofes und der Mützen, einen Sohn Arvid Horns, und auch die Ausschufswahlen fielen hier zugunsten der Hutpartei aus. Vorsitzender des geistlichen Standes wurde ohne Abstimmung der neue Erzbischof Samuel Troilius, einer der Führer der Hüte, und die hervorragendsten Mützenchefs wurden aus dem geheimen Ausschusse ausgeschlossen. Noch entschiedener gestalteten sich die Wahlen im Bürgerstande zugunsten der Hüte. Die Bürger sowie die Bauern wählten dieselben Vorsitzenden, wie beim vorigen Reichstage.

Durch die Macht über den geheimen Ausschufs und durch den Besitz der Präsidentenposten hätte die Hutpartei zweifelsohne die Reichstagsleitung in ihrer Hand gehabt, falls in ihrer Mitte Einigkeit geherrscht hätte. Dies war jedoch keineswegs der Fall. Es gab zwar eine Menge treuer Hüte, die in allem den Rat stützen und die alten Prinzipe verfechten wollten; innerhalb der Partei waren aber auch mehrere Gruppen, die aus verschiedenen Anlässen, wegen der Kriegserklärung, des ungesetzlichen Schuldenmachens, der Capitafrage u. a. m. den Wunsch hegten, den Rat zu opfern oder ihn wenigstens für seine Fehlgriffe zu strafen. Hauptführer dieser unzufriedenen Hüte war der geschickte Intrigant Pechlin. Im Ritterhause wie auch im geistlichen und Bauernstande hatten die Mützen eine sehr grofse Zahl von An-

hängern, die ihre Ideen mit Eifer und guter Hoffnung auf die Zukunft verfochten. Ihre Führer im Adelsstande waren aufser den älteren Mützenchefs der Oberst Ture Gustav Rudbeck, der Oberstleutnant Duriez, der Major Gyllensvan, der Kammerherr Friedrich Ulrich von Essen, der Bergwerksbesitzer Klas De Frietzcky, die Brüder Reuterholm u. a. m. Schliefslich konnte auch die Hofpartei einen nicht unbedeutenden Anhang aufweisen, und in dem Oberstleutnant Friedrich Karl Sinklaire besafs diese Partei einen tüchtigen Führer.

Alle diese mehr oder weniger offenen Feinde der Ratsregierung, die unzufriedenen Hüte, die Mützen und die Royalisten, schlossen sich von vornherein zusammen, um den Rat anzugreifen, und nannten sich Landpartei oder Patrioten. Diese Parteibildung war zwar eine ziemlich lockere, aber recht umfangreich. Gleich nach den ersten Wahlen gingen die Scharen der Landpartei mit einem Eifer und einer Erbitterung zum Sturm gegen den Rat vor, dafs die Zaudernden mit fortgerissen wurden und eine allgemeine Abrechnung mit der gesamten Hutregierung ihren Anfang zu nehmen drohte.

Im Ritterhause brachte man in erster Reihe die Capitafrage zur Sprache. Vergebens suchten die Führer der Hüte der Zersplitterung ihrer Partei dadurch abzuhelfen, dafs sie den verabschiedeten Offizieren das Versprechen gaben, sie wieder in ihre Stellungen einzusetzen. Ein entlassener Leutnant brachte die Angelegenheit zur Sprache. Nach heftigen Ausfällen gegen den Rat wegen Verletzung des Abgeordnetenrechtes billigte der Adel das Vorgehen derer, die dem Verbote des Rates, nach Hause zurückzukehren, getrotzt hatten, und verlangte ohne Befragen der übrigen Stände die Wiedereinsetzung der Verabschiedeten in ihre Posten, wozu sich die Regierung auch bereitfinden liefs. Die bürgerlichen Stände folgten jedoch in dieser Frage nicht der Leitung des Adels. Sie teilten unbedingt den allgemeinen Unwillen über das Benehmen der Offiziere; sie waren über das eigenmächtige Vorgehen des Adels erbost und setzten es durch, dafs die Rechtsfrage an die geheime Deputation verwiesen wurde, wo man alsdann den Gegenstand infolge der widersprechenden Auffassung der Stände, ohne dafs es zu einer prinzipiellen Äufserung kam, ad acta legen mufste. Der Streit wegen der verabschiedeten Offiziere hatte indessen die Leiden-

schaften des Adels noch gesteigert und die Erbitterung gegen den Rat vermehrt. Mehrere Wochen hindurch machten die Redner der Landpartei im Ritterhause mit immer zunehmender Gehässigkeit und immer gröfserem Erfolge Angriffe auf die Regierung. Schliefslich hielt Pechlin die Zeit für gekommen, einen entscheidenden Angriff auf den Reichsrat auszuführen. In einer wohlabgefafsten Denkschrift stellte er alle Gesetzesübertretungen oder Eigenmächtigkeiten zusammen, deren sich die Hüte nach seinem Dafürhalten schuldig gemacht hatten, und beantragte die Einsetzung einer besonderen grofsen Deputation, welche die Gesetzlichkeit der gerügten Mafsnahmen prüfen sollte. Hiermit beabsichtigte er natürlich, die Prüfung der vom Rate vorgenommenen Mafsnahmen dem geheimen Ausschusse und der geheimen Deputation, in denen die Anhänger des Rates in der Majorität waren, zu entziehen. Bei der erregten Stimmung, die gegen den Rat herrschte, ging der Antrag durch. Die Stände ernannten eine Deputation von ungefähr 250 Mitgliedern, unter welchen die Landpartei das entschiedene Übergewicht hatte. Nur die Bürger hatten treu ergebene Hüte gewählt und hinderten aufserdem dadurch, dafs sie die Behandlung der Instruktion hinausschoben, die neue Deputation daran, vor den Weihnachtsferien zusammenzutreten. In erster Reihe sollte die Deputation prüfen, „ob ohne Einwilligung der Reichsstände ein Krieg begonnen und fortgesetzt werden könne".

Ein nicht minder gefährlicher Angriff kam zu gleicher Zeit von einer anderen Seite. Nordencrantz zeigte den Ständen an, er habe, nachdem er sechs Jahre lang zum Studium des Wechselkurses beurlaubt gewesen sei, eine diesbezügliche Arbeit verfafst, die er einer Deputation, deren Mitglieder er selbst ernennen wolle, mitzuteilen gewillt sei. Dies Anerbieten wurde angenommen, und Nordencrantz ernannte aus den drei höheren Ständen 48 Personen, hauptsächlich Mützen und unzufriedene Hüte, welche die sogenannte „Nordencrantzsche Wechseldeputation" bildeten, und die Mitte Dezember ihre Arbeit mit dem Studium der umfangreichen Schriften Nordencrantz' begannen.

Als zum Jahreswechsel 1760/61 die Tätigkeit der Stände der Feiertage wegen wie üblich unterbrochen wurde, war die Stellung der Hüte eine ziemlich gefährdete. Die Reichstagstagung, die so

vielverheifsend begonnen hatte, hatte sich schnell nach einer Richtung hin entwickelt, die den Umsturz der gesamten vorhergehenden Verwaltung herbeizuführen schien. Im Ritterhause hatte die Landpartei die, wenn auch nur knappe, Majorität, so dafs der Ausgang der Abstimmungen oft von einigen wenigen Stimmen abhing. Im geistlichen Stande machte die Landpartei ununterbrochen weitere Fortschritte, und die Parteien hielten sich daselbst bereits das Gleichgewicht. Der Bauernstand neigte sich, wie gewöhnlich, den Gegnern der Hüte zu, und nur im Bürgerstande besafs diese Partei noch eine sichere Stütze. In einer solchen Lage beschlofs Fersen, im Verein mit dem französischen Minister d'Havrincourt einen Versuch zu machen, Pechlin und die seiner Leitung folgenden unzufriedenen Hüte der Partei zurückzugewinnen und auf diese Weise wenigstens in der Hauptsache die Machtstellung der Partei zu retten. In tiefstem Geheimnis wurden während der Weihnachtsferien zwischen ihnen Unterhandlungen gepflogen, die zu dem Übereinkommen führten, dafs Höpken, Palmstierna und Scheffer, die hervorragendsten und verhafstesten Mitglieder des Rates, dem allgemeinen Verlangen nach Bestrafung der Hutregierung geopfert, die übrigen Ratsherren aber beibehalten und vakante Posten mit Gutgesinnten besetzt werden sollten. Als Lohn für diesen Verrat zahlte der französische Botschafter Pechlin eine beträchtliche Geldsumme aus.

Beim Wiederzusammentreten der Stände im Januar 1761 zeigte sich bald die Wirkung dieses Übereinkommens. Während sich die schwerfällige grofse Deputation mit der Erledigung einer Menge vorbereitender formeller Fragen befafste, nahm der geheime Ausschufs rasch die Frage der Verantwortung des Rates für die Kriegserklärung selbst in die Hand. Seine kleinere geheime Deputation gab nach einer schleunigen Prüfung der Ratsprotokolle ein Gutachten ab, das zwar das Gewicht der Gründe anerkannte, die den Rat dazu veranlafst hatten, für den Krieg zu stimmen, aber zu gleicher Zeit seine Mifsbilligung darüber aussprach, dafs die Stände nicht einberufen worden waren, und den Vorschlag machte, die beiden Reichsräte, Scheffer und Palmstierna, die am eifrigsten dafür eingetreten waren, dafs eine

Befragung der Stände nicht nötig wäre, des Vertrauens der Stände für unwürdig zu erklären. Als dies Gutachten im geheimen Ausschusse vorgetragen wurde, richtete Pechlin einen äufserst scharfen Angriff auf Höpken, den als Kanzleipräsidenten die Hauptschuld an der Kriegserklärung traf, und beantragte zur Aburteilung desselben die Einsetzung einer besonderen Kommission. Der Ausschufs beschlofs, Höpken eine Erklärung abzuverlangen. Dieser war von der drohenden Gefahr in Kenntnis gesetzt worden und kam ihr schleunigst mit seinem Abschiedsgesuch, das auch bewilligt wurde, zuvor. Der Antrag betreffs Palmstiernas und Scheffers wurde sowohl vom Ausschusse wie von den Ständen gutgeheifsen, und am 28. Februar ging das die Entlassung dieser Herren betreffende Schreiben der Stände ab. Der allgemeinen Erbitterung gegen den Rat war hiermit einigermafsen Genüge geschehen, und es gelang dem Ausschusse, die Stände dafür zu gewinnen, dafs die übrigen Reichsräte nur mit einer ernstlichen Verwarnung bestraft wurden. Ausgenommen von dieser Strafe blieb jedoch Löwenhielm, der sich von der Hutpartei immer mehr getrennt und sich ihren Gegnern genähert hatte.

Die gefährliche Abrechnung wegen des Krieges war beseitigt. Den Hüten war es einigermafsen gelungen, innerhalb der Partei die Einigkeit wiederherzustellen und im Rate die Oberhand zu behalten. Die Landpartei zerfiel nun von selbst. Die grofse besondere Deputation hatte ihren eigentlichen Zweck verloren; ihr Auftrag war übrigens viel zu unbestimmt, als dafs er Interesse hätte erwecken können, und ihre allzugrofse Mitgliederzahl machte sie zu einem Hemmschuh für die Tätigkeit der übrigen Deputationen; sie verfiel deshalb ziemlich bald der Untätigkeit und ging schliefslich ganz ein. Die Hüte benutzten ihr Übergewicht dazu, den Rat, in dem infolge von Todesfällen oder Abdankungen sechs Plätze erledigt waren, in einigermafsen zufriedenstellender Weise zu ergänzen. Auf diese Plätze wurden nach und nach durch langwierige Wahlakte, die von unaufhörlichen Formstreitigkeiten und einer Menge von Ablehnungen erschwert wurden, die Generale von Liewen und Horn, der Hofmarschall Törnflycht, der Landeshauptmann von Friesendorff, der Präsident Rudenschöld und der Oberst Hiärne berufen. Von diesen war Horn

als Mitglied der Mützenpartei bekannt, wenn er auch keineswegs zu den Führern dieser Partei gehörte. Nachfolger Höpkens als Kanzleipräsident wurde Klas Ekeblad.

Den Hüten gelang es ebenfalls, die von der Nordencrantzschen Wechseldeputation drohende Gefahr abzuwehren. Die Lehren, welche die Mitglieder dieser Deputation aus den Arbeiten Nordencrantz' schöpften, bestanden in der Hauptsache darin, dafs die Kurserhöhung von den massenhaften Bankdarlehen und den eigennützigen Spekulationen von Privatpersonen herrühre und dafs die einzigen Abhilfemittel in einer Beschränkung des Bankanleihegeschäftes und der Bestrafung der Bankverwaltung lägen. Die Deputation fertigte für die Stände ein Resümee dieser Anschauungen an. Im neuen Jahre machte sich jedoch auch innerhalb der Deputation ein geheimer Einfluſs zur Abwendung jeder Bestrafung geltend. Pechlin setzte es durch, dafs die Stände eine geheime Wechseldeputation ernannten, die auf Grund der von der Kommission gemachten Erläuterungen in dieser Angelegenheit Vorschläge einreichen sollte. Diese neue Deputation geriet mit der Kommission bald in heftigen Streit, und während diese beiden Behörden miteinander stritten, nahm der geheime Ausschufs schleunigst auch die Leitung der Wechselangelegenheiten selbst in die Hand.

Auch die Hüte waren jetzt allgemein von der Nutzlosigkeit der Wechselgeschäfte überzeugt. Auf das eigene Verlangen der Gesellschaft hin kündigte der geheime Ausschufs im April in aller Form den Kontrakt mit dem Kiermanschen Wechselgeschäft. In seinem Schreiben an die Regierung erklärte der Ausschufs selbst, dafs alle Versuche, den Kurs künstlich zu leiten, fruchtlos gewesen wären und nur dazu geführt hätten, auf Staatskosten die Übelstände zu vermehren, die man hätte abstellen wollen. Damit war es für alle Zukunft mit den Wechselgeschäften, die in der finanziellen Geschichte der Hutpartei eine so hervorragende Rolle gespielt hatten, zu Ende. Da jedoch diese Firma vom Staate eine Schuld von über zwei Millionen Talern einforderte, die nicht bar beglichen werden konnte, wurde mit ihr die Abmachung getroffen, dafs die vom Staate geschuldete Summe gegen Vorteile, die nach Berechnung der angegebenen Forderung voll entsprachen,

gestrichen wurde. Auch mit dem Königschen Wechselgeschäft wurde ein für den Staat kostspieliger Abschluſs vereinbart. Der Rat, dessen Verhältnis zu den Wechselgeschäften Gegenstand allgemeinen Tadels gewesen war, entging jeder Anklage, und die beiden Deputationen, die der Opposition als Angreifer in der Münzfrage hatten dienen sollen, stellten bald von selbst ihre Zusammenkünfte ein.

Die Hoffnungen der Hutpartei wuchsen nun in dem Maſse, daſs sie sich in der Lage wähnte, die Zugeständnisse, die ihr abgezwungen worden waren, wieder zurücknehmen zu können. Als im Sommer 1761 im Rate ein Platz frei wurde, wurde Höpken von den Ständen ersucht, seinen Platz im Rate wieder einzunehmen, und den beiden anderen, Palmstierna und Scheffer, Pension bewilligt und das Vertrauen der Stände ausgesprochen. Letzterer Beschluſs wurde bald dahin abgeändert, daſs sämtliche verabschiedete Reichsräte, Palmstierna, Scheffer, Bonde und Bielke, bei etwa eintretenden Vakanzen ihre Plätze im Rate wieder einnehmen sollten. Das war für die Hutpartei allerdings eine kleine Enttäuschung; da aber Bonde und Bielke jetzt alt und gebrechlich waren, schien der Beschluſs, was sie betraf, keine praktische Bedeutung zu haben. Bevor jedoch der Beschluſs der Stände zur Ausführung gebracht werden konnte, hatten sich die Parteiverhältnisse wieder geändert; die kurze Zeit des Erfolges, welche die alte Hutpartei im Frühjahr und im Sommer 1761 erlebt hatte, nahm ein jähes Ende, und statt dessen hoben nun allen Ernstes die Niederlagen an.

Die Hutpolitik hatte zu gründlich Fiasko gemacht, als daſs die Partei ihre Stellung auf die Dauer hätte reorganisieren können. Der ökonomische Druck im Lande hielt nicht nur an, sondern wurde trotz der Tagung der Stände noch schlimmer. Dies trug keineswegs dazu bei, die Sympathien des Volkes für die Hüte zu erhöhen. Die Erbitterung darüber, daſs ihre Rache aufgeschoben worden war, veranlaſste auch die Mützen zu neuen Anstrengungen. Auch der Hof hielt es für angebracht, energischer gegen seine alten Feinde aufzutreten. Er benutzte die Gelegenheit, als Adolf Friedrich im Sommer 1761 im Bade Loka weilte, dazu, den Landadel in den umliegenden Ortschaften zu

bearbeiten und ihn zu veranlassen, auf dem Reichstage zu erscheinen. Andere adelige Gesinnungsgenossen wurden schriftlich herbeigerufen, und obwohl die Hüte der Gefahr dadurch vorzubeugen suchten, daſs sie ihre Anhänger herbeiholten, war doch seit Mitte August ihr Übergewicht im Ritterhause augenscheinlich stark bedroht.

Den ersten Angriff richteten die Mützen und die Hofpartei gegen den verhaſsten Überläufer Pechlin. Zum Vorwand nahm man einige Ausfälle, die Pechlin gegen den Rat gerichtet, später aber aus dem Protokolle entfernt hatte, und setzte im August mit 397 Stimmen gegen 396 für diesen und den folgenden Reichstag seinen Ausschluſs aus dem Ritterhause durch. Diese auſsergewöhnlich geringe Majorität von nur einer Stimme veranlaſste natürlich mehrfache Versuche, den Beschluſs umzustoſsen. Sechs Wochen lang dauerte der Streit um Pechlin und hatte sechs Abstimmungen zur Folge, aber Pechlin war und blieb ausgeschlossen. Die Bedeutung dieses Streites lag weniger darin, daſs jemand von den Verhandlungen des Adels ausgeschlossen wurde, als daſs der Mut und die Zuversicht der Mützen wieder wuchs und ihr Übergewicht im Ritterhause immer deutlicher hervortrat.

Eine weitere Niederlage erlitten die Hüte dadurch, daſs Bonde und Bielke schlieſslich wieder in den Rat eintraten. Als Tessin, der die politischen Kämpfe satt hatte und auch keinen Einfluſs mehr besaſs, im Herbst 1761 sein Amt als Ratsherr freiwillig niederlegte, ersuchte man, vorher getroffenen Anordnungen gemäſs, Palmstierna und, als dieser ablehnte, Scheffer, im Rate Platz zu nehmen. Nun beantragten die Mützen, daſs auch Bonde und Bielke, obwohl kein Platz frei war, wieder eintreten sollten. Dieser Antrag ging in allen Ständen mit Ausnahme des Bürgerstandes durch; letzterem gelang es, die Entscheidung einige Zeit hinzuhalten. Da jedoch kurz darauf infolge des erneuten Verzichtes Höpkens ein Platz frei wurde, konnte der Bürgerstand den Beschluſs nicht länger verhindern, und im Dezember 1761 traten die beiden Ratsherren wiederum in den Rat ein. Es war dies eine späte Genugtuung. Beide waren schwächliche, über 80 Jahre alte Greise. Ihre Erhebung war auch nicht sowohl deshalb von Bedeutung, weil zwei den Hüten feindlich gesinnte Mitglieder in

den Rat eintraten, als weil die Öffentlichkeit in ihr ein deutliches Anzeichen dafür erblickte, dafs die Herrschaft der Hüte im Niedergang begriffen war, dafs die Grundsätze, die man beim Sturze Arvid Horns beiseite geschoben hatte, zur Anerkennung gelangten und die neue Mützenpartei mit der Regierung, welche zur Zeit des Glückes, bevor die Hüte zur Herrschaft gekommen waren, die Geschicke Schwedens geleitet hatte, in engem Zusammenhange stand. Trotzdem die Hüte in der Regierung und dem geheimen Ausschusse noch die Oberhand hatten, zeigte es sich ganz deutlich, dafs die Mützenpartei rüstig auf die Herrschaft losschritt. Die Führer dieser Partei führten mit immer steigender Zuversicht und immer gröfserem Einflusse das Wort. Ein neues System war im Anzuge.

Die letzte Periode dieser langwierigen Tagung der Stände, vom Januar 1762 bis zum Schlusse des Reichstags, wurde einerseits durch ein immer stärkeres Hervortreten der Mützengrundsätze, anderseits durch Versuche der Hutpartei, den letzten Rest an Macht auszunutzen und den hoffnungslosen Reichstagskampf so schnell wie möglich zu beenden, gekennzeichnet. Zur Vermeidung ihres vollständigen Unterganges mufsten sich die Hüte sogar zu dem demütigenden Schritte bequemen, eine Aussöhnung mit dem Hofe zu erstreben. Neujahr 1762 begannen dieserhalb die Unterhandlungen zwischen Fersen und Luise Ulrike. Die Königin hatte kein Interesse daran, die Hüte von ihren Gegnern vollständig überflügeln zu lassen, denn gerade durch das Gleichgewicht der Parteien hatte der Hof neue Bedeutung erlangt. Zu einem Bündnis kam es noch nicht, aber der erste Schritt zur Versöhnung war doch gemacht.

Die Friedensfrage war es nun zunächst, die alle Aufmerksamkeit auf sich lenkte. Bisher hatte die Hutpartei in dem fortdauernden Kriege eine gewisse Stütze gehabt, obwohl derselbe den schwedischen Staat ruinierte. Solange Frankreich und Rufsland ein Interesse daran hatten, dafs sich Schweden an dem Kriege mit Preufsen beteiligte, hatten sie keine Lust, an einer Veränderung der schwedischen Regierung mitzuwirken, im Gegenteil. Ende 1761 war man jedoch des Krieges allgemein so überdrüssig, dafs der geheime Ausschufs die Regierung ersuchte, den Ver-

bündeten von der Notlage des Reiches Mitteilung zu machen und sie um die Erlaubnis anzugehen, einen Separatfrieden abschliefsen zu dürfen. Die erste Andeutung, die man dieserhalb in Paris machte, wurde von Choiseul äufserst ungnädig aufgenommen; es lag auf der Hand, dafs ein Zurücktreten vom Kriege einen Bruch mit den Verbündeten herbeiführen mufste. Da starb im Januar 1762 die Kaiserin Elisabeth, und der holsteinische Herzog Karl Peter Ulrich bestieg unter dem Namen Peter III. den Thron. Er war ein entschiedener Bewunderer Friedrichs II. und leitete sofort mit Preufsen Friedens- und Bündnisverhandlungen ein. Hiermit fiel nicht nur eines der Bande weg, die Schweden an die Kriegspolitik gefesselt hatten, sondern dem Reiche drohten sogar neue Gefahren, falls es an derselben festhielt. Die Notwendigkeit, den Friedensschlufs herbeizuführen, war eine so offenbare, dafs der geheime Ausschufs 1762 den Beschlufs fafste, ohne weitere Besprechungen mit den Verbündeten Schwedens Friedensverhandlungen mit Preufsen einzuleiten. Um hierfür einen möglichst bequemen Weg zu finden, bediente man sich der Vermittlung der Königin. Sie um Hilfe anzugehen, konnte zwar wie eine schwere Demütigung für die grofse Hutpartei aussehen, aber abgesehen davon, dafs schon vorher eine Annäherung zwischen dem Hofe und den Hüten stattgefunden hatte, hatte Luise Ulrike selbst keinen höheren Wunsch, als ihrem Bruder jede nur mögliche Erleichterung zu verschaffen. Ein von ihr an König Friedrich gerichteter Brief, in dem sie die Geneigtheit Schwedens, Frieden zu schliefsen, andeutete und auf den der König in entgegenkommender Weise antwortete, führte zu Verhandlungen, die später schwedischerseits vom Regierungsrat von Olthoff geleitet wurden. Am 22. Mai wurde zu Hamburg der Friede zwischen Schweden und Preufsen abgeschlossen. Dieser Friedensschlufs stellte ohne weiteres den alten Vertrag vom Jahre 1720 in seiner vollen Kraft wieder her. Es war dies ein klägliches Ende für die Kriegspolitik der Hüte, aber das Resultat lag ja schon längst klar auf der Hand und der Friede wurde von allen als eine Erleichterung empfunden. Für Frankreich aber war dies natürlich ein Anlafs, die Entrichtung der Subsidien einzustellen, und die Hutpartei hatte die Stütze, die sie bisher in der auswärtigen Politik besessen hatte,

eingebüfst. Statt dessen zeigten sich am politischen Horizonte neue Gefahren für das Reich, da Peter III. einen Angriff auf Dänemark plante.

Durch Aufhebung der Wechselgeschäfte hatten die Hüte selbst gewissermafsen den Stab über ihre frühere Finanzpolitik gebrochen. In noch höherem Grade war dies der Fall, als der geheime Ausschufs sich im Februar 1762 veranlafst sah, bis auf weiteres die Bank für die Gewährung von Darlehen zu schliefsen. Alle, die Anleihen gemacht hatten, mufsten hohe Abzahlungen leisten, damit man die Forderungen der Bank nach und nach einziehen, die Notenmenge verringern und eine spätere Realisation vorbereiten konnte. Es waren dies alles Ideen der Mützen, welchen die Opposition schon längst gehuldigt hatte, und die nun endlich durch den Zwang der Notwendigkeit durchgeführt wurden. Dem geheimen Ausschusse gelang es zwar, seine Bankbevollmächtigten davor zu schützen, dafs sie nicht wegen ihrer eigenmächtig dem Staate gewährten Darlehen zur Rechenschaft gezogen wurden, aber der Ausschufs sah sich selbst gezwungen, seine Mifsbilligung dieserhalb auszusprechen, der sich auch die Stände anschlossen. Der Ausschufs mufste sich auch dazu bequemen, den Ständen einen Rechenschaftsbericht über die Höhe des Defizits im Staatshaushalte, über die vom Staate der Bank geschuldeten Summen und über den Betrag der Subsidien vorzulegen. Zu einer wirklichen Änderung des Staats- und des Bankhaushaltes kam es aber nicht. Zur Deckung der Kosten des letzten Feldzuges blieb dem geheimen Ausschufs nichts anderes übrig, als dieselben dem Staate von der Bank vorschiefsen zu lassen. Als nachher bei Schlufs des Reichstages trotz der neuen Kontribution das Budget des folgenden Jahres ein unerhörtes Defizit aufwies, griff der Ausschufs wieder zu dem bequemen Mittel, für die Krone bei der Bank einen Vorschufs von neuen Millionen zu erheben. Trotz der Geldnot verteilte man mit noch mehr Verschwendung als gewöhnlich Pensionen, Gratifikationen, Gehälter und Honorare; es hatte den Anschein, als wollten die Hüte den letzten Rest ihrer Herrschaft über die Bank dazu benutzen, nur so viel wie möglich aus ihr herauszupressen, ohne sich daran zu kehren, dafs durch solche Mafsnahmen der Wert des Papiergeldes noch weiter vermindert wurde.

Auch in der Gewerbegesetzgebung machten sich auf diesem Reichstage neue Ideen mit Macht geltend. Die Regierung selbst beantragte eine Erleichterung des Gewerbezwanges. Die Geldunterstützungen des Fabrikwesens wurden verringert, eine Menge Prämien aufgehoben oder in ihrem Betrag herabgesetzt, die Einfuhrverbote für verschiedene Artikel, wie Kaffee, Tee, Wein und anderes, aufser Kraft gesetzt und die Vornahme von Haussuchungen verboten. Das Branntweinbrennen für den Hausbedarf wurde gegen eine geringe Abgabe freigegeben. Zu einer Veränderung des bestehenden Systems kam es nicht.

Das Gleichgewicht, das zwischen den beiden grofsen Parteien geherrscht hatte, kam hauptsächlich dem Hofe zugute. Er stand mit den Mützen im Bunde, hatte aber dabei das Vergnügen zu sehen, wie die Hüte nach Versöhnung verlangten und die Vergangenheit vergessen zu machen suchten. König und Königin wurden für ihre persönliche Mitwirkung beim Abschlufs des Friedens Dankesbezeigungen dargebracht, und der Friede diente als Vorwand, Staatsverbrecher aus der Zeit des vorigen Reichstages oder aus den Tagen der Palmstiernschen Kommission zu begnadigen. Dalins Verbannung vom Hofe wurde aufgehoben. Die Reichsakte und mehrere andere Dokumente aus dem Jahre 1756 wurden vernichtet. Die Schulden des Hofes in Höhe von 410000 Talern Silber wurden bezahlt, sein jährliches Budget erhöht, und aufserdem erhielt Adolf Friedrich vier Jahre lang ein „Geschenk“ von 70000 Talern. Der Kronprinz, der jetzt sechzehn Jahre alt war, wurde von seinen bisherigen Erziehern befreit und erhielt das Recht, an den Verhandlungen der Kollegien und im Beisein des Königs auch an denen des Rates teilzunehmen. Zum Gouverneur der jüngeren Prinzen wurde dem Wunsche des Königs gemäfs der Reichsrat Törnflycht ernannt. Äufserlich herrschte also vollständige Harmonie zwischen dem Könige und den Ständen; die Mitglieder beider Parteien erschienen bei Hofe und wurden mit gleichem Wohlwollen behandelt.

Aufser den Parteistreitigkeiten begannen auf diesem Reichstage die Gegensätze zwischen den einzelnen Ständen, die seit den ersten Jahren der Freiheitszeit geruht hatten, sich wieder in drohender Weise geltend zu machen. Ihr Ausbruch wurde durch die

mehrfach erwähnte Capitafrage hervorgerufen, die die bürgerlichen Stände gegen den Adel aufbrachte und derartige Leidenschaften weckte, daſs man es schlieſslich für das Beste hielt, die ganze Rechtsfrage fallen zu lassen. Aufserdem wurde der Streit durch das auf diesem Reichstage in ungewöhnlich hoher Blüte stehende Unwesen geschürt, wonach die Stände Ämtertausch und Akkorde gestatteten oder Beförderungsempfehlungen ausstellten. In diesem Falle war die Schuld bei allen Ständen eine gleich groſse, der Adel suchte aber wenigstens beim Schluſs des Reichstages diesem Unwesen ein Ziel zu setzen, jedoch vergebens. Schlieſslich kam noch die empfindliche Frage der Verleihung des Adels. Der Brauch, die bischöflichen Familien zu adeln, erregte den Unwillen des geistlichen Standes. Der Adel seinerseits suchte die Verleihung des Adels zu beschränken und faſste im Zusammenhang mit einer neuen Ritterhausordnung, die auf diesem Reichstag angenommen wurde, eigenmächtig den Beschluſs, daſs in Zukunft eine Einführung auf dem Ritterhause nicht eher gestattet würde, als bis die Zahl der adeligen Familien auf 800 herabgesunken wäre. Dieser unkluge Beschluſs beförderte in der Folgezeit den Ansturm auf die Adelsprivilegien in hohem Grade.

Im Juni 1762 wurde der Reichstag geschlossen. Zu seiner Charakteristik gehört es, daſs das groſse Publikum mehr als früher zur Teilnahme an den politischen Kämpfen herangezogen wurde, indem man sich von beiden Seiten durch massenweise Herausgabe von Schriften, welche die Zensur passieren lieſs, oder durch gedruckte Protokollauszüge, Kommissionsberichte und Denkschriften an dasselbe wandte. In dieser Hinsicht trägt die Zeit von 1760 bis 1772 ein besonderes Gepräge, die sie von früheren Perioden in der Geschichte der Ständeherrschaft unterscheidet.

* * *

Der Regierung, die nach Schluſs des Reichstages die Geschicke des Reiches zu leiten hatte, fehlte es an Ansehen und an Kraft. Die Mützenminorität war im Verein mit dem Könige und denen, die unabhängig von jedem Parteiprogramm ihre eigenen Wege gingen, stark genug, das Übergewicht der Hüte im Rate in Frage zu stellen. Der Kanzleipräsident Klas Ekeblad war ein

wohlmeinender, brauchbarer Mann von reicher Erfahrung, aber kein hervorragender Staatsmann und auch nicht die Persönlichkeit, welche die Ratsherren zusammenhalten und beherrschen konnte. Dagegen erwies sich Löwenhielm, der sich nunmehr entschieden den Mützen angeschlossen hatte, zweifellos als die bedeutendste Kraft im Rate. Unter solchen Umständen konnte die Entscheidung der Regierung oftmals von der zufälligen Abwesenheit oder dem Schwanken eines einzelnen Mitgliedes oder den beiden Stimmen des Königs abhängen. Aufserhalb des Rates herrschte unter den Hüten Verwirrung und Verstimmung, und die zersprengten Scharen gehorchten nicht mehr den Worten eines anerkannten Führers. Die traurige Lage dieser Partei wurde dadurch noch verschlimmert, dafs ihr alter Verbündeter, Frankreich, sie nach dem Friedensschlusse ihrem Schicksal überliefs. Nachdem der Marquis d'Havrincourt im Herbst 1762 Schweden verlassen hatte, trieb das französische Kabinett seine Gleichgültigkeit so weit, den Gesandtenposten in Stockholm ein ganzes Jahr lang unbesetzt zu lassen.

Unter solchen Verhältnissen erblickten die Führer der Hutpartei die einzige Möglichkeit zur Aufrechterhaltung der Partei in einem Bündnisse mit dem Hofe, und die geheimen Unterhandlungen, die bereits am Schlusse des Reichstages zwischen Fersen, Luise Ulrike und Sinklaire ihren Anfang genommen hatten, wurden in der Folgezeit eifrigst fortgesetzt. Eine derartige Allianz konnte natürlich nur um den Preis einer Abänderung der Regierungsart zugunsten der Königsmacht erkauft werden. So weit war es also gekommen, dafs die Hüte selbst an eine Änderung der Verfassung zu denken anfingen. Luise Ulrike gab zu verstehen, dafs sie sich nunmehr mit einer Rückkehr zur ursprünglichen Staatsverfassung vom Jahre 1720 begnügen würde, und erwies den Führern der Hüte, vor allem Fersen, besondere Aufmerksamkeit. Seinerseits suchte der Rat, der ja zum weitaus gröfsten Teil aus Hüten sich zusammensetzte, den Wünschen des Königspaares durch Geldvorschüsse oder bei Beförderungen so weit als möglich entgegenzukommen. So wurden Dalin zum Hofkanzler, der ausgesprochene Führer der Mützen Serenius zum Bischof in Strängnäs und das gemäfsigtere Mützenmitglied Magnus Beronius nach Troilius zum Erzbischof ernannt.

Die Annäherung an den Hof führte jedoch noch immer zu keinem Übereinkommen. Ein grofser Teil der Hutpartei betrachtete das Verhältnis Fersens zur Königin mit argwöhnischen Blicken und wollte von einer Erweiterung der Königsmacht nichts wissen. Das Mifstrauen gegen Luise Ulrike war übrigens ein allgemeines und starkes. Hüte sowohl wie Mützen folgten mit gleicher Unruhe den Versuchen der Königin, bei Rufsland Unterstützung für ihre Pläne zu finden. Während der kurzen Regierung Peters III. war diese Furcht nur zu begründet, da dieser in seinem Eifer, Schweden mit in den von ihm geplanten Angriff auf Dänemark hineinzuziehen, sogar dazu bereit war, seinen Verwandten auf dem schwedischen Throne zu absoluter Macht zu verhelfen. Der Tod Peters machte diese Befürchtungen zwar zunichte; bald wurde es aber klar, dafs auch seine Nachfolgerin mit dem schwedischen Hof in nahe Verbindung trat, und im Jahre 1763 nahmen die Gerüchte, Katharina II. beabsichtige, die absolute Monarchie in Schweden wiederherzustellen, einen so beunruhigenden Charakter an, dafs der Rat im geheimen mit Dänemark in Unterhandlungen trat betreffs gemeinschaftlicher Mafsnahmen zum Schutze der Freiheit Schwedens. Unter solchen Umständen konnten die Versuche einiger Führer der Hüte, mit dem Hofe eine Allianz zu schliefsen, offenbar keinen wirklichen Gewinn für die Partei erzielen. Hierdurch wurde die Partei nur noch mehr zerrüttet und ihr altes Ansehen als Verteidigerin der Freiheit herabgemindert.

Die Hauptschwierigkeit indessen, mit welcher der Rat zu kämpfen hatte, war die zunehmende finanzielle Verwirrung. Durch die grofsen Bankanweisungen, mit denen der geheime Ausschufs das Defizit in der Staatskasse gedeckt hatte, war die Notenmenge noch bedeutend vermehrt worden, und der Kurs schnellte so in die Höhe, dafs er im Oktober 1762 108 Mark betrug, d. h. das Papiergeld war auf ein Drittel seines Wertes herabgesunken. Kurz darauf ging zwar der Kurs wieder auf 80 Mark herunter, aber diese unberechenbaren Schwankungen des Notenwertes machten jede Festigkeit im Geschäftsleben zur Unmöglichkeit. Zu diesem Übelstand kamen noch die Schliefsung der Bank für Privatanleihen und eine verminderte Unterstützung der Industrie. Die gesamte Grundlage der Industrie der Hüte schwankte bereits, als 1763,

nach Beendigung des grofsen Krieges, eine allgemeine europäische Handelskrisis ausbrach, die verheerende Wirkungen im Gefolge hatte. Besonders in Amsterdam und Hamburg brach eine Menge grofser Handelshäuser zusammen. Die schwedischen Kaufleute, die sich in der vorhergehenden Zeit auf eine umfangreiche Wechselreiterei eingelassen hatten, standen gerade mit diesen Städten in lebhaftester Verbindung. Als nun der Kredit im Auslande geringer wurde und die Wechsel zur Bezahlung eingefordert wurden, geriet die schwedische Geschäftswelt in eine unerhörte Notlage. Man bestürmte vergebens die Regierung und die Bank um Hilfe, eine Menge Konkurse war die Folge, und nur die bedeutendsten und solidesten Handelshäuser überstanden die Krisis ohne Schaden. Mehrere Fabriken wurden geschlossen, und eine grofse Anzahl tüchtiger Arbeiter begab sich ins Ausland. Zu all diesem kam in den Jahren 1762—64 eine verheerende Rinderpest, die von Dänemark aus ihren Weg über Schonen nahm und sich verwüstend über das ganze Land verbreitete. Durch die Freigabe der Branntweinbrennerei war aufserdem der Getreideimport wieder in die Höhe gegangen, so dafs derselbe 1764 über 700000 Tonnen betrug, wodurch die Handelsbilanz noch verschlechtert wurde. Es war dies eine Zeit allgemeiner Not im schwedischen Erwerbsleben. Sie vollendete den Ruin der Hutpartei, indem sie die lockere Grundlage, auf der die frühere ökonomische Herrlichkeit geruht, bloflegte und in der Praxis all die Folgen aufwies, welche die Opposition längst prophezeit hatte.

Diese Notlage wurde nicht am wenigsten von den eigenen Kassen des Staates empfunden. Die Anleihe im Auslande, die der geheime Ausschufs empfohlen hatte, mifslang vollständig, der Versuch, im Inlande eine Anleihe in klingender Münze aufzunehmen, brachte nur eine Kleinigkeit, die Kontribution warf bei weitem nicht so viel ab, wie berechnet worden war, und die französischen Hilfsgelder blieben aus. Im Frühjahr 1763 zeigte die Budgetkommission an, dafs sich im Laufe dieses Jahres das Defizit auf ungefähr 28 Tonnen Gold belaufen würde. In dieser Lage sah der Rat keinen anderen Ausweg, als durch Ulrich Scheffer in Paris die französische Regierung zu bestürmen, sie möchte die restierenden Hilfsgelder auszahlen, da man sich

andernfalls gezwungen sehe, die Stände einzuberufen. Da dies unter den damaligen Konjunkturen den vollständigen Sturz der Hüte bedeutet hätte, hielt es Choiseul für angebracht, in die Auszahlung von einigen Millionen Livres in kleineren Raten zu willigen und einen neuen Botschafter, den Baron de Breteuil, nach Stockholm zu entsenden, um so die Einberufung eines aufserordentlichen Reichstages zu verhindern und einen Ausgleich betreffs der Subsidienschuld herbeizuführen. Infolgedessen wurde die Einberufung des Reichstages bis auf weiteres aufgeschoben.

Das Budget des Jahres 1764 hatte jedoch trotz aller Abstriche am Ausgabeetat ein neues grofses Defizit von nahezu 20 Tonnen Gold aufzuweisen. Neue Anleiheversuche schlugen fehl, und die Unterhandlungen mit Frankreich zogen sich, ohne zu einem Ergebnis zu führen, in die Länge. Die finanzielle Not zwang die Regierung, den Reichstag einzuberufen. Im September 1764 erging die Einladung an die Stände, im kommenden Januar in Stockholm zusammenzutreten.

Von gröfster Bedeutung für den bevorstehenden Parteikampf war die Veränderung, die infolge der Thronbesteigung Katharinas II. gleichzeitig mit der äufseren Stellung Schwedens vor sich ging. Wie zur Zeit Peters des Grofsen wandte dieses grofse Reich auch jetzt wieder seine Kräfte geschickt und rücksichtslos seinen schwächeren Nachbarn zu, um sie zu beherrschen oder zu vernichten. Zunächst handelte es sich um Polen, wo nach dem 1763 erfolgten Tode Augusts III., wie gewöhnlich, Thronstreitigkeiten ausgebrochen waren, in die Katharina eingriff; sie setzte die Wahl ihres früheren Liebhabers, Stanislaus Poniatovskys, zum König durch. Um an Schweden nicht einen Feind zu besitzen, der ihre Pläne stören könnte, ging Katharina darauf aus, die Anarchie daselbst zu erhalten und die französische Partei zu stürzen. Der russische Minister in Stockholm, Ostermann, wurde beauftragt, bei den kommenden Wahlen die Mützenpartei zu unterstützen, und die Verbindungen mit dem Hofe wurden abgebrochen. Russische Bestechungen und Intrigen waren seit 1764 bei den inneren schwedischen Parteikämpfen wieder an der Arbeit und verschärften den Ernst derselben. Die grofse, aufstrebende Mützenpartei hatte ihre Hauptstütze keineswegs in

der russischen Politik. Ohne das Zutun Rufslands hatte die Partei ihren Aufschwung begonnen, der seinen Grund in einer im Lande allgemein herrschenden Reaktion gegen die Hüte und deren Grundsätze hauptsächlich auf wirtschaftlichem Gebiete hatte. Aber zweifellos gewährte das russische Gold eine grofse Hilfe beim Wahlkampfe, und die Führer der Mützen besannen sich ebensowenig wie in den vierziger Jahren, davon Gebrauch zu machen. Dieses Bündnis sollte auch diesmal für die Dauer ein Fluch für die Partei werden.

Die Einmischung Rufslands war um so gefährlicher, als es ihm gelang, mehrere Verbündete zu gewinnen. Im April 1764 schlossen Friedrich II. und Katharina ein Bündnis ab, das sich zunächst allerdings auf Polen bezog, in dem sie aber auch die Verabredung trafen, der französischen Partei in Schweden entgegenzuarbeiten und über die schwedische Regierungsform zu wachen. Von noch gröfserer Gefahr war die Annäherung zwischen Dänemark und Rufsland. Dänemark, dessen Politik noch immer von J. H. E. Bernstorff geleitet wurde, fürchtete vor allem eine Stärkung der schwedischen Königsmacht. Durch die Gefahr von 1762 belehrt, wünschte es auch jetzt lebhafter denn je eine Übereinkunft mit dem holsteinischen Herzogshause, das jetzt von dem unmündigen Sohne Katharinas, dem Grofsfürsten Paul, repräsentiert wurde. Jedoch erst im März 1765 führten die Verhandlungen zu einem Vertrage, der die beiden Mächte verpflichtete, bei den schwedischen Reichstagen gemeinsam tätig zu sein und die Aufrechterhaltung der schwedischen Regierungsform zu erstreben. Katharina war es gelungen, zwischen den drei Nachbarn Schwedens ein Netz von Verbindungen herzustellen, die Schweden in Ohnmacht und Anarchie niederhielten. Zu dieser Koalition kam schliefslich in gewisser Hinsicht noch England hinzu, das beim Abschlufs der Allianz zwischen Katharina und den Führern der Mützenpartei die Vermittlerrolle gespielt hatte. Von alters her standen die Mützen mit dieser Macht in Verbindung, und das englische Kabinett hielt es im Jahre 1764 für angebracht, die seit sechzehn Jahren abgebrochene diplomatische Verbindung mit Schweden wiederherzustellen. Die Stellung Englands zum schwedischen Parteikampfe wurde eigentlich von seinem Wunsche,

Frankreich entgegenzuarbeiten, bestimmt; da es sich aber aufserdem Rufsland gefällig zeigen wollte, um einen vorteilhaften Handelsvertrag mit diesem Reiche zu erlangen, erhielt der englische Minister Goodricke den Befehl, im Verein mit Rufsland die Mützen mit Geld und gutem Rate zu unterstützen. Hinter der anstürmenden Mützenpartei nahm also ein ganzer Bund auswärtiger Mächte Aufstellung, welche diese Partei in ihrem Streben nach Rache und Herrschsucht aufhetzten und unterstützten, die aber eigentlich nur darauf ausgingen, im Innern Schwedens die Anarchie und die Schwäche zu erhalten, um selbst nach Gutdünken dieses Reich beherrschen zu können.

Gegenüber dieser furchtbaren Gefahr hatte die Hutpartei in einem Bündnisse mit dem Hofe und einer Übereinkunft mit Frankreich eine Stütze zu finden gehofft, aber beide Hoffnungen waren zunichte geworden. Erst als die Reichstagswahlen in vollem Gange waren, kam endlich Frankreich mit einem annehmbaren Anerbieten. Es erklärte sich bereit, innerhalb acht Jahren zwölf Millionen Livres zu bezahlen. Da der Vertrag Schwedens mit Frankreich nur bis Ende 1768 Geltung hatte, bedeutete dies, dafs die Abhängigkeit von Frankreich ohne entsprechende Vorteile noch auf weitere vier Jahre ausgedehnt würde; dazu kam noch, dafs Schweden eine Forderung von mehr als 14 Millionen Livres statt der 12 zu haben glaubte. Sowohl die Mützen wie die Neutralen im Rate und auch der König beantragten deshalb, dafs die Entscheidung bis zum Zusammentreten der Stände aufgeschoben werden sollte. Die Hüte aber ergriffen eifrig das französische Anerbieten als eine letzte Möglichkeit für ihre Partei, sich im Besitz der Herrschaft zu erhalten, und setzten am 26. November 1764 mit einer Stimme Majorität die Annahme des Anerbietens durch.

Der Streit um den französischen Subsidienvertrag machte den Unterhandlungen der Hüte mit dem Hofe, der sie in diesem letzten Kampfe im Stiche gelassen, ein Ende. Der Hof verblieb daher bei seiner alten Verbindung mit den Mützen, aber er hatte wenig von ihnen zu erhoffen, und in Wirklichkeit war seine Stellung eine isolierte. Erst jetzt im letzten Augenblicke stürzte sich die Hutpartei mit Hilfe Frankreichs eifrig in die Vorbereitungen zum Reichstage. Aber ihre Aussichten waren nicht gerade vielver-

sprechend. Der Rat selbst brach den Stab über der gesamten inneren Politik dieser Partei durch die geheime Proposition in den inneren Angelegenheiten, die schonungslos die Sünden der Partei und ihre Fehlgriffe in der inneren Leitung des Reiches vor den Augen der Stände enthüllte. Das war geradezu ein Todesurteil, verkündet von der eigenen Regierung der Hüte.

* * *

Gleich beim Zusammentreten der Stände am 15. Januar 1765 zeigte es sich, dafs die Macht ihren Besitzer gewechselt hatte. In allen Ständen waren die Mützen in der Übermacht, und neue Männer oder solche, die früher vergebens die Herrschaft der Hüte bekämpft hatten, hatten jetzt die Leitung in Händen. Besonders im geistlichen und Bauernstande herrschte die Mützenpartei. Diese Stände hatten mit ihren Sympathien nie so recht auf seiten der Hutpolitik gestanden, und nur künstliche Mittel und der seitens der übrigen Stände ausgeübte Druck hatten die Hutpartei in diesen Ständen so lange zu erhalten vermocht. Alter Sitte gemäfs wählten die Geistlichen den Erzbischof Magnus Beronius zu ihrem Vorsitzenden. Die eigentliche Leitung des Standes lag jedoch in den Händen des Bischofs Serenius, der Pröpste Mathesius, Wijkman, Kröger, Bolmstedt und anderer, alles einflufsreiche und energische Prälaten, die von der Selbstsucht und dem Verrate ihrer Gegner und von der Vortrefflichkeit ihrer eigenen Ansichten fest überzeugt waren und sich jetzt anschickten, an den Hüten Rache zu nehmen und die Entwicklung des schwedischen Staates ihren eigenen Ideen gemäfs in neue Bahnen zu lenken. Bei den Bauern mufste der alte Olof Håkansson, der seit 1738 bei allen Reichstagen die Verhandlungen dieses Standes geleitet hatte, einer neuen Kraft Platz machen. Aber auch bei den Bürgern und dem Adel, den sichersten Stützen der Hutpartei, war eine gewaltige Veränderung vor sich gegangen. Im Bürgerstande fehlten mehrere von den alten Führern der Hüte, die Hauptstadt hatte ganz neue Abgeordnete gewählt und der Stockholmer Bürgermeister Sebaldt, der zum Präsidenten des Bürgerstandes ernannt wurde, war ein alter Feind der Hüte. Im Ritterhause hatten die Hüte Fersen als Kandidaten für den Landesmarschallsposten aufgestellt, die Mützen

und die Hofpartei dagegen Ture Gustav Rudbeck. Letzterer wurde mit ziemlich grofser Majorität gewählt. Die Ausschufswahlen fielen ebenfalls in allen Ständen zugunsten der Mützen aus. Hiermit war der geheime Ausschufs, der bisher ein Hauptmachtmittel der Hüte gewesen war, in den Händen ihrer Gegner. Die Mützen hatten jedoch so lange unter der Machtfülle und der Willkür des Ausschusses zu leiden gehabt, dafs sie vermittels einer Instruktion des Ausschusses den Ständen selbst die Entscheidung über alles vorbehielten, was die Staatskasse und die Bank, überhaupt alle finanziellen Geschäfte betraf.

Der neue Reichstag hatte von vornherein ein wirtschaftliches Gepräge an sich. Die Geschäfte der Staatskasse und der Bank bildeten für die Stände den Hauptgegenstand ihres Interesses, wie dieselben ja auch zunächst die Veranlassung zur Einberufung der Stände gewesen waren. Die Mützen machten sich sofort daran, auf diesen Gebieten Mifsbräuche aufzudecken, zu bestrafen und zu beseitigen. Dabei verfuhren sie mit einer Erbitterung, die jahrzehntelanger Druck aufgehäuft hatte, einer Rücksichtslosigkeit und Einseitigkeit, die ein genaues Gegenstück dessen waren, was sich die Hüte in ihrer Glanzzeit in dieser Richtung hatten zuschulden kommen lassen. Schon nach einigen Wochen waren die Budget- und Bankdeputationen mit ihren Berichten über die Lage der Staatskasse und der Bank fertig. Schonungslos deckten sie die Sünden der Hutherrschaft und das Elend auf, das die Hüte mit ihrer Haushaltung verschuldet hatten. Der geheime Ausschufs teilte den Ständen diese beiden Berichte mit, und diese liefsen sie zur allgemeinen Kenntnisnahme drucken. Noch nie vorher hatten die Stände und das grofse Publikum einen so genauen Einblick in die Geheimnisse der Staatskasse und der Bank erhalten, noch nie vorher hatten sie die Höhe der Staatsschuld, des Defizits im Budget, der Bankanleihen usw. so im einzelnen erfahren, und all dieses wurde ihnen unter scharfer Betonung der Fehler und unter einseitiger Hervorhebung der Mifsgriffe, der Selbstsucht und der Verschwendung, deren sich die Hüte schuldig gemacht hatten, mitgeteilt. Unerhört war die Erbitterung über die Mifswirtschaft, die Jahrzehnte hindurch in der Reichshaushaltung ge-

herrscht hatte. Ganz natürlich richtete sich dieselbe in erster Linie gegen die zur Hutpartei gehörenden Reichsräte und Bankbevollmächtigten, sowie auch gegen die Inhaber des letzten Wechselgeschäftes, auf welche die Bankdeputation besonders hingewiesen hatte. Ende März wurde eine grofse Deputation von 250 Mitgliedern eingesetzt, die ohne Rücksicht auf vorher erteilte Dechargen alle die Fälle, die in den Berichten der beiden Deputationen erwähnt worden waren, aufnehmen und prüfen sollte. Mit aufsergewöhnlicher Energie und Überzeugung von der Rechtmäfsigkeit ihrer Sache machte sich diese Deputation, in welche die Mützen ihre Hauptkräfte entsandt hatten, an ihre Aufgabe. Mit der vorhergehenden Zeit begann man jetzt in einer Weise abzurechnen, für die es seit den Tagen Karls XI. kein Gegenstück gab.

In erster Reihe galt der Ansturm natürlicherweise dem Rate. Von zwei Seiten bereitete man sich zum Angriff auf diese Behörde vor, teils seitens der kleineren geheimen Deputation wegen des letzten Subsidienübereinkommens mit Frankreich, teils seitens der grofsen Deputation wegen der Leitung der Wechselgeschäfte. Als der Streit im Sommer 1765 zum Ausbruch kam, stand die Hutpartei nicht mehr allein. Der Hof, der erwartet hatte, die Mützen würden einige Änderungen zu seinen Gunsten durchführen, sah bald ein, dafs seine Hoffnung eine vergebliche gewesen war. Das einzige, was er bisher durch seine Allianz mit den Mützen erreicht hatte, war die Vernichtung der letzten Erinnerungen an die Blutturteile vom Jahre 1756, die Abschaffung des Dankfestes am Johannistage, die Wiederherstellung der Ehre und die Wiedererstattung des Eigentums der zum Tode Verurteilten usw. Als dann der Vertrag zwischen Rufsland und Dänemark bekannt wurde, war Luise Ulrike über alle Mafsen erbittert. Dieser Vertrag vernichtete nicht blofs alle ihre Hoffnungen auf eine Änderung der Verfassung, sondern auch die auf eine Auflösung des verhafsten, zwischen dem schwedischen und dem dänischen Hofe vereinbarten Heiratsabkommens. Sie wandte ihre Hoffnung wieder den Hüten zu, und diese brauchten die Hilfe nur zu sehr, als dafs sie dies Anerbieten ausgeschlagen hätten. Mitte Juni kam endlich zwischen dem Hofe und den Hüten die wichtige Vereinbarung zustande, die alsdann diese bei-

den Parteien zu gemeinsamem Kampfe gegen die Mützen bis zum Schlufs der Ständeherrschaft zusammenhalten sollte. Im Ritterhause zeigte sich die Wirkung sofort; dort vereinigten sich die etlichen siebzig Stimmen der Hofpartei nunmehr mit den Hüten statt mit den Mützen. Das genügte, die Übermacht letzterer beim Adel zu brechen, aber keineswegs, den Erfolg der Mützen aufzuhalten oder den Sturz der Hutpartei abzuwenden.

Die beiden verhafstesten Reichsräte, Ekeblad und Scheffer, welche die eigentliche Leitung der Wechselgeschäfte in Händen gehabt hatten, suchten der bevorstehenden Abrechnung zuvorzukommen und reichten freiwillig ihre Abschiedsgesuche ein. Dieselben wurden zwar Anfang August genehmigt, die Decharge- und Pensionsfrage aber aufgeschoben, bis die Untersuchung über das Verhalten des Rates im allgemeinen abgeschlossen wäre. Die Hoffnung der Hüte, der freiwillige Rücktritt dieser beiden werde die übrigen Ratsherren retten, wurde vollständig zunichte. Am 15. August beschlofs der geheime Ausschufs auf Antrag der kleineren geheimen Deputation, die neun Reichsräte, welche für das Subsidienübereinkommen mit Frankreich gestimmt hatten, des Vertrauens der Stände für verlustig zu erklären und unter Berufung auf das Beispiel von 1739 dieses Urteil den Ständen nur zur Kenntnisnahme zu unterbreiten. Der Ausschufs stellte jedoch anheim, die drei Reichsräte Liewen, Rudenschöld und Hiärne, die erst während des letzten Reichstages in den Rat eingetreten waren, milder zu behandeln, da sie nur einem bei der Majorität bereits herrschenden schädlichen Grundsatze gefolgt seien. Nach heifsen Kämpfen innerhalb der Stände billigten die bürgerlichen Stände die Mafsnahmen des geheimen Ausschusses hinsichtlich der sechs älteren Reichsräte, während der Adel dafür war, dafs sämtliche das Vertrauen der Stände wiedererhalten sollten. Hiermit war das Schicksal der Hutregierung entschieden. Aufser den beiden, die bereits freiwillig abgegangen waren, traf das Absetzungsurteil die vier alten Reichsräte Rosen, Seth, Hamilton und Fleming.

Zu Beginn des Reichstages waren zwei durch Todesfall erledigte Plätze im Rate mit dem Vizeadmiral Lagerbielke und dem Generalleutnant Kalling besetzt worden. Die sechs Plätze, die

durch die Abrechnung mit dem Rate frei geworden waren, wurden im September mit dem Obersten Funck, dem Staatssekretär Hermelin, dem Landeshauptmann De Geer, dem Landrichter Grafen Gyllenstierna, dem Finanzkommissar von Wallwijk und dem Hofmarschall Reuterholm besetzt. Zum Kanzleipräsidenten ernannte der geheime Ausschuſs Karl Gustav Löwenhielm. Das Schicksal der drei jüngsten Ratsherren wurde erst im folgenden Jahre, und zwar in der Weise entschieden, daſs Rudenschöld, der als Hofkanzler an den Vorbereitungen zum Kriege in Pommern teilgenommen hatte, für ebenso schuldig erklärt wurde wie die entlassenen Ratsherren und deshalb abgesetzt wurde, während die beiden anderen mit einer Verwarnung davonkamen. Rudenschölds Stelle wurde mit dem Obersten Friedrich Ribbing besetzt.

Noch heftigere Kämpfe als der Streit um den Rat rief die Abrechnung mit dem Kiermanschen Wechselgeschäfte hervor. Die ganze Erbitterung, welche die jahrzehntelange Verwahrlosung der Reichsfinanzen hervorgerufen hatte, kam hier zum Ausbruch, und die Leidenschaften erreichten ihren Höhepunkt. Auch das groſse Publikum, das vor allem unter den Schwankungen des Notenwertes gelitten hatte, nahm eifrig teil an der Behandlung dieses Gegenstandes; in gewisser Beziehung war daher die Abrechnung mit den Inhabern des Wechselgeschäftes die brennendste Frage dieses Reichstags, die mit gröſster Aufmerksamkeit verfolgt wurde. Schon im Juni hatte die groſse Deputation ausgerechnet, daſs sich die Inhaber des dritten und fünften Wechselgeschäftes in eigennütziger Weise mehr als sechs Millionen Taler Silber vom Staate angeeignet hatten. Ohne Rücksicht auf die Erklärungen und Gegenrechnungen der Geschäftsinhaber und ohne Rücksicht auf die Kontraktbrüche, die sich der Staat seinerseits hatte zuschulden kommen lassen, nahmen die Stände die Ausrechnung als richtig hin und verpflichteten die früheren Inhaber der Wechselgeschäfte oder deren Erben, diese Summe zurückzuzahlen. Kierman, der verhaſsteste von den Geschäftsinhabern, wurde auſserdem mit dem Verlust von Amt und Bürgerrecht, einem Monat Gefängnis bei Wasser und Brot und lebenslänglicher Einkerkerung in Marstrand bestraft; die übrigen kamen mit geringeren Strafen davon. Das Ganze war ein vollkommen rechtswidriges Verfahren, ohne

dafs auch nur der Schein gesetzlicher Prozefsformen gewahrt worden wäre. Aufserdem war das Urteil ein zu hartes. Die Verurteilten hatten sich zweifelsohne grofsen Eigennutz zuschulden kommen lassen und sich in ungehöriger Weise auf Kosten des Staates bereichert, sie hatten auch sicher zur Erreichung ihrer Zwecke Bestechungen angewandt, aber vieles von dem ihnen zur Last gelegten war übertrieben oder unwahr, und mehrere mildernde Umstände hätten in Betracht gezogen werden müssen. Kierman starb bereits 1766 im Gefängnis. Durch Übereinkommen mit den Erben oder den Stellvertretern der Geschäftsinhaber wurden die Ersatzansprüche des Staates auf vier Millionen Taler Silber ermäfsigt.

Während dieser langwierigen und heifsen Kämpfe hatte sich die Stellung der Parteien im Reichstage in hohem Grade zugespitzt. In den bürgerlichen Ständen hatten die Mützen ihre Macht dadurch gesichert, dafs sie unter allen möglichen Vorwänden bald den einen, bald den anderen ihrer Gegner ausschlossen. Unter diesen Ausgeschlossenen befand sich auch Olof Håkansson. Im Ritterhause dagegen sank die Macht der Mützen unaufhörlich, bei jeder neuen Abstimmung wurde ihre Schwäche immer deutlicher. Dies hatte seinen Grund nicht blofs in der Allianz des Hofes mit den Hüten, sondern auch darin, dafs die Furcht vor den Verbindungen, welche die Führer der Mützen mit Rufsland eingeleitet hatten, und die Erbitterung über die Rücksichtslosigkeit und die demokratischen Reformtendenzen der bürgerlichen Stände einen Teil der gemäfsigteren Elemente von der Mützenpartei zu ihren Gegnern hinübertrieben. Schliefslich versuchten die Mützen im Februar 1766 ihre Macht im Ritterhause durch einen heftigen Angriff auf ihren gefürchtetsten Gegner im Adelstande, den hervorragendsten Vertreter der Hutpolitik, Fersen, wiederzugewinnen. Er wurde beschuldigt, er habe in einer beim Adel eingereichten Denkschrift sich herabsetzender Ausdrücke über den geheimen Ausschufs bedient. Der Angriff mifslang, der Adel nahm Fersen in Schutz. Aber das Gerücht von der Gefahr, in welcher der angesehene Parteiführer geschwebt hatte, bewirkte, dafs eine Menge Edelleute, die zu den Hüten gehörten, aus der Provinz herbeieilten, um ihre Sitze im Ritterhause einzunehmen,

und dadurch erhielt die Hutpartei dort ein noch entschiedeneres Übergewicht als vorher. Die Parteigestaltung hatte hiermit in gewisser Hinsicht einen endgültigen Abschluſs erreicht. Die Hof- und die Hutpartei stehen geeint den Mützen gegenüber, diese Vereinigung ist im Adelstande in der Übermacht, die Mützen dagegen beherrschen die bürgerlichen Stände; das ist in der Hauptsache, abgesehen von einer zufälligen Verschiebung, das Hauptschema, nach welchem sich das Parteileben in der Folgezeit abspielt.

Auſser diesen groſsen, am meisten beachteten Abrechnungen mit dem Rate und den Inhabern des Kiermanschen Wechselgeschäftes fanden ohne Unterbrechung vom Beginn des Reichstages bis zu seinem Abschluſs andere Abrechnungen, Einziehungen und Bestrafungen statt. Es gab viel zu tun, viele Mängel abzustellen und manche Nachlässigkeit zu bestrafen, und die selbstbewuſsten Pröpste und Bürgermeister, die einsahen, daſs jetzt die Reihe an ihnen war, besannen sich keinen Augenblick, die Schäden des Staates nach ihren Ideen zu heilen. Bei diesen Abrechnungen war die Mützenpartei nicht immer einig, denn bald wurde der eine, bald der andere Stand ziemlich empfindlich von ihnen getroffen, und da konnte es manchmal vorkommen, daſs die Staatsinteressen der Einigkeit heischenden Parteipolitik weichen muſsten. Im groſsen und ganzen aber war es jedoch eine energische Arbeit, welche die Mützenpartei trotz aller Einseitigkeit und trotz aller Übertreibungen im Dienste des Staates verrichtete, und die in erster Reihe darauf abzielte, die Mittel des Staates für seine eigenen Bedürfnisse auszunutzen und der Unordnung und Zügellosigkeit, die in der Verwaltung herrschten, eine Grenze zu ziehen.

Die Bankverwaltung war die Behörde, welche die strengste Kritik seitens der neuen Machthaber über sich ergehen lassen muſste. Die Bankbevollmächtigten wurden für die Verluste, die sie der Bank verursacht hatten, verantwortlich gemacht und samt und sonders verabschiedet. Die Anzahl der Bankbevollmächtigten wurde beschränkt, und alle die von den Hüten neugeschaffenen Bankvertreterstellen in der Provinz eingezogen. Auch das Ständekontor wurde einer strengen Prüfung unterzogen. Alle seit 1738

gemachten Ausgaben, welche über den Etat und das Reglement hinausgingen, sollten zurückverlangt werden. Das ganze Kontor wurde aufgehoben und die Verwaltung der Reichsschulden der Generalstaatskasse übertragen. Das Manufakturkontor, das grofse Mifswirtschaft und Parteilichkeit auf seinem Sündenregister stehen hatte, wurde ebenfalls geschlossen. Dasselbe Geschick traf auch andere von den Ständen eingesetzte Verwaltungen, die Kommission, die den Schlofsbau in Stockholm, die Kommission, die die Dockanlage in Karlskrona leiten sollte, u. a. m., und ihre Geschäfte wurden den zuständigen Behörden überwiesen. Der Zoll, dessen Einziehung man seit 1726 einer Gesellschaft, der Zollpachtsozietät, überlassen hatte, wurde wieder unter die direkte Verwaltung des Staates gestellt und einer königlichen Zolldirektion übertragen.

Bei diesen Einziehungen und Bestrafungen zeigte sich durchgängig ein Streben, alle neuen Auswüchse der Verwaltung zu entfernen und, abgesehen von der Bank, ausschliefslich die eigenen Beamten des Staates die Verwaltung führen zu lassen. Bei anderen wiederum trat aufser dem Wunsche zu strafen und Ordnung zu schaffen auch das Verlangen hervor, dem Staate höhere Einkünfte zu sichern. Dies galt besonders von der Abrechnung, die man mit dem Königschen Wechselgeschäfte vornahm. Die grofse Deputation hatte auch betreffs dieser Handelsgesellschaft das Abkommen von 1761 verworfen und eine bedeutende Summe herausgerechnet, welche diese Gesellschaft dem Staate als Ersatz zahlen sollte. Nach heftigen Kämpfen wurde die Summe von den Ständen auf 915 000 Taler Silber festgesetzt, aufserdem aber verhängten die Stände auf Antrag der grofsen Deputation, ohne die Justizdeputation auch nur zu fragen, strenge Strafen über die Gesellschaftsinhaber. Die Ostindische Kompagnie, der es 1752 gelungen war, für jedes heimkehrende Schiff Befreiung von der Abgabe an den Staat zu erhalten, mufste, um schärferen Mafsnahmen zu entgehen, eine bedeutende Summe entrichten. Die Fabriken zu Alingsås verloren ihre besonderen Privilegien, und ihre Geschäftsbeziehungen zur Bank und zum Manufakturkontor wurden einer Nachprüfung unterzogen. Die Verpachtungen von Krongütern, die oft zu Parteibelohnungen benutzt wurden, wurden

geprüft und mehrere Pachtverträge aufgehoben oder verschärft. Ankäufe von Krongütern wurden für ungültig erklärt usw.

Eine besonders ergiebige Bestrafungsform war die Einziehung von Gehältern, Gehaltszulagen und Pensionen, die über den Etat vom Jahre 1696 hinausgingen. Nur die Gehälter und Pensionen, die auf einer königlichen Vollmacht beruhten, blieben bis zum Tode ihres Inhabers bestehen; die übrigen wurden unmittelbar eingezogen. Ein derartiges Vorgehen war gegenüber der Zügellosigkeit, mit der man solche Vorteile als Parteibelohnungen eingeführt und verteilt hatte, wohl am Platze, aber die Mützen ließen sich allerdings bei der Beurteilung der einzelnen Fälle große Willkür zuschulden kommen, so daß die Einziehung sehr nach Verfolgung aussah. So erkannte man nur vier Reichsratspensionen an, welche den ältesten von den verabschiedeten Reichsräten zuerkannt wurden. Auch die Pensionen der gewesenen Gouverneure und Erzieher der Prinzen wurden eingezogen.

Eine andere ergiebige Reduktion galt dem Militärwesen. Bei der angeworbenen Armee wurden bedeutende Abstriche gemacht und die Anschläge für die Festungen in Finnland und Schonen sowie die für die Flotte gekürzt. Diese Reduktion hing mit einer alten Opposition gegen den Verteidigungsplan zusammen, dem die Hutpartei seit 1747 gefolgt war. Ehrensvärd verlor den Oberbefehl über die Schärenflotte, und jede weitere Beschäftigung mit der Anlage der finnischen Festung wurde ihm entzogen. Eine Kommission wurde ernannt, welche diesen Festungsbau prüfen und in Erwägung ziehen sollte, ob nicht ein zentraler gelegener Platz statt Sveaborg zur Hauptfestung gemacht werden sollte.

Trotz dieser Ersparnisse und Ersatzansprüche gelang es den Mützen doch nicht, das volle Gleichgewicht im Budget herzustellen, weil man die Steuern nicht nennenswert erhöhen konnte. Der Reichstag beauftragte die Regierung, eine Anleihe im Ausland aufzunehmen. Jedenfalls war es ein bedeutendes Resultat, daß das Defizit wesentlich heruntergegangen war und eine fernere Anleihe des Staates bei der Bank vermieden werden konnte.

Eine andere Hauptaufgabe der Mützen war die, der Ver-

wirrung im Münzwesen abzuhelfen. Ihr Plan, der schliefslich von den Ständen gutgeheifsen wurde, lief darauf hinaus, den Wechselkurs langsam um vier Mark jährlich herunterzudrücken, bis er auf pari stand; alsdann sollten die Banknoten zu ihren vollem Nennwerte eingewechselt werden; darauf sollte der Silberreichstaler oder das auf diese Münzsorte lautende Papiergeld, das stets bei der Bank umgesetzt werden konnte, Reichsmünze werden. Gleichzeitig mit der Wertsteigerung des Papiergeldes sollte durch Abzahlungen auf die bei der Bank gemachten Anleihen die Banknotenmenge vermindert werden. Die Einzelheiten dieses Planes wurden äufserst geheimgehalten, und selbst der geheime Ausschufs erhielt keine Kenntnis von der Skala, nach welcher der Kursabschlag geregelt werden sollte.

Auf dem Gebiete der Gewerbegesetzgebung hatte der Aufschwung der Mützen keinen so scharfen Bruch mit der vorhergehenden Zeit im Gefolge wie auf dem Gebiete der Bank- und Staatshaushaltung. Im allgemeinen teilten die Mützen den Glauben der Hüte an die Notwendigkeit von Zollschutz, Prämien und Reglementen, falls Industrie und Handel gedeihen sollten, sie mifsbilligten aber die Übertreibungen des früheren Systems, die Parteilichkeit, mit der es angewandt wurde, und die Verschwendung von Staatsgeldern. So wurde die Manufakturkasse beibehalten, ihre Verwaltung jedoch dem Kommerzkollegium übertragen, und die Unterstützungen sollten nicht mehr bestimmten Personen nach Gutdünken, sondern jedem gewährt werden, der die zu ihrem Empfang nötigen Bedingungen erfüllte. Die Unterstützungen, die bewilligt wurden, waren ebenso, wie sie es bei den Hüten in letzter Zeit gewesen waren, wesentlich Prämien. Die Fabrikationsprämien wurden jedoch an Zahl wie an Höhe bedeutend herabgesetzt und die Fischereiprämien, die besonders grofse Summen verschlungen hatten, gänzlich eingezogen. Darlehen und Vorschüsse durften den Fabriken nicht mehr gewährt werden, früher versprochene Unterstützungen aus der Manufakturkasse wurden ganz einfach annulliert, und die aufsenstehenden Forderungen der Kasse sollten so weit wie möglich eingezogen werden.

Der bestehende Zollschutz wurde beibehalten und in gewisser Beziehung durch eine neue Luxusverordnung sogar noch verschärft.

Letztere hatte zunächst den Zweck, in Übereinstimmung mit der streng patriarchalischen Auffassung, der die Mützen auf dem Gebiete des Privatlebens huldigten, die alte Einfachheit, Sitte und Zucht zu bewahren. So wurde nicht nur die Einfuhr und der Verbrauch von Wein, Kaffee, Schokolade, Arrak und Punsch verboten, sondern auch die Anwendung von Schleppen und Garnierungen, von Steifröcken, breiten Spitzen und Hutfedern, von Samt und Seite zu Herrenanzügen und Möbeln, von ausländischem Porzellan, sowie das Halten von mehr Lakaien, als es dem Hausherrn seinem Range nach zukam, usw. Die früheren Verordnungen gegen den Schleichhandel wurden ebenfalls im Interesse der Ordnung verschärft.

Trotz alledem gewann das Prinzip der Gewerbefreiheit, wie es auch auf dem vorigen Reichstage geschehen war, mehrere Erfolge, die anzeigten, dafs das Merkantilsystem seine besten Tage hinter sich hatte und die Entwicklung jetzt eine andere Bahn einschlug als vorher. Bei den Mützen sowohl wie bei den Hüten fanden sich eifrige Verfechter des neuen Prinzips, so z. B. bei den Mützen der österbottnische Pfarrer Chydenius oder bei den Hüten K. Fr. Scheffer. Die Grundsätze der Gewerbefreiheit machten sich eigentlich unabhängig von der Parteistellung geltend, es war jedoch ganz natürlich, dafs sie unter der Herrschaft der Mützen, denen die Vergangenheit keinen Zwang auferlegte, leichter zur Geltung kommen würden. Gegen den Willen des Bürgerstandes setzte man es durch, dafs sich die Fabrikgesellen nach Ablegung einer Geschicklichkeitsprobe in jeder beliebigen Stadt als Meister niederlassen durften. Alle Städte erhielten freie Schifffahrt im Inlande, und der bottnische Handelszwang wurde zum grofsen Teil aufgehoben. Die Bauern bekamen die Berechtigung, ihre Waren in jeder beliebigen Stadt zu verkaufen und zum Absatz ihrer Produkte frei nach allen Orten im Inlande zu segeln. Das Gesinde konnte überall im Reiche, wo es wollte, Anstellung nehmen. Es waren dies kleine Fortschritte in freiheitlicher Richtung, aus denen man jedoch ersah, dafs die Bande, die bisher das Erwerbsleben in Schweden gefesselt hatten, sich zu lösen begannen. Noch mehreres andere hatte man in Aussicht genommen, so z. B. die Aufhebung des Produktenplakates und der inländischen

Zölle, die Abschaffung des Zunftwesens u. a. m., aber hierzu war die Zeit noch nicht reif.

Eine wichtige Reform, die sich an den ersten grofsen Sieg der Mützen knüpft, war die Einführung der Preſsfreiheit. Während ihres langwierigen Kampfes mit den Hüten waren die Mützen eifrig für den Grundsatz der Preſsfreiheit eingetreten, und auch in den Reihen der Hüte besafs dieselbe zahlreiche prinzipielle Anhänger. Die grofse Deputation arbeitete einen Vorschlag aus, der den Beifall der Stände fand und gleich nach Schluſs des Reichstages als erstes Preſsgesetz Schwedens veröffentlicht wurde. Dieses Gesetz hob die Zensur mit Ausnahme für theologische Schriften auf und gestattete, über alle Gegenstände Schriften durch den Druck zu veröffentlichen, falls dieselben nur nicht den reinen evangelischen Glauben oder die Prinzipe der Grundgesetze bestritten, nicht die Mitglieder des königlichen Hauses, die Beamten oder andere Mitbürger schmähten und nicht die Ehrbarkeit und die christliche Moral verletzten. Öffentliche Aktenstücke aufser solchen, die geheime ministerielle Angelegenheiten betrafen, durfte, wer nur wollte, im Druck herausgeben. Genaue Vorschriften regelten das Verfahren und die Strafbestimmungen bei Preſsprozessen, und das ganze Gesetz erhielt „die Sicherheit, die ein unumstöſsliches Grundgesetz mit sich bringt“. Es war dies ein bedeutender Schritt vorwärts in der Richtung des Schutzes der individuellen Freiheit.

Auch im Verhältnis der Stände zur Verwaltung trat jetzt eine bedeutende Veränderung ein. Die Mützen verwarfen den Ämterkauf, wiesen in der Regel Beförderungs-, Akkord- und ähnliche Gesuche zurück und hoben, wie bereits erwähnt, alle von den Ständen eingesetzten aufserordentlichen Behörden auf. Dagegen waren sie nicht gewillt, an der Verfassung in ihrer Gesamtheit eine Änderung vorzunehmen, durch welche die Machtvollkommenheit des Reichstags geschmälert wurde. Die grofse Deputation, der es auch oblag, die Mängel der Verfassung in Erwägung zu ziehen, verfafste eine „Denkschrift über die schlechte Handhabung unserer guten Gesetze“, die den Beifall der Stände fand und nach Schluſs des Reichstages als königliche Verordnung veröffentlicht wurde. Dieser Bericht erklärte, dafs die

Mängel des Staatshaushaltes ihren Grund nicht in der übergrofsen Macht der Stände hätten, sondern in einer schlechten Erziehung, einer verkehrten Beförderungsweise, der Straflosigkeit und Saumseligkeit der Beamten usw. Die Einmischung der Stände in die Verwaltung und die Rechtspflege wurde zwar im Prinzip verworfen, ihnen jedoch das Recht vorbehalten, die Urteile in Prozessen und anderen Verfahren zu prüfen und sich mit den Beförderungen so weit zu befassen, als die Ratsprotokolle dazu Veranlassung geben konnten. Die „Dienstdenkschrift" wurde aufgehoben, die Vorschrift jedoch, dafs, wer dreimal für ein Amt in Vorschlag gebracht worden war, dies beim vierten Male ohne weiteres erhalten sollte, beibehalten und auch auf die Wahlen zum Reichsrat ausgedehnt. Die 1756 vorgenommenen Beschränkungen des Rechtes des Königs bei der Ernennung des Oberstatthalters und des Truppenkommandeurs in Stockholm wurden bestätigt und der Justizkanzler in einen Beamten der Stände umgewandelt, den die Stände selbst in Zukunft auf jedem Reichstage wählen sollten. Schliefslich wurde die bekannte Verordnung erlassen, dafs alle Erläuterungen und Verbesserungen des Grundgesetzes nur mit dem Einverständnis aller vier Stände auf zwei aufeinanderfolgenden Reichstagen vorgenommen werden könnten.

So umgaben die Mützen die Verfassung mit neuen Garantien und erhöhten noch die Alleinherrschaft der Stände durch weitere Beschränkungen der Königsmacht. Die Bestimmung hinsichtlich der Wahl zum Rate wurde sogar unmittelbar zur Anwendung gebracht. Die Partei hatte den eifrigen Wunsch, den Staatssekretär Joachim von Düben zum Reichsrate zu befördern, und hatte ihn auch fünfmal, aber immer vergeblich, in Vorschlag gebracht. Düben hatte nämlich früher dem Hofe besonders nahe gestanden, war aber später einer seiner erbittertsten Gegner geworden und deshalb dem Königspaare äufserst verhafst. Dadurch, dafs man dem alten Ratsherrn Törnflycht, ohne dafs er darum nachgesucht hatte, zur Pflege seiner Gesundheit Urlaub nach Belieben gewährte, schaffte der geheime Ausschufs im Rate noch eine Stelle, für welche gemäfs der neuen Verordnung, die noch nicht als Gesetz veröffentlicht worden war, Düben allein vorgeschlagen wurde.

Adolf Friedrich fügte sich ohne Protest in diese augenscheinliche Rechtsverletzung.

Nachdem die Mützen einmal zur Herrschaft gelangt waren, zeigten sie keineswegs weniger Tyrannei und Verfolgungslust, als die Hüte vor ihnen bewiesen hatten. In überraschender Weise aber entfernten sie sich von den Prinzipen, die sie als Oppositionspartei vertreten hatten, indem sie eine förmliche Reichstagskommission einsetzten. Veranlassung hierfür war ein unbedeutender Aufruhr, der im Frühjahr 1766 in Westergötland ausbrach. Der Gutsbesitzer und Winkeladvokat Hofman war von den Bauern des Kreises Veden in der Provinz Älfsborg zum Reichstagsabgeordneten gewählt, seine Vollmacht aber vom Bauernstande kassiert worden. Von neuem gewählt wurde er vom Stande wieder zurückgewiesen, und dies wiederholte sich ein drittes Mal. Durch die vergeblichen Reisen nach Stockholm verarmt und gegen die Machthaber aufgebracht, sammelte Hofman einen kleinen Trupp zum gröfsten Teil unbewaffneter Bauern, höchstens 600 Mann, mit dem er sich am 12. Mai nach Stockholm aufmachte, um eine Revolution hervorzurufen. Da sich aber die Nachbargemeinden ihm nicht anschlossen, wurden die Teilnehmer bald von Mutlosigkeit befallen, so dafs sie von selbst auseinandergingen. Hofman und einige andere Leiter des Unternehmens, die zu entkommen suchten, wurden gefafst und von den Bauern ausgeliefert. In Stockholm rief die Nachricht von diesem Aufruhr grofsen Schrecken hervor. Ein aufserordentliches Landgericht erhielt den Auftrag, die Untersuchung an Ort und Stelle zu führen, und trotz des Widerstandes seitens des Adels wurde zur Aburteilung dieses Falles eine Reichstagskommission ernannt. Vergebens suchte die Kommission durch Anwendung der Folter Hofman das Geständnis zu entlocken, dafs er mit den Unzufriedenen in Stockholm in Verbindung gestanden habe. Hofman und seine beiden Hauptgenossen wurden zum Tode verurteilt und hingerichtet und 39 andere Teilnehmer mit Rutenhieben, Gefängnis usw. bestraft. Dieser rücksichtslose Frevel gegen die Rechtsgrundsätze, welche die Mützen selbst verfochten hatten, war keineswegs dazu angetan, das Ansehen der Partei zu stärken, wenn er auch dazu beitrug, die Opposition gegen ihre Herrschaft niederzuschlagen.

Auf dem Gebiete der auswärtigen Politik schliefslich hatte der Sieg der Mützen eine bedeutende Umwälzung zur Folge. Die Verbindungen der Partei mit Rufsland, England und Dänemark waren während des Reichstags immer inniger geworden. Der russische Minister trat sogar als Berater der Partei auf, und bei der Schaffung neuer Garantien zum Schutze des Grundgesetzes hatte er seine Hand mit im Spiele. Eine Folge dieser Verbindungen war es natürlich, dafs sich Schwedens Allianz mit Frankreich, die eine so lange Dauer gehabt hatte, nach dem Sturz der Hutpartei zu lockern begann, wenn sie auch nicht gleich ganz aufgehoben wurde. Als jedoch im Februar 1766 mit England ein Freundschaftsbündnis abgeschlossen wurde, nahm Frankreich dies zum Anlafs, die Auszahlung der Subsidien einzustellen, und nach einem heftigen Briefwechsel zwischen dem schwedischen und dem französischen Kabinette erklärte letzteres alle zwischen den beiden Reichen abgeschlossenen Traktate für aufgehoben. Den alten Platz, den bisher Frankreich im schwedischen auswärtigen System innegehabt hatte, nahm jetzt Rufsland ein, wenn es auch die Mützen nicht wagten, mit dieser Macht ein förmliches Bündnis abzuschliefsen. Der geheime Ausschufs machte der Regierung nur die Vorschrift, „bei allen politischen Fällen vollständiges Vertrauen zu Rufsland an den Tag zu legen". Tatsächlich war der russische Minister in Stockholm der Hauptberater der schwedischen Regierung, und der schwedische Staat segelte wiederum in die Abhängigkeit von seinem gefährlichen, mächtigen Nachbarn.

Ein drohendes Anzeichen für den gesamten Bestand der Ständeherrschaft trat auf diesem Reichstage in den mit immer gröfserer Bitterkeit entbrennenden Kämpfen zwischen dem Adel und den bürgerlichen Ständen zutage. Die Erbitterung gegen den Adel kam vor allem in einem für den geistlichen Stand verfafsten Ordnungsstatut zum Ausdruck, in welchem die parlamentarische Praxis, wie sie sich in der Vergangenheit in diesem Stande entwickelt hatte, zusammengefafst wurde. Unter den Bestimmungen dieses Statuts befand sich auch ein Verbot für adlige Geistliche oder solche, deren Kinder geadelt worden waren, ihren Sitz im geistlichen Stande einzunehmen. Dieses Verbot traf den Erzbischof, sieben Bischöfe und drei Doktoren der Theologie. Der

Adel erblickte in diesem Statut einen Eingriff in die Adelsprivilegien und wandte sich, obwohl vergebens, an die Regierung mit dem Verlangen, dieses neue Statut nicht zu bestätigen. Bereits jetzt suchte also der eine Stand bei der Königsmacht Schutz vor den andern. Die erbitterte Stimmung, die zwischen den Ständen herrschte, beschleunigte wie gewöhnlich den Schluſs des Reichstages, der im Oktober 1766 stattfand.

Elftes Kapitel.

Wechselnde Parteiherrschaft und Reformversuche.

Die neue Parteiregierung war infolge ihrer inneren Einheitlichkeit eine starke. An Hüten hatte sie nur Liewen und Hiärne in ihrer Mitte, und ersterer schied bald als Generalgouverneur von Pommern aus ihr aus. Aber kaum einen bedeutenderen Staatsmann gab es in dem neuen Rate. Der Kanzleipräsident Löwenhielm war ein begabter und erfahrener Mann; aber abgesehen davon, daſs er als früheres Mitglied der Hutpartei nicht das volle Vertrauen seiner jetzigen Partei besaſs, glaubte man, daſs er Bestechungen nicht unzugänglich sei, und es fehlte ihm daher auch das persönliche Ansehen, das seine wirklich hervorragenden Eigenschaften sonst verdient hätten. Auſserdem starb er ganz plötzlich bereits im März 1768. Der Vizepräsident der Kanzlei, Friesendorff, war eine unbedeutende Persönlichkeit, die vom Könige nur wegen ihrer gemäſsigten Parteistellung auf diesen Posten berufen worden war. Tüchtige Beamte, jeder in seinem Fache, waren Hermelin, Wallwijk und Lagerbielke. Die übrigen Reichsräte hatten samt und sonders ihre hohe Stellung ihren Parteiverdiensten zu verdanken. Unter ihnen erschien als ein Typus der Staatsmänner der Mützenpartei Esbjörn Krister Reuterholm, ein adeliger Landjunker, der sich im Ritterhause rasch als unerschrockener und unerschütterlicher Verfechter der Prinzipe der Mützenpartei hervorgetan hatte, ein sparsamer, ordnungsliebender und unermüdlich tätiger, aber daneben ein rücksichtsloser, herrschsüchtiger und geistig beschränkter Mann.

Die Aufgabe war durchaus keine leichte. Der Reichstag hatte zwar das neue System im einzelnen vorgezeichnet und dadurch,

dafs er den nächsten Zusammentritt der Stände auf Herbst 1770 festgesetzt hatte, den Bestand dieses Systems vor vorzeitigen Reaktionsversuchen sichergestellt. Im Besitz des Namenstempels hatte die kompakte Mützenregierung sogar den Anschein einer ziemlich allmächtigen. Aber sie hatte eine starke Opposition, die vor allem vom Könige und den Beamten repräsentiert wurde, gegen sich. Adolf Friedrich trat zwar jetzt nicht mit gröfserer Kraft für sein Recht ein als früher, aber abgesehen davon, dafs die Königin nun die Mützen mit derselben Erbitterung und Energie bekämpfte, mit der sie vorher gegen die Hüte aufgetreten war, hatte die Hofpartei in dem jungen Kronprinzen einen neuen Führer erhalten, der, nicht ohne den Neid seiner Mutter zu wecken, bei den immerwährenden Konflikten zwischen König und Rat seine Ratschläge mit gröfserem Verständnis und Ansehen als die Königin erteilte. Bei der Beamtenschaft wiederum besafsen die Hüte ein entschiedenes Übergewicht, das die Übermacht, welche die Mützen im Rate hatten, reichlich aufwog. Fast alle höheren Posten in der Verwaltung waren mit Hüten besetzt, und diese selbstbewufsten Beamten waren zu selbständig und zu sehr an Zügellosigkeit gewöhnt, als dafs sie nicht einen Rat, dessen politische Ansichten sie mifsbilligten, mit zäher und energischer Opposition hätten bekämpfen sollen.

Das Bündnis zwischen dem Hofe und den Hüten war nach den Vorfällen beim letzten Reichstage nur noch ein innigeres und kräftigeres geworden. Mehrere von den hervorragendsten Mitgliedern der Hüte gaben nun im Prinzip die Notwendigkeit einer Erweiterung der Königsmacht zu. Karl Friedrich Scheffer war sogar ein eifriger Vorkämpfer dieser Idee geworden. Auch Fersen erklärte, die Rettung des Landes liege in einer gemäfsigten Stärkung der Königsmacht, und dieser Gedanke gewann immer gröfsere Kreise für sich. Doch hinsichtlich des Umfangs einer solchen Änderung und der hierfür nötigen Mittel waren die Meinungen noch sehr geteilt, und Fersen, dessen Haltung für einen grofsen Teil der Hutpartei ausschlaggebend war, zeigte sich sehr schwankend und unschlüssig, sobald es zu wirklichen Vorschlägen kam.

Von grofser Bedeutung für die Haltung der Parteien war auch die veränderte Stellung, die Frankreich nunmehr zum schwe-

dischen Parteikampfe einnahm. In einem bemerkenswerten Briefe an Breteuil bezeichnete Choiseul im April 1766 ausdrücklich die Stärkung der Königsmacht als das Ziel, das die französische Politik in Zukunft zu verfolgen habe, und Breteuil erhielt den Auftrag, die Hüte für dieses Programm zu gewinnen. Nach Choiseuls Ansicht sollte man dasselbe so bald wie möglich durch eine Revolution zu verwirklichen suchen. Davon wollten jedoch Fersen und die übrigen Führer der Hüte nichts wissen. Da Breteuil ihre Auffassung teilte, wurde er im April 1767 zurückberufen, und Choiseul beschloſs, Schweden bis auf weiteres seinem Schicksal zu überlassen. Aber die Kenntnis der Ansichten, die nunmehr beim französischen Kabinette herrschten, ermunterte die Hofpartei und stärkte ihren Widerstand gegen die Machthaber im Rate.

Schon während des Reichstages hatten sich die Sympathien, mit denen das groſse Publikum die Reformen der Mützenpartei begrüſst hatte, abgekühlt und Unwillen Platz gemacht. Die zu strengen Bestrafungen, die rücksichtslose Verfolgung Andersdenkender, die ungesetzliche Kommission beim Hofmanschen Aufruhr und die allzu innigen Verbindungen mit dem russischen Minister hatten das Ansehen der Partei geschmälert. Hierzu kam noch, daſs die zahlreichen Reformen die wirtschaftliche Lage keineswegs verbesserten, sondern eher zu ihrer Verschlechterung beitrugen. Obwohl der Realisationsplan in seinen Details ein Geheimnis war, vermutete man doch allgemein, daſs die Banknoten nun schnell im Werte steigen würden, und schon im Jahre 1766 hatte diese Vermutung eine Stockung des Geschäftslebens hervorgerufen. Als die Regierung am Jahresschluſs diesem Plane gemäſs den Kurs für das kommende Jahr auf 66 Mark statt 70 festsetzte, erkannte man allgemein, worauf der Plan hinauslief. Alle, die Kapital in Banknoten besaſsen, hatten nichts Eiligeres zu tun, als sie zu verwahren, da ja ein Herabgehen des Kurses mit 4 Mark jährlich den Noteninhabern einen weit sichereren Gewinn brachte, als wenn die Noten im Geschäft zur Verwendung kamen. Wer auſsenstehende Forderungen hatte, zog sie schleunigst ein, und kein Mensch wollte Geld in ein Unternehmen stecken. Darlehen waren nur äuſserst schwer zu erhalten, und Schulden, die man

bei einem hohen Kurs gemacht hatte, wurden viel drückender, da sie nach einem niedrigeren Kurse bezahlt werden sollten. Sogar die reichsten Leute konnten in Verlegenheit kommen, so z. B. Axel Fersen, der den französischen Botschafter um ein Darlehen von 150000 Livres angehen mufste. Im Sommer 1767 trat ein so allgemeiner Geldmangel ein, dafs der Kurs in einigen Monaten bis auf 42 Mark herunterging, d. h. beinahe auf pari stand. Die Machthaber sahen darin nichts Schlimmes, denn sie glaubten, auf diese Weise ihr Ziel sehr schnell erreichen zu können, und als der Kurs nach einiger Zeit wieder steigen zu wollen schien, erliefs die Regierung im September eine Bekanntmachung, die den Kurs für das kommende Jahr auf 42 Mark festsetzte.

Der äufserst starke Kursabschlag 1767 rief eine neue Krisis hervor, die eine verheerende Wirkung auf das schwedische Erwerbsleben ausübte, das sich bereits vorher durch die 1762 erfolgte Schliefsung der Bank für Darlehen, durch die Handelskrisis 1763, durch die Verminderung der staatlichen Unterstützungen und die zahlreichen Bestrafungen des Jahres 1765 in bedrängter Lage befand. Eine grofse Anzahl Fabriken mufsten wieder geschlossen werden. In den Jahren 1762 bis 1767 ging die Zahl der Webstühle und der Arbeiter in der Weberei bis unter die Hälfte herab, und entsprechende Wirkungen liefsen sich auch bei anderen Zweigen der Industrie verspüren. Teuere Maschinen mufsten zu Schleuderpreisen verkauft werden, und Tausende von Arbeitern und Bergleuten wanderten aus. Aber diese Vernichtung der Industrie der Hüte war allerdings keine durchgehends schädliche. Sie machte zahlreichen Fabriken ein Ende, die auf ungesunder Spekulation oder auf staatlichen Unterstützungen ruhten. Die kräftigeren und auf gesünderer Basis stehenden Fabriken überstanden die Krisen.

Noch mehr als die eigentliche Industrie hatte der Bergbau unter dem 1767 erfolgten Sinken des Kurses zu leiden. Einer Verordnung vom Jahre 1765 gemäfs waren alle Kontrakte nach dem zur Lieferungszeit herrschenden Kurse zahlbar, aber die Arbeits- und Warenpreise änderten sich nicht ebenso schnell wie der Wechselkurs, und die Bergwerksbesitzer erlitten deshalb unerhörte Verluste. In den Bergwerksdistrikten entstand förmliche

Not, welche die Regierung nur in geringem Maſse durch Schaffung billigerer Kohlenpreise und durch den Verkauf von Getreide aus den Staatsmagazinen zu niedrigen Bedingungen zu lindern vermochte. Auch die Landwirtschaft hatte zu leiden. Die hohen Abzahlungen an die Bank von 8 Prozent auf die von derselben erhaltenen Grundstücksdarlehen waren äuſserst drückend, aber Regierung und Bankbevollmächtigte wagten es nicht, in eine Herabsetzung der Abzahlungen zu willigen, wie es allgemein gewünscht wurde. Massen von Gütern wurden versteigert und gingen zu Schleuderpreisen in anderen Besitz über. Was schlieſslich den Handel betrifft, hatte auch er unter dem allgemeinen Drucke zu leiden, und Schwedens Import und Export gingen in diesen Jahren bedeutend herunter. Es war dies der Rückschlag, der auf die unter der Herrschaft der Hüte forcierte Entwicklung des wirtschaftlichen Lebens Schwedens folgte.

Die Unzufriedenheit, die durch die finanzielle Notlage hervorgerufen wurde, wurde eifrig von den zahlreichen Gegnern des Rates, die alle Schuld allein auf die Mützenpartei zu schieben suchten, geschürt. Auch die Luxusverordnung mit ihrem neuen Kaffeeverbot wurde als Druck empfunden und daher als Mittel zur Aufhetzung des Volkes benutzt. In der Presse bot sich dieser Opposition infolge der Preſsfreiheit eine ausgezeichnete Gelegenheit dar, hervorzutreten und die Gemüter zu bearbeiten. Überhaupt nahm die Journalistik seit 1766 einen starken Aufschwung. Mehrere neue Zeitungen, unter ihnen Dagligt Allehanda, Schwedens erste Tageszeitung, wurden gegründet und Massen von Broschüren in Poesie und Prosa herausgegeben. In ihnen wurden die wirtschaftlichen und politischen Tagesfragen in sehr heftiger und einseitiger Weise behandelt und kommentiert. Die Mützen beteiligten sich an diesem journalistischen Kampfe mit nicht geringerem Eifer und nicht weniger Gehässigkeit als ihre Gegner. Der Rat suchte indessen, jedoch ohne gröſseren Erfolg, den schlimmsten Lästerern durch Preſsprozesse beizukommen. Besonders lästig für den Rat war die Vorschrift des Preſsgesetzes, nach der jedem das Recht zustand, unter Entrichtung der üblichen Gebühren sich Protokollauszüge und Abschriften von Dokumenten zur Drucklegung zu verschaffen. Bereits im Frühjahr 1767 fand es der

Rat für angebracht, vor „unbegründeten Auslegungen, dunkeln Äufserungen und böswilligem Tadel“ zu warnen und eine Belohnung von 2000 Talern Silber für den auszusetzen, der derartige Tadler und Verbreiter von Gerüchten zur Anzeige brachte. Da der König hierbei seine abweichende Meinung zu Protokoll gab, weigerte sich der Rat, dieses zur Veröffentlichung herzugeben, und beschlofs, in Zukunft derartige protokollarische Bemerkungen des Königs zu versiegeln und besonders aufzubewahren. Dieser Beschluſs war eine offenbare Verletzung des Preſsgesetzes und hatte seinen Grund darin, daſs man sich an die öffentliche Kritik noch nicht gewöhnt hatte und die Regierung sich unleugbar in einer sehr schweren Lage befand. Derselbe konnte es jedoch nicht verhindern, daſs die Anmerkungen des Königs von den Hofkreisen selbst in Abschriften über das Land verbreitet wurden. Die Gegner des Rates erhielten dadurch nur ein ausgezeichnetes Mittel, den Rat mit Beschuldigungen wegen Gesetzverletzung und Despotismus anzugreifen. Um die öffentliche Meinung zu bearbeiten, schuf die Hutpartei auch eine förmliche Landesorganisation mit Vertrauensmännern, die an ihren Orten die Meinungen nach einem von der Zentralleitung entworfenen Plane und nach den von derselben erteilten Instruktionen beeinflussen sollten. Die Mützen folgten bald diesem Beispiele, und der Parteikampf nahm im Volke eine gröſsere Ausdehnung an als je zuvor.

Die Stellung des Rates war auch infolge der Notlage der Staatskasse eine besonders schwierige. Es gelang zwar dem Rate im Auslande, in Genua und in Holland, eine Anleihe aufzunehmen, aber diese Gelder waren mit in Rechnung gezogen und bald aufgebraucht. Die aus der Abrechnung mit den Wechselgeschäften flieſsenden Einkünfte waren, da die Schuldner Konkurs gemacht hatten, viel geringer, als man erwartet hatte. Die Steuern gingen nur langsam ein, und Ende 1767 waren die Steuerrückstände ungemein groſs. Die Bankbevollmächtigten konnten dem Staate keine Darlehen mehr vorschieſsen, und für die wichtigsten Ausgaben fehlte es an Geld. Bei der erregten Stimmung, die im Lande gegenüber den Mützen herrschte, wollte oder wagte es der Rat nicht, sich an den Reichstag zu wenden.

Im Jahre 1768 nahm der Parteikampf an Erbitterung zu und erhielt von aufsen her neue Nahrung. In Polen gelangte die lange vorbereitete Krisis, die bald die Teilung dieses armen Reiches herbeiführen sollte, zur Reife. Durch Drohungen und Bestechungen zwang eine von Rufsland unterstützte Partei den polnischen Reichstag dazu, den nicht katholischen Einwohnern des Landes mehrere bedeutende Vorteile zu gewähren und mit Rufsland ein Bündnis abzuschliefsen, durch das diese Vorteile und die ganze Verfassung unter russische Garantie gestellt wurden. Dies rief im Frühjahr 1768 eine Konföderation zum Schutze des katholischen Glaubens ins Leben; ein Bürgerkrieg brach aus, der mit ungewöhnlicher Grausamkeit und seltenem Fanatismus geführt wurde. Es war dies gleichzeitig ein verzweifelter Kampf um die Selbständigkeit Polens, und die russischen Truppen erlitten in Polen mehrere Niederlagen. Auch die Türkei, die sich von dem gewaltsamen Vorgehen Rufslands bedroht fühlte, rüstete sich zum Kampfe und erklärte vor Jahresschlufs Rufsland den Krieg.

In Schweden verfolgte man diese Ereignisse mit der gröfsten Spannung. Die Ähnlichkeit in der Verfassung und der äufseren Lage, die Polen mit Schweden hatte, bewirkte, dafs man in dem Unglück jenes Landes eine drohende Warnung vor dem Geschicke erblickte, das einmal Schweden treffen könnte, falls es fortgesetzt seine Kräfte in inneren Parteikämpfen aufrieb. Die nationale Erhebung in Polen erweckte die gröfsten Sympathien, und als man merkte, dafs sich die Türkei ins Spiel mischen wollte, erwachten bei allen Patrioten die lebhaftesten Hoffnungen, die bedrängte Lage Rufslands dazu benutzen zu können, das Abhängigkeitsverhältnis zu dem gefährlichen Nachbar, in welches das Reich durch die Mützen gebracht worden war, abzuschütteln. Dies war ein fernerer Grund, den Sturz des Mützenrates so schnell als möglich herbeizuführen. Zwischen dem Hofe und den Führern der Hüte begannen sofort lebhafte Verhandlungen darüber, was zu tun sei, und Frankreich bot schleunigst seinen Beistand an, indem es einen neuen Botschafter, den Grafen de Modène, nach Schweden sandte. Dieser, der im November 1768 nach Stockholm kam, hatte den Befehl, auf eine unmittelbare Staatsumwälzung hinzuarbeiten, aber da sich Fersen dem noch immer

bestimmt wiedersetzte, mufste man diesen Gedanken aufgeben. Statt dessen einigte man sich dahin, auf eine Einberufung des Reichstages hinzuwirken, um auf gesetzlichem Wege die Mützenregierung zu stürzen und die Verfassung zu reformieren.

Die Durchführung dieses Planes wurde durch einen gewaltsamen Konflikt, der zu gleicher Zeit zwischen dem Rate und einer der Behörden in Stockholm zum Ausbruch kam, beschleunigt. Das Kammerkollegium, dessen Vorsitzender Hermansson war, hatte sich den Zorn des Rates dadurch zugezogen, dafs es mit besonderer Hartnäckigkeit seine Ansichten gegenüber der Regierung verfocht. Durch eine in übertrieben düsteren Farben gehaltene Schilderung der Notlage des Landes brachte das Kollegium den Rat noch mehr gegen sich auf, und als die Regierung dem Kollegium dieserhalb ein geharnischtes Schreiben zugehen liefs, hatte dieses den Mut, sich in einem trotzigen Antwortschreiben hierüber als eine ungesetzliche Mafsnahme zu beschweren. Darüber äufserst erbittert beschlofs der Rat am 8. Dezember, das gesamte Kammerkollegium wegen Majestätsverbrechen vor einer Abteilung des Svea-Hofgerichtes zur Rechenschaft zu ziehen. Für Hermansson, einen der hervorragendsten Hüte, handelte es sich um sein Amt und seine Freiheit, und offenbar bestand bei den Mützen die Absicht, mit der gesamten aufsässigen Hutbureaukratie abzurechnen, die Beamtenkörper von den Gegnern der Regierung zu säubern oder sie durch ein warnendes Beispiel zur Unterwürfigkeit zu bringen. Zur Abwendung dieses drohenden Schlages galt es, die Herrschaft schleunigst den Händen des Rates zu entwinden, und der Hof und die Hüte beschlossen, die sofortige Einberufung des Reichstages zu erzwingen. Seitens der Führer der Hüte wurde dem Hofe von neuem die Zusicherung gemacht, für die Erweiterung der Königsmacht wirken zu wollen, und der schwache Adolf Friedrich liefs sich durch das Drängen seiner Vertrauten und seiner Familie, besonders des Kronprinzen, dazu bewegen, an dem Plane persönlich mitzuwirken.

Am 12. Dezember 1768 fand sich Adolf Friedrich in Begleitung des Kronprinzen im Rate ein und liefs diesen einen Protest gegen den ungesetzlichen Beschluss, ein ganzes Kollegium vor einer Abteilung des Hofgerichtes zur Rechenschaft

zu ziehen, verlesen. Da sich der Rat nicht daran kehrte, las der Kronprinz ein neues Schriftstück vor, worin der König unter Hinweis auf die vom Kammerkollegium geschilderte Notlage im Lande und auf die zahlreichen Beschwerden und Bittschriften, die dem Kronprinzen auf einer Reise in den Bergwerksdistrikten überreicht worden waren, die Einberufung des Reichstages unter der Drohung beantragte, im anderen Falle die Regierung niederzulegen. Mündlich fügte Adolf Friedrich hinzu, dafs er spätestens nach drei Tagen eine Antwort erwarte. Dieser ungewöhnliche Schritt rief bei den Ratsherren grofse Bestürzung hervor, zu der sich Erbitterung und Furcht vor dem, was hinter dieser unerwarteten Kraftäufserung des schwachen Königs liegen konnte, gesellten. Mit Ausnahme von Hiärne erklärten jedoch sämtliche Ratsherren eine Niederlegung der Regierung für ungesetzlich, da der König seine Krone nur in die Hand des Reichstags legen könne, und beschlossen, der Drohung nicht zu weichen. An den König wurde ein Schreiben abgefafst, in welchem der Rat ihm die Ungesetzlichkeit einer Thronentsagung vorstellte und die vom Könige angeführten Gründe zu einer Reichstagseinberufung bestritt. Als sich der König und der Kronprinz am 15. Dezember wieder im Rate einfanden, wurde ihnen dieses Schriftstück vorgelesen, worauf der König erklärte, er könne darin nur einen abschlägigen Bescheid auf seinen Antrag erblicken und lege deshalb die Reichsregierung bis zur Einberufung der Stände nieder. Unmittelbar nachdem der König den Rat verlassen hatte, begab sich der Kronprinz in die Kanzlei, um von der Thronentsagung Mitteilung zu machen und die Äufserung des Königs, die Reichstagseinberufung betreffend, gedruckt zu überreichen. Es gelang ihm zwar nicht, die Aushändigung des Namenstempels zu erlangen, aber im Namen des Königs verbot er strengstens von demselben Gebrauch zu machen. Von der Kanzlei eilte er auf die übrigen Bureaus, wo er dieselben Mitteilungen machte. Diese Nachricht verbreitete sich auch schnell in die Öffentlichkeit, und Scharen teilnehmenden Volkes folgten dem Kronprinzen auf seiner Fahrt durch die Strafsen Stockholms.

Der Entschlufs des Königs war offenbar ein unwiderruflicher, und die Ratsherren wufsten nicht aus noch ein. Mehrere von ihnen wollten nachgeben, aber nachdem sie mit ihren Freunden

unter den ausländischen Ministern Rücksprache genommen hatten und von diesen lebhaft ermuntert worden waren, nicht zu weichen, schöpften sie Mut, und tags darauf beschloſs der Rat, unter Zuhilfenahme des Namenstempels so lange zu regieren, bis der gesetzliche Zeitpunkt zum Zusammentritt des Reichstages gekommen sei. Die Thronentsagung des Königs wurde für wirkungslos und seine persönliche Anwesenheit im Rate oder seine persönliche Beschäftigung mit den Regierungsangelegenheiten für unnötig erklärt. Durch Protokollauszüge, die sämtlichen Kollegien zugestellt wurden, wurde diesen eingeschärft, nur solchen königlichen Befehlen Folge zu leisten, die vom Rate mit zuständiger Gegenzeichnung ausgingen.

Hiermit war man bei einer Konsequenz der Verfassung angelangt, aus der ihre republikanischen Prinzipe sowie ihre Unvereinbarkeit mit der Hoheit des Königs, die man als eine Verfassungsgrundlage anerkannte und die von alters her der Hauptgedanke der schwedischen Staatsform war, zur Genüge hervorgingen. Der Ausgang des Konfliktes war jedoch zunächst von der Haltung der Behörden abhängig. Der König sowohl wie der Rat hatten sich an sie gewandt. Unterwarfen sie sich den Befehlen des Rates, dann war der ungestörte Gang der Reichsregierung gesichert, aber auch die Krone des Königs bedroht und vielleicht die gesamte Existenz der Monarchie in Schweden untergraben.

In diesem Augenblicke zeigte es sich, von welch groſser Bedeutung das Übergewicht der Hüte in der Beamtenschaft war. Die Hutpartei stand in diesem Kampfe fest zum Könige. Man hatte den Streit nach gemeinsamer Übereinkunft begonnen, und die Stellung der Führer der Hüte war eine nicht minder gefährdete als die des Königs. Unter den Beamten herrschte die gröſste Erregung, und am Morgen des 17. Dezembers versammelten sich vier von den Reichskollegien, die alle von eifrigen Hüten geleitet wurden, zu gemeinsamer Beratung, die zu der Erklärung führte, eine Regierung des Rates ohne König stehe im Widerstreit zum Grundgesetze und die Kollegien würden den Befehlen des Rates nicht eher Folge leisten oder ihre Tätigkeit aufnehmen, als bis der König die Krone zurückgenommen habe. Diese Inaktivitätserklärung wurde dem Rate feierlichst mitgeteilt. Der folgende

Tag, ein Sonntag, verlief ruhig, aber die Stimmung war eine äufserst erregte, in den Parteikreisen fanden lebhafte Privatberatungen statt, und auf den Strafsen kam es zu Aufläufen. Die Ratsherren waren jedoch immer noch entschlossen, nicht nachzugeben, und bei einer am Montag, dem 19. Dezember stattfindenden Zusammenkunft berieten sie über ein neues Schreiben an den König und über die Heranziehung von Truppen aus der Provinz, da die Obersten der Garde und der Artillerie, Fersen und Karl Ehrensvärd, erklärten, sie könnten für die Haltung der Truppen und für die Aufrechterhaltung der Ruhe in der Hauptstadt keine Garantie übernehmen. Nach diesen erschien der Justizkanzler Stockenström, der von den Ständen selbst ernannte höchste Hüter der Gesetze, und gab im Rate zu Protokoll, seiner Ansicht nach seien die schwierigen und gefährlichen Verhältnisse, welche die Reichstagsordnung als Bedingung zur Einberufung des Reichstages anführe, jetzt vorhanden. Darauf folgten noch einige weitere Behörden, die ihre Inaktivität anzeigten, unter ihnen auch die Generalstaatskasse, die von ihrem Beschlusse Kenntnis gab, auf blofsen Befehl des Rates keine Auszahlungen über den Etat zu machen, bevor nicht der König wieder die Regierung übernommen habe. Auch der Oberstatthalter und der Stockholmer Magistrat hatten ähnliche Beschlüsse gefafst und schickten sich an, dieselben bekanntzugeben. Dies war eine förmliche Beamtenrevolte, welcher der Rat machtlos gegenüberstand. Es blieb ihm nichts anderes übrig als nachzugeben, und mit Erbitterung im Herzen mufsten sich die Ratsherren darein finden, die Einberufung des Reichstages zu beschliefsen, wobei sie zu Protokoll erklärten, dafs sie nur der Gewalt und unter Protest gegen die vorgekommenen Ungesetzlichkeiten gewichen seien. Am 20. Dezember wurde die Reichstagseinberufungsorder ausgefertigt, und der König übernahm wieder den Thron und die Beamtenschaft ihre Tätigkeit.

Das erste Ziel, das sich der Hof und die Hüte vereint gesteckt hatten, die Einberufung des Reichstages, war erreicht. Jetzt handelte es sich darum, bei dem kommenden Reichstag die Übermacht zu gewinnen. Mit unerhörtem Eifer und der gröfsten Rücksichtslosigkeit stürzten sich die Parteien in den Wahlkampf. Bis

hinab in die kleinsten Kleinstädte oder die entlegensten Kreise und Propsteien bekämpften sich die gegnerischen Anschauungen mit ungemeiner Erbitterung. Fremdes Gold floſs reichlicher als je zuvor, da Frankreich den Hüten groſse Summen zu Verfügung stellte, während Rufsland, England und Dänemark den Mützen ebenso beträchtliche Gelder vorstreckten. Massenweise wurden gedruckte Broschüren, Protokolle und andere Dokumente über das ganze Reich verbreitet. Die Behörden, welche die Wahlen zu leiten hatten, Magistrate, Konsistorien und Landrichter, griffen ungeniert in die Wahlhandlung ein, und die vorgesetzten Behörden, bei denen sich die Beschwerden anhäuften, erklärten je nach ihrem Parteistandpunkte die Wahlen für gültig oder ungültig. Einen derartigen Wahlkampf hatte das schwedische Volk noch nie vorher durchgemacht.

Die Stände hatten Norrköping zum Versammlungsplatze für den Reichstag ausersehen, und der Rat wollte, obgleich man in Norrköping kaum die nötigen Anstalten zur Abhaltung des Reichstages treffen konnte, diesen Beschluſs nicht abändern. Da jedoch die Kollegien nicht dorthin verlegt werden konnten, beschloſs der Rat, daſs eine Ratsabteilung von acht Mitgliedern in Stockholm verbleiben und die eigentliche Regierung bilden sollte, während die übrigen Reichsräte dem Könige nach Norrköping folgten. Die Stimmung war eine so erregte, daſs die Gegner des Rates hierin eine geheime Absicht der Mützen erblickten, fremde Hilfe herbeizurufen, um sich die Herrschaft mit Gewalt zu sichern, und diese Ansicht wurde durch die augenscheinlichen Rüstungen, die Dänemark zum Schutze der schwedischen Freiheit traf, gestärkt. Adolf Friedrich verwahrte sich schriftlich gegen die Verlegung des Reichstages nach dem unbefestigten Norrköping und gegen die ungesetzliche Teilung des Rates, und dieser Protest wurde im Druck der Öffentlichkeit mitgeteilt. Der Rat seinerseits erwiderte dem Könige in einem scharf gehaltenen Antwortschreiben, einem förmlichen Anklageakt, das ebenfalls im Druck veröffentlicht wurde. Wie im Jahre 1755 standen König und Rat wiederum in offenbarem Streit betreffs der Auslegung der Verfassung, und beide riefen das Urteil des Reichstages und der Öffentlichkeit an.

Die Mützen berieten sich eifrig mit den russischen, englischen,

dänischen und preufsischen Ministern, was man zum Schutze der Regierungsform tun solle, und die Gesandten dieser vier Mächte einigten sich dahin, zur Einschüchterung des Reichstages eine gemeinsame Erklärung abzugeben. Die Führer der Hüte und der Hofpartei wiederum beratschlagten hinsichtlich der Abänderungen, die man mit der Regierungsform vornehmen sollte, und entwarfen einen förmlichen Vorschlag für ein neues Grundgesetz, der ein zunehmendes Verständnis für die Bedingungen des konstitutionellen Lebens verriet. Dies war der erste detaillierte Entwurf einer Verfassung, die sich auf dem Prinzip der Machtverteilung aufbaute, und ein Vorläufer der Regierungsformen von 1772 und 1809. Würde es aber der Koalition von Parteiführern, welche dieses Programm aufgestellt hatten, gelingen, im Reichstage den Sieg davonzutragen? Würden sich die tiefen Reihen der grofsen Hutpartei dazu verstehen, der veränderten Überzeugung ihrer Führer zu folgen? Die Entwicklung des schwedischen Staatslebens stand wieder an einem entscheidenden Wendepunkt.

* * *

Mitte April 1769 traten die Stände in Norrköping zum aufserordentlichen Reichstag zusammen. Dahin begab sich auch die königliche Familie, gefolgt von einer Abteilung des Rates und den ausländischen Ministern. Die adeligen Familienoberhäupter eilten so vollzählig wie möglich von ihren Bureaus in Stockholm herbei, um in dem provisorisch eingerichteten Ritterhause ihre Plätze einzunehmen.

Die allgemeine Meinung im Lande hatte sich diesmal gegen die Mützen erklärt. Bei der Wahl des Landesmarschalls gewann Fersen einen glänzenden Sieg über Rudbeck. Vorsitzender des geistlichen Standes wurde, in Abwesenheit des Erzbischofs, der Bischof von Linköping, Filenius, Vorsitzender des Bürgerstandes der Bürgermeister von Stockholm, Gother, beides Hüte. Die Bauern wählten mit grofser Stimmenmehrheit zum achten Male den alten Olof Håkansson zu ihrem Präsidenten. Noch deutlicher zeigte sich die Stimmung bei den Ausschufswahlen, die in allen Ständen zugunsten des Hofes und der Hüte ausfielen. Im geistlichen Stande wurde der Sieg noch dadurch erhöht, dafs das auf

dem vorhergehenden Reichstage von diesem Stande beschlossene Ordnungsstatut aufgehoben wurde, so daſs adlige Geistliche wieder ihren Platz im Stande einnehmen konnten. Der Reichstag nebst seinen Ausschüssen war in den Händen der Koalition, und es galt jetzt die Macht zu gebrauchen, bevor sich die Mützen nach ihrer Niederlage wieder gesammelt hatten oder in den Reihen der Sieger eine Zersplitterung eingetreten war.

Die in der Hauptstadt verbliebenen Reichsräte, „der König zu Stockholm“, wie man sie spöttisch nannte, erhielten den Befehl, sich sofort bei ihren Prinzipalen, den Reichsständen, einzufinden. Um einer Erklärung auswärtiger Mächte zuvorzukommen, beeilte sich der geheime Ausschuſs, sämtlichen ausländischen Ministern die Versicherung abzugeben, daſs die Einberufung des Reichstages nur durch innere Angelegenheiten veranlaſst worden sei. Dann ging man unmittelbar, ohne auch nur die Prüfung der Ratsprotokolle abzuwarten, zu Angriffen auf den Rat über. Bei der am 6. Mai stattfindenden Sitzung des geheimen Ausschusses wurde eine Menge Beschuldigungen gegen den Rat erhoben, und niemand nahm ihn in Schutz. Der Ausschuſs glaubte in den bereits veröffentlichten Protokollen und Aktenstücken hinlänglichen Grund zu vielfachen Aussetzungen zu besitzen; alle diese Aussetzungen wurden nach einem vom Hofgerichtsrat Rappe im voraus entworfenen Memorial geschickt zusammengestellt, so daſs aus ihnen deutlich hervorging, daſs der Rat systematisch eine Änderung der schwedischen Regierungsform herbeizuführen und Königsmacht und Reichstag unter seine Herrschaft zu bringen versucht habe. In erster Linie wies man hier auf die Weigerung des Rates hin, den Reichstag trotz der Notlage des Landes einzuberufen, auf seine Absicht, das Reich bis zum Herbst 1770 an Stelle des Königs mit einem Namenstempel zu regieren, auf die Errichtung einer ungesetzlichen Ratsabteilung zu Stockholm, auf die Einsetzung eines auſserordentlichen Gerichtshofes über das Kammerkollegium, auf die Eingriffe in die Reichstagswahlen usw. Auf diese schweren Beschuldigungen verlangte man vom Rate eine Erklärung innerhalb drei Tagen. Die Stimmung war eine derartige, daſs die meisten Ratsherren es nicht für der Mühe wert hielten, auf die Anschuldigungen zu antworten. Nur der unbeugsame Reuterholm

hatte den Mut, energisch und unverzagt seine Worte und Handlungen zu verteidigen. Am 12. Mai beantragte der Ausschuſs beim Reichstage, die zehn Reichsräte Friesendorff, Horn, Lagerbielke, Kalling, Hermelin, Gyllenstierna, Reuterholm, Funck, Ribbing und Düben des Vertrauens der Stände für verlustig zu erklären und ihrer Ratsämter zu entsetzen. Dieser Vorschlag wurde von allen Ständen gutgeheiſsen, von den Bürgern und den Bauern sogar ohne Abstimmung. Der Reichsrat Wallwijk, der beim Streite um die Reichstagseinberufung nicht die Ansicht seiner Kollegen geteilt hatte, wurde in ihren Sturz nicht mit hineingezogen. Dem Könige, dem Kronprinzen, dem Reichsrat Hiärne und den Beamten, die sich mutig geweigert hatten, einem Rate ohne König zu gehorchen, wurde der Dank des Reichstages ausgesprochen.

Vor dem Zusammentritt des Reichstages waren im Rate drei Plätze frei. Sie waren gleich zu Beginn des Reichstages mit Ulrich Scheffer, Nils Bielke und dem Justizkanzler von Stockenström besetzt worden. Nach der Absetzung der zehn Reichsräte wurden zuerst die auf dem letzten Reichstage entlassenen Ratsherren zurückberufen, von denen Ekeblad, Hamilton und Rudenschöld der Berufung folgten. Die übrigen Plätze wurden alsdann mit dem Präsidenten von Hermansson, den Landeshauptleuten Beckfriis und Posse, den Obersten Sinclaire und Bark, dem Präsidenten des Wismarschen Tribunals von Schwerin und dem Konteradmiral von Snoilsky besetzt. Kanzleipräsident wurde zum zweiten Male Ekeblad, und zum Vizepräsidenten ernannte der König Ulrich Scheffer.

Die Umgestaltung des Rates war ein glänzender Sieg der verbündeten Parteien, die hiermit ihren Gegnern die Regierungsgewalt aus den Händen gerungen und selbst übernommen hatten. Hiernach sollte dem Übereinkommen gemäſs die Verfassungsfrage an die Reihe kommen. Fersen äuſserte nun Bedenken und beantragte, man solle zuerst die finanziellen Fragen lösen, so daſs die Stände unmittelbar nach der Verfassungsänderung auseinandergehen könnten. Trotz der Widersprüche der Hofpartei wurde dies von den führenden Kreisen der Hüte beschlossen, und da die wirtschaftlichen Fragen die Einsichtnahme in die Akten der Finanzbehörden nötig machten, hielt man es für angemessen, den

Reichstag nach der Hauptstadt zu verlegen. Am 29. Mai fand die letzte Plenarsitzung in Norrköping statt, und einen Monat später sammelte sich der Reichstag wiederum in Stockholm. Erst nach der Ankunft der Stände daselbst vervollständigte sich der Reichstag mit seinen üblichen Deputationen, und es begann gleichsam ein neuer Teil des Reichstages.

Die Einigkeit, die bisher innerhalb der Hutpartei geherrscht hatte, währte nicht lange, nachdem die tief eingreifenden wirtschaftlichen Fragen die Leidenschaften einmal in Erregung gebracht hatten. Dies benutzten einzelne Parteigänger, um die Hutpartei in mehrere Gruppen auseinanderzusprengen und so alle Reformen zu verhindern. In erster Reihe war dies wieder Pechlin, dessen Verbannung aus dem Ritterhause jetzt abgelaufen war. Zu Beginn des Reichstages hatte er noch auf seiten der Hüte gestanden und war in den geheimen Ausschuſs gewählt worden, aber schon damals stand er mit dem russischen Minister in geheimer Verbindung und hatte, um eine Erweiterung der Königsmacht zu verhindern, von Osterman Geld angenommen. Nachdem nun der Reichstag nach Stockholm verlegt war, trennte sich Pechlin immer offenkundiger von der Hutpartei, und Ende Juli traf er förmliche Vereinbarungen mit den ausländischen Ministern und trat alsdann als einer der Leiter der Mützen auf. Pechlin folgte eine Schar treuer Anhänger, und sein Abfall machte dem Vertrauen und dem Zusammenhalt in den Reihen der Hüte ein Ende.

Die Frage, welche die Öffentlichkeit am meisten beschäftigte, war natürlich die Münzfrage. Gleich nach dem Zusammentritt des Reichstages in Stockholm machte sich auch die Hutpartei allen Ernstes an die Lösung dieser Frage. Die Bankdeputation arbeitete einen Realisationsplan aus, dem zufolge das Papiergeld zu $^3/_4$ seines nominellen Wertes gegen Silber eingelöst werden und die Einlösung schon Ende 1770 ihren Anfang nehmen sollte. Als unumgängliche Voraussetzungen für den Erfolg der Realisation galten ein Branntweinverbot, das den Getreideimport verminderte, und die Auszahlung der französischen Subsidien. Anfänglich hatte es den Anschein, als ob diese Voraussetzungen eintreffen sollten. Die drei oberen Stände setzten gegen die Meinung des Bauernstandes ein Branntweinverbot durch, und eine neue Subsidien-

bezahlung sah man als sicher an, da ja eine franzosenfreundliche Regierung am Ruder war. Als aber der Realisationsplan nachher dem geheimen Ausschufs in allen seinen Details vorgelegt wurde, erhob sich eine starke Opposition. In der Hutpartei gab es viele, die vor allem eine Rückkehr zu der früheren Bankwirtschaft wünschten, wo Grundbesitzer, Hüttenherren und Fabrikanten grofse Darlehen zu bequemen Bedingungen erhalten konnten. Die Bankdeputation hatte zwar zur Milderung der Opposition und um die Stockungen im öffentlichen Geschäftsleben zu verringern, den Vorschlag gemacht, die 1762 angeordneten Abzahlungen auf die von der Bank erhaltenen Darlehen vorläufig zu sistieren und eine gewisse Summe zur Gewährung von Darlehen auf Eisen zu verwenden. Aber die grofse Zahl derer, die Geld nötig hatten, war damit nicht zufrieden. Im Ausschusse setzte man es durch, dafs grofse Geldsummen zu Darlehen auch für die Landwirte angewiesen wurden, und bei den Ständen gelang es den Mützen im Verein mit unzufriedenen Hüten, das früher beschlossene Branntweinverbot aufzuheben. Hiermit fiel die Grundlage des Finanzplanes selbst, und die ganze Frage wurde an den Ausschufs zurückverwiesen.

Von welch unheilvoller Wirkung dies für die Hutpartei war, zeigte sich am besten, als man endlich im Herbst an die grofse Verfassungsreform ging. Choiseul war darüber, dafs die geplante Abänderung des Grundgesetzes nicht direkt nach dem Sturze des Mützenrates beraten worden war, sehr erbost und befahl dem französischen Gesandten, bis zur Behandlung der Verfassungsfrage die Auszahlungen an die Parteikasse der Hüte einzustellen. Dieser Druck veranlafste endlich die Hüte, den wichtigen Gegenstand auf die Tagesordnung zu setzen. Bei Gelegenheit der Wahl des Justizkanzlers, die von den Ständen nach der Verordnung vom Jahre 1766 vorgenommen werden sollte, wurde im Ritterhause der Antrag gestellt, der geheime Ausschufs, die geheime Deputation und die Justizdeputation sollten gemeinsam diese ganze Verordnung einer nochmaligen Prüfung unterziehen und gleichzeitig untersuchen, wie man die stetige Abänderung der Regierungsgesetze für die Zukunft verhindern könne. Dieser Antrag wurde von allen Ständen angenommen und so eine Art Konstitutions-

ausschufs ins Leben gerufen, der berechtigt war, Verbesserungen am Grundgesetze in Vorschlag zu bringen. Von vornherein war es indessen bereits klar, dafs keine Aussicht vorhanden war, tiefgehendere Abänderungen durchzusetzen. Niemand wagte es auch nur, von dem Grundgesetzvorschlag zu reden, den die Führer der Hof- und der Hutpartei gemeinsam vor Zusammentritt des Reichstages ausgearbeitet hatten. Abgesehen davon, dafs die Einigkeit unter den Hüten und ihre Übermacht über die gegnerische Partei keineswegs so grofs waren, wie man zuerst gehofft hatte, hatte man auch alle Veranlassung zu der Annahme, dafs die Nachbarn Schwedens einer derartigen Veränderung nicht untätig zusehen würden. Die dänische und die russische Flotte kreuzten vereint im Öresund in der offenbaren Absicht, auf die schwedischen Reichstagsparteien einzuwirken. Statt einer wirklichen Reform wurde daher eine Rückkehr zur ursprünglichen Reinheit der Verfassung unter Aufhebung späterer Änderungen und Zusätze zur Reformparole gemacht. In den vereinigten Ausschüssen fanden im Oktober lebhafte Beratungen statt. Die meisten Redner suchten mit Eifer geltend zu machen, dafs die Mängel des Staatslebens ihren Grund in der Vereinigung der gesetzgebenden und der ausführenden Macht hätten. Diese beiden Mächte wären im Gegenteil streng voneinander zu scheiden, um einander das Gegengewicht halten zu können. Eine solche Scheidung und ein derartiges Gleichgewicht existierten auch, erklärte man, in den eigentlichen Grundgesetzen, der Regierungsform vom Jahre 1720 und der Reichstagsordnung von 1723, dieselben wären jedoch durch spätere Deutungen und Zusätze verunstaltet worden. In Übereinstimmung mit diesen Ansichten wurde ein Bericht ausgearbeitet, in dem die vereinigten Ausschüsse beantragten, die Bestimmungen betreffs der Besetzung des Justizkanzlerpostens, der Wahlen zum Reichsrat und der Form für Grundgesetzänderungen, da sie den Grundgesetzen widersprächen, unmittelbar aufzuheben und andere Punkte der Verordnung an die zuständigen Deputationen zur Äufserung zu verweisen. Jedoch hinsichtlich der Frage, wie die unaufhörliche Abänderung der Regierungsgesetze vermieden werden könne, enthielt der Bericht nur einen prinzipiellen Antrag auf Aufhebung aller Erläuterungen und Verbesserungen der ursprünglichen Grund-

gesetze, im übrigen aber wies er auf eine besondere „Akte, die persönliche Sicherheit sowie die Sicherheit des Besitzrechtes betreffend", hin, welche die Deputationen deshalb ausgearbeitet hatten, um die Entwicklung daran zu hindern, wieder denselben Weg einzuschlagen wie in den verflossenen fünfzig Jahren. In diesem bemerkenswerten Aktenstück wurde ausdrücklich verboten, jemandem ohne das vorhergegangene Urteil eines ordentlichen Gerichtes Leben, Ehre, Freiheit, Amt und Dienststellung zu nehmen, sowie in Kriminalsachen von der Folter, Privatbriefen oder Gesprächen unter vier Augen Gebrauch zu machen oder irgendwie vom ordentlichen Prozeſswege abzuweichen; alle auſserordentlichen Gerichtshöfe, Kommissionen und Deputationen mit richterlicher Gewalt sowohl in der Zeit, wo der Reichstag tagt, als auch in den Pausen zwischen den Reichstagen wurden für ewige Zeiten abgeschafft; der Reichstag sollte nicht selbst in Rechtssachen urteilen oder die Ausführung der speziellen Regierungsangelegenheiten in eigene Hand nehmen, sondern nur im allgemeinen für die Hebung des Landes, für dessen Haushalt, Gewerbe und Schutz sorgen; er solle keine Ämter vergeben, keine Prämien oder Belohnungen verteilen, keine Kontrakte mit Privatleuten abschlieſsen, keine Monopole gewähren, sich auch nicht mit den Angelegenheiten von Privatpersonen befassen.

Dieser Reformvorschlag enthielt nicht die mindeste wirkliche Erweiterung der Königsmacht, auch keine im einzelnen durchgeführte Aufhebung der Beschränkungen, die man in der Praxis und durch die Gesetzgebung an den ursprünglichen, dem Könige gemäſs der Regierungsform vom Jahre 1720 zustehenden Befugnissen vorgenommen hatte, aber nichtsdestoweniger war es ein bedeutender Anlauf, den Mängeln der Verfassung abzuhelfen. Er zeugte vor allem von einem klareren Verständnis für die notwendigen Bedingungen des Staatslebens, eine verbürgte persönliche Rechtssicherheit und eine in ihrem Bereiche stärkere und selbständigere Regierung. Seine schwache Seite hatte dieser Vorschlag darin, daſs er keine andere Garantie dafür enthielt, daſs die allmächtigen Stände sich in diese ihrer Macht selbst auferlegten Beschränkungen finden würden, als ihren eigenen guten Willen. Es ist deshalb anzunehmen, daſs, selbst wenn der Vorschlag durch-

gegangen wäre, dies den Charakter der Ständeherrschaft nicht wesentlich verändert noch ihr schliefsliches Schicksal aufgehalten hätte. So wie der Vorschlag jedoch nun war, wurden durch ihn die Stärke und die Einigkeit der Parteien sowie die Fähigkeit des Reichstages, ohne äufseren Zwang eine wirkliche Verfassungsreform durchzuführen, von neuem auf die Probe gestellt.

Noch ehe die Sicherheitsakte den einzelnen Ständen vorgelegt wurde, hatte die Agitation gegen dieselbe bereits begonnen, und Pechlin, der in den Ausschüssen dem Ganzen entgegengearbeitet hatte, liefs sogar seine Reservationen im voraus drucken und verbreiten. Der Hauptkampf wurde bei den Ständen in der ersten Hälfte des Novembers unter äufserst heftigen Leidenschaften, die bisweilen die Formen der parlamentarischen Ordnung gewaltsam sprengten, ausgefochten. Das Ende war, dafs nur die Geistlichen mit grofser Stimmenmehrheit die Sicherheitsakte annahmen. In den übrigen Ständen fiel der Antrag. Offenbar hatten zahlreiche Hüte im entscheidenden Augenblicke ihre Partei im Stich gelassen. Bei den Bauern und den Bürgern hatten sogar Hüte die Opposition gegen die Sicherheitsakte geleitet. Die Führer der Hüte hatten die Herrschaft über ihre Partei verloren, und diese hatte sich faktisch selbst verurteilt. Aber auch die Ständeherrschaft in ihrer Gesamtheit hatte sich ihr Urteil selbst gesprochen, denn eine Verfassungsreform, herbeigeführt durch den freien Willen der Stände, war offenbar nicht mehr zu erwarten.

Von grofser Bedeutung für die Hutpartei war auch der Umstand, dafs Frankreich nun alle Beiträge zu den Reichstagsunkosten der Hüte, die Zahlung von Bestechungs- und Verpflegungsgeldern, die unumgänglich nötig waren, um die zahlreichen aufgebotenen Parteimannschaften im Ritterhause zusammenzuhalten, einstellte. Aufserdem wies dasselbe alle Bitten um abermalige Auszahlung von Subsidien entschieden zurück. Hiermit war dem Finanzplan der Hüte eine weitere Grundlage entzogen, und jede wirkliche Lösung der Münzreformfrage war nunmehr augenscheinlich hoffnungslos. Die Hüte scheinen auch während der letzten Hälfte des Reichstages den Glauben an ihre eigene Zukunft verloren zu haben. Für sie handelte es sich nunmehr eher darum, sich so bequem wie möglich für einen vorübergehenden Macht-

besitz einzurichten, ohne durch Übertreibungen im früheren Stil ihren Sturz zu beschleunigen und neue Abrechnungen hervorzurufen. Der neue Finanzplan des geheimen Ausschusses hielt zwar im Prinzip an einer Realisation zum Kurse von 48 Mark fest, verschob aber ihre Ausführung auf unbestimmte Zeit. Bis auf weiteres sollten die Abzahlungen auf Grundstücksdarlehen aufhören, der Staat die Zinszahlung an die Bank einstellen und die Bank wiederum für bestimmt begrenzte Darlehen an Hüttenherren und Grundbesitzer geöffnet werden. Es war dies eine Rückkehr zur alten Bankwirtschaft der Hüte, ohne jedoch in ihre Übertreibungen zu verfallen.

In der Gewerbegesetzgebung nahm der Reichstag des Jahres 1769 keine Veränderung vor. In Wirklichkeit waren sich Hüte und Mützen jetzt ziemlich einig hinsichtlich eines gemäfsigten Protektionismus. Die früheren reichlichen Unterstützungen der Gewerbe kehrten nicht wieder. Das Kaffeeverbot und die drückendsten Bestimmungen der Luxusverordnung vom Jahre 1766 wurden aufgehoben. Stärker trat das Übergewicht der Hutpartei in der Milderung der Strafen zutage, die frühere Reichstage verhängt hatten. So wurde die vom Kiermanschen Wechselgeschäft zu zahlende Gesamtsumme bedeutend herabgesetzt und den Inhabern des Königschen Wechselgeschäftes Genugtuung gewährt. Diejenigen, welche ihre Pensionen verloren hatten, erhielten sie im vollen Betrage wieder, und die 1765 und 1769 verabschiedeten Ratsherren bekamen jetzt Pension usw. Im übrigen verfielen die Hüte wieder immer mehr in ihre alte Verschwendung mit neuen Gehältern, Pensionen und Gratifikationen, ohne auf die schlechten Finanzen des Staates Rücksicht zu nehmen. Auch der Hof erhielt als Belohnung für sein gutes Verhalten reichlichen Anteil daran. Seine mehr als 20 Tonnen Gold betragenden Schulden wurden von der Staatskasse übernommen, sein Etat erhöht und den Prinzen zu Reisen ins Ausland Geld angewiesen. Die Folge dieser Freigebigkeit war natürlich ein neues beträchtliches Defizit, das im letzten Augenblick mit dem alten bewährten Mittel, einem Kreditbriefe in der Bank, gedeckt wurde.

Ihr bestes Programm und ihre Hauptstärke besafsen die Hüte ohne Zweifel jetzt sowohl wie früher in dem Bestreben, nach aufsen

hin die vollständige Unabhängigkeit Schwedens Rufsland gegenüber zu bewahren. Eine direkte Veränderung der schwedischen Allianzstellung war indessen weder möglich noch nötig, denn Frankreich wollte sich Schwedens wegen nicht weiter mit Subsidien belasten, und ein förmliches Bündnis mit Rufsland existierte nicht. Der geheime Ausschufs begnügte sich damit, die Erhaltung des Friedens als das Hauptziel der auswärtigen Politik hinzustellen, warnte aber die Regierung davor, den Nachbarn, besonders Rufsland, irgendwelche Einmischung in die inneren Angelegenheiten Schwedens zu gestatten oder mit ihnen in nähere Verbindung zu treten. Die vor 1765 für den Ausbau des Verteidigungswesens geltenden Grundsätze kamen jetzt wieder zu Ehren. Die für die finnischen Festungsbauten bewilligten Summen wurden von neuem erhöht und ihre Leitung wieder Ehrensvärd übertragen. Die finnische Schärenflotte wurde von der Admiralität abgezweigt und unter das Kommando Ehrensvärds gestellt. Der Bau neuer Schärenfahrzeuge sollte beschleunigt und die Streitkräfte Finnlands verstärkt werden. In dieser Wiederaufnahme der energischen Arbeit zum Schutze Finnlands und dem Aufhören des russischen Einflusses auf die Regierung Schwedens lag ohne Zweifel der Hauptgewinn, den die Parteiumwälzung von 1769 mit sich brachte.

Die Koalition zwischen den Hüten und der Hofpartei behielt bis zum letzten Augenblick die Oberhand im Reichstage, aber der Mut und das Ansehen der Mützen waren im Steigen begriffen. Gröfsere Reformen konnten die Hüte nicht durchsetzen, und bei jedem noch so kleinen Schritte stiefsen sie auf eine starke Opposition, die ihre Pläne bisweilen durchkreuzte. Man hielt deshalb einen baldigen Schlufs des Reichstages für angebracht, der auch am 30. Januar 1770 stattfand.

* * *

Der Rat, welcher durch die letzte Parteiumwälzung ins Leben gerufen worden war, ging zunächst aus der Hutpartei hervor, enthielt aber auch mehrere von den besten Kräften des Hofes und war daher ein Ausdruck der Koalition zwischen der Hofpartei und den Hüten. Der alte erfahrene Kanzleipräsident Klas Ekeblad war nie ein fanatischer Parteimann gewesen, sein

ruhiges und liebenswürdiges Wesen gewann leicht die Achtung und die Sympathien aller, und wenn er auch seiner Partei noch immer treu blieb und von einer gewaltsamen Revolution nichts wissen wollte, so stand er doch nunmehr dem Hofe ziemlich nahe und wünschte ohne Zweifel aufrichtig eine auf gesetzlichem Wege durchgeführte gemäfsigte Verfassungsreform in konstitutionellem Geiste. Diese Auffassung teilte auch der ihm im Range am nächsten stehende Reichskanzleirat Ulrich Scheffer. Dieser, der in den fünfziger Jahren einer der Hauptführer der Hüte im Kampfe mit der Königsmacht gewesen war, war immer mehr zu der Überzeugung gelangt, dafs eine mäfsige Stärkung des Einflusses der Krone notwendig sei. Von den übrigen Reichsräten gehörten wenigstens Sinklaire, Schwerin und Bielke zur Hofpartei, während die anderen, die mit Ausnahme von Wallwijk zu den Hüten gezählt wurden, der Hofpartei und ihrer Anschauung mehr oder weniger nahe standen. In einer derartigen Ratkammer konnte sich Adolf Friedrich endlich wohl und ruhig fühlen, und das zwischen ihm und seinem Rate bestehende Verhältnis zeichnete sich zum ersten Male während seiner Regierung durch gegenseitige Freundschaft und gegenseitiges Vertrauen aus. Wenn auch manchmal, besonders bei Beförderungsfragen, kleinere Konflikte entstanden, so wurden sie doch bald durch gegenseitiges Entgegenkommen beigelegt, und das unmittelbar auf den Schlufs des stürmischen Reichstages folgende Jahr verlief mit einer ungewöhnlichen Ruhe innerhalb der Regierung.

Aber trotz der scheinbaren Ruhe existierten doch grofse Gegensätze, die kommende Kämpfe ahnen liefsen. Die Koalition zwischen den Hüten und der Hofpartei wurde zwar durch die Notwendigkeit eines gemeinsamen Kampfes gegen die Mützenpartei zusammengehalten, aber der Ausgang der Verfassungsreformen hatte ganz natürlich zwischen den Verbündeten eine starke Verstimmung hervorgerufen. Die Hofpartei mufste doch immer hauptsächlich auf die Einführung einer wirklich monarchischen Verfassung bedacht sein, und ihr Glaube an den guten Willen und die Fähigkeit der Hüte, dabei behilflich zu sein, war nunmehr erschüttert. Der Unwille wandte sich besonders gegen Fersen, dem man die Hauptschuld am Ausgange der Verfassungsfrage

aufbürdete. Überhaupt hatte dieser mächtige Parteiführer während des verflossenen Reichstages von seinem Ansehen eingebüfst. In den entscheidenden Augenblicken hatte er Wankelmut und Unsicherheit gezeigt und seine Partei nicht zu beherrschen vermocht. Die grofse Masse der Hüte folgte jedoch noch immer Fersen als ihrem Hauptführer, im Rate besafs er starke Verbindungen und hatte aufserdem seit alters einen grofsen Einfluſs auf die französische Gesandtschaft in Stockholm. Fersen war noch immer ein Faktor, mit dem man rechnen mufste, und äufserlich erwies ihm das Königspaar dieselbe Aufmerksamkeit und Freundschaft wie zuvor. Die wirkliche Absicht des Hofes ging jedoch aus seinem geheimen Versuche hervor, die Hutpartei aus der Gunst Frankreichs zu verdrängen und das französische Kabinett für seine eigenen Pläne zu gewinnen.

In noch höherem Mafse jedoch als durch diesen inneren Gegensatz wurde der Bestand der Koalitionsregierung durch das zunehmende Ansehen der Mützen bedroht, das nicht zum geringsten Teile durch die eigenen Fehlgriffe der Hutpartei gefördert wurde. Die neuen Darlehen, welche die Bank der Krone und Privatpersonen hatte vorschiefsen müssen, verursachten eine neue Vermehrung der Notenmenge. Die Aufschiebung der Realisation bewirkte, dafs die Banknoten, die man vorher beiseite gelegt hatte, wieder in Verkehr gebracht wurden, und im Jahre 1770 begann der Kurs rasch in die Höhe zu gehen. Statt 48 Mark betrug er bei Jahresschluſs bereits 67 Mark. Diese neue Veränderung des Notenwertes hatte neue Verluste, neue Befürchtungen vor der Wiederkehr der früheren Schwindelei zur Folge, und man fing an daran zu verzweifeln, dafs jemals geordnete Münzverhältnisse eintreten würden. Die allgemeine Unzufriedenheit und Unruhe brachten gedruckte Schriften eifrig zum Ausdruck, und das grofse Publikum, das sich vom Siege der Hüte eine Menge Vorteile versprochen hatte, wandte ihnen jetzt mit getäuschter Hoffnung den Rücken und kehrte zu ihren Gegnern zurück.

Durch mehrere unbedachte Mafsnahmen gab der Rat selbst seinen Gegnern Trümpfe in die Hand. Solche Mafsnahmen waren z. B. einige Urteile in ein paar Preſsprozessen, die stark nach Parteiverfolgung aussahen und den Mützen Gelegenheit gaben,

sich zu Verteidigern der persönlichen Rechtssicherheit und Freiheit aufzuwerfen. In dieselbe Rubrik gehörte auch die Entscheidung in einer Beförderungsfrage, die mit einer umstrittenen Auslegung der Adelsprivilegien zusammenhing. Es handelte sich um die Wiederbesetzung des erledigten Vizepräsidentenpostens am Hofgericht zu Åbo. Im Gegensatz zu früherer Praxis schloſs der Rat zwei qualifizierte bürgerliche Bewerber aus dem Grunde von der Vorschlagsliste aus, weil auf einem früheren Reichstage diesem Posten ein höherer Rang zuerkannt worden sei und deshalb nach Ansicht des Rates dem Adel allein vorbehalten werden müsse. Dies rief eine allgemeine Erbitterung hervor, die um so gröſser wurde, als die Stimmung bereits durch die früheren Ständezwistigkeiten in den sechziger Jahren gegen den Adel aufs äuſserste aufgebracht war. Das Ratsprotokoll erschien im Druck unter dem aufhetzenden Titel: „Endlich ist das Schicksal der Bürgerlichen hinsichtlich ihres Beförderungsrechtes mit klaren Worten verkündet worden“. In dieser Angelegenheit folgte eine ganze Flut von Broschüren, die alle die privilegierte Stellung des Adels mit äuſserster Heftigkeit angriffen und diesem Stande an allen Unglücksfällen, die das Reich getroffen hatten, schuld gaben. Es ging wie eine starke demokratische Strömung durch das Volk, die das bestehende Privilegienwesen mit Gewalt niederzureiſsen drohte. Wenn auch dieser Gegensatz zwischen Adel und Bürgerlichen sich nicht vollständig mit dem zwischen den groſsen politischen Parteien bestehenden Gegensatze deckte, so lieſs er sich doch leicht mit diesem in Verbindung bringen, und die Mützen nutzten natürlich mit Eifer auch diese Gelegenheit aus, um den Unwillen des Volkes gegen die herrschende Regierung zu kehren.

Auch von auſsen her drohten Schweden groſse Gefahren. Die Reformpläne, die auf dem Reichstag von 1769 beantragt worden waren, hatten bei den Nachbarn Schwedens Befürchtungen vor einer Revolution, die der schwedischen Anarchie möglicherweise ein Ende machen könnte, wachgerufen und sie zum Schutze vor dieser Gefahr zu engeren Bündnissen veranlaſst. Im Dezember des Jahres 1769 schlossen Dänemark und Rufsland einen neuen Vertrag ab, dem zufolge diese beiden Mächte, falls die schwedische Regierungsform auch in nur einem Punkte zugunsten der Königs-

macht abgeändert würde, zur Verhinderung einer derartigen Änderung sofort zu den Waffen greifen und dieselben nicht eher niederlegen sollten, als bis Dänemark seine Kriegskosten vergütet worden seien. Dänemark sollte im Besitze der Landeroberungen, die es von norwegischer Seite aus machen könnte, verbleiben. Dieser Vertrag, aus dem die Verblendung der dänischen Staatsmänner und ihre schmachvolle Abhängigkeit von Rufsland in trauriger Weise hervorging, war gleichzeitig eine empörende Verletzung der völkerrechtlichen Grundsätze und für Schweden eine tödliche Gefahr, die es beim geringsten Versuche, die Anarchie im eigenen Lande abzustellen, bedrohte. Auch mit Preufsen schlofs Katharina einen neuen Vertrag ab, der dieser Macht die Verpflichtung auferlegte, im Falle der Wiedereinführung der Souveränität in Schweden mit den Waffen einzuschreiten und Schwedisch-Pommern zu besetzen. Die einzige Macht, die den schwedischen Staat zu unterstützen gewillt war, war das abgelegene Frankreich, aber jede wirksame Hilfeleistung seitens dieses Landes wurde durch den Neid Englands verhindert. In Schweden besafs Rufsland einen sicheren Anhang in der grofsen Mützenpartei. Ihre Führer hatten sogar gleich nach dem Schlusse des Reichstages einen Plan zu ernergischer Propaganda im ganzen Lande entworfen, um auf dem kommenden Reichstag die Übermacht zu gewinnen, und die drei Höfe von Rufsland, England und Dänemark hatten diesen Plan gutgeheifsen und die nötigen Kosten zu tragen versprochen.

Unter der scheinbaren Ruhe, die nach dem Reichstage vom Jahre 1769 herrschte, verbargen sich also aufser unversöhnlichen inneren Gegensätzen, die sich energisch zu neuem Kampf rüsteten, auch äufsere Gefahren, die das ganze Reich mit Untergang bedrohten. Da trat ein Ereignis ein, das früher als jemand geahnt das Zeichen zur Erneuerung des Reichstagskampfes gab und zugleich auch allen denkenden Patrioten als eine wichtige Änderung der gesamten Lage erscheinen mufste.

Adolf Friedrich hatte seit seiner Thronbesteigung bisweilen an Schwindelanfällen, Kopfweh und Magenschmerzen gelitten. Seine Gesundheit hatte sich zwar durch die Anwendung von Moorbädern in Loka gebessert, war aber nicht vollständig wieder-

hergestellt worden. Es schien jedoch kein Anlafs zu Befürchtungen für sein Leben vorzuliegen. Er war erst etwas über 60 Jahre alt, schien froh und gesund wie gewöhnlich zu sein und beteiligte sich an der Regierungsarbeit oder an den Vergnügungen des Hofes, ohne dafs man eine besondere Abspannung merken konnte. Am Abend des 12. Februar 1771 wurde er plötzlich, während er am Spieltische safs, vom Schlage getroffen, wahrscheinlich infolge eines Diätfehlers, und war nach einigen Minuten eine Leiche.

Der plötzliche Tod Adolf Friedrichs rief in seinem Familienkreise eine grofse Leere hervor, und seine Angehörigen und eine grofse Zahl von Privatfreunden betrauerten ihn aufrichtig. Aber er war eine zu unbedeutende Persönlichkeit gewesen, als dafs sein Tod im politischen Leben Schwedens als wirklicher Verlust empfunden worden wäre. Unter seinem Zepter war die Königsmacht in Schweden auf den niedrigsten Grad von Bedeutung, den sie je besessen, herabgesunken, und das schwedische Reich war unter heftigen inneren Parteikämpfen seinem Untergange nahe gebracht worden. Die Hoffnungen, die immer gröfsere Kreise des schwedischen Volkes während seiner Regierung auf den Thron gesetzt hatten, waren ein Mal über das andere getäuscht worden und zwar weniger deshalb, weil es dem Könige am guten Willen fehlte, das Wohl seines Landes zu fördern, als weil er nicht genügend beurteilen konnte, was die Situation in jedem einzelnen Fall erheischte, und in der Verfolgung seines Zieles zu schwach und zu unbeständig war. Alle einsichtigeren schwedischen Staatsmänner waren sich schon längst darüber vollständig klar, dafs dieser wohlmeinende, aber unfähige Herrscher in Wirklichkeit das allergröfste Hindernis für die Hebung des Königtums und des Reiches bildete. Die grofse Bedeutung, die der Tod des Königs hatte, war die, dafs dieses Hindernis nun plötzlich und unerwartet wegfiel.

Zwölftes Kapitel.

Thronbesteigung Gustavs III. Ende der Ständeherrschaft.

Beim Ableben Adolf Friedrichs befand sich sein ältester Sohn und Nachfolger in Paris. Am Tage nach dem Tode des Königs liefs ihn der Rat als König Gustav III. ausrufen und entwarf ein provisorisches Königsgelübde, das mit einem Kurier dem neuen Könige zur Unterzeichnung nach Frankreich zugesandt wurde. Zu gleicher Zeit wurden die Reichsstände auf den 13. Juni nach Stockholm einberufen. Wenn die Führer der Mützenpartei irgendwie beabsichtigt hatten, den Kronprinzen Gustav wegen seiner Teilnahme an den Ereignissen der Jahre 1768 und 1769 vom Throne auszuschliefsen und den jüngeren Bruder, den Prinzen Karl, an seiner Statt auf den Thron zu erheben, so wurden diese Pläne durch das entschlossene Auftreten des Rates plötzlich zunichte gemacht, der Thronwechsel erfolgte, ohne dafs man auch nur einen Versuch, ihn zu stören, gemerkt hätte.

König Gustav, der bei seiner Thronbesteigung 25 Jahre alt war, hatte sich bereits eine ziemlich reiche Erfahrung in der schwedischen Parteipolitik erworben und war seiner Begabung und seinem Charakter nach eine Persönlichkeit, die eine ganz andere und viel bedeutendere Rolle in dieser Politik zu spielen versprach, als es der Vater vermocht hatte. Als zukünftiger König des Landes in der schwedischen Königsburg geboren und erzogen, besafs er aufserdem ganz andere Voraussetzungen zur Vertretung der Sache der Monarchie als sein aus Deutschland stammender Vater, der in bereits reifem Alter und infolge eines eigentümlichen Zufalles zu einer ihm fremden Aufgabe und einem fremden Volke

berufen worden war. Schon als Kronprinz hatte ja auch der junge Fürst in einer Weise in den Parteikampf eingegriffen, die Mut, Energie und Ehrgeiz verriet und die ihm bei denen, welche vom Königtume die Rettung Schwedens erhofften, zahlreiche Freunde und Bewunderer und in all den fanatischen Parteigängern, für die der Fortbestand der Ständeherrschaft mit eigener Macht und eigenen Vorteilen gleichbedeutend war, erbitterte oder argwöhnische Gegner verschaffte. Seine Thronbesteigung bedeutete das Eintreten eines neuen, äufserst wichtigen, wenn auch noch etwas unberechenbaren Faktors in das politische Leben Schwedens.

Der Reise ins Ausland, infolge deren Gustav beim Tode des Königs fern war, lag zunächst die Absicht zugrunde, im Zentrum der damaligen Kultur und an dem berühmtesten Hofe der Welt eine Erziehung zu vollenden, die bereits vollständig einen französischen Stempel an sich trug; aber auch politische Pläne waren mit dieser Reise verknüpft. Letzterer Zweck schien anfänglich ein ganz verfehlter zu sein. Als Gustav am 4. Februar 1771 nach Paris kam, war der Herzog von Choiseul gestürzt worden, ein Nachfolger war noch nicht ernannt und die auswärtigen Angelegenheiten wurden durch provisorische Vertreter geleitet. Der alte König Ludwig XV. erwies zwar dem jungen schwedischen Prinzen alles erdenkliche Wohlwollen und lud ihn häufig zu den Hoffestlichkeiten ein, aber zu politischen Beratungen kam es nicht. Gustav mufste sich damit begnügen, das Leben in Paris zu studieren, in den Hofkreisen oder dem literarischen und künstlerischen Frankreich Bekanntschaften anzuknüpfen und all den Glanz und all das Neue zu geniefsen, das die Weltstadt seinem schaulustigen und wachen Geiste zu bieten hatte.

Ganz anders aber wurde die Sache, als in Paris ganz unerwartet die Nachricht von Stockholm eintraf, Gustav sei König von Schweden. Gustav selbst erhielt diese Nachricht am Abend des 1. März in der Oper. Nun kamen die politischen Verhandlungen mit einem Male in Flufs. Das französische Kabinett erklärte sich sofort zu einer erneuten Auszahlung der restierenden Subsidien, um die die schwedische Regierung bisher vergebens ersucht hatte, bereit ohne irgendwelche neue Verpflichtungen schwedischerseits. Die Auszahlung sollte mit Beginn des Jahres

1772 im Betrage von 1½ Millionen Livres jährlich erfolgen. Sein Wohlwollen bezeugte der französische Hof aufserdem durch das Versprechen, als Nachfolger des im Jahre 1770 abberufenen Grafen de Modène wieder einen Gesandten nach Stockholm zu schicken, für welchen Posten der Graf de Vergennes, einer der angesehensten Diplomaten Frankreichs, ernannt wurde. Privat versprach Ludwig XV., den Hof und die Hüte mit Geld für den kommenden Reichstag zu unterstützen, aber gleichzeitig gab er dem jungen schwedischen Monarchen den Rat, sich nicht vor der Zeit auf Revolutionspläne einzulassen, sondern statt dessen an einer Versöhnung der Parteien zu arbeiten, um auf diese Weise das Ansehen der Königsmacht zu heben und alle Kräfte zur Förderung des Reiches zu sammeln. Hiermit stand auch die Instruktion in Einklang, die Vergennes bei seiner Abreise nach Stockholm erhielt.

Eine derartige Versöhnungspolitik war vielleicht nicht das, was Gustav bisher als das rechte Mittel zur Rettung des Reiches sich hatte träumen lassen und dessen Empfehlung er vom französischen Hofe erwartet hatte. Aber diese Politik stand mit seinem eigenen Charakter, seinem Widerwillen vor Gewaltmitteln und seinem Vertrauen auf die eigene Überredungskunst in vollem Einklang und stimmte vielleicht auch mit dem ernsten Pflicht- und Verantwortungsgefühl, das ihn bei seiner neuen Aufgabe als König von Schweden beseelte, am besten überein. Bald sollte es sich auch zeigen, dafs eine Versöhnungspolitik von der politischen Lage, wie sie sich während der Abwesenheit Gustavs in Schweden entwickelt hatte, gleichsam vorgezeichnet war. Erst am 25. März verliefs Gustav Paris und machte sich auf den Heimweg. Er beeilte sich nicht mit seiner Reise und machte auch seinem berühmten Oheim, Friedrich II., einen kürzeren Besuch. Am 18. Mai landete der neue König Schwedens in Karlskrona und hielt zwölf Tage später seinen Einzug in Stockholm, wo binnen kurzem der Reichstag sich versammeln sollte.

Unmittelbar nach Einberufung der Stände hatten die Parteien mit ihren Vorbereitungen für den kommenden Reichstag begonnen. Die Hof- und die Hutpartei gingen auch diesmal gemeinsam vor, um sich vor der gemeinsamen Gefahr zu schützen,

und der Chef der französischen Gesandtschaft, Barthélemy, verbürgte sich für die Geldbeträge, die man eiligst zum Aufkauf von Vollmachten und dergleichen aufnehmen mufste. Die Mützen ihrerseits erhielten von den Ministern Rufslands und Englands reichliche Unterstützung und stürzten sich mit einer von Rachsucht und Siegesgewifsheit gesteigerten Energie in den Wahlkampf. Ohne Zweifel waren sie, was Einigkeit, Leitung und Geldmittel betraf, ihren Gegnern überlegen, und bald stellte es sich auch heraus, dafs sie aus dem Wahlkampfe mit einer Stärke hervorgehen würden, die der der beiden verbündeten Parteien vollständig ebenbürtig war. Anderseits aber waren die Hüte am Ruder. Kräfte und Aussichten waren daher auf beiden Seiten so gleich verteilt, dafs sich die Parteiführer veranlafst sahen, ein Anerbieten, eine Versöhnung oder ein freiwilliges Übereinkommen zwischen den Parteien herbeizuführen, nicht von der Hand zu weisen. Auch der russische Hof hielt es für angebracht, einer derartigen Versöhnung nicht entgegenzuarbeiten, weil er den jungen König nicht zu extremen Mafsnahmen veranlassen wollte, die Rufsland, das in einen Krieg mit der Türkei verwickelt war, ungelegen kommen konnten.

Ein Versöhnungsprogramm schien also zahlreiche Voraussetzungen zum Gelingen zu haben, und Gustav gab sich dem Versöhnungsgedanken mit der ihm angeborenen Lebhaftigkeit und Begeisterung hin. Er selbst trat mit besonderem Takte auf und gab sich offenbar alle Mühe, über den Parteien zu stehen und allen, Mützen und Hüten, mit derselben Freundlichkeit zu begegnen. Als bald nach der Rückkehr des Königs Vergennes in Stockholm eintraf und die Versöhnungspläne eifrigst unterstützte, kam die Arbeit zur Verwirklichung dieser Pläne in Fluſs. Kurz vor der Eröffnung des Reichstages versammelten sich beim Könige je drei der beiderseitigen Hauptparteiführer, der Hüte und der Mützen, um über die Bedingungen der „Komposition“ zu beratschlagen. Nach mehreren Sitzungen erzielte man ein Übereinkommen, das schriftlich in zwölf Punkten abgefafst wurde. Die wichtigsten Bestimmungen in diesem Übereinkommen waren die, dafs die siegreiche Partei ein Drittel der Plätze in den Ausschüssen mit Mitgliedern der Gegenpartei besetzen sollte, dafs die beiden

erledigten Posten im Rate und noch ungefähr vier weitere, die man durch freiwilliges Zurücktreten der Inhaber schaffen wollte, den Mützen eingeräumt, dafs wegen des Geschehenen keine Untersuchung eingeleitet, die Parteibezeichnungen abgeschafft nnd das Königsgelübde unverändert beibehalten werde. Man traf auch die Vereinbarung, der Korruption ein Ende zu machen, eine diesbezügliche schriftliche Bestimmung wurde jedoch nicht abgefafst. Als dieses Übereinkommen getroffen wurde, war der Reichstag bereits zusammengetreten.

* * *

Bei der ersten Sitzung der Stände zeigte es sich gleich, dafs sich die Parteien, wie man es schon im voraus berechnet hatte, so ziemlich das Gleichgewicht hielten. Bei den bürgerlichen Ständen war es daher eine besonders wichtige Frage, inwieweit die zahlreichen Abgeordneten, die sich mit zweifelhaften oder umstrittenen Vollmachten eingefunden hatten, an der Präsidentenwahl teilnehmen durften oder nicht. Hierüber entstand ein heftiger Streit, und in den verschiedenen Ständen wurde diese Frage in verschiedener Weise entschieden. Das Resultat war, dafs die Mützen im Bürger- und im Bauernstande mit ziemlich grofser Stimmenmehrheit siegten. Präsidenten in diesen beiden Ständen wurden die beiden Vorsitzenden vom Jahre 1765, der Bürgermeister Sebaldt und der Bauer Joseph Hansson; der Sieg der Mützenpartei in diesen Ständen wurde durch rücksichtslose Ausschliefsung aller Gegner, deren Vollmachten aus irgendeinem Grunde kassiert werden konnten, noch weiter gefestigt. Im geistlichen Stande befanden sich die Parteien in einem solchem Gleichgewicht, dafs dieser Stand erst nach mehrtägigen Kämpfen zur Präsidentenwahl schreiten konnte, wobei der Kandidat der Mützen, der Bischof Forssenius von Skara, mit 34 Stimmen gegen 33, die auf den Kandidaten der Hüte, den Bischof Filenius von Linköping, fielen, den Sieg davontrug. Hier war die Lage offenbar eine derartige, dafs die Kassierung der einen oder anderen Vollmacht für die Parteistellung in diesem Stande entscheidend sein konnte; die Bedeutung einer solchen Entscheidung wurde noch erhöht, als der Adel den Regierungskandidaten, den Oberkammerherrn Freiherrn Axel Gabriel Leijonhufvud, mit bedeutender Stimmenmehrheit zum

Landesmarschall wählte. Mehrere Wochen hindurch konnte der Streit um die Vollmachten im geistlichen Stande zu keinem Resultat gelangen, und die gesamte Reichstagstätigkeit wurde durch diesen Kampf lahmgelegt, bis es den Mützen schliefslich gelang, einige Stimmen der Gegenpartei mit russischem Golde zu gewinnen, worauf sie sich durch Kassierung umstrittener Vollmachten die unbedingte Majorität verschafften und ihre Herrschaft in diesem Stande für die gesamte Dauer des Reichstages festlegten. Hiermit besafs die Mützenpartei in allen bürgerlichen Ständen und demnach im Reichstage das Übergewicht.

Am 25. Juni, unmittelbar nach den Präsidentenwahlen, eröffnete König Gustav selbst im Thronsaale die Reichstagsverhandlungen mit einer Ansprache, in welcher er in beredten und warmen Worten die Stände zur Eintracht ermahnte und versicherte, dafs es sein Wunsch sei, der erste Bürger eines freien Volkes zu sein. Seit mehr denn einem Jahrhundert war dies das erste Mal, dafs ein schwedischer König selbst eine Ansprache an seinen Reichstag hielt. Die Rede machte grofsen Eindruck und wurde gedruckt im ganzen Reiche verbreitet. Die Hoffnung auf den Erfolg der „Komposition" hatte in den Worten des Königs edeln Ausdruck gefunden. Aber bereits bei den Ausschufswahlen zeigte es sich, wie wenig man auf das Übereinkommen bauen konnte. Ohne Rücksicht auf die von den Führern getroffene Vereinbarung wählten die Bürger nur Mützen in den geheimen Ausschufs. Die anderen Stände brachen darauf auch ihrerseits das Übereinkommen.

Die Feststellung des Gelübdes, das der neue König abzulegen hatte, bildete die Hauptaufgabe des Reichstages. Der „Komposition" gemäfs sollte dieses Gelübde dem vom Jahre 1751 vollständig gleich sein, und die adeligen Führer der Mützen sowie Osterman wollten auch diesen Punkt aufrechterhalten. Die bürgerlichen Stände aber, die sich jetzt ihrer Macht bewufst waren, waren entschlossen, die Gelegenheit zu benutzen, um ihre eigenen Standesinteressen in einer Weise wahrzunehmen, die die Berechnungen der Parteiführer vollständig durchkreuzte. In der Kommission, die den Entwurf des Königsgelübdes auszuarbeiten hatte, setzten die bürgerlichen Mitglieder unter anderem die Änderung durch, dafs der König sich verpflichten solle, bei Ernennungen

„nur“ Tüchtigkeit und Verdienst in Betracht zu ziehen, statt, wie es im früheren Gelübde hieſs, „hauptsächlich“. Hiermit war die Absicht verknüpft, die volle Gleichstellung aller Mitbürger bei Beförderungen mit einem Schlage durchzusetzen, ein Programm, das seit der berüchtigten Vizepräsidentenwahl vom Jahre 1770 die Hauptreformforderung der Bürgerlichen war.

Der Entwurf der Kommission gab das Zeichen zum Ausbruche des lange vorbereiteten Kampfes zwischen den Ständen. Die drei bürgerlichen Stände erklärten sich natürlich mit den vorgeschlagenen Änderungen sofort einverstanden und verboten ihren Vertretern in der groſsen Deputation, welche den endgültigen Entwurf des Königsgelübdes festzustellen hatte, irgendwelche Zugeständnisse zu machen. Gleichzeitig waren sowohl Bürger wie Bauern damit beschäftigt, für sich besondere Standesprivilegien auszuarbeiten, während alle drei bürgerlichen Stände betreffs gemeinsamer Privilegien für „die Gemeinfreiden“ (odalständen) beratschlagten. Auſserhalb des Reichstages wurde der Adel von der demokratischen Presse mit Wut angegriffen. Besondere Aufmerksamkeit erweckte die Schrift „Der bürgerliche Soldat“, die in zahlreichen Nummern erschien und in stark aufgetragenen und in agitatorischer Absicht übertriebenen Farben den Übermut, die Zügellosigkeit und die Tyrannei der adeligen Offiziere, sowie die Rechtlosigkeit und die Leiden der Soldaten und der Unteroffiziere schilderte. Es herrschte ein förmlicher Sturmlauf gegen den Adel und seine privilegierte Stellung im Staate.

Im Ritterhause wurden die zahlreichen Angriffe mit äuſserster Erbitterung aufgenommen. Das Recht auf die Beamtenposten war das Hauptprivilegium der armen schwedischen Edelleute. Der Unterschied zwischen Mütze und Hut trat nun in den Hintergrund vor dem Unterschiede zwischen adelig und bürgerlich. Als die groſse Deputation nach heftigen Kämpfen einen sogenannten Vermittlungsvorschlag vorlegte, der im wesentlichen alle Forderungen der bürgerlichen Stände enthielt, wurde derselbe vom Adel mit der Erklärung, das Königsgelübde vom Jahre 1751 unverändert beibehalten zu wollen, nach aufgeregten Debatten verworfen. Auf keiner Seite war man zum Nachgeben geneigt, und die ganze Reichstagstätigkeit wurde durch den Streit der Stände lahmgelegt.

Bei einer solchen Lage hielt es König Gustav für angebracht, als Friedensstifter zwischen den Ständen einzugreifen. Am 28. November berief er die vier Vorsitzenden zu sich, sprach mit ihnen in warmen Worten von der Notwendigkeit von Eintracht und Frieden, und bot seine Vermittlung zur Beilegung des Streites an. Der Versuch war vergeblich. Das Anerbieten des Königs wurde von den Vorsitzenden den Ständen nicht einmal übermittelt, da der König nur unter Einwilligung des Rates dem Reichstage Vorschläge machen konnte. Aber auf privatem Wege wurde die Rede des Königs zuerst in Abschriften und alsdann gedruckt im ganzen Lande verbreitet. Die warmen, patriotischen Worte fanden überall, wo das Gefühl für das Wohl des Vaterlandes nicht von Parteileidenschaften erstickt war, Widerhall, und mit zunehmendem Vertrauen setzten alle Patrioten ihre Hoffnung auf den Thron. Die Mitglieder der Parteien im Reichstage dagegen betrachteten die Maßnahmen des Königs mit Mißtrauen und Unwillen, und als die Stände nach den Weihnachtsferien im Januar 1772 ihre Tätigkeit wieder aufnahmen, richtete der geheime Ausschuß zwar ein Dankschreiben an den König für seine landesväterliche Fürsorge, erteilte aber zugleich dem Rate eine ernste Rüge, weil er es verabsäumt habe, das ungesetzliche Vorgehen zu verhindern, und erhob gegen den, welcher die Rede hatte drucken lassen, Anklage.

Schon von vornherein hatten die Parteiführer den Streit der Stände mit großer Besorgnis betrachtet, denn in ihm lagen offenbare Gefahren für den Fortbestand der gesamten Staatsverfassung. Der Vermittlungsversuch des Königs ließ diese Gefahr noch deutlicher hervortreten. Als Frankreich Ende des Jahres 1771 seine Beiträge zur Reichstagskasse der Hutpartei einstellte und der Hutklub deshalb geschlossen werden mußte, gründete ein Teil seiner Mitglieder, meist junge Offiziere, unter der Führung von Jakob Magnus Sprengtporten einen neuen Klub „Schwedischer Boden", der von Anfang an ein entschieden royalistisches Gepräge erhielt. Auch dies war ein Beweis dafür, daß der Streit der Stände nur der Königsmacht zugute kam. Mit vereinten Kräften arbeiteten deshalb die adeligen Parteiführer, Mützen sowohl wie Hüte, an der Beilegung des Streites, und auch der russische

Minister tat, was in seiner Macht lag, um die bürgerlichen Mützen zur Mäfsigung zu veranlassen. Der Führer der Hofpartei, der geschickte, aber unzuverlässige und tief verschuldete Sinklaire liefs sich dadurch, dafs man ihm den einträglichen Generalgouverneursposten von Pommern versprach, dazu bewegen, seinen Widerstand gegen das in Vorschlag gebrachte Königsgelübde einzustellen. Als die grofse Deputation hierauf einen neuen Vermittlungsvorschlag vorlegte, demzufolge das Königsgelübde den von den bürgerlichen Ständen beantragten Wortlaut erhalten, ein von den vier Präsidenten unterzeichnetes besonderes Schreiben jedoch jedem Stande seine ehrlich erworbenen Privilegien ausdrücklich vorbehalten sollte, ging dieser Vorschlag im Ritterhause mit knapper Majorität durch. Am 4. März konnte König Gustav endlich das Königsgelübde unterfertigen. Dieser Ausgang war eine Niederlage für den Adel, denn das Garantieschreiben der Vorsitzenden war nur ein schwacher Schutz gegenüber dem ausdrücklichen Wortlaute des neuen Grundgesetzes. Das gröfste Hindernis, das der Fortsetzung der Reichstagstätigkeit im Wege stand, war endlich nach neun Monate langen unfruchtbaren Kämpfen beseitigt.

Hätten die Stände nun einträchtig an der Abstellung der schwersten Schäden des Reiches gearbeitet, dann hätte vielleicht das Ansehen des Reichstages noch einigermafsen wiederhergestellt werden können. Dies war aber nicht der Fall. Die bürgerlichen Stände waren von ihrem Erfolge berauscht und wollten sich keineswegs mit einer Teilung des Rates zwischen den Parteien zufrieden geben. Sobald der Streit um das Königsgelübde erledigt war, rückten sie zum Sturm gegen den Rat vor, um für die 1769 erlittene Niederlage vollständige Rache zu nehmen. Auch jetzt machten die adeligen Mützenführer und Ostermann einen vergeblichen Versuch, ihrem Eifer Einhalt zu gebieten. Zu Beginn des Reichstages war sämtlichen 1769 verabschiedeten Ratsherren wieder das Vertrauen der Stände ausgesprochen und zwei erledigte Plätze im Rate mit den ältesten unter ihnen, Horn und Kalling, besetzt worden. Nach dem plötzlichen Ableben Ekeblads im Oktober 1771 war auch Reuterholm wieder in den Rat eingetreten. Als Bedingung zur Verhinderung des Angriffes auf den Rat forderten

nun die Führer der Mützen weitere fünf Plätze. König Gustav konnte nur drei, Hiärne, Stockenström und Snoilsky, zu freiwilligem Verzicht veranlassen, aber wahrscheinlich hätte man, selbst wenn die Bedingung erfüllt worden wäre, dem Angriffe dennoch nicht zuvorkommen können.

Der Hauptangriff gegen den Rat ging diesmal von der geheimen Deputation aus, die, gestützt auf eine Menge unbedeutender Ausstellungen, beantragte, die 1769 ernannten, noch übrigen Reichsräte mit einigen Ausnahmen des Vertrauens der Stände für verlustig zu erklären. Noch nie vorher waren so nichtige Ausstellungen als genügende Begründung für die Absetzung des gesamten Reichsrats angeführt worden, und der Antrag rief auch unerhörte Erbitterung hervor. In Wirklichkeit war es nur klarer als jemals, daſs eine parlamentarische Verantwortung geltend gemacht wurde, wenn sie auch in juristischen Formen gefordert werden muſste. Vergebens berief der König die adeligen Parteiführer zu sich. Sie erklärten sich machtlos. Vergebens suchte der russische Minister die Mützen zur Mäſsigung zu zwingen, indem er dem Bürger- und dem Bauernstande den üblichen Monatsunterhalt entzog. Die bürgerlichen Stände nahmen mit erdrückender Majorität den Antrag der Deputation an, und damit war das Schicksal des Rates entschieden. Als der Gegenstand am 25. April im Ritterhause zur Verhandlung kam, drehte sich der Streit nur um eine Ehrenerklärung. Mit auſserordentlicher Beredsamkeit und Kraft gingen die Hauptanhänger sowohl der Hofpartei wie der Hüte für den angeschuldigten Rat ins Feuer und wiesen auf die Geringfügigkeit der gemachten Ausstellungen, die Unklugheit der gewaltsamen Verfolgung und die daraus entspringende Gefahr für die Zukunft des Landes hin. In die donnernden Worte, die das auf die Spitze getriebene Parteiwesen geiſselten, mischten sich Ausdrücke von Scham und Trauer über das Elend des Vaterlandes und ein Vorgefühl vom baldigen Untergange der Ständeherrschaft. Man hat diese glänzende Debatte „den parlamentarischen Schwanengesang der Freiheitszeit“ genannt. Aber nicht die Beredsamkeit oder die Klugheit waren es, die über den Ausgang entschieden. Die Hoffnungslosigkeit des Kampfes hatte die Reihen der Hüte gelichtet,

und auch beim Adel siegte der Antrag der Deputation mit einer Majorität von einigen Stimmen. Durch den gleichlautenden Beschluſs aller vier Stände wurden also die Reichsräte Rudenschöld, Bielke, Scheffer, Hermansson, Beckfriis, Posse und Bark abgesetzt.

Die erledigten Plätze im Rate erhielten die früheren Ratsherren Funck, Ribbing und Düben, sowie sieben neugewählte Reichsräte, Ridderstolpe, Falkengren, Wrangel, Arnell, Ehrensvärd, Sparre und Falkenberg. Von allen diesen gehörte nur der Letztgenannte zur Hutpartei; seine Wahl war eine Artigkeit dem Könige gegenüber. Von den übrigen war Ridderstolpe einer der hervorragendsten politischen Führer der Mützenpartei, Falkengren galt als tüchtiger Seemann, alle anderen aber waren Statisten auf der politischen Schaubühne. Zum Kanzleipräsidenten wählte der Reichstag den fein gebildeten, aber unbedeutenden Joachim von Düben. Nachdem die Ergänzungswahlen für den Rat vorüber waren, wurde endlich am 29. Mai die lange verschobene Krönung mit dem üblichen Pomp gefeiert.

Die Parteiumwälzung war vollbracht, die Komposition in ihrem letzten Punkte gebrochen, und die Mützenpartei hatte von neuem rücksichtslos und uneingeschränkt das Ruder ergriffen. Die Partei hatte bewiesen, daſs sie das Übergewicht über die vereinigte Hof- und Hutpartei besaſs, und ihre Genugtuung für 1769 war eine vollständige. Die Hutpartei war so gut wie aufgelöst. Ihre Führer, unter ihnen Fersen, verlieſsen den Reichstag nach der Krönung und begaben sich auf ihre Güter oder ihre Amtsposten in der Provinz. Auch von der Hofpartei zogen sich viele zurück, und im Ritterhause verloren danach die Debatten jedes Interesse. Zweifellos hatte die Mützenpartei das Ruder jetzt in einer Weise in Händen, die, falls keine gewaltsame Unterbrechung eintrat, der Partei eine längere Periode unbedingter Herrschaft zusicherte, während welcher sie Gelegenheit hatte, ihr Programm und ihre Tendenzen zur Ausführung zu bringen.

Die Mützen machten sich auch sofort mit derselben Unverdrossenheit und Rücksichtslosigkeit wie früher ans Werk. In noch höherem Grade als damals, wo die Partei zum ersten Male zur Herrschaft gelangte, waren es jetzt die bürgerlichen Mitglieder,

die der Partei ihren Stempel aufdrückten. Die selbstbewufsten Pröpste und Bürgermeister führten in den Ständen und Ausschüssen beinahe ohne jeden Widerspruch das Wort und zeigten durchaus keine Eile, die Macht durch einen baldigen Schlufs des Reichstages aus den Händen zu geben. Im Gegenteil, in erster Reihe suchten sie ihre Machtstellung noch mehr zu festigen.

Zu Beginn des Reichstages waren gegen die Landeshauptleute, Magistratspersonen und Richter, die sich in ungehöriger Weise in die Reichstagswahlen eingemischt hatten, Prozesse eingeleitet worden. Im Frühjahr 1772 wurden diese Prozesse dem Reichstag zur Prüfung vorgelegt, und die Schuldigen unter willkürlicher Strafverschärfung zu Absetzung, Suspension, Geldbufsen oder anderen Strafen verurteilt. Für die Hutbureaukratie lag hierin eine Mahnung an das, was ihr unter dem neuen System bevorstand.

Ein fernerer Schlag gegen diese Bureaukratie war die Wiederaufnahme der Frage des Beförderungsrechtes der nichtadeligen Beamten. Die bürgerlichen Stände beschlossen, die Entscheidung der Regierung in der bekannten Vizepräsidentenfrage aufzuheben, da sie „ein gesetzwidriger, die Bürgerlichen beschimpfender Schritt“ sei, und erklärten, dafs infolgedessen Bürgerliche ebensogut wie der Adel nach Tüchtigkeit und Verdienst zu den höheren Reichsämtern befördert werden müfsten. Dies war die Konsequenz des Sieges, den die Bürgerlichen im Streite um das Königsgelübde errungen hatten, und ein Hohn auf das Garantieschreiben, das die Präsidenten zugunsten des Adels unterzeichnet hatten. Eine weitere Reform in der Richtung gröfserer Gleichheit zwischen den Ständen setzten gleichzeitig die Bauern mit ihrer Forderung durch, im geheimen Ausschufs sich an allen Fragen, die den Staatshaushalt und das Kriegswesen betrafen, beteiligen zu dürfen. Zwar waren die anderen Stände kaum gewillt, diese Forderung zu genehmigen. Als aber die Bauern erklärten, sie würden sich nicht eher mit der Regulierung des Etats befassen, als bis sie ihren Willen durchgesetzt hätten, hielten es Geistliche und Bürger für angebracht, dem Bauernstande der Eintracht halber Entgegenkommen zu zeigen.

In diesen Fragen kamen ohne Zweifel Reformen zur Reife, welche die Standesunterschiede im schwedischen Staate in hohem

Grade ausgeglichen hätten. Während sich aber die Mützen hiermit beschäftigten, standen sie den aktuellsten Forderungen des Staatslebens machtlos gegenüber. Die allerzwingendste Forderung lag in der Hungersnot. Die grofse Mifsernte im Sommer 1771 hatte im folgenden Winter grofse Not hervorgerufen, welche die Stände durch Herabsetzung des Einfuhrzolles auf Getreide zu lindern versucht hatten. Als aber der Sommer 1772 mit einer neuen Mifsernte kam, stieg die Not im Lande noch weiter, ohne dafs der Reichstag etwas anderes dafür tat, als dafs er einen kleineren Betrag zum Ankauf von Getreide bewilligte. Die mangelhaften Kommunikationen sowie die Lässigkeit und Unordnung in der Verwaltung hatten aufserdem zur Folge, dafs die Notleidenden die Hilfe erst spät erhielten.

Ebenso kopflos stand der Reichstag dem Defizit im Budget gegenüber, das auf wenigstens 50 Tonnen Gold veranschlagt wurde. Der geheime Ausschufs wufste keinen Ausweg, sondern verwies das Ganze an die Stände, und das einzige Mittel, das diese empfehlen konnten, war, sich Beschränkungen, vor allem auf dem Gebiete des Kriegswesens, aufzuerlegen.

Nicht viel hoffnungsvoller erschien die Lösung der Münzfrage. Das letzte Hutregiment hatte natürlich durch die erneute starke Notenausgabe ein neues Sinken des Wertes des Papiergeldes herbeigeführt. Die Bankdeputation arbeitete einen Realisationsplan aus, der zwar besser war als der früherer Reichstage, aber so viele Interessen gegen sich hatte, dafs er kaum bei den Ständen auf Erfolg zählen konnte.

Die Unfähigkeit der Stände, die wichtigsten inneren Aufgaben des Landes zu lösen, lag klar auf der Hand, die Aussicht, dafs der Reichstag selbst der traurigen Lage des Landes abhelfen würde, wurde immer hoffnungsloser. Die Entwicklung in demokratischer Richtung, welche die neue Herrschaft der Mützen im Gefolge hatte, vermag keineswegs die Mängel und Fehlgriffe, den Parteifanatismus und das ungehemmte Treiben der egoistischen Interessen zu verhüllen.

Als hätte es noch eines weiteren Beweises dafür bedurft, dafs die Ständeherrschaft mit dem Wohle des Landes unvereinbar sei, erschien im Sommer 1772 ein lange vorbereiteter

Plan, das Bündnis zwischen Schweden und Rufsland zu erneuern. Dasselbe sollte Schweden mit neuen, starken Banden an seinen übermächtigen Nachbar fesseln und wohl auch eine förmliche Garantie der schwedischen Verfassung bilden. Im Juli kam diese Frage in der kleineren geheimen Deputation zur Sprache und wurde schnell durch die Deputation und den Ausschufs durchgepeitscht. Die Mützen waren entschlossen, selber Schweden Fesseln anzulegen, die man vielleicht nie mehr hätte abstreifen können, und zwar zur selben Zeit, wo Rufsland, Preufsen und Österreich am 5. August den Vertrag zur Teilung Polens abschlossen, ein Vertrag, welcher in unheimlicher Weise das Schicksal ahnen liefs, das dem kleinen, in sich zersplitterten und heruntergekommenen schwedischen Staate bevorstand.

Aber die Tage der Ständeherrschaft waren gezählt. Die jahrhundertelange Erziehung in pflichttreuer Staatsarbeit unter politischer Selbstzucht und Verantwortung war am schwedischen Volke doch nicht spurlos vorübergegangen. Nachdem die Reaktion gegen die Alleinherrschaft des Königs ihre unerhört lange dauernde und tiefgehende Macht über die Geister eingebüfst hatte, die Ideale von 1719 erblafst waren und die Schlagwörter ihre Anziehungskraft verloren hatten, hatte sich in immer gröfseren Kreisen des schwedischen Volkes ein Streben, zur Monarchie zurückzukehren, bemerkbar gemacht. Die Vorgänge auf dem letzten Reichstage hatten vielen die Augen noch mehr geöffnet. Die Fahne des Nationalkönigtums mufste wiederum als Sammelzeichen für das schwedische Volk erhoben werden, und der, welcher zu ihrer Erhebung berufen war, stand auf seinem Posten.

* * *

Bereits im Herbste 1771, wo die vom Könige im Kampfe um das Königsgelübde angebotene Vermittlung so schnöde zurückgewiesen wurde, gab König Gustav jede Hoffnung auf das Gelingen der Versöhnungspolitik auf. Kurz darauf, beim Jahreswechsel, ging ihm im tiefsten Geheimnis die Aufforderung des französischen Kabinettes zu, durch einen Staatsstreich die Ständeherrschaft zu stürzen, und wurde ihm zu diesem Zwecke der Beistand Frank-

reichs zugesichert. Für Gustav, der selbst zur gleichen Erkenntnis gekommen war, war jetzt die Revolution eine abgemachte Sache. Aber wann und in welcher Weise eine solche Umwälzung ins Werk gesetzt werden sollte, das lag noch in weitem Felde. Es läfst sich kaum annehmen, dafs seine Revolutionsgedanken zur Tat herangereift wären, falls die bestehende Hutregierung, die mehrere seiner persönlichen Freunde und Anhänger umfafste, am Ruder geblieben wäre. Als aber diese im April gestürzt und aus Leuten, die seine persönlichen Gegner waren und die in schimpflicher Abhängigkeit vom russischen Minister standen, ein neuer Reichsrat gebildet wurde, da fielen für Gustav die letzten Bedenken fort. Ein Revolutionsversuch war für ihn jetzt eine unabweisbare Pflicht gegen sich selbst und gegen das schwedische Volk. Es lag jedoch klar auf der Hand, dafs das, was getan werden sollte, bald geschehen müsse, noch ehe die Mützen ihre Macht befestigt, und vor allem, bevor die Tragödie in Polen ihren Abschlufs gefunden hatte.

Von grofser Bedeutung war es, dafs der junge König in diesem Augenblicke einen tüchtigen Helfer fand, der es verstand, den Plänen des Königs eine festere Gestalt zu geben und sie den tatsächlichen Verhältnissen in geschickter Weise anzupassen. Es war dies der Oberst des Nyländischen Dragonerregimentes, Jakob Magnus Sprengtporten. Wir haben ihn schon früher als einen der besten und tapfersten jüngeren Offiziere im Pommerschen Kriege kennen gelernt. Auch im politischen Leben nahm Sprengtporten eine ziemlich hervorragende Stellung ein. Bei Beginn des Reichstages war er im Ritterhause einer der Vertrauensleute und Agenten der Hutpartei, während des Reichstages aber ging er zur Hofpartei über und gründete den „Schwedischen Boden". Sprengtporten war ein genialer Mensch, tatkräftig und kühn, verschwiegen und ehrgeizig, aber argwöhnisch und leidenschaftlich. Er hafste die Mützenpolitik und hatte aufserdem Anlafs, auf persönliche Verfolgung seitens seiner Gegner gefafst zu sein, da einige Beschwerden finnischer Bauern gegen ihn vor den Reichstag gebracht worden waren. Sein gesunder Verstand sagte ihm, dafs Hilfe jetzt nur von der Königsmacht kommen könne, und trotz seiner warmen Freiheitsliebe setzte er sich zu Neujahr mit

dem Könige in Verbindung und bot ihm seine Hilfe bei einer Revolution an.

Anfang Mai legte Sprengtporten dem Könige ein Revolutionsprojekt vor, das von diesem gutgeheißen wurde. Nach diesem Projekte sollte eine Revolte in Finnland ausbrechen, wo Sprengtporten sich Sveaborgs bemächtigen zu können hoffte, darauf sollte er mit einer auserwählten Truppenabteilung nach Schweden übersetzen und gegen die Hauptstadt marschieren. Der König selbst sollte sich vor Stockholm ihm anschließen, die Hauptparteiführer alsdann verhaftet und der Reichstag zur Annahme einer neuen Regierungsform gezwungen werden. Man begann sofort mit den Vorbereitungen. Der König selbst übernahm die Ausarbeitung der neuen Regierungsform und die Herbeischaffung der nötigen Geldmittel. Er war deshalb genötigt, den französischen Botschafter in das Geheimnis einzuweihen, und dieser gewährte, wenn auch widerwillig, seine Unterstützung. Vergennes war zwar von der veränderten Auffassung, die seine Regierung hinsichtlich der schwedischen Politik hatte, unterrichtet, aber selbst stand er Fersen ziemlich nahe und hatte außerdem keine zu hohe Meinung von der Fähigkeit König Gustavs. Nach und nach wuchs jedoch sein Interesse für das Vorhaben.

Von großem Werte war die Beihilfe Johan Kristoffer Tolls, der hiermit seine bemerkenswerte politische Laufbahn begann. Er war ein junger Mann, noch nicht dreißig Jahre alt und ein richtiger Glücksjäger. Er gehörte nicht zum schwedischen Adel, hatte aber durch seine Mutter, eine geborene Gyllenstierna, zahlreiche verwandtschaftliche Verbindungen in Schweden. Bisher hatte er sich, aber ohne eigentlichen Erfolg, sowohl in der Militär- wie in der Zivillaufbahn versucht und sich schließlich als Agent der Hutpartei ins politische Leben gestürzt. Hier kamen ihm seine Kühnheit und Schlauheit, seine Unerschöpflichkeit an Plänen und seine unversiegbare Energie ebenso wie seine Menschenkenntnis und seine Skrupellosigkeit in der Wahl der Mittel sehr zustatten, und die Hutregierung belohnte ihn mit einem Oberforstmeisterposten in Schonen. Seine Ernennung wurde jedoch angefochten, und aller Wahrscheinlichkeit nach stand ihre Aufhebung bevor. Arm und verschuldet, aber vor Ehrgeiz und Tatenlust brennend,

suchte Toll nur eine Gelegenheit, um emporzukommen, und sein feiner Instinkt sagte ihm, daſs eine Revolution in Vorbereitung sei. Das gerade war für seine Talente die rechte Aufgabe. In der ihm angeborenen Unverfrorenheit ertrotzte er sich das Vertrauen Sprengtportens und erklärte sich bereit, zur Unterstützung eines Handstreichs in Stockholm eine Erhebung der Garnison von Kristianstad zu veranlassen. Sprengtporten billigte diesen Plan, und Toll wurde ohne irgendwelche Vollmacht und beinahe ohne Geld nach Schonen gesandt, um daselbst die Vorbereitungen zu treffen. In Kristianstad gelang es ihm bald, den Hauptmann Abraham Hellichius, der zurzeit der höchste Offizier am Platze war, für seinen Plan zu gewinnen. Als der König hiervon Kunde erhielt, zog er auch den Prinzen Karl ins Vertrauen und sandte ihn unter dem Vorwande, die Königin-Witwe abzuholen, nach Schonen, in Wirklichkeit jedoch, damit er zur Übernahme der Führung dort zur Hand sei.

Ende Juli war Sprengtporten bereit, seine abenteuerliche Reise anzutreten, als die leitenden Männer in Stockholm durch das englische Kabinett, das sich seine Kenntnis in Paris zu verschaffen gewuſst hatte, vom Revolutionsplane Kunde erhielten. Man glaubte jedoch, dieser Plan wäre ein unausführbares und bereits aufgegebenes Projekt. Aber der Verdacht war nun einmal geweckt worden, und da die Mützen schon längst in der Hauptstadt irgendeinen Putsch befürchtet hatten, veranlaſsten sie es selbst, daſs Sprengtporten den Befehl erhielt, nach Finnland zurückzukehren, um auf diese Weise den König eines gefährlichen Ratgebers zu berauben. Als sich jedoch in der nächsten Zeit kein beunruhigendes Anzeichen verspüren lieſs, wurden sie bald wieder in Sicherheit gewiegt, wenn sie auch alle Schritte des Königs mit gröſserer Sorgfalt als früher überwachten.

Sprengtporten kam an einem der ersten Tage im August in Finnland an. Nachdem er die Stellung auf Sveaborg untersucht und daselbst unter den höheren Offizieren einige Anhänger gefunden hatte, begab er sich nach Borgå, wo eine kleine Abteilung Dragoner, die er selbst einexerziert hatte, im Quartier lag. Am 14. August führte er diese Abteilung zum Exerzieren aus der Stadt, hielt an die Soldaten eine Ansprache und forderte sie

auf, ihm zum Schutze des Königs vor der Tyrannei des Reichstages zu folgen. Die Dragoner, die ihrem Chef blindlings vertrauten, legten einen neuen Eid der Treue ab, hierauf brach die kleine Abteilung von einigen sechzig Mann auf, um dem schwedischen Könige sein Reich zurückzuerobern. Die Mannschaft wurde auf Schiffe verladen und auf dem Seeweg nach Sveaborg geführt, wo sie infolge von Gegenwind erst am Morgen des 16. August anlangte. Hier wurde sie von den Verschworenen in Empfang genommen. Der Festungskommandant, der alte Generalleutnant Björnberg, wurde im Bett arretiert, und Sprengtporten übernahm im Namen des Königs das Kommando über die Festung. Weder seitens der Offiziere noch der Soldaten wurde irgendwelcher Widerstand geleistet, und am selben Tage bereits ließs Sprengtporten die Stadt Helsingfors, die dortige Provinzialregierung und die daselbst in Garnison liegende Artillerieabteilung Treue schwören. Von Sveaborg aus wurde hierauf ein Manifest über ganz Finnland erlassen. Nirgends stieß man auf wirklichen Widerstand, und von allen Seiten liefen die verlangten Treuschwüre ein. Finnland war in der Gewalt Sprengtportens, und am 23. August konnte er sich endlich mit 780 Mann zur Fahrt nach Stockholm einschiffen. Dort war zu der Zeit die Entscheidung bereits gefallen.

Dem Plane gemäß sollte die Erhebung in Schonen erst eine Woche nach der in Finnland folgen, aber infolge eines Mißverständnisses hatte Prinz Karl den 12. August als Termin bestimmt. Am Abende vorher versammelte Hellichius die Offiziere seines Bataillons, machte ihnen von seinem Vorhaben Mitteilung und bat um ihre Hilfe. Toll, der noch immer in Kristianstad weilte, stellte sich ein und verstand es, alle Bedenken aus dem Wege zu räumen. Bald waren alle für den Plan gewonnen, und am Morgen, als das Exerzieren beginnen sollte, trat Hellichius vor die Front seines Bataillons und forderte es auf, zur Rettung des Königs Leben und Blut zu wagen. Seiner Ansprache folgte ein einstimmiges Ja; hierauf wurde der diensthabende Kommandant sofort arretiert, alle Wege nach der Stadt abgesperrt und auf dem Marktplatze Kanonen mit brennenden Lunten aufgestellt. Die Bürgerschaft wagte es nicht sich zu widersetzen, und es wurde ein Manifest entworfen, in welchem dem Reichstage Treue und

Gehorsam gekündigt wurden. Auf die erste Nachricht hiervon rief Karl schleunigst einige höhere Offiziere und gröfsere Gutsbesitzer jener Gegend zusammen und veranlafste sie, der Zusammenziehung der in Schonen stehenden Truppen zuzustimmen, damit diese unter dem Kommando des Prinzen gegen die aufrührerische Stadt marschierten.

Zufälligerweise war jedoch der Oberstatthalter Rudbeck auf einer Reise nach Karlskrona einige Stunden nach Beginn der Erhebung bei Kristianstad angelangt. Vor den Stadttoren wurde sein Wagen angehalten, und, nachdem sich Rudbeck vergebens nach dem Grunde erkundigt hatte, kehrte er eiligst nach Stockholm zurück, wo er am späten Abend des 16. August mit der ersten Nachricht von der Revolte eintraf. Am folgenden Tage langte seitens des Prinzen Karl eine offizielle Nachricht vom Aufruhr an. Nun war ein Zweifel an der Existenz eines Revolutionsplanes nicht länger möglich, und die herrschenden Mützen trafen sofort kräftige Verteidigungsmafsnahmen. Der Reichsrat Funck wurde mit aufserordentlicher Vollmacht nach Schonen entsandt, um den Aufruhr in seinem Keime zu ersticken, und Prinz Karl nach Hause berufen. Die bewaffneten Truppen der Hauptstadt wurden unter das Kommando des Reichsrates Kalling gestellt, aus der Provinz wurden zuverlässige Regimenter nach Stockholm beordert, und der Rat und der geheime Ausschufs beschlossen, bis die Unruhe sich gelegt habe, täglich vormittags und nachmittags Sitzungen abzuhalten. Man dachte auch daran, sich der Person des Königs zu versichern, zauderte aber noch, da man keine wirklichen Beweise für seine Teilnahme am Aufruhr besafs.

Für König Gustav handelte es sich jetzt um seine Freiheit und um seine Krone, vielleicht um sein Leben. Von Sprengtporten erhielt er am 18. August die erste Nachricht. Von Finnland war also vor mehreren Tagen keine Hilfe zu erwarten. Die Teilnahme des Königs an der Erhebung konnte nicht länger verborgen bleiben. Jeder neue Tag gewährte der Mützenregierung Gelegenheit, ihre Verteidigungsmittel zu verstärken. Wenn einmal die aus der Provinz herbeorderten Regimenter in der Hauptstadt eingetroffen waren, dann waren die Aussichten für eine Erhebung daselbst bedeutend geringer. Falls nicht die ganze Revolution dem Untergange ge-

weiht sein sollte, mufste Gustav selbst eingreifen und die Staatsumwälzung in Stockholm durchführen. Eine solche Eventualität hatte man vorausgesehen, und Sprengtporten hatte dem Könige einige zuverlässige Berater ausgesucht. Er hatte jedoch Gustav kaum den Mut zugetraut, den ein derartiger Schritt erforderte. Moralischer Mut war jedoch gerade eine Eigenschaft, die der König in hohem Mafse besafs, und als nun die Umstände keine weitere Wahl liefsen, trat der junge König in eigener Person mit überraschender Kühnheit, Gewandtheit und Energie in die Bresche. In gröfster Eile wurden im Laufe des 18. August die nötigen Vorbereitungen getroffen. Vergennes lieferte das Geld. Der König selbst wohnte am Tage dem Truppenexerzieren bei, beteiligte sich nachts an den Patrouillengängen der Bürgerschaft und bewegte sich bei einem im Schlosse stattfindenden Souper mit dramatischen Vorstellungen in gewohnter Fröhlichkeit und Liebenswürdigkeit, alles nur, um jeden Verdacht fernzuhalten. Auf seiten der Mützen hegte man jedoch den Argwohn, dafs ein entscheidender Schritt beabsichtigt sei, man meinte aber, die Nacht auf den 20. August wäre dazu ausersehen, und glaubte sich vor einer Überrumpelung hinreichend geschützt.

Am Vormittag des 19. August gegen 10 Uhr ritt König Gustav mit einigen Vertrauten vom Schlosse nach dem Artilleriehofe und von dort nach dem Arsenal, wo er eine Zeitlang dem Exerzieren zusah. Von einer grofsen Zahl Offizieren umgeben, kehrte er alsdann mit der Wachtparade zu Fufs nach dem Schlosse zurück. Dort angelangt verblieb die Mannschaft auf dem äufseren Burghofe unter Gewehr, während die meisten Offiziere und Unteroffiziere gemäfs vorher erteilter Weisung dem Könige in den Rapportsaal folgten. Hier begann der König „mit grofser Gemütsbewegung und sehr bleich“ eine Ansprache an die Anwesenden zu halten und schilderte in starken Farben das Elend und die Gefahren des Reiches. Er erklärte, er wolle die aristokratische Vielherrschaft, die an all dem schuld sei, stürzen, um an ihrer Stelle die alte Freiheit Schwedens gemäfs den Gesetzen, die vor 1680 Geltung hatten, wieder ins Leben zu rufen, und forderte die Anwesenden auf, ihm zu folgen, so wie ihre Väter Gustav Vasa und Gustav Adolf gefolgt seien, und Gut und Blut für die

Rettung Schwedens einzusetzen. Auf seine Frage, ob sie den Eid, den er zu diesem Zwecke vorsagen wolle, zu schwören gewillt seien, folgte einen Augenblick tiefes Schweigen, das aber bald von tosenden Jarufen unterbrochen wurde. Alle Anwesenden, mit Ausnahme eines Hauptmanns, der lieber freiwillig in Arrest ging, legten den Eid ab und verpflichteten sich schriftlich, König Gustav und der Regierungsform, die er zu geben beabsichtige, zu gehorchen und sie zu verteidigen. Hierauf wurde die Wache in den inneren Burghof beordert und die Tore geschlossen; der König richtete alsdann an die Soldaten die Frage, ob sie ihm folgen wollten. Auch jetzt ertönte ein einstimmiges Ja, und bereitwillig wurde der Eid geleistet. Es wurde Geld verteilt, und die Mannschaft erhielt den Befehl, die Gewehre scharf zu laden. Die Reichsräte, die zur selben Zeit im Schlosse zur Beratung versammelt waren, wurden sofort verhaftet.

Die Kunde von dem, was im Schlosse vorging, drang schnell in die Stadt. Der geheime Ausschuſs, der ebenfalls Sitzung hatte, beschloſs sofort die Sitzung aufzuheben. Unruhige Volkshaufen versammelten sich vor dem Schlosse, und als schlieſslich die Tore geöffnet wurden und der König in Begleitung von Offizieren und Mannschaften sich zeigte, wurde er mit Jubel empfangen. Gustav selbst ritt nach dem Artilleriehofe, vor welchem er eine Abteilung Bürgerkavallerie traf, die ihm ihre Dienste anbot. Offiziere und Mannschaften der Artillerie schlossen sich ebenfalls dem Könige sofort an. Herolde wurden ausgesandt, um auf den öffentlichen Plätzen der Stadt bekanntzumachen, was geschehen sei, und die Bevölkerung aufzufordern, sich ruhig zu verhalten. Als Erkennungszeichen für die Seinigen legte Gustav eine weiſse Binde um den linken Arm, und bald sah man die weiſse Binde überall in der Stadt leuchten. Die Vertrauensleute des Königs waren unterdessen nach anderen Stadtteilen geeilt und versicherten sich der dort liegenden Truppen. Die gefürchtetsten Reichstagsführer wurden verhaftet und die Tore der Stadt mit Wachtposten besetzt. Nirgends stieſs man auf Widerstand. Nachdem der König den Bericht erhalten hatte, daſs er Herr über die gesamte bewaffnete Macht in der Hauptstadt sei, verlieſs er den Artilleriehof, nahm auf dem Rathause den Eid des Magistrates entgegen und kehrte

nach dem Schlosse zurück. Überall folgten dem Könige jubelnde Volksmassen, und sein Weg gestaltete sich zu einem förmlichen Triumphzuge. Die unblutige Staatsumwälzung hatte in einigen Stunden König Gustav zum wirklichen Herrscher in seinem Schlosse und seiner Hauptstadt gemacht, und tags darauf leisteten sämtliche Kollegien und Behörden sowie die Bürgerschaft Stockholms den Treueid.

Am 21. August traten die Reichsstände auf Berufung des Königs im Thronsaale zu einer Plenarsitzung zusammen, um dem Geschehenen das letzte Siegel aufzudrücken. Für diese Gelegenheit waren aufserordentliche Vorsichtsmafsregeln getroffen worden. Auf dem Ritterhausplatze und beim Schlosse waren Gardebataillone aufgestellt, geladene Kanonen standen auf dem Burghofe, und vor dem Eingang in den Thronsaal waren hundert Grenadiere postiert. In vollem Königsornat bestieg König Gustav den Thron und hielt eine donnernde Ansprache an die Stände, in der er ihnen in scharfen Worten den Parteikampf, die Gesetzlosigkeit und die Verwirrung im Innern des Reiches und die Gefahren seiner äufseren Stellung vorhielt. Gleichzeitig versicherte er nochmals, dafs es seine Absicht und sein Wille sei, die rechte Freiheit auf der Grundlage der alten Gesetze Schwedens zu sichern und das Glück seines Volkes „durch die Sicherheit unter dem Gesetze und durch die Sicherheit des Gesetzes“ zu fördern. Nach Beendigung dieser berühmten Rede wurde die neue Regierungsform vorgelesen, und auf die Frage des Königs nahm der Reichstag durch ein dreimaliges einstimmiges Ja dieselbe für sich und seine Nachkommen für ewige Zeiten als Grundgesetz an. Nachdem die Vorsitzenden der einzelnen Stände die Regierungsform unterzeichnet, der König sein Gelübde und die Stände den Treueid geleistet hatten, wurde der Akt mit einem Psalm geschlossen. Hierauf traten sämtliche Abgeordnete heran und küfsten dem Könige die Hand. Der Sturz der Ständeherrschaft war hiermit in aller Form besiegelt.

Von der Hauptstadt verbreitete sich die Kunde von der Revolution wie ein Lauffeuer durchs ganze Land und wurde überall mit Befriedigung oder mit Jubel aufgenommen. Der einzige, der einen schwachen Widerstandsversuch machte, war der General Pechlin, dem es am Tage der Revolution gelungen war, aus

Stockholm zu entkommen; er wurde aber bald verhaftet und auf Gripsholm eingekerkert. Als Sprengtporten, der von widrigen Winden aufgehalten worden war, am 30. August in Sandhamn eintraf, war die Staatsumwälzung bereits durchgeführt und von ganz Schweden anerkannt. Die finnischen Truppen stiegen bei Dalarö ans Land und marschierten nach Stockholm. Der König selbst empfing dieselben eine halbe Meile vor der Stadt und schlug Sprengtporten vor den Augen der ganzen Abteilung zum Kommandeur des Schwertordens.

Bevor die Stände entlassen werden konnten, mufsten sie betreffs der Steuern und der Bank ihre Beschlüsse fassen; hierfür gab der König ihnen vierzehn Tage Zeit. Nach schleuniger Behandlung dieser wichtigen Fragen in den Ausschüssen erneuerte der Reichstag die allgemeine Steuer bis zum nächsten Reichstage, bewilligte aufserdem einige kleinere Beihilfen für vier Jahre, erliefs der Krone die Zahlung von Zinsen für ihre grofse Schuld bei der Bank und wies ihr bei letzterer einen beträchtlichen Kreditbrief an, der im Falle eines Krieges oder innerer Unruhen erhoben werden konnte. Die Realisationsfrage überliefsen die Stände dem Könige und den Bankbevollmächtigten. Am 9. September wurde der Reichstag aufgelöst. Beim Abschied gab König Gustav der Hoffnung Ausdruck, die Stände nach sechs Jahren wiederzusehen.

* * *

Eine adelige Militärrevolte, vom Könige selbst geleitet, hatte mit einem Male die stolze Machtstellung des Reichstages zu Boden geworfen. Sie war gefallen, ohne dafs sich eine Hand zu ihrer Unterstützung erhoben hätte. Dies zeigt am besten, wie morsch sie war, wie wenig wirkliche Kraft und Ansehen sie besafs. Die Periode, die damit ihr Ende erreichte, hat doch bemerkenswerte Resultate aufzuweisen, und bei einem Rückblick auf ihre energische Arbeit mufs man anerkennen, dafs sie in vieler Hinsicht für Schweden eine Fülle von Früchten hervorgebracht hat, guten sowohl wie schlechten.

Am glänzendsten und bedeutendsten, in ihrem Werte jedenfalls am wenigsten angefochten, war die Entwicklung des höheren geistigen Kulturlebens. Die Wissenschaft hatte eine Höhe erreicht

wie nie zuvor. Die schwedische Schönliteratur und die schwedische Kunst waren in üppiger und vielversprechender Entwicklung begriffen, die eine emporsteigende Bewegung bezeichnete und die ihren Gipfel noch nicht erklommen hatte. Das geistige Leben überhaupt hatte modernere Züge angenommen und gestaltete sich vielseitiger und reichhaltiger als je zuvor.

Die materielle Kultur hatte ebenfalls bedeutende Ergebnisse zu verzeichnen, zuerst in der schnellen Heilung der Wunden des grofsen Krieges und dann in dem folgenden Aufschwung, den der Handel und die Industrie, der Bergbau und die Landwirtschaft genommen hatten. Besonders auf ersterem Gebiete war zwar die Entwicklung eine allzu forcierte. Sie geriet bald auf Abwege und wurde alsdann zwischen entgegengesetzten Prinzipen hin und her geworfen, wodurch die gewonnenen Resultate teilweise beeinträchtigt wurden. Die Fürsorge, die der Staat der Hebung der Gewerbe zuwandte, war mit einem auf die Dauer unheilstiftenden Zwangs- und Reglementierungssystem verknüpft, und die allzu eifrige Ermunterung derselben seitens des Staates führte zu einer Staats- und Bankhaushaltung, die die Finanzen ruinierte und das Münz- und Kreditwesen in heillose Verwirrung brachte. Aber trotz dieser Mängel hatte das Land eine reiche materielle Entwicklung durchgemacht, und die schweren Krisen der letzten Zeit hatten das Blühen der Gewerbe nicht vernichtet, sondern nur gewisse Zweige derselben auf ein richtigeres Mafs herabgesetzt, ungesunden und künstlichen Geschäftsunternehmungen ein Ende bereitet, die Kontrolle und die Unterstützung seitens des Staates verringert und das Erwerbsleben im ganzen genommen auf eine gesundere und festere Grundlage gestellt, als dies in der Glanzzeit der Hüte der Fall gewesen war.

Dies läfst sich am besten mit einigen Zahlen beleuchten. Der gesamte Herstellungswert der Fabriken betrug im Jahre 1770 etwas über 7 Millionen Taler Kupfer, und über die Hälfte dieses Betrages kam auf die Webereien. Im Vergleich mit den entsprechenden Zahlen vor der grofsen Krisis der sechziger Jahre bedeutet dies zwar eine Verminderung. Aber der Rückschritt trifft im wesentlichen die Textilindustrie, die vorher sicher in unnatürlicher Weise in die Höhe getrieben war, während andere,

vor allem die Zuckerindustrie, im Gegenteil Fortschritte aufweisen. Auch der Handel scheint mit der zehn Jahre vorher herrschenden Lage verglichen nicht wesentlich zurückgegangen zu sein. Der Wert der Einfuhr wurde im Jahre 1770 auf 2 830 553 Speziestaler, der der Ausfuhr auf 3 350 499 Speziestaler berechnet. Die schwedische Schiffahrt zeigte keinen Rückschritt. Kurz nach dem Ende der Freiheitszeit umfaßte die schwedische Handelsflotte 664 Schiffe mit einer Tragfähigkeit von über 36 000 Lasten, und der ausländische Handel Schwedens wurde in so hohem Grade von schwedischen Schiffen vermittelt, daß dieselben an Anzahl sowohl wie an Zahl der Lasten die ausländischen Schiffe, welche schwedische Häfen besuchten, beinahe um das Fünffache übertrafen. Der Bergbau, der unter den Krisen von 1767 und 1768 vielleicht am meisten gelitten hatte, sowie die Landwirtschaft hatten, nachdem 1769 die Bank wiederum für Darlehen geöffnet worden war, die schwersten Wirkungen des früheren Knebelsystems ziemlich bald überwunden. Das Hauptübel, an dem die Gewerbe litten und das sie auf die Dauer zu untergraben drohte, war die Unsicherheit und die Verwirrung, die im Münzwesen herrschten. Im übrigen war, abgesehen von der gelegentlichen Hungersnot, die Lage der Gewerbe am Ende dieser Periode eine gute, in gewisser Beziehung sogar eine bessere als in den goldenen Tagen der Hutpartei in den fünfziger Jahren.

Auch auf sozialem Gebiete waren infolge eines beginnenden Ausgleiches der Standesunterschiede, durch das Aufkommen einer reicheren und bedeutenderen Mittelklasse, durch eine zunehmende Verfeinerung der Sitten und Bräuche und überhaupt durch eine Entwicklung in sozialer Kultur, die mit der des gebildeten Europas im allgemeinen gleichen Schritt hielt, bedeutende Fortschritte gemacht worden.

Schließlich herrscht kein Zweifel, daß auch in rein politischer Hinsicht die Arbeit der Ständeherrschaft dem schwedischen Volke reiche Früchte gebracht hat. Jene Zeit hat eine nicht unbedeutende Arbeit auf gesetzgeberischem Gebiete, eine großartige Entwicklung der Formen des parlamentarischen Lebens und ein erweitertes Verständnis für die Bedingungen des Staatslebens aufzuweisen, das für die erfolgreicheren Versuche der folgenden Epochen, eine neue

und bessere Verfassung ins Leben zu rufen, die wichtigste Voraussetzung war.

Aber gerade hier, auf dem Gebiete des Staatslebens im eigentlichsten Sinne, lag die Hauptschwäche der Ständeherrschaft. Die Alleinherrschaft der Stände bedeutete ja den Kampf der zahlreichen einzelnen Interessen um die Macht, ohne dafs ein übergeordneter unparteiischer Vertreter der Staatsidee die kämpfenden Geister zu einem einheitlichen Zwecke und zu opferfreudiger Arbeit im Dienste der Gesamtheit zu sammeln vermochte. Die Herrschaft der Stände, die praktisch und theoretisch von der Hutpartei auf ihren Höhepunkt gebracht worden war, hatte dieselben Folgen, wie sie überall die Macht einer unkontrollierten und souveränen Reichstagsversammlung auf die Dauer mit sich bringt, nämlich Willkür und Despotismus, Parteiwesen und Korruption.

Besonders die Korruption verdient eine eingehendere Beachtung, weil sie gröfser war als je vorher oder später in der schwedischen Geschichte. Auch zur Zeit der königlichen Alleinherrschaft waren Bestechungen vorgekommen, und die leitenden Staatsmänner in der Umgebung des Monarchen hatten von auswärtigen Mächten zur Vertretung der Interessen derselben Geschenke und Pensionen angenommen. Aber da war die Korruption auf wenige beschränkt. Als sie aber in eine so grofse Vereinigung wie den schwedischen Ständereichstag ihren Einzug hielt, nahm sie gröfsere Dimensionen an, drang tiefer in die Gesellschaft ein und stumpfte, da sie so allgemein vorkam, die Empfindung für die Forderungen der politischen Moral ab. Die Mittel zu diesen Bestechungen entnahm man zum Teil den Einkünften des Staates, über die ja die herrschende Partei in Form von Pensionen, Unterstützungen, vorteilhaften Pachtkontrakten, Beamtenposten usw. verfügte, zum Teil den Parteikassen, die man aus privatim zusammengeschossenen Geldern und vor allem aus den Beiträgen auswärtiger Mächte gebildet hatte. Aus diesen Parteikassen bezahlte man die Kosten der Wahlagitation, die Ankäufe von Vollmachten, den monatlichen Unterhalt und die Reisegelder der Parteimitglieder, die Miete und die Unterhaltung der Klubs oder die Gehälter der besonderen Parteiagenten. Im Laufe der Zeit bildeten sich bestimmte Taxen heraus. So be-

betrug 1771 der monatliche Unterhalt für einen Adeligen oder Bürger 600 Taler Kupfer, für einen Geistlichen 300 Taler und einen Bauern 200 Taler. Für adelige Vollmachten bezahlte man 1771 im Durchschnitt 3000 Taler Kupfer. Das Lokal des adeligen Mützenklubs kostete 10000 Taler Kupfer Miete, und die monatlichen Unterhaltungskosten desselben betrugen 12000 Taler usw. Da indessen derartige Geldmittel in ungefähr gleicher Höhe von jeder der beiden Parteien verausgabt wurden und man hierin gleichsam ordentliche Kostenbeiträge, auf die man rechnete, für den Aufenthalt in der Hauptstadt erblickte — ganz gleich welcher Partei man sich anschloſs —, so wurden dieselben kaum als Bestechungsgelder angesehen. Bedenklicher waren die besonderen Geschenke, die bei den wichtigsten Abstimmungen, so z. B. bei den Präsidenten- und Ausschuſswahlen u. dgl., verteilt wurden, damit die Parteimitglieder nicht im entscheidenden Augenblicke die Partei treulos im Stiche lieſsen. Die verwerflichste aller Bestechungsformen war natürlich der direkte Stimmenkauf, mit dem ein Verstoſs gegen die einmal ausgesprochene Überzeugung und eine Treulosigkeit hinsichtlich der Ehrenverpflichtungen den alten Parteigenossen gegenüber verknüpft waren. Besonders wenn die Parteien gleich stark waren, konnte ein solcher Stimmenkauf hohe Summen erheischen. So sollen die Mützen zu Beginn des Reichstages vom Jahre 1771 drei Stimmen der Gegenpartei im geistlichen Stande für 160000 Taler Kupfer erworben haben. Doch damals handelte es sich auch um die Majorität nicht nur im Stande, sondern im Reichstag.

Bei solchen Gelegenheiten, wo der schwedische Parteikampf für sie von Bedeutung war, verwandten die ausländischen Mächte unerhörte Summen auf diese Parteikämpfe. In den vierziger Jahren hatte die Korruption ihre erste Glanzperiode erreicht. Bei der Thronfolgerwahl im Jahre 1743 verausgabte Frankreich ungefähr 1 Million Taler Silber für seinen Kandidaten, Dänemark beinahe ebensoviel für den seinigen, und zwar beide umsonst. Der Reichstag des Jahres 1746 kostete Frankreich 350000 Taler Silber, Rufsland und England zusammen ungefähr 275000. In den sechziger Jahren, wo sich Katharina I. vom Jahre 1765 ab wieder mit russischem Golde am schwedischen Reichstagskampfe

beteiligte, erreichte das Bestechungssystem seine zweite Glanzperiode. Vergebens suchte Frankreich 1765 die Hüte mit ungefähr 2 Millionen Talern Silber zu stützen, und der Sieg der Mützen kostete England, Rufsland und Dänemark wenigstens 3 Millionen. 1769 belief sich die Gesamtsumme der von den ausländischen Mächten bezahlten Reichstagsunkosten auf 5½ Millionen Taler Silber. Beim letzten Reichstage der Freiheitszeit verausgabte Rufsland allein mehr als 2 Millionen Taler Silber, ehe die Revolution dem Elend ein Ende machte.

Die Korruption beschränkte sich nicht auf die Stände. Sie erstreckte sich auf die Reichstagswähler, auf die Presse und die zahlreichen diensteifrigen Kräfte, die aufserhalb des Reichstages gern eine politische Rolle spielen wollten. Auch in die Beamtenschaft, ja selbst in den Rat drang sie ein. 1766 safsen zwei englische und zwei russische Pensionäre im Rate. 1771 gewann Osterman den Reichsrat Wallwijk durch eine jährliche Pension von 2000 Rubeln, und im Frühjahr 1772 liefs sich Sinklaire durch den Generalgouverneurposten von Pommern dazu bewegen, die Hofpartei im Stiche zu lassen.

Die Wirkungen des Bestechungssystemes waren in politischer Hinsicht sicherlich von geringerer Bedeutung als in moralischer. Von beiden Seiten wurden ja Bestechungen in ungefähr gleicher Höhe geboten, und mit Ausnahme von einzelnen Fällen dürften wohl die Wechselfälle des Parteikampfes von ganz anderen Gründen bestimmt worden sein. Aber die Korruption wirkte in moralischer Hinsicht abstumpfend. Auf die Dauer ward sie für das schwedische Volk eine förmliche geistige Pest und bildete daneben für die auswärtigen Mächte einen bequemen Weg, sich in das innere politische Leben Schwedens einzumischen und auf dasselbe einzuwirken. Gegen Ende der Freiheitszeit liefsen sich allerdings kräftige Warnungsrufe und Ausdrücke des Abscheus vor der Korruption vernehmen, was ja beweist, dafs man allgemein das Übel erkannte und brandmarkte. Eine wirkliche Verbesserung war aber kaum eher zu erwarten, als bis die zunehmende Kontrolle des Volkes über das öffentliche Leben vermittels der Rede- und Preſsfreiheit auf die Dauer eine Veränderung erzwingen konnte, wie es in England der Fall war.

Der schwedische Parlamentarismus des 18. Jahrhunderts weist infolge der eigentümlichen Zusammensetzung der regierenden Korporation mehrere besondere Züge auf, die in vielleicht noch höherem Grade sein Fiasko erklären. Der starke bureaukratische Einfluſs im Reichstag verlieh demselben den Charakter einer regierenden Bureaukratie mit all ihren eigentümlichen Vorzügen und Fehlern. Dies wurde schon oben bei der Charakteristik der Herrschaft der Hutpartei, der goldenen Zeit der Bureaukratie, besprochen. Die Mützen suchten zwar die Kontrolle über die Bureaukratie zu verschärfen, die auſserordentlichen Behörden aus der Welt zu schaffen und überhaupt das Recht und die Interessen der Untertanen gegenüber dem Machtmiſsbrauch und der Unterdrückung zu verfechten. Aber teils war ihre Herrschaft von zu kurzer Dauer, als daſs Resultate erzielt werden konnten, teils vermochten sie, nachdem sie selbst ans Ruder gelangt waren, sich selbst nicht zu reformieren und im Zaume zu halten. Formenkram und Pedanterie, Schlendrian und Willkür, Zügellosigkeit und Anmaſsung waren in ungefähr ebenso hohem Grade die Kennzeichen der schwedischen Bureaukratie am Ende der Freiheitszeit wie in der Glanzepoche der Hüte. Die Vorliebe der Stände, vermittels ihrer vielfachen Ausschüsse alle Einzelheiten der Reichsregierung selbst in die Hand zu nehmen war ebenfalls nicht geringer, sondern im Gegenteil eher gröſser geworden. Ihr Regiment nahm unter der Herrschaft der Mützenpartei sogar eine direktere und unverhülltere Form an als vorher. So lange die Hüte die Macht in Händen hatten, hatten sich die Stände in der Regel noch damit begnügt, an die Regierung das Ersuchen zu stellen, Gesetze und Verordnungen, Urteile und Ernennungen auszufertigen, Bündnisse zu schlieſsen oder Monopole und Privilegien zu erteilen usw. Die Mützen setzten sich, wenn sie es für gut fanden, über die Formalität, die Regierung als Organ zu benutzen, hinweg. So wurde 1766 die Verordnung von der Handhabung der Gesetze, noch bevor sie vom Könige unterzeichnet war, in Anwendung gebracht. 1771 hob der Reichstag Vollmachten, die von der Regierung in gesetzlicher Form ausgefertigt waren, auf, verteilte selbst vakante Posten, befaſste sich mit Rechtsfällen, die noch nicht durch alle Instanzen gegangen waren, oder mit bereits entschiedenen, bei denen man

nicht innerhalb der gesetzlichen Frist an die Stände appelliert hatte. Er änderte sogar die von früheren Reichstagen gefällten Urteile ab, wodurch auch diese höchste Autorität auf dem Gebiete der Rechtsprechung erschüttert wurde. Ohne die Regierung als Vermittlerin zu benutzen, erliefs der Reichstag direkt Befehle an die Behörden oder erfand willkürlich neue Strafen, so z. B. die Aberkennung der Fähigkeit, Reichstagsabgeordneter zu werden. Eine solche direkte Ständeregierung war vielleicht die äufserste und notwendige Konsequenz des damaligen Staatsrechtes, sie war aber in der Übergangszeit wenigstens, bevor sie völlig organisiert war, mit Regierungsanarchie gleichbedeutend.

Zu den eigentümlichsten Zügen des Parlamentarismus der Freiheitszeit gehört schliefslich auch die Entwicklung, die der Rat in seiner Stellung zu den Ständen erfahren hatte. Nach dem Sturze Horns war der Rat vollständig von den Ständen abhängig. Aber auch in seiner Eigenschaft als parlamentarische Parteiregierung hätte der Rat eine bedeutende Macht besitzen können und besafs sie auch zeitweise. Die Mitglieder des Rates waren jedoch von den Reichstagsverhandlungen ausgeschlossen, und alle Versuche, ein wirkliches Zusammenarbeiten zwischen Rat und Reichstag herbeizuführen, waren vergebens. Die zahlreichen Beamten in den Ausschüssen oder den Ständen sahen in den Ratsherren in erster Reihe stets ihre Vorgesetzten oder die Organe der Regierung, von denen man, anstatt sie als Parteigenossen und Vertraute zu betrachten, annahm, sie wollten auf ihre Untergebenen einen unbefugten Druck ausüben oder die Freiheit des Reichstags schmälern. Daher konnten die Reichsräte, obwohl sie vom Parteistandpunkte aus ernannt und aus den Vertrauensmännern der herrschenden Partei gewählt wurden, die wirkliche Leitung ihrer Partei auf die Dauer nicht in Händen behalten. Neben ihnen entstanden andere, unverantwortliche, aber einflufsreichere Führer, und schliefslich kam es so weit, dafs die hervorragendsten Parteiführer, um ihre leitende Stellung nicht zu verlieren, sich weigerten, in den Rat einzutreten. Auch auf dem Gebiete der dem Reichstage obliegenden gewöhnlichen Tätigkeit, so z. B. dem der Gesetzgebung, der Steuerbewilligung, der Finanzgesetzgebung und sogar dem der auswärtigen Politik

nahm der Rat keine wirklich führende Stellung ein. Gewöhnlich ging die Anregung zur Behandlung dieser wichtigen Gegenstände von den Deputationen des geheimen Ausschusses aus, auf deren Entscheidung die Regierung gar keinen Einfluſs hatte. Je länger die Ständeherrschaft bestand, desto deutlicher trat diese Schwäche der Regierung zutage. Nach dem Rücktritt Höpkens gab es überhaupt keinen wirklichen Regierungschef. Das Amt des Kanzleipräsidenten verlor an Bedeutung in seinem Verhältnis zum Rate, ebenso wie der Rat in seinem Verhältnis zum Reichstage. Das typischste Beispiel für die Passivität und Bedeutungslosigkeit der Regierung ist die Antwort, die im Jahre 1772 die Regierung dem geheimen Ausschuſs, der sie um Ratschläge betreffs der Finanzregulierung ersuchte, erteilte. Der Rat erklärte, er könne, da die Stände sowohl die Bank wie auch das Budget in Händen hätten, keinerlei Ratschläge erteilen, wisse im übrigen auch nichts von einer Notlage des Staatshaushaltes, sondern verweise zur näheren Aufklärung an die zuständigen Behörden.

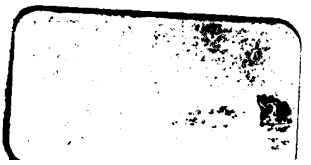
Der bureaukratische Parlamentarismus der Freiheitszeit hatte eine äuſserst schwache Regierung im Gefolge. Hierin lag vielleicht sein gröſster Fehler, und es hat nicht den Anschein, als ob bei dieser Staatsform sich allmählich eine stärkere Regierung hätte heranbilden können. Im Gegenteil. Zur Zeit der Hüte hatten die Stände selbst im geheimen Ausschusse eine kräftige und führende Behörde besessen, die faktisch während der Reichstage die höchste Macht in ihrer Hand vereinigte. Aber die Mützen schmälerten die Machtstellung des Ausschusses gegenüber dem Plenum der einzelnen Stände, und auf dem letzten Reichstage, wo sie den Bauern Platz im Ausschusse einzuräumen gewillt waren, drohten sie, dem regierenden Vierständereichstag die einzige kräftige und einheitliche Institution, die er besaſs, vollständig zu rauben. Je länger es währte, desto anarchistischer wurde die Lage.

Trotz aller Mängel, die der Organisation der Ständeherrschaft anhafteten, und trotz aller ihrer Fehlgriffe und Sünden ist die Behauptung vielleicht eine zu gewagte, daſs ihr Fortbestand mit dem inneren Frieden und dem Gedeihen Schwedens völlig unvereinbar war. Es läſst sich ja unmöglich sagen, was die Mützenpartei, die jetzt, wie es schien, für eine längere Dauer das Ruder

der Regierung ergriffen hatte, auszurichten vermochte. Zweifellos war diese Partei im Besitze mehrerer bedeutender Reformpläne zur Lösung der wirtschaftlichen Fragen und zum Ausgleich der sozialen Gegensätze. Allgemein erkannte man auch die Mängel, an denen die Ständeherrschaft litt, die Parteityrannei, die Korruption und die Anarchie in der Verwaltung, und immer allgemeiner wurde der Ruf nach Abstellung und Verbesserung dieser Mängel laut. Die Eingriffe in die Rechtssicherheit des einzelnen Individuums hatten sich vermindert, ebenso auch die Verschwendung und die Parteilichkeit bei der Verwendung der Staatseinkünfte. Vor allem machte die Preſsfreiheit groſse Versprechungen für die Zukunft. Aber anderseits scheint doch das Fehlen einer starken Regierungsmacht und eines jeden selbständigen Vertreters des staatlichen Rechtes äuſserst geringe Aussichten auf Herbeiführung einer wirklichen Verbesserung durch die Ständeherrschaft selbst zu bieten. Am allerwahrscheinlichsten hätten die vielen Privatinteressen, die sich bisher allen durchgreifenden Reformen in den Weg gestellt hatten, auch die finanziellen Reformpläne der Mützen verhindert, und nach einiger Zeit wären neue Parteikämpfe und neue Veränderungen eingetreten, die, wenn möglich, die politische Anarchie noch vergröſsert hätten.

Aber selbst wenn man die Möglichkeit zugibt, daſs der schwedische Parlamentarismus ebenso wie der gleichzeitige englische auf die Dauer die inneren Staatsmängel abzustellen vermocht hätte — wiewohl es ersterem gerade an dem fehlte, was letzterer besaſs, nämlich an einer starken und leitenden Regierung —, so war doch die äuſsere Lage Schwedens eine derartige, daſs sie eine längere Übergangsperiode von innerer Anarchie und Auflösung nicht ertragen konnte. Der schwedische Staat befand sich in einer Abhängigkeit von seinem russischen Nachbar, die fester und gefährlicher war als je, seine eigenen Verteidigungskräfte waren zu unbedeutend, und die Aussichten auf wirksame Hilfe vom Ausland wurden immer geringer, je mehr Frankreich an Bedeutung verlor. Der russische Minister in Stockholm herrschte bereits wie ein Satrap in einem russischen Vasallenreich, und die maſsgebende Reichstagspartei war nahe daran, Ruſsland in aller Form das Recht zu übertragen, über die Anarchie Schwedens zu wachen. Dieser

äußeren Gefahr stand die Ständeherrschaft hilflos gegenüber. Von diesem Gesichtspunkte aus war die Revolution eine Rettung vom sicheren Untergang. Sie war eine geschichtliche Notwendigkeit, falls das schwedische Volk noch weiter ein selbständiges Leben fristen sollte.

Druck von Friedrich Andreas Perthes, Aktiengesellschaft, Gotha.

OCT 4 1937